



Entwicklungs- zusammenarbeit

BERICHT 2001

INTERNATIONALE ENTWICKLUNG



OECD



Ausgabe 2002

Politik und Leistungen
der Mitglieder
des Ausschusses für
Entwicklungshilfe

Entwicklungs- zusammenarbeit

Bericht
2001

Bericht des Vorsitzenden des
Ausschusses für Entwicklungshilfe
Jean-Claude Faure

ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

Gemäß Artikel 1 des am 14. Dezember 1960 in Paris unterzeichneten und am 30. September 1961 in Kraft getretenen Übereinkommens fördert die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) eine Politik, die darauf gerichtet ist:

- in den Mitgliedstaaten unter Wahrung der finanziellen Stabilität eine optimale Wirtschaftsentwicklung und Beschäftigung sowie einen steigenden Lebensstandard zu erreichen und dadurch zur Entwicklung der Weltwirtschaft beizutragen.
- in den Mitglied- und Nichtmitgliedstaaten, die in wirtschaftlicher Entwicklung begriffen sind, zu einem gesunden wirtschaftlichen Wachstum beizutragen; und
- im Einklang mit internationalen Verpflichtungen auf multilateraler und nichtdiskriminierender Grundlage zur Ausweitung des Welthandels beizutragen.

Die Gründungsmitglieder der OECD sind: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Türkei, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. Folgende Staaten wurden zu den nachstehend genannten Daten Mitglieder der OECD: Japan (28. April 1964), Finnland (28. Januar 1969), Australien (7. Juni 1971), Neuseeland (29. Mai 1973), Mexiko (18. Mai 1994), die Tschechische Republik (21. Dezember 1995), Ungarn (7. Mai 1996), Polen (22. November 1996), Korea (12. Dezember 1996) und die Slowakische Republik (14. Dezember 2000). Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften nimmt an den Tätigkeiten der OECD teil (Artikel 13 des Übereinkommens über die OECD).

Die OECD bedient sich zur Erreichung ihrer Ziele einer Reihe von Fachausschüssen, darunter des Ausschusses für Entwicklungshilfe, dessen Mitglieder sich zum Ziel gesetzt haben, den Gesamtbetrag der Leistungen an die Entwicklungsländer zu steigern und den Nutzeffekt der geleisteten Hilfe zu erhöhen. Zu diesem Zweck überprüfen die Ausschussmitglieder in regelmäßigen Abständen gemeinsam Höhe und Art ihrer Beiträge zu den bilateralen und multilateralen Entwicklungshilfeprogrammen und konsultieren einander über alle sonstigen einschlägigen Gesichtspunkte ihrer Entwicklungshilfepolitik.

Die Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe sind: Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten und die Kommission der Europäischen Gemeinschaften.

Originalfassungen veröffentlicht unter dem Titel:

Development Co-operation, 2001 Report
Coopération pour le Développement, Rapport 2001

© OECD 2002

Genehmigungen zum Nachdruck von Teilen dieses Werks für nichtkommerzielle Zwecke oder zur Verwendung im Unterricht sind einzuholen beim Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC), 20, rue des Grands-Augustins, 75006 Paris, Frankreich, tel: (33-1) 44 07 47 70, fax: (33-1) 46 34 67 19. Dies gilt für alle Länder mit Ausnahme der Vereinigten Staaten, wo das Copyright Clearance Center Inc. (CCC), Customer Service, Tel: (508) 750-8400, 222 Rosewood Drive, Danvers, MA 01923, USA oder CCC online: www.copyright.com die entsprechenden Genehmigungen erteilt. Alle sonstigen Anträge auf Überlassung von Nachdruck- oder Übersetzungsrechten für das gesamte Dokument oder Teile davon sind zu richten an: OECD Publications, 2, rue André-Pascal, 75775 Paris Cedex 16, Frankreich.

Vorwort

Das erste Jahr des neuen Millenniums hat die Entschlossenheit der internationalen Gemeinschaft – der Entwicklungspartner ebenso wie der Industrieländer – bestätigt, energisch an die Umsetzung der Entwicklungsrahmen und -strategien heranzugehen, die zur Bekämpfung der Armut, zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und zur vollen Nutzung der potentiellen Vorteile einer integrativen Globalisierung notwendig sind. Die Ereignisse des 11. September haben die Überzeugung verstärkt, dass eine Welt ohne Gewalt, Terrorismus und Konflikte nur möglich ist, wenn es keine Ausgrenzung, keine Faktoren der sozialen Schwäche und keine Ungleichheit mehr gibt und jeder seine Chance hat.

Diese Entschlossenheit wurde an mehreren Fronten deutlich. Die afrikanischen Staaten haben die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD) ins Leben gerufen und so ein politisches Instrument geschaffen, das ihren Willen zu eigenverantwortlichem Handeln sehr deutlich unter Beweis stellt. Die Vereinten Nationen haben in Zusammenarbeit mit den multilateralen Institutionen die Modalitäten für die Überwachung von Fortschritten bei der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele definiert. In vielen Ländern wurden Armutsbekämpfungsstrategien initiiert, und diese ersten Schritte wurden im Rahmen von Prüfverfahren, in die alle Partner einbezogen wurden, gemeinsam evaluiert. Innerhalb des DAC wurden neue Ansätze, Instrumente und Leitlinien konzipiert, um die EZ-Anstrengungen und -politiken zu unterstützen.

Jetzt gilt es, einen nachhaltigen und dynamischen Prozess gemeinsamer Aktionen in Gang zu setzen, bei dem Dringlichkeit und Kontinuität sich nicht gegenseitig ausschließen dürfen und der von der Erkenntnis getragen wird, dass wir alle in einer Welt leben. Um einen solchen Prozess erfolgreich zu gestalten, sind alle Beteiligten gefordert, auf eine gute Staats- und Regierungsführung als Voraussetzung für positive Interaktionen zwischen den Partnern hinzuwirken, Konsistenz und Kohärenz zu gewährleisten, damit sich die in den verschiedenen Bereichen ergriffenen Maßnahmen gegenseitig verstärken, und durch Kapazitätsaufbau in den Partnerländern sowie durch Straffung und Vereinfachung der Geberpraktiken für Effizienzsteigerungen zu sorgen. Außerdem sollten auf breiter Basis ergebnisorientierte Ansätze praktiziert und gemeinsame Evaluierungen durchgeführt werden, um die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen. Hier stellt sich eine große Herausforderung in Bezug auf gegenseitige Rechenschaftspflicht.

Die internationale Gemeinschaft bemüht sich gegenwärtig um die Aufstellung entsprechender „Kompasspläne“. Mit der Umsetzung der auf der WTO-Ministerkonferenz von Doha im November 2001 beschlossenen Agenda sollen die Kapazitäten im Bereich des Handels deutlich gestärkt werden. Bei der im März in Monterrey stattfindenden Konferenz werden sämtliche Fragen im Zusammenhang mit der notwendigen Mobilisierung von Ressourcen zur Finanzierung des Entwicklungsprozesses – aus privaten, öffentlichen, nationalen und internationalen Quellen – auf der Tagesordnung stehen. Im September soll auf dem Gipfeltreffen von Johannesburg ein konvergenter Ansatz für Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung in all ihren Dimensionen erarbeitet werden. Die Erfordernisse größtmöglicher Konsistenz und Interaktion haben die OECD veranlasst, sich aktiv an den Vorbereitungen für diese Ereignisse zu beteiligen und die Kapazität ihrer Mitglieder zu stärken, in allen Politikbereichen, die die Entwicklung im weitesten Sinne betreffen, für größere Kohärenz zu sorgen.

Der diesjährige Bericht beschreibt, welche Vorkehrungen der Ausschuss und seine Mitglieder getroffen haben, um sich diesem dynamischen Prozess zu einem Zeitpunkt anzuschließen, da sich die ODA-Leistungen nach zweijährigem Anstieg 2000 stabilisiert haben und es Anzeichen für weitere Fortschritte in den kommenden Jahren gibt.

Ich möchte hier noch einmal unterstreichen, wie viel dieser Bericht dem Engagement, den Kompetenzen und dem Professionalismus der Mitarbeiter der OECD-Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und ihrem neuen Direktor Michael Roeskau verdankt. Das Team um den stellvertretenden Direktor Richard Carey sowie um Kerry Burns, die als Verantwortliche für den normalen Arbeitsablauf der Direktion die Erstellung und Produktion des Berichts koordinierte, hat über seine normalen Aufgaben hinaus enorm viel Zeit und Mühe in den Bericht investiert. Erwähnen möchte ich an dieser Stelle auch die Kommentare, die die DAC-Mitglieder, andere Direktionen der OECD und das OECD-Entwicklungszentrum beigesteuert haben. Für diese Mitarbeit möchte ich allen herzlich danken.*

Jean-Claude Faure

* Mein besonderer Dank für ihre Mitwirkung beim diesjährigen Bericht gilt Yasmin Ahmad, Roberta Bensky, Sean Conlin, Francesca Cook, Ebba Dohlman, Dag Ehrenpreis, Carol Gabyzon, Jean-Louis Grolleau, Brian Hammond, James Hradsky, Paul Isenman, Michael Laird, Frans Lammersen, Kaori Miyamoto, Marjolaine Nicod, William Nicol, Rémi Paris, Rudolphe Petras, Fred Roos, Simon Scott, Marc Tocatljan, Massimo Tommasoli und Lisa Williams.

Inhaltsverzeichnis

Teil I

Blick in die Zukunft

| | | |
|----------|---|----|
| I | <i>Eine neue Dynamik mit neuen Herausforderungen</i> | 11 |
| | 1. Einbettung der Politik der Entwicklungszusammenarbeit in eine politische Perspektive | 11 |
| | 2. Sicherung eines nachhaltigen, auf weltweite Partnerschaft gestützten dynamischen Prozesses | 14 |
| | 3. Wechselseitiges Engagement und geteilte Verantwortung | 18 |
| | Anhang I.1: Bewältigung einer globalen Herausforderung: Armutsbekämpfung auf Partnerschaftsbasis | 21 |
| | Anhang I.2: Verhütung gewaltsamer Konflikte | 24 |
| | Anhang I.3: Strategien für eine nachhaltige Entwicklung | 27 |
| | Anhang I.4: Handel und Entwicklung im neuen globalen Kontext: Auf- und Ausbau der Handelskapazitäten im Wege der Partnerschaft | 29 |

| | | |
|-----------|---|----|
| II | <i>Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung</i> | 31 |
| | 1. Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung – was beinhaltet sie, warum ist sie wichtig und wie lässt sie sich konkret umsetzen | 31 |
| | 2. Politikkohärenz in der Praxis | 33 |
| | 3. Förderung von Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung innerhalb der OECD | 40 |
| | Anhang II.1: DAC-Empfehlung zur Aufhebung der Lieferbindung bei ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder | 43 |
| | Anlage 1: Praktische Verfahren und Vereinbarungen | 46 |
| | Anlage 2: Am wenigsten entwickelte Länder (Stand 1. Mai 2001) | 48 |
| | Anlage 3: Liberalisierung von Beschaffungen im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit: Mandat der DAC-Jahrestagung 1998 | 49 |

Teil II

Prüfung der Geberanstrengungen

| | | |
|------------|--|----|
| III | <i>Perspektiven bezüglich der Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele</i> | 53 |
| | 1. Eine Frage von zunehmender internationaler Bedeutung | 53 |
| | 2. Wichtigste neuere Tendenzen bei der Mobilisierung ausländischer und inländischer Ressourcen | 55 |
| | 3. Entwicklungsfinanzierung – Chancen und Herausforderungen | 61 |
| | 4. Aktuelle Perspektiven zu Nachfrage und Angebot von ODA-Leistungen | 64 |
| | 5. Abschließende Bemerkungen | 67 |
| | Anhang III.1 Jüngste Schätzungen der erforderlichen EZ-Mittel: Einige Beobachtungen | 69 |

| | | |
|-----------|--|-----|
| IV | <i>Prüfung von Leistungen und Politik der Geber</i> | 75 |
| 1. | Partnerschaft zur Armutsbekämpfung: Die kontinuierliche Weiterentwicklung des Politikkonsens im DAC | 75 |
| 2. | Geberpraktiken: Anwendung des Partnerschaftsprinzips | 76 |
| 3. | Vorgehen der Geber bei der Umsetzung des Politikkonsens | 76 |
| 4. | Bewertung der Fortschritte in den Evaluierungssystemen | 80 |
| 5. | Tendenzen bei den ODA-Leistungen im Jahr 2000 | 81 |
| 6. | Profile der einzelnen DAC-Mitglieder | 87 |
| | Australien | 89 |
| | Belgien | 90 |
| | Dänemark | 92 |
| | Deutschland | 93 |
| | Europäische Gemeinschaft | 95 |
| | Finnland | 96 |
| | Frankreich | 97 |
| | Griechenland | 98 |
| | Irland | 99 |
| | Italien | 100 |
| | Japan | 101 |
| | Kanada | 102 |
| | Luxemburg | 103 |
| | Neuseeland | 104 |
| | Niederlande | 105 |
| | Norwegen | 107 |
| | Österreich | 108 |
| | Portugal | 109 |
| | Schweden | 111 |
| | Schweiz | 112 |
| | Spanien | 113 |
| | Vereinigtes Königreich | 114 |
| | Vereinigte Staaten | 116 |
| 7. | Die EZ-Programme der nicht dem DAC angehörenden OECD-Mitglieder | 117 |
| | Korea | 117 |
| | Polen | 117 |
| | Slowakische Republik | 118 |
| | Tschechische Republik | 118 |
| | Türkei | 118 |
| | <i>Spezialmodul: Die Millenniums-Entwicklungsziele</i> | 120 |

Teil III

Künftige Herausforderungen

| | | |
|----------|---|-----|
| V | <i>Länder in Konfliktsituationen und leistungsschwache Länder: Welche Möglichkeiten bieten sich den Gebern</i> | 129 |
| 1. | Gewaltsame Konflikte und Entwicklung: Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Vision der Rolle der internationalen Zusammenarbeit | 129 |
| | Anstrengungen innerhalb des DAC und Verknüpfungen mit den Arbeiten anderer Stellen | 130 |
| | Länder mit schwachen Entwicklungsergebnissen | 130 |

| | |
|---|-----|
| 2. Die neuen Leitlinien des DAC zur Verhütung von gewaltsamen Konflikten: | |
| Orientierungshilfen für externe Partner | 130 |
| Hintergrund | 130 |
| Neue Politikempfehlungen zur Konfliktverhütung | 132 |

| | |
|--|-----|
| VI Wissensbasierte Wirtschaft und digitale Möglichkeiten | 145 |
| 1. Einleitung | 145 |
| 2. IKT – ein Instrument der Entwicklungszusammenarbeit und Armutsbekämpfung | 145 |
| 3. Entwicklungszusammenarbeit im digitalen Zeitalter | 146 |
| 4. Welchen Entwicklungsbeitrag kann IKT leisten? | 147 |
| 5. Erfahrungen und beste Praktiken in den Bereichen elektronischer Geschäftsverkehr und „E-Regierung“ | 153 |
| 6. Zusammenarbeit zwischen den Akteuren | 154 |

Teil IV

Die Arbeit des DAC

| | |
|--|-----|
| 1. Der Entwicklungsausschuss | 161 |
| Wichtigste Tätigkeitsbereiche | 162 |
| Struktur und Mitglieder des DAC und der DAC-Arbeitsgruppen | 162 |
| Mandat des DAC | 164 |
| DAC-Arbeitsgruppen | 166 |
| 2. Direktion Entwicklungszusammenarbeit (DCD) | 175 |
| Struktur | 176 |
| Mitarbeiter | 177 |

| | |
|-----------------------------------|-----|
| Statistischer Anhang | 179 |
|-----------------------------------|-----|

Technische Anmerkungen

| | |
|--|-----|
| (einschl. von Schlüsselbegriffen, Definitionen, Abkürzungen und der DAC-Liste der ODA/OA-Empfänger) | 263 |
|--|-----|

Tabellen

| | | |
|---------------|--|----|
| Tabelle III.1 | Nettobetrag der finanziellen Gesamtleistungen der DAC-Mitgliedsländer und multilateralen Institutionen an EZ-Empfänger | 56 |
| Tabelle III.2 | Ende 2000 ausstehende Forderungen nach Ländergruppen | 58 |
| Tabelle III.3 | Überschlägige Schätzung 1: ODA-Wachstumsszenario | 65 |
| Tabelle III.4 | Überschlägige Schätzung 2: ODA-Volumen der DAC-Länder in den Jahren 2010 und 2012 nach dem realen ODA-Wachstumsszenario | 66 |
| Tabelle IV.1 | ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder, 1999 und 2000 | 83 |
| Tabelle IV.2 | Anteil der Schuldenerleichterungen an den gesamten ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder im Jahr 2000 | 86 |

Abbildungen

| | | |
|------------|--|-----|
| Abb. III.1 | Perspektiven für die inländische Ressourcenmobilisierung | 60 |
| Abb. IV.1 | ODA-Nettleistungen der DAC-Mitglieder 2000 | 84 |
| Abb. VI.1 | Internetnutzer weltweit, November 2000 | 156 |
| Abb. VI.2 | Beispiele der digitalen Kluft: Nutzerverteilung, nach Einkommensgruppen, Januar 2000 | 156 |

Kästen

| | | |
|--------------|--|-----|
| Kasten II.1 | Kapazitätsaufbau im Handelsbereich | 35 |
| Kasten III.1 | Die dritte Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder .. | 54 |
| Kasten IV.1 | Die DAC-Sonderarbeitsgruppe für Geberpraktiken | 77 |
| Kasten IV.2 | Ergebnisse der jüngsten Länderprüfungen in Bezug auf die Evaluierungssysteme | 82 |
| Kasten IV.3 | Gemeinsame Evaluierung der EZ-Programme Deutschlands, der Niederlande und des Vereinigten Königreichs in Mosambik | 88 |
| Kasten IV.4 | DAC-Länderprüfung Belgien, 9. Mai 2001 | 91 |
| Kasten IV.5 | DAC-Länderprüfung Deutschland, 20. November 2001 | 94 |
| Kasten IV.6 | DAC-Länderprüfung Niederlande, 5. Juni 2001 | 106 |
| Kasten IV.7 | DAC-Länderprüfung Portugal, 11. April 2001 | 110 |
| Kasten IV.8 | DAC-Länderprüfung Vereinigtes Königreich, 16. Oktober 2001 | 115 |
| Kasten V.1 | Jüngste Entwicklungen in der Politikdebatte über die Konfliktverhütung | 131 |
| Kasten V.2 | Anreize für den Frieden schaffen | 135 |
| Kasten V.3 | Sicherheit | 137 |
| Kasten V.4 | Entwicklungszusammenarbeit und Terrorismus | 139 |
| Kasten V.5 | Einbeziehung der Genderperspektive in die Analyse von gewaltsamen Auseinandersetzungen und Friedensprozessen | 142 |
| Kasten VI.1 | Einige wichtige Erkenntnisse über die Rolle der IKT im Entwicklungsprozess bezogen auf Entwicklungsziele | 146 |
| Kasten VI.2 | Das Imfundo-Projekt | 148 |
| Kasten VI.3 | UNISA | 149 |
| Kasten VI.4 | Das Netzwerk <i>HealthNet</i> von <i>SatelLife</i> | 150 |
| Kasten VI.5 | <i>Village Pay Phones</i> in Bangladesch | 152 |
| Kasten VI.6 | Beispiele für Entwicklungseffekte | 154 |
| Kasten VI.7 | Aktionsplan von Genua | 155 |
| Kasten VI.8 | Eine Entwicklungsdynamik | 157 |

Teil I

BLICK IN DIE ZUKUNFT

I

Eine neue Dynamik mit neuen Herausforderungen

Im Bereich der Entwicklung und der Politik der Entwicklungszusammenarbeit stellte das erste Jahr des neuen Jahrhunderts einen Meilenstein dar; seine Botschaft war von brutalen Kontrasten gekennzeichnet. Eine Reihe ermutigender Ereignisse deutete darauf hin, dass die Umsetzung der Politiken, Strategien und Aktionsrahmen, die in den letzten Jahren herangereift sind, nunmehr begonnen hat. Dann kam die Schockwelle der New Yorker Ereignisse vom 11. September 2001, die in ihrer ganzen Grausamkeit und Gewalt wie ein Aufruf zur Entwicklung eines gemeinsamen politischen Willens, zu Entschlossenheit und zur Einsicht in die Dringlichkeit des bestehenden Handlungsbedarfs wirkte. Worum es jetzt geht, ist, einen dynamischen und nachhaltigen, auf internationale Partnerschaft gestützten Prozess in Gang zu halten.

1. Einbettung der Politik der Entwicklungszusammenarbeit in eine politische Perspektive

Die 2001 erzielten Fortschritte bestätigen die Richtigkeit eines auf Partnerschaft, lokaler Trägerschaft und Verantwortung beruhenden Ansatzes der Armutsbekämpfung.

Das Ziel liegt nunmehr fest, und es wurde von der gesamten internationalen Gemeinschaft angenommen. Im Gefolge der von der Sonderversammlung der Vereinten Nationen im September 2000 verabschiedete Millenniumserklärung wurden im September 2001 acht Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) definiert. Sieben von ihnen folgen derselben Logik wie die Internationalen Entwicklungsziele, die der DAC 1996 in seinem Bericht *Das 21. Jahrhundert gestalten: Der Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit* zusammengefasst hatte. Sie stützen sich praktisch auf die gleichen quantitativen Indikatoren, ergänzen diese jedoch. Ein achties Ziel betrifft den „Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft“. Dieser Zielkatalog, in dem eine lange Phase enger Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und der OECD gipfelt, besiegelt somit in aller Form das Zustandekommen einer echten Partnerschaft zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern, die allesamt entschlos-

sen sind, „auf nationaler wie auf internationaler Ebene ein Umfeld zu schaffen, das der Entwicklung und der Beseitigung der Armut förderlich ist“ (Absatz 12 der Erklärung der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom September 2000).

In diesem Sinne wurde im Herbst 2001 eine Art „Kompass“ festgelegt, mit dessen Hilfe die Entwicklung der Indikatoren beobachtet werden soll, um so die Analyse vertiefen, die Entwicklungen besser verstehen und Fortschritte bzw. Unzulänglichkeiten aufzeigen zu können. Der Jahresbericht wird fortan auch Berichte der einzelnen Länder enthalten, die sich auf die jeweils eingeleiteten nationalen Strategien gründen.

Nach Konzipierung des Partnerschaftskonzepts werden nunmehr die Instrumente geschmiedet, die notwendig sind, damit diese Partnerschaft die zentrale Rolle bei der Verwirklichung der Armutsbekämpfungsstrategien spielen kann. Im Verlauf des vergangenen Jahres hat die Zahl der Strategiepapiere zur Verringerung der Armut (PRSP) rapide zugenommen; sie beläuft sich inzwischen auf rund 40, wovon über 25 allein auf die Schuldeninitiative zu Gunsten der hoch verschuldeten armen Länder (HIPC-Initiative) entfallen. Bei den meisten handelt es sich allerdings um Übergangsstrategien; so wurde bislang erst mit der Umsetzung rund zehn „kompletter“ Strategiepapiere begonnen.

Diese rapide Entwicklung war der Grund dafür, dass die Weltbank und der IWF vor kurzem eine gründliche Überprüfung des PRSP-Konzepts eingeleitet haben, an der die Partnerländer, aber auch die bilateralen Geber, namentlich im Rahmen des DAC, aktiv beteiligt waren*.

Diese Prüfung spiegelte die Notwendigkeit wider, einen komplexen und ehrgeizigen Prozess des Wandels unter all seinen Aspekten zu analysieren. Sie stellt eine Etappe auf dem Weg zu einer effizienteren „operationellen“ Partnerschaft dar, die nach und nach zur normalen Form der Kooperation werden wird. In diesem Kontext wurden auf der DAC-Jahrestagung im April 2001 vier Sätze von Leitlinien angenommen, die sich – neben den Strategien zur Armutsbekämpfung – auf die nachhaltige Entwicklung, den Aufbau von Handelskapazitäten sowie die Friedenssicherung und die Konfliktverhütung beziehen.

Diese Leitlinien spiegeln den Kern der heutigen EZ-Prioritäten wider, die in den sich immer mehr beschleunigenden und vielfältiger werdenden Globalisierungsprozess im Dienste der Entwicklung eingebettet werden: So soll die Armutsbekämpfung zum Herzstück der Kooperationspolitik werden; die Belange von Umwelt und nachhaltiger Entwicklung sollen verstärkt in die Armutsbekämpfungsstrategien integriert werden; im Bereich des Handels soll gewährleistet werden, dass die Entwicklungsländer in die Politikkonzipierung, -ausrichtung und -umsetzung einbezogen werden; und schließlich soll dafür gesorgt werden, dass die Entwicklungszusammenarbeit aktiv zur Begrenzung und Prävention von Gewalt und Konflikten beiträgt (vgl. die Anhänge zu diesem Kapitel).

Die Leitlinien stützen sich auf einen politischen Prozess und beziehen ihre Impulse aus einer globalen Vision des vielfältigen, mehrdimensionalen Charakters der Strategien, der Nutzung der gewonnenen Erfahrungen, der Mitwirkung aller Beteiligten sowie der Notwendigkeit einer Erfolgskontrolle und -bewertung. Sie fördern das Streben nach Effizienz, Effektivität und Kohärenz, die Koordination unter Verantwortung der Partnerländer sowie die stärkere Harmonisierung der Geberpraktiken und -verfahren. Darin spiegelt sich letztlich der Gedanke wider, dass Partnerschaft und lokale Trägerschaft zur Stärkung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit beitragen.

Das Prinzip der lokalen Trägerschaft setzt sich zunehmend durch. Auf Seiten der Partnerländer wird die Verwirklichung der Priorität, die sich die internationale Gemeinschaft selbst gesetzt hat – nämlich die entschlossene Unterstützung der Entwicklung in Afrika sowie der Armutsbekämpfung –, nunmehr durch eine Reihe wichtiger Entscheidungen erleichtert, die die afrikanischen Länder im Jahr 2001 getroffen haben. Der Beschluss über die Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD), den diese Länder am 23. Oktober 2001 in Abuja angenommen haben, ist Ausdruck der Entschlossenheit des afrikanischen Kontinents, einen ehrgeizigen Prozess einzuleiten, der das Resultat einer gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Sicht der Dinge ist und der sich auf Frieden, Demokratie, Menschenrechte und verantwortungsvolle Regierungsführung stützt. Dieser Anspruch der afrikanischen Länder, ihr Schicksal nunmehr selbst in die Hand zu nehmen, kreist um wichtige Prioritäten im Bereich Gesundheit und Bildung, Infrastruktur und Landwirtschaft, Förderung eines vom privaten Sektor und der Expansion des Unternehmenssektors getragenen Wirtschaftswachstums sowie um das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung, die von allen Beteiligten gemeinsam getragen wird. Damit werden die Voraussetzungen für eine effiziente und dauerhafte Partnerschaft geschaffen, die auf genau definierten Verpflichtungen beruht.

Auf Seiten der Geber wurde im April 2001 eine Empfehlung zur Aufhebung der Lieferbindung bei ODA-Leistungen zu Gunsten der am wenigsten entwickelten Länder verabschiedet. Dieser erfolgreiche Abschluss eines schwierigen Verhandlungsprozesses wird positive Auswirkungen auf das Verantwortungsbewusstsein der Partnerländer selbst haben, die Transaktionsnebenkosten verringern und die Fähigkeit zur Übernahme von Verantwortung fördern (vgl. Kapitel II). Die Umsetzung dieser Empfehlung ab 2002 wird regelmäßig Gelegenheit zu gründlichen Erfolgskontrollen bieten, was zur Verbesserung von Effizienz und Transparenz beitragen wird. Der Prozess der kontinuierlichen Beobachtung wird es den DAC-Mitgliedern ferner ermöglichen, sich ein Bild von den bereits erzielten bzw. noch zu erzielenden Fortschritten auf dem Weg zu einer ausgewogeneren Aufgabenteilung

* Einschließlich einer nach den gleichen Prinzipien durchgeführten Prüfung der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität des IWF. Diese Prüfungen dienen dem Zweck, den Prozess als solchen zu evaluieren, die in den vergangenen zwei Jahren erzielten Fortschritte zu messen und die Relevanz und Qualität der Armutsbekämpfungsstrategien (PRSP) als Vektoren eines auf eine Gesamtvision und echte Partnerschaft gestützten Wandels einerseits und Instrumente der partizipatorischen Mobilisierung der nationalen Akteure andererseits zu bewerten. Sie soll außerdem dazu dienen, die Eignung der eingesetzten Instrumente, die Probleme und Modalitäten der nunmehr der Verantwortung der Entwicklungspartner unterstehenden Koordination sowie den Umfang des notwendigen Kapazitätsaufbaus zu beurteilen.

im Bereich der EZ-Anstrengungen zu machen, namentlich im Hinblick auf ihre lieferungebundenen Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder.

Gleichwohl sollten die Ereignisse des 11. September 2001 nicht als ein Phänomen angesehen werden, das wie ein Blitz aus heiterem Himmel kam. Sie sind vielmehr als Warnung zu verstehen, dass angesichts des derzeitigen Zustands der Welt und der politischen Realitäten jede Form von Selbstgefälligkeit fehl am Platze ist und die Anstrengungen unvermindert fortgesetzt werden müssen

Der Terrorismus gedeiht auf dem Boden der weltweiten Gewalt. Und die Gewalt wiederum, jenes enge Geflecht aus lokalen Konflikten, die umso mörderischer werden, je mehr sie der Kontrolle von Gesellschaften entgleiten, die sich selbst in einem Zerfallprozess befinden, gedeiht auf dem Boden der Ausgrenzung in all ihren Formen, vor allem der wirtschaftlichen und sozialen, aber auch der ethnischen und kulturellen. Äußerste Armut führt zu Ausgrenzung, ebenso wie ein Mangel an verantwortungsvoller Regierungsführung, Krisenanfälligkeit und institutionelle Schwäche. Das macht es umso dringender, die Armut zu bekämpfen und die Entwicklung so voranzutreiben, dass sie in einen Globalisierungsprozess einmündet, der nicht ausgrenzt, sondern einschließt und einbezieht und der die Verschiedenheit der Individuen im Rahmen einer gemeinsamen Dynamik respektiert. Die internationale Partnerschaft, die durch die Entwicklungszusammenarbeit gefestigt wird, trägt dazu bei, diese in den Dienst des Friedens und der Sicherheit zu stellen.

Der Terrorismus gedeiht jedoch auch auf dem Boden der negativen Aspekte der Globalisierung, der illegalen Vermarktung von Rohstoffen im Dienst privater Interessen, des Drogenanbaus und -handels sowie der Korruption, die zu dessen Finanzierung beiträgt, während zugleich die mit Geldwäsche befassten finanziellen Netzwerke vom Laxismus gewisser Finanz- und Steuerparadiese profitieren. Schuld daran sind die Unzulänglichkeiten und Versäumnisse der *Global Governance* (Weltordnungspolitik) im privaten ebenso wie im öffentlichen Sektor. Das zeigt einmal mehr, wie notwendig es nach wie vor ist, die einschlägigen Gesetze und Regeln sowie die Finanzaufsicht zu stärken, um zu gewährleisten, dass die Globalisierung keine unzumutbaren Risiken mit sich bringt.

Als direkte Folge der Ereignisse vom 11. September 2001 und ihrer Nachwirkungen verzögert sich die erwartete Konjunkturerholung, was auch Konsequenzen

für die Armutsbekämpfung haben wird, da die Preisrückgänge bei Rohstoffen und bestimmten Fertiggütern die Exporteinnahmen reduzieren bzw. weil das Handelsvolumen schrumpft. Zugleich sollte aber nicht zugelassen werden, dass kurzfristige Erfordernisse und die Notwendigkeit der raschen Bereitstellung humanitärer Hilfe zu einer Umlenkung von für die langfristigen Prioritäten bestimmten ODA-Leistungen führen.

2001 hat somit eines erneut bestätigt: Die Zukunft ist nicht anders vorstellbar als in Form einer nachhaltigen, weltweiten Entwicklung, die jeden Einzelnen sowie alle Bereiche erfasst und die sich im Rahmen eines zunehmend raschen und diversifizierten Globalisierungsprozesses vollzieht, wobei die Globalisierung ein enormes Handlungspotential bietet, zugleich aber auch Gefahren birgt und neue Sachzwänge entstehen lässt. Die internationale Gemeinschaft ist sich inzwischen in höherem Maße sowohl des Ausmaßes der zu bewältigenden Aufgabe und ihrer Dringlichkeit als auch der Tatsache bewusst, dass es im Kontext der Governance darauf ankommt, stetig und von einem gemeinsamen politischen Willen getragen, auf deren Bewältigung hinzuwirken. Auf diese Weise sollte es fortan möglich sein, die Gefahren von Entgleisungen, Chaos und Zweifeln zu überwinden.

Zugleich hat das Ausmaß der Unsicherheitsfaktoren im Laufe des vergangenen Jahres in gewisser Weise zugenommen. Wir wissen heute, dass es ohne Entwicklungsfortschritte in den ärmsten Ländern zu keiner massiven und dauerhaften Verringerung der Armut kommen wird. Soziale Maßnahmen und Rechtsansprüche reichen alleine nicht aus. Vielmehr bedarf es eines Wirtschaftswachstums, das den Armen zugute kommt, sowie einer Entwicklung, die von allen getragen wird und die ihre Impulse von Handel und Investitionen bezieht. Umgekehrt gibt es aber auch nur dann eine Globalisierung, die allen zugute kommt und niemanden ausgrenzt, wenn die Grundvoraussetzung der Entwicklung gegeben ist. Nur so wird die Globalisierung im Hinblick auf Frieden und Sicherheit, nachhaltige weltweite Steuerungsmechanismen, die Ausmerzungen der der ganzen Welt gemeinsamen Übel, wie illegaler Handel, Drogen, Korruption usw., den erwarteten Nutzen bringen.

Gefragt ist also eine Dynamik, die der Diversität Rechnung trägt und komplexe Prozesse beinhaltet. Lokale Trägerschaft und Eigenverantwortung lassen sich nicht einfach von oben verordnen, sie müssen konkret praktiziert werden. Die Minderung der Krisenanfälligkeit, die Stärkung der Kapazitäten und die Förderung der Anpassungsfähigkeit lassen sich nicht durch Worte herbeizaubern, sie müssen durch aktives Handeln aufgebaut werden.

2. Sicherung eines nachhaltigen, auf weltweite Partnerschaft gestützten dynamischen Prozesses

Das Hinarbeiten auf ein klar definiertes gemeinschaftliches Ziel, die Umsetzung gemeinsam vereinbarter Armutsbekämpfungsmaßnahmen und -strategien, der Einsatz und die passgerechte Entwicklung wirkungsvoller Instrumente bedingen einen Prozess der Orientierung, der gemeinsamen Steuerung und der Fähigkeit, aus Erfahrungen zu lernen, der sich auf keinen Fall in eine starre Struktur pressen lässt. Allerdings muss eine Reihe spezifischer Auflagen festgelegt werden, die von allen Beteiligten eingehalten werden müssen, nämlich Governance-Regeln, Kohärenz und messbare Erfolge.

Die Notwendigkeit globaler Ordnungsprinzipien (*Global Governance*) ergibt sich aus der gegenseitigen Abhängigkeit der Partner

Hierbei geht es um die Spielregeln, die es den öffentlichen und privaten Partnern in Industrie- wie Entwicklungsländern gleichermaßen ermöglichen, in einem Umfeld der Legitimität, Transparenz und Vorausberechenbarkeit, der Achtung der geltenden Rechte und des Verantwortungsbewusstseins zu agieren und zu kooperieren, auch wenn diese Grundsätze in unterschiedlichen Formulierungen, Institutionen, Modellen und Praktiken ihren Ausdruck finden.

In Bezug auf Regierungen und Staatsverwaltung erstreckt sich der Begriff Governance auf bestehende Rechte und deren Geltendmachung, auf Demokratie in Theorie und Praxis, auf staatliche Maßnahmen und deren Umsetzung sowie auf Institutionen und deren Funktionsweise. Das heißt, Governance betrifft auch die Entwicklungszusammenarbeit selbst, nämlich Auswahl und Einsatz der entsprechenden Instrumente, Koordinationsverfahren und -rahmen zwischen den Partnern, Entwicklung und Wandel der Geberverfahren sowie ODA-Allokation und -Verwaltung. Die Aufrechterhaltung eines dynamischen Prozesses erfordert Anpassungsfähigkeit an Reformen und setzt mithin Flexibilität voraus. Um gewissermaßen den Übergang von einer de facto bestehenden Interdependenz zu gesetzlich verankerten Spielregeln und transparenten Mechanismen zu schaffen, darf der Transformationsprozess nicht erstarren, sondern muss im Gegenteil Raum für Kreativität und Innovation belassen. Da der Dialog auf der Basis der

lokalen Trägerschaft einen der Grundpfeiler des Prozesses darstellt, muss er permanent aufrechterhalten werden. Ebenso muss die aktive Teilnahme aller Entwicklungsakteure, unter Berücksichtigung all ihrer Diversität, in allen Stadien der Konzipierung und Umsetzung der Politiken gefördert werden. Die Initiative muss von allen ausgehen, vor dem Hintergrund von Regeln, die tagtäglich, sei es individuell oder gemeinsam, in die Praxis umgesetzt werden. Um der Verschiedenartigkeit der Fähigkeiten Rechnung tragen und diese stärken zu können, bedarf es – für alle Partner – der Dezentralisierung. Der dezentralisierten Zusammenarbeit kommt mithin bei diesem dynamischen Governance-Konzept eine besonders wichtige Rolle zu.

Bei dieser Art von Governance geht es auch um die Beziehungen zwischen den staatlichen Stellen und dem privaten Sektor sowie um die Steuerungsmechanismen (*governance*) im privatwirtschaftlichen Sektor selbst; denn der private Sektor leistet einen unerlässlichen Beitrag zu Wachstum und Investitionen, die wiederum Voraussetzung für eine massive und nachhaltige Armutsminderung sind. Außerdem erfordern Produktivität, Beschäftigung, Handel und private Kapitalströme besser funktionierende nationale und internationale Märkte und unterstreichen die Bedeutung der Transparenz. Wichtig sind diese Beziehungen schließlich auch, weil für die Förderung der privaten Unternehmen vor Ort, gleich welcher Größe oder Branche, eine Stärkung des Finanzmanagements bzw. der Corporate-Governance-Regeln unabdingbar ist.

Aus all diesen Gründen bedarf es einer Stärkung der Finanzaufsicht im herkömmlichen Sinne, der Bekämpfung der Korruption und anderer schädlicher Steuer- oder Transaktionspraktiken, aber auch – in Anbetracht der Krisenanfälligkeit von Unternehmensneugründungen und Banken sowie der Notwendigkeit, die Widerstandsfähigkeit gegenüber Schocks zu stärken – einer eingehenderen Untersuchung der Funktionsweise der Märkte. Daher sollten die Regeln der Corporate Governance, die einen ausgewogenen Komplex von Grundsätzen und Standards darstellen, allgemeine Verbreitung finden. Es muss allerdings darauf geachtet werden, dass sie kontinuierlich aktualisiert und den sich wandelnden Gegebenheiten angepasst werden (ebenso wie die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, die erst kürzlich überarbeitet wurden). In derartigen Aktionsrahmen, die auf die Geltendmachung von Rechten, die Bekämpfung der Kinderarbeit, die Erfordernisse nachhaltiger Investitionen sowie generell auf die Bedürfnisse und Interessen aller Beteiligten ausgeht werden sollten, findet die Forderung nach einem

„verantwortungsbewussten Investitionsgebaren“ seinen Ausdruck, dessen Notwendigkeit heute von immer mehr Unternehmen erkannt wird.

Auch die Zivilgesellschaft – im Norden wie im Süden – sowie die Nichtregierungsorganisationen stellen schließlich fest, dass ihre Aufgaben immer vielfältiger werden. Diese Gruppen und freiwilligen Vereinigungen, deren Aktivitäten sich von der Mitarbeit an der Entstehung einer neuen Vision der Entwicklung und der weltweiten Partnerschaft bis zu Aktionen vor Ort, von der Intermediation bis zu konkreten Maßnahmen im Dienst der Allgemeinheit erstrecken, müssen sich heute ebenfalls den Anforderungen gemeinsamer Governance-Regeln stellen, die mit der Übernahme von Verantwortung Hand in Hand gehen. Wir haben es hier mit einem neuen Aspekt von Governance zu tun.

Letztlich – und über die Anerkennung der Werte hinaus, auf die sich die Governance-Regeln gründen – werden es die Maßnahmen sein, durch die die tägliche Umsetzung dieser Werte durch alle Partner gefördert wird, die den dynamischen Prozess in Gang halten. Globalisierung setzt voraus, dass die Prioritäten der Armutsbekämpfung und der nachhaltigen Entwicklung in einen solchen entwicklungsfähigen Rahmen eingebunden werden. Governance ist, in all ihren Aspekten, die Grundlage einer vertrauensvollen und effizienten weltweiten Partnerschaft.

Das Streben nach Kohärenz findet seinen Ausdruck in der geforderten Interdependenz der diversen Politiken

Zur Bekämpfung der Armut bedarf es multidimensionaler Strategien, deren einzelne Bestandteile nicht zusammenhanglos aneinandergereiht sein dürfen, sondern in einen kohärenten Gesamtprozess integriert sein müssen, der von der internationalen Gemeinschaft unterstützt wird. Dank dieser Kohärenz wiederum wird es möglich sein, die Gefahr der Ausgrenzung und der Verschärfung der Ungleichgewichte abzuwenden, die der Globalisierungsprozess immer dann mit sich zu bringen droht, wenn er nicht im Dienst jedes Einzelnen steht. Diese Notwendigkeit findet sich in allen Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit wieder.

Eine offene Wirtschaft begünstigt die nachhaltige Entwicklung. Ebenso wie andernorts müssen auch in den ärmsten Ländern die Liberalisierung des Handels und die Schaffung eines günstigen Klimas für private Investitionen einen Beitrag hierzu leisten. Im Blick darauf

leiten die Entwicklungspartner im Rahmen der Armutsbekämpfungsstrategien die erforderlichen makroökonomischen und strukturellen Reformen ein und arbeiten auf die Schaffung eines finanziellen und rechtlichen Umfelds hin, das sich günstig auf die Aktivitäten des privaten Sektors auswirkt. Ebenfalls mit Blick auf dieses Ziel wurde bei der Ministerratstagung der Welthandelsorganisation (WTO) in Doha im vergangenen November ein Arbeitsprogramm für die bevorstehenden Handelsverhandlungen aufgestellt, das sich auf den Marktzugang, die Landwirtschaft sowie die Frage der besonderen, differenzierten Behandlung erstreckt, die den ärmsten Ländern auf Grund ihrer spezifischen Situation gegebenenfalls zuteil werden sollte. Es handelt sich um einen Aufruf zu mehr Kohärenz in einem Verhandlungsprozess, bei dem die Interessen aller Partner berücksichtigt werden müssen. Außerdem wird damit aber auch die Notwendigkeit bekräftigt, diesen Prozess zusätzlich durch Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu begleiten, um so nach Möglichkeit die Krisenanfälligkeit und strukturelle Schwäche der ärmsten unter den Partnerländern zu verringern und die personellen und institutionellen Kapazitäten systematisch mit dem Ziel zu stärken, zu einer aktiven Teilnahme an den Verhandlungen beizutragen, die Umsetzung der Vereinbarungen zu fördern, den Wettbewerb auszubauen und den sozialen und ökologischen Dimensionen der Handelsöffnung Rechnung zu tragen.

Die Gewährleistung eines nachhaltigen, den Armen zugute kommenden Wachstums hängt zudem in hohem Maße von der Initiative der Bauern und der Landbevölkerung sowie von deren Fähigkeit ab, alle etwaigen Chancen und Gelegenheiten als Mikrounternehmen zu nutzen. Diese Kapazitäten werden häufig nicht genügend ausgeschöpft. Hier bedarf es über die herkömmlichen Maßnahmen im Bereich der Ernährungssicherheit und der ländlichen Entwicklung hinaus einer umfassenderen Strategie, die auch Fragen wie Erbringung von Dienstleistungen und Infrastruktur, Technologie, Ausbildung, rechtliches Umfeld, Dynamisierung der lokalen Märkte und Quellen der Produktivitätssteigerung umfasst. Die Partnerländer wie die Akteure der Entwicklungszusammenarbeit müssen entsprechende – kohärente – Signale setzen, und diesen strategischen Prioritäten muss, auch im Bereich des Handels, größere Aufmerksamkeit gewidmet werden, wie letztes Jahr im Bericht des IFAD über die Ausmerzung der Armut auf dem Land (*The Challenge of Ending Rural Poverty*) unterstrichen wurde.

Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung ist ferner die Fähigkeit der Entwicklungsländer, diese zum Thema integrierter nationaler Strategien zu machen, von

denen sich zahlreiche Komponenten auch in den Armutsbekämpfungsstrategien wiederfinden. Hier kommt es auf Konvergenz an, auf eine enge Einbindung dieser Strategien in eine gemeinsame Perspektive, wie dies auch für die Probleme in Bezug auf die Behandlung der globalen Umweltprobleme gilt. Auf der 7. Konferenz der Teilnehmer am Rahmenübereinkommen über Klimaänderungen (UNFCCC) wurde letztes Jahr in Marrakesch die notwendige Kohärenz zwischen der Umsetzung dieses Übereinkommens, des Übereinkommens über die biologische Vielfalt und des Übereinkommens zur Bekämpfung der Wüstenbildung betont. Außerdem wurde auch die Bedeutung der Kohärenz zwischen den Aktionen der staatlichen Stellen und der Mitwirkung des privaten Sektors hervorgehoben.

Auch die Gesundheits- und die Bildungspolitik müssen kohärent in die Armutsbekämpfungsstrategien, die makroökonomischen Rahmenprogramme und Politikreformen eingebunden werden, wie dies sowohl bei den ersten Beratungen der von der UNESCO ins Leben gerufenen Hochrangigen Gruppe „Bildung für alle“ (EFA) als auch im kürzlich erschienenen Bericht der WHO-Kommission *Macroeconomics and Health* (CMH) unterstrichen wurde. Gesundheits- und Bildungspolitik spielen für die Wahrung einer nachhaltigen Dynamik der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eine unerlässliche Rolle. Damit die Entwicklung den Armen zugute kommt, müssen die im Bereich der Gesundheits- und Bildungspolitik bestehenden Chancen genutzt und Initiativen ergriffen werden, die Investitionen, Produktivität und Wettbewerb fördern. Darüber hinaus wird für die Finanzierung der sozialen Grundversorgung zusätzlich zu inländischen Finanzmitteln und ODA-Ressourcen zunehmend eine langfristige, vertraglich gesicherte Bereitstellung privater Mittel notwendig sein, gleich ob es sich dabei um Mittel zu kommerziellen Bedingungen handelt oder nicht. Durch die Notwendigkeit, Epidemien, darunter insbesondere HIV/AIDS, sowie Analphabetismus und soziale Ausgrenzung weltweit zu bekämpfen, ebenso wie auch durch das Bestreben, Hochschulbildung und -forschung in eine internationale Perspektive der Wissensverbreitung und des Zugangs zu neuen Kommunikationstechnologien zu stellen, werden die Gesundheits- und die Bildungspolitik in die Globalisierungsdynamik hineingezogen und sind mit ein bestimmender Faktor dafür, wie wir die damit verbundenen Herausforderungen, sei es im Bereich von Handel, Finanzen oder Kultur, bewältigen.

Auf seiner Jahrestagung ergänzte der DAC die im letzten Jahr verabschiedeten Leitlinien zur Armutsbekämpfung um eine Indikativliste der Bedingungen,

die im Hinblick auf das Gebot der Politikkohärenz unbedingt erfüllt sein müssen (vgl. Anhang I.1). Diese Liste wurde dem Rat der OECD anlässlich seiner Tagung auf Ministerebene im Mai 2001 vorgelegt, wo die Notwendigkeit unterstrichen wurde, auf nationaler wie internationaler Ebene eine stärkere Kohärenz aller Politiken zu gewährleisten, damit die Globalisierung so gestaltet werden kann, dass sie allen zugute kommt und die armen Bevölkerungsgruppen nicht ins Abseits geraten. Die OECD verfolgt im Rahmen ihrer Mission im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit einen Ansatz, der auf eine verstärkte – sowohl sektorübergreifende als auch horizontale – Integration ihrer gesamten Arbeiten abzielt. Die Politiken der Mitgliedsländer namentlich in den Bereichen Handel, Investitionen, Entwicklung und Umwelt können zusammengekommen einen ganz entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und zur Bekämpfung der Armut leisten. Daran zeigt sich, dass es zur Förderung der Politikkohärenz im Dienste der Entwicklung notwendig ist, in beiden Richtungen aktiv zu werden, nämlich zum einen entwicklungspolitische Erwägungen in alle anderen Bereiche staatlichen Handelns einzubeziehen und zum anderen die spezifischen Politikansätze dieser Bereiche bei den eigentlichen entwicklungsrelevanten Arbeiten zu berücksichtigen.

Dem Imperativ der Kohärenz gebührt die ständige Aufmerksamkeit aller multilateralen Organisationen. Das gilt für die internationale wie auch für die länderspezifische Beteiligung dieser Organisationen an den Armutsbekämpfungsstrategien, zumal die Entstehung internationaler Fonds, z.B. im Gesundheitsbereich, voraussetzt, dass sich der globale Ansatz und die Umsetzung vor Ort genau entsprechen. Das Gleiche gilt ferner für die Steuerung der Globalisierung, wie die von der Ministerkonferenz der WTO angenommene Erklärung deutlich macht, wo für den notwendigen Ausbau der Handelskapazitäten auf den OECD-Entwicklungsausschuss, für die Verteidigung der sozialen Dimension im Zusammenhang mit Arbeitsgesetzen und -standards auf die IAO (die gerade eine Arbeitsgruppe über die sozialen Dimensionen der Globalisierung ins Leben gerufen hat) und hinsichtlich der ökologischen Aspekte der Handelspolitik auf die bevorstehende Konferenz über nachhaltige Entwicklung in Johannesburg verwiesen wird. Das Gleiche gilt schließlich für die Entwicklungsfinanzierung, weshalb Wert darauf gelegt wurde, die Weltbank, den IWF, die WTO und die OECD eng in die Vorbereitung der Internationalen Konferenz von Monterrey einzubeziehen. Diese Konvergenz hin zu größerer Kohärenz muss zu einer treibenden Kraft des nunmehr eingeleiteten Prozesses werden.

Für eine dauerhaft effiziente Interdependenz und zur Erzielung messbarer Fortschritte müssen alle Partner über die notwendigen Voraussetzungen verfügen, um gute Leistungen erbringen zu können

Im Bereich des *Kapazitätsaufbaus* stehen die Partner in den ärmsten Entwicklungsländern oft vor enormen Herausforderungen ganz neuer Art, wenn es darum geht, die Armutsbekämpfungsstrategien in all ihren Dimensionen auf nationaler wie internationaler Ebene festzulegen und umzusetzen und die Integration ihrer Wirtschaft in den regionalen und internationalen Handel zu bewerkstelligen. Alle öffentlichen und privaten Entscheidungsträger und Akteure der Zivilgesellschaft müssen bemüht sein, das Netz aus Kompetenzen, Motivationen und Fähigkeiten zu stärken, das Institutionen und Bürger miteinander verbindet, wobei darauf geachtet werden muss, dass keine starren Strukturen entstehen, sondern dass Platz für Flexibilität und Weiterentwicklung bleibt und dass zugleich die „kritische Masse“ geschaffen wird, ohne die der Prozess nicht tief genug verankert werden kann, um von Dauer zu sein.

Alle Länder und Gesellschaften stehen heute vor diesen Herausforderungen. Damit sie von den Partnerländern bewältigt werden, bedarf es ehrgeiziger und kohärenter langfristiger Strategien, die von der gesamten internationalen Gemeinschaft unterstützt werden. Dies ist heute eine der wichtigsten Dimensionen des auf Eigenverantwortung und lokale Trägerschaft gegründeten Partnerschaftsprinzips. Die von den Gebern bei Entwicklungsprojekten und -programmen geleistete technische Unterstützung beschränkt sich oft auf punktuelle, zeitlich begrenzte Interventionen, die sich nur schwer in eine Gesamtstrategie einbinden lassen. Und obgleich auf die Nachteile dieses Ansatzes häufig hingewiesen wurde, sind sie doch nicht immer hinreichend beseitigt worden. Nunmehr gilt es, ein neues Konzept der technischen Zusammenarbeit in den Dienst eines nachhaltigen Kapazitätsausbaus zu stellen, der von Bemühungen um Mobilisierung solcher personellen Kapazitäten flankiert werden muss, die gewissermaßen zur „stillen Reserve“ gehören, sei es, dass die betreffenden Personen das Land verlassen haben oder einfach nur entmutigt sind und keinen besonderen Anreiz darin sehen, sich wieder vor Ort zu engagieren. Zugleich gilt es, die Zusammenarbeit der Länder der südlichen Hemisphäre untereinander, insbesondere auf subregionaler Ebene, zu mobilisieren. Auf diese Neuausrichtung konzentriert sich seit einiger Zeit ein Großteil der Anstrengungen. Das zeigt die Initiative des UNDP, bei der in Zusammenarbeit mit der Weltbank und einer Reihe bilateraler Geber über eine

Reform der technischen Zusammenarbeit durch Kapazitätsaufbau nachgedacht werden soll.

Die Bemühungen um Effizienz der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und ihres Managements sowie um Kohärenz bei der ODA-Allokation sind wiederum ihrerseits der angestrebten Leistungssteigerung förderlich. In dieser Hinsicht stellt die Aufhebung der Lieferbindung bei EZ-Leistungen für die am wenigsten entwickelten Länder einen Fortschritt dar. Zudem sind die bilateralen ebenso wie die multilateralen Geber heute der Ansicht, dass die Verfahren und Praktiken, die sie für die Umsetzung der Entwicklungszusammenarbeit entwickelt haben, vor dem Hintergrund dieser leistungsorientierten Strategie überprüft werden sollten, da offenbar die Komplexität und Vielfalt der Verfahren einer effizienten Koordination unter der Verantwortung der jeweiligen Partnerländer häufig entgegensteht, was ganz besonders hinderlich ist, wenn es gilt, Strategien umzusetzen und die lokale Trägerschaft zu fördern.

Der DAC hat Ende 2000 eine Arbeitsgruppe zur Untersuchung der Geberverfahren eingerichtet, die, ausgehend von einer Bestandsaufnahme sowie gemäß dem Prinzip der Erweiterung und Ergänzung die jeweils besten Verfahren identifizieren und fördern soll, mit denen die Belastung, die solche Verfahren für die EZ-Managementkapazitäten der Partnerländer darstellen, reduziert und die Transaktionskosten gesenkt werden können. Diese Untersuchung wird in enger Zusammenarbeit mit den Partnerländern durchgeführt, damit die vor Ort vorhandenen Bedürfnisse besser artikuliert und befriedigt werden können, und zwar in Synergie mit den Konzepten der multilateralen Geber. Diese Fragen liegen heute, da es gilt, die Diversität der EZ-Instrumente in den Dienst einer allseitigen Leistungssteigerung zu stellen, sämtlichen Beteiligten am Herzen.

Die gemeinsame Messung und Beurteilung der Leistungen, Fortschritte und Ergebnisse anhand klar definierter, quantifizierbarer Ziele, gestützt auf zuverlässige Indikatoren und Statistiken, muss eine weitere Grundlage des Entwicklungsprozesses bilden und eine Dynamik in Gang halten, die sich auf eine konzertierte Evaluierung, einen permanenten Dialog über die Umsetzung sowie auf die Fähigkeit gründet, aus Erfahrungen – Erfolgen wie Fehlschlägen – zu lernen.

Unter diesem Gesichtspunkt liefern die Millenniums-Entwicklungsziele sowie die ihnen zugeordneten Indikatoren die erforderlichen Maßstäbe, anhand deren die Entwicklungsfortschritte auf einzelstaatlicher wie auf globaler Ebene gemessen werden können (vgl. das Spezialmodul am Ende von Teil II dieses Berichts).

Diese individuelle Leistungsbeobachtung muss sich ebenso wie die ergebnisorientierte Politikgestaltung auf zuverlässige, allen zugängliche statistische Daten stützen, die von den Ländern selbst geliefert werden. Die Dynamik, die mit dem im Jahr 2000 eingerichteten PARIS21-Konsortium zur Stärkung der Kapazitäten in diesem Bereich in Gang gekommen ist, spiegelt diese Beseitigung von Abschottungen zwischen den Institutionen und statistischen Instrumenten auf internationaler Ebene wider. Sie fördert die Umsetzung eines kohärenten Katalogs von Aktivitäten, die die verschiedenen einschlägigen Initiativen miteinander verbinden.

3. Wechselseitiges Engagement und geteilte Verantwortung

Wir leben alle in *einer* Welt. Die Aufrechterhaltung eines dynamischen Prozesses nachhaltiger Entwicklung im Rahmen einer Globalisierung, die integriert, statt auszuschließen, und die auf Interdependenz beruht, liefert eine Perspektive, die alle Länder betrifft. Diese Perspektive duldet weder die Aufsplitterung noch die zusammenhanglose Aneinanderreihung unterschiedlicher Ansätze innerhalb der internationalen Gemeinschaft. Wenn die Entwicklungszusammenarbeit ihre Prioritäten verwirklichen will, d.h. an erster Stelle einen massiven Abbau der Armut, und wenn sie ihre Besonderheit behaupten will, darf sie sich nicht auf eine Art Einzeldialog zwischen den am stärksten industrialisierten und den ärmsten Ländern beschränken. Sie muss vielmehr Teil einer umfassenderen Dynamik sein, nämlich jener Dynamik, die von der gesamten internationalen Zusammenarbeit ausgeht.

So gesehen liefert die Serie internationaler Konferenzen, die im November 2001 in Doha begonnen hat und die sich im März 2002 in Monterrey (Mexiko) mit der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung sowie im September in Johannesburg mit dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung fortsetzen wird, zahlreiche Gelegenheiten, sich mit dem gesamten Spektrum der Entwicklungsfragen zu befassen und neue Etappen einzuleiten.

Die Verschiedenartigkeit der Situationen als Grundtatsache akzeptieren

Von den ärmsten Ländern über die Länder der mittleren Einkommensgruppe, von den Schwellen- und Transformationsländern bis hin zu den am höchsten ent-

wickelten Ländern vollzieht sich dieser Prozess nachhaltigen Wandels und permanenter struktureller Anpassungen in einem Kontinuum von Situationen, Trends und Politiken, in dem sich die Verschiedenartigkeit der Partner widerspiegelt – wenn nur jeder bestrebt ist, eine stabile, vorhersehbare makroökonomische Politik zu betreiben, die Funktionsfähigkeit der Produkt-, Arbeits- und Kapitalmärkte zu verbessern und sich dabei gemäß den Prinzipien der guten Staats- und Verwaltungsführung sowie der Kohärenz in eine Perspektive der nachhaltigen Entwicklung für alle einzubringen.

Innerhalb dieses Rahmens treiben *die Länder der mittleren Einkommensgruppe* ihre Entwicklung voran, unterstützt durch die internationale Zusammenarbeit, wobei deren Modalitäten und Prioritäten jeweils durch unterschiedliche Kombinationen aus EZ-Leistungen, kommerziellen und finanziellen Maßnahmen sowie Maßnahmen zur Förderung privater Investitionen geprägt werden. Die Modalitäten gründen sich auf die Vision, die die einzelnen Partnerländer von ihrer eigenen Entwicklung haben, sowie auf die Prioritäten, die sie sich für die Politik ihrer Sozial-, Struktur- und Sektorreformen gesetzt haben.

In gewisser Weise sind diese Länder selbst Partner der ärmsten Länder, insbesondere im regionalen oder subregionalen Kontext. Der Beitrag, den sie zur Entwicklung dieser ärmsten Länder leisten, entweder indirekt durch die Auswirkungen ihrer eigenen Politik oder direkt in Form einer Zusammenarbeit, tritt immer deutlicher hervor. Die Süd-Süd-Dimension der Entwicklungszusammenarbeit ist sowohl von ihrem Wesen als auch ihrem Ausmaß her im Wandel begriffen. Die Industrieländer können diesen Prozess durch spezifische Aktionen, z.B. im Bereich des Kapazitätsaufbaus, unterstützen. Darüber hinaus schaffen die regionalen Integrationsbewegungen, die sich derzeit auf fast allen Kontinenten verstärken, einen Rahmen, der zunehmend nach einer Diversifizierung der Zusammenarbeit verlangt.

Die Lage der ärmsten Länder, an denen die Dynamik der nachhaltigen Entwicklung und der Armutsminderung nach wie vor vorbeigeht, zieht immer mehr die Aufmerksamkeit auf sich und erregt Besorgnis – eine Besorgnis, die noch über die – durch die Ereignisse des 11. September verschärfte – Unruhe angesichts der dort bestehenden Konfliktsituationen hinausgeht (vgl. Kapitel 5). Diese krisengefährdeten, instabilen Länder, wo das allgemeine Umfeld wie auch die Politik der Ausarbeitung und Umsetzung effizienter Strategien nicht gerade förderlich sind und in denen es an verantwortungsvoller Regierungsführung, an der Achtung der

Grundrechte und an der Einbeziehung der Bürger in eine gemeinsame nationale Vision mangelt, bringen nicht die notwendigen Voraussetzungen für das Partnerschaftskonzept mit. Wieder andere Länder haben große Schwierigkeiten bei der konsequenten Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen bzw. sind nach wie vor sehr anfällig gegenüber Schocks oder unkontrollierten Nebenwirkungen einer Globalisierung, aus der sie ohnehin keinen Nutzen ziehen.

Zugleich verringern sich die Chancen, die Millenniumsziele zu erreichen, wenn diese Länder weiterhin von den Armutsbekämpfungsstrategien ausgespart bleiben – obgleich gerade sie den Beitrag der Globalisierung zu Frieden und Sicherheit zu gefährden drohen. Die Gesamtheit der Entwicklungsakteure befasst sich mittlerweile direkt mit diesem Problem, wie sich an den Beratungen des DAC, der Aktualisierung der DAC-Leitlinien zu Konflikten, Frieden und Entwicklungszusammenarbeit und der jüngst von der Weltbank eingerichteten Arbeitsgruppe zur Unterstützung von leistungsschwachen Ländern der unteren Einkommensgruppe zeigt. Die Entwicklungsgemeinschaft verfügt über keinerlei Möglichkeiten, mit diesen Ländern im Rahmen von Strategien zusammenzuarbeiten, die sich auf Elemente wie eine zweckmäßige Politik und eine gute Staats- und Verwaltungsführung, auf das Streben nach Kohärenz und eine vertrauensvolle und effiziente Partnerschaft gründen. Angesichts dieser eindeutigen Priorität wird aber auch immer systematischer die Notwendigkeit gesehen, Mittel und Wege zu finden, wie die Entwicklung zumindest dadurch unterstützt werden kann, dass der Dialog aufrechterhalten bleibt, der dringendste Bedarf gestillt wird und jede sich überhaupt bietende Chance zur Integration dieser Länder in den globalen Entwicklungsprozess ergriffen wird.

Es kann in diesen Fällen darum gehen, den Wandel zu fördern und anzuregen, die Vorteile der Partnerschaft aufzuzeigen und jene Entwicklungsaktivitäten fortzuführen, bei denen in einem solchen Umfeld die Chance besteht, dass sie effektiv den Ärmsten zugute kommen, beispielsweise im Gesundheits- und Bildungssektor oder im Bereich der Gemeinschaftsdienste, die einen Vektor der lokalen Trägerschaft darstellen. Das kann dazu beitragen, die Situation sozial gefährdeter Gruppen zu stabilisieren, den sozialen Zusammenhalt zu fördern, Beschäftigungschancen aufrechtzuerhalten und eine unkontrollierte Verschärfung von Ungleichheiten zu verhindern. Das umfasst aber auch eine Ausweitung der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und mit Nichtregierungsorganisationen. Diese Ansätze werfen spezifi-

sche Fragen in Bezug auf die Koordination auf und könnten in einen Rahmen integriert werden, der in enger Zusammenarbeit mit den multilateralen Organisationen zu schaffen wäre. Es ist an der Zeit, diese Fragen der Koordination explizit anzugehen.

Es bedarf eines konvergenten Vorgehens zur Bekämpfung der Armut und zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung für alle

Auf dem Gipfel von Johannesburg wird die Integration der drei Dimensionen nachhaltiger Entwicklung auf der Tagesordnung stehen, nämlich stetiges Wirtschaftswachstum, soziale und menschliche Entwicklung und Umweltschutz in allen Ländern, in den Industrieländern ebenso wie den Entwicklungsländern, unter Berücksichtigung der Interdependenz, die sich bei der Behandlung weltweiter Umweltprobleme und universeller öffentlicher Güter aus der Globalisierung ergibt. Dies geht über die bloße Nebeneinanderstellung von Umwelt- und Entwicklungsanliegen hinaus, wie sie im Titel des Weltgipfels von Rio vor zehn Jahren anklang und wie sie sich dann auch bis zu einem gewissen Grade in den zweigeteilten Schlussfolgerungen der Verhandlungen – nämlich der Agenda 21 zum einen und den verschiedenen Umweltübereinkommen zum anderen – widerspiegelte.

In Johannesburg wird sich mithin Gelegenheit bieten, die Komplementarität und Synergie der Strategien für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung nicht mehr nur prinzipiell, sondern effektiv zu stärken, indem die Frage der Nachhaltigkeit enger mit der Armutsbekämpfung verknüpft wird. Dabei ist zu beachten, dass arme Länder in hohem Maße von natürlichen Ressourcen abhängen, jedoch nur selten die Möglichkeit haben, diese auf umweltverträglicher – und somit wirklich nachhaltiger – Basis zu nutzen. Der Schutz so lebenswichtiger globaler Güter wie Atmosphäre und Biodiversität bildet schließlich einen der Ecksteine nachhaltiger Entwicklung, und so werden die Entwicklungsländer möglicherweise strategische Entscheidungen treffen müssen (saubere Entwicklung, Nutzung der schützenden Vegetation oder Aufrechterhaltung der Kohlenstoffsinken), bei denen sie zwischen nationalen Entwicklungsprioritäten und internationalen Verpflichtungen abwägen müssen. Zugleich sind die ärmsten Länder aber oft auch jene, die durch die Verschlechterung der Umweltbedingungen am stärksten geschädigt werden. Bei der Förderung der Interdependenz bieten sich als vorrangige Aufgabe systematische Bemühungen um eine weltweit verstärkte Kohärenz der Umweltpolitiken an.

Bei „nachhaltigen Modellen“, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele miteinander verbinden, stehen Governance-Fragen im Zentrum aller Anstrengungen, sei es bei der Ausarbeitung oder der transparenten Umsetzung staatlicher Politiken, der Partizipation bzw. Mobilisierung der Bürger, der Erfolgs- bzw. Ergebniskontrolle u.a.m. Auch unter diesem Gesichtspunkt gebührt der Bereitstellung spezifischer, zuverlässiger Indikatoren Priorität. Auch hier finden wir letztendlich wieder die Imperative der Kohärenz, der Ordnungsprinzipien (*governance*) und der Leistung, die die Grundlage jeglichen Armutsminderungs- und Entwicklungsprozesses bilden. Eine derartige Konvergenz kann, wenn sie systematisch umgesetzt wird, zur eigentlichen Triebfeder des Gesamtprozesses werden.

Notwendigkeit einer kohärenten und integrierten Entwicklungsfinanzierung

Globalisierung und Interdependenz – wieder sind es diese beiden Themen, vor deren Hintergrund auch die Internationale Konferenz über Entwicklungszusammenarbeit im März stattfinden wird, bei der alle Fragen – nationaler wie internationaler Art – in Bezug auf die Mobilisierung von Ressourcen für die Verwirklichung der Millenniumsziele und ganz allgemein für die Finanzierung des Entwicklungsprozesses behandelt werden sollen. Ein derartiges Unterfangen kann den Grundstein legen für eine dauerhafte Partnerschaft, die Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen öffentlicher und privater Finanzierung, zwischen nationalen und internationalen Ressourcen wie auch zwischen Finanzmärkten und inoffiziellen Leistungen klären und die Aufmerksamkeit auf die Bedingungen für eine vernünftige Verwaltung dieser Ressourcen sowie gegebenenfalls die Stärkung der dafür erforderlichen Kapazitäten lenken.

Die Mobilisierung der nationalen Ressourcen, sei es über Steuereinnahmen und öffentliche Ausgaben oder über eine schrittweise Ausweitung der Ersparnis, die ausgewogenere und besser zielgerichtete Steigerung der Zuflüsse privater Investitionen aus dem Ausland sowie die Verbesserung der Handelsbilanzen werden dabei eine wesentliche Rolle zu spielen haben, die wiederum von

der Qualität und dem Erfolg der makroökonomischen und Wachstumspolitiken abhängt, namentlich den strukturellen Maßnahmen in Bezug auf die Finanzmärkte bzw. den Strategien zur Stärkung der Kapazitäten. Damit sind die Umrisslinien einer neuen, multidimensionalen, als Katalysator wirkenden Funktion der ODA-Leistungen abgesteckt.

Vor diesem Hintergrund wird heute die Frage nach dem angemessenen Umfang der ODA-Leistungen und deren Allokation gestellt. Eine Reihe von Faktoren könnte sich zu Gunsten einer Verstärkung der ODA-Anstrengungen auswirken. Andererseits darf aber auch nicht aus den Augen verloren werden, dass der effektive Bedarf in diesem Bereich nach wie vor von der Aussicht auf eine effiziente Nutzung der Leistungen, d.h. ein vernünftiges politisches und wirtschaftliches Management von Seiten der Entwicklungsländer sowie der effektiven Umsetzung der Entwicklungsstrategien abhängt. Dafür bestimmend sind wiederum die mittelfristigen Zusagen der Partner in den Industrieländern, auf die sich diese Strategien stützen. Ein ganz wesentlicher Punkt lautet, dass Nachfrage und Angebot grundsätzlich in einer Wechselbeziehung zueinander stehen. Vor diesem Hintergrund gesehen ist die Möglichkeit einer allmählichen Rückkehr des als BIP-Anteil gemessenen ODA-Niveaus zu seinem ungefähren Stand von Anfang der neunziger Jahre gar nicht so unrealistisch, zumal eine ganze Reihe von Gebern offenbar bereit ist, ihre ODA-Leistungen auf mittlere Sicht zu erhöhen.

Es ist sowohl notwendig als auch möglich, die internationale Zusammenarbeit im Dienst der Entwicklung in ihrer neuen Form und in all ihren Dimensionen zu stärken, wobei sich die Aktionen der Partner auf wechselseitige Verpflichtungen und geteilte Verantwortlichkeiten gründen müssen. Das kann politische Entscheidungen erfordern, um den ehrgeizigen Zielen gerecht zu werden, die sich die internationale Gemeinschaft in der heutigen, immer stärker von Interdependenz geprägten Welt gesetzt hat und in der kein Weg daran vorbeiführt, die Globalisierung so zu gestalten, dass sie allen zugute kommt, und die dazu erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Nur so kann die Dynamik des Entwicklungsprozesses auf Dauer in Gang gehalten werden.

Anhang I.1

Bewältigung einer globalen Herausforderung: Armutsbekämpfung auf Partnerschaftsbasis

Grundsatzklärung anlässlich der Annahme der DAC-Leitlinien zur Armutsbekämpfung DAC-Jahrestagung, Paris, 25.-26. April 2001

Die Entwicklungsländer haben in den vergangenen 30 Jahren bemerkenswerte, wenn auch uneinheitliche Fortschritte bei der Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erzielt, und die Entwicklungszusammenarbeit hat dazu einen bedeutenden Beitrag geleistet. Jedoch stellt die Minderung der Armut im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung nach wie vor eine große Herausforderung dar. Extreme Armut ist immer noch das Los jedes vierten Bewohners der Dritten Welt. Analphabetentum, Hunger und Krankheit sind nach wie vor weit verbreitet, und HIV/AIDS ist für viele Entwicklungsländer zu einer wahren Geißel geworden. Bei etwa der Hälfte der Armen handelt es sich um Kinder, die unter Entbehrungen, Mangel und Gewalt leiden – und die Mehrzahl der in Armut lebenden Erwachsenen sind Frauen. Die innerhalb der einzelnen Nationen bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten stellen ein Hindernis für die nachhaltige Armutsreduzierung dar. Die Globalisierung eröffnet vielversprechende Möglichkeiten für die Förderung des Wachstums und die Minderung der Armut, jedoch bedarf es besonderer Anstrengungen, um zu gewährleisten, dass arme Länder und Bevölkerungsgruppen in angemessener Weise an den Chancen und Vorteilen der Globalisierung teilhaben.

Wir sind tief besorgt über das Los der in tiefster Armut lebenden Menschen. Den vom Leben Benachteiligten zu helfen, ist schon aus rein moralischen Gründen ein Anliegen, das uns alle bewegt; darüber hinaus sind wir der Auffassung, dass die Reduzierung der Armut und der weltweiten Ungleichheiten angesichts der davon zu erwartenden potentiellen Effekte auf die regionale und globale Sicherheit, die internationale Zusammenarbeit sowie die nachhaltige Entwicklung und Prosperität in unser aller Interesse liegt. Es ist jedoch an den Entwicklungsländern, die Führung zu übernehmen und wirksame nationale Strategien zur Armutsbekämpfung zu formulieren. Diese Strategien sollten im Rahmen eines integrierten nationalen Entwicklungsansatzes den wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Belangen wie auch den Erfordernissen einer guten Staats- und Verwaltungsführung Rechnung tragen. Wir verpflichten uns, den Entwicklungsländern in Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft, dem privaten Sektor und den multilateralen Institutionen bei der Bewältigung dieser Herausforderung zur Seite zu stehen. Wir verpflichten uns ferner, keine Mühe zu scheuen, um den Entwicklungsländern dabei zu

helfen, den Herausforderungen der Globalisierung und des digitalen Zeitalters zu begegnen und HIV/AIDS sowie alle anderen tödlichen Krankheiten zu bekämpfen.

Wir bekräftigen unsere Verpflichtung zur Minderung der Armut in all ihren Aspekten und zur Realisierung der sieben Internationalen Entwicklungsziele (*International Development Goals* – IDG). Wir sehen die IDG im größeren Rahmen des in der Millenniumserklärung vereinbarten Katalogs gemeinsamer Ziele – namentlich Bekämpfung des Hungers, Versorgung mit hygienisch einwandfreiem Trinkwasser und Eindämmung von HIV/AIDS – sowie in der Perspektive des letztlich angestrebten Ziels der Beseitigung der Armut. Die Internationalen Entwicklungsziele sind vor allem darauf gerichtet, bis zum Jahr 2015 die Zahl der in extremer Einkommensarmut lebenden Menschen zu halbieren, die Säuglings-, Kinder- und Müttersterblichkeit zu senken und Grundbildung sowie Zugang zu Reproduktivgesundheitsleistungen für alle zu gewährleisten; bis zum Jahr 2005 den gleichberechtigten Zugang zur Bildung für Jungen und Mädchen als einen Schritt in Richtung auf die geschlechtliche Gleichstellung und die Befähigung der Frauen zur Selbstbestimmung zu erreichen und Strategien für nachhaltige Entwicklung umzusetzen, um den Trend zur Vernichtung von Umweltressourcen umzukehren.

Wir bestätigen erneut unsere Entschlossenheit, bei der Unterstützung der von den Partnerländern unternommenen Anstrengungen zur Schaffung einer stabilen, sicheren, partizipatorischen und gerechten Gesellschaft die qualitativen Faktoren der Entwicklung zu fördern, zu denen namentlich eine wirksame, demokratische und rechenschaftspflichtige Staats- und Verwaltungsführung, der Schutz der Menschenrechte sowie die Achtung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit gehören. Wir sind entschlossen, die nachhaltige Minderung der Armut zum zentralen Anliegen unserer Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere auf Länderebene, zu machen. Wir sind ferner entschlossen, die Kohärenz unserer Politik in allen entwicklungsrelevanten Bereichen zu verbessern, indem wir z.B. unsere Märkte stärker öffnen und Schuldenerleichterungsmaßnahmen beschleunigt umsetzen. Wir werden unsere Bemühungen um Effizienzsteigerung der EZ-Mittel und Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen zur Armutsbekämpfung intensivieren. Hierbei orientieren sich die meisten DAC-Mitglieder am ODA/BSP-Richtsatz von 0,7%.

Wir haben in Abstimmung mit unseren internationalen Partnern, d.h. der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, *Leitlinien zur Armutsbekämpfung* aufgestellt. In diesen Leitlinien spiegeln sich der nach und nach entstehende internationale Konsens, ein gemeinsames Engagement sowie eine übereinstimmende Sichtweise bezüglich der Mittel und Wege wider, wie wir den Entwicklungspartnern im Rahmen unserer Zusammenarbeit wirksamer bei der Armutsminderung helfen können. Wir bekennen uns einvernehmlich zu den folgenden Grundsätzen, die das Fundament dieser Leitlinien bilden.

Der multidimensionale Charakter der Armut

Wir gehen in Bezug auf die Armut und ihre zahlreichen Facetten von einem gemeinsamen Ansatz aus.

Der Begriff Armut umfasst verschiedene Arten von Entbehrungen im Zusammenhang mit der Unfähigkeit, menschliche Grundbedürfnisse zu befriedigen, vor allem in Bezug auf den Konsum und die Sicherheit von Nahrungsmitteln, Gesundheitsversorgung, Bildung, Geltendmachen von Rechten, Mitsprache, Sicherheit und Würde sowie menschenwürdige Arbeit. Die Armut muss auch aus Gründen des Umweltschutzes und der Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung reduziert werden. Die Minderung der geschlechtsspezifischen Ungleichheiten schließlich bildet den Schlüssel zur Bekämpfung der Armut in all ihren Dimensionen.

Die entscheidende Bedeutung der Politikkohärenz

Wir werden danach trachten, die Politikkohärenz im Dienst der Armutsbekämpfung zu verstärken, indem wir dieses Thema in alle staatlichen Entscheidungen einbeziehen, und die notwendigen Mittel zu konzipieren, um das Ziel der Armutsminderung innerhalb unserer Regierungen wie auch in internationalen Foren zu fördern.

Zur Bekämpfung der Armut bedarf es einer stärkeren Kohärenz aller entwicklungsrelevanten staatlichen Maßnahmen. Schuldenerleichterung, Handel, Investitionen, Landwirtschaft, Umwelt, Migration, Gesundheitsforschung, Sicherheit und Waffenhandel zählen zu den politischen Schlüsselbereichen, die einen potentiell starken Einfluss auf die Armutsreduzierung haben können.

Stärke, Qualität und sozial gerechter Charakter des Wirtschaftswachstums

Wir werden die Bemühungen unserer Partner unterstützen, die auf ein nachhaltiges, den Armen zugute kommendes Wachstum, die Verringerung bestehender Ungleichheiten und die Vergrößerung ihres Anteils an den weltweiten Handels- und Investitionsströmen abzielen.

Zur Reduzierung der Armut bedarf es eines raschen und dauerhaften, den Armen zugute kommenden Wachstums. Voraussetzungen dafür sind eine gute Staats- und Verwaltungsführung, ein umsichtiges makroökonomisches Management, wettbewerbsorientierte Märkte und ein dynamischer privater Sektor, effiziente Institutionen sowie eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen. Damit das Wachstum den armen Bevölkerungsgruppen zugute kommt, muss eine gerechte Teilhabe der Armen – Männer wie Frauen – an Erzeugung und Nutzung des Wachstums gewährleistet werden. Das erfordert auch Reformen zur Verringerung der Ungleichheiten in Bezug auf die Grundbedürfnisse des Menschen und seinen Zugang zu Kapital und produktiven Ressourcen wie Land, Bildung und Kredit.

Die Bekämpfung der Armut setzt bei allen Partnern den entsprechenden politischen Willen voraus

Wir werden die Bemühungen der Partnerländer um Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Festlegung prioritärer Armutsminderungsziele und die Formulierung von Maßnahmen zur Verringerung von Ungleichheiten unterstützen, im Rahmen der Anstrengungen dieser Länder zur Schaffung demokratischer Institutionen.

Bei der Armutsbekämpfung geht es stets um einen politischen Prozess. Er erfordert engagierte Bemühungen, um die Armen aus der Ausgrenzung herauszuführen, indem ihnen die Möglichkeit gegeben wird, sich verstärkt Gehör zu verschaffen, und indem das Prinzip der demokratischen Rechenschaftspflicht gefördert wird. Strategische Partnerschaften mit reformwilligen Kräften aus Staat und Gesellschaft können einen nützlichen Beitrag zu sozialen und politischen Reformen leisten. Initiativen zur Unterstützung eines breiter angelegten Dialogs auf Länderebene und einer verstärkten Mitwirkung aller Beteiligten müssen im Einklang stehen mit den von den Partnern unternommenen Anstrengungen zur Schaffung demokratischer Institutionen.

Die Allokation der EZ-Mittel muss sich an Bedarf und Ergebnissen orientieren

Wir werden vorrangig arme Länder unterstützen, deren Regierungen zur Armutsbekämpfung und zur wirksamen Verwendung der EZ-Mittel entschlossen sind, darüber hinaus aber auch gezielt den armen Bevölkerungsgruppen in Ländern helfen, in denen gravierende Probleme der Staats- und Verwaltungsführung bestehen.

Die Ressourcen der Entwicklungszusammenarbeit müssen wirksam zur Armutsminderung eingesetzt werden. Priorität gebührt dabei den Ländern der unteren Einkommensgruppe. Ein gewisses Mittelvolumen kann aber auch gezielt anderen Ländern mit einem hohen Anteil an armen Bevölkerungsgruppen gewährt werden. Ausschlaggebende Kriterien werden in diesem Fall der Grad des politischen Engagements zur

Minderung der Armut und die Wirksamkeit der staatlichen Politik sein. Wichtig ist es gleichzeitig aber auch, die in Armut lebenden Menschen in Ländern mit gravierenden Problemen der Staats- und Verwaltungsführung, u.a. in besonders konfliktanfälligen Ländern, zu unterstützen.

Unterstützung der Armutsbekämpfungsstrategien unserer Partnerländer durch verschiedene Formen der Entwicklungszusammenarbeit

Zur Unterstützung der ländereigenen Armutsbekämpfungsstrategien und -programme werden wir die Koordinierung unserer Programm-, Sektor- und Projekthilfe verstärken.

Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit werden die in den nationalen Strategien für nachhaltige Armutsreduzierung definierten Ziele und Prioritäten unterstützt, und diese Strategien müssen von den Ländern selbst getragen und partizipatorisch, umfassend sowie ergebnisorientiert sein. Um lokale Trägerschaft und Nachhaltigkeit zu gewährleisten, sollte die Entwicklungsgemeinschaft ihre Aktivitäten so umorientieren, dass diese nicht von den Entwicklungsstellen bestimmt werden, sondern auf Initiativen der Entwicklungsländer selbst zurückgehen, um so Raum für Partnerschaften auf der Basis einer integrierten Programm-, Projekt- und Sektorhilfe zu schaffen. Um die Umsetzung der von unseren Partnerländern verfolgten Strategien zu unterstützen, sollten prioritär Ressourcen für den Kapazitätsaufbau, institutionelle Reformen sowie die breite Teilhabe lokaler Partner bereitgestellt werden.

Größere Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit durch besseres Management

Wir werden uns nach besten Kräften bemühen, Zusammenarbeit zu praktizieren, unsere Verwaltungsaufgaben soweit wie möglich zu vereinfachen und unsere Konzepte und Aktionen mit denen unserer Partner abzustimmen.

Eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit setzt eine bessere EZ-Koordinierung durch Kooperation, Durchführung gemeinsamer Aktivitäten und die Bündelung von Kompetenzen und Ressourcen voraus. Die DAC-Mitglieder können – unter Beibehaltung hoher Standards in Bezug auf Rechenschaftspflicht und Transparenz – ihre administrativen und finanziellen

Auflagen vereinfachen und harmonisieren, sich den in dem betreffenden Land üblichen Verfahren anpassen, soweit diese zweckmäßig sind, und den Partnern bei der Verbesserung ihrer administrativen Kapazitäten und Ergebnisse helfen.

Erfolgskontrolle

Wir werden unsere EZ-Anstrengungen unter dem Gesichtspunkt ihrer Wirksamkeit bei der Förderung echter Partnerschaften und ihrer konkreten Effekte auf die Armutsminderung evaluieren.

Dialog, wechselseitiges Vertrauen und gemeinsame Verantwortung bilden die Grundlagen solider Partnerschaften. Jeder der Partner sollte danach beurteilt werden, wie weit er die eingegangenen Verpflichtungen erfüllt hat und welche Wirkung seine Aktionen unter dem Gesichtspunkt der Armutsreduzierung haben. Die Entwicklungsstellen sollten spezifische Ziele für die Ergebnisse von Partnerschaften aufstellen, wie z.B. Förderung der lokalen Trägerschaft, flexiblere Modalitäten des Ressourcentransfers, besser vorausberechenbarer Umfang der Leistungen und Verlängerung des Zeithorizonts für deren Einplanung in bestimmte Programme sowie Sicherstellung, dass die dem öffentlichen Sektor zugute kommenden EZ-Mittel in vollem Umfang in den Staatshaushalten ausgewiesen werden.

Bessere Anpassung der institutionellen Strukturen der EZ-Stellen an die Ziele der Armutsbekämpfung, der Partnerschaft und der Politikkohärenz

Wir verpflichten uns, die Armutsbekämpfung und das Prinzip der Partnerschaft in die allgemeine Politik und die Aktivitäten unserer EZ-Stellen zu integrieren, und wir werden uns nach besten Kräften bemühen, unsere institutionellen Praktiken, Systeme und Kulturen entsprechend anzupassen.

Die Integration der Armutsminderung als wesentliche Priorität in die Arbeit aller Ressorts, die Stärkung der partnerschaftlichen Kapazitäten und die Förderung der Politikkohärenz zählen zu den grundlegenden institutionellen Zielen der EZ-Stellen. Dazu wird es häufig erforderlich sein, die Organisationsstrukturen, Praktiken, Anreizsysteme und institutionelle Kultur der EZ-Stellen anzupassen und kreative Ansätze zu entwickeln.

Anhang I.2

Verhütung gewaltsamer Konflikte

Grundsatzerklärung anlässlich der Annahme der Ergänzenden Empfehlung zu den DAC-Leitlinien betreffend Konflikte, Frieden und Entwicklungszusammenarbeit DAC-Jahrestagung, Paris, 25.-26. April 2001

Die Konfliktverhütung ist ein fester Bestandteil der Armutsbekämpfung

Angesichts der zunehmenden Ausbreitung gewaltsamer Auseinandersetzungen mit ihren katastrophalen Konsequenzen bekräftigen wir unser Engagement für Friedensstiftung und Konfliktbeilegung. Wir geben erneut unserer Überzeugung Ausdruck, dass die Konfliktverhütung einen festen Bestandteil unserer Anstrengungen zur Unterstützung der Partnerländer bei der Armutsbekämpfung, der Förderung des Wirtschaftswachstums und der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung darstellt. Wir sind entschlossen, bei unserer Arbeit mit den Entwicklungsländern eine Kultur der Konfliktprävention zu fördern, die von den verschiedenen Ressorts unserer Regierungen konsequent mitgetragen wird. Wir bekennen uns zu den Politikempfehlungen *Verhütung gewaltsamer Konflikte: Orientierungshilfen für externe Partner* als Ergänzung zu den DAC-Leitlinien betreffend *Konflikte, Frieden und Entwicklungszusammenarbeit*. Diese Empfehlungen beziehen sich hauptsächlich auf kollektive Konflikte – sei es zwischen Gruppen eines Landes oder aber verschiedenen Ländern –, doch erstrecken sich bis zu einem gewissen Grade auch auf Fragen der staatlichen Gewalt gegenüber bestimmten Gruppen oder Einzelpersonen.

Politikkohärenz trägt zur Optimierung der Ergebnisse unserer Arbeit bei

Wir werden uns bemühen, die Kohärenz unserer Politiken in allen Bereichen, die Auswirkungen auf die Konfliktverhütung haben können – wie Handel, Finanzen und Investitionen, auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung sowie Entwicklungszusammenarbeit –, zu verbessern. Wir werden unsere Kapazitäten zur Analyse der Risiken und Ursachen gewaltsamer Konflikte mit Hilfe von Methoden wie Gefährdungsanalysen, Friedens- und Konfliktfolgenabschätzungen sowie Konstruktion entsprechender Szenarien verstärken. Das dürfte uns dabei helfen, kohärente Strategien und Konfliktverhütungsmöglichkeiten zu identifizieren.

Wichtig ist, ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklungen entgegenzuwirken und Korruption sowie illegalen Handel zu bekämpfen

Es ist wichtig, die politische Ökonomie kriegerischer Auseinandersetzungen zu analysieren und ihr Rechnung zu tragen. Einflussreiche Gruppen, Unternehmen oder Einzelpersonen können ein hierdurch bedingtes Interesse daran haben, dass bewaffnete Konflikte ausbrechen bzw. anhalten, ob sie diese Interessen nun mit oder ohne Gewalt durchsetzen. Genauso, wie unbedingt die Verbreitung von Waffen begrenzt werden muss, ist es an den externen Partnern des öffentlichen wie des privaten Sektors, den Kampf gegen illegalen Handel, gegen korrupte Transaktionen mit Rohstoffen, gegen *rent seeking* und gegen den Transfer wirtschaftlicher Ressourcen zu unterstützen, die Ursache oder Ziel von Konflikten sein können. Das kann durch gemeinsame internationale Aktionen geschehen, wie namentlich VN- und G8-Embargos (wie im Fall der aus Kriegsgebieten stammenden Diamanten), das *Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr*, die *OECD-Grundsätze der Corporate Governance*, die *OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen* sowie die *DAC Recommendations on Anti-Corruption Proposals for Aid-Funded Procurement* (DAC-Empfehlungen zu Vorschlägen für Anti-Korruptionsklauseln bei ODA-finanzierten Beschaffungen).

Eine verstärkte Koordination verbessert die Reaktionen auf Konflikte

Am härtesten von gewaltsamen Konflikten wurde bisher Afrika getroffen. Allerdings mussten alle Regionen der Welt ihre Erfahrungen mit der Zunahme gewaltsamer Konflikte und deren katastrophalen Auswirkungen auf das Leben der Menschen und den Entwicklungsprozess als solchen machen. Wir werden uns bemühen, unsere Initiativen zur Konfliktprävention und unsere Maßnahmen im Fall gewaltsamer Konflikte durch eine effizienter koordinierte Entscheidungsfindung zu verbessern. Das bedeutet, soweit irgend möglich, gemeinsame Analysen sowie wirksam koordinierte, einvernehmlich vereinbarte strategische Mechanismen und Aktionsrahmen.

Wir werden die rechtzeitige Ergreifung von Maßnahmen fördern und unterstützen die dazu beitragen, dass Konflikte nicht in gewaltsame Auseinandersetzungen ausarten

Dauerhafter Frieden und strukturelle Stabilität setzen einen langfristigen Prozess voraus. Wir werden die frühzeitige Ergreifung von Maßnahmen fördern und unterstützen und alle Chancen zur Stärkung der Zusammenarbeit innerhalb der Gesellschaften vornehmlich in besonders gefährdeten Ländern nutzen, um den Ausbruch kollektiver Gewalt zu verhindern. Wo sich die Möglichkeit derartiger Maßnahmen bietet, sind die Kosten in menschlicher, politischer, ökologischer und wirtschaftlicher Hinsicht weit geringer, als wenn erst später interveniert wird, um bereits bestehende gewaltsame Konflikte zu beenden und die entstandenen Schäden zu beheben.

Wir werden uns bei unseren Aktionen von einigen grundlegenden Prinzipien leiten lassen

Aus den bisherigen Erfahrungen, den vorliegenden Forschungsarbeiten und unseren Beratungen mit Entwicklungsländern lassen sich einige grundlegende Prinzipien ableiten, die das Fundament jeder Strategie der Konfliktprävention bilden sollten. So gilt es:

- sich über die Möglichkeiten – und Grenzen – von Aktionen der internationalen Gemeinschaft zur Förderung des Friedens und zur Verhinderung von Gewalt klar zu werden;
- sich einen konstruktiven, innovativen Ansatz zu Eigen zu machen, der dem Frieden förderlich ist;
- die Lehren aus einigen schmerzhaften Erfahrungen zu ziehen, die uns gezeigt haben, wie wichtig in sich stimmige, kohärente Politiken und integrierte Instrumente sind, wenn die Nutzeffekte maximiert und ungewollte schädliche Nebenwirkungen vermieden werden sollen;
- Transparenz zu üben, die eigenen Absichten mitzuteilen und den Dialog mit allen Partnern auf allen Ebenen auszudehnen und zu vertiefen, um auf lokaler Ebene die Übernahme von Eigenverantwortung zu fördern;
- friedensschaffende Initiativen frühzeitig zu unterstützen und damit auch fortzuführen, wenn der Friedensprozess abgeschlossen scheint;
- Frauen, Männer und junge Menschen aktiv in die politischen Entscheidungsprozesse und die Friedensstiftungsinitiativen einzubeziehen;
- flexibel und zum richtigen Zeitpunkt zu agieren und sich – selbst bei kurzfristigen Aktionen – an langfristigen Perspektiven sowie an politischen und sozioökonomischen Analysen der Situation auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene zu orientieren;
- sich um Stärkung der lokalen Kapazitäten zur Einflussnahme auf die staatliche Politik zu bemühen und gegen soziale und politische Ausgrenzung vorzugehen.

Die Sicherheit der menschlichen Person ist unerlässlich, um die Lebensbedingungen der Armen dauerhaft zu verbessern

Der Schutz gegen Gewalt, extreme wirtschaftliche und soziale Entbehrungen sowie Umweltschäden ist für die Armutsbekämpfung von entscheidender Bedeutung, wie bereits in unseren *Leitlinien zur Armutsbekämpfung* unterstrichen wurde. Zur Stärkung der Sicherheit und des Friedens muss auf allen Ebenen der Konfliktprävention, des Wiederaufbaus, der Friedensverhandlungen und der Wahrung des Friedens durchgängig das Leitprinzip der Gleichheit von Mann und Frau berücksichtigt werden, wie dies auch in der Resolution 1325 der Vereinten Nationen gefordert wird.

Eine verantwortungsvolle Regierungsführung ist nicht möglich ohne rechtmäßige und rechenschaftspflichtige Sicherheitssysteme und hat Auswirkungen sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene

Wir sind uns der Notwendigkeit bewusst, die Partnerländer beim Aufbau legitimer und rechenschaftspflichtiger Sicherheitssysteme zu unterstützen, um Konflikten vorzubeugen. Derartige Systeme sind als Bestandteil einer verantwortungsvollen Regierungsführung und Verwaltung des öffentlichen Sektors unverzichtbar. Die Reform des Sicherheitswesens muss darauf abzielen, Transparenz, Rechtsstaatlichkeit und Rechenschaftspflicht sowie sachlich fundierte Debatten zu fördern und die Kontrollbefugnisse der Legislative über die Sicherheitskräfte zu stärken. Das Spektrum der von diesen Reformen betroffenen Akteure reicht vom Militär und der Polizei über das Außen- und das Handelsministerium sowie die zivilgesellschaftlichen Organisationen bis hin zum Justiz- und Strafvollzugssystem. Derartige Reformen sind von entscheidender Bedeutung für den rationalen Einsatz der Sicherheitsausgaben. In Anbetracht der für die Verwendungszwecke von ODA-Leistungen geltenden Einschränkungen müssen OECD-Länder, die an einer Förderung von Aktivitäten in diesem Bereich interessiert sind, u.U. auf andere Quellen zurückgreifen.

Die Erweiterung und Vertiefung der Partnerschaften trägt zur Verhütung gewaltsamer Konflikte bei

Eine rechtmäßige staatliche Autorität und eine gesunde Zivilgesellschaft verstärken sich gegenseitig. Um die Bemühungen um Konfliktprävention zu fördern, werden wir unsere Partnerschaften mit Staat und Zivilgesellschaft, namentlich auch mit den Frauenverbänden, intensivieren. Problematisch ist die Frage, wie – und in Extremfällen auch, ob überhaupt – Beziehungen zu Regierungen unterhalten werden können, die sich über die Regeln der Rechtsstaatlichkeit hinwegsetzen, sich schwerer Menschenrechtsverletzungen schuldig machen, gegen die Zivilbevölkerung vorgehen oder in Nachbarländern Unruhen entfachen bzw. Kriege führen.

Indem Raum geschaffen wird für Dialog und Friedensstiftung, kann den betroffenen Gesellschaften bei der Bewältigung der Probleme im Bereich der Wiedereingliederung, der Gerechtigkeit und der Versöhnung geholfen werden

Die gesellschaftliche Wiedereingliederung aller Menschen, die durch gewaltsame Konflikte entwurzelt wurden oder Schaden genommen haben – ob Frauen, Männer, Jugendliche oder Kinder –, stellt für die Entwicklungszusammenarbeit eine große Herausforderung dar. Dazu gehört auch die Demobilisierung und Entwaffnung der an den Kämpfen Beteiligten. Voraussetzung für die Wiedereingliederung sind Beschäftigung und Wirtschaftswachstum – damit sie vollständig gelingt, ist jedoch Versöhnung unverzichtbar.

Wir werden den betroffenen Gesellschaften bei der Bewältigung der Probleme helfen, die alle gewaltsamen Konflikte im Hinblick auf Recht und Gerechtigkeit sowie Versöhnung im Gefolge haben. Diese Aufgabe ist alles andere als leicht. Es bieten sich jedoch Möglichkeiten für Aktionen von außen, u.a. im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, mit denen Raum für Dialog und Friedensstiftung geschaffen und Lösungen gefunden werden können, die sich an den Grundsätzen des internationalen Rechts orientieren.

Unternehmen können aktiv zur Prävention gewaltsamer Konflikte beitragen

Wir fördern die derzeitige Entwicklung hin zu Partnerschaften mit der Wirtschaft – d.h. nationalen wie internationalen Unternehmen –, um deren Bewusstsein dafür zu schärfen, wie sie sich einerseits als verantwortungsbewusste Staatsbürger verhalten und auf diese Weise vermeiden können, eine negative Konfliktdynamik in Gang zu setzen, und wie sie andererseits einen positiven wirtschaftlichen und sozialen Beitrag zur Prävention von Konflikten leisten können.

Verantwortungsvolle Regierungsführung ist eine Grundvoraussetzung für den Frieden

Jeder dauerhafte Frieden beruht auf den grundlegenden Prinzipien der verantwortungsvollen Regierungsführung, der menschlichen Sicherheit, der Demokratie, der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte, der Gleichberechtigung der Geschlechter sowie offener und gerechter Marktwirtschaften. Frieden ist ferner nicht möglich ohne eine verantwortungsvolle Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene. Wir verpflichten uns, unsere Anstrengungen fortzusetzen und gemeinsam mit allen Ressorts unserer Regierungen auf den Frieden hinzuarbeiten.

Anhang I.3

Strategien für eine nachhaltige Entwicklung

*Grundsatzserklärung anlässlich der Annahme der Strategien für eine nachhaltige Entwicklung:
Konkrete Orientierungshilfen für die Entwicklungszusammenarbeit
DAC-Jahrestagung, Paris, 25.-26. April 2001*

Strategien für eine nachhaltige Entwicklung: Konkrete Orientierungshilfen für die Entwicklungszusammenarbeit

Auf dem Weltgipfel in Rio wurde beschlossen, die Entwicklungsanstrengungen aller Länder künftig in die Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung einzubetten. In Rio wie auch im Rahmen späterer Vereinbarungen verpflichteten sich alle Regierungen, nationale Strategien für eine nachhaltige Entwicklung auszuarbeiten und umzusetzen. Diese in Rio geforderten Strategien sind als stark partizipativ ausgerichtete Instrumente gedacht, die, wie es hieß, zur Gewährleistung einer sozial ausgewogenen wirtschaftlichen Entwicklung bei gleichzeitiger Schonung der Ressourcenbasis und der Umwelt zum Wohle künftiger Generationen dienen sollen. Die Agenda 21 des Weltgipfels in Rio wurde jüngst in der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen bekräftigt. In den Internationalen Entwicklungszielen wird ausdrücklich die Umsetzung von Strategien für eine nachhaltige Entwicklung bis zum Jahr 2005 gefordert. Im Vorfeld des Johannesburger Weltgipfels über nachhaltige Entwicklung im Jahr 2002 sollten wir die auf dem Wege zur Einlösung dieser Verpflichtung erzielten Fortschritte überprüfen und uns darüber einig werden, wie die internationale Gemeinschaft den Entwicklungsländern am besten bei der Verwirklichung dieses Ziels helfen kann. In diesem Sinne kommt die Annahme der DAC-Leitlinien *Strategien für eine nachhaltige Entwicklung: Konkrete Orientierungshilfen für die Entwicklungszusammenarbeit* anlässlich der DAC-Jahrestagung vom 25. und 26. April 2001 zum richtigen Zeitpunkt.

Wir sind entschlossen, gut durchdachte, von den Partnerländern selbst getragene Strategien für eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen, sofern die Bedingungen für eine effiziente Partnerschaft gegeben sind. Vereinfacht ausgedrückt bedeutet nachhaltige Entwicklung die Integration der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Ziele der Gesellschaft, um auf diese Weise ein optimales Wohlergehen der Menschen in der Gegenwart zu sichern, ohne dass dadurch die Fähigkeit der künftigen Generationen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse in Frage gestellt wird. Das setzt nach Möglichkeit wechselseitig verstärkende Ansätze sowie die Notwendigkeit voraus, gegebenenfalls zwischen verschiedenen Optionen abzuwägen. Für die Entwicklungsländer und die Entwicklungszusammen-

arbeit sind die Armutsbekämpfung und die Verwirklichung der Internationalen Entwicklungsziele – im allgemeinen Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung – ein absolutes Muss für die Generation von heute.

Die vor uns liegenden Herausforderungen

Seit dem Weltgipfel in Rio haben die Entwicklungsländer in einigen wichtigen Bereichen Fortschritte erzielt, so u.a. bei der Reduzierung des Niveaus der extremen Armut und der Sensibilisierung für Umweltfragen. In anderen Bereichen, z.B. in Bezug auf Wasser- und Bodenqualität sowie Biodiversität, hat sich die Lage jedoch deutlich verschlechtert. Äußerste Armut ist noch immer das Los jedes vierten Bewohners der Entwicklungsländer. Derart weit verbreitete Armut und Ungleichheiten werfen – auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene – gravierende Fragen der Nachhaltigkeit auf, sei es in Bezug auf Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit und Solidarität oder auch Umwelt.

Nachhaltige Entwicklung stellt nach wie vor eine dringende und akute Herausforderung dar, die in jedem Land anders beschaffen ist und infolgedessen mit Hilfe jeweils unterschiedlicher Strategien bewältigt werden muss. In allen Fällen werden jedoch tiefgreifende strukturelle Veränderungen auf wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Ebene erforderlich sein.

Leitsätze für Strategien der nachhaltigen Entwicklung

Bei der Ausarbeitung dieser Orientierungshilfen haben wir eng mit einer Reihe von Entwicklungsländern zusammengearbeitet, die sich aktiv um die Formulierung nationaler Strategien der nachhaltigen Entwicklung bemühen. Der Beitrag dieser Länder war von wesentlicher Bedeutung. Unser Meinungsaustausch sowie die auf internationaler Ebene gesammelten Erfahrungen allgemein schlugen sich in einem Konsens über die nachstehend genannten Grundsätze nieder, die bei der Konzipierung der effizienten Strategien der nachhaltigen Entwicklung beachtet werden sollten.

Ausarbeitung der Strategien

- Aktive Trägerschaft und Partizipation der Partnerländer bei der Konzipierung ihrer Strategien, was bedeutet, dass sie die Führungsrolle und die Initiative übernehmen müssen;
- auf breiter Basis durchgeführte Konsultationen, namentlich mit den armen Bevölkerungsgruppen und der Zivilgesellschaft mit dem Ziel, neue Ideen und Informationen zu erörtern, die zu lösenden Problemen zu klären, einen Konsens über die zu ergreifenden Maßnahmen herzustellen und die dazu erforderliche politische Unterstützung zu erwirken;
- Sicherstellung nachhaltiger positiver Auswirkungen für benachteiligte und marginalisierte Gruppen sowie für die künftigen Generationen;
- Nutzung bereits existierender Strategien und Prozesse statt Konzipierung immer neuer Ansätze, um auf diese Weise Konvergenz und Kohärenz zu verwirklichen;
- Schaffung einer soliden analytischen Grundlage unter Berücksichtigung relevanter regionaler Probleme, wozu auch eine umfassende Lageprüfung sowie Trend- und Risikoprognosen gehören;
- Integration wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Ziele mit Hilfe sich gegenseitig verstärkender Politiken und Praktiken sowie Lösung von Zielkonflikten;
- realistische Ziele mit klaren budgetären Prioritäten.

Kapazitätsauf- und -ausbau

- Im Rahmen des strategischen Prozesses Stärkung und Ausbau vor Ort bereits vorhandener Kapazitäten im öffentlichen Sektor, in der Zivilgesellschaft und im privaten Sektor;
- Herstellung einer Verbindung zwischen nationaler und lokaler Ebene, auch durch Unterstützung von Dezentralisierungsinitiativen, in allen Phasen der Strategieentwicklung und -umsetzung;
- Aufbau von Systemen für die permanente Erfolgskontrolle und -evaluierung, auf der Basis klarer Indikatoren, anhand deren die Fortschritte beobachtet und gesteuert werden können.

Wir stimmen diesen Grundsätzen zu und verpflichten uns, sie gemeinsam mit unseren Partnerländern im Rahmen unserer Unterstützung der auf eine nachhaltige Entwicklung abzielenden Strategien in die Tat umzusetzen. Wir sind der Überzeugung, dass eine von dem jeweiligen Land selbst getragene Strategie, die diesen Grundsätzen gerecht wird und die sich einer koordinierten Gesamtheit von Mechanismen und Verfahren zu deren Umsetzung bedient, eine nachhaltige Entwicklungsstrategie ist und gute Erfolgsaussichten hat. Wir betonen in diesem Zusammenhang, dass es dabei nicht auf den Namen der Strategie ankommt. Bereits vorhandene strategische Planungsprozesse sind ein guter Ausgangspunkt. Von den Ländern selbst getragene Armutsbekämpfungsstrategien bieten vielversprechende neue Chancen.

Förderung der Konvergenz von nationalen Entwicklungsstrategien und politischer Entscheidungsfindung

Die Umwelt bildet einen wichtigen Bestimmungsfaktor für Wachstum und Armutsbekämpfung. Umweltprobleme, auch längerfristiger und globaler Art, müssen in die allgemeinen Planungsprozesse einbezogen werden, die sich auf diese oder andere Entwicklungsziele auswirken.

Wir begrüßen die internationalen Diskussionen über die Synergieeffekte und das Konvergenzpotential der den nationalen Planungsrahmen zugrunde liegenden Prinzipien, ob es sich nun um die Strategiepapiere zur Verringerung der Armut (PRSP), den Umfassenden Entwicklungsrahmen (CDF), die *National Visions* oder die nationalen Aktionspläne handelt. Hier bietet sich eine besonders gute Gelegenheit zur besseren Einbindung von Umwelt- und anderen die Nachhaltigkeit betreffenden Fragen in die Armutsbekämpfungsstrategien, und wir unterstützen die Initiativen, die auf deren Ausbau zu langfristig ausgerichteten, nachhaltigen Armutsbekämpfungsstrategien abzielen. Es bedarf ganz allgemein der Konvergenz, um Doppelarbeit und Unklarheiten zu vermeiden und die Kapazitäten und Ressourcen der Entwicklungsländer nicht über Gebühr zu beanspruchen. Wir schließen uns dem Konsens an, der sich derzeit im Hinblick auf das Ziel der Konvergenz herausbildet, und sind uns bewusst, dass dessen konkrete Umsetzung nicht ohne einen Lernprozess möglich sein wird.

Herausforderungen für die EZ-Stellen

Die Anerkennung und Umsetzung dieser Prinzipien stellt die EZ-Stellen vor eine Reihe von Herausforderungen. Um echte lokale Trägerschaft zu gewährleisten, müssen diese Stellen ihre Programme an die von den jeweiligen Ländern ausgearbeiteten strategischen Planungsrahmen anpassen. Wir werden unsere Koordination verstärken und unsere Aktionen weitgehender harmonisieren, was den Partnerländern ebenfalls bei der Übernahme von Eigenverantwortung helfen wird.

Zur Bewältigung dieser Herausforderungen müssen die Kapazitäten der Partnerländer zur Schaffung der für eine nachhaltige Entwicklung erforderlichen Mechanismen und Verfahren durchgehend gestärkt werden. Wir sind bereit, die Länder dabei zu unterstützen, wobei wir uns darüber im Klaren sind, dass diese Anstrengungen mehrere Jahre in Anspruch nehmen werden. Wir werden aber auch Veränderungen in unseren eigenen Organisationen erwägen und umsetzen müssen, damit wir besser in der Lage sind, die Länder in ihren Eigenanstrengungen bei der Durchführung strategischer Planungsarbeiten für eine nachhaltige Entwicklung effizient zu unterstützen.

Wir sind uns bewusst, dass die Welt von heute durch starke Interdependenzen gekennzeichnet ist und dass die Politik unserer Länder in einer Vielzahl von Bereichen, wie z.B. Handel und Energie, starke Auswirkungen auf die Umweltaspekte und andere Dimensionen nachhaltiger Entwicklung hat. Betroffen sind davon nicht nur die Entwicklungsländer, sondern die Welt insgesamt. Wir werden daher unser Augenmerk im Rahmen der umfassenderen Bemühungen der OECD-Länder auf diesem Gebiet verstärkt auf die Kohärenz unserer entwicklungs wirksamen Politiken richten.

Anhang I.4

Handel und Entwicklung im neuen globalen Kontext: Auf- und Ausbau der Handelskapazitäten im Wege der Partnerschaft

*Grundsatzerklärung anlässlich der Annahme der DAC-Leitlinien
über die Entwicklung der Handelskapazitäten im neuen globalen Kontext
DAC-Jahrestagung, Paris, 25.-26. April 2001*

Der Handel leistet einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung. Handel und Handelsliberalisierung stellen jedoch keinen Selbstzweck dar. Gestützt auf geeignete Politiken, namentlich zur Sicherstellung makroökonomischer Stabilität, auf umweltverträgliche Praktiken und verantwortungsvolle Regierungsführung, können sie entscheidend zu einem arbeitsmindernden Wachstum und einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Handel und Handelsliberalisierung verbessern den Zugang der jeweiligen Länder zu Gütern, Dienstleistungen, Technologien und Wissen. Indem sie die unternehmerische Aktivität des privaten Sektors stimulieren, schaffen sie zudem Arbeitsplätze, fördern Lernprozesse, ziehen privates Auslandskapital an, erhöhen die Deviseneinnahmen und mobilisieren Mittel für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung.

Eine wachsende Zahl aufstrebender Volkswirtschaften zieht bereits großen Nutzen aus der Globalisierung. Um ihnen auf diesem Weg folgen zu können und dabei den Erfordernissen einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung gerecht zu werden, müssen die weniger entwickelten Länder den Prozess der Politikreform und des Ausbaus von Institutionen und Infrastruktur weiter vorantreiben und in der Lage sein, sich effektiv an der Gestaltung der weltwirtschaftlichen Regeln, Institutionen und Märkte zu beteiligen. In vielen Ländern fehlt es noch immer an den erforderlichen institutionellen und personellen Kapazitäten im öffentlichen und privaten Sektor, um die Komplexität des multilateralen Handelssystems sowie die zahlreichen Anforderungen der regionalen, bilateralen und multilateralen Handelsvereinbarungen zu bewältigen.

Es liegt im ureigensten Interesse der OECD-Länder, die Handelskapazitäten der Entwicklungsländer zu stärken. Wenn sie die Entwicklungsländer dabei unterstützen, ihre Defizite im Bereich der Außenhandelskapazitäten zu beheben, als effiziente und glaubwürdige Verhandlungspartner aufzutreten, Handelsvereinbarungen umzusetzen und den damit eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, gereicht dies beiden Seiten zum Vorteil. Sofern es hier jedoch zu Versäumnissen kommt, könnten viele Entwicklungsländer den Glauben an den Nutzen der Marktöffnung verlieren, nicht mehr in der Lage sein, ihr Importniveau aufrechtzuerhalten, und weiterhin auf die Unterstützung des Auslands angewiesen bleiben.

Um die Einbindung der Entwicklungsländer in das Welthandelssystem zu fördern, kommen wir überein:

Mit den Partnerländern zusammenzuarbeiten, um ihnen dabei zu helfen, Außenhandelskapazitäten aufzubauen, ihre Handelsergebnisse zu verbessern und sich aktiv an der Gestaltung der Regeln und institutionellen Mechanismen zu beteiligen, die die Weltwirtschaft prägen. Der Aufbau von Außenhandelskapazitäten ergänzt einerseits die unerlässlichen inländischen Reformanstrengungen der Entwicklungsländer und andererseits die Maßnahmen der Industriestaaten zur Öffnung ihrer Märkte für deren Güter und Dienstleistungen.

Die Anstrengungen der Partnerländer zur systematischen Einbeziehung des Handels in ihre nationalen Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsstrategien zu unterstützen. In diesem Zusammenhang sind wir uns über die Beziehungen im Klaren, die zwischen den Aktivitäten zum Aufbau von Handelskapazitäten einerseits und der systematischen Einbeziehung des Handels in die Armutsbekämpfungsstrategien andererseits bestehen. Wir werden im Hinblick auf die Verwirklichung dieses Ziels eng mit der Weltbank und dem IWF sowie anderen Entwicklungsinstitutionen zusammenarbeiten.

Die Entwicklungsländer bei der Schaffung effizienter und nachhaltiger Rahmenbedingungen und Verfahren für die Konzipierung ihrer Handelspolitik zu unterstützen. Lokale Trägerschaft und Partizipation sind unverzichtbare Bestandteile eines derartigen Prozesses. Wir werden dazu beitragen, die Konsultationen der beteiligten Parteien untereinander, aber auch mit dem privaten Sektor und der Zivilgesellschaft, im staatlichen Sektor sowie zwischen den Regionen zu erleichtern, um zu gewährleisten, dass die EZ-Aktivitäten von den Entwicklungsländern selbst getragen werden und am Bedarf ausgerichtet sind.

Den privaten Sektor in den Mittelpunkt der Anstrengungen zur Entwicklung eines Verfahrens für die Konzipierung der Außenhandelspolitik zu stellen. Sämtliche Faktoren, die die Außenhandelskapazität beeinträchtigen, müssen aus dem Blickwinkel der Akteure des privaten Sektors analysiert werden. Die Entwicklungszusammenarbeit kann auch zur Stärkung der Mittel beitragen, über die die verschiedenen Vereinigungen

des privaten Sektors verfügen, wenn es darum geht, ihre Wünsche und Vorstellungen sowie ihre Probleme zum Ausdruck zu bringen und einen aktiven Beitrag zur Formulierung der Außenhandelspolitik zu leisten.

Das Engagement der landesspezifischen EZ-Verantwortlichen für das Ziel einer Expansion des Außenhandels zu fördern und ihnen eine hinreichende institutionelle Unterstützung in Form von Ressourcen, Anreizen und Außenhandels-Know-how zukommen zu lassen, damit diese über die notwendigen Voraussetzungen für den Auf- und Ausbau von Handelskapazitäten verfügen. Ein regelmäßiger Dialog zwischen den EZ-Akteuren und den für den Außenhandel Verantwortlichen kann diesen Prozess erleichtern.

Die Fähigkeit der Partnerländer zu stärken, die Führungsrolle bei ihrem eigenen Entwicklungsprozess zu übernehmen, und ihnen dabei zu helfen, diesen Prozess in Gang zu halten. Wir sollten so weit wie möglich auf Fachleute, Institutionen und Berater vor Ort zurückgreifen, um unseren Partnerländern dabei zu helfen, vorhandene Kapazitäten besser zu nutzen und neue, nachhaltige Kapazitäten aufzubauen. Das erfordert ein langfristiges Engagement, doch wird ein solcher Ansatz wirkungsvoller sein als Ad-hoc-Interventionen, da letztere nicht in der Lage sind, einen selbsttragenden Prozess der handelspolitischen Entscheidungsfindung in Gang zu setzen.

Zu gewährleisten, dass sich der Kapazitätsauf- und -ausbau auf ein breites Spektrum von Aktivitäten erstreckt, die im Rahmen eines integrativen Ansatzes umgesetzt werden. Zur Schaffung tragfähiger handelspolitischer Rahmenbedingungen sind Maßnahmen in den verschiedensten Bereichen und unter Einbeziehung der verschiedensten Akteure notwendig. Mit umfassenden Ansätzen kann vermieden werden, dass Aktivitäten auf einem bestimmten Gebiet daran scheitern, dass es an ergänzenden Maßnahmen in anderen Bereichen mangelt. Das *Joint Integrated Technical Assistance Programme (JITAP)*, bei dem es sich um einen Zusammenschluss von bilateralen und multilateralen Gebern sowie von acht Entwicklungsländern handelt, zeigt, wie dabei vorgegangen werden kann.

In Zusammenarbeit mit den hauptverantwortlichen Stellen für das Integrated Framework for Trade Related Technical Assistance (Integriertes Rahmenwerk für handelsbezogene technische Unterstützung) zu gewährleisten, dass die Aktivitäten im Bereich des Aufbaus von Außenhandelskapazitäten im Einklang mit dem Partnerschaftsprinzip effizient umgesetzt und koordiniert werden. Das bedeutet, dass die Zusammenarbeit mit diesen Stellen intensiviert werden muss. Es bedeutet ferner,

dass mehr Mittel für Aktivitäten im Handelsbereich zur Verfügung gestellt werden müssen, entweder über den *Integrated Framework Trust Fund* oder durch bilaterale bzw. sonstige multilaterale Aktivitäten. Wir sind uns darüber einig, dass die bilateralen Stellen bei der Koordinierung der Geberaktionen in Ländern, in denen sie stark vor Ort vertreten sind und ein besonderes Interesse am Aufbau von Außenhandelskapazitäten haben, eine größere Rolle übernehmen können und sollten.

Aktiv mit den Akteuren des Außenhandels zusammenzuarbeiten, damit entwicklungspolitische Belange in die Ausarbeitung und Umsetzung außenhandelspolitischer Initiativen integriert werden. Es wäre z.B. sinnvoll, Bemühungen um Stärkung des WTO-Mechanismus zur Überprüfung der Handelspolitik sowie die Reihe der UNCTAD-Berichte zur Investitionspolitik zu unterstützen, da diese potentiell nützliche Instrumente zur Schärfung des Bewusstseins für die Probleme der Entwicklungsländer im Bereich des Handels und der Investitionen darstellen und dazu beitragen können, größere Kohärenz zwischen der Außenhandelspolitik und den Außenhandelsregulierungen einerseits und den globalen Entwicklungszielen andererseits zu gewährleisten. Die DAC-Leitlinien zur Armutsbekämpfung liefern ebenfalls nützliche Orientierungshilfen für die systematische Einbeziehung der Entwicklungsproblematik und die Förderung der Politikkohärenz.

Die Mitteilung von Informationen und die Koordination zwischen bilateralen und multilateralen Gebern in diesem Bereich zu verbessern. Die zu bewältigenden Herausforderungen auf dem Gebiet der Außenhandelskapazitäten in den einzelnen Ländern übersteigen die Möglichkeiten eines einzelnen Gebers. Dank besserer Koordination und präziserer Aufgabenteilung lassen sich Doppelarbeit vermeiden, ein bestmöglicher Einsatz der Ressourcen sicherstellen und verhindern, dass die Kapazitäten der Partnerländer überstrapaziert werden. Die Prozesse im Rahmen der Armutsbekämpfungsstrategien und das *Integrated Framework* stellen wichtige Instrumente zur Verbesserung der Koordination dar.

Sicherzustellen, dass unsere bilateralen Aktivitäten die nach außen gerichteten regionalen Kooperationsstrategien unserer Partnerländer unterstützen. Regionale Strategien können zur Senkung der Transaktionskosten beitragen und – vor dem Einstieg in die wettbewerbsintensiveren internationalen Märkte – Erfahrungen mit Exportproduktion und Marketing auf vertrauten regionalen Märkten vermitteln. Es sollte darauf geachtet werden, dass diese Strategien mit umfassenderen multilateralen Handels- und Entwicklungsinitiativen im Einklang stehen.

II

Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung

„Wir sind fest entschlossen, die Globalisierung so zu gestalten, dass sie allen zugute kommt, und zu gewährleisten, dass die Ärmsten nicht den Anschluss verlieren. Wir sind uns der Notwendigkeit bewusst, auf nationaler und internationaler Ebene die Kohärenz des gesamten Spektrums von Maßnahmen zu erhöhen, die einen Einfluss auf die Verwirklichung dieses Ziels haben. So müssen insbesondere die Handels-, Investitions- und Entwicklungspolitik einen essentiellen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und Armutsminderung leisten: der Stärkung der Kohärenz zwischen diesen Politikfeldern gebührt dabei besondere Aufmerksamkeit.“¹

1. Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung – was beinhaltet sie, warum ist sie wichtig und wie lässt sie sich konkret umsetzen?

Raschere Fortschritte an der Entwicklungsfront und bei der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele² (MDG) hängen von der Interaktion und der Wirksamkeit einer Vielzahl von Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen (internationale Beziehungen, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik) wie auch den Aktionen aller beteiligten Akteure (Staat, Wirtschaft, Zivilgesellschaft) in den Industrie- und den Entwicklungsländern ab. Der Entwicklungszusammenarbeit kommt eine wesentliche Rolle dabei zu, in gemeinsamen Anstrengungen mit den Partnerländern deren Entwicklung voranzubringen, sie operiert jedoch nicht in einem Vakuum und kann dies auch nicht tun. Ein entscheidendes Kriterium für die Effizienz und Wirkung von EZ-Politiken ist, inwieweit sie sich in die Aktionen und Bemühungen in anderen Politikbereichen sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern einfügen und diese flankieren. Je mehr dies der Fall ist, desto größer wird die Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit sein; je mehr die Entwicklungszusammenarbeit *gegen* die Effekte anderer Maßnahmen operieren oder diese unberücksichtigt lassen muss, desto geringer werden ihre Nutzeffekte sein.

Dies lässt sich anhand eines anschaulichen Beispiels verdeutlichen. Im Jahr 2000 beliefen sich die

ODA-Gesamtleistungen an die Entwicklungsländer auf 50 Mrd. US-\$. Die kumulierten Vorteile, die Entwicklungsländern aus einem freieren Handel (mit dem Abbau von Zugangsschranken und mit Produktivitätssteigerungen) erwachsen würden, sind Schätzungen zufolge auf rd. 500 Mrd. US-\$ zu beziffern³. Die ausländischen Direktinvestitionen an die Entwicklungsländer erreichten 2000 ein Gesamtvolumen von 120 Mrd. US-\$, wobei allerdings nur ein sehr geringer Teil an die ärmeren Entwicklungsländer ging. Wenn die Politikverantwortlichen ihre Maßnahmen in den Bereichen Entwicklung, Handel und Investitionen jedoch besser integrieren und so konzipieren könnten, dass sie sich gegenseitig verstärken, wäre der Beitrag zur Entwicklung und zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele um ein Vielfaches größer. Dieser Beitrag wird nicht nur an dem monetären Wert höherer externer Mittel für die Entwicklungsfinanzierung gemessen, sondern ebenso an den damit verbundenen Effekten auf Beschäftigung und Einkommen (die konkrete und direkte Auswirkungen auf die Armut haben), auf den Transfer von Technologie und unternehmerischem Know-how und auf die Integration in die Weltmärkte. Fest steht auch, dass die EZ-Bemühungen in Entwicklungsländern, in denen kein solides Fundament für Frieden und für gute Regierungsführung besteht oder wo Korruption ein weit verbreitetes Phänomen darstellt, untergraben werden oder gar zum Scheitern verurteilt sind.

Was meinen wir damit, die Maßnahmen im Interesse größerer entwicklungspolitischer Kohärenz besser

zu integrieren? Vor allem mit Blick auf den Nutzeffekt der EZ-Leistungen bedeutet Politikkohärenz, dass Verantwortliche für unterschiedliche Politikbereiche auf eine Art und Weise zusammenarbeiten, die wirkungsvollere Instrumente und bessere Ergebnisse für alle Betroffenen hervorbringt. Dabei gilt es nach Synergien und Komplementaritäten zu suchen und Lücken zwischen verschiedenen Politikbereichen zu schließen, um die gemeinsamen und von allen angenommenen Ziele zu verwirklichen. Wenn Bemühungen um größere Politikkohärenz von anderen Ressorts als „Einmischung“ oder als Versuch angesehen werden, sie von ihren eigenen Politikzielen und Programmen abzubringen, wird die notwendige Mobilisierung der verschiedenen Akteure als gleichrangige Partner ausbleiben und sich gegenseitig verstärkende Konzepte und kumulierte Wertzuwächse werden nicht zustande kommen. Von Politikverantwortlichen in allen Bereichen wird generell anerkannt, dass die Armut wegen ihrer Auswirkungen, die in politischer Instabilität, Umweltzerstörung, destabilisierenden Migrationsströmen, sonstigen Funktionsstörungen und chaotischen Verhältnissen zum Ausdruck kommen, ein „globales öffentliches Übel“ darstellt, was aber noch nicht bedeutet, dass sie die Armutsbekämpfung zu ihrem überwältigenden Politikziel erklären.

Während einige OECD-Länder erhebliche Fortschritte in dieser Richtung erzielen konnten, ist nicht zu verkennen, dass andere hierin nicht den geeignetsten oder gangbarsten Weg sehen. Wenn man die Dinge pragmatisch betrachtet, wird Politikkohärenz daher wahrscheinlich eine in beide Richtungen verlaufende Verbindung zwischen verschiedenen Politikfeldern sein. In dieser Sichtweise geht Kohärenz über die Integration der Entwicklungsdimension in die Arbeit anderer Politikbereiche hinaus und beinhaltet auch die Einbeziehung der in diesen Bereichen gewonnenen Erkenntnisse in die EZ-Politik. Es geht mithin darum, Synergien und Komplementaritäten zu identifizieren und auszuschöpfen, die für alle Parteien von Vorteil sind, und zwar überall dort, wo sich die Politikmaßnahmen und die Ergebnisse gegenseitig verstärken.

Es gibt durchaus Mängel bei der Politikkohärenz (d.h. miteinander nicht zu vereinbarende Strategien), die die Verwirklichung der mit einer bestimmten Politik verfolgten Ziele erheblich gefährden können. Hierfür finden sich in den Bereichen Handel, Landwirtschaft, Konfliktbewältigung, Umwelt usw. zahlreiche deutliche Beispiele. Ein besonders eklatanter Fall von Inkohärenz ist, dass bestimmte Länder einerseits umfangreiche ODA-Mittel zur Stärkung der Handelskapazitäten in den Entwicklungsländern aufwenden, diesen aber andererseits nur

beschränkten Zugang zu ihren Märkten gewähren. Allerdings bestehen solche Formen der Inkohärenz oft seit langer Zeit, und es ist meist schwierig, hier eine politische Lösung zu finden, die alle Beteiligten zufrieden stellt. Man versucht gewöhnlich, diese Probleme durch Prioritätensetzung zu regeln. Wo ganz offensichtlich Inkohärenzen gegeben sind, bestünde die beste Lösung, zumindest kurzfristig, vielleicht darin zu gewährleisten, dass die Politikprioritäten in vollem Bewusstsein ihrer Konsequenzen für andere Politikbereiche festgelegt werden.

Ein pragmatischerer, produktiverer und stärker operationell ausgerichteter Ansatz im Hinblick auf Politikkohärenz würde vielmehr konvergierende Interessen auszuschöpfen suchen. Im Bereich des Handels z.B. dürften Bemühungen der EZ-Stellen, zusammen mit den Handelsministerien auf eine Verbesserung der generellen Bedingungen für Handelsverhandlungen hinzuwirken, größere Früchte tragen. Hier geht es offenkundig darum, das Instrumentarium und die Unterstützungsmaßnahmen für den Aufbau von Handelskapazitäten (in Bereichen wie Verhandlungstechnik und angebotsseitige Reaktion) zu verstärken, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass die potentiellen Nutzeffekte eines offeneren Handels effektiv realisiert werden (vgl. Abschnitt 2 weiter unten). Der Aufbau von Handelskapazitäten wird in der Phase nach der Konferenz von Doha besonders wichtig sein, da die Entwicklungsländer bei der Umsetzung der Vereinbarungen, die im Rahmen nationaler Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsstrategien getroffen wurden, Hilfe benötigen werden.

Die Politikkohärenz hat viele Dimensionen, sowohl in Bezug auf die Aktionsfelder als auch die beteiligten Akteure. Sie spielt in allen Bereichen der staatlichen Politik eine Rolle. Im EZ-Bereich ist die Politikkohärenz ein maßgebliches Kriterium dafür, wie die (bilateralen und multilateralen) Geber untereinander und mit den Partnerländern bei der Verfolgung gemeinsamer Ziele zusammenarbeiten, wie sich die Kooperation zwischen einzelnen EZ-Stellen und anderen Regierungsstellen in den Hauptstädten gestaltet und in welcher Weise dieser Grundsatz im DAC und in anderen Arbeitsbereichen in der OECD gefördert wird.

Im Folgenden werden einige dieser Kerndimensionen erörtert und konkrete Beispiele dafür gegeben, was Politikkohärenz in der Praxis in wichtigen Bereichen wie Armutsbekämpfung, Handel und Aufhebung der Lieferbindung Politikkohärenz (Abschnitt 2) bedeutet und wie in der OECD vorgegangen wird, um die Entwicklungsdimension verstärkt in die Arbeiten der Organisation einzubeziehen (Abschnitt 3).

2. Politikkohärenz in der Praxis

In diesem Abschnitt werden einige spezifische Beispiele dafür aufgezeigt, wie der DAC in Zusammenarbeit mit den Mitgliedsländern und anderen Akteuren innerhalb der OECD Politikkohärenz zu fördern sucht, um die Effektivität der ODA zu steigern.

a) Politikkohärenz und die Millenniums-Entwicklungsziele

Kohärenz in allen Politikbereichen ist ein Thema, das in den Arbeiten der OECD seit vielen Jahren Beachtung findet. Zur Verknüpfung mit den Entwicklungszielen kam es erst in neuerer Zeit mit der weitreichenden politischen Akzeptanz und Unterstützung des Ziels der Armutsbekämpfung, die sich in der internationalen Staatengemeinschaft auf höchster Ebene manifestierten. 1996 stellte der DAC die Internationalen Entwicklungsziele auf, zu denen auch die Halbierung der extremen Armut bis zum Jahr 2015 zählt. Der IWF, die Weltbank und die Vereinten Nationen haben diese Ziele inzwischen als gemeinsamen Bezugsrahmen angenommen. Mittlerweile sind sie aktualisiert und zu den Millenniums-Entwicklungszielen umformuliert worden, die auf der Millenniumserklärung der VN-Generalversammlung basieren und auch eine Reihe multidimensionaler Indikatoren für die Armutsbekämpfung umfassen.

Die Politikverantwortlichen der OECD-Länder haben die Armut als „globales öffentliches Übel“ anerkannt, nicht allein aus wirtschaftlichen und humanitären Gründen, sondern auch, weil darin eine Ursache für Funktionsstörungen und chaotische Verhältnisse in den Entwicklungsländern und der Welt generell gesehen wird. Politische Instabilität, Umweltzerstörung, destabilisierende Migrationsströme und ähnliche Phänomene, die daraus resultieren, gefährden die Interessen der OECD-Mitgliedsländer.

Die Globalisierungsgegner innerhalb und außerhalb des OECD-Raums sehen in der Armut neben vielen anderen Aspekten die deutlichste Ausdrucksform der ungleichen Effekte der Globalisierung. Auch viele Verfechter der Globalisierung sind sich sehr wohl der Tatsache bewusst, dass es im Prozess des raschen wirtschaftlichen Wandels auf globaler Ebene sowohl Gewinner als auch Verlierer gibt. Wenn ein asymmetrisches Wirtschaftswachstum Einkommensungleichheiten nach sich zieht, können dadurch die ärmsten Länder wie auch große Teile der Bevölkerung in den Entwicklungsländern der mittleren Einkommensgruppe marginalisiert

werden. Wenn solche Effekte eintreten, stellen sie die Globalisierung und ihre mannigfachen Vorteile in Frage.

Die Politikkohärenz hat einen wichtigen Beitrag dazu zu leisten, dass die Globalisierung allen zugute kommt. Kohärente Politikmaßnahmen können die Asymmetrien überwinden helfen, die sich in den Globalisierungsprozess einschleichen und häufig eine Folge *mangelnder* Politikkohärenz sowohl in den Industrie- als auch in den Entwicklungsländern sind. Auf Grund der enormen Vorteile, die die Globalisierung im Hinblick auf Wachstum und Wirtschaftsintegration eröffnet, ist dieser Prozess, wenn er richtig gesteuert wird, kein Hindernis, sondern ein positives Element im Kampf gegen die Armut. Mit der Förderung der Politikkohärenz im Dienst der Armutsbekämpfung sind die Industriestaaten bestrebt, mehr Vertrauen und Unterstützung für die Globalisierung als einen Prozess zu gewinnen, der den Wohlstand überall in der Welt erhöht.

Ein breites Spektrum Maßnahmen der Industrieländer hat direkte Auswirkungen auf die Entwicklungsländer. Sind sie kohärent, können sie die Armut mindern helfen. Es versteht sich von selbst, dass kohärente Maßnahmen effektiver sind als inkohärente, jedoch ist dieses Ziel keineswegs leicht zu erreichen. Die meisten Regierungen haben Kohärenz in der Politikformulierung der einzelnen Ministerien und Fachressorts nicht systematisch gefördert. Solange sie keine verbindlichen Anweisungen von der Zentralregierung erhalten und solange sie für die Kohärenz der erzielten Ergebnisse nicht verantwortlich gemacht werden, neigen Staatsbedienstete und Institutionen dazu, ihr jeweiliges Territorium zu schützen.

Eine Stärkung der Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung hat sich aus zwei wesentlichen Gründen als komplex und schwierig erwiesen. Zum einen besaß das Ziel selbst bis vor kurzem keinen sehr hohen politischen Stellenwert, und in den meisten OECD-Ländern fühlten sich wenige staatliche Stellen außerhalb des EZ-Bereichs, wenn überhaupt, hiervon betroffen. Bei spezifischen Maßnahmen kommen oft inländische Interessengruppen und staatliche Stellen ins Spiel, die andere vorrangige Ziele haben als weltweite Armutsminderung. So kann es zwischen den Bemühungen, bestimmten nationalen Belangen und zugleich internationalen Verpflichtungen, beispielsweise im Rahmen der Millenniumserklärung, gerecht zu werden, Konflikte geben. Inwieweit Politikkohärenz im Interesse weltweiter Armutsbekämpfung angestrebt wird, hängt generell davon ab, welche politische Unterstützung dieses Ziel im Inland findet. Außerdem haben die Entwicklungsstellen häufig einen schwa-

chen Stand gegenüber anderen staatlichen Stellen sowie öffentlichen und privaten Interessen, in Bereichen wie Handel, Investitionen, Landwirtschaft und nationale Sicherheit, wo sich Kohärenzbemühungen als besonders effektiv erweisen könnten.

Für diejenigen, die direkt mit Armutsreduzierung befasst sind, wird Kohärenz daran zu messen sein, wie sich ein bestimmter Katalog von Maßnahmen auf die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele auswirkt. Zur Evaluierung der erzielten Fortschritte müssen Kriterien wie auch Kenntnisse über die Wirkungsmechanismen zwischen bestimmten Politikmaßnahmen und globaler Armut vorhanden sein. Dies erfordert eine sorgfältige Analyse der Rolle der jeweiligen Maßnahme, ihrer Auswirkungen auf die Armut sowie der Frage, wo innerhalb der Regierung angesetzt werden könnte, um mehr Kohärenz zu erreichen. Für eine derartige Analyse sind angemessene Ressourcen in den EZ-Stellen wie auch anderen staatlichen Stellen notwendig. Die Ergebnisse sollten in die Kurzberichte integriert werden, die den politischen Entscheidungsträgern bei interministeriellen Beratungen oder internationalen Verhandlungen vorgelegt werden.

Die entsprechenden, im Interesse größerer Kohärenz vorzunehmenden Politikanpassungen – einige, wenn auch nicht alle, werden wohl ohne weiteres realisierbar sein, wenn die Dinge erst einmal in Bewegung kommen und eine Reihe von Inkohärenzen aufgedeckt sind – werden sich wahrscheinlich aus einem politischen Prozess ergeben. Ob diese Anpassungen nun einfach sind oder nicht, die Hauptaufgabe besteht in jedem Fall darin, ihre Notwendigkeit überzeugend zu begründen. Das erfordert eine solide Analyse und ernsthafte Bemühungen, um den Politikverantwortlichen und den beteiligten Akteuren die notwendigen Kenntnisse zu vermitteln und dafür zu sorgen, dass die Medien und die Zivilgesellschaft über verlässliche und fundierte Informationen verfügen, die bei der Aufklärung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit eine entscheidende Rolle spielen.

b) Handel und Entwicklung

Die Entwicklungsländer besser in das multilaterale Handelssystem zu integrieren, ist ein gemeinsames Ziel der Politikverantwortlichen für Handel und für Entwicklungszusammenarbeit. Aus handelspolitischer Sicht wird eingeräumt, dass das multilaterale Handelssystem den Belangen der Entwicklungsländer in Bereichen, wie Marktzugang und Kapazitätsaufbau (sowohl auf institutioneller Ebene als auch auf der Angebotsseite) in stärkerem Maße Rechnung tragen muss⁴.

Aus entwicklungs-politischer Sicht kommt dem Handel auf Grund seiner positiven Wachstums-, Beschäftigungs- und Einkommenseffekte bei der Armutsbekämpfung wie auch bei der Mobilisierung der notwendigen Finanzmittel zur Unterstützung der Millenniums-Entwicklungsziele und der Entschuldungsinitiative zu Gunsten hoch verschuldeter armer Länder (HIPC-Prozess) eine zentrale Rolle zu.

In einem globalen Entwicklungskontext reichen handelspolitische Maßnahmen allein nicht aus. Diese müssen durch ein breites Spektrum anderer Aktionen flankiert werden – dies können z.B. Maßnahmen sein, die Bildung fördern oder darauf abzielen, makroökonomische Stabilität, gute Regierungsführung und die Anwendung umweltverträglicher Praktiken zu erreichen. Die Entwicklungszusammenarbeit ist auf Grund ihrer Bedeutung für den Kapazitätsaufbau in den ärmsten Ländern ebenfalls eine ganz wesentliche Komponente bei den Bemühungen um eine Verbesserung des Marktzugangs (vgl. Kasten II.1). Darüber hinaus muss eine Handelsliberalisierung durch zusätzliche Maßnahmen flankiert werden, die die damit verbundenen Anpassungskosten minimieren und so den sozialen Zusammenhalt stärken. Hierzu gehören u.a. die Bereitstellung von materieller und immaterieller Infrastruktur, die Schaffung sozialer Sicherheitsnetze und die Einführung von Streitbeilegungsverfahren.

Derzeit werden an die Handelsliberalisierung als Instrument zur Stimulierung des Wachstums in den Entwicklungsländern große Erwartungen geknüpft. Es bleibt jedoch noch viel zu tun, um die potentiellen Vorteile des Handels in konkrete Aktionen umzumünzen, die einen realen Einfluss auf die Entwicklung und Armutsreduzierung haben, wie die nachstehenden Beispiele veranschaulichen:

- *Reform der Zolltarife*: Es ist noch immer großer Spielraum für weitere Reformen der Zolltarife vorhanden, obgleich die Zölle in den vergangenen Jahrzehnten im OECD-Raum kontinuierlich auf ein historisch niedriges Niveau gesenkt worden sind. Hier geht es im Wesentlichen um zwei Arten von Anomalien, die Schutzmaßnahmen der Industrieländer gegenüber Exporten aus armen Ländern gleichkommen. Diese Anomalien haben sich im Lauf der Zeit entwickeln können, da sich frühere Handelsrunden mehr auf Zollverhandlungen zwischen den OECD-Ländern konzentrierten. Sie betreffen zum einen hohe einzelne *Spitzenzölle* auf spezifische Agrar- und Industrieerzeugnisse und zum anderen die *Zolleskalation*, bei der auf Fertigwaren höhere Zölle angewendet werden als auf Rohstoffe und Halbfabrikate.

Kasten II.1 Kapazitätsaufbau im Handelsbereich

Den Entwicklungsländern besseren Zugang zu Absatzmärkten für ihre Waren und Dienstleistungen zu verschaffen, ist ein vordringliches Anliegen im Zusammenhang mit Politikkohärenz und ein wesentlicher Faktor für deren Integration in die Weltwirtschaft. Es geht aber nicht allein um Marktzugang, die Entwicklungsländer müssen auch an politischen Reformen im eigenen Land herangehen und internationale Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten im Handelsbereich erhalten. Dies ist eine der wichtigen Botschaften der WTO-Ministerkonferenz, die kürzlich in Doha stattfand und bei der in der abschließend veröffentlichten Ministererklärung immer wieder auf die Notwendigkeit einer Stärkung der Kapazitäten im Handelsbereich verwiesen wurde.

Auf der DAC-Jahrestagung von 2001 wurden die *Leitlinien für den Kapazitätsaufbau im Handelsbereich* angenommen. Diese Leitlinien bieten der internationalen Völkergemeinschaft einen gemeinsamen Bezugsrahmen für die Mittel, die eingesetzt werden können, um den Entwicklungsländern bei der Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit im Bereich des Handels sowie dabei zu helfen, auf internationaler Ebene verstärkt an Mechanismen für die Festsetzung von Regeln und an institutionellen Prozessen teilzunehmen.

Die Entwicklungsländer möchten am Globalisierungsprozess teilhaben. Aber trotz erheblicher Reformanstrengungen waren viele der ärmsten Länder bisher noch nicht in der Lage, sich erfolgreich in die globalen Märkte zu integrieren und so von den wachstumsfördernden und arbeitsreduzierenden Vorteilen des Handels zu profitieren. Im öffentlichen und privaten Sektor sind bei dem Bestreben um Integration in die Weltwirtschaft enorme neue Herausforderungen zu bewältigen, und dies mit begrenzten institutionellen und Humanressourcen. Die Umsetzung der WTO-Übereinkommen und -Verpflichtungen stellt sehr viel größere Anforderungen an die institutionellen und personellen Kapazitäten der Entwicklungsländer als die Zollliberalisierung. Der Zugang zu wichtigen Exportmärkten kann durch unzureichende Informationen über Importbestimmungen wie auch durch mangelnde technische und finanzielle Ressourcen für deren Einhaltung behindert werden.

Angesichts des Ausmaßes der Komplexität und der ständigen Weiterentwicklung der Herausforderungen, die sich im Bereich von Handel und Entwicklung stellen, hat sich ein Konsens herausgebildet, dass ein wesentliches Ziel des Kapazitätsaufbaus im Handelsbereich darin bestehen muss, die Entwicklungsländer bei der Einrichtung eines partizipativen Rahmens für die Handelspolitik sowie permanenter Konsultationsprozesse zu unterstützen. Für den Aufbau eines tragfähigen Rahmens für die Handelspolitik werden Maßnahmen in zahlreichen Bereichen notwendig sein, die die Mitwirkung vieler Akteure erfordern. Wenn dabei von einem ganzheitlichen Konzept ausgegangen wird, lässt sich vermeiden, dass in einem Bereich ergriffene Initiativen scheitern, weil es an komplementären Aktionen in einem anderen Bereich fehlt.

Ein wichtiger erster Schritt für die Entwicklungsländer besteht darin, ihre Handelsstrategien in einen breiteren Rahmen nationaler Entwicklungs- und Armutsbekämpfungsstrategien einzupassen. Die Priorität, die jedes einzelne Land dem Handel einräumt, hängt von der spezifischen Situation seiner Volkswirtschaft ab und entsprechende Entscheidungen sollten durch einen nationalen Dialog über Entwicklungsprioritäten und geeignete Maßnahmen zu ihrer Realisierung herbeigeführt werden. Ein partizipatives Konzept dieser Art wird zu einer Stärkung der lokalen Kapazitäten beitragen, da die beteiligten Akteure durch die gesammelten Erfahrungen wie auch voneinander lernen. Indem sie die Entwicklungsländer beim Aufbau eines solchen Prozesses unterstützen, sorgen die Geber in entscheidendem Maße mit dafür, dass die Initiativen der Entwicklungszusammenarbeit von der Bevölkerung vor Ort getragen werden und bedarfsgerecht sind.

Zwei vielversprechende Initiativen, die auf umfassende und integrierte Konzepte zum Kapazitätsaufbau im Handelsbereich abzielen, sind der *Integrated Framework for Trade-Related Technical Assistance for least developed countries* (IF – Integrierter Rahmen für handelsbezogene technische Hilfe an die am wenigsten entwickelten Länder) und das *Joint Integrated Technical Assistance Programme* (JITAP – Gemeinsames Programm für integrierte technische Hilfe). Der IF wurde 1996 von WTO, UNCTAD, ITC, Weltbank, IWF und UNDP mit dem Ziel eingerichtet, die Effektivität und Effizienz handelsbezogener technischer Hilfe zu steigern, u.a. durch eine verstärkte Koordination der am Prozess teilnehmenden Stellen und die Gewährleistung, dass jede Stelle in ihrem spezifischen Fachgebiet effektiv Hilfe leisten kann. Die Komplexität der zu bewältigenden Aufgaben verlangt von den Gebern ein recht weitgehendes Einverständnis über die Ziele, die Abfolge der Aktivitäten, die Arbeitsteilung und den Informationsaustausch. Das JITAP ist ein Musterbeispiel dafür, wie wichtige Akteure durch geberseitige Unterstützung zusammengeführt werden können. Ein wesentliches Element dieses Programms ist die Entwicklung nationaler Netzwerke von Personen, die über solide Kenntnisse in Fragen des multilateralen Handelssystems verfügen. Es wird gemeinsam von WTO, ITC und UNCTAD verwaltet. Der Erfolg dieser Programme wird aber in jedem Fall von einem nachhaltigen Engagement aller beteiligten Akteure, einschließlich der bilateralen und multilateralen Geber, abhängen.

- *Nichttarifäre Handelshemmnisse (NTB)*: Dieser Begriff umfasst die meisten anderen bei Handelsverhandlungen zur Sprache gebrachten Probleme des Marktzugang. Einige Entwicklungsländer haben besondere Besorgnis hinsichtlich der existierenden Regeln (z.B. Antidumping-Maßnahmen, Ausgleichszölle, Sicherungsmaßnahmen und technische Handelsschranken) wie hinsichtlich der ins Auge gefassten Regeln (z.B. in Bezug auf Handel und Umwelt) zum Ausdruck gebracht. In manchen Fällen wurden Befürchtungen laut über die Unzulänglichkeit der Maßnahmen zum Schutz der Interessen der Entwicklungsländer. Zahlreiche Möglichkeiten zur Liberalisierung von Handel und Investitionen eröffnen sich in Bereichen, wie Produktstandards, inländische Regulierung und öffentliches Beschaffungswesen, wobei die Hemmnisse auch durch verstärkte internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Normenfestlegung und der Anerkennung von Zertifikaten überwunden werden könnten. Die bestehenden Ursprungsregeln können den der Entwicklung förderlichen Prozess einer geographisch breiten Streuung des Bezugs von Waren und Dienstleistungen behindern. Deshalb sollten Regeln, die den Entwicklungsländern die aus diesem Aspekt der Globalisierung erwachsenden Vorteile verwehren, überprüft werden.

- *Landwirtschaft*: Die im Rahmen der Uruguay-Runde geführten Agrarverhandlungen befassten sich angesichts der Vielzahl und der breiten Anwendung von nichttarifären Handelshemmnissen (NTB), Hochzöllen und Spitzenzöllen sowie Zolleskalation mit einem breiten Spektrum von Marktöffnungsproblemen. Das Übereinkommen über die Landwirtschaft brachte insofern eine positive Regelung, als es eine Umwandlung aller Außenschutzmaßnahmen, wie Kontingente und variable Abgaben, in Zölle vorsah. Allerdings hat dies in manchen Fällen zur Einführung tarifärer Quotensysteme mit wenig transparenten Allokationsmechanismen, beschränktem Zugang innerhalb der Kontingente und prohibitiven Sätzen bei Überschreitung der Kontingente geführt.

- *Umsetzungsprobleme*: Solche Probleme werden oft im Zusammenhang mit den Übereinkommen über *handelsbezogene Investitionsmaßnahmen* (TRIMS) und *handelsbezogene Rechte an geistigem Eigentum* (TRIPS) genannt. So halten einige Nicht-OECD-Länder beispielsweise die im TRIMS-Abkommen vorgegebene Übergangszeit für die schrittweise Abschaffung derartiger Investitionsmaßnahmen für zu kurz und fordern eine Verlängerung der entsprechenden Fristen. Sie machen geltend, dass sich der Schutz der Rechte an geistigem Eigentum im Rahmen des TRIPS-Abkommens weitgehend auf Bereiche konzentriert, die für die Industrie-

länder von Interesse sind, während Bereiche, die andere Länder besonders interessieren, wie beispielsweise autochthones Wissen oder geographische Kennzeichnung für Produkte des traditionellen Handwerks, außer Acht gelassen werden. Einige Länder verweisen darauf, dass es für die Entwicklungsländer insofern besonders schwierig ist, die Bestimmungen des TRIPS-Abkommens einzuhalten, als dieser Bereich für die meisten von ihnen Neuland darstellt und es ihnen an den notwendigen Humanressourcen und am erforderlichen Fachwissen mangelt.

- *Präferenzregelungen im Handel*: Diese Regelungen werfen viele Probleme und Komplikationen auf, obwohl die meisten OECD-Länder in jüngster Zeit Schritte unternommen haben, um Maßnahmen für Exporte aus den am wenigsten entwickelten Ländern verstärkt bevorzugten Zugang zu gewähren, z.B. im Rahmen der „Alles-außer-Waffen“-Initiative. Präferenzsysteme räumen den Entwicklungsländern vorübergehende wirtschaftliche Vorteile ein, sind aber gleichzeitig mit zwei Nachteilen verbunden. Zum einen können sich die Begünstigten zu stark auf bestimmte Aktivitäten spezialisieren, in denen sie über keinen natürlichen komparativen Vorteil verfügen, während sie gerade nach wirtschaftlicher Diversifizierung streben müssten. Zum anderen schaffen Präferenzsysteme, besonders wenn sie mit Umlenkungseffekten verbunden sind, in den begünstigten Ländern Interessenbastionen, die einer multilateralen Handelsliberalisierung entgegenstehen.

Im Hinblick auf die Bewältigung dieser und anderer Probleme stellt die *Ministerkonferenz von Doha* einen wichtigen Schritt zur vollen Integration der Entwicklungsdimension in alle Bereiche des Handels und der Handelspolitik dar. Den Interessen, Anliegen und spezifischen Bedürfnissen der Entwicklungsländer wird in der Doha-Erklärung ein vorrangiger Platz eingeräumt, in Punkten wie Marktzugang für Waren und Dienstleistungen, TRIPS-Abkommen, Handelserleichterung, WTO-Regeln (einschließlich Antidumping-Regeln) und Sonderbestimmungen zu „*special and differential treatment*“. Die besonderen Probleme, denen sich die am wenigsten entwickelten Länder wie auch eine neue unter der Bezeichnung „kleine Volkswirtschaften“ zusammengefasste Gruppe gegenübersehen, werden ausdrücklich anerkannt. Schließlich sind in einer ganzen Reihe von Absätzen Verpflichtungen zu technischer Zusammenarbeit und zum Kapazitätsaufbau enthalten, und ein Abschnitt befasst sich speziell damit, wie gewährleistet werden soll, dass diese Verpflichtungen eine effektive und koordinierte Reaktion der bilateralen und multilateralen Geber nach sich ziehen.

Die Beschlüsse in Bezug auf die Landwirtschaft und das TRIPS-Abkommen sind für die Entwicklungsländer von besonderer Bedeutung. Die Erklärung fordert eine schrittweise Abschaffung der Exportsubventionen wie auch wesentliche Reduzierungen der handelsverzerrenden internen Stützungsmaßnahmen, „ohne das endgültige Verhandlungsergebnis vorwegzunehmen“. Die Erklärung zum TRIPS-Abkommen ist insofern von Bedeutung, als sie präzisiert, dass das Abkommen die Mitglieder nicht davon abhält und nicht davon abhalten sollte, Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit zu ergreifen, die letztlich einen leichteren Zugang zu preiswerteren Medikamenten für AIDS und andere weit verbreitete Krankheiten gewährleisten. Sie bekräftigt auch das Engagement der zu den Industrieländern zählenden Mitglieder, ihren Unternehmen und Institutionen Anreize zu bieten, die den Technologietransfer an die am wenigsten entwickelten Mitgliedsländer fördern und begünstigen.

Das achte Millenniums-Entwicklungsziel erstreckt sich auf den Aufbau einer globalen Partnerschaft für die Entwicklung, was u.a. die Weiterentwicklung eines offenen und regelgestützten Handelssystems voraussetzt und wobei Indikatoren für den Marktzugang zur Messung der erzielten Fortschritte zu verwenden sind. Hinter diesem Ziel steht die Idee, dass Länder (Industrie- wie Entwicklungsländer) und Politikverantwortliche auf die Erreichung gemeinsamer Ziele hinarbeiten und gegenseitige Verantwortung und Rechenschaftspflicht im Hinblick auf Fortschritte übernehmen sollten. Vielleicht muss Politikkohärenz besonders im Bereich des Handels in den Hauptstädten einsetzen, entsprechende Bemühungen können aber durch in der OECD unternommene Anstrengungen flankiert oder gefördert werden.

Diese Beispiele veranschaulichen, wie die OECD derzeit ihre Kooperationsaktivitäten in den Bereichen Handel und Entwicklung mit dem Ziel intensiviert, die analytischen Arbeiten besser als Grundlage für Politikempfehlungen an die OECD-Mitgliedsländer zu nutzen. Bisher erstreckten sich diese Arbeiten auf Handels- und Entwicklungsfragen in Nicht-OECD-Ländern, den Aufbau von Handelskapazitäten sowie die Integration der Handelspolitik in Wachstums- und Armutsbekämpfungsstrategien. Nach der Konferenz von Doha werden weitere Bemühungen in dieser Richtung untersucht. So werden der Handlungsausschuss und der DAC im Februar 2002 zusammenkommen, um die Ergebnisse von Doha daraufhin zu durchleuchten, welche Arbeitsbereiche sich für die Organisation ergeben könnten. Eine weitere Initiative, die Handels- und Entwicklungskreise zusammenbringt und die spezifischer darauf ausgerichtet ist,

Strategien für den Aufbau von Handelskapazität entsprechend dem Doha-Mandat zu identifizieren, ist die informelle gemeinsame Tagung des DAC und der Sonderarbeitsgruppe „*Integrated Framework*“ im Januar 2002.

Auf diese Weise werden die Experten für Handel und Entwicklung innerhalb der OECD ihre Analyse von Handels- und Entwicklungsfragen fortsetzen und so bessere Voraussetzungen dafür schaffen helfen, dass die Handelspolitiken von Industrie- und Entwicklungsländern einen vollen Beitrag zu einem integrativen Globalisierungsprozess und zur Armutsbekämpfung leisten können.

c) Lieferaufbindung

Seit seiner Einrichtung im Jahr 1961 sucht der DAC nach Möglichkeiten zur Verbesserung der Wirksamkeit der Hilfe. Bei einer seit langem diskutierten Frage geht es darum, ob es bei der Vergabe von EZ-Mitteln freigestellt sein sollte, Waren und Dienstleistungen praktisch aus jedem beliebigen Land zu beziehen, d.h. ob sie *lieferungebunden* sein sollten, oder ob sie auf Beschaffungen in bestimmten Ländern beschränkt, d.h. *liefergebunden*, sein sollten.

Mehr und mehr wird die Praxis der Lieferbindung als unvereinbar mit dem neuen Konzept der Entwicklung angesehen, wie es in der 1996 formulierten DAC-Strategie *Das 21. Jahrhundert gestalten: Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit* dargelegt ist. Die Strategie verpflichtet die Geber, gemeinsam mit den Entwicklungsländern auf die Verwirklichung international vereinbarter Entwicklungsziele hinzuwirken. Die Entwicklungsländer betrachten die Frage der Aufhebung der Lieferbindung als entscheidenden Test für die Kohärenz und Glaubwürdigkeit der von den Gebern ihnen gegenüber verfolgten Politik. Praktiken der Lieferbindung werden als unvereinbar mit effizienten Partnerschaften angesehen. Die Liberalisierung der mit EZ-Mitteln finanzierten Beschaffungen wäre ein konkreter Schritt zu einer stärkeren Beteiligung der Entwicklungsländer bei der Auswahl, Gestaltung und Umsetzung von EZ-Programmen und -projekten.

Die Wirtschaft – vertreten durch den Beratenden Ausschuss der Wirtschaft bei der OECD (BIAC) – hat zum Ausdruck gebracht, dass auch sie an einer Aufhebung der Lieferbindung wesentlich interessiert ist, wenn diese in einem multilateralen Rahmen erfolgt und glaubwürdige Bestimmungen zur Gewährleistung von Transparenz und Überwachung festgelegt wurden. Für

konkurrenzfähige Unternehmen ist es vorteilhafter, Zugang zu einem gemeinsamen Pool lieferungebundener EZ-Leistungen zu haben als bevorzugten Zugang zu begrenzten, mit liefergebundenen Mitteln ihres eigenen Landes finanzierten Beschaffungen. Darüber hinaus dürfte die Aufhebung der Lieferbindung in einem multilateralen Kontext dazu beitragen, dass die Grundsätze des freien Handels, wie sie im WTO-Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen niedergelegt sind, auch im EZ-Bereich Anwendung finden. So gesehen würde dies einen wichtigen Schritt im Hinblick auf die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen für Beschaffungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit darstellen. Auch die NRO setzten sich seit langem aktiv für die Aufhebung der Lieferbindung ein. So haben z.B. über 900 europäische NRO gemeinsam bei der Europäischen Kommission mit Nachdruck dafür plädiert, die Lieferbindung bei den von der Kommission verwalteten EZ-Programme wie auch den Programmen der einzelnen EU-Mitgliedstaaten abzuschaffen.

Liefergebundene EZ-Leistungen

Wenn die Geber ihre EZ-Leistungen an Beschaffungen im eigenen Land knüpfen, so hat das sowohl wirtschaftliche als auch politische Gründe. Aus einer makroökonomischen Perspektive stellen EZ-Leistungen für das Geberland Kapitalabflüsse dar. Aus Zahlungsbilanzenerwägungen könnten die Regierungen bestrebt sein, diese Abflüsse durch Exporteinnahmen zu kompensieren (obgleich dies angesichts der seit den sechziger Jahren eingetretenen Veränderungen im Währungs- und Finanzsystem wie auch in der Struktur der Finanzströme heute anachronistisch anmutet). Die Unternehmen in den Geberländern wiederum üben Druck auf den Staat aus, um kommerzielle Vorteile zu erlangen. Die Bindung von EZ-Leistungen an Exportaufträge kommt einer Preis-subsidierung gleich, die es leichter macht, Verträge zu erhalten. Aus politischer Sicht argumentieren einige Geberregierungen, die Lieferbindung Sorge dafür, dass die EZ-Bemühungen in der Öffentlichkeit und in der privaten Wirtschaft größere Unterstützung finden, während die Aufhebung der Lieferbindung die ohnehin knappen EZ-Budgets gefährden könne. Ferner wird darauf verwiesen, dass sich Entwicklungszusammenarbeit nicht auf einen rein wirtschaftlichen Austausch beschränken, sondern auch die Wertvorstellungen der Geber und ihre Bereitschaft widerspiegeln soll, persönliche Kooperationsbeziehungen mit den Menschen in den Entwicklungsländern zu unterhalten. Um diesen Aspekt zu betonen, wollen die Geber häufig, dass ihre EZ-Anstrengungen deutlich sichtbar sind.

Lieferungebundene EZ-Leistungen

Generell wird argumentiert, dass lieferungebundene Hilfe ein effizienteres Fördermittel ist, wenngleich weitere Forschungsarbeiten über den Zusammenhang zwischen dem Grad der Lieferbindung der Leistungen und ihrer Qualität notwendig sind. Schätzungen zufolge verteuert die Lieferbindung die Kosten vieler Waren und Dienstleistungen um 15-30%. Darüber hinaus erhöht sie die administrative Belastung sowohl für die Empfänger als auch die Geberländer. Die Lieferbindung behindert die Geberkoordinierung, indem sie den Wettbewerb um Exportaufträge unter den Gebern schürt. Ferner begünstigt die Lieferbindung meistens Projekte, die kapitalintensive Importe oder technisches Fachwissen erfordern, das nur von den Gebern bereitgestellt werden kann, wobei kleinere und stärker armutsorientierte Programme in den Hintergrund geraten. So kann es auch dazu kommen, dass Waren, Technologien und Beratungsdienste geliefert werden, die nicht mit den Prioritäten und Spezifikationen des Empfängers im Einklang stehen. Kurz gesagt, ist die Lieferbindung ein kostspieliges Instrument zur Subventionierung von Arbeitsplätzen in Geberländern, eine Form von Protektionismus, die der generellen Verpflichtung der OECD zur Öffnung der Märkte zuwiderläuft. Der OECD-Generalsekretär formulierte es in seiner Rede auf der WTO-Konferenz in Seattle 1999 wie folgt: *„Die Aufhebung der Lieferbindung würde den Wert der EZ-Leistungen durch eine Wiederherstellung der Wahlfreiheit für die ärmsten Empfängerländer erhöhen, eine Verzerrung im Welthandel beseitigen und dem EZ-Prozess Würde zurückgeben, die er zum Teil durch die merkantilen Einstellungen gewisser Kreise in der entwickelten Welt verloren hat“.*

Das Mandat

Nachdem 1992 Einvernehmen über einen Katalog von Disziplinen erzielt worden war, nach denen sich der Einsatz von *liefergebundenen Leistungen* richten sollte, wandte der DAC seine Aufmerksamkeit in der Folgezeit der Sondierung von Möglichkeiten zur Liberalisierung der liefergebundenen Auftragsvergabe zu. Nach einer eingehenden Untersuchung der Optionen und Zielsetzungen für eine mögliche Initiative erteilte der DAC auf seiner Jahrestagung 1998 das Mandat, auf eine Empfehlung zur Aufhebung der Lieferbindung bei ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder hinzuwirken. Die Initiative zielte speziell auf die ärmsten Entwicklungsländer ab, weil diese in relativ stärkerem Maße von EZ-Leistungen abhängig sind. Da die am wenigsten entwickelten Länder die größten Fortschritte

im Hinblick auf die Millenniums-Entwicklungsziele machen müssen, können sie es sich kaum leisten, die zusätzlichen Kosten liefergebundener Leistungen und damit einhergehende Ineffizienzen zu tragen. Außerdem sind die kommerziellen Interessen der in den Geberländern ansässigen Unternehmen in den am wenigsten entwickelten Ländern im Verhältnis weniger ausgeprägt als in Entwicklungsländern der mittleren und oberen Einkommensgruppe.

Die Empfehlung

Nach einer Periode intensiver Diskussionen erreichte der DAC auf seiner Jahrestagung im Mai 2001 eine Übereinkunft über eine Empfehlung zur Aufhebung der Lieferbindung bei ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder (der vollständige Text der Empfehlung ist am Ende dieses Kapitels wiedergegeben). Zielsetzungen der Empfehlung sind

- die Lieferbindung bei ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder möglichst weitgehend aufzuheben;
- ein angemessenes ODA-Volumen, insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder, zu fördern und zu gewährleisten;
- für eine ausgewogene Verteilung um Bemühungen zur Aufhebung der Lieferbindung unter den DAC-Mitgliedern zu sorgen.

Ferner wird in der Empfehlung anerkannt, dass es notwendig ist, den Partnerländern mehr Verantwortung für die Auftragsvergabe zu geben und die Kapazität ihres privaten Sektors, sich erfolgreich an Ausschreibungen für mit EZ-Mitteln finanzierte Vorhaben zu beteiligen, zu verstärken, damit die positiven Effekte der Empfehlung voll zum Tragen kommen können.

Als direktes Ergebnis der Empfehlung wird die Lieferbindung bei ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder mit Wirkung vom 1. Januar 2002 in den folgenden Bereichen aufgehoben: *a)* Zahlungsbilanz- und Strukturanpassungshilfen, *b)* Schuldenerlass, *c)* sektorspezifische und sektorübergreifende Programmhilfe, *d)* Unterstützung von Investitionsprojekten, *e)* Import- und Warenhilfe, *f)* kommerzielle Dienstleistungsverträge sowie *g)* ODA-Leistungen an NRO für mit Beschaffungen verbundene Aktivitäten. Auf dieser Grundlage dürften ab 1. Januar 2002 rd. 5,5 Mrd. US-\$ oder drei Viertel der gesamten bilateralen ODA an die am wenigsten entwickelten Länder lieferungebunden sein.

In der Empfehlung wird der Tatsache Rechnung getragen, dass es für die verschiedenen Kategorien von ODA unterschiedlicher Konzepte bedarf und es bei den Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlung, was Geltungsbereich und Zeitplan betrifft, zwischen den Gebern wohl Differenzen geben wird. Mit anderen Worten gibt es einige Aktivitäten (namentlich investitionsbezogene *technische Zusammenarbeit* und *Nahrungsmittelhilfe*), wo die die Aufhebung der Lieferbindung anerkanntermaßen für manche Geber schwieriger sein wird als für andere. Deshalb strebt die Empfehlung nach einem Ausgleich zwischen dem Anliegen, weiterhin eine gewisse Beteiligung einheimischer Lieferanten bei den EZ-Vorhaben der Geberländer zu sichern, und dem Ziel, mehr Güter und Dienstleistungen durch internationalen Wettbewerb zu beschaffen. So haben die Geber im Bereich der *investitionsbezogenen technischen Zusammenarbeit* und der *Nahrungsmittelhilfe* die Möglichkeit, an einer Lieferbindung entsprechender Leistungen festzuhalten. Die nicht investitionsbezogene technische Hilfe ist, auch wegen der Frage der Beteiligung „einheimischer Erzeuger“, vom Geltungsbereich der Empfehlung ausgenommen, obwohl einige Geber diese Hilfe in ungebundener Form vergeben und darauf hingewiesen haben, dass sie weiterhin so verfahren werden.

Aufgabenteilung

Die Förderung einer gerechten Aufgabenteilung unter den Mitgliedern bei den Bemühungen um die Umsetzung der Initiative zur Aufhebung der Lieferbindung ist fester Bestandteil der Empfehlung. Die Frage einer ausgewogenen Verteilung der Bemühungen ergibt sich aus dem Zusammenspiel zweier Faktoren – einerseits dem Geltungsbereich der Empfehlung und andererseits den Unterschieden, die zwischen den Mitgliedern in Bezug auf Volumen, Struktur und geographische Verteilung der EZ-Programme bestehen. Infolgedessen wird es bei der Umsetzung der Empfehlung zwischen den einzelnen Gebern ganz erhebliche Unterschiede geben, sowohl im Hinblick auf den Umfang der Leistungen, bei denen die Lieferbindung in Anwendung der Empfehlung aufzuheben ist, als auch was das Gesamtvolumen und den Anteil der lieferungebundenen Hilfe betrifft. Deshalb erkennt die Empfehlung an, dass eine gerechte Aufgabenteilung ein legitimes und wichtiges Anliegen für die Regierungen, die Parlamente und die breite Öffentlichkeit darstellt. In dieser Hinsicht sind die Mitglieder übereingekommen, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um die Lieferbindung bei EZ-Leistungen möglichst weitgehend aufzuheben und die Fortschritte im Hinblick auf eine gerechtere Aufgabenteilung regel-

mäßig zu prüfen. Darüber hinaus haben sie die Absicht bekundet, dafür Sorge zu tragen, dass ihre EZ-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder nicht infolge der Anwendung der Empfehlung zurückgehen werden.

Umsetzung

Die Empfehlung sieht strenge Transparenz-, Umsetzungs- und Prüfverfahren vor, um die Schaffung und Wahrung gleicher Spielregeln für alle zu gewährleisten, die Einhaltung der Empfehlung zu überwachen und ihre Wirksamkeit zu evaluieren. Zur Förderung von Transparenz und Wettbewerb werden die Geber beispielsweise dem OECD-Sekretariat vor der Eröffnung des Ausschreibungsverfahrens in den Geltungsbereich der Empfehlung fallende EZ-Angebote notifizieren. Diese Notifizierungen werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, um Unternehmen in den Geber- und Empfängerländern über die Möglichkeiten der Teilnahme am Submissionsverfahren zu unterrichten⁵. Generell werden die Ausschreibungen gemäß den „Empfehlenswerten Vergabeverfahren für Aufträge im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit“ des DAC von 1986 durchgeführt, die Orientierungshilfen für ein effizientes und wettbewerbsorientiertes Beschaffungswesen bieten. Die Geber werden auch Informationen über das Unternehmen zur Verfügung stellen, das den Zuschlag erhalten hat. Ferner wird ein System für elektronischen Informationsaustausch eingerichtet, das es den Mitgliedern ermöglicht, sich gegenseitig um zusätzliche Informationen oder Präzisionen zu bitten, falls bei den Notifizierungen irgendwelche Unklarheiten bestehen.

3. Förderung von Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung innerhalb der OECD

a) Strategische Orientierungen

Das Thema Politikkohärenz findet in den Arbeiten der OECD seit langem Beachtung. Auf Grund des multidisziplinären Charakters ihrer Arbeiten, die sich vor allem auf die Interdependenzen zwischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen konzentrieren, besitzt die OECD den besonderen Vorteil, ihre Aktivitäten und Kapazitäten so integrieren zu können, dass sie zunehmend komplexe und mehr und mehr sektorübergreifende Themen behandeln und hier Ergebnisse erzielen kann. Parallel hierzu und zur Flankierung sol-

cher Arbeiten hat die OECD in den vergangenen Jahren einen strategischen Reformprozess bei der Erstellung ihres Arbeitsprogramm eingeleitet, und geht jetzt von einem „thematischen“ Konzept aus, um die Bedeutung multidisziplinärer Arbeiten besonders hervorzuheben. Jüngste OECD-Arbeiten zu Themen wie Beschäftigung, Wachstum und nachhaltige Entwicklung veranschaulichen dieses Konzept, und Politikkohärenz im Entwicklungsbereich war ebenfalls ein Thema, das in neueren Veröffentlichungen behandelt wurde⁶.

„Entwicklung“ ist einer der acht Schwerpunktbereiche bei den laufenden OECD-Arbeiten. Auch bei den Tagungen des Rats der OECD auf Ministerebene findet die Bedeutung von Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung größere Beachtung. Wie aus dem Zitat am Anfang dieses Kapitels hervorgeht, stand auf der Tagung von 2001 das Thema im Vordergrund, die Globalisierung so zu gestalten, dass sie allen zugute kommt, und zu gewährleisten, dass die Ärmsten nicht den Anschluss verlieren, wobei die Bedeutung der Politikkohärenz für dieses Ziel hervorgehoben wurde. Insbesondere ermutigten die Minister die Organisation, ihre Arbeiten zu Politikkohärenz und Entwicklung zu vertiefen und eine größere Kohärenz zwischen Handels- und EZ-Politik zu fördern. Sie erbat auch diesbezügliche Vorschläge und Fortschrittsberichte.

b) Die OECD-„Entwicklungsgruppe“

Eine weitere Initiative in dieser Richtung ist die „Entwicklungsgruppe“, die auf Beschluss des Rats der OECD im Januar 2001 eingerichtet wurde. Der Entwicklungsgruppe wurde ein Einjahresmandat mit der direkten Aufgabe erteilt, „Vorschläge für die Verstärkung der Politikkohärenz und für horizontale Arbeiten zu Entwicklungsfragen in der OECD vorzubereiten“. Die beiden Kernziele der Arbeiten der Entwicklungsgruppe waren:

- Förderung der Politikkohärenz durch Mobilisierung der OECD-Ausschüsse (Vertreter der OECD-Mitgliedsländer) und der Direktionen (OECD-Sekretariat) für gemeinsame Anstrengungen zur Integration und Stärkung der Entwicklungsdimension in allen Arbeitsbereichen der OECD.
- Verstärkte Koordination wie auch mehr Sichtbarkeit und Wirkung der Arbeit der direkt mit „Entwicklung befassten Einheiten“ (Direktion Entwicklungszusammenarbeit, Entwicklungszentrum, Zentrum für Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedsländern, Sahel- und Westafrika-Club).

So konzentrierte die Entwicklungsgruppe ihre Aufmerksamkeit auf die Verankerung einer pluridisziplinären Kultur und Verstärkung der horizontalen Arbeiten innerhalb der OECD zu Entwicklungsfragen wie auch den Aufbau flankierender institutioneller Strukturen und deren konkrete Umsetzung in die Praxis. Die inhaltlichen Arbeiten zu Entwicklungsfragen und -dimensionen werden weiterhin innerhalb der Direktion Entwicklungszusammenarbeit und in Kooperation mit anderen Fachdirektionen (wie der Direktion Finanz-, Steuer- und Unternehmensfragen, der Direktion Handel, der Direktion Landwirtschaft, der Direktion Umwelt usw.) sowie den entsprechenden Ausschüssen durchgeführt.

Der Bericht der Entwicklungsgruppe enthält folgende Vorschläge zur Förderung der Politikkohärenz und zur Stärkung der Entwicklungsdimension in den OECD-Arbeiten:

- Eine Erklärung, die die Aufgaben der OECD im Bereich der Entwicklung definiert und als Orientierung für weitere Arbeiten zu Entwicklungsfragen dienen soll.
- Eine mögliche Ministererklärung über die OECD und ihre Bedeutung im Zusammenhang mit Entwicklung, in der die Minister ihre Entschlossenheit bekräftigen, auf die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele hinzuarbeiten und die Rolle der OECD bei diesen Bemühungen erneut hervorzuheben.
- Ein horizontales die verschiedenen OECD-Aktivitäten umspannendes Arbeitsprogramm mit dem Ziel, die Politikkohärenz in wichtigen Politikbereichen zu verstärken und zu evaluieren, umso zu einem positiven Wettstreit bei der Verfolgung der Millenniums-Entwicklungsziele anzuregen.
- Eine systematischere Analyse der Effekte von OECD-Arbeiten auf Nichtmitgliedsländer wie auch der Möglichkeiten, entsprechende Erkenntnisse in die

Arbeiten zu Fragen der Entwicklungszusammenarbeit zu integrieren.

- Entwicklung „bester Verfahrensweisen“, um eine systematische Abstimmung zu erleichtern, Synergien und Komplementaritäten optimal auszuschöpfen und damit sicherzustellen, dass die Koordination zwischen den beteiligten Fachbereichen der Organisation verstärkt wird.

Die Entwicklungsgruppe musste bei ihrer Tätigkeit natürlich nicht ganz von vorne anfangen. Sie hat sich auf die bereits umfangreichen Arbeiten, die in vielen Teilen der Organisation zum Thema Entwicklung durchgeführt wurden, sowohl in den „Kernbereichen für Entwicklung“ als auch zusammen mit den für andere Politikbereiche wie Investitionen, Finanzen, Handel, Umwelt und Landwirtschaft zuständigen Einheiten gestützt und diese weiter ausgebaut. Auch wenn das Ziel der Entwicklungsgruppe die Unterstützung und Bereicherung der Arbeiten auf diesen und anderen Gebieten ist, sollten sich die prioritären Arbeiten nach Auffassung der Gruppe zunächst auf einige wenige Kernbereiche wie Handel und nachhaltige Entwicklung konzentrieren, wo sowohl offenkundiger Bedarf besteht als auch konkrete Ergebnisse erwartet werden können. Anderen Bereichen, wie Gesundheit, Migration, Landwirtschaft, Finanzfragen, Geldwäsche, Zugang zu Finanzmärkten sowie Wissenschaft und Technologie, sollte ebenfalls rasche Aufmerksamkeit zukommen. In diesem breiten Spektrum von Politikfeldern, die für die miteinander verknüpften Themen der Globalisierung, Interdependenz, Integration und Entwicklung von Bedeutung sind, ermutigt die Entwicklungsgruppe alle damit befassten Bereiche innerhalb der OECD zu einer verstärkten Zusammenarbeit, um den Mitgliedsländern effektivere Strategien und Instrumente zur Förderung der Millenniums-Entwicklungsziele an die Hand zu geben und ähnliche Denkprozesse in den Hauptstädten zu fördern bzw. den Anstoß hierzu zu geben.

Anmerkungen

1. Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Zukunft – Communiqué der Tagung des Rats der OECD auf Ministerebene, Mai 2001.
2. Vgl. das „Sondermodul“ am Ende von Teil II des vorliegenden Berichts wegen näherer Einzelheiten.
3. Vgl. „The Development Dimensions of Trade“, OECD, 2001.
4. Vgl. zum Beispiel den Bericht des OECD-Handelsausschusses *The Development Dimensions of Trade*, OECD, 2001.
5. Auf die DAC-Internetseiten zur Aufhebung der Lieferbindung (DAC *Untied Aid Website*) kann über die OECD-Website unter www.oecd.org zugegriffen werden (auf dieser Seite unter „themes“ den Bereich „development“ anklicken und auf der nächsten Seite unter „themes“ den Bereich „development partnerships“ auswählen).
6. Vgl. den Bericht *Policy Coherence Matters*, OECD, 1999, in dem die Verknüpfungen zwischen Handel, Investitionen und Entwicklung und die Rolle der OECD bei der Förderung größerer Politikkohärenz untersucht wurden, ebenso wie die parallel dazu erschienene Veröffentlichung *Vorteile der Liberalisierung von Handel und Investitionen*, OECD, 1998, die die Ergebnisse einer multidisziplinären Studie zu diesem Themas darlegte.

Anhang II.1

DAC-Empfehlung zur Aufhebung der Lieferbindung bei ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder

I. Ziele und Grundsätze

1. Die Mitglieder des OECD-Entwicklungsausschusses (DAC) sind übereingekommen, die Lieferbindung bei ihren bilateralen ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder aufzuheben, um auf diese Weise:

- koordinierte, effiziente und effektive Partnerschaften mit den Entwicklungsländern zu fördern;
- das Konzept der lokalen Trägerschaft und die Verantwortung der Partnerländer im Entwicklungsprozess zu stärken;
- Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Partnerländer und anderer Instanzen zu zeigen, EZ-Leistungen im Interesse einer größeren Wirksamkeit der Hilfe verstärkt in lieferungebundener Form zu vergeben; und
- zu den allgemeineren mit den Partnerländern unternommenen Bemühungen um die Förderung ihrer Integration in die Weltwirtschaft beizutragen.

2. Die vorliegende Empfehlung ist das Ergebnis der im DAC in Erfüllung des auf der DAC-Jahrestagung von 1998 erteilten Mandats (vgl. Anhang III) geführten Diskussionen und spiegelt die gemeinsamen Absichten der DAC-Mitglieder wider:

- die Lieferbindung bei ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder möglichst weitgehend aufzuheben;
- von Qualität, Volumen und Zielorientierung her angemessene ODA-Leistungen zu fördern und aufrechtzuerhalten, insbesondere an die am wenigsten entwickelten Länder, und sicherzustellen, dass die ODA an die am wenigsten entwickelten Länder infolge der Anwendung der Empfehlung im Laufe der Zeit nicht zurückgeht;
- eine gerechte Aufgabenteilung unter den DAC-Mitgliedern zu erzielen.

3. Diese Initiative ist auf die am wenigsten entwickelten Länder zugeschnitten, weil sie in relativ starkem Maße von EZ-Leistungen abhängig sind und im Vergleich zu anderen raschere Fortschritte im Hinblick auf die Internationalen Entwicklungsziele erzielen müssen, wie sie im Bericht *Das 21. Jahrhundert gestalten: Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit* dargelegt sind. Ziel der Initiative ist es, dafür Sorge zu tragen, dass diese Länder die Vorteile offener Beschaffungsmärkte nutzen können.

4. Bei der Förderung der oben genannten Ziele halten es die DAC-Mitglieder für wesentlich den Partnerländern mehr Verantwortung bei der Auftragsvergabe zu übertragen, mit angemessenen Garantien für Wirksamkeit, Rechenschaftspflicht, Rechtschaffenheit und Transparenz, und sehen darin einen integralen Bestandteil der Initiative. Ein weiteres gemeinsames Ziel ist, verstärkt auf lokale und regionale Beschaffungsquellen in den Partnerländern zurückzugreifen. Die DAC-Mitglieder werden mit den Partnerländern zusammenarbeiten, um die Bedürfnisse zu identifizieren und Anstrengungen in beiden Bereichen zu unterstützen.

5. Diese Empfehlung schränkt die Prärogative der DAC-Mitglieder, die Lieferbindung bei ODA-Leistungen über das darin festgelegte Maß hinaus aufzuheben, keinesfalls ein. Die DAC-Mitglieder, die ODA-Leistungen auf nicht in den Geltungsbereich der Empfehlung fallenden Gebieten in ungebundener Form vergeben, werden ermutigt, dies weiterhin zu tun, und alle Mitglieder werden ersucht, Möglichkeiten zu prüfen, in solchen Bereichen lieferungebundene Hilfe zu gewähren. Auch greift die vorliegende Empfehlung in keinem Maße Positionen vor, die DAC-Mitglieder bei Diskussionen über ähnliche Themen in anderen Foren einnehmen könnten.

6. Die Förderung einer gerechten Aufgabenteilung unter den Mitgliedern ist fester Bestandteil dieser Empfehlung. Auf Grund der Unterschiede in der Struktur und der geographischen Ausrichtung der EZ-Programme der Mitglieder wie auch der Geltungsbestimmungen der vorliegenden Empfehlung können beträchtliche Abweichungen in Bezug auf das Ausmaß bestehen, in dem die ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder derzeit lieferungebunden sind, und das Gleiche gilt für ihr EZ-Engagement in den am wenigsten entwickelten Ländern ganz allgemein.

II. Umsetzung

a) Geltungsbereich

7. Die Aufhebung der Lieferbindung ist ein komplexer Prozess. Für die verschiedenen ODA-Kategorien bedarf es unterschiedlicher Ansätze, und die von den Mitgliedern zur Umsetzung der Empfehlung ergriffenen Maßnahmen werden im Hinblick auf ihren Anwendungsbereich und ihre Terminierung voneinander abweichen. Unter Berücksichtigung dessen werden die DAC-Mitglieder die Lieferbindung bei ihren ODA-

Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder so weit wie möglich und in Übereinstimmung mit den in der Empfehlung dargelegten Kriterien und Verfahren aufheben:

- Die DAC-Mitglieder kommen überein, die Lieferbindung bei ihren ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder mit Wirkung vom 1. Januar 2002 in folgenden Bereichen aufzuheben: Zahlungsbilanz- und Struktur- anpassungshilfen, Schuldenerlass, sektorspezifische und sektorübergreifende Programmhilfe, Unterstützung von Investitionsprojekten, Import- und Warenhilfe, kommerzielle Dienstleistungsverträge und ODA-Leistungen an Nichtregierungsorganisationen für mit Beschaffungen verbundene Aktivitäten.

- Im Hinblick auf investitionsbezogene technische Zusammenarbeit und reine technische Zusammenarbeit wird anerkannt, dass die Politiken der DAC-Mitglieder neben dem Bestreben, das in den Partnerländern vorhandene Fachwissen zu nutzen, auch von der Notwendigkeit geleitet sein können, eine gewisse Beteiligung einheimischer Lieferanten aufrechtzuerhalten, ohne die Ziele und Grundsätze dieser Empfehlung aus den Augen zu verlieren. Die nicht investitionsbezogene technische Zusammenarbeit ist vom Geltungsbereich der Empfehlung ausgenommen.

- In Bezug auf die Nahrungsmittelhilfe wird anerkannt, dass die Politiken der DAC-Mitglieder von den Diskussionen und Übereinkommen in anderen internationalen Foren beeinflusst werden können, die sich mit Fragen der Nahrungsmittelhilfe befassen, ohne die Ziele und Grundsätze dieser Empfehlung aus den Augen zu verlieren.

8. Die vorliegende Empfehlung findet keine Anwendung bei Aktivitäten mit einem Wert von weniger als 700 000 SZR (130 000 SZR bei investitionsbezogenen TZ-Aktivitäten).

b) Gerechte Aufgabenteilung

9. Die Förderung einer ausgewogeneren Aufgabenteilung unter den DAC-Mitgliedern ist ein notwendiger Prozess. Gemäß den Absätzen 2, 5 und 6 dieser Empfehlung kommen die Mitglieder überein, alles daran zu setzen, um zusätzliche Initiativen für eine gerechte Aufgabenteilung in Übereinstimmung mit dem nachstehend beschriebenen Mechanismus zu identifizieren und umzusetzen.

Mechanismus

10. Zu diesem Zweck sollten sich die Mitglieder folgender Matrix der Referenzindikatoren und Verfahren bedienen:

Matrix der Referenzindikatoren

11. Die Situation jedes einzelnen Mitgliedslandes und ihre Entwicklung im Zeitablauf gegenüber der Ausgangsposition und dem Referenzniveau werden in einer Matrix der Referenzindikatoren festgehalten (vgl. Anhang I). Die Elemente dieser Matrix werden zusammen mit den Leistungsprofilen der Mit-

glieder (siehe weiter unten) zur Überwachung und Beurteilung der von den DAC-Mitgliedern im Hinblick auf eine gerechtere Aufgabenteilung erzielten Fortschritte herangezogen.

Leistungsprofile der Mitglieder

12. Die Mitglieder werden jedes Jahr Länderprofile erstellen, in denen sie ihre Position in Bezug auf die Matrix der Referenzindikatoren darlegen und auf dieser Basis zusätzliche Maßnahmen identifizieren, die zur Förderung einer gerechten Aufgabenteilung kurz- und mittelfristig ergriffen werden können. Gegenseitige Prüfungen dieser Länderprofile im Rahmen des DAC werden den Mitgliedern bei der Identifizierung und Inangriffnahme zusätzlicher Aktionen helfen, mit denen sich auf der Grundlage der Matrix der Referenzindikatoren eine ausgewogenere Aufgabenteilung erreichen lässt.

13. Die Umsetzung dieses Teils der Empfehlung wird in den Jahresberichten evaluiert, die sich auf alle Aspekte der vorliegenden Empfehlung erstrecken. Diese Berichte werden auf der DAC-Jahrestagung erörtert, wo weitere Aktionen empfohlen werden können, ebenso wie bei den Länderprüfungen der Entwicklungszusammenarbeit einzelner Mitglieder. Eine Gesamtprüfung des Mechanismus und der Verfahren zur Aufgabenteilung wird im Jahr 2009 durchgeführt werden. Auf der Basis der DAC-Evaluierung der von den Mitgliedern im Hinblick auf eine ausgewogenere Aufgabenteilung erzielten Fortschritte wird dieser Teil der Empfehlung u.U. einer Prüfung unterzogen mit dem Ziel, die Ergebnisse der Mitglieder in diesem Bereich zu verbessern.

c) Beschaffungsregime

14. In den Geltungsbereich der vorliegenden Empfehlung fallende Beschaffungen von Waren und Dienstleistungen sollten gemäß den vom DAC herausgegebenen Empfehlenswertes Vergabeverfahren für Aufträge im Rahmen der öffentlichen Entwicklungshilfe erfolgen.

15. Bei Beschaffungen von Waren und Dienstleistungen, die mit EZ-Mitteln finanziert werden, sollten die DAC-Mitglieder in Partnerschaft mit den Entwicklungsländern einschlägige Verpflichtungen und Grundsätze einhalten, insbesondere die

- der DAC-Empfehlung über Vorschläge zur Bekämpfung von Korruption bei Beschaffungen im Rahmen der öffentlichen Entwicklungshilfe von 1996;

- des auf OECD-Ebene beschlossenen Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr von 1997.

d) Transparenz

16. Die DAC-Mitglieder verpflichten sich, lieferungebundene EZ-Angebote, die in den Geltungsbereich dieser Empfehlung fallen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den

Entwicklungspartnern vorab zu notifizieren bzw. für eine solche Notifizierung zu sorgen.

17. Die DAC-Mitglieder sind gehalten, Ersuchen anderer Mitglieder um weitere Informationen oder Präzisionen im Zusammenhang mit lieferungebundenen, in den Geltungsbereich dieser Empfehlung fallenden EZ-Angeboten prompt und ausführlich zu beantworten.

18. Die DAC-Mitglieder werden sicherstellen, dass der DAC Informationen über die Auftragsvergabe bei lieferungebundenen EZ-Angeboten, die in den Geltungsbereich dieser Empfehlung fallen, erhält.

e) *Ausnahmeregelungen*

19. Unter außergewöhnlichen Umständen dürfen die DAC-Mitglieder in Einzelfällen Maßnahmen ergreifen, die von den Bestimmungen dieser Empfehlung abweichen, wenn sie dies aus grundlegenden Entwicklungsinteressen, bei denen kommerzielle Erwägungen nicht ins Spiel kommen, für gerechtfertigt halten. Abweichungen müssen dem Generalsekretär der OECD und dem DAC-Vorsitzenden schriftlich begründet werden und werden im Rahmen der Länderprüfungen genauer untersucht.

f) *Überwachung und Evaluierung*

20. Der DAC wird die Umsetzung aller Aspekte der vorliegenden Empfehlung mit Hilfe verschiedener Mechanismen verfolgen:

- Jahresberichte, in denen alle Aspekte der Empfehlung behandelt werden und untersucht wird, inwieweit sie ihre Zielsetzungen erfüllt. Diese Berichte, die vom DAC rechtzeitig vor seiner Jahrestagung geprüft werden, enthalten u.a. folgende Punkte:

- Beurteilung der Auswirkungen der Empfehlung auf Volumen, Qualität und Ausrichtung der ODA-Leistungen;

- Darstellung der von den Mitgliedern ergriffenen Maßnahmen im Bereich der investitionsbezogenen technischen Zusammenarbeit und der Nahrungsmittelhilfe;

- Prüfung der Umsetzung der Empfehlung im Hinblick auf eine bessere Aufgabenteilung unter den Mitgliedern unter Anwendung des in Abschnitt II.b dargestellten Mechanismus;

- Prüfung der Beschaffungspraktiken und -methoden der DAC-Mitglieder für lieferungebundene EZ-Angebote;

- Beurteilung der Fortschritte im Hinblick auf eine Stärkung der lokalen Beschaffungskapazitäten der Partnerländer sowie einen verbesserten Zugang lokaler Unternehmen zu Vergabeverfahren im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit;

- Behandlung spezifischer Fragen, die von einzelnen DAC-Mitgliedern im Zusammenhang mit der Empfehlung eventuell aufgeworfen werden und im Rahmen der weiter oben beschriebenen Vorkehrungen für bilaterale Konsultationen nicht geklärt werden konnten.

- Die Jahresberichte werden auch Inputs für die Länderprüfungen der EZ-Programme einzelner DAC-Mitglieder liefern.

- Eine umfassende Evaluierung der Umsetzung dieser Empfehlung und ihrer Auswirkungen wird auf der DAC-Jahrestagung 2009 vorgenommen werden. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei auch der Umsetzung der Empfehlung in Bezug auf die Erreichung einer ausgewogenen Aufgabenteilung zwischen den DAC-Mitgliedern sowie dem Anliegen gelten, einen angemessenen Zustrom von ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder zu fördern und aufrechtzuerhalten.

21. Die DAC-Mitglieder werden gemeinsam mit anderen Beteiligten, insbesondere den Partnern in den Entwicklungsländern, darauf hinwirken, dass die vorliegende Empfehlung ihre Zielsetzungen erfüllt.

Anhang II.1 – Anlage 1

Praktische Verfahren und Vereinbarungen

1. Diese Anlage ist fester Bestandteil der Empfehlung zur Aufhebung der Lieferbindung bei ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder. Sie liefert dort, wo es notwendig ist, Zusatzinformationen zu den praktischen Vorgehen und den Vereinbarungen bezüglich des Geltungsbereichs und der Umsetzung der Empfehlung.

I. Definitionen und Geltungsbereich

2. Unter lieferungebundenen ODA-Leistungen sind Kredite oder Zuschüsse zu verstehen, die uneingeschränkt und vollständig für die Finanzierung von Beschaffungen aus praktisch allen ODA-Empfängerländern und aus OECD-Ländern zur Verfügung stehen. Mitglieder, die Herkunftsvorschriften oder Regeln für einen Mindestanteil einheimischer Erzeuger anwenden, sollten alle notwendigen Schritte unternehmen, um sicherzustellen, dass ODA-Leistungen, deren Lieferbindung gemäß der vorliegenden Empfehlung aufgehoben wurde, sowohl de jure als auch de facto wirklich ungebunden sind.

3. Die vorliegende Empfehlung bezieht sich auf bilaterale ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder an die am wenigsten entwickelten Länder. Die Liste der am wenigsten entwickelten Länder (die regelmäßig von den Vereinten Nationen überarbeitet wird) findet sich in Anlage 2.

4. Die Definitionen der von dieser Empfehlung erfassten ODA-Kategorien entsprechen den Festlegungen, die in den DAC-Richtlinien für die statistische Berichterstattung [DCD/DAC(2000)10] enthalten sind. Priorität gilt weiteren Arbeiten mit dem Ziel, zu einer konkreteren Definition der investitionsbezogenen technischen Zusammenarbeit (einschließlich der Aktivitäten, auf die sich diese erstreckt) und der Nahrungsmittelhilfe zu gelangen und damit eine effektive Umsetzung der Empfehlung zu gewährleisten.

Kommerzielle Dienstleistungsverträge

5. Im Sinne dieser Empfehlung werden kommerzielle Dienstleistungsverträge als Verträge definiert, die einem Unternehmen auf kommerzieller Basis den Betrieb oder das Management einer Versorgungseinrichtung oder eines Verteilernetzes übertragen.

ODA an NRO

6. Auf ODA-Leistungen für NRO-Aktivitäten bezieht sich die vorliegende Empfehlung nur in dem Maße, wie die

NRO an Beschaffungsaktivitäten beteiligt sind, die in den Geltungsbereich der Empfehlung fallen. Zuschüsse für die allgemeine Unterstützung der im Entwicklungsbereich tätigen NRO bzw. ihrer Programme sind ausgenommen.

Vereinbarungen im Bereich der Managementdienstleistungen

7. Vereinbarungen im Bereich der Managementdienstleistungen (d.h. Dienste der technischen Zusammenarbeit, die von Gebern vor allem für das Management ihrer eigenen EZ-Projekte und -Programme bereitgestellt werden) sind vom Geltungsbereich dieser Empfehlung ausgenommen.

II. Transparenz

8. Die DAC-Mitglieder sind sich darüber im Klaren, dass diese Initiative der Lieferaufbindung zwangsläufig mit Bemühungen einhergehen muss, den Partnerländern mehr Verantwortung für die Auftragsvergabe zu übertragen. Soweit die Partnerländer für die Durchführung von Beschaffungsverfahren verantwortlich sind, dürften einige der nachstehend aufgeführten Informationen direkt von den Partnerländern oder ihren Beschaffungsagenten erhältlich sein. Die Mitglieder müssen, gegebenenfalls in enger Zusammenarbeit mit den Partnerländern dafür Sorge tragen, dass die Informationen, die gemäß den nachstehenden Bestimmungen zu liefern sind, zeitgerecht zur Verfügung gestellt werden.

a) Ex-ante-Notifizierung

9. Lieferungebundene EZ-Angebote, die in den Geltungsbereich der Empfehlung fallen, müssen vorab notifiziert werden. Diese Notifizierungen sollten folgende Informationen enthalten:

- notifizierendes Mitgliedsland, Dienststelle und Kontaktperson;
- Empfängerland;
- Projektbeschreibung;
- Sektor/Aktivität und DAC-Code für den Verwendungszweck;
- Projektumfang (in der Währung des Geberlands und SZR);

- Ausschreibungsfrist (Eröffnungs- und Enddatum);
- Beschaffungsregime (sofern es sich nicht um ein internationales Submissionsverfahren handelt, sollten nähere Angaben zum angewendeten Regime und zu den Gründen für dessen Auswahl gemacht werden);
- nähere Angaben über die für die Auftragsvergabe zuständige Behörde, bei der zusätzliche oder ausführlichere Informationen (z.B. Ausschreibungsperiode, Beschaffungsregime, Ausschreibungsdokumentation) eingeholt werden können;
- sowie alle weiteren von dem Mitgliedsland für zweckdienlich erachteten Informationen.

10. Die Notifizierungen sollten spätestens 30 Kalendertage vor der Eröffnung des Submissionsverfahrens beim Sekretariat eingehen.

11. Die Ausschreibungsfristen sollten so angesetzt sein, dass allen Lieferanten für die Vorbereitung und Einreichung ihrer Gebote hinreichend Zeit gelassen und zugleich den Belangen der ausschreibenden Stelle Rechnung getragen wird. Deshalb sollten die Ausschreibungsfristen generell 45 Kalendertage nicht überschreiten, außer bei Großprojekten (mit einem Wert von mindestens 50 Mio. SZR), wo die Ausschreibungsfristen normalerweise nicht weniger als 90 Kalendertage betragen dürften.

12. Die Notifizierungen sollten den DAC-Mitgliedern und potentiellen Anbietern über das *Internet Bulletin Board* des DAC zugänglich sein. Es steht den DAC-Mitgliedern auch frei, sich darüber hinaus ihrer eigenen Mechanismen für die Bekanntmachung der in den Notifizierungen enthaltenen EZ-Angebote zu bedienen.

b) Verfahren für den Informationsaustausch

13. DAC-Mitglieder, die von einem anderen Mitglied eine Anfrage zu einem bestimmten lieferungebundenen EZ-Angebot erhalten haben, das in den Geltungsbereich der Empfehlung fällt, sollten diese rasch (d.h. innerhalb von 14 Kalendertagen) und ausführlich beantworten und dabei alle relevanten Informationen zur Verfügung stellen, auch solche, die vom Geber finanzierte Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Gestaltung und Umsetzung des notifizierten Projekts betreffen. Derartige Anfragen und Antworten sind mit Hilfe elektronischer Kommunikationsmittel zu übermitteln. Die betreffenden DAC-Mitglieder sollten gemeinsam mit allen Mitteln darauf hinarbeiten, aufkommende Probleme zu klären bzw. zu lösen.

14. In Fällen, wo dies nicht möglich ist, steht es einem DAC-Mitglied frei, den ursprünglich bilateralen Informationsaustausch auf andere DAC-Mitglieder auszudehnen, um deren Meinung zu Fragen einzuholen, die die Umsetzung der Empfehlung betreffen.

15. Bei den regelmäßigen Prüfungen der Umsetzung der Empfehlung werden auch die mit diesen Verfahren gesammelten Erfahrungen untersucht.

c) Informationen über die Zuschlagserteilung

16. Die DAC-Mitglieder werden dem Sekretariat Informationen über die Erteilung des Zuschlags bei vorab notifizierten Ausschreibungsverfahren übermitteln. Diese Informationen sollten Namen, Adresse und eingetragenen Firmensitz (Land) des jeweils ausgewählten Bewerbers (oder bei Konsortien des federführenden Unternehmens) enthalten. Die oben genannten Informationen sollten auf Jahresbasis bereitgestellt und im Rahmen des allgemeinen Prüfverfahrens untersucht werden.

III. Matrix der Referenzindikatoren

| | Position des Mitglieds ^a | Referenzpunkt | Index ^b |
|--|-------------------------------------|---------------|--------------------|
| I. Anteil der lieferungebundenen ODA an LLDC | | 0.60 | |
| II. Gesamtindikator Aufgabenteilung ^c | | 0.04 | |

- a) Fünfjahresdurchschnitt.
- b) Position der Mitglieder im Verhältnis zum Referenzpunkt.
- c) Solange weitere Arbeiten über die Definition der multilateralen ODA und ihren „Bindungsgrad“ nicht abgeschlossen sind, wird der Indikator nach den DAC-Standardpraktiken wie folgt berechnet: (bilaterale ODA/BSP an LLDC multipliziert mit der Lieferaufbindungsquote der bilateralen ODA an LLDC) + multilaterale ODA/BSP an LLDC. In der Präsentation des Gesamtindikators wie auch der Matrix der Referenzindikatoren ganz allgemein werden alle einzelnen Komponenten genau erfasst.

Anhang II.1 – Anlage 2

Am wenigsten entwickelte Länder (Stand 1. Mai 2001)

| | |
|-------------------------------|------------------------------|
| Afghanistan | Malawi |
| Angola | Malediven |
| Äquatorialguinea | Mali |
| Äthiopien | Mauretanien |
| Bangladesch | Mosambik |
| Benin | Myanmar |
| Bhutan | Nepal |
| Burkina Faso | Niger |
| Burundi | Ruanda |
| Dschibuti | Salomonen |
| Eritrea | Sambia |
| Gambia | Samoa |
| Guinea | São Tomé und Príncipe |
| Guinea-Bissau | Senegal |
| Haiti | Sierra Leone |
| Jemen | Somalia |
| Kambodscha | Sudan |
| Kap Verde | Tansania |
| Kiribati | Togo |
| Komoren | Tschad |
| Kongo, Demokratische Republik | Tuvalu |
| Laos | Uganda |
| Lesotho | Vanuatu |
| Liberia | Zentralafrikanische Republik |
| Madagaskar | |

Anhang II.1 – Anlage 3

Liberalisierung von Beschaffungen im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit: Mandat der DAC-Jahrestagung von 1998

1. Die Teilnehmer der Jahrestagung beauftragen die Arbeitsgruppe für Finanzierungsfragen damit, auf eine Empfehlung zur Aufhebung der Lieferbindung bei ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) hinzuwirken und insbesondere die relevanten Umsetzungsfragen zu analysieren, mit dem Ziel, auf der DAC-Jahrestagung von 1999 einen Textentwurf vorzulegen. Für die Hochrangige Tagung des DAC im Dezember 1998 wird ein Sachstandsbericht erwartet.

2. Die Teilnehmer räumten ein, dass es vor allem in Bezug auf folgende Fragen einer zufriedenstellenden Klärung bedarf, um zu einer Einigung über einen definitiven Text zu gelangen:

- Die Notwendigkeit einer effektiven Geberkoordinierung und einer Partnerschaft mit den Entwicklungsländern, die Anpassungsfähigkeit, Effizienz und Wirksamkeit in der Entwicklungszusammenarbeit garantiert.

- Die Evaluierung der potentiellen Effekte auf Qualität, Volumen und Ausrichtung der ODA-Leistungen.

- Die Unterstützung bei der Stärkung der Kapazitäten des privaten Sektors und der Entwicklung von Beschaffungssystemen in den Partnerländern.

- Die Bedeutung, einen Mindestanteil einheimischer Erzeuger in den Geberländern (vor allem bei bestimmten Formen der technischen Zusammenarbeit) aufrechtzuerhalten, selbst wenn das vorrangige Ziel darin besteht, auf die Kompetenzen der Partnerländer zurückzugreifen.

- Die Notwendigkeit, die unterschiedlichen Strukturen und Ausgangspositionen der Programme der Mitglieder in

Bezug auf Volumen, ODA/BSP-Verhältnis, Verteilung und derzeitigen Grad der Lieferaufbindung zu berücksichtigen.

- Die Erarbeitung von Initiativen mit dem Ziel, in der privaten Wirtschaft in den Mitgliedsländern für Verständnis und Engagement zu werben wie auch die Öffentlichkeit umfassend zu informieren und ihre Unterstützung zu gewinnen.

- Die Berücksichtigung der Effekte einer weiteren Liberalisierung im Beschaffungswesen auf regionale Übereinkommen, wie das Abkommen von Lomé.

- Die sorgfältige Untersuchung der im Rahmen der Initiative zur Aufhebung der Lieferbindung notwendigen Maßnahmen, darunter:

- Angemessene Beschaffungsmodalitäten (einschließlich Vorkehrungen zur Bekämpfung von Korruption);
- Realistische Schwellenwerte, Geltungsbereiche und Ausklammerungen (auch in Bezug auf die technische Zusammenarbeit und eine verstärkte Nutzung lokaler und regionaler Beschaffungsquellen in Partnerländern);
- Erarbeitung von Definitionen und Berichterstattungsmechanismen betreffend den Grad der Lieferbindung bei ODA-Leistungen;
- Mechanismen zur Schaffung von Vertrauen und Transparenz, auch durch Bereitstellung relevanter statistischer Informationen;
- Überwachungsmechanismen und Prüfungen durch gleichrangige Partner.

Teil II

PRÜFUNG DER GEBERANSTRENGUNGEN

III

Perspektiven bezüglich der Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele

Die Notwendigkeit, unsere geistigen und finanziellen Ressourcen für die Bekämpfung der weltweiten Armut zu mobilisieren, zählt zu den dringlichsten Problemen, mit denen die Weltwirtschaft heute konfrontiert ist. Die internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey im März 2002 war für alle Betroffenen eine große Herausforderung, bot aber auch eine große Chance, das Instrumentarium und die Strukturen festzulegen, die zur Mobilisierung und effektiven Verwendung der für die Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele benötigten Finanzmittel erforderlich sind.

1. Eine Frage von zunehmender internationaler Bedeutung

Die Notwendigkeit, unsere geistigen und finanziellen Ressourcen für die Bekämpfung der globalen Armut zu mobilisieren, zählt zu den dringlichsten Problemen der internationalen Gemeinschaft.

Mit den Millenniums-Entwicklungszielen (MDG)¹ wurde eine Reihe von ehrgeizigen Zielen festgelegt, die bis zu einem rasch näher rückenden Termin – dem Jahr 2015 – verwirklicht werden sollen. Für die Entwicklungsländer insgesamt hängt es offensichtlich von verschiedenen Entwicklungen – wie der seit Anfang 2001 weltweit beobachteten Konjunkturabschwächung, den Ereignissen vom 11. September sowie den Ergebnissen der WTO-Ministerkonferenz in Doha und der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung – ab, ob die Fortschritte „dem Zeitplan“ entsprechen. Bei spezifischerer Betrachtung werden jedoch im Weltmaßstab – insbesondere unter den ärmeren Ländern sowie in Subsahara-Afrika – allzu viele der ärmsten Länder und Menschen bis 2015 wahrscheinlich weit hinter den MDG zurückbleiben, wenn keine neuen und bedeutenden Durchbrüche erzielt werden.

Das Ziel, Strategien für nachhaltige Strukturen der Entwicklungsfinanzierung zu finden und diese in der

Praxis umzusetzen, um die MDG (sowohl im Hinblick auf eine Verstärkung der Finanzierungsströme als auch deren entwicklungspolitische Wirksamkeit) zu untermauern, steht heute im Vordergrund der internationalen Debatte. Bei mehreren wichtigen internationalen Konferenzen der jüngsten Zeit stand dieses Thema im Mittelpunkt:

- *Die dritte Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder* gelangte zu dem Ergebnis, dass trotz einer Reihe von sehr positiven Entwicklungen (vgl. Kasten III.1) die derzeitigen und geplanten Finanzierungsvolumina zur Erfüllung der MDG nicht ausreichen werden.

- *Der G8-Gipfel von Genua* betonte die Bedeutung einer wirksamen Strategie der internationalen Gemeinschaft, um das Wirtschaftswachstum stärker anzukurbeln und die Armut in den ärmsten Entwicklungsländern rascher zu beseitigen. Die Teilnehmer bezeichneten den Handel, ausländische Direktinvestitionen und Ausgaben für soziale Sektoren als – sich in ihrer Wirkung gegenseitig verstärkende – Schlüsselfaktoren einer solchen Strategie.

- *Mit der WTO-Ministerkonferenz von Doha* wurde eine neue Welthandelsrunde eingeleitet, bei der die Bedürfnisse der Entwicklungsländer im Mittelpunkt des Arbeitsprogramms stehen (vgl. Kapitel II). Angesichts

Kasten III.1 Die dritte Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder (LDC III)

Die LDC-III-Konferenz (Brüssel, Mai 2001) befasste sich mit der ganzen Bandbreite von Fragen und Herausforderungen, die sich in den am wenigsten entwickelten Ländern stellen, wobei jedoch Wachstum und Finanzierung im Mittelpunkt standen. Die Konferenz war der Ansicht, dass trotz einer Reihe sehr positiver Entwicklungen das derzeitige und geplante Finanzierungsniveau nicht ausreichen würde, um die Entwicklungsziele der Millenniumserklärung zu erfüllen.

Konferenzergebnisse

Was die Trendwende nach den Entwicklungen der letzten Jahre und die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums in den am wenigsten entwickelten Ländern betrifft, nannte die Konferenz mehrere Gründe, die zu Optimismus Anlass geben:

- Es besteht nunmehr weitgehend internationale Einigkeit über die Voraussetzungen für die Entwicklung – eine gute Staats- und Regierungsführung und geeignete politische Maßnahmen, offene Handels- und Investitionssysteme sowie eine entsprechende Infrastruktur und Finanzierung.
- Die Initiative für hoch verschuldete arme Länder (HIPC) bietet Staaten, deren Zukunftsaussichten durch übermäßig hohe Schuldendienstverpflichtungen zunichte gemacht wurden, einen Neubeginn.
- Mit dem PRSP-Prozess ist nunmehr ein Rahmen vorhanden, um EZ-Mittel und andere Ressourcen in mittelfristigen Ausgabenrahmen zusammenzufassen, wodurch ein nachhaltiges Wachstum und sozialer Fortschritt angestrebt wird.
- Das Aufkommen von Pakten zwischen Gebern und Empfängern, die eine gegenseitige Rechenschaftspflicht vorsehen, können eine bessere Vorhersehbarkeit der Mittelzuweisungen und eine bessere Reaktion auf externe Schocks sicherstellen.

Die Konferenz bot den ärmsten Ländern eine gute Gelegenheit, ihre Bedürfnisse und Ansichten zum Ausdruck zu bringen und die Antworten der Geber zu beurteilen. Dabei kristallisierten sich u.a. folgende Themen heraus:

- Frustration über den komplexen Charakter der Geberverfahren. Es wird wichtig sein, die durch die PRSP gebotene Gelegenheit für eine Harmonisierung und Vereinfachung der Geberverfahren zu nutzen.
- Die neuerliche Konzentration auf den Bereich Landwirtschaft. Die EZ-Mittel für die Landwirtschaft sind deutlich zurückgegangen. In vielen armen Ländern bildet jedoch die Landwirtschaft die Grundlage der Volkswirtschaft. Von der Gebergemeinschaft bekundeten Japan und die Vereinigten Staaten die Absicht, ihre EZ-Mittel zu Gunsten des Agrarsektors aufzustocken. Der durchdachte Einsatz der Biotechnologie könnte in diesem Zusammenhang hilfreich sein.

des wichtigen Beitrags, den der Handel zu Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung leisten kann, ist dies ein großer Erfolg.

- Bei seiner Konferenz in Ottawa vom November 2001 bezeichnete *der Gemeinsame Entwicklungsausschuss von Weltbank und IWF* die Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung als Meilenstein in den Bemühungen, die Armutshäufigkeit bis 2015 zu halbieren und die anderen MDG zu erreichen. Der Ausschuss appellierte an alle Regierungen, bei den entwicklungsrelevanten Maßnahmen für mehr Kohärenz zu sorgen.

- Die für den 18.-22. März 2002 in Monterrey, Mexiko, angesetzte *Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung* war als erste VN-Konferenz ausschließlich diesem Thema gewidmet und spielte eine

wichtige Rolle bei der Umsetzung der Ergebnisse des Millenniumsgipfels. Die Konferenz gilt als Schlüsselveranstaltung für die Vereinbarung und Umsetzung einer Strategie zur besseren Ressourcenmobilisierung.

Das vorliegende Kapitel setzt sich vor allem mit den zur Förderung der MDG erforderlichen Entwicklungsfinanzierungsvolumina und -strukturen und deren politischen Auswirkungen auf alle Beteiligten – insbesondere die Regierungen der Industrie- und Entwicklungsländer – auseinander. Nach einem Überblick über die jüngsten Tendenzen der Entwicklungsfinanzierung (Abschnitt 2) werden die Möglichkeiten und Herausforderungen erörtert, die sich durch die Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung eröffnen (Abschnitt 3), und schließlich werden die Perspektiven für die Nachfrage nach und das Angebot an ODA-Leistungen dargestellt (Abschnitt 4).

2. Wichtigste neuere Tendenzen bei der Mobilisierung ausländischer und inländischer Ressourcen

a) Finanzielle Leistungen des Auslands

Die Nettogesamtleistungen an die Entwicklungsländer sind im Jahr 2000 auf 190 Mrd. US-\$ gesunken, was gegenüber 1999 einem Rückgang von 24% (61 Mrd. US-\$) entspricht (vgl. Tabelle III.1). Dieser Sachverhalt wurde durch eine drastische Wende bei den privaten Leistungen (insbesondere Beteiligungen und Direktinvestitionen) sowie erhebliche Kürzungen der öffentlichen Entwicklungsfinanzierungsmittel (insbesondere bei den öffentlichen Finanzierungen zu marktüblichen Bedingungen) verursacht. Die anfänglichen Anzeichen für eine Erholung der Leistungen des Auslands seit der Ostasien-Krise haben sich demnach – z.T. infolge der Verschlechterung der Weltwirtschaftsaussichten, aber auch durch erneut auftretende finanzielle Schwierigkeiten bei mehreren großen Empfängerländern privater Auslandsmittel – im Jahr 2000 nicht bestätigt.

Private Leistungen

Die privaten Leistungen bildeten in den neunziger Jahren den größten, stetig steigenden Anteil an den Nettogesamtleistungen für die Entwicklungsländer, waren jedoch durch eine starke Konzentration auf eine relativ geringe Anzahl von Ländern gekennzeichnet, wobei nur ein geringer Teil dieser Leistungen an Länder der unteren Einkommensgruppe (abgesehen von China und Indien) floss. Im Zuge der Krise in den aufstrebenden Volkswirtschaften von 1997/1998 waren die privaten Leistungen stark rückläufig, und sie sanken im Jahr 2000 weiter auf 117 Mrd. US-\$. Den bisher vorliegenden Daten zufolge ist für 2001 mit einem weiteren Rückgang der privaten Leistungen zu rechnen.

Die in der letzten Zeit beobachtete Abnahme der privaten Leistungen an die Entwicklungsländer ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- eine geringere Risikobereitschaft bezüglich Investitionen in Entwicklungsländern und eine Verlagerung hin zu Qualitätsanlagen (wie beispielsweise an der Erhöhung der Zinsaufschläge für Schuldverschreibungen aus den Schwellenländern sichtbar wird);
- die geringere Nachfrage nach ausländischem Privatkapital in den Krisenländern (auf Grund der schwächeren Investitionstätigkeit sowie der Kapazitätsüberhänge);

- der Beginn der weltweiten Konjunkturabschwächung, die sich 2001 weiter verfestigt hat;

- die Effekte der Krisen in Argentinien und der Türkei sowie die Verschlechterung der wirtschaftlichen und politischen Lage in anderen Schwellenländern wie Ecuador, Russland und Venezuela.

Die ausländischen Direktinvestitionen (ADI) in den Entwicklungsländern haben der Finanzkrise in Asien zwar recht gut standgehalten, sind aber dennoch im Jahr 2000 um 26 Mrd. US-\$ auf 120 Mrd. US-\$ gesunken. Damit wurde zum ersten Mal seit über zehn Jahren ein Rückgang verzeichnet. Die weltweit einsetzende Konjunkturabschwächung und die Reduzierung großer Privatisierungsprojekte in den Entwicklungsländern haben zu dieser Situation beigetragen.

Tatsächlich dürften die ADI *global* laut Schätzungen, die vor dem 11. September 2001 datieren, zwischen 2000 und 2001 von etwa 1 Bill. US-\$ auf etwa 510 Mrd. US-\$ gesunken sein. Dieser beispiellose Rückgang wird sich vor allem auf die ADI in den Industriestaaten auswirken. Ausschlaggebend dafür sind hauptsächlich die globale Konjunkturabschwächung und in Verbindung damit eine sowohl zahlen- wie auch wertmäßig starke Abnahme der Unternehmensübernahmen und -beteiligungen. Bei den Entwicklungsländern wird in Lateinamerika wie in Asien ein Rückgang des ADI-Volumens erwartet, während die Auswirkungen in Afrika geringer sein dürften.

Bei den *internationalen Bankausleihungen* an die Entwicklungsländer wurden auch im Jahr 2000 negative Ergebnisse verzeichnet. Mit einem Minus von 36 Mrd. US-\$ ist die Situation allerdings weniger gravierend als zur Zeit der asiatischen Finanzkrise, als die Kreditrückzahlungen weit höher waren als die Kreditneuaufnahmen und Minusbeträge von 76-79 Mrd. US-\$ erreicht wurden. Im Jahr 2000 haben sich die Bankausleihungen im Zuge der begrenzten Kredite, die einigen wenigen Ländern (namentlich Argentinien, Brasilien und der Türkei) gewährt wurden, wieder etwas erholt. Allerdings blieben die Nettobankausleihungen negativ, da die fortgesetzten Tilgungen der asiatischen Länder immer noch die neuen Kredite aufwiegen und die internationalen Bankeinlagen der Entwicklungsländer sprunghaft zugenommen haben.

Die *Nettoanleiheemissionen* sind im Jahr 2000 auf 19 Mrd. US-\$ und somit auf ein Viertel ihres Niveaus von unmittelbar vor der Asienkrise gesunken. Die wachsende Unsicherheit bezüglich der internationalen Wirtschaftsentwicklung und die Erhöhung der Risikoprämien

Tabelle III.1 Nettobetrag der finanziellen Gesamtleistungen der DAC-Mitgliedsländer und multilateralen Institutionen an EZ-Empfänger

| | Mrd US-\$, jeweilige Preise | | | | | | | | In % des Gesamtbetrags | | |
|---|-----------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------------|------------------------|--------------|-------------------|
| | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 ^v | 1993 | 1996 | 2000 ^v |
| I. ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGS-FINANZIERUNG (ODF) | 82.4 | 84.5 | 87.6 | 73.5 | 75.4 | 88.8 | 85.9 | 65.5 | 49.7 | 21.0 | 34.4 |
| 1. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) | 55.5 | 59.6 | 59.1 | 55.8 | 47.9 | 50.1 | 52.1 | 49.5 | 33.5 | 15.9 | 26.0 |
| <i>davon:</i> Bilateral | 39.4 | 41.3 | 40.6 | 39.1 | 32.4 | 35.2 | 37.9 | 36.0 | 23.8 | 11.2 | 18.9 |
| Multilateral | 16.1 | 18.3 | 18.4 | 16.7 | 15.4 | 14.9 | 14.2 | 13.5 | 9.7 | 4.8 | 7.1 |
| 2. Öffentliche Hilfe (OA) | 6.0 | 6.9 | 8.4 | 5.6 | 5.6 | 7.0 | 7.8 | 7.8 | 3.6 | 1.6 | 4.1 |
| <i>davon:</i> Bilateral | 5.2 | 5.5 | 7.1 | 4.0 | 4.0 | 4.5 | 4.9 | 4.9 | 3.1 | 1.2 | 2.6 |
| Multilateral | 0.7 | 1.3 | 1.3 | 1.5 | 1.6 | 2.5 | 2.9 | 2.9 | 0.4 | 0.4 | 1.5 |
| 3. Sonstige ODF | 21.0 | 18.1 | 20.1 | 12.2 | 22.0 | 31.7 | 26.1 | 8.2 | 12.7 | 3.5 | 4.3 |
| <i>davon:</i> Bilateral | 11.4 | 12.2 | 14.0 | 5.7 | 5.9 | 12.8 | 10.4 | -1.4 | 6.9 | 1.6 | -0.7 |
| Multilateral | 9.6 | 5.8 | 6.1 | 6.5 | 16.0 | 18.9 | 15.6 | 9.7 | 5.8 | 1.8 | 5.1 |
| II. EXPORTKREDITE INSGESAMT | -3.0 | 6.3 | 5.6 | 4.0 | 4.8 | 8.3 | 4.0 | 7.7 | -1.8 | 1.1 | 4.0 |
| III. PRIVATE LEISTUNGEN | 86.3 | 134.7 | 170.7 | 272.8 | 240.2 | 131.8 | 161.1 | 117.0 | 52.1 | 77.9 | 61.5 |
| 1. Direktinvestitionen (DAC) | 41.6 | 52.1 | 59.6 | 68.9 | 102.3 | 119.8 | 145.6 | 119.5 | 25.1 | 19.7 | 62.8 |
| <i>davon:</i> an Offshore-Bankplätze | 9.4 | 10.8 | 6.3 | 16.7 | 19.1 | 20.3 | 37.9 | 29.8 | 5.7 | 4.8 | 15.7 |
| 2. Internationaler Bankensektor ¹ | 4.8 | 32.1 | 76.9 | 86.0 | 12.0 | -76.3 | -79.6 | -36.0 | 2.9 | 24.6 | -18.9 |
| 3. Anleihen insgesamt | 28.7 | 32.0 | 24.7 | 78.5 | 83.7 | 34.2 | 28.8 | 18.9 | 17.3 | 22.4 | 9.9 |
| 4. Sonstiger Kapitalverkehr (einschl. Wertpapierinvestitionen) ² | 5.5 | 12.5 | 3.5 | 33.8 | 37.0 | 48.4 | 59.5 | 7.8 | 3.3 | 9.7 | 4.1 |
| 5. Zuschüsse von NRO | 5.7 | 6.0 | 6.0 | 5.6 | 5.2 | 5.6 | 6.7 | 6.9 | 3.4 | 1.6 | 3.6 |
| GESAMTBETRAG DER LEISTUNGEN, NETTO (I+II+III) | 165.7 | 225.5 | 263.8 | 350.3 | 320.4 | 229.0 | 251.0 | 190.3 | 100.0 | 100.0 | 100.0 |
| Nachrichtlich (nicht berücksichtigt): | | | | | | | | | | | |
| Nettoinanspruchnahme von IWF-Krediten ³ | 3.3 | 0.6 | 15.6 | 0.3 | 14.4 | 18.8 | -12.8 | -10.6 | | | |
| Geber, die keine DAC-Mitglieder sind (ODA/OA) | 1.3 | 1.0 | 0.8 | 0.9 | 1.0 | 0.9 | 0.8 | 1.0 | | | |
| Zum Vergleich: | | | | | | | | | | | |
| Gesamte Netto-ODA ⁴ | 56.5 | 59.2 | 58.9 | 55.6 | 48.5 | 52.1 | 56.4 | 53.7 | | | |
| <i>davon:</i> Bilaterale Zuschüsse | 33.4 | 35.2 | 36.2 | 36.5 | 31.3 | 32.5 | 33.9 | 33.0 | | | |

1. Ohne Anleihen der Banken (Posten III.3) und ohne die unter II weiter oben erfassten verbürgten Finanzkredite.
2. Lückenhafte Meldungen mehrerer DAC-Länder (darunter: Frankreich, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten). Einschließlich Japan ab 1996.
3. Kapital zu nicht vergünstigten Bedingungen aus den IWF-Mitteln für kurzfristige Zahlungsbilanz-Finanzierungen (GRA: General Resources Account).
4. Umfasst die bilaterale ODA plus **Beiträge an** multilaterale Organisationen anstelle der ODA-**Auszahlungen von** multilateralen Organisationen, wie oben angegeben.
- v) Vorläufig.

bewirkten ein steigendes Volumen der Nettoemissionen. Für Länder, die mit besonderen Problemen zu kämpfen haben, nahmen die Zinsaufschläge stärker zu als bei Ländern mit befriedigenden Ergebnissen, ein weiterer deutlicher Hinweis auf die nach wie vor bestehende Risikoaversion der Investoren. Die Anleiheemissionstätigkeit wurde ferner durch die anhaltenden Leistungsbilanzüberschüsse mehrerer asiatischer Länder reduziert, so dass die Nachfrage nach internationalen Finanzierungen zurückging, während der Unternehmenssektor in manchen ostasiatischen Ländern immer noch mit Überschuldungsproblemen zu kämpfen hatte, die ihren Zu-

gang zu den Kapitalmärkten einschränkten. Für 2001 wird eine Erholung der Anleiheemissionstätigkeit erwartet, da das rückläufige Zinsniveau in mehreren OECD-Ländern den Zugang der Entwicklungsländer zum globalen Anleihemarkt erleichtern dürften.

An sonstigen finanziellen Leistungen einschließlich Kapitalbeteiligungen wurden auf Grund einer äußerst unvollständigen Berichterstattung von den DAC-Ländern bislang lediglich 8 Mrd. US-\$ gemeldet². Vollständigere Daten aus anderen Quellen lassen vermuten, dass sich die Investitionen in Form von Kapitalbeteiligungen

infolge der technologischen Erneuerung im Informations- und Kommunikationsbereich nach der Ostasien-Krise wieder erholt haben, so dass die Investoren zum Kauf von Technologiewerten in Entwicklungs- wie auch Industrieländern motiviert wurden. Die Investoren profitierten außerdem von den niedrigeren Transaktionskosten und dem leichteren Zugang zu Aktienplatzierungen in den Entwicklungsländern. Eine größere Zahl von Unternehmen aus den Schwellenländern war in der Lage, *American Depository Receipts* (ADR) aufzulegen und in großen Industrieländern Aktien an der Börse einzuführen. Der Rückgang der Aktienplatzierungen Ende 2000, der sich bis in das Jahr 2001 hinein fortsetzte, spiegelt die schwächere Verfassung der Aktienmärkte für Industriewerte, die Eintrübung des Investitionsklimas, eine Flucht aus Technologiewerten sowie bisweilen auch eine gewisse Besorgnis über die langsamen Reformfortschritte im Finanz- und Unternehmenssektor wider.

Öffentliche Entwicklungsfinanzierung

Die *öffentliche Entwicklungsfinanzierung* (ODF), d.h. die zu vergünstigten oder marktüblichen Bedingungen vergebenen Leistungen aus öffentlichen Quellen, sind im Jahr 2000 netto um 20 Mrd. auf 66 Mrd. US-\$ zurückgegangen und liegen somit auf dem niedrigsten Niveau seit zehn Jahren. Die Abnahme von 2000 erklärt sich vor allem aus einer Einschränkung bei den bilateralen und multilateralen Ausleihungen zu marktüblichen Bedingungen (d.h. sonstige ODF), die um 8 Mrd. US-\$ gesunken sind, was einem Rückgang von 68% gegenüber 1999 gleichkommt. Die Ursache hierfür ist einerseits in einer Reduzierung der neu vergebenen öffentlichen Kredite zu Marktsätzen und andererseits in den höheren Rückzahlungen zu suchen, die einsetzten, sobald sich die asiatischen Kreditnehmer von der Finanzkrise wieder etwas erholt hatten. Allerdings dürfte das Volumen der zu marktüblichen Bedingungen vergebenen Kredite 2001 infolge der öffentlichen Hilfspakete für Argentinien, die Türkei und Brasilien wieder steigen.

Die von den Entwicklungsländern im Jahr 2000 empfangenen *Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit* (ODA) beliefen sich auf 50 Mrd. US-\$³ netto und lagen damit um 2,5 Mrd. US-\$ unter dem Niveau von 1999. Der ODA-Anteil für die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) wies mit einem Anstieg von 19% des DAC-Gesamt Volumens im Jahr 1999 auf 22% im Jahr 2000 eine leichte Erhöhung auf, bleibt jedoch weit hinter dem Niveau der Jahre 1989-1990 (27%) zurück.

Diese Veränderungen des ODA-Volumens und das kräftige Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 3,7% in den DAC-Mitgliedsländern im Jahr 2000 hatten einen

Anstieg des BNE zur Folge, so dass sich die ODA/BNE-Quote von 0,24% auf 0,22% verringerte.

In Bezug auf die Daten für 2000 sind u.a. die folgenden Besonderheiten zu nennen:

- Die japanischen EZ-Mittel sind um 1,8 Mrd. US-\$ zurückgegangen (15% in realer Rechnung). Nach Bereinigung um eine außergewöhnliche Staatsanleihe in Höhe von 3 Mrd. US-\$, die 1999 der Asiatischen Entwicklungsbank zur Verfügung gestellt wurde, nahmen die japanischen ODA-Leistungen zwischen 1998 und 2000 jedoch tendenziell um ungefähr 8% zu.

- Die französischen EZ-Leistungen schrumpften um 1,5 Mrd. US-\$ (16%), wobei allerdings etwa 1,2 Mrd. US-\$ dieses Rückgangs durch die Streichung Französisch-Polynesiens und Neukaledoniens von der Liste der anspruchsberechtigten ODA-Empfängerländer und -gebiete bedingt sind. Frankreich, das viele Jahre hindurch nach Japan und den Vereinigten Staaten das größte Geberland war, rangiert nunmehr hinter Deutschland und dem Vereinigten Königreich an fünfter Stelle.

- Die EZ-Leistungen des Vereinigten Königreichs erhöhten sich um 38%, was teilweise durch den Zeitpunkt der Beitragsüberweisungen an die multilateralen EZ-Behörden, aber auch durch die Zusage einer erheblichen Aufstockung der EZ-Mittel seitens der britischen Regierung bedingt ist. Der reale Zuwachs in den vergangenen beiden Jahren lag bei insgesamt 22%.

- Vierzehn der 22 DAC-Mitgliedsländer meldeten für 2000 eine Erhöhung ihrer ODA-Leistungen in realer Rechnung.

Verbindlichkeiten

Schuldenstände

Das Gesamtvolumen der Auslandsverbindlichkeiten der Entwicklungs- und Transformationsländer betrug Ende 2000 2,3 Bill. US-\$ und lag nach Bereinigung um die Auswirkungen der Wechselkursbewegungen (vgl. Tabelle III.2) um 9% unter dem Niveau von 1999. Nahezu die Hälfte der Gesamtverbindlichkeiten entfällt auf die neun Hauptschuldnerländer zusammengenommen⁴. Ein Großteil des im Jahr 2000 verzeichneten Rückgangs ist auf den festeren Wechselkurs des US-Dollar zurückzuführen, durch den sich der Dollargegenwert der auf andere Währungen lautenden Verbindlichkeiten verringerte. Dennoch sind die Gesamtschuldenstände trotz der wieder höheren Wachstumsraten und der dynamischen Exporte vieler Länder de facto etwas gesunken (minus 0,4%).

Tabelle III.2 Ende 2000 ausstehende Forderungen nach Ländergruppen
Mrd. US-\$

| | Öffentliche und öffentlich verbürgte Kredite | Marktfinanzierung | | Sonstige | Insgesamt | Veränderungen | |
|--|--|-------------------|------------------|--------------|----------------|---------------|-------------|
| | | Bank- kredite | Schuld- titel | | | 1999 | 2000 |
| Am wenigsten entwickelte Länder | 97.4 | 24.2 | 0.2 | 16.9 | 138.6 | 2.3 | 2.2 |
| Sonstige Länder der unteren Einkommensgruppe | 314.3 | 85.8 | 27.0 | 32.4 | 459.4 | -24.6 | -6.2 |
| China | 75.5 | 34.3 | 13.8 | 0.2 | 123.7 | -18.9 | -7.0 |
| Indien | 55.9 | 11.1 | 4.5 | 19.6 | 91.1 | -4.6 | -0.1 |
| Indonesien | 80.4 | 26.5 | 2.7 | 0.2 | 109.7 | -4.8 | -0.3 |
| Länder der mittleren Einkommensgruppe – unterer Bereich | 234.4 | 77.9 | 58.7 | 45.1 | 416.1 | -12.3 | -5.6 |
| Philippinen | 28.9 | 7.5 | 15.4 | 2.0 | 53.8 | 4.3 | 1.3 |
| Thailand | 29.2 | 20.5 | 12.2 | 2.4 | 64.3 | -13.7 | -8.6 |
| Länder der mittleren Einkommensgruppe – oberer Bereich | 177.4 | 230.1 | 310.5 | 29.0 | 747.1 | 20.5 | 17.8 |
| Argentinien | 32.4 | 30.3 | 82.5 | 8.9 | 154.1 | 11.2 | 6.9 |
| Brasilien | 40.2 | 52.4 | 79.3 | 0.0 | 172.0 | -0.5 | 0.3 |
| Mexiko | 31.2 | 34.1 | 74.4 | 0.3 | 139.9 | -2.8 | -10.1 |
| Türkei | 31.8 | 31.2 | 20.8 | 12.9 | 96.5 | 9.5 | 19.0 |
| Länder der oberen Einkommensgruppe und Transformationsländer | 167.6 | 182.4 | 138.2 | 44.1 | 532.3 | -14.6 | -17.1 |
| Russland | 62.0 | 22.6 | 16.7 | 0.2 | 101.5 | -3.5 | -9.7 |
| Korea | 28.4 | 46.9 | 46.8 | 0.0 | 122.1 | -15.2 | -4.9 |
| Insgesamt | 991.0 | 600.5 | 534.6 | 167.4 | 2 293.5 | -28.7 | -8.9 |
| Subsahara-Afrika | 128.6 | 42.0 | 11.2 | 11.2 | 193.1 | -0.5 | 0.7 |
| Nordafrika und Naher Osten | 128.2 | 82.2 | 19.9 | 44.8 | 275.2 | 9.1 | -0.4 |
| Lateinamerika und Karibik | 188.6 | 170.4 | 286.2 | 36.6 | 681.8 | 7.8 | 1.5 |
| Asien und Ozeanien | 397.3 | 207.5 | 143.7 | 44.0 | 792.4 | -55.7 | -20.7 |
| Europa | 148.4 | 98.3 | 73.6 | 30.8 | 351.1 | 10.7 | 10.2 |
| Hoch verschuldete arme Länder | 121.4 | 30.6 | 3.8 | 14.7 | 170.5 | 1.9 | 3.0 |
| Veränderungen | | | | | | | |
| 1999 | 22.0 | -79.5 | 28.8 | .. | -28.7 | | |
| 2000 | 8.4 | -35.9 | 18.7 | .. | -8.9 | | |

Im Blick auf die verschiedenen Einkommensgruppen entfielen die Hälfte der Schulden auf Länder der mittleren Einkommensgruppe, 26% auf Länder der unteren Einkommensgruppe und 23% auf Länder der oberen Einkommensgruppe und Transformationsländer. Die hoch verschuldeten armen Länder (HIPC) vereinten 7% der Gesamtschulden auf sich.

Öffentliche Finanzierungsmittel machen 71% der Schulden der HIPC-Länder und lediglich 24% der Verbindlichkeiten der Länder der mittleren Einkommensgruppe (oberer Bereich) aus. Private Finanzierungen spielen daher für Länder, die einen Marktzugang bewahren oder erlangen möchten, inzwischen eine entscheidende Rolle, während die ärmsten Länder nach wie vor stark von öffentlichen Finanzierungen abhängig sind. Innerhalb der Kategorie der Marktfinanzierungen kam es im Jahr 2000 zu einer weiteren Verlagerung von Bank-

kredit hin zu Schuldtiteln, und die Schuldnerländer nutzten in diesem Zusammenhang die sich bietenden Möglichkeiten, um ein aktives Management ihrer Auslandsschulden zu betreiben. Allerdings waren die Marktbedingungen das ganze Jahr von hoher Volatilität gekennzeichnet, wobei eine Tendenz zu restriktiveren Kreditbedingungen bestand und die Investoren zu einer stärkeren Differenzierung zwischen den Schuldnerländern neigten.

Entschuldung

Es werden derzeit große Anstrengungen unternommen, um die Tilgungslast der hoch verschuldeten ärmsten Länder zu verringern. Meistens handelt es sich bei diesen um die am wenigsten entwickelten Länder in Subsahara-Afrika. Ihre Verbindlichkeiten bestehen weitgehend aus Verpflichtungen gegenüber den internatio-

nenalen Finanzinstitutionen, es handelt sich jedoch auch um ODA-Kredite, Bankkredite sowie Exportkredite der DAC-Länder. (Vgl. Kapitel IV wegen einer Erörterung von ODA und Entschuldung.)

b) Inländische Ressourcen

Der Großteil der EZ-Finanzierungen muss unabhängig von der Größe eines Landes und seines Entwicklungsstands aus inländischen Ressourcen stammen. Davon abgesehen wird es ohne Verbesserung der Strukturen, Institutionen und Governance-Systeme, die für die inländische Ressourcenmobilisierung erforderlich sind, stets sehr schwierig sein, verstärkt externe Finanzmittel zu mobilisieren.

Die Situation vieler Entwicklungsländer ist durch zwei eng miteinander verknüpfte Probleme charakterisiert. Es können nur in geringem Ausmaß inländische Ressourcen mobilisiert und zugeteilt werden, so dass die Nachfrage nach Entwicklungsfinanzierungen von dieser Seite bei weitem nicht gedeckt werden kann. Hier muss für grundlegende strukturelle Probleme, wie beispielsweise die niedrigen Sparquoten, den großen der Umfang des staatlichen Sektors, die zu geringe Beachtung geschlechtsspezifischer Aspekte bei Ersparnis und Investitionen sowie die unzureichenden Steuersysteme, eine Lösung gefunden werden.

Es sind daher größere Anstrengungen erforderlich, um den enorm wichtigen Beitrag der inländischen Ressourcenmobilisierung zur Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele zu verstärken. Effektive Bemühungen um eine inländische Ressourcenmobilisierung werden sich ferner positiv auf die Fähigkeiten der Entwicklungsländer auswirken, externe Ressourcen anzuziehen und davon zu profitieren. Die Elemente, die zur Schaffung von Anreizen für ausländische Investoren erforderlich sind, müssen im Wesentlichen auch für die Förderung inländischer Investitionen vorhanden sein (z.B. solide makroökonomische Rahmenbedingungen, günstige Rahmenbedingungen für Unternehmen usw.). Ist ein solches Umfeld für inländische Investoren nicht existent, wird es den Entwicklungsländern kaum gelingen, höhere ausländische Investitionsvolumina für sich zu gewinnen. Überdies wird der wirtschaftliche Beitrag der bereits vorhandenen ausländischen Investitionen beschränkt oder geschwächt, wenn der entsprechende Politikrahmen fehlt und nur schwache Verbindungen mit einem ohnehin unterentwickelten privaten Sektor auf lokaler Ebene bestehen⁵.

Dieser Abschnitt setzt sich in erster Linie mit den vier Schlüsselbereichen der inländischen Ressourcen-

mobilisierung auseinander – Inlandsersparnis, Besteuerung, Investitionsniveau des öffentlich/privaten Sektors und Handel –, in denen größere Anstrengungen unternommen werden müssen, um in stärkerem Ausmaß inländische Ressourcen für den Entwicklungsprozess freizusetzen (vgl. Abb. III.1).

Inländische Ersparnis

In den Ländern der unteren Einkommensgruppe sind im Allgemeinen auch die Sparquoten niedrig – in den neunziger Jahren lag ihr BIP-Anteil im Durchschnitt bei 8%, verglichen mit den Ländern der mittleren und der oberen Einkommensgruppe, die in den neunziger Jahren Sparquoten von 18% bzw. 22% aufwiesen. Ebenso, wie bei den Sparquoten wesentliche länderspezifische Unterschiede festzustellen sind, ist auch der Abstand zwischen den fortgeschrittenen Ländern und den Entwicklungsländern bei der Ersparnismobilisierung erheblich. Es müssen daher Anstrengungen zur Förderung höherer Sparvolumina unternommen werden, darunter:

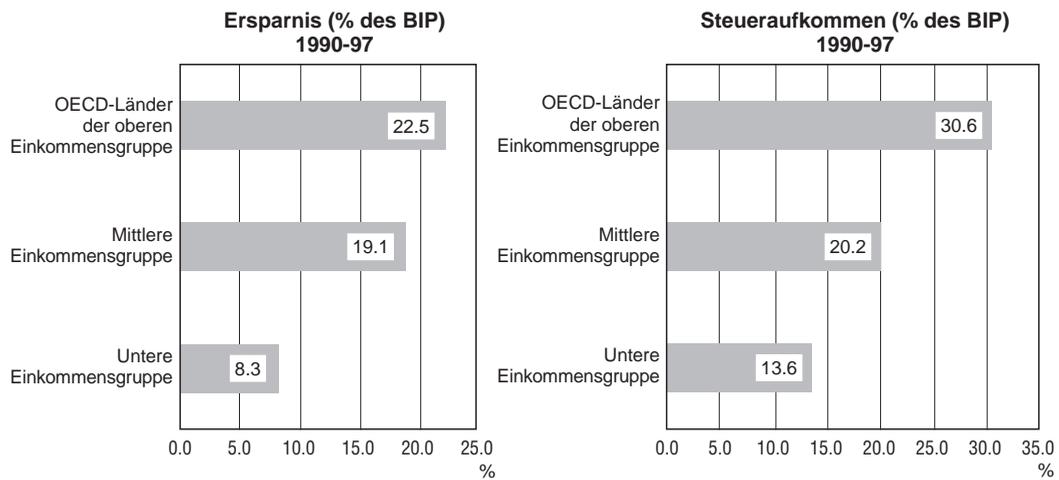
- makroökonomische und geldpolitische Maßnahmen, die die Inflation senken oder auf einem niedrigen Niveau halten;
- Wechselkurssysteme, mit denen untragbar hohe Leistungsbilanzdefizite vermieden werden können;
- Rentenversicherungen nach dem Kapitaldeckungs- und nicht nach dem Umlageverfahren, um langfristige Ressourcen für Investitionen zu bilden.

Im Hinblick auf die Ersparnismobilisierung müssen Anstrengungen unternommen werden, um günstige Rahmenbedingungen sowie Institutionen und Maßnahmen zur Förderung der Ersparnisbildung, namentlich bei Frauen, zu schaffen. Frauen haben ein starkes Interesse und die Kapazitäten für die Ersparnisbildung als Mittel zur Erhöhung des Wohlstands in der Familie, da sie zumeist bereit sind, einen größeren Anteil des Haushaltseinkommens für gesundheits-, bildungs- und ernährungsbezogene Ausgaben aufzuwenden. Derzeit werden von vielen Frauen dazu informelle Sparvereine und Netzwerke in Anspruch genommen, es sind jedoch auch formelle Programme erforderlich, um die Ersparnis von Frauen wirksam fördern und mobilisieren zu können.

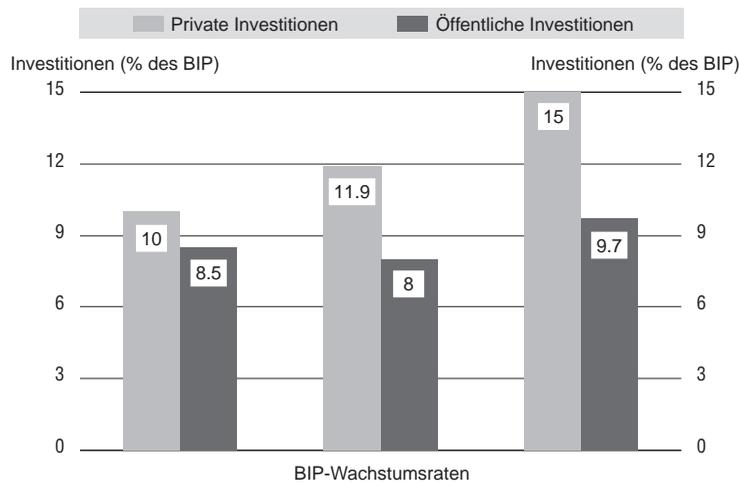
Besteuerung

Steuereinnahmen machen in den Ländern der unteren Einkommensgruppe etwa 14% des BIP aus, verglichen mit 20% in den Ländern der mittleren und 30% in

Abbildung III.1 Perspektiven für die inländische Ressourcenmobilisierung



Investitionen und Wirtschaftswachstum in ausgewählten Entwicklungsländern, 1970-1998
Private Investitionen stehen eng mit dem Wirtschaftswachstum in Verbindung



Quelle: Weltbank.

den Länder der oberen Einkommensgruppe. Das Potential der Steuerbasis zur Mobilisierung von Finanzmitteln für den Entwicklungsprozess wird daher in den Entwicklungsländern bei weitem nicht ausgeschöpft. In vielen Bereichen sind Bemühungen zur Reform der Steuersysteme erforderlich, um höhere Steuereinnahmen zu erzielen, damit die zur Förderung der Entwicklung notwendigen Infrastruktureinrichtungen und sozialen Dienste finanziert werden können. Die Anstrengungen sollten sich auf folgende Bereiche konzentrieren:

- Besteuerungsstruktur, d.h. die wirksamere Besteuerung des persönlichen Einkommens, Besteuerung der Wirtschaft ganz allgemein sowie Maßnahmen im Hinblick auf die Besteuerung des Außenhandels und der ausländischen Investitionen, soweit diese Verzerrungen hervorruft. So wird z.B. bei Ländern der niedrigen Einkommensgruppe ein sehr viel größerer Anteil des Steueraufkommens aus der Besteuerung von Ein- und Ausfuhren erzielt – durchschnittlich 24% im Vergleich zu lediglich 1% in den Ländern der oberen Einkommensgruppe.

mensgruppe. Dies kann die positiven Effekte weitgehend zunichte machen, die von anderen Bemühungen zur Verbesserung der angebotsseitigen Kapazitäten im Blick auf die Ausschöpfung der wachsenden Handelsmöglichkeiten ausgehen.

- Qualitative Aspekte der Steuerverwaltung im Hinblick auf den Ausbau der Kapazitäten für den Steuereinzug sowie Anwendung und Beachtung der Steuergesetze. Um ein größeres Steueraufkommen zu erzielen, kann ein gut konzipiertes, umgesetztes und verwaltetes Steuersystem durch die Schaffung von transparenteren und berechenbareren Rahmenbedingungen investitionsfördernd wirken.

Investitionsvolumen des öffentlich/privaten Sektors

Ein starker und dynamischer privater Sektor ist eine wesentliche Voraussetzung, um das für eine nachhaltige Entwicklung erforderliche Wirtschaftswachstum zu erzielen. Eine solche funktionstüchtige Privatwirtschaft ist die beste Quelle für eine langfristige und nachhaltige Arbeitsplatzschaffung und trägt somit wesentlich zur Armutsbekämpfung bei. Ebenso spielt der private Sektor eine grundlegende Rolle, wenn die Entwicklungsländer die Vorteile des offenen Handels besser ausschöpfen sollen und wenn es darum geht, Netzwerke mit ausländischen Investoren für Versorgungs- und andere Zwecke bereitzustellen. Volkswirtschaften, in denen den öffentlichen Investitionen ein hoher Anteil an privaten Investitionen gegenübersteht, profitieren zumeist auch von höheren Wachstumsraten.

Allerdings entfällt auf den öffentlichen Sektor in vielen Entwicklungsländern meist ein höherer Anteil der Volkswirtschaft als in den Industriestaaten. Ein allzu großer öffentlicher Sektor kann bisweilen ein Entwicklungshindernis sein, da er privatwirtschaftliche Ressourcen – etwa durch die Abschöpfung von Kreditmitteln aus dem Finanzsektor – abzweigt oder verdrängt. Die Kredite für den privaten Sektor machen durchschnittlich etwa 20% aller in den Entwicklungsländern vergebenen Kredite aus, im Vergleich zu 80% in den Ländern der oberen Einkommensgruppe. Die Länder müssen daher Maßnahmen konzipieren und umsetzen sowie die entsprechenden Institutionen aufbauen, die die Entwicklung der Privatwirtschaft ganz allgemein, namentlich aber auch der von Frauen geführten Klein- und Mittelbetriebe, fördern.

Einnahmen aus dem Handel

Die Einnahmen aus dem Handel werden in den Diskussionen über Entwicklungsfinanzierung oft außer

Acht gelassen. Betrachtet man jedoch die Entwicklungsfinanzierung aus einer breiteren Perspektive, sind sie bereits heute ein wichtiger Finanzierungsfaktor. Sie könnten noch mehr zur Entwicklungsfinanzierung beitragen, doch wurde ihr beträchtliches Potential bisher noch nicht ausgeschöpft. Die Gewinne, die sich für die Entwicklungsländer aus einer vollständigen weltweiten Liberalisierung des Warenhandels ergeben würden, werden auf rd. 200 Mrd. US-\$ geschätzt. Schätzungen, in denen auch eine vollständige Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte und dynamische Effekte (etwa durch Produktivitätssteigerungen) berücksichtigt sind, liegen noch wesentlich höher und erreichen über 500 Mrd. US-\$. Werden zusätzlich auch die einkommens- und beschäftigungsschaffenden Effekte der an der Ausweitung des Handels beteiligten Unternehmen mit einkalkuliert, wird deutlich, wie sehr eine Ausweitung des Handels zur Bereitstellung der für die Armutsbekämpfung und die Förderung der anderen Millenniums-Entwicklungsziele erforderlichen Finanzmittel beitragen könnte.

Das vorstehend beschriebene Bild der aktuellen Entwicklungstendenzen bei den finanziellen Leistungen des Auslands und der derzeitigen Probleme bei der Mobilisierung inländischer Ressourcen zeigt, dass an allen Fronten (d.h. bei inländischen und ausländischen Leistungen, bei vergünstigten und privaten Mitteln) und von Seiten aller Beteiligten (den Regierungen der Industrieländer und Entwicklungsländer, der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft) Maßnahmen erforderlich sind, um die für die Förderung der Millenniums-Entwicklungsziele notwendige Mobilisierung von Finanzmitteln merklich zu verbessern. Die internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung, auf die im Folgenden näher eingegangen werden soll, ist für die internationale Gemeinschaft eine große Chance, aber auch eine große Herausforderung bei der Aufgabe, die Kernprobleme zu lösen und Wege zu finden, um die erforderlichen Finanzmittel für die Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele aufzubringen.

3. Entwicklungsfinanzierung – Chancen und Herausforderungen

Die internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Monterrey, Mexiko, vom 18.-22. März 2002 war für alle Beteiligten eine große Chance, aber auch eine große Herausforderung, die Mittel und Strukturen zu schaffen, die notwendig sind, um das zur Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele notwendige Finanzierungsvolumen aufzubringen.

a) Chancen

Die Konferenz von Monterrey bot der internationalen Gemeinschaft eine strategische Möglichkeit, Umfang und Dimensionen der Finanzierungsagenda abzustimmen sowie Mittel und Wege für eine Koordinierung ihrer Anstrengungen zu deren Umsetzung zu finden. Die Millenniums-Entwicklungsziele (und die mit ihnen verbundenen Indikatoren) liefern das einvernehmlich festgelegte und präzise definierte Schwerpunktthema der Beratungen, nämlich: Volumen und Zusammensetzung der Ressourcen, die zur Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele erforderlich sind, sowie die damit verbundenen Maßnahmen und Strukturen.

Bei den Konferenzvorbereitungen wurde eine holistische Vorgehensweise gewählt, bei der nationale, internationale und systemische Fragen im Kontext der Globalisierung und Interdependenz betrachtet werden. Alle Beteiligten – die Regierungen der Industrie- und Entwicklungsländer (einschließlich der Finanz- und Entwicklungsministerien/EZ-Stellen), internationale Organisationen außerhalb des VN-Systems (namentlich Weltbank, IWF, WTO und OECD), der private Sektor und die Zivilgesellschaft wurden in die Arbeit der Konferenz einbezogen. Die Konferenz, in deren Verlauf die entscheidende Bedeutung der Politikkohärenz und der guten Regierungsführung unterstrichen wurde, diente u.a. dem Ziel, eine Plattform zur Ressourcenmobilisierung im Dienste der Entwicklung einzurichten, die sich an den Grundsätzen lokaler Trägerschaft, Partnerschaft und gegenseitiger Rechenschaftspflicht orientiert.

b) Herausforderungen

Bei substantiellen Fragen ergeben sich Probleme infolge der großen Diskrepanzen, die derzeit zwischen Zielen und verfügbaren Mitteln (Ressourcen aus allen Quellen – in- und ausländische sowie private Mittel und Mittel zu vergünstigten Bedingungen) bestehen. Das gilt nicht nur für das Volumen der zusätzlichen Finanzierungsmittel, die für die Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele erforderlich sind, sondern auch für die politischen und institutionellen Strukturen, die für einen wirksamen Einsatz dieser Mittel notwendig wären. Analog zu Doha bedingt auch der Prozess der Entwicklungsfinanzierung eine umfangreiche Agenda für den Aufbau von (institutionellen, individuellen und angebotsseitigen) Kapazitäten, und ebenso ist auch hier die Frage zu beantworten, wie die erforderlichen Mittel aufgebracht und die Strukturen zur Umsetzung der Agenda aufgebaut bzw. gestärkt werden können.

Weitere große Herausforderungen betreffen die Prozesse, die zur Annäherung der Standpunkte der verschiedenen Gruppen von Akteuren erforderlich sind, damit sich konstruktive Vorschläge für die Ausarbeitung und Umsetzung der „Monterrey-Agenda“ ergeben. Es wird wichtig sein, nicht nur darüber zu sprechen, was die Industrieländer zur Umsetzung ihrer eigenen Politiken leisten müssen, sondern auch darauf einzugehen, was die Entwicklungsländer (abgesehen von der Mobilisierung inländischer Ressourcen) selbst zu tun haben und wie die Industrieländer ihnen dabei zur Seite stehen können. Ebenso ist es erforderlich, die Entwicklungsdimension bei den Diskussionen über systemische Fragen stärker in den Mittelpunkt zu rücken, den Entwicklungsländern ein größeres Mitspracherecht einzuräumen sowie den Modalitäten, den Kapazitäten und der Unterstützung der Umsetzung, insbesondere bei den weniger fortgeschrittenen Entwicklungsländern, größere Aufmerksamkeit zu schenken. Darüber hinaus wird es natürlich auch darauf ankommen, die verschiedenen Beiträge und Angebote der großen Familie der mit globalen Governance-Fragen befassten internationalen Institutionen besser anzuerkennen, einzusetzen und zu koordinieren, statt hierfür neue internationale Strukturen zu schaffen.

c) Erforderliche Ressourcen und Maßnahmen

Es wurden zahlreiche Versuche unternommen, das Volumen der zur Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele benötigten Ressourcen zu bestimmen⁶. Selbst wenn die methodologischen Probleme derartiger Kalkulationen außer Acht gelassen werden, wird deutlich, dass zwischen den de facto vorhandenen und den erforderlichen Niveaus und Strukturen starke Diskrepanzen vor allem in Bezug auf die ärmeren Entwicklungsländer bestehen. Für eine Halbierung der Armut wird z.B. Afrika die entsprechenden Maßnahmen und die Ressourcen hinreichend verstärken müssen, um seine jährliche Wirtschaftswachstumsrate von gegenwärtig etwa 2% auf 6-8% zu steigern und dann über einen Zeitraum von 12-15 Jahren auf diesem Niveau zu halten.

Die Erfüllung dieses Finanzierungsbedarfs und die Vermeidung substantieller Zielverfehlungen stellt die Entwicklungs- ebenso wie die OECD-Länder vor große politische Herausforderungen. Es wird nicht einfach sein, die Ziele zu erreichen, doch ist im Hinblick auf die dafür notwendigen Schritte eine zunehmende Konvergenz festzustellen:

- Unterstützung der makroökonomischen, strukturellen und Governance-Kriterien für höhere und nach-

haltig tragfähige Wachstumsraten als Grundvoraussetzung der Armutsbekämpfung;

- Anwendung eines holistischeren Ansatzes zur Mobilisierung von Entwicklungsfinanzierungen, wobei sich die Aufmerksamkeit verstärkt auf Synergie- und Komplementäreffekte zwischen inländischen Ressourcen, externen Ressourcen (einschließlich ODA), Handel und systemischen bzw. globalen Governance-Fragen richten sollte;
- Erhöhung des Volumens, der Stabilität und der langfristigen Vorhersehbarkeit der Mittelzuweisungen.

d) Der Beitrag einer stärkeren Politikkohärenz

Die Verstärkung der Politikkohärenz im Dienst der Entwicklung (das Thema von Kapitel II) ist ein wichtiger Faktor, um die Volumina und Strukturen der Entwicklungsfinanzierung, die zur Unterstützung der Millenniums-Entwicklungsziele erforderlich sind, nach und nach zu erreichen. In den neunziger Jahren waren starke Zuwächse der internationalen Mittelzuweisungen für die Entwicklungsländer zu verzeichnen, wobei der Anteil des privaten Kapitals am Gesamtvolumen die ODA mit der Zeit weit überflügelte. Zu den Faktoren, die neben der Globalisierung ganz allgemein für dieses Phänomen verantwortlich waren, zählen die Deregulierung, die regionale Integration und die moderne Informationstechnologie. Obgleich dadurch vor allem den größeren und fortgeschritteneren Entwicklungsländern dringend erforderliches Kapital zur Verfügung gestellt wurde, hat dies auch zu einer stärkeren Volatilität der Kapitalströme, zu Schuldenkrisen und größeren Finanzkrisen geführt. Kohärenzprobleme ergeben sich in verschiedenen Bereichen.

Die Reform des Finanzsektors auf nationaler wie auch internationaler Ebene ist wichtig, um stärkere Anreize für effiziente Investitionen und Wirtschaftswachstum zu schaffen und die Gefahr von Finanzkrisen möglichst gering zu halten. Eine richtige zeitliche Staffelung der Reformen ist wesentlich und sollte Bankenaufsichtsregelungen, institutionellen Kapazitätsaufbau sowie bessere Koordinierung von Wechselkurspolitik, Geldpolitik und Kontrollen bzw. Besteuerung von Kapitalbewegungen beinhalten. Über die Regulierung des Bankensektors hinaus müssen auch in Bereichen wie Rechnungswesen, Finanzprüfung und Corporate Governance die Kapazitäten verstärkt werden. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer angemessenen Vertretung der Entwicklungsländer in den internationalen Foren, in denen

Reformen der Finanzarchitektur erörtert werden, damit sich diese Länder stärker mit den dort entwickelten Kodizes und Standards identifizieren und ihr Engagement sowie ihre Fähigkeit zur Umsetzung dieser Kodizes und Standards gestärkt werden. Diese letztere Frage war das Schwerpunktthema des DAC-Forums über Entwicklungspartnerschaft vom 27.-28. Februar 2002, bei dem daher auch die Notwendigkeit einer starken und koordinierten Unterstützung der Geber für den Kapazitätsaufbau und die institutionelle Stärkung angesprochen wurde, um so den Ländern bei der Anwendung der betreffenden Kodizes und Standards zur Seite zu stehen.

Portfolioinvestitionen liefern wertvolles Finanzkapital, besonders für Entwicklungsländer der mittleren Einkommensgruppe mit befriedigender bis guter Kreditwürdigkeit. Allerdings sind kurzfristige Kapitalbewegungen eine wesentliche Ursache von Volatilität, durch die sich im Zusammenhang mit den weltweiten Finanzkrisen der letzten Zeit die Armut verstärkt hat. Kapitalflucht, Bankgeheimnis und Steueroasen sind weitere Punkte, die angesprochen werden müssen, wobei die jüngst in der Finanzwelt erzielten Fortschritte in diesen Bereichen als Ausgangspunkt dienen sollten. Politikkohärenz bedeutet, dass diesen Risiken Rechnung getragen wird und entsprechende Regulierungsmechanismen verankert werden, die einen integralen Bestandteil der internationalen Finanzarchitektur und der Geldpolitik der Länder bilden, die Kapital importieren oder exportieren.

Die Entschuldung der hoch verschuldeten armen Länder (HIPC) gilt international als erforderlich, wenn die Armut reduziert werden soll. Sie kann aber nur dann Wirkung zeigen, wenn sie zusätzlich erfolgt, wobei sowohl die Frage, inwieweit die Schuldenbedienung ohne Entschuldungsmaßnahmen möglich gewesen wäre, als auch das Risiko berücksichtigt werden sollte, dass andere ODA-Formen oder andere finanzielle Transferleistungen entsprechend gekürzt werden. Vom Volumen her müssen die Entschuldungen ausreichend hoch sein, um die langfristige Tragfähigkeit der Verschuldung, Investitionen zu Gunsten des Wirtschaftswachstums sowie adäquate soziale und andere Ausgaben zu gewährleisten, die für die Armutsbekämpfung von Bedeutung sind. Die Gläubiger müssen bei der Kreditvergabe an arme Länder die damit verbundenen Risiken und Verantwortlichkeiten beachten und die Folgekosten von Kreditausfällen gemeinsam tragen.

Ausländische Direktinvestitionen (ADI) in Entwicklungsländern verzeichneten bis vor kurzem ein extrem rasches Wachstum. Diese Expansion kam vor allem einigen wenigen Schwellenländern Ostasiens und Latein-

amerikas zugute⁷. Die Länder der niedrigen Einkommensgruppe verfügen nicht über die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen, den pulsierenden Unternehmenssektor, die Infrastruktureinrichtungen, Wirtschaftsdynamik und Marktgröße der wohlhabenderen Länder, die erforderlich sind, um ADI für sich zu gewinnen. Ein Großteil der Mittel, die sie dennoch erhalten, fließt in die Grundstoffindustrien, was beschränkte oder sogar negative Auswirkungen auf die politische und soziale Stabilität sowie auf die Armut zur Folge hat. Die Entwicklungsländer müssen in alle Verhandlungsprozesse für internationale Übereinkommen über Investitionsregeln, die einen besseren Zugang zur Entwicklungsfinanzierung sicherstellen könnten, als vollwertige Partner einbezogen werden. Außerdem bedarf es einer Untersuchung, wie die Entwicklungszusammenarbeit und sonstige Maßnahmen in den Entwicklungsländern besser miteinander verbunden werden können, um die Eigeninitiativen der Entwicklungsländer zur Verstärkung entwicklungsfördernder Rahmenbedingungen, Beseitigung von Hemmnissen und Schaffung marktorientierter Anreize zu ergänzen und so den ADI in den Entwicklungsländern Vorschub zu leisten.

Der internationale Handel ist ein enorm wirksames Instrument der Armutsbekämpfung. Die potentiellen Auswirkungen auf die Volkseinkommen und den Wohlstand in den Entwicklungsländern, die durch die Beseitigung bzw. Verringerung der noch verbleibenden Importbeschränkungen entstehen, würden die ODA-Leistungen der letzten Jahre in hohem Maß übertreffen. Auch wenn bereits manche Reformen zur Handelsliberalisierung durchgeführt wurden, sind weitere Reformen möglich und notwendig, obgleich deren Durchsetzung politisch immer schwieriger wird, wenn wesentliche „innenpolitische“ Zielsetzungen wie Beschäftigung und Regionalentwicklung betroffen sind. Die Bereiche, in denen eine größere Politikkohärenz besonders wichtig ist, betreffen das gesamte internationale Handelssystem, die Vereinbarungen über Handelspräferenzen, den Handel mit Dienstleistungen, Exportfinanzierungen, Technologietransfer, Agrarsubventionen und den Handel mit Nahrungsmitteln. Ein schon seit besonders langer Zeit bestehendes Problem der Politikkohärenz ist, dass die Industriestaaten auf der einen Seite verschiedene Maßnahmen zur Erhöhung der Handelschancen und -kapazitäten für die Entwicklungsländer ergreifen, gleichzeitig aber andere Maßnahmen (z.B. tarifäre und sonstige Handelsschranken, Subventionen für inländische Erzeugnisse) aufrechterhalten, wodurch die Möglichkeiten der Entwicklungsländer zur vollen Ausschöpfung ihres komparativen Vorteils geschmälert werden. Die Erklärung der WTO-Ministerkonferenz von Doha beinhaltet

eine umfassende Entwicklungsagenda, bei der die Bedürfnisse der Entwicklungsländer im Zentrum des Arbeitsprogramms stehen, in dessen Rahmen viele der oben genannten Fragen aufgegriffen werden müssen.

4. Aktuelle Perspektiven zu Nachfrage und Angebot von ODA-Leistungen

Für die DAC-Mitglieder könnten sich in mehrfacher Hinsicht neue Zwänge ergeben, ihre EZ-Leistungen in den kommenden zehn Jahren stark zu erhöhen.

- Sollten sich die Strategiepapiere zur Verringerung der Armut (PRSP) und die Armutsreduzierungs- und Wachstumsfazilität (PRGF) als erfolgreich erweisen, wird eine Ausweitung des EZ-Volumens erwartet, um höhere Investitionen im Sozialbereich und sonstige öffentliche Investitionen zu finanzieren. Der IWF hat sich bereit erklärt, solche höheren EZ-Leistungen bei seiner Bewertung der haushaltspolitischen Tragfähigkeit zu berücksichtigen, wenn diese Leistungen auf mittelfristiger Grundlage zur Verfügung gestellt werden.

- Bei den Vorbereitungen für die Konferenz über Entwicklungsfinanzierung wurde die Notwendigkeit einer Erhöhung der Sozialinvestitionen betont und zumindest eine Verdoppelung der ODA-Leistungen sowie eine öffentliche Kampagne in den Industriestaaten gefordert, um eine kräftige Aufstockung der EZ-Mittel zur Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen.

- Die Armutsbekämpfung wird zunehmend als integraler Bestandteil einer aktiven globalen Sicherheitspolitik gesehen und gilt als wesentliches Element eines nachhaltigen Globalisierungsprozesses.

Auch wenn die Methoden, die für die Ermittlung der Schätzungen der zusätzlich erforderlichen EZ-Mittel verwendet wurden, keineswegs leicht zu durchschauen sind (siehe Anhang zu diesem Kapitel), wurden dennoch präzise Zahlen für die benötigten *zusätzlichen* ODA-Mittel in die Diskussion eingebracht:

- Nach den Schätzungen der Weltbank sind zusätzliche EZ-Leistungen von 54 Mrd. US-\$ erforderlich, um Länder der unteren Einkommensgruppe, die zweckmäßige Politiken verfolgen bzw. ihre Politiken ausreichend verbessern könnten, zu befähigen, bis zum Jahr 2015 den Anteil der in Armut lebenden Menschen zu halbieren.

- In ihrem am 20. Dezember 2001 veröffentlichten Bericht schätzt die WHO-Kommission *Macroeconomics and Health* (CMH), dass bis 2015 auf Ebene der

einzelnen Länder allein die für den Gesundheitssektor benötigten und auch gerechtfertigten EZ-Mittel bis zu 31 Mrd. US-\$ erreichen könnten, und weitere 7 Mrd. US-\$ für die Bereitstellung von „globalen öffentlichen Gütern“ erforderlich wären.

- Die UNESCO schätzt, dass etwa 14 Mrd. US-\$ für die Initiative „Bildung für Alle“ aufgebracht werden müssen. Auf der Grundlage einer länderspezifischen Analyse wird die Weltbank vor der Frühjahrstagung des Entwicklungsausschusses im Jahr 2002 eine neue Schätzung der Finanzierungslücke für diese Initiative vornehmen.

All diese Zahlen stehen unter dem Vorbehalt, dass in den Entwicklungsländern eine effektive Regierungsführung im Allgemeinen sowie ein wirksames Wirtschaftsmanagement vorhanden sind und in den Bereichen Gesundheit und Bildung auf nationaler Ebene effektive Sektorstrategien konzipiert werden. Anhand der in dem CMH-Bericht dargelegten sehr strengen Anforderungen wird deutlich, dass die Vorbedingungen für derartige Aufstockungen der EZ-Mittel keineswegs mühelos bzw. automatisch geschaffen werden können.

Das effektive Volumen größerer EZ-Mittelerhöhungen hängt daher davon ab, ob in den Entwicklungsländern substantielle politische und institutionelle Verbesserungen erzielt werden. Diese Verbesserungen sind aber wiederum u.a. von Maßnahmen der Geber abhängig, wie namentlich einer realen Aussicht auf mittelfristige EZ-Zusagen, die effektiven Sektorstrategien und der makroökonomischen Steuerung als Grundlage dienen können.

Der effektive Bedarf und das effektive Angebot an erheblichen EZ-Mittelerhöhungen sind daher im Grunde interdependent. Ohne ein sehr viel höheres Maß an gegenseitiger Rechenschaftspflicht in den Geber-Empfänger-Beziehungen, als in der Vergangenheit jemals erreicht werden konnte, ist jede Aufstockung der EZ-Mittel weder gerechtfertigt noch realisierbar.

Um die praktische Umsetzbarkeit „erheblicher“ Mittelerhöhungen von der *Angebotsseite* her beurteilen zu können, wäre ein grundlegender rechnerischer Überblick von Vorteil. Die „überschlägigen Schätzungen“ in den Tabellen III.3 und III.4 sind diesbezüglich hilfreich. Sie zeigen, dass:

- eine schrittweise Steigerung der ODA/BNE-Quote von derzeit 0,22% auf 0,32% bis 2010 unter der Annahme eines realen BNE-Wachstums in den DAC-Mitgliedsländern von jährlich 2,5% das reale ODA-Leistungsvolumen um etwa 46 Mrd. US-\$ jährlich auf 100 Mrd. US-\$ erhöhen würde (im Vergleich zu 54 Mrd. US-\$ im Jahr 2000). Mit einer ODA/BNE-Quote von 0,34% würde sich die ODA bis 2012 verdoppeln.

- Entscheidend wären die potentiellen budgetären Anstrengungen der G7-Länder – insbesondere der USA und Japans. Die zweite überschlägige Schätzung zeigt, dass bei einem Anstieg der ODA/BNE-Quoten alle DAC-Mitgliedsländer um 0,1% in den Jahren 2000 bis 2010 38 Mrd. US-\$ der zusätzlichen 46 Mrd. US-\$ aus den G7-Ländern kommen würden.

Tabelle III.3 **Überschlägige Schätzung 1: ODA-Wachstumsszenario**

| | ODA/BNE-Quote % | Reales ODA- Wachstumsszenario Mrd. US-\$ ¹ | Resultierender ODA-Zuwachs Mrd. US-\$ | <i>Nachrichtlich:</i> Reale ODA-Erhöhung % |
|-------------|--------------------|---|---|--|
| 2000 | 0.22 | 54 | 0 | |
| 2001 | 0.23 | 58 | 4 | 7.1 |
| 2002 | 0.24 | 62 | 8 | 6.9 |
| 2003 | 0.25 | 66 | 12 | 6.7 |
| 2004 | 0.26 | 70 | 16 | 6.5 |
| 2005 | 0.27 | 74 | 21 | 6.4 |
| 2006 | 0.28 | 79 | 25 | 6.2 |
| 2007 | 0.29 | 84 | 30 | 6.1 |
| 2008 | 0.30 | 89 | 35 | 6.0 |
| 2009 | 0.31 | 94 | 40 | 5.9 |
| 2010 | 0.32 | 100 | 46 | 5.8 |
| 2011 | 0.33 | 105 | 51 | 5.7 |
| 2012 | 0.34 | 111 | 57 | 5.6 |

1. Zu Preisen von 2000 unter Annahme einer jährlichen BNE-Wachstumsrate von 2,5%.

Tabelle III.4 **Überschlägige Schätzung 2: ODA-Volumen der DAC-Länder 2010 und 2012 nach dem realen ODA-Wachstumsszenario**

Mio. US-\$

| | ODA/BNE 2000 % | ODA 2000 | Reale ODA 2010 lt. Wachstums- szenario ¹ | Realer Zuwachs | ODA/BNE 2010 % | Reale ODA 2012 bei Fortführung des Wach- stums- szenarios ¹ | Realer Zuwachs | ODA/BNE 2012 % |
|------------------------|----------------------|---------------|--|-------------------|----------------------|---|-------------------|----------------------|
| Australien | 0.27 | 987 | 1 738 | 750 | 0.37 | 1 925 | 938 | 0.39 |
| Österreich | 0.23 | 423 | 780 | 357 | 0.33 | 870 | 446 | 0.35 |
| Belgien | 0.36 | 820 | 1 343 | 523 | 0.46 | 1 472 | 652 | 0.48 |
| Kanada | 0.25 | 1 744 | 3 108 | 1 365 | 0.35 | 3 450 | 1 706 | 0.37 |
| Dänemark | 1.06 | 1 664 | 2 331 | 667 | 1.16 | 2 491 | 827 | 1.18 |
| Finnland | 0.31 | 371 | 628 | 257 | 0.41 | 692 | 321 | 0.43 |
| Frankreich | 0.32 | 4 105 | 6 899 | 2 794 | 0.42 | 7 594 | 3 489 | 0.44 |
| Deutschland | 0.27 | 5 030 | 8 819 | 3 789 | 0.37 | 9 766 | 4 736 | 0.39 |
| Griechenland | 0.20 | 226 | 433 | 207 | 0.30 | 485 | 259 | 0.32 |
| Irland | 0.30 | 235 | 402 | 167 | 0.40 | 444 | 209 | 0.42 |
| Italien | 0.13 | 1 376 | 3 137 | 1 761 | 0.23 | 3 585 | 2 208 | 0.25 |
| Japan | 0.28 | 13 508 | 23 445 | 9 937 | 0.38 | 25 925 | 12 418 | 0.40 |
| Luxemburg | 0.71 | 127 | 185 | 58 | 0.81 | 199 | 73 | 0.83 |
| Niederlande | 0.84 | 3 135 | 4 492 | 1 358 | 0.94 | 4 821 | 1 686 | 0.96 |
| Neuseeland | 0.25 | 113 | 203 | 89 | 0.35 | 225 | 112 | 0.37 |
| Norwegen | 0.80 | 1 264 | 1 820 | 556 | 0.90 | 1 954 | 691 | 0.92 |
| Portugal | 0.26 | 271 | 479 | 209 | 0.36 | 531 | 261 | 0.38 |
| Spanien | 0.22 | 1 195 | 2 236 | 1 041 | 0.32 | 2 498 | 1 303 | 0.34 |
| Schweden | 0.80 | 1 799 | 2 590 | 791 | 0.90 | 2 782 | 983 | 0.92 |
| Schweiz | 0.34 | 890 | 1 470 | 580 | 0.44 | 1 614 | 724 | 0.46 |
| Vereinigtes Königreich | 0.32 | 4 501 | 7 577 | 3 076 | 0.42 | 8 342 | 3 841 | 0.44 |
| Vereinigte Staaten | 0.10 | 9 955 | 25 452 | 15 498 | 0.20 | 29 411 | 19 457 | 0.22 |
| DAC insgesamt | 0.22 | 53 737 | 99 567 | 45 830 | 0.32 | 111 075 | 57 338 | 0.34 |
| davon: | | | | | | | | |
| G7 | 0.19 | 40 219 | 78 438 | 38 219 | 0.29 | 88 073 | 47 854 | 0.31 |
| Sonstige | 0.45 | 13 519 | 21 129 | 7 611 | 0.55 | 23 003 | 9 484 | 0.57 |

1. Zu Preisen von 2000 unter Annahme einer jährlichen BNE-Wachstumsrate von 2,5% und einer jährlichen Erhöhung der ODA/BNE-Quote um 0,01% ab 2001.

Auch wenn viele Geber derzeit eine mittelfristige Anhebung der EZ-Mittel zusagen, ist der kurzfristige Ausblick für das EZ-Gesamtvolumen der DAC-Länder sowohl durch Budgetkürzungen infolge der derzeit schwachen internationalen Konjunkturentwicklung als auch durch Sonderfaktoren in den großen Ländern gekennzeichnet. Einige unter den DAC-Mitgliedern mit den höchsten EZ-Leistungen haben überdies bereits darauf hingewiesen, dass die öffentliche Unterstützung für eine Beibehaltung des derzeitigen ODA/BNE-Niveaus durch das sinkende Gesamtvolumen der EZ-Leistungen des DAC beeinträchtigt werden könnte.

Wie bereits erwähnt, könnte die Gewährleistung eines hohen Wirkungsgrads der Entwicklungszusammenarbeit wesentlich zur Rechtfertigung von Erhöhungen der EZ-Leistungen beitragen. Um eine beträchtliche Ausweitung der EZ-Anstrengungen sowohl auf der Geber-

als auch auf der Empfängerseite zu erreichen, müssten zunächst grundlegende Fragen gelöst werden. Ohne Effektivitätssteigerungen hätte eine drastische Aufstockung der EZ-Mittel möglicherweise nur einen noch längeren Projektstau, mehr Korruption und eine Lockerung staatlicher Politiken zur Folge. Selbst in Entwicklungsländern mit guten Ergebnissen würde es zu starken makroökonomischen Rückwirkungen kommen, die bewältigt werden müssten (z.B. im Hinblick auf den Wechselkurs und die Inflation).

Eine Steigerung der Effektivität würde bedeuten, dass sowohl auf der Geber- als auch auf der Empfängerseite die Kapazitäten ausgebaut werden müssten, um ein verdoppeltes EZ-Volumen angemessen verwalten zu können. Die institutionelle Entwicklung, der Aufbau von Humankapazitäten und Regelungen für die „Governance“ der EZ auf nationaler und globaler Ebene müssten ge-

stärkt werden. Der PRSP-Prozess, der die Grundsätze des Umfassenden Entwicklungsrahmens (CDF) im Hinblick auf lokale Trägerschaft usw. verkörpert, müsste ein hohes Maß an Funktionalität erreichen. Eine wirksame Erfolgskontrolle auf der Grundlage von Qualitätsdaten wäre ebenfalls erforderlich. Die internationale Gemeinschaft arbeitet zur Zeit an dieser Agenda. Ein Ausbau des EZ-Systems mit dem Ziel, die effektive Verwaltung eines verdoppelten ODA-Volumens zu gewährleisten, könnte bis zu zehn Jahre dauern.

Die institutionellen Kapazitäten und Engpässe, die auf Seiten der Partner wie auch der Gebergemeinschaft bestehen und die Bereitstellung eines wesentlich höheren EZ-Volumens verhindern könnten, müssen dringend erörtert werden. Dazu zählen u.a. folgende Punkte:

- Die von der DAC-Sonderarbeitsgruppe für Geberpraktiken⁸ behandelten Fragen. Die Arbeit dieser Task Force in Bezug auf die Rationalisierung der Funktionsweise eines von zahlreichen Gebern getragenen EZ-Systems gewinnt angesichts der geplanten Ausweitung der EZ-Volumina noch zusätzlich an Bedeutung;
- die Governance- und Kapazitätsfragen, die im DAC-Netzwerk Gute Regierungsführung und Kapazitätsentwicklung (GOVNET) behandelt werden;
- die Anstrengungen der DAC-Arbeitsgruppe für Finanzierungsfragen der Entwicklungszusammenarbeit entsprechend der Empfehlung, die Lieferbindungen für ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder aufzuheben, um die Beschaffungssysteme und -kapazitäten in den Partnerländern zu stärken;
- die Anstrengungen im Rahmen der Neuen Partnerschaft für Afrikas Entwicklung (NEPAD), um gegenseitige Prüfungen der politischen und wirtschaftlichen Governance unter den Partnerländern zu fördern und so „leistungsfähige Staaten“ zu schaffen sowie den „Ruf“ Afrikas bei Investoren im In- und Ausland drastisch zu verbessern.

Das Management der Budgethilfe und der öffentlichen Ausgaben sowie der entsprechende Kapazitätsaufbau sind für die Verwaltung eines höheren EZ-Leistungsvolumens ebenfalls von zentraler Bedeutung. Der IWF erwägt derzeit die Einrichtung eines mittelfristigen PRSP-Finanzierungskonzepts, das auf normativen Szenarien für Finanzierungen zu Vorzugsbedingungen und höheren Vorabverpflichtungen seitens der Geber basiert⁹. Im Rahmen der Arbeit in Bezug auf Armutsminderungsstrategien und das damit verbundene Pro-

gramm der Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität können diese Fragen noch eingehender behandelt werden:

- Erstens könnten bei der Präsentation von Programmen deutlichere Signale an die Gebergemeinschaft im PRSP-Prozess ausgesendet werden. Die mittelfristigen Projektionen könnten von einem stärker normativen Szenario für Zuschüsse und Vorzugskredite ausgehen, das sich an den Armuts- und Wachstumszielen orientiert, anstatt die bisherige rückläufige Tendenz mit nicht gedeckten Finanzierungslücken fortzusetzen.
- Zweitens könnte – vor allem Ländern mit guten Ergebnissen – die Möglichkeit eingeräumt werden, von den Gebern im Vorhinein bereits bei der Programmformulierung höhere EZ-Zusagen zu erhalten, so dass sie schon von Beginn an höhere Defizite und Ausgaben einplanen können. Außerdem könnten in den Programmen Eventualausgaben festgelegt werden (auf der Grundlage der in den PRSP definierten Prioritäten), die wirksam würden, sobald zusätzliche fungible externe Leistungen zu Vorzugsbedingungen bereitgestellt werden. Ein solches Element ist tatsächlich für alle PRGF-gestützten Programme wünschenswert und dem üblichen, jedoch häufig falsch interpretierten Anpassungsmechanismus bei Abweichungen in der Programmfinanzierung vorzuziehen. Auch diese Aspekte des neuen Konzepts machen eine exaktere Messung und Beobachtung der staatlichen Ausgaben notwendig.
- Zu beachten ist zudem die Interaktion von Finanzierungen zur Unterstützung der nationalen Strategiepläne zur Verringerung der Armut und sektorspezifischen Finanzierungen, die auf der Grundlage spezieller globaler Initiativen zur Verfügung gestellt werden. Zu letzteren gehören beispielsweise der im Sommer 2001 eingerichtete HIV/AIDS-Fonds und ganz allgemein globale Sektorinitiativen (z.B. für Gesundheit, Bildung, Handelskapazitäten). Verschiedene Strukturen zur Verbindung von behördenübergreifenden Arbeitsgruppen, Lenkungsausschüssen und globalen Treuhandfonds auf der einen mit nationalen Strategien und Operationen auf der anderen Seite beginnen sich in diesem Rahmen bereits abzuzeichnen.

5. Abschließende Bemerkungen

Die verschiedenen verfügbaren Schätzungen über die zusätzlich benötigten ODA-Leistungen konvergieren bzw. stimmen mit der Ansicht überein, dass eine Verdoppelung des EZ-Volumens, die Ländern mit guten

Staats- und Verwaltungssystemen und politischen Rahmenbedingungen zugute kommen soll, eine Grundlage für die Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele schaffen würde. Dies gilt unabhängig von der gewählten Analysemethode.

In welchem Zeitrahmen diese annähernde Verdoppelung der EZ-Leistungen erreicht werden soll, wird in den verschiedenen Schätzungen nicht verdeutlicht (ausgenommen von der WHO-Kommission). Die überschlägigen Schätzungen (Tabellen III.3 und III.4) weisen ein Zeitprofil auf, nach dem sich die EZ-Leistungen innerhalb von 12 Jahren bis 2012 verdoppeln und die ODA/BNE-Quote sich bis 2010 auf 0,32% (was dem Durchschnitt der Jahre 1992-1993 entspricht) sowie bis zum Jahr 2012 auf 0,34% erhöht. Angesichts des Lernprozesses, der sich in den OECD- und den Partnerländern vollzogen hat, ist es nicht undenkbar, eine so starke Erhöhung des ODA-Volumens mit größerer Effektivität zu verwalten. Dieser Lernprozess hat u.a. bewirkt, dass heute Armutsstrategien unter Federführung der betroffenen Länder, die Bedeutung von Maßnahmen und Beteiligung der Zivilgesellschaft sowie die Bemühungen um eine Senkung der „Transaktionskosten“ der Entwicklungszusammenarbeit im Mittelpunkt des Interesses stehen.

Die internationale Gemeinschaft ist bereits im Begriff, eine neue Agenda in Angriff zu nehmen, deren Ziele ebenso ehrgeizig wie die Millenniums-Entwicklungsziele sein könnten. Diese neue Agenda setzt sich aus folgenden Elementen zusammen:

- der „Entwicklungsagenda von Doha“, die Entwicklungsziele ins Zentrum des umfassenden Arbeitsprogramms stellt, das bei der WTO-Ministerkonferenz von Doha im November 2001 vereinbart wurde;

- der bei der Tagung des Entwicklungsausschusses im November 2001 in Ottawa gezogenen Schlussfolgerung, dass „eine erhebliche Erhöhung des derzeitigen ODA-Volumens erforderlich wäre, wenn die aus den politischen Verbesserungen in den Ländern der unteren Einkommensgruppe resultierenden Chancen wahrgenommen und die Millenniums-Entwicklungsziele erfüllt werden sollen“;

- den gemeinsamen Arbeitsprogrammen zur Harmonisierung der Geberpraktiken, die 2001 vom Entwicklungsausschuss und vom DAC beschlossen wurden;

- dem umfassenden Ansatz zur Entwicklungsfinanzierung auf der Grundlage solider nationaler Regierungs- und Verwaltungssysteme und Politiken in den Entwicklungsländern sowie einer kohärenten Weltordnungspolitik, wie er bei den Vorbereitungen für die internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung in Mexiko im Jahr 2002 bereits in Erscheinung trat.

Abschließend kann aus dieser Analyse der Schluss gezogen werden, dass die Millenniums-Entwicklungsziele erfüllt werden können, wenn sowohl von den Regierungen der Entwicklungsländer als auch von den OECD-Mitgliedern ernsthafte Anstrengungen unternommen werden. Die Entwicklungsländer müssen in verschiedenen Bereichen politische Reformen zu Gunsten armutsmindernden Wachstums und sozialer Entwicklung vorantreiben, wozu u.a. auch eine Einkommens- und Vermögensumverteilung zählt. Die OECD-Mitglieder müssen zur Minderung der weltweiten Armut und Erhöhung der politischen Stabilität beitragen, indem sie sowohl ihre ODA-Leistungen steigern als auch die Politikkohärenz bei der Armutsbekämpfung verstärken. Je mehr sich kohärente Maßnahmen auf die Armutsbekämpfung in den Entwicklungsländern auswirken, umso weniger werden Erhöhungen der EZ-Budgets erforderlich sein.

Anhang III.1

Jüngste Schätzungen der erforderlichen EZ-Mittel: Einige Beobachtungen

Es sind verschiedene Methoden verwendet worden, um die zur Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele benötigten zusätzlichen EZ-Mittel zu schätzen. Dieser Anhang enthält eine kurze Bewertung der Projektionen und Berechnungen mehrerer internationaler Entwicklungsorganisationen, namentlich der Weltbank, der WHO, der UNESCO, der UNICEF und der hochrangigen Sachverständigengruppe für Entwicklungsfinanzierung.

Um die Höhe der zusätzlichen Leistungen zu schätzen, die für die Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele erforderlich sind, wurden nach dem vorhandenen Kenntnisstand Berechnungen des Finanzierungsbedarfs vorgenommen:

- um einerseits die Millenniums-Entwicklungsziele in Bezug auf die Einkommensarmut (d.h. durch armutsminderndes Wirtschaftswachstum den Prozentsatz der in äußerster Armut lebenden Menschen bis zum Jahr 2015 zu halbieren);
- und andererseits durch direkte Eingriffe die anderen Millenniums-Entwicklungsziele zu erfüllen, die sich auf die sozial- und umweltpolitischen Dimensionen der Armut beziehen.

Dieser Anhang enthält eine Bewertung der in diesen beiden Fällen angestellten Berechnungen sowie der Weltbank-Projektionen über die Auswirkungen der Handelsliberalisierung auf die Armutsergebnisse. Außerdem werden die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Ansätzen erörtert.

Verringerung der Einkommensarmut durch EZ-Leistungen für armutsminderndes Wachstum

Kostenschätzungen

In einem für den Entwicklungsausschuss von IWF/Weltbank erstellten internen Dokument¹⁰ sind 65 Länder der unteren Einkommensgruppe aufgeführt, die mit großen Problemen zu kämpfen haben, um das Ziel bezüglich der Einkommensarmut zu erreichen und bei denen EZ-Leistungen – vorausgesetzt, es ist eine „solide Politikgrundlage“ vorhanden – eine wesentliche Hilfe darstellen könnten. Nach ihrer jeweiligen Politikbilanz werden diese Länder in zwei Gruppen unterteilt: 43 Länder mit „einer annehmbaren Politik und Regierungsführung“ und 22 Länder, die diese Voraussetzung nicht aufweisen. Dann wird ein einfaches Modell (in der Art eines Harrod-Domar-Modells) kombiniert mit länderspezifischen Armutsdaten herangezogen, um den zusätzlichen Ressourcenbedarf

zur Erfüllung des globalen Ziels bezüglich der Einkommensarmut zu erreichen, indem eine Verknüpfung zwischen EZ-Leistungen, Wachstum und Armutsminderung hergestellt wird. Es wird davon ausgegangen, dass die Entwicklungszusammenarbeit *nur* in den 43 Ländern mit einer guten Politikbilanz einen nachhaltigen Beitrag zur Armutsminderung leisten kann; die zusätzlich benötigten Leistungen werden auf 39 Mrd. US-\$ jährlich geschätzt (was einer Verdoppelung des derzeitigen Volumens gleichkäme).

Das Dokument fordert dazu auf, unterdessen alle Kräfte aufzubieten, um Politikreformen in den übrigen 22 Ländern, die mit großen Problemen zu kämpfen haben, zu unterstützen und im Anschluss auch diesen Ländern angemessene ODA-Mittel zuzuteilen. Wenn sich die Politikbilanz in diesen Ländern rasch bessert, wären mittelfristig weitere ODA-Mittel von etwa 15 Mrd. US-\$ jährlich, also des Dreifachen des derzeitigen Volumens, erforderlich, damit auch diese Länder das Ziel erreichen können.

Den illustrativen IWF/Weltbank-Schätzungen zufolge werden die zur Erfüllung des Ziels der Armutsminderung in den „Problemländern“ insgesamt erforderlichen zusätzlichen EZ-Leistungen demnach auf 54 Mrd. US-\$ jährlich beziffert, wenn die Mehrheit dieser Länder der unteren Einkommensgruppe an ihrer derzeitigen „annehmbaren Politik und Regierungsführung“ festhält und die leistungsschwachen Länder ihre Ergebnisse verbessern können. Als Anhaltspunkt dafür, in welcher Größenordnung sich die für die Halbierung der Einkommensarmut in all diesen Ländern zusätzlich benötigten Mittel bewegen, ist davon auszugehen, dass in etwa eine Verdoppelung der derzeitigen ODA-Leistungen erforderlich wäre.

Bei den übrigen 86 Entwicklungsländern wird unterstellt, dass aus zweierlei Gründen keine zusätzlichen ODA-Mittel erforderlich sind. Erstens sind die meisten dieser Länder „auf dem besten Weg“, das Ausmaß der Einkommensarmut durch armutsminderndes Wachstum zu halbieren, und zweitens verfügen viele Länder der mittleren Einkommensgruppe über die wirtschaftlichen Fähigkeiten, die Armut durch politische Reformen zu Gunsten einer besseren Einkommensverteilung sowie durch globale oder gezielte soziale Entwicklungsprogramme zu reduzieren. Außerdem wird in dem Dokument angeregt, dass durch eine Reallokation der EZ-Mittel innerhalb dieser Gruppe die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit verbessert und mehr Menschen der Weg aus der Armut heraus gebahnt werden könnte.

Erfasste Länder und Formen von EZ-Leistungen – einige Problempunkte

Eine Ausklammerung der Länder, die „auf dem besten Weg sind“, das Armutsziel zu erfüllen, ist bedenklich, da diese Länder zur Erreichung der globalen und regionalen Armutsminderungsziele beitragen und dort immer noch eine Vielzahl von Menschen unterhalb der Armutsschwelle lebt, die auch von den bei anderen Millenniums-Entwicklungszielen gemachten Fortschritten nicht profitiert. Diese Länder könnten zusätzliche Leistungen wirksam einsetzen, um die Armut schneller zu überwinden als in den Millenniums-Entwicklungszielen vorgesehen, und würden im weltweiten Vergleich 2015 dennoch weiterhin einen hohen Armutsanteil verzeichnen. Daneben sind zusätzliche Mittel für Zwecke erforderlich, die das Dokument außer Acht lässt, so z.B. für Wiederaufbau- und Präventionsprogramme im Zusammenhang mit Konflikten und Terrorismus (z.B. die Notwendigkeit, dass die derzeit im Zusammenhang mit der Afghanistan-Hilfe bereitgestellten Mittel zusätzlich gewährt werden); es besteht auch zunehmend Bedarf an Katastrophenhilfe, der sich durch die wachsende Häufigkeit von Naturkatastrophen und die steigende Bevölkerungsdichte noch weiter verstärken könnte. Auch in die humanitären Hilfsprogramme fließen kaum jemals genügend Finanzierungsmittel, um all die Fälle extremer Entbehrungen lindern zu können, deren Beseitigung durch sie angestrebt wird und die mit den Millenniums-Entwicklungszielen eng zusammenhängen.

Ein anderer strittiger Punkt ist die in dem Dokument getroffene Annahme, dass alle 22 „leistungsschwachen Länder“, die mit großen Problemen zu kämpfen haben, schließlich gute Ergebnisse aufweisen werden, was eindeutig unrealistisch ist. Auf diese Länder entfallen 15 Mrd. US-\$ der insgesamt 54 Mrd. US-\$. Gewisse Ergebnisverbesserungen innerhalb dieser Gruppe wären allerdings plausibel. Außerdem sollten für den Fall, dass zusätzliche EZ-Mittel verfügbar sind, bei Programmen, die mit der Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele in Zusammenhang stehen und den einschlägigen Wirksamkeitskriterien gerecht werden (z.B. Gesundheits- und Bildungsprogramme, die über bewährte NRO abgewickelt werden), auch selektive Erhöhungen zu Gunsten „leistungsschwacher Länder“ erwogen werden. Demnach dürften die benötigten ODA-Mittel per Saldo unter dem angenommenen Volumen, jedoch lediglich um einen Teilbetrag der für diese Länder vorgesehenen 15 Mrd. US-\$ liegen.

Zu den anderen Berichten, die in letzter Zeit erschienen sind, zählt auch der Bericht der hochrangigen Sachverständigen-Gruppe für Entwicklungsfinanzierung (der „Zedillo-Bericht“). Ausgehend von einer Studie der UNCTAD, der zufolge für eine Halbierung der Armut in Afrika – unter der Voraussetzung, dass generell gute Politiken eingeführt werden – jährlich etwa 10 Mrd. US-\$ an zusätzlichen Leistungen erforderlich wären, untersucht der Bericht den EZ-Mittelbedarf anderer Länder der unteren Einkommensgruppe und gelangt zu dem Ergebnis, dass zur Halbierung der Einkommensarmut ein zusätzliches Finanzierungsvolumen von mindestens 20 Mrd. US-\$ über das derzeitige Ausgabenniveau hinaus notwendig

ist. Die Gesamtkosten zur Erfüllung der anderen Millenniums-Entwicklungsziele werden auf weitere 30 Mrd. US-\$ geschätzt, so dass sich ein Gesamtbetrag von 50 Mrd. US-\$ ergibt¹¹.

Methodologische Probleme

Es ergeben sich verschiedene methodologische Probleme. Schätzungen dieser Art werden von einem sehr einfachen Modell abgeleitet, in dem Wachstum von Investitionen in den Sachkapitalstock abhängt und der Unterschied zwischen den projizierten Ersparnissen und den Investitionen, die erforderlich sind, um eine angepeilte Wachstumsrate zu erreichen, als „Finanzierungslücke“ angesehen wird, die durch finanzielle Leistungen des Auslands (im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit wie auch anderweitig) geschlossen werden muss. Die Beziehung zwischen Investitionen und Wachstum hängt von einem fixen Koeffizienten ab, dem marginalen Kapitalkoeffizienten. Es wird davon ausgegangen, dass EZ- und Nicht-EZ-Leistungen planmäßig höhere Investitionen und höhere Investitionen ihrerseits höhere Wachstumsraten zur Folge haben. Die Existenz derartig systemimmanenter Beziehungen¹² lässt sich allerdings im zeitlichen Vergleich nicht belegen. Bei der Prüfung des Modells wurde indessen ein breites Spektrum von Ländern über eine bestimmte Zeitspanne hinweg untersucht, in denen Politik und Regierungsführung vielfach den „angemessenen Standard“ jener Gruppe von Ländern weit verfehlten, für die sich nach Ansicht des Weltbank/IWF-Dokuments zusätzliche EZ-Mittel positiv auswirken würden. Hinsichtlich der Länder, die diesen Standard nicht erreichen, wird indirekt davon ausgegangen, dass die Beziehung zwischen Entwicklungszusammenarbeit-Investitionen, Wachstum und Armutsminderung nicht funktioniert.

Ein weiterer strittiger Punkt ist, methodologisch gesehen, dass fixe Koeffizienten für die Effekte der finanziellen Leistungen auf das Wirtschaftswachstum sowie des Wirtschaftswachstums auf die Armutsminderung u.U. nicht in vollem Umfang der Möglichkeit Rechnung tragen, dass eine rasche Erhöhung der EZ-Mittel weniger wirksam sein könnte und die Kosten je Einheit bei der Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele im Grenzbereich steigen würden. Dafür könnten beispielsweise folgende Faktoren verantwortlich sein:

- beschränkte Aufnahmefähigkeiten (namentlich in Bezug auf Governance und Kapazitäten);
- makroökonomische Verzerrungseffekte wie „Dutch disease“ und Negativanreize zur Ersparnisbildung;
- verminderte/verzerrte Anreize für die effektive Nutzung von ODA-Ressourcen.

Andererseits wiederum könnten sich höhere Skalenerträge der EZ-Mittel ergeben, wenn diese die Transaktionskosten senken und die institutionellen Rahmenbedingungen verbessern, indem z.B. durch Entwicklung der Infrastruktureinrichtungen und des sozialen Sektors das Humankapital gefördert oder die institutionellen Kapazitäten für die Rechts- und Vertragsdurchsetzung gestärkt werden. Infolgedessen könnte

sich eine generelle Annahme konstanter Skalenerträge per Saldo als sinnvoll erweisen, insbesondere wenn diese mit der erklärten Voraussetzung einer allgemeinen Verbesserung des politischen Kurses und mit einer Reallokation der EZ-Mittel zu Gunsten leistungstarker Länder verbunden wird.

Die Elastizität der Armutsminderung in Bezug auf das Wirtschaftswachstum hängt nicht nur von der Geschwindigkeit sondern auch von der Qualität des Wachstums im Sinne seiner Strukturen, Verteilung und Nachhaltigkeit ab. Der Grad, in dem sich Wachstum in Armutsminderung niederschlägt, fällt je nach Ausmaß der Ungleichheiten bei Grundbildung, Grundbesitz- und sonstigem Vermögen zwischen den einzelnen Ländern und Regionen höchst unterschiedlich aus. Aus Studien der Weltbank geht hervor, dass auch in den Fällen, in denen eine Steigerung der Durchschnittseinkommen den wichtigsten Faktor für die Armutsminderung darstellt, dennoch nur etwas weniger als die Hälfte der Einkommenszuwächse der Armen durch diesen Faktor zustande kommen, wobei allerdings starke Abweichungen von diesem Durchschnittswert verzeichnet werden¹³.

Die genannten Einschränkungen unterstreichen die Bedeutung besserer politischer und institutioneller Rahmenbedingungen für eine Steigerung der Nutzeffekte der EZ-Leistungen. Einem armutsmindernden Wachstum förderliche Rahmenbedingungen können die Auswirkungen von EZ-Leistungen auf das Wirtschaftswachstum sowie die Auswirkungen des Wirtschaftswachstums auf die Armutsminderung verstärken. Daraus folgt, dass Strukturveränderungen bei den EZ-Mittelzuteilungen deren Effektivität in Bezug auf die Armutsminderung vergrößern könnten. Aus Untersuchungen der Weltbank geht hervor, dass für eine „armutseffiziente“ ODA-Allokation (ausgehend von den Daten für 1998) 68% an Länder mit hoher Armuthäufigkeit und guten Politiken und 28% in Länder mit hohen Armutsraten und mangelhaften Politiken gehen müssten¹⁴. Dies würde für die erste Gruppe eine Anhebung der EZ-Mittel um 150% bedingen, wobei unterstellt wird, dass das ODA-Gesamtvolumen nicht erhöht wird. Vergleicht man dies mit der geschätzten Verdoppelung der EZ-Mittel für leistungsstarke Länder, wie dies in dem Dokument des Entwicklungsausschusses im Rahmen einer globalen Verdoppelung der ODA-Leistungen vorgeschlagen wird, so dürfte der letztere Wert zu niedrig angesetzt sein.

Ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit und ein armutsminderndes Wirtschaftswachstum wäre eine Rationalisierung der Zuteilungsmechanismen und eine Harmonisierung der Verfahren, ein Mandat, das die DAC-Sonderarbeitsgruppe für Geberpraktiken übernommen hat. Stärker integrierte und koordinierte Formen der Entwicklungszusammenarbeit wie Programm- und sektorbezogene Hilfe sowie mittelfristige Leistungszusagen zur Förderung der Armutsbekämpfungsstrategien und -programme, die von den Ländern selbst getragen werden, könnten in Kombination mit einer Förderung des Kapazitätsaufbaus für eine erhebliche Verbesserung der Aufnahmekapazitäten der Länder der unteren Einkommensgruppe sorgen. Eine Erhöhung der Finanzmittel für

globale öffentliche Güter könnte die armutsmindernden Auswirkungen der EZ-Leistungen und des Wachstums ebenfalls verstärken, da dadurch die mit diesen Leistungen verbundenen Transaktionskosten reduziert würden.

Die Konzentration auf die Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele hat zur Folge, dass wesentlich höhere Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder sowie an Länder der unteren Einkommensgruppe fließen müssten, besonders an diejenigen, deren Politiken, Governance und Institutionen zufriedenstellend sind. Wenn die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen das grundlegende Kriterium für die Zuteilung von Leistungen ist, würden die größten Entwicklungsländer – Bangladesch, Indien, Indonesien und Pakistan – einen sehr viel höheren Anteil des wachsenden ODA-Volumens erhalten als die afrikanischen Länder, wo sowohl die Armut als auch die Notwendigkeit zur Förderung des institutionellen Kapazitätsaufbaus wesentlich stärker ausgeprägt sind. (China wird aus dieser Liste ausgeklammert in der Annahme, dass dort eine Aufstockung der EZ-Mittel kein entscheidendes Element für die Armutsminderung darstellt, da das Land Zugang zu den Kapitalmärkten hat.) Für den Fall, dass in den afrikanischen Ländern die Aufnahmekapazitäten noch nicht soweit eingeschränkt sind, dass die zugewiesenen Mittel nicht mehr effektiv eingesetzt werden könnten, ergäbe sich die Frage, ob eine Verzerrung zu Gunsten kleinerer Länder akzeptabel ist, auch wenn dies bedeutet, dass im Weltmaßstab weniger Menschen aus der Armut herausfinden. Ein damit verwandter Punkt ist die relative Bedeutung einer Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele auf globaler, regionaler und Länderebene. Dies macht einen großen Unterschied für die Aussichten auf eine Erfüllung dieser Ziele und das sich daraus ergebende erforderliche Leistungsvolumen. Zudem könnte die derzeit vorherrschende Überzeugung, wonach es notwendig ist, über reine Wirksamkeitskriterien hinauszugehen, um auch die mit Terrorismus und Konflikten verbundenen Probleme zu lösen, eine Schwächung der Gesamteffekte der EZ-Leistungen auf die Armutsbekämpfung zur Folge haben, obwohl diese eigentlich so konzipiert sein sollten, dass sie „annehmbaren Standards für Governance und Politik“ den Weg bahnen, die letztlich für die Minderung von Konflikten und Armut sorgen. Es ist daher unerlässlich, dass die kurz- und mittelfristig zur Terrorismus- und Konfliktbekämpfung gerechtfertigten Steigerungen der finanziellen Leistungen in Form zusätzlicher Mittel erfolgen.

Verringerung der Armut durch Handelsliberalisierung und private Investitionen

Um die Bedeutung der ODA für die Armutsminderung im richtigen Verhältnis zu sehen, ist zu berücksichtigen, dass kohärente Politiken im Dienst der Armutreduzierung ebenfalls in hohem Maße dazu beitragen, die Aussichten auf Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele zu verbessern. Das gilt ebenso für die Politiken der Entwicklungsländer wie für die der OECD-Mitgliedsländer in anderen Bereichen als der Entwicklungszusammenarbeit. Dieses Gebot der Kohärenz umfasst den

wichtigen Bereich der Nicht-ODA-Leistungen an Entwicklungsländer, z.B. im Rahmen des Handels oder in Form von ADI, Portfolioinvestitionen und sonstigen privaten Kapitalleistungen, die private Finanzierung globaler öffentlicher Güter sowie NRO-Projekte, die durch private Fonds und Beiträge finanziert werden¹⁵.

Von besonderem Interesse sind im Post-Doha-Kontext die langfristigen Projektionen für die Wachstums- und Armutsminderung im jüngsten Bericht der Weltbank *Global Economic Prospects and the Developing Countries 2002* (GEP). Im Basisszenario dieses Berichts wird unterstellt, dass die Inzidenz der extremen Einkommensarmut (unter 1 US-\$ pro Tag) zwischen 1990 und 2015 weltweit um über die Hälfte reduziert bzw., unter Ausklammerung Chinas, nahezu halbiert wird. Allerdings wird im GEP-Bericht deutlich gemacht, dass es nicht allen Regionen gelingen wird, die Millenniums-Entwicklungsziele hinsichtlich der Einkommensarmut zu erreichen. Der Bericht zeigt, dass insbesondere Afrika weit hinter der Zielvorgabe zurückbleiben wird. Im „Successful WTO Development Round Scenario“ des GEP wird die Armut weltweit um zusätzliche 15% gesenkt, wovon mehr als die Hälfte auf Afrika entfällt. Gemäß der Einschätzung des GEP wird das für die Kindersterblichkeit angestrebte Ziel lediglich in Südasien erreicht werden.

In den GEP-Projektionen ist von einem zusätzlichen Bedarf an EZ-Mitteln nicht die Rede. Die Projektionen gehen ausdrücklich von der Annahme aus, dass die Handelsliberalisierung den Entwicklungsländern große Einkommenszuwächse verschafft, die implizit mit einer Erhöhung von Investitionen und Beschäftigung einhergehen, wodurch öffentliche Einnahmen für soziale Investitionen zur Verfügung stehen werden. Dieses langfristige Basisszenario einer erfolgreichen Entwicklung dient allen großen internationalen Organisationen als Bezugspunkt und wurde z.B. in das aktuelle *Facilitator*-Dokument für die internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung aufgenommen. Allerdings erfordert ein derartiges Szenario implizit umfangreiche öffentliche und soziale Investitionen. Das bezeugt auch die Tatsache, dass in Doha die Entwicklung der Außenhandelskapazitäten in den Vordergrund gestellt wurde, was sowohl die – häufig kostspielige – Beteiligung am WTO-System als auch öffentliche Investitionen voraussetzt, um die Handelschancen angebotsseitig nutzen zu können. So haben insbesondere Länder der unteren Einkommensgruppe ein großes Defizit an Humankapital, insbesondere in Bereichen wie Gesundheit und Bildung, und sie verfügen nur über begrenzte Ressourcen, um den Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung gerecht zu werden. Bei derartigen Defiziten an Humankapital und öffentlichen Investitionen ist kein dynamischer Zustrom an ausländischen Investitionen in diese Länder zu erwarten. Eine Studie der UNCTAD bezeichnet das äußerst niedrige Niveau der Pro-Kopf-Ausgaben für Gesundheit und Bildung und sonstige soziale Zwecke als einen der Gründe für die mangelnde angebotsseitige Reaktion in den am wenigsten entwickelten Ländern wie auch für die schwach ausgebildete Verbindung zwischen Investitionen und Wirtschaftswachstum¹⁶. Demnach sind EZ-Leistungen für die

Unterstützung einer handels- und investitionsbasierten Strategie der Armutsbekämpfung unerlässlich. Damit kommen wir zu einer dritten Möglichkeit, den EZ-Mittelbedarf zu schätzen.

Schätzung der Kosten für die Verwirklichung der sozialen Entwicklungsziele

Neben einer Verringerung der Einkommensarmut sind die Millenniums-Entwicklungsziele auch auf die Überwindung der Defizite im Bildungs-, Gesundheits- und Umweltbereich gerichtet. Zwischen diesen Zielen bestehen komplexe Interaktionen. Wenn die Einkommensarmut reduziert wird, wird sich dies auch insofern auf die anderen Ziele auswirken, als die Nachfrage der Armen nach Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen zunimmt und andererseits auch die für die Bereitstellung solcher Dienstleistungen verfügbaren öffentlichen Einnahmen steigen.

Andererseits trägt die soziale Entwicklung wiederum zum Wirtschaftswachstum bei, da sie sich in einer Zunahme von Produktivität und Einkommen der Armen niederschlägt. Man ist sich weithin darüber einig, dass Humankapital den wichtigsten Produktionsfaktor überhaupt darstellt, doch gehen die Meinungen der Wirtschaftswissenschaftler darüber, wie die verschiedenen Aspekte der Humankapitalbildung am besten evaluiert werden können, nach wie vor auseinander. Eine Schlüsselrolle kommt der schulischen und beruflichen Bildung, aber auch den Gesundheitsdiensten, dem Zugang zu Grundversorgungsleistungen sowie der sozialen Stabilität zu. Den Schätzungen des Berichts der WHO-Kommission *Macroeconomics and Health* zufolge wäre das Wirtschaftswachstum um etwa 0,5% höher, wenn die Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheitsfürsorge massiver verstärkt und so die Auswirkungen der gesundheitlichen Schäden in den Ländern der unteren Einkommensgruppe signifikant reduziert würden¹⁷. Dieser Kausalzusammenhang zwischen sozialer Entwicklung und armutsminderndem Wachstum bedeutet, dass Ausgaben im sozialen Sektor (ob diese nun mit inländischen oder ODA-Mitteln finanziert werden) ganz besonders wirksam sind.

Die Belege zeigen, dass sowohl die Primar- als auch die Sekundarschulbildung wesentliche Auswirkungen auf das Gesamtwachstum haben. Laut der Weltbank stellt die Grundschulbildung nach wie vor die wirksamste Investition für ein armutsminderndes Wachstum in den Entwicklungsländern dar, wobei wiederum Bildungsinvestitionen zu Gunsten von Mädchen und Frauen im Allgemeinen am rentabelsten sind. Auch wenn die Erträge mit zunehmendem Bildungs- und Einkommensniveau abnehmen, tragen Investitionen in den tertiären Bildungsbereich doch wesentlich zum Kapazitätsaufbau im Bereich des Handels und der Investitionen bei.

Die Tatsache, dass die soziale Entwicklung sowohl Ursache als auch Wirkung von Wirtschaftswachstum ist, erschwert eine Schätzung der zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele insgesamt erforderlichen Finanzmittel. Es bedeutet, dass die zur Verbesserung der sozialen Indikatoren erforderlichen und verwendeten EZ-Mittel bis zu

einem gewissen Grad auch zur Schaffung von Wirtschaftswachstum und zur Reduzierung der Einkommensarmut beitragen (und umgekehrt). Die Entwicklungszusammenarbeit könnte mithin durchaus in Form von Maßnahmen zum Schutz des sozialen Sektors und der Umwelt erfolgen. Diese Interaktionen müssen erkannt und optimal genutzt werden.

Eine Möglichkeit, der doppelten Wirkung der EZ-Leistungen auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung Rechnung zu tragen, bestünde darin, die Kosten zur Erreichung der sozialen Ziele jeweils für sich genommen zu berechnen und dabei nach Möglichkeit Doppelzählungen, die sich durch die Interdependenz zwischen den einzelnen Zielen ergeben, zu vermeiden. Mitarbeiter der Weltbank haben auf der Basis dieses Konzepts und unter Verwendung einiger Länderdaten eine grobe Schätzung der EZ-Mittel vorgenommen, die insgesamt erforderlich sind, um die Millenniums-Entwicklungsziele im Sozial- und Umweltbereich zu erreichen. Dabei hat sich herausgestellt, dass diese Schätzungen weitgehend mit den Berechnungen für die Verwirklichung des Ziels einer Verringerung der Einkommensarmut übereinstimmen, was auf eine Konvergenz der beiden Berechnungsmethoden hinweist. Demnach würde die Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele in etwa eine Verdoppelung des derzeitigen EZ-Volumens erfordern. Auch gezielte Schätzungen anderer Organisationen für den Gesundheits- und Bildungsbereich bewegen sich in der gleichen Größenordnung.

Was den Bildungsbereich betrifft, so wird in einem kürzlich erschienenen UNESCO-Dokument auf die derzeitigen Bemühungen von Weltbank, UNESCO und anderen Organisationen Bezug genommen, die für die Verwirklichung des Ziels

„Bildung für Alle“ erforderlichen Mittel zu schätzen¹⁸. Dabei wird der Versuch unternommen, sowohl ein globales Finanzierungsziel festzulegen als auch die spezifischen Ressourcen auf Länderebene festzustellen. Der jährliche Mehrbedarf an Ressourcen für die Erreichung des Ziels der Primarschulbildung für alle wurde unterschiedlich geschätzt:

- auf 8 Mrd. US-\$ pro Jahr: OXFAM,
- auf 9 Mrd. US-\$ pro Jahr: UNICEF,
- auf 10 Mrd. US-\$ pro Jahr: Weltbank,
- auf 15 Mrd. US-\$ pro Jahr: UNESCO.

Die Weltbank erstellt derzeit länderspezifische Kostenschätzungen für die Finanzierung der Strategien im Bildungsbereich im Rahmen der Initiative „Bildung für Alle“ (EFA). Diese Schätzungen sollen im Frühjahr 2002 vorliegen.

In Bezug auf den Gesundheitsbereich enthält der Bericht der WHO-Kommission *Macroeconomics and Health* vorläufige Schätzungen des potentiellen EZ-Mittelbedarfs für die Durchführung länderspezifischer Programme, die „wichtige Maßnahmen“ zur Verbesserung der Gesundheit der Armen in den Ländern der unteren Einkommensgruppe vorsehen. Diese Schätzungen belaufen sich auf rd. 30 Mrd. US-\$ im Jahr 2015 gegenüber dem derzeitigen Niveau von 6 Mrd. US-\$.

Sowohl die EFA-Programme als auch die vorgeschlagene Vorgehensweise der WHO-Kommission sind eng an die Bedingung geknüpft, dass gut durchdachte Sektorprogramme und gute PRSP konzipiert werden.

Anmerkungen

1. Vgl. nähere Einzelheiten im Spezialmodul am Ende von Teil II dieses Berichts.
2. Die DAC-Statistiken über „sonstige private Leistungen einschließlich Kapitalbeteiligungen“ sind auf Grund der unvollständigen Meldungen von wichtigen Herkunftsländern, namentlich Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten, im Allgemeinen unterbewertet.
3. Diese Daten beziehen sich auf die ODA der DAC wie auch der *multilateralen Quellen* an die Entwicklungsländer. Sie unterscheiden sich von anderen Präsentationen, die ODA der DAC-Länder an die *Entwicklungsländer und an multilaterale Stellen* erfassen. Auf letzterer Basis betragen die ODA-Leistungen im Jahr 2000 54 Mrd. US-\$ (vgl. z.B. Tabelle 4 im Statistischen Anhang).
4. Brasilien, Argentinien, Mexiko, China, Korea, Indonesien, Russland, Türkei und Indien (in absteigender Reihenfolge der Schuldenstände).
5. Der Bericht der Weltbank *Global Development Finance 2002* zeigt, dass große Diskrepanzen bei Technologie und Kompetenzen zwischen aus- und inländischen Firmen die Auswirkungen von Spillover-Effekten verringern.
6. Eine Synthese dieser Schätzungen ist z.B. im „Zedillo-Bericht“ (Empfehlungen der Hochrangigen Sachverständigengruppe für Entwicklungsfinanzierung) enthalten, der vom Generalsekretär der Vereinten Nationen in Auftrag gegeben wurde.
7. Auf 23 solcher Länder entfallen 90% der ADI. Von diesen wiederum erhalten China und Brasilien alleine etwa die Hälfte der ADI-Leistungen an Entwicklungsländer und zehn Länder der mittleren Einkommensgruppe 70%.
8. Wegen weiterer Informationen über die Arbeit dieser Task Force vgl. www.oecd.org/dac/donorpractices sowie Teil 4 dieses Berichts „Die Arbeit des DAC“.
9. Vgl. www.imf.org/external/np/prgf/2000/eng/key.htm.
10. *Financing for Development* (18. September 2001), erstellt von Mitarbeitern der Weltbank und des IWF für den Entwicklungsausschuss.
11. *Report of the High-Level Panel on Financing for Development*, Vereinte Nationen, New York, 2001, einschließlich des *Technical Report of the High-Level Panel on Financing for Development* mit Anhang „Costing Global Policy Objectives“ (www.un.org/reports/financing/report); *Capital Flows and Growth in Africa*, UNCTAD, Vereinte Nationen, Genf und New York, 2000.
12. Vgl. „The Ghost of Financing Gap – How the Harrod-Domar Growth Model Still Haunts Development Economics“, William Easterly, Weltbank, Juli 1997. Manuskript erhältlich unter www.worldbank.org.
13. So variierte z.B. in den Jahren 1960-1994 der Armutsminderungseffekt zwischen den verschiedenen indischen Bundesstaaten um einen Faktor des Vier- bis Fünffachen je Prozentpunkt des Wirtschaftswachstums pro Kopf; ähnliche Unterschiede sind auch bei einem Vergleich zwischen Ostasien und Lateinamerika feststellbar. (Vgl. *The Quality of Growth*, Weltbank, 2000; David Dollar und Aart Kraay: *Growth IS Good for the Poor*, Weltbank, 2000; Martin Ravallion: *Growth, Inequality and Poverty: Looking Beyond Averages*, Weltbank, 2000.)
14. Paul Collier, David Dollar (2001): *Aid Allocation and Poverty Reduction*, erscheint demnächst in *European Economic Review*.
15. In dem an den Entwicklungsausschuss gerichteten Dokument wird festgestellt, dass die von den reichen Ländern errichteten tarifären und nichttarifären Handelsschranken zusammen mit deren Agrarsubventionssystemen die Entwicklungsländer weit teurer zu stehen kommen als die 57 Mrd. US-\$, die sie an ausländischen EZ-Mitteln erhalten.
16. Vgl. UNCTAD-Bericht *The Least Developed Countries 2000*, S. 45.
17. *Macroeconomics and Health: Investing in Health for Economic Development*, WHO, Genf, Dezember 2001.
18. *Monitoring Report on Education for All*, UNESCO, Paris, Oktober 2001.

IV

Prüfung von Leistungen und Politik der Geber

Die DAC-Mitglieder haben die Bedeutung von Partnerschaften zur Armutsbekämpfung als einem zentralen Entwicklungsziel für das nächste Jahrzehnt unterstrichen. Die Herausforderung bestand für sie nun darin, diesen politischen Konsens in einschlägige und wirkungsvolle Aktionen umzusetzen, indem sie Armutsbekämpfung (sowohl durch höheres Wachstum als auch gezieltere Aktionen und Programme) zu einem Hauptpfeiler der EZ-Politik machen, Partnerschaften im Einklang mit den erklärten Prinzipien knüpfen, Kohärenz mit anderen Politikbereichen gewährleisten, Erfolgskontrollen durchführen und dafür sorgen, dass hinreichende und der Grundstrategie angemessene ODA-Mittel bereitgestellt werden.

Das vorliegende Kapitel, das sich weitgehend auf die jüngsten Länderprüfungen stützt, gibt einen Überblick über die verschiedenen Methoden, mit denen die DAC-Mitglieder diesen Politikkonsens auf der operativen Ebene umzusetzen suchen, und beurteilt die Fortschritte bei den Evaluierungssystemen. Der zweite Teil des Kapitels enthält Kurzbeschreibungen der derzeitigen EZ-Leistungen der einzelnen Länder und deren Anstrengungen zur Umsetzung der Partnerschaftsstrategie.

1. Partnerschaft zur Armutsbekämpfung: Die kontinuierliche Weiterentwicklung des Politikkonsens im DAC

Ein zentraler Bezugspunkt für die EZ-Strategien der DAC-Mitglieder ist das auf der DAC-Jahrestagung 1996 angenommene Dokument *Das 21. Jahrhundert gestalten: Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit* (S-21). Das darin umrissene Konzept umfasst folgende Kernelemente:

- Eine „Vision“ wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Wohlergehens, die sich um eine Reihe von Zielen für das Jahr 2015 artikuliert (die nunmehr in den so genannten „Millenniums-Entwicklungszielen“ der VN-Millenniumserklärung aufgegangen sind, vgl. das

Spezialmodul am Ende von Teil II dieses Berichts) und auf eine Verbesserung der Kapazitäten für eine effiziente, demokratische und rechenschaftspflichtige Staats- und Regierungsführung stützt. Darunter ist die Halbierung des Anteils der in äußerster Armut lebenden Menschen bis zum Jahr 2015 ein häufig genanntes Ziel, dessen Verwirklichung deutlich höhere Pro-Kopf-Wachstumsraten erfordert.

- Effektive Partnerschaften mit den Entwicklungsländern zur Gewährleistung einer größeren Wirksamkeit der Hilfe, die sich auf einen Katalog gemeinsamer und individueller Verantwortlichkeiten, verstärkte Koordination in internationalen Foren wie auch vor Ort und bessere, d.h. ergebnisorientierte Überwachungs- und Evaluierungsmechanismen stützen:

„Grundsätzlich sollten die von der lokalen Bevölkerung getragenen länderspezifischen Entwicklungsstrategien und Zielvorgaben aus einem offenen, partnerschaftlichen Dialog der jeweiligen Regierungen mit der Zivilgesellschaft und den externen Partnern über die gemeinsamen Ziele und die Beiträge jeder Seite zum gemeinsamen Unternehmen hervorgehen. Danach sollten alle Programme und Aktivitäten der Geberländer im Rahmen dieser von der lokalen Bevölkerung getragenen Strategie umgesetzt werden, und zwar auf eine Art und Weise, die das starke lokale Engagement, die Teilnahme der lokalen Bevölkerung, die Kapazitätsentwicklung vor

Ort sowie das Prinzip der lokalen Trägerschaft integriert und fördert.“ (vgl. S–21, Kapitel II).

- Förderung der Politikkohärenz, um zu gewährleisten, dass sich die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern in der Entwicklungszusammenarbeit und in anderen Bereichen gegenseitig verstärken (vgl. Kapitel II).

- Bereitstellung hinreichender Mittel (vgl. Kapitel III).

Dieser grundlegende Konsens wurde durch die vom DAC seit 1996 durchgeführten Arbeiten weiterentwickelt. Wichtige Referenzdokumente¹ sind insbesondere:

- „Gemeinsamer Bezugsrahmen – Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Vision von Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit am Beginn des neuen Jahrhunderts“ (Erklärung des DAC-Vorsitzenden, 1999, gestützt auf umfassende Beratungen mit bilateralen und multilateralen Gebern, vgl. den Bericht über Entwicklungszusammenarbeit von 1999, Anhang zu Kapitel V).

- „Partnerschaft zur Armutsbekämpfung – Von Bekenntnissen zur praktischen Umsetzung“, Erklärung anlässlich der DAC-Jahrestagung, Paris, 11.-12. Mai 2000.

- Vier neue Sätze von DAC-Leitlinien und Grundsatzserklärungen, die auf der DAC-Jahrestagung im April 2001 angenommen wurden und die Themen Armutsbekämpfung, Strategien für eine nachhaltige Entwicklung, Konfliktverhütung sowie Kapazitätsaufbau im Handelsbereich betreffen (vgl. die Anhänge zu Kapitel I).

Unterdessen ist die internationale Staatengemeinschaft, die nach einer Lösung für die Schuldenprobleme der armen Länder sucht, übereingekommen, eine explizite Verbindung zwischen Schuldenerleichterungen und Bemühungen der Entwicklungsländer zur Armutsbekämpfung herzustellen, und zwar durch die Erweiterte Entschuldungsinitiative zu Gunsten hoch verschuldeter armer Länder (Erweiterte HIPC-Initiative) von 1999. So erfolgt die Vergabe von vergünstigten IWF/Weltbank-Darlehen an alle Länder der unteren Einkommensgruppe nunmehr im Rahmen von Armutsbekämpfungsstrategien. Mit der Betonung selbstformulierter nationaler Strategiepapiere zur Verringerung der Armut (PRSP), die auf den Prinzipien des Umfassenden Entwicklungsrahmens (CDF) basieren und zu einem zentralen Anker für den EZ-Prozess der betreffenden Länder geworden sind, haben sich auch die Bretton-Woods-Institutionen die Partnerschaftsstrategie zu Eigen gemacht.

2. Geberpraktiken: Anwendung des Partnerschaftsprinzips

Einige wichtige Aspekte des neuen Partnerschaftskonzepts sind noch nicht ganz „ausgereift“. Fortschritte bei der Umsetzung des Partnerschaftskonzepts sind vor allem eng mit Fortschritten bei der Harmonisierung der Geberverfahren verknüpft. Daher hat der DAC eine Sonderarbeitsgruppe für Geberpraktiken eingerichtet, die derzeit an der Erstellung einer Reihe von Referenzdokumenten für empfehlenswerte Praktiken arbeitet, die im Hinblick auf die Behandlung von Fragenkomplexen wie Budgethilfe, Gemeinschaftsfinanzierungen, Sektorkonzepte und lokale Trägerschaft äußerst hilfreich sein werden, und zwar bei drei wichtigen Aspekten der EZ-Beziehungen – vorgelagerte Analysen und Gespräche, Finanzmanagement sowie Monitoring und Berichterstattung (vgl. Kasten IV.1). Das generelle Ziel besteht darin, die Transaktionskosten deutlich zu senken und dafür zu sorgen, dass der EZ-Prozess in ein leistungsfähiges öffentliches Verwaltungssystem der Entwicklungsländer eingepasst wird, anstatt sich wie bisher aus Einzelvereinbarungen der verschiedenen Geber zusammensetzen.

3. Vorgehen der Geber bei der Umsetzung des Politikkonsens

Dieser Abschnitt stützt sich auf die Ergebnisse der jüngsten DAC-Länderprüfungen. Prüfungen durch gleichrangige Partner sind grundlegende Verfahren der OECD, die in einer Reihe unterschiedlicher Politikbereiche durchgeführt werden und der gegenseitigen Beurteilung der Orientierungen, der Qualität und der Wirksamkeit der staatlichen Politik sowie der Leistungsfähigkeit der institutionellen Systeme dienen. Bei den DAC-Länderprüfungen wird die Leistung der Geber anhand der von ihnen selbst gesetzten Ziele sowie der DAC-Grundsatzserklärungen und -Leitlinien gemessen. Zu diesem Zweck werden im abschließenden Bericht die politischen Grundlagen der Entwicklungszusammenarbeit, das Volumen sowie die Aufteilung der ODA-Leistungen, die Politikkohärenz, der Organisationsaufbau und das Management, die durchgeführten Aktivitäten und deren Ergebnisse untersucht. Das der Prüfung unterzogene Geberland legt zudem ein Memorandum über seine Aktivitäten vor. Auf der Grundlage dieser Dokumente formuliert der DAC mit der Unterstützung zweier Prüferländer eine Reihe von Fragen an den Geber, um zu einer Einigung über die wichtigsten Ergebnisse und Empfehlungen zu gelangen.

Kasten IV.1 Die DAC-Sonderarbeitsgruppe für Geberpraktiken

Der Entwicklungsausschuss der OECD hat Ende 2000 eine Sonderarbeitsgruppe für Geberpraktiken mit einem über zwei Jahre laufenden Mandat eingerichtet. Das grundlegende Ziel ist dabei die Stärkung der lokalen Trägerschaft der Partnerländer durch die Identifizierung und Dokumentierung von Geberpraktiken, die die Kapazitätsbelastung, die für die Partnerländer mit der Verwaltung der EZ-Leistungen verbunden ist, in kostengünstiger Weise reduzieren und die entsprechenden Transaktionskosten verringern könnten. Die Sonderarbeitsgruppe arbeitet eng mit dem *Multilateral Roundtable on Harmonization* und dem Entwicklungsausschuss zusammen.

Die Arbeitsgruppe soll sich insbesondere mit folgenden Aufgaben befassen:

- Überprüfung der derzeitigen Arbeiten im Bereich der Vereinfachung und Harmonisierung von Geberverfahren.
- Ausarbeitung von Referenzdokumenten über empfehlenswerte Praktiken (*Good Practice Reference Papers*) in Bereichen, in denen sie die Förderung gemeinsamer Ansätze für sinnvoll erachtet.
- Klärung von Konzepten und Definitionen, soweit dies notwendig ist.
- Analyse der Ansichten der Partnerländer in Bezug auf die Effizienz der Geberpraktiken und Untersuchung eventuell bestehender Möglichkeiten für deren Verbesserung.

Um Bereiche von besonderem Interesse zu untersuchen, hat die Sonderarbeitsgruppe drei Untergruppen gebildet:

- Untergruppe für Finanzmanagement und Rechenschaftslegung.
- Untergruppe für Berichterstattung und Monitoring.
- Untergruppe für die Vorbereitung der Umsetzungsphase des Projektzyklus.

Die Sonderarbeitsgruppe und ihre Untergruppen stehen allen DAC-Mitgliedern sowie Organisationen mit Beobachterstatus, d.h. der Weltbank, dem IWF und dem UNDP, offen. Darüber hinaus hat die Sonderarbeitsgruppe eine Reihe von Entwicklungsländern aus unterschiedlichen Regionen und mit unterschiedlichem Entwicklungsstand zur Teilnahme eingeladen. Diese Länder wurden jeweils um besondere Mitarbeit in einer der oben genannten Untergruppen gebeten, nämlich:

- Untergruppe für Finanzmanagement und Rechenschaftslegung: Bangladesch, Guatemala, Marokko, Rumänien, Tansania.
- Untergruppe für Berichterstattung und Monitoring: Bolivien, Kirgisische Republik, Mali, Mosambik, Vietnam.
- Untergruppe für die Vorbereitung der Umsetzungsphase des Projektzyklus: Kambodscha, Ägypten, Senegal, Südpazifisches Forum, Uganda.

Die Sonderarbeitsgruppe rechnet damit, im Laufe von 2002 eine Analyse der Prioritäten der Partnerländer, ein Rahmenkonzept, Vorschläge für allgemeine Empfehlungen sowie folgende Referenzdokumente über empfehlenswerte Praktiken vorlegen zu können, die anschließend vom DAC verabschiedet werden sollen:

- Rationalisierung von Diagnosearbeiten im Bereich des Finanzmanagements.
- Treuhänderische Standards.
- Finanzberichterstattung und Rechnungsprüfung.
- Berichterstattung und Monitoring.
- Analytische Arbeiten auf Sektorebene.

Als weitere Bereiche könnten, je nachdem welche Entscheidungen im Hinblick auf das Arbeitsprogramm für 2002 getroffen werden, hinzukommen:

- Haushaltsvollzug und Auszahlungsverfahren.
- Beschaffungswesen.
- Ex-post-Evaluierung.
- Risikoanalysen.
- Ergebnisgestützte und logische Bezugsrahmen.
- Über bilaterale Kanäle geleitete EZ-Leistungen.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

(Die Dokumente betreffend Beschaffungswesen und Evaluierung würden von anderen DAC-Arbeitsgruppen erstellt werden, die für diese Bereiche jeweils zuständig sind.)

Die Sonderarbeitsgruppe möchte eine möglichst weitgehende Verbreitung ihrer Arbeiten sicherstellen. Alle von ihr erstellten Dokumente sind auf einer speziellen OECD-Website unter www.oecd.org/dac/donorpractices zugänglich.

Diese Dokumente werden auch auf eine ergänzende Website gestellt, die über Harmonisierung im gesamten EZ-Bereich informiert und die Harmonisierungsinitiativen der multilateralen und bilateralen Organisationen sowie der Empfängerländer zusammenfasst (www.developmentgateway.org/node/95154/index.html). Diese Website, die von der Weltbank eingerichtet wurde, wird gemeinsam von allen Akteuren, die an der Harmonisierungsagenda mitwirken, betrieben und ist beim *Development Gateway* beherbergt.

Die vorgenannten Unterlagen stützen sich auf umfangreiches Datenmaterial aus Politik- und Arbeitsdokumenten des geprüften Geberlandes, Artikeln und Analysen der Zivilgesellschaft des betreffenden Landes sowie aus DAC-Statistiken. Für die Prüfung werden auch die Ergebnisse von Besuchen in ein oder zwei Entwicklungsländern, bei denen die Aktivitäten vor Ort in Augenschein genommen werden, sowie von einem weiteren Besuch in dem geprüften Land selbst herangezogen, bei dem Gespräche mit den wichtigsten Akteuren des dortigen EZ-Systems geführt werden.

Gegenstand der jüngsten Länderprüfungen waren Frankreich, Italien, Neuseeland, Schweden und die Schweiz im Jahr 2000 sowie Belgien, Deutschland, die Niederlande, Portugal und das Vereinigte Königreich im Jahr 2001. Außerdem wurde 2001 eine gemeinsame Evaluierung der EZ-Konzepte Deutschlands, der Niederlande und des Vereinigten Königreichs und ihrer Auswirkungen in Mosambik vorgenommen.

Die Ergebnisse dieser Länderprüfungen sind weiter unten nach folgenden Gesichtspunkten zusammengefasst: Armutsbekämpfung, Partnerschaft, Politikkohärenz, Erfolgskontrolle und Bereitstellung von ODA-Leistungen.

a) Armutsbekämpfungsstrategien

Mehrere Geberländer haben die Armutsbekämpfung zum überwölbenden Entwicklungsziel erklärt. Einige Geber betrachten nachhaltige Entwicklung, unter Einbeziehung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimension, als wesentlichen Orientierungspunkt für ihr Programm, wobei Armutsreduzierung ein fester

Bestandteil dieser Agenda ist. (Auf einer Sondertagung des Entwicklungsausschusses im Oktober 2000 wurde unterstrichen, dass Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung in einer Wechselbeziehung zueinander stehen und dass die DAC-Mitglieder ihre Partnerländer dazu ermutigen sollten, integrierte nationale Strategien auszuarbeiten, ganz gleich unter welcher Bezeichnung diese letztlich laufen.)

Bei der Vergabe von ODA-Mitteln für die Armen können die Geber vor der Wahl stehen, diese entweder auf Länder der unteren Einkommensgruppe oder auf Länder mit einem hohen Armenanteil zu konzentrieren. Wenn Geber eher Länder der unteren Einkommensgruppe begünstigen, bedeutet dies nicht unbedingt eine Konzentration auf die am wenigsten entwickelten Länder. Zu den Argumenten, die gegen eine Fokussierung auf die am wenigsten entwickelten Länder sprechen, gehört deren Mangel an Kapazitäten zur sinnvollen Nutzung der zur Verfügung gestellten Mittel sowie ihr vergleichsweise geringer Anteil an der gesamten Armenbevölkerung. In der Praxis gründen sich die Verhaltensmuster vieler Geber bei der Mittelvergabe häufig auf historische Beziehungen mit bestimmten Ländern und sind im zeitlichen Verlauf nur geringen Veränderungen unterworfen.

Bei der sektoralen Verteilung der ODA-Leistungen muss ebenfalls zwischen verschiedenen Optionen abgewogen werden. Obwohl eine Erhöhung der Aufwendungen für soziale Grunddienste wünschenswert ist, wird die Kopenhagener 20/20-Initiative zwar von einigen Gebern unterstützt, von anderen jedoch als zu „inputbezogen“ angesehen. Dem Aufbau von produktiven Sektoren kommt ebenfalls große Bedeutung zu. Welche Ausgaben letztlich als armutsmindernd gelten können, hängt stark

von dem jeweiligen Kontext, d.h. dem politischen, institutionellen und allgemeinen Umfeld, ab.

Die Geber halten es mehr und mehr für unbefriedigend, ihren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung und zur Armutsbekämpfung an Input-Faktoren zu messen, als entscheidend wird vielmehr zunehmend die Wirksamkeit der EZ-Leistungen angesehen, wie sie in den vor Ort erzielten Ergebnissen, insbesondere in Bezug auf die Armutsbekämpfung, zum Ausdruck kommt.

b) Partnerschaftsansätze

Es bieten sich jetzt mehr Möglichkeiten, Entwicklungspartnerschaften in den Ländern aufzubauen, die in den PRSP-Prozess, Sektorkonzepte und ähnliche auf die Prinzipien des Umfassenden Entwicklungsrahmens (CDF) gegründete Partnerschaftsformen eingebunden sind, d.h. integrierte nationale Strategien, die von den Regierungen der betreffenden Länder selbst mit breiter Konsultation ausgearbeitet wurden².

Diese Strategien haben auf Seiten der Geber ein breites Spektrum an Reaktionen hervorgerufen. Nicht alle Geber beteiligen sich in gleichem Umfang an PRSP-Konzepten, da sie unterschiedliche regionale Schwerpunkte setzen und die Modalitäten der bilateralen Beteiligung sowie der Strategien selbst noch in der Entwicklung begriffen sind. Es herrscht jedoch zunehmend Übereinstimmung, dass Sektoranalysen und Geberkoordination innerhalb eines gemeinsamen Rahmens durchgeführt werden müssen. Einzelprojekte haben in einem solchen Kontext noch immer ihre Berechtigung.

Die Konzepte der Gemeinschaftsfinanzierung, der makroökonomischen Budgethilfe und der Sektorprogrammhilfe sind weiterhin stark umstritten. Auf der praktischen Ebene indessen kommen sich die Positionen wesentlich näher, denn viele Geber setzen diese Instrumente auf der Grundlage einer Beurteilung ihrer Eignung im jeweiligen Umfeld ein. Auch zeichnet sich ein Konsens in Bezug auf die Notwendigkeit ab, Kapazitäten für das Finanzmanagement vor Ort aufzubauen und die Effizienz und die Risiken dieser Instrumente im Vergleich zu anderen realistisch zu bewerten.

Für alle Geber stellt sich zunehmend die Frage der Transaktionskosten einer effektiven Beteiligung an Partnerschaften und Sektorvereinbarungen. Hier kann im Vergleich zu rein bilateralen Anstrengungen zwar eine größere Hebelwirkung erzielt werden, Partnerschaften erfordern jedoch qualifiziertes Personal und die Bereit-

schaft, sich in langfristigen Beziehungen zu engagieren. Die Harmonisierung der EZ-Leistungen stellt für alle Geber nach wie vor eine Herausforderung dar. Sektorkonzepte und der PRSP-Prozess bieten theoretisch eine Gelegenheit, sich den Vorgehensweisen der Partnerländer anzupassen. In der Praxis sind auch allgemeinere Praktiken und Anforderungen der Geberregierungen zu berücksichtigen.

Die Geber sehen die multilaterale EZ traditionell als ein wichtiges Instrument an, und einige unter ihnen leiten ihre Leistungen zunehmend über diese Kanäle. Andere Geber stellen deren Vorteil gegenüber bilateralen Instrumenten hingegen in Frage und untersuchen systematisch, wie effizient die verschiedenen multilateralen Kanäle im Umgang mit besonderen Situationen oder Politikfragen sind.

c) Politikkohärenz

Die Geber haben ihren eigenen Bedingungen entsprechend sehr unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie größere Kohärenz zwischen den Entwicklungszielen und sämtlichen Bereichen der staatlichen Politik, die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer haben, zu erreichen ist. Alle Geber sind sich jedoch darüber einig, dass es sich hier um ein vorrangiges Anliegen der internationalen Staatengemeinschaft, ihrer eigenen internen Systeme sowie der Partnerländer handeln muss.

Auf internationaler Ebene wurden in der jüngsten Zeit bei dem Bestreben um Politikkohärenz in den Bereichen Lieferaufbindung von EZ-Leistungen und Schuldenerleichterung größere Fortschritte erzielt, wenngleich es noch einige Zeit dauern wird, bevor die Vorteile dieser Initiativen in der Praxis voll zum Tragen kommen. Auch in den Bereichen der Handels- und Umweltpolitik wurden mehr Anstrengungen unternommen, vorwiegend in internationalem Rahmen, z.T. aber auch durch bilaterale Initiativen. Die Ereignisse der jüngsten Zeit gaben bereits Anstoß zu verstärkten Aktivitäten in einer Reihe von Problembereichen wie Rüstungsexporte, Drogenhandel und Geldwäsche, die im Zusammenhang mit Konfliktverhütung und Terrorismusbekämpfung stehen.

In den Geberländern besitzt die Entwicklungszusammenarbeit in der Regel keinen hohen politischen Stellenwert, so dass es wenig Beispiele für Fälle gibt, in denen das Anliegen der Politikkohärenz gegenüber wichtigen nationalen Interessen den Sieg davongetragen hätte. Einige Mitglieder haben Mechanismen zur Gewährleis-

tung der Politikkohärenz zwischen den verschiedenen Regierungsressorts eingerichtet. Manche Aspekte der Politikkohärenz erfordern intensive politische Prozesse.

d) Erfolgskontrolle

Die Evaluierungssysteme haben sich in mehrerer Hinsicht positiv entwickelt, sie sind jetzt z.B. stärker ergebnis- und weniger prozessorientiert, die Berichterstattung hat sich verbessert und den Konsequenzen für weitere Aktionen wird mehr Aufmerksamkeit beigemessen. Es gibt jedoch immer noch Schwachstellen. Es ist schwierig, ein Gleichgewicht zwischen der Funktion der unabhängigen Rechenschaftslegung und der Funktion des internen Lernprozesses zu finden, und oft wird einem effektiven Feedback und einer weitgehenden Verbreitung der Ergebnisse keine hinreichende Aufmerksamkeit zuteil (vgl. den nächsten Abschnitt).

Wenngleich die Internationalen Entwicklungsziele, die inzwischen in die Millenniums-Entwicklungsziele integriert wurden, zu einem wichtigen Bezugspunkt geworden sind, gibt es bisher doch nur sehr wenig Geber, die diese Ziele in ihre Evaluierungssysteme systematisch einbeziehen.

e) Bereitstellung von ODA-Leistungen

Bei der Entwicklung der ODA-Leistungen ergibt sich ein uneinheitliches Bild. Die meisten Geber haben ihre ODA erhöht, einige sogar erheblich. Insgesamt ist jedoch ein Abwärtstrend zu verzeichnen, der sich durch die geringe politische Unterstützung und in einigen großen Geberländern zudem durch Sonderfaktoren erklärt.

Wachsendes Interesse gilt der Frage, wie in der Politik und der Öffentlichkeit Unterstützung für die ODA-Leistungen gewonnen werden kann. Die Geber schätzen die Bedeutung der Wahrung einer klaren nationalen Identität in den EZ-Programmen als Grundlage für die Unterstützung der Bevölkerung sehr unterschiedlich ein.

4. Bewertung der Fortschritte in den Evaluierungssystemen

Bei den jüngsten Länderprüfungen galt der Weiterentwicklung der Evaluierungssysteme gebührende Aufmerksamkeit. Dieser Abschnitt bezieht sich auf die Prüfungen, die 2000 für Frankreich, Italien, Neuseeland, Schweden und die Schweiz sowie 2001 für Belgien,

Deutschland, die Niederlande, Portugal und das Vereinigte Königreich durchgeführt wurden. Die hier dargestellte Analyse umfasst auch die Kommentare der Vertreter der Prüferländer während des Prüfungsprozesses und gibt somit die allgemeineren Anliegen des DAC wieder.

Zur Vorbereitung der Länderprüfungen sendet der DAC der jeweiligen Entwicklungsorganisation einen Fragebogen, der auch einen Komplex von Fragen zu Evaluierung und Ergebnismessung enthält. Neben einigen Standardfragen im Zusammenhang mit den DAC-Grundsätzen und ganz bestimmten, an der besonderen Situation des geprüften Landes ausgerichteten Fragen gibt es Fragen allgemeinerer Art, die wie folgt aussehen können:

- Wie versucht die Organisation, eine ergebnisorientierte Kultur innerhalb des gesamten EZ-Systems aufzubauen? Wie werden die Ergebnisse von der Organisation für den Lernprozess genutzt und wie wird mit den gewonnenen Informationen verfahren?
- Welche Probleme stellten sich bei der Messung der Ergebnisse?
- Welche Regelungen bestehen für Monitoring- und Evaluierungsaktivitäten in den verschiedenen Einrichtungen des EZ-Systems?
- Wie werden andere Akteure in den Monitoring- und Evaluierungsprozess einbezogen?
- Welche Aufmerksamkeit kommt der Weitergabe der Ergebnisse an die Öffentlichkeit, die Partnerländer und andere Geberstellen zu?

Die Tatsache, dass die Geber zunehmend zu einem ergebnisorientierten Ansatz übergehen, anstatt sich auf den Input zu konzentrieren, stellt eine begrüßenswerte Entwicklung dar. Allerdings ist klar, dass sich diese Neuausrichtung noch nicht im gesamten Gebersystem niedergeschlagen hat, das generell nicht die Merkmale einer „lernenden Organisation“ aufweist.

Für alle Geber ist es besonders schwierig, eine angemessene Balance zwischen Rechenschaftslegung und Lernprozess zu finden. Die Funktion der Rechenschaftslegung erfordert eine hoch qualifizierte Evaluierungseinheit, die von den operativen Abteilungen unabhängig ist und dem zuständigen Minister, dem Behördenleiter oder dem Aufsichtsrat Bericht erstattet. Im Bewusstsein der Notwendigkeit einer Stärkung seines

Systems der Rechenschaftslegung hat Belgien vor kurzem einen Sonderbeauftragten für Evaluierung ernannt, der in seiner Berichterstattung nicht an den üblichen Dienstweg gebunden ist. In Bezug auf den Lernprozess muss ein System vorhanden sein, das auf sorgfältiger Verlaufsbeobachtung basiert und bei dem die Berichterstattung an die obere Führungsebene erfolgt. Deutschland hat in den letzten Jahren Anstrengungen unternommen, um engere Verbindungen zwischen dem Evaluierungssystem und anderen Mechanismen der Qualitätssicherung herzustellen, die in einen kontinuierlichen internen Veränderungsprozess münden sollen. Unter Qualitätsaspekten müssen jedoch fast alle Geber entweder ihre Rechenschaftslegung nach außen oder ihr internes Wissensmanagement und manchmal sogar beides verbessern. Ein weiteres Problem, das vielen Evaluierungssystemen gemeinsam ist, besteht in der mangelnden Effizienz bei der Verbreitung und Nutzbarmachung der Ergebnisse für die gesamte Entwicklungsgemeinschaft.

Die Einbeziehung anderer Akteure in den Evaluierungsprozess ist bisher eher eine Seltenheit. Es gibt jedoch einige interessante Beispiele für Versuchsprojekte zur gegenseitigen Beurteilung der Geber. So hat Frankreich ein japanisches Projekt und Japan ein französisches Projekt bewertet. Mehrere Geber haben zudem vereinbart, gemeinsame Evaluierungen durchzuführen (namentlich Frankreich, Deutschland, Japan und das Vereinigte Königreich). In den Partnerländern arbeiten verschiedene Geber auf Sektorebene immer häufiger zusammen, was zu mehr gemeinsamen Evaluierungen führt. Diese Ansätze tragen zur Schaffung eines kooperativen Lernumfelds für die Erfolgsbeurteilung bei und helfen bei der Behandlung von Fragen, die sich im Rahmen von Gemeinschaftsanstrengungen stellen.

Der Aufbau effizienter Evaluierungssysteme stellt für alle Geber eine Herausforderung dar. Häufig sind die Evaluierungseinheiten personell unterbesetzt (so z.B. in Italien, den Niederlanden und einer Reihe anderer Länder), und es sind bereits Maßnahmen zur Reform dieser Systeme im Gange oder in der Planung (u.a. in Belgien, Deutschland und Italien). Vor besonderen Schwierigkeiten beim Aufbau effizienter Evaluierungssysteme stehen kleinere EZ-Stellen (z.B. in Portugal). Die Gemeinkosten solcher Systeme scheinen im Verhältnis zu den eigentlichen EZ-Mitteln übermäßig hoch. Die Länderprüfung Neuseelands zeigte jedoch, wie eine kleine EZ-Stelle effizient arbeiten kann, indem sie die Ziele des Evaluierungssystems beachtet; um noch effektiver zu sein, müsste jedoch das Personal aufgestockt werden. Gemeinsame Arbeiten, z.B. im Rahmen des DAC oder der Europäischen Union, könnten für solche kleineren

EZ-Stellen von großem Nutzen sein. In Geberländern, in denen die Entwicklungszusammenarbeit auf mehrere Ministerien und getrennte Durchführungsorganisationen verteilt ist, besteht nach wie vor das Problem effektiver systematischer Verknüpfungen zwischen diesen verschiedenen Stellen. Dieses Problem stellt sich für alle Geber auch in Bezug auf die Beziehungen zwischen den Aktivitäten vor Ort und der Arbeit in den Zentralstellen.

Für die größeren Geber besteht eine besondere Herausforderung darin, die Evaluierungen von der Projekt- auf die Programmebene zu verlagern, was im Rahmen von PRSP und Sektorkonzepten immer wichtiger wird. Auf Programmebene ist es schwierig, die erzielten Erfolge bestimmten Aktionen einzelner Geber zuzuordnen, die an gemeinsamen Anstrengungen teilnehmen. Einige Geber (z.B. Belgien, die Niederlande und das Vereinigte Königreich) haben sich bereit erklärt, ihre eigenen Aktivitäten innerhalb der Gemeinschaftsanstrengungen nicht mehr gesondert hervorzuheben und sich stattdessen auf die Bewertung der Gesamtergebnisse der gemeinsamen Anstrengungen zu konzentrieren. Auch Deutschland wäre bereit, seinen eigenen Beitrag weniger herauszustellen, was sich in einem Land, in dem die Entwicklungszusammenarbeit in der Bevölkerung seit jeher nur begrenzte Unterstützung findet, allerdings als schwierig erwiesen dürfte. Als Argument könnte hier auch angeführt werden, dass der bilateralen Kooperation ein positiver Effekt innewohnt, der sich auf langjährige Beziehungen mit den jeweiligen Partnerländern gründet und der verloren gehen könnte, wenn die nationale Identität und das Engagement der jeweiligen Bevölkerung im Rahmen der EZ-Beziehungen deutlich reduziert wird.

5. Tendenzen bei den ODA-Leistungen im Jahr 2000

a) Endgültige ODA-Daten für 2000

Die EZ-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder an Entwicklungsländer (öffentliche Entwicklungszusammenarbeit – ODA) beliefen sich im Jahr 2000 auf 53,7 Mrd. US-\$ und lagen damit etwas über dem vorläufigen Wert von 53,1 Mrd. US-\$. In realer Rechnung haben sich die Leistungen gegenüber 1999 kaum verändert, hier ergab sich ein Minus von 0,4%. Es wäre sogar eine leichte Zunahme zu verzeichnen gewesen, wenn nicht einige Länder aus der Liste der ODA-Empfänger herausgenommen worden wären. (Vgl. Tabelle IV.1. und Abb. IV.1. Der Statistische Anhang enthält eine aktualisierte Liste der ODA-berechtigten Länder.)

Kasten IV.2 Ergebnisse der jüngsten Länderprüfungen in Bezug auf die Evaluierungssysteme

Positive Punkte

- Generelles Einvernehmen unter den Gebern, dass die Aufmerksamkeit stärker auf die Ergebnisse als auf den Input gerichtet werden muss. Mehrere Geber haben im Zuge umfassenderer Reformen des öffentlichen Sektors ein ergebnisorientiertes Management eingeführt.
- Schwerpunktverlagerung von Projektbeurteilungen auf breiter angelegte sektorbezogene oder thematische Untersuchungen.
- Konzentration darauf, aus den gewonnenen Erfahrungen Lehren zu ziehen und entsprechende Empfehlungen für laufende und zukünftige Operationen zu formulieren, anstatt sich in Beschreibungen früher aufgetretener Probleme zu ergehen. Einige Geber nutzen die Evaluierungsergebnisse auch effektiv als Informationsgrundlage für ihre eigenen internen Veränderungsprozesse.
- Benutzerfreundliche und kürzere Berichte.

Kritikpunkte

- Neutralität und Unabhängigkeit der Evaluierungssysteme gegenüber dem operativen Management sind vielfach nicht gewährleistet.
- Weiterhin Schwachstellen in Bezug auf eine effiziente Verlaufsbeobachtung und Selbstbeurteilung. Manche Systeme werden den DAC-Grundsätzen nicht gerecht und verfügen über zu wenig Personal.
- Mangelndes Gleichgewicht zwischen internem Lernprozess und Rechenschaftslegung nach außen.
- Unzureichende Aufmerksamkeit für wirksames Feedback, Verbreitung der Ergebnisse und Lernprozesse, insbesondere in den Partnerländern und -institutionen.
- Zu lange Zeitspannen zwischen der Beurteilung und der Weitergabe der Ergebnisse sowie der Veröffentlichung der Evaluierungsberichte.
- Ungenügende Einbeziehung der Empfänger.
- Zu wenig gemeinsame Evaluierungen.

Gewonnene Erkenntnisse

- Sich zu einer „lernenden Organisation“ zu entwickeln, auch durch die Förderung einer Evaluierungskultur oder anders gesagt eines ergebnisorientierten Managements, stellt für alle Geber eine Herausforderung dar, vor allem wegen der Schwierigkeiten, die erforderlichen Verbindungen innerhalb des Systems zwischen Vorfeldorganisationen und Zentralen sowie zwischen verschiedenen institutionellen Akteuren herzustellen.
- Es ist grundsätzlich notwendig, Monitoring und Selbsteinschätzung für institutionelles Lernen strategisch mit einer unabhängigen Bewertung zum Zweck der Rechenschaftslegung gegenüber Außenstehenden zu verknüpfen.
- Wenngleich Evaluierungen ausgewählter Projekte weiterhin wesentliche Bausteine sind, müssen darüber hinaus auch Bewertungen durchgeführt werden, die sich auf Sektoren, Länder und Prozesse erstrecken.
- Es stellt sich zunehmend die Notwendigkeit gemeinsamer Evaluierungen.
- Es müssen geeignete methodische Instrumente für die Bewertung von PRSP und sektorbezogener Programmhilfe entwickelt werden, um nützliche, von angemessenen Indikatoren abgeleitete Informationen für die weiteren Aktionen und die Entscheidungsfindung zeitgerecht bereitstellen zu können.
- Den lokalen Gemeinwesen und den Armenorganisationen muss eine verstärkte Rolle im Monitoring- und Evaluierungsprozess zugewiesen werden.

Tabelle IV.1 ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder, 1999 und 2000

| | 2000 | | Reale Veränderung in % 1999-2000 ² | Reale Veränderung in % 1999-2000, ohne Effekt von Änderungen in der Liste der ODA-Empfänger ³ | 1999 | | Reale Veränderung in % 1998-1999 ² |
|--|----------------|---------------------------|--|---|----------------|---------------------------|--|
| | ODA Mio. \$ | ODA/BNE % ¹ | | | ODA Mio. \$ | ODA/BNE % ¹ | |
| Australien | 987 | 0.27 | 8.4 | 8.4 | 982 | 0.26 | -1.5 |
| Österreich | 423 | 0.23 | -8.3 | -8.3 | 527 | 0.26 | 19.6 |
| Belgien | 820 | 0.36 | 22.8 | 22.8 | 760 | 0.30 | -11.1 |
| Kanada | 1 744 | 0.25 | -1.4 | -1.4 | 1 706 | 0.28 | -1.5 |
| Dänemark | 1 664 | 1.06 | 7.3 | 7.3 | 1 733 | 1.01 | 2.9 |
| Finnland | 371 | 0.31 | 0.1 | 0.1 | 416 | 0.33 | 9.1 |
| Frankreich | 4 105 | 0.32 | -16.3 | -3.2 | 5 639 | 0.39 | 2.3 |
| Deutschland | 5 030 | 0.27 | 5.9 | 6.2 | 5 515 | 0.26 | 2.2 |
| Griechenland | 226 | 0.20 | 35.0 | 35.0 | 194 | 0.15 | 8.9 |
| Irland | 235 | 0.30 | 5.6 | 5.6 | 245 | 0.31 | 25.2 |
| Italien | 1 376 | 0.13 | -13.8 | -13.4 | 1 806 | 0.15 | -18.4 |
| Japan | 13 508 | 0.28 | -15.1 | -16.1 | 15 323 | 0.34 | 27.1 |
| Luxemburg | 127 | 0.71 | 18.7 | 18.7 | 119 | 0.66 | 8.3 |
| Niederlande | 3 135 | 0.84 | 12.2 | 18.8 | 3 134 | 0.79 | 5.6 |
| Neuseeland | 113 | 0.25 | -3.1 | -2.9 | 134 | 0.27 | 4.2 |
| Norwegen | 1 264 | 0.80 | -9.6 | -9.6 | 1 370 | 0.90 | 0.5 |
| Portugal | 271 | 0.26 | 10.5 | 10.5 | 276 | 0.26 | 7.7 |
| Spanien | 1 195 | 0.22 | -2.1 | -2.1 | 1 363 | 0.23 | 0.7 |
| Schweden | 1 799 | 0.80 | 21.4 | 21.4 | 1 630 | 0.70 | 7.2 |
| Schweiz | 890 | 0.34 | 0.4 | 0.4 | 984 | 0.35 | 13.0 |
| Vereinigtes Königreich | 4 501 | 0.32 | 37.9 | 37.9 | 3 426 | 0.24 | -11.2 |
| Vereinigte Staaten | 9 955 | 0.10 | 6.7 | 6.3 | 9 145 | 0.10 | 2.5 |
| DAC INSGESAMT | 53 737 | 0.22 | -0.4 | 0.9 | 56 428 | 0.24 | 6.5 |
| Durchschnittsleistungen je Land | | 0.39 | | | | 0.39 | |
| <i>Nachrichtliche Positionen zu den obigen Gesamtzahlen:</i> | | | | | | | |
| 1. EG-Leistungen | 4 912 | | 13.4 | 13.7 | 4 937 | | -0.6 |
| 2. EU-Länder insgesamt | 25 277 | 0.32 | 5.8 | 9.7 | 26 784 | 0.32 | -0.5 |
| 3. G7-Länder | 40 219 | 0.19 | -3.0 | -1.7 | 42 561 | 0.21 | 7.2 |
| 4. Nicht-G7-Länder | 13 519 | 0.45 | 7.5 | 8.9 | 13 867 | 0.44 | 4.3 |

- Die DAC-Mitglieder haben sich nach und nach auf das neue System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung umgestellt, in dem das BSP durch das BNE ersetzt wurde. Da das BNE im Allgemeinen höher ausgewiesen wird als das BSP, liegen die ODA/BNE-Verhältnisse geringfügig über den zuvor angegebenen ODA/BSP-Verhältnissen.
- Unter Berücksichtigung von Inflation und Wechselkursbewegungen.
- Aruba, Französisch-Polynesien, Gibraltar, Korea, Libyen, Macau, die Niederländischen Antillen, Neukaledonien, die Nördlichen Marianen und die Jungferninseln (UK) wurden mit Wirkung vom 1. Januar 2000 von Teil I der DAC-Liste der Leistungsempfänger (ODA-Empfänger) in Teil II der Liste (OA-Empfänger) transferiert.

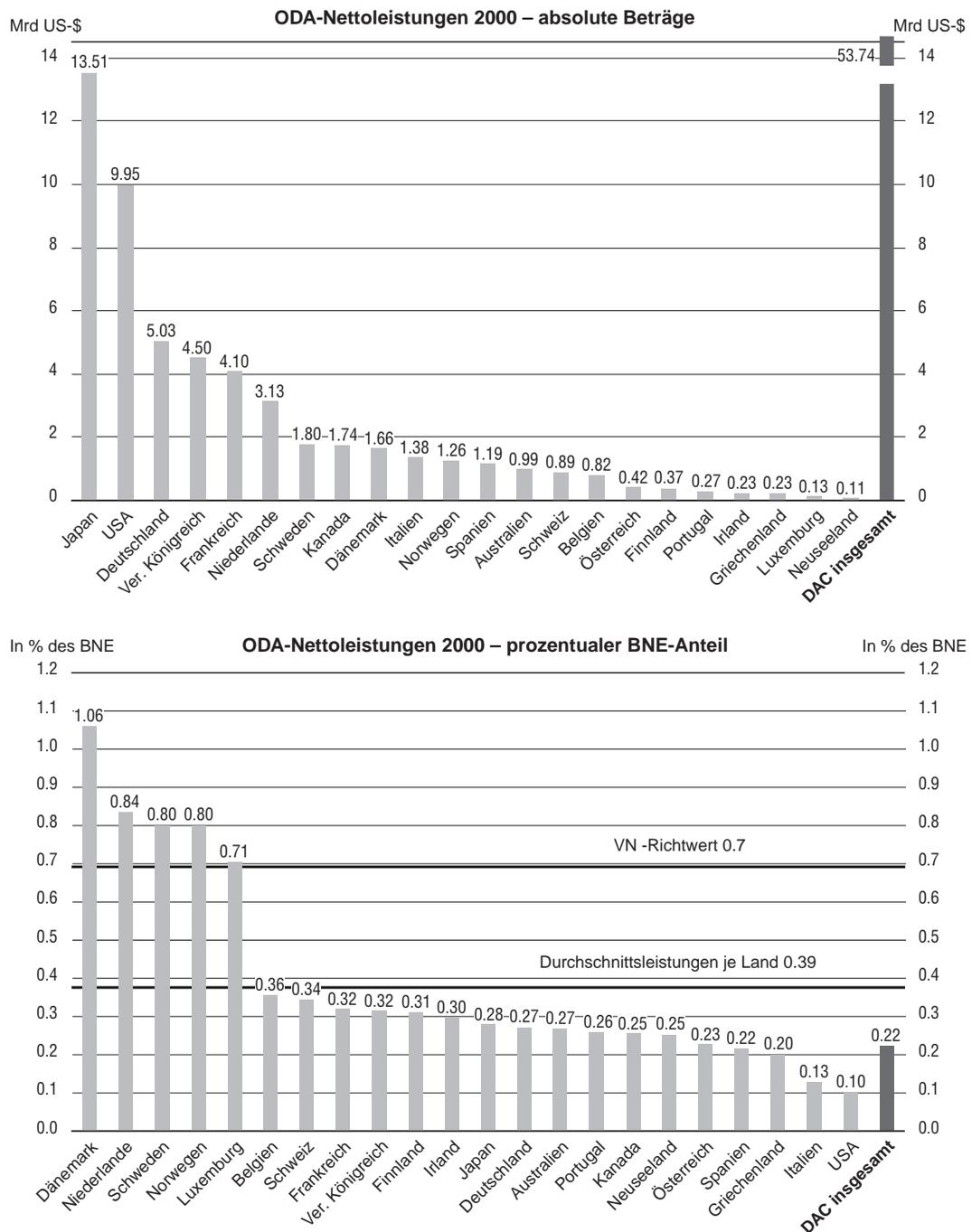
Auf Grund des kräftigen Wirtschaftswachstums von 3,7% nahm das BNE der DAC-Mitglieder im Jahr 2000 stärker zu, was wiederum einen Rückgang des ODA/BNE-Verhältnisses von 0,24% auf 0,22% zur Folge hatte. Luxemburg kam zur Gruppe der wenigen Länder – Dänemark, Niederlande, Norwegen und Schweden – hinzu, die als einzige den von den Vereinten Nationen seit langem vorgegebenen ODA-Richtwert von 0,7% des Nationaleinkommens erreichten.

Als weitere wichtige Entwicklungen im Jahr 2000 sind u.a. folgende festzuhalten:

- Vierzehn der 22 DAC-Mitglieder meldeten für 2000 einen realen Anstieg ihrer ODA-Leistungen, während die Durchschnittsleistung der DAC-Mitglieder (d.h. der ungewichtete Durchschnitt ihrer ODA/BNE-Quoten) bei 0,39% verharrte.

- Japans ODA-Leistungen gingen um 1,8 Mrd. US-\$ zurück (15% in realer Rechnung); berichtigt um die 1999 im Gefolge der Asienkrise getätigten außerordentlichen Zahlungen in Höhe von 3 Mrd. US-\$ ergibt sich bei der japanischen ODA zwischen 1998 und 2000 jedoch eine tendenzielle Zunahme um rd. 8%.

Abbildung IV.1 ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder 2000



Quelle: OECD.

- Frankreichs ODA-Leistungen sanken um 1,5 Mrd. US-\$ (16% in realer Rechnung), was allerdings zum größten Teil auf die Herausnahme von Französisch-Polynesien und Neukaledonien aus der Liste der ODA-berechtigten Länder und Territorien sowie auf Wechselkursschwankungen zurückzuführen ist. Berücksichtigt man diese Faktoren, beträgt der Rückgang real nur 3,2%. Frankreich ist unter den G7-Ländern nach wie vor das Land mit dem höchsten ODA/BNE-Verhältnis (0,32%), teilt sich diesen Platz jedoch seit dem Jahr 2000 mit dem Vereinigten Königreich.

- Die ODA-Leistungen des Vereinigten Königreichs erhöhten sich um 38%, z.T. wegen des Terminkalenders für die Beiträge an multilaterale Stellen, durch den das ODA-Volumen 1999 künstlich niedrig gehalten wurde, aber auch auf Grund der vom Vereinigten Königreich eingegangenen Verpflichtung, seine ODA-Mittel deutlich aufzustocken. Insgesamt wurde in den beiden Jahren 1999 und 2000 ein realer Anstieg um 22% verzeichnet.

- Die ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder nahmen leicht zu, denn ihr Anteil an den DAC-Gesamtleistungen erhöhte sich von 19% im Jahr 1999 auf 22% im Jahr 2000, sie blieben jedoch weit hinter dem im Zeitraum 1989-1990 erreichten Niveau von 27% zurück.

b) Ausblick

Mehrere DAC-Mitglieder, darunter Kanada, Griechenland, Irland, Schweden, die Schweiz und das Vereinigte Königreich, haben sich spezifische Ziele für eine kurz- oder mittelfristige Steigerung ihrer ODA-Leistungen gesetzt. Andere Länder, wie die Niederlande und Norwegen, halten an ihren Zielvorgaben für das ODA/BNE-Verhältnis fest, was bedeutet, dass sie die Leistungen entsprechend ihrem Wirtschaftswachstum real ausweiten werden. Deutschland hat für 2002 einen realen Anstieg der ODA-Leistungen im Entwicklungshaushalt angekündigt, mit dem sich der jüngste Aufwärtstrend fortsetzen würde.

Beim zweitgrößten Geber, den Vereinigten Staaten, war im Jahr 2000 eine Zunahme der ODA-Leistungen um real 7% zu verzeichnen, was jedoch ohne Auswirkungen auf das ODA/BNE-Verhältnis blieb, das bei 0,10% verharrte. Dem Kongress wurden Vorschläge unterbreitet, für ODA-Leistungen auf mittlere Sicht höhere Mittel zu bewilligen. In den Vereinigten Staaten findet weiterhin eine lebhafte Debatte darüber statt, wie

die ODA-Leistungen wirksamer eingesetzt werden können, insbesondere durch verstärkte Partnerschaften mit dem privaten Sektor, darunter auch Stiftungen. Beim größten Geber, Japan, wird angesichts der generellen Bemühungen um Reduzierung des Haushaltsdefizits mit einem Rückgang der ODA-Leistungen gerechnet.

Es gibt sehr unterschiedliche Meinungen darüber, welchen Beitrag die ODA zur Eindämmung des Terrorismus leisten könnte. Unter den DAC-Mitgliedern herrscht jedoch weithin Einvernehmen sowohl über die Notwendigkeit von ODA-Leistungen zur Bekämpfung der Armut als über den besonderen Bedarf, der in Afghanistan und anderen Ländern der Region besteht.

Auf der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung, die im März 2002 in Monterrey, Mexiko, stattfinden soll, wird eine weitgehende Einigung über einen integrierten Ansatz in der Entwicklungsfinanzierung angestrebt, wobei verantwortungsvolles staatliches Handeln als Grundvoraussetzung für die Mobilisierung umfangreicher öffentlicher und privater Finanzströme aus inländischen wie ausländischen Quellen, einschließlich Direktinvestitionen und tragbarer Schuldenfinanzierung, angesehen wird. Die Konferenz wird sich auch mit den Forderungen nach deutlichen Steigerungen des Volumens und der Effizienz von ODA-Leistungen befassen, um die Anstrengungen zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu unterstützen.

c) Schuldenerleichterungen

Derzeit werden große Anstrengungen unternommen, um die Schuldentilgungslast der HIPC-Länder zu reduzieren. In der Mehrzahl sind dies die am wenigsten entwickelten Länder in Subsahara-Afrika. Ein erheblicher Teil ihrer Verbindlichkeiten besteht gegenüber internationalen Finanzinstitutionen; ODA-Darlehen, Bankkredite und Exportkredite von DAC-Mitgliedsländern fallen jedoch ebenfalls ins Gewicht.

Der HIPC-Prozess zielt ausdrücklich darauf ab, die Schulden auf ein tragbares Niveau zu reduzieren und die Länder letzten Endes in die Lage zu versetzen, auf einer nachhaltigen Basis Zugang zu internationalen Finanzierungsmitteln zu erhalten. Zu diesem Zweck wurde die Initiative erweitert, um zusätzliche Entlastungen zu ermöglichen, und zugleich beschleunigt, um die Zeitspanne zwischen dem *Decision Point* und dem *Completion Point* zu verringern. Ein Teil der Schuldenerleichterungen wird somit vorgezogen werden, um eine raschere

Wirkung zu erreichen, was in den nächsten Jahren zu einem etwas höheren Anteil der Schuldenerleichterungen an den ODA-Leistungen führen dürfte.

Die Zusammenhänge zwischen Schuldenerleichterungen bzw. -erlassen und ODA-Leistungen sind komplex. In Presseberichten über Entschuldungsmaßnahmen zu Gunsten der HIPC-Länder wird häufig die Gesamtsumme der Schulden hervorgehoben, die von der Initiative betroffen sein könnten und die derzeit auf bis zu 50 Mrd. US-\$ geschätzt werden. Dies entspricht dem Gegenwartswert des Schuldenvolumens, das nicht

zurückgezahlt werden muss. Die im Rahmen der HIPC-Initiative gewährten Schuldenerleichterungen machen jedoch nur einen sehr geringen Teil der jährlichen ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder aus (vgl. Tabelle IV.2), was auf folgende Faktoren zurückzuführen ist:

- Das Gesamtvolumen der Schuldenerleichterungen für HIPC-Länder verteilt sich über einen Zeitraum von mehreren Jahren.
- Die internationalen Finanzinstitutionen setzen zur Finanzierung ihres Anteils an den Schuldenentlastungen für die HIPC-Länder 1. ihre eigenen Nettoeinnahmen

Tabelle IV.2 Anteil der Schuldenerleichterungen an den gesamten ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder im Jahr 2000

| | ODA- Nettoleistungen (Mio. \$) | ODA- Nettoschulden- erleichterungen ¹ (Mio. \$) | davon: <i>Bilateral</i> (Mio. \$) | Schulden- erleichterungen in % der ODA- Nettoleistungen | ODA- Nettoschulden- erleichterungen für HIPC-Länder ² (Mio. \$) | HIPC-Schulden- erleichterungen in % der ODA- Nettoleistungen |
|------------------------|--------------------------------------|---|---|--|--|---|
| Australien | 987 | 13 | 8 | 1.3 | 4 | 0.4 |
| Österreich | 423 | 56 | 56 | 13.2 | - | - |
| Belgien | 820 | 41 | 32 | 5.0 | 41 | 5.0 |
| Kanada | 1 744 | 87 | 12 | 5.0 | 78 | 4.5 |
| Dänemark | 1 664 | 27 | 11 | 1.6 | 20 | 1.2 |
| Finnland | 371 | - | 0 | - | - | - |
| Frankreich | 4 105 | 498 | 498 | 12.1 | 175 | 4.3 |
| Deutschland | 5 030 | 235 | 211 | 4.7 | 150 | 3.0 |
| Griechenland | 226 | - | 0 | - | - | - |
| Irland | 235 | 3 | 0 | 1.5 | 3 | 1.5 |
| Italien | 1 376 | 239 | 217 | 17.3 | 204 | 14.8 |
| Japan | 13 508 | 460 | 414 | 3.4 | 254 | 1.9 |
| Luxemburg | 127 | - | 0 | - | - | - |
| Niederlande | 3 135 | 165 | 154 | 5.3 | 48 | 1.5 |
| Neuseeland | 113 | 2 | 0 | 1.4 | 2 | 1.4 |
| Norwegen | 1 264 | 28 | 9 | 2.2 | 19 | 1.5 |
| Portugal | 271 | 26 | 26 | 9.6 | 19 | 7.0 |
| Spanien | 1 195 | 17 | 17 | 1.4 | 8 | 0.6 |
| Schweden | 1 799 | 38 | 38 | 2.1 | - | - |
| Schweiz | 890 | 21 | 6 | 2.3 | 15 | 1.7 |
| Vereinigtes Königreich | 4 501 | 155 | 155 | 3.4 | 113 | 2.5 |
| Vereinigte Staaten | 9 955 | 125 | 125 | 1.3 | 27 | 0.3 |
| DAC INSGESAMT | 53 737 | 2 236 | 1 988 | 4.2 | 1 180 | 2.2 |

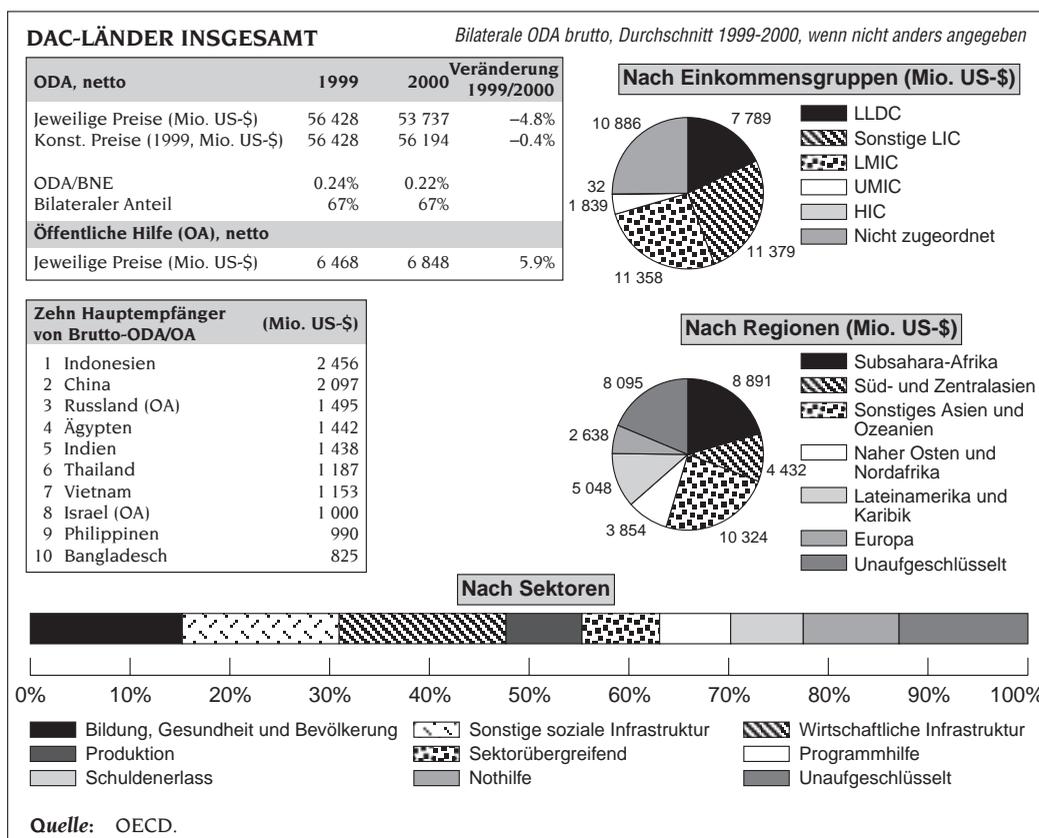
1. Umfasst: 1. *Bilateral*: Zuschüsse für den Erlass von ODA, sonstigen öffentlichen Leistungen (OOF) oder privaten Forderungen, andere Schuldentransaktionen wie Schuldenumwandlung, Forderungsrückkäufe oder Schuldendienstleistungen an Dritte sowie neue ODA im Zusammenhang mit konzessionären Umschuldungsvereinbarungen, abzüglich Ausgleichsbuchungen für den Erlass etwaiger als ODA verbuchter Darlehensbeträge und 2. *Multilateral*: Beiträge zum HIPC-Treuhandfonds (*Quelle*: Weltbank)
2. Bilaterale Schuldenerleichterungen für HIPC-Länder (umfasst sämtliche unter 1. aufgelistete Posten mit Ausnahme von Zuschüssen für andere Schuldentransaktionen), zuzüglich multilaterale Beiträge zur HIPC-Initiative.

aus anderen Darlehen und 2. Sonderbeiträge an den HIPC-Treuhandfonds ein, die zumeist von DAC-Mitgliedern aufgebracht werden. Diese Beiträge werden zu den ODA-Gesamtleistungen des DAC hinzugerechnet. Die von den Finanzinstitutionen verwendeten eigenen Mittel werden hingegen nicht in den ODA-Daten erfasst.

- Wenn DAC-Mitglieder Verbindlichkeiten erlassen, die nicht aus ODA-Krediten resultieren, entstehen neue ODA-Nettoleistungen. Bei einem Erlass oder Umschuldungen der Kapitalsumme von ODA-Krediten ist dies jedoch nicht der Fall, da diese Kredite bereits bei ihrer Auszahlung als ODA verbucht wurden.

6. Profile der einzelnen DAC-Mitglieder

Die Profile der einzelnen DAC-Mitglieder sind in alphabetischer Reihenfolge dargestellt, wobei für die Länder, die seit dem letzten Bericht über Entwicklungszusammenarbeit geprüft worden sind (Belgien, Deutschland, die Niederlande, Portugal und das Vereinigte Königreich), jeweils ein Kasten hinzugefügt wurde. Ein weiterer Kasten ist der gemeinsamen Beurteilung von drei in Mosambik tätigen Gebern gewidmet. Die Zahlenangaben zu den ODA-Gesamtleistungen beziehen sich auf das Jahr 2000, während die Daten über die Aufteilung der Leistungen vom Durchschnitt der ODA-Bruttoleistungen im Zeitraum 1999-2000 ausgehen.



Kasten IV.3 Gemeinsame Evaluierung der EZ-Programme Deutschlands, der Niederlande und des Vereinigten Königreichs in Mosambik

Prüfer: Australien, Deutschland, Europäische Gemeinschaft, Japan, Portugal und Schweiz

Der DAC führte eine gemeinsame Evaluierung der Aktivitäten dreier Geber in Mosambik durch, einem der ärmsten Länder, das in der jüngsten Zeit ein Strategiepapier zur Verringerung der Armut (PRSP) verabschiedet hat. Dieses Strategiepapier gibt den Rahmen für Geberaktivitäten vor und ist der Ausgangspunkt für intensive Koordinierungsanstrengungen auf nationaler und sektoraler Ebene. Die drei geprüften Geberländer fühlen sich zwar alle dem Ziel der Armutsbekämpfung verpflichtet, gehen die in Mosambik bestehenden Probleme jedoch auf unterschiedliche Weise an, was sich insbesondere an ihren jeweiligen Einstellungen zu Budgethilfe, Sektorkonzepten, Projektansätzen und technischer Zusammenarbeit zeigt. Sie haben in Mosambik auch unterschiedliche institutionelle Regelungen eingerichtet, um der Notwendigkeit der Geberkoordination und der lokalen Entscheidungsfindung Rechnung zu tragen. Aus den praktischen Erfahrungen dieser Länder, die sich auf allen Ebenen unzureichenden Kapazitäten der Regierungsstellen gegenübersehen und die darauf achten müssen, diese nicht über Gebühr zu belasten, lassen sich für alle Geber nützliche Erkenntnisse in Bezug auf die Koordinierungsanforderungen und die Probleme der Präsenz vor Ort ableiten.

Bei der Diskussion der Ergebnisse dieser Evaluierung im DAC zeigte sich, dass mehrere Ansätze zur Umsetzung einer gemeinsamen Vision der Partnerschaft, der lokalen Trägerschaft und der Armutsbekämpfung möglich sind, insbesondere in einem Land wie Mosambik.

Der Bericht über die gemeinsame Evaluierung gibt einen ersten Überblick über die zu ziehenden Lehren und wird als Beitrag zu den gemeinsamen Anstrengungen verstanden, sich mit den operativen Herausforderungen des allgemein anerkannten Partnerschaftsprinzips vertraut zu machen. Der Bericht stellt einige Erkenntnisse bezüglich der Koordination heraus und verdeutlicht, welchen Problemen alle in Mosambik tätigen Geber in folgenden Bereichen gegenüberstehen:

- Bedeutung der *geberseitigen Unterstützung* für die am wenigsten entwickelten Länder.
- Stärken der *Geberkoordination* und damit verbundene Belastungen. In Mosambik bestehen solide Mechanismen für die Geberkoordination. Zugleich müssen sich die Geber jedoch der Anforderung stellen, die Belastung für die Regierung des Landes und ihre eigenen Akteure zu reduzieren.
- *Kapazitätsaufbau und Sektorreformen*. Der sektorbezogene Ansatz begünstigt eine bessere Abstimmung unter allen Gebern. Er bietet zudem einen Rahmen für eine stärkere Unterstützung der Geber beim Aufbau lokaler Kapazitäten. Einige Geber stellen auch Budgethilfe zur Verfügung, um diese Anstrengungen zu fördern.
- *Lokale Trägerschaft und Befähigung zur Selbstbestimmung*. Mit der Geberkoordination und der Unterstützung des lokalen Kapazitätsaufbaus wird vor allem die Absicht verfolgt, selbstbestimmtes Handeln in der Entwicklungspolitik zu fördern. Nun scheint es aber, dass die angewandten Verfahren eher zu einer Schwächung der lokalen Trägerschaft geführt haben und dass mehr getan werden muss, um den demokratischen Rahmen zu stärken.
- *Kontinuität und Wandel in Projektansätzen und in der technischen Zusammenarbeit*. Diese Formen der Entwicklungszusammenarbeit spielen nach wie vor eine wichtige Rolle, die Art und Weise, wie sie ausgewählt und konzipiert werden, ändert sich jedoch mit dem Übergang zu Sektorstrategien, die vom Land selbst getragen werden.
- *Terminliche Anforderungen und Flexibilität*. Die drei geprüften Länder stellten fest, dass sie mehr Zeit und Flexibilität benötigen, um ihre Politik in diesem schwierigen Kontext umzusetzen.

AUSTRALIEN

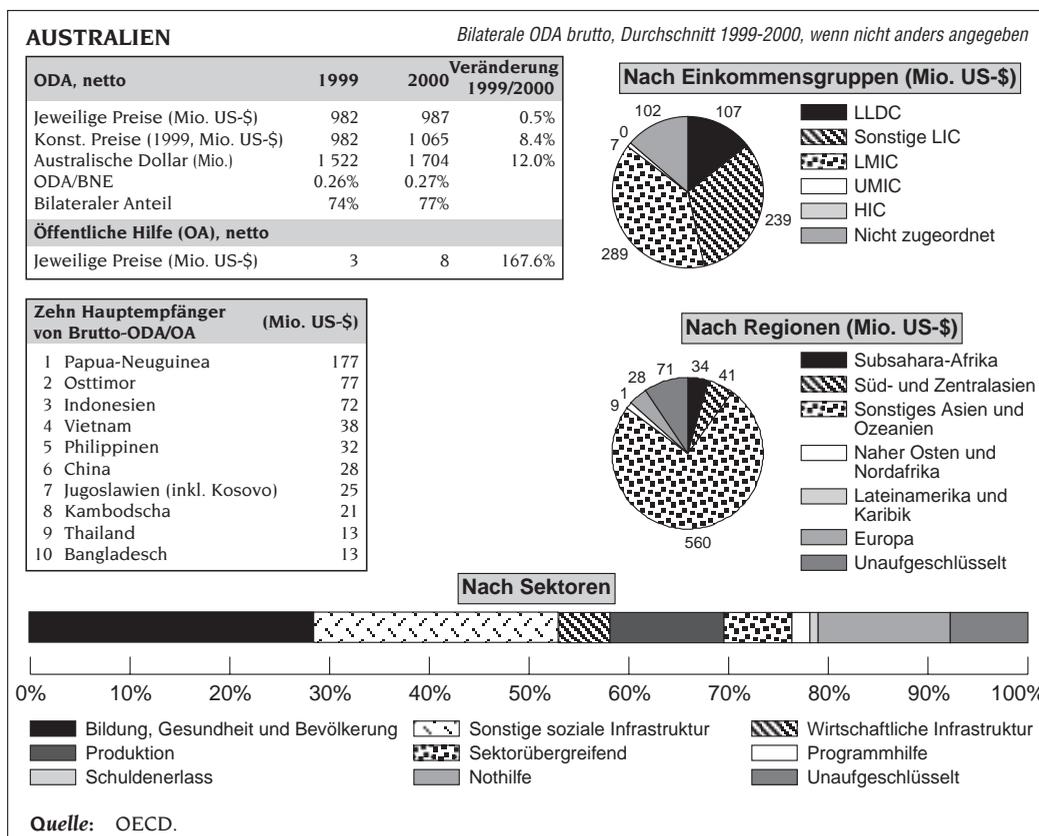
Die ODA-Leistungen Australiens stiegen im Jahr 2000 in realer Rechnung um 8,4% auf 987 Mio. US-\$, und das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich auf 0,27%. Das EZ-Programm ist sehr stark auf den asiatisch-pazifischen Raum konzentriert. Einige Partnerländer im asiatischen Raum wurden erneut als Länder der unteren Einkommensgruppe eingestuft. Die am wenigsten entwickelten Länder und sonstige Länder der unteren Einkommensgruppe erhielten 54% der bilateralen EZ-Leistungen. 46% gingen an Länder der mittleren Einkommensgruppe, davon aber nahezu zwei Drittel an Papua-Neuguinea, ein Land, das sehr nah an der Einkommensobergrenze der Länder der unteren Einkommensgruppe liegt.

Partnerschaftsansätze. Die australische Entwicklungszusammenarbeit orientiert sich an den in Konsultation mit Partnerländern entwickelten Strategien und wirkt an den sektorumfassenden Reformprozessen in Papua-Neuguinea, Osttimor und Kambodscha mit. Australien hat in diesen Ländern eine Strategie zur Stärkung der Zusammenarbeit mit anderen Gebern entwickelt und unter anderem auch mit Neuseeland eine gemeinsame Grundsatzklärung zur Harmonisierung im Pazifikraum ausgearbeitet.

Armutsbekämpfungspolitik. Im Februar 2001 nahm die australische Regierung für ihr EZ-Programm einen neuen Strategierahmen an, der den multidimensionalen Charakter der Armut widerspiegelt. In diesem Rahmen wird der Analyse der Armut große Bedeutung beigemessen, insbesondere für die strategische Konzeption der Länderprogramme, die ihrerseits die Entscheidungsgrundlage für die Planung der bilateralen EZ-Leistungen bildet.

Politikkohärenz. Die Krisen, die die Region in jüngster Zeit heimsuchten, haben verdeutlicht, wie wichtig die Politikkohärenz auf nationaler Ebene ist. Australien verfolgt auch weiterhin gemeinsame Strategien mit anderen Gebern durch Konsultationen auf lokaler Ebene sowie im eigenen Land, Tagungen der Geber über spezifische Länder wie auch multilaterale Foren.

Erfolgskontrolle. Nach Einschätzung Australiens sind die Internationalen Entwicklungsziele nützliche Referenzpunkte, die aber erhebliche Messprobleme aufwerfen, was ihren Wert als Planungsinstrument reduziert. Das australische EZ-Programm misst der Qualitätssicherung und Evaluierung, der Rechenschaftspflicht wie auch Ermittlung und Nutzung gesammelter Erfahrungen große Bedeutung bei. Australien fördert leistungsorientierte EZ-Modalitäten.



BELGIEN

Im Jahr 2000 stiegen die belgischen EZ-Leistungen auf 820 Mio. US-\$ bzw. 0,36% des BNE, was gegenüber 1999 (0,30%) einem deutlichen Zuwachs entsprach. Bei einer Konzentration der belgischen EZ-Leistungen auf Subsahara-Afrika (55%) gehen 70% der Mittel an die am wenigsten entwickelten Länder sowie Länder der unteren Einkommensgruppe.

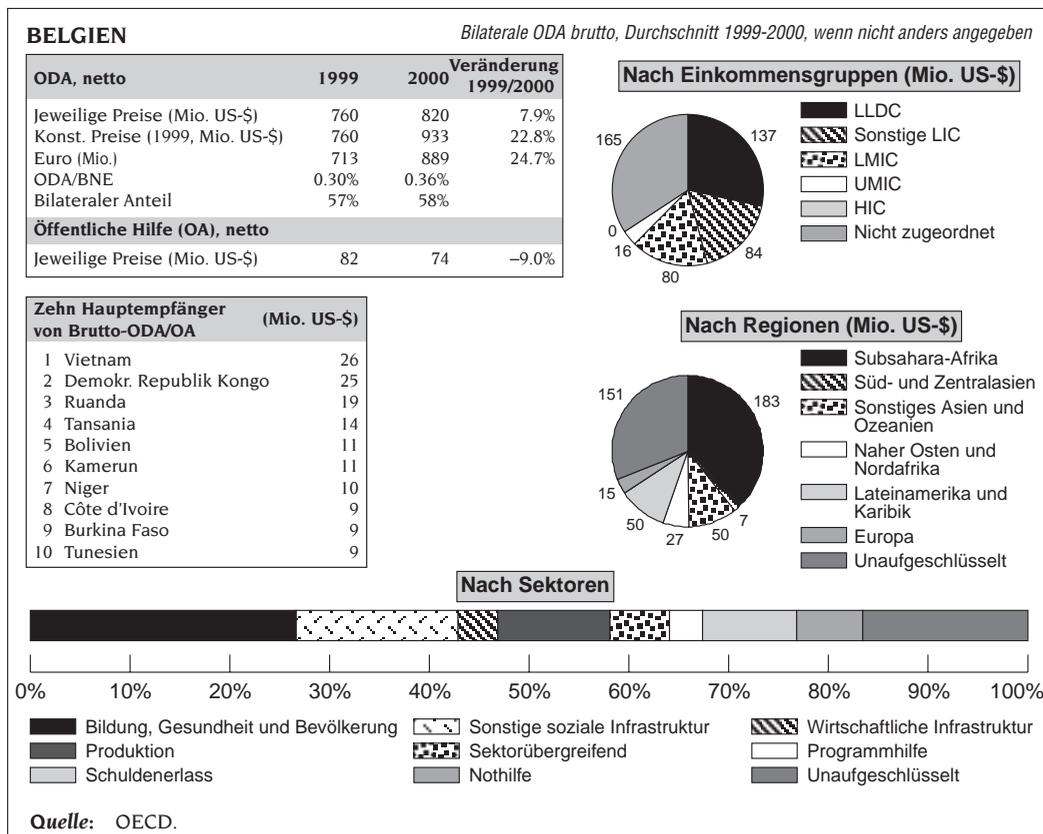
Partnerschaftsansätze. Belgien setzt sich für die Befähigung zur Übernahme von Verantwortung bzw. den Kapazitätsaufbau unter den Ärmsten ein, um deren Integration in demokratische Strukturen zu erleichtern. Infolgedessen achtet Belgien ganz besonders auf die Mitwirkung der Empfänger bei der Gestaltung und Umsetzung der Entwicklungsprogramme, was mithin auch eine stärkere Kohärenz zwischen der Politik des Geber- und des Partnerlands gewährleistet, wobei jeder Geber, der das Partnerschaftskonzept anwenden möchte, akzeptieren sollte, dass die eigenen Aktionen nicht mehr so stark ins Licht gerückt werden und weniger sichtbar sind.

Armutsbekämpfungspolitik. Diese spielt nach belgischer Auffassung bei der Gewährleistung einer nachhaltigen Ent-

wicklung eine zentrale Rolle. Armut wird hier sowohl unter quantitativen als auch qualitativen Aspekten verstanden, darunter in politischer Hinsicht die Tatsache, dass bei der Armutsbekämpfung der Beziehung zwischen menschlichen Grundbedürfnissen und Menschenrechten Rechnung getragen werden muss.

Politikkohärenz. Die föderale Regierung bemüht sich um die Gewährleistung von Kohärenz zwischen den Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit und anderen Politikmaßnahmen, die sich auf die Entwicklungsländer auswirken. Der Ministerrat ist das Organ, das in höchster Instanz in diesem Bereich Entscheidungen trifft, zusammen mit einer interministeriellen Arbeitsgruppe für Entwicklungszusammenarbeit, die mit der Förderung von Synergien zwischen den verschiedenen Aktivitäten und Maßnahmen betraut ist.

Erfolgskontrolle. Um unabhängige Evaluierungen zu gewährleisten, ist ein verwaltungsexterner Sonderbeauftragter für Evaluierungsfragen benannt worden. Es wurden keine Vorkehrungen zur Verstärkung des internen Evaluierungsprozesses getroffen, dessen Fehlen ein Handicap für eine regelmäßige Leistungskontrolle darstellt, die für ein ergebnisorientiertes Management unerlässlich ist.



Kasten IV.4 DAC-Länderprüfung Belgien, 9. Mai 2001

Prüfer: Dänemark und Luxemburg

Seit 1999 wird der Begriff der „internationalen Zusammenarbeit“ in einem neuen Gesetz „*Loi relative à la coopération internationale belge*“ als ein Konzept dargelegt, das nachhaltige Entwicklung (einschließlich Armutsbekämpfung), Partnerschaft wie auch Zweckmäßigkeit der Entwicklungsaktivitäten zum Ziel hat. Das Gesetz sieht eine Konzentration der bilateralen EZ-Leistungen auf 25 Länder (oder regionaler Länderzusammenschlüsse), fünf Interventionsbereiche sowie drei prioritäre Querschnittsthemen vor. Ferner sind die multilaterale Zusammenarbeit wie auch die indirekte Kooperation mit Nichtregierungspartnern besser definiert. Die neue belgische Regierung hat ihr neues Konzept in einem Memorandum „*La qualité dans la solidarité. Partenariat pour le développement*“ näher erläutert, das dem Parlament im April 2000 vorgelegt wurde.

Einige große Herausforderungen bleiben bestehen: die Konsolidierung des Reformprozesses innerhalb der Generaldirektion für Internationale Zusammenarbeit (DGCI – *Direction Générale de la Coopération Internationale*) und der Gesellschaft Belgische Technische Zusammenarbeit (CTB – *Coopération Technique Belge*), die effektive Verwirklichung einer stärkeren Kohärenz zwischen den Politikmaßnahmen, die Anwendung von Armutsbekämpfungsmaßnahmen, insbesondere deren Verankerung in den Länderstrategien und im Rahmen der Strategiepapiere zur Verringerung der Armut (PRSP) sowie die Einführung eines internen Evaluierungssystems in der DGCI und der CTB. Die Modalitäten der Kompetenzdezentralisierung für die Vergabe der nationalen EZ-Leistungen vom Föderalstaat auf die Gemeinschaften und Regionen, deren Entwurf vom Parlament im Oktober 2000 genehmigt wurde, stellen für die DAC-Mitglieder ein besonderes Anliegen dar, die befürchten, dass diese Maßnahmen potentiell negative Auswirkungen auf die Politikkohärenz, die Koordinierung sowie die Strategien zur Effizienzsteigerung vor Ort haben – Bereiche, in denen Belgien eine Verstärkung seiner Kooperationspolitik beschlossen hatte.

Im Bereich der Verwaltungsreformen wird eine öffentlich-rechtliche Gesellschaft, die CTB, eingerichtet, die mit der Umsetzung der EZ-Zusammenarbeit zwischen den Regierungen betraut ist. Die Definition der Maßnahmen und die Programmgestaltung wurden der DGCI übertragen, die fester Bestandteil des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, des Außenhandels und der internationalen Zusammenarbeit (MAE) ist. Ferner wurde eine neue Funktion eines Sonderbeauftragten für Evaluierung eingerichtet, der dem Generalsekretär des Ministeriums unterstellt ist und dem Parlament direkt Bericht erstattet.

Es sind auch andere Fortschritte erzielt worden, wie z.B. die Konzentration der bilateralen EZ-Auszahlungen auf Länder der unteren Einkommensgruppe und die am wenigsten entwickelten Länder, die Neuorientierung der multilateralen Leistungen zu Gunsten einer kleineren Anzahl von Organisationen, die Definition von Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung mit dem Ziel der Armutsbekämpfung wie auch die Umsetzung verschiedener Strategien zur Konfliktvorbeugung, Förderung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit und des Privatsektors. Zu diesem Zweck wurde ein neues Unternehmen (BIO) zur Förderung der Investitionstätigkeit in Entwicklungsländern ins Leben gerufen.

Der DAC hat eine Reihe von Empfehlungen formuliert, denen zufolge die zuständigen Stellen in Belgien ermutigt werden:

- alle Verbesserungen der Haushaltslage auszuschöpfen, um das EZ-Volumen weiter zu vergrößern, so dass es den Richtwert von 0,7% des BNE erreicht;
- sofern die Kompetenzdezentralisierung in der belgischen Entwicklungszusammenarbeit fortgesetzt wird, ein Minimalkonzept zu wählen, mit dem gewährleistet ist, dass die föderale Regierung nicht ihrer Kompetenzen bzw. Mittel beraubt wird, die es ihr ermöglichen, vor Ort Kohärenz, Effizienz wie auch konkrete Reformeffekte sicherzustellen;
- ihre Anstrengungen für eine Verbesserung der Effekte der laufenden Reformen fortzusetzen und die größtmögliche Stabilität und institutionelle Effizienz in der DGCI und in der CTB bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung eines getrennten Budgets für die internationale Zusammenarbeit im MAE zu gewährleisten;
- den vorrangigen Stellenwert zu bekräftigen, der der Armutsbekämpfung als grundlegendem Ziel per Gesetz eingeräumt wird, und auf der Basis des PRSP-Prozesses und der Sektorkonzepte Strategien für jedes einzelne Schwerpunktland zu entwickeln.

DÄNEMARK

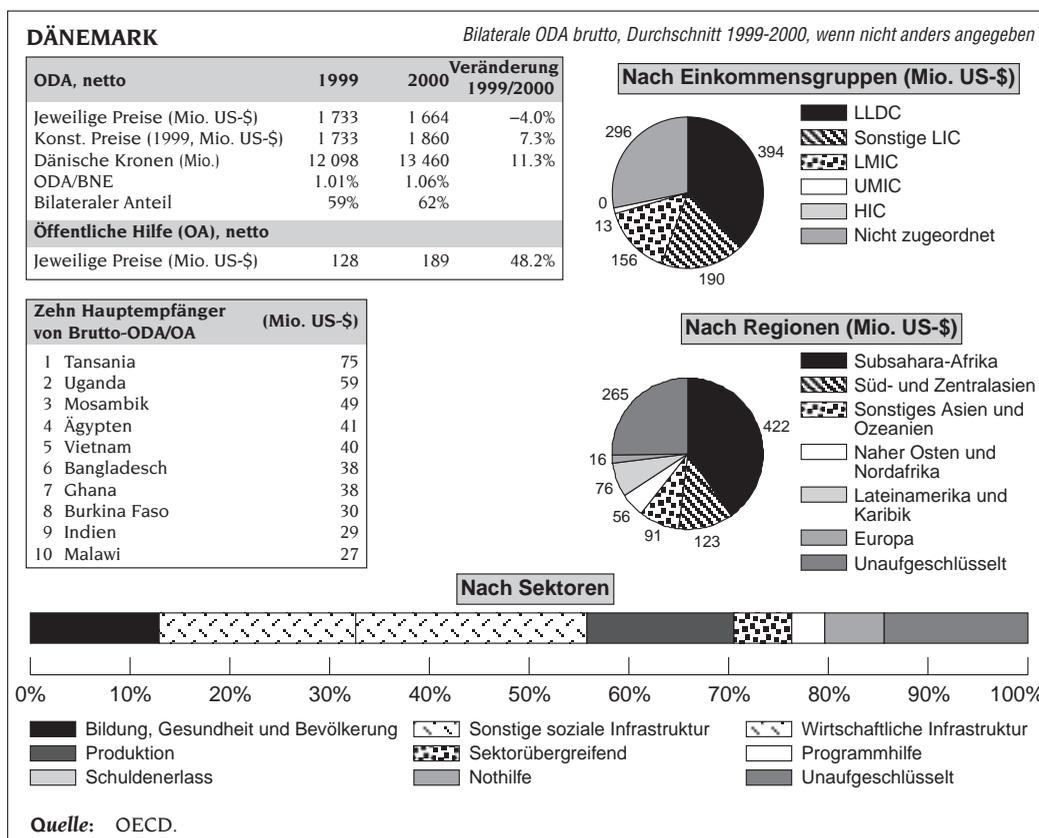
Die ODA-Gesamtleistungen Dänemarks betragen 1,66 Mrd. US-\$ und Dänemark verzeichnete mit 1,06% erneut das höchste ODA/BNE-Verhältnis unter den DAC-Mitgliedern. Die dänischen EZ-Leistungen gehen in erster Linie an die am wenigsten entwickelten Länder (52%) sowie andere Länder der unteren Einkommensgruppe (25%), vor allem in Subsahara-Afrika (54%).

Partnerschaftsansätze. Im Einklang mit der Strategie *Partnerschaft 2000* werden den lokalen Partnern erhebliche Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Strategieformulierung geboten. Dänemark hat bei der Förderung der Sektorprogramme eine Pionierrolle gespielt, ist sich aber auch der Tatsache bewusst, dass diese von Land zu Land unterschiedlich zu gestalten sind.

Armutsbekämpfungspolitik. Die Armutsbekämpfung ist das überwältigende Ziel der dänischen Entwicklungszusammenarbeit. Das Schwergewicht liegt auf Sektoren, die für Arme von besonderer Bedeutung sind, wobei Genderfragen starke Aufmerksamkeit gewidmet wird. Dänemark unterstützt in Zusammenarbeit mit anderen Gebern die Entwicklung der von den Partnerländern selbst getragenen Armutsbekämpfungsstrategien.

Politikkohärenz. Seit 1991 sind dieselben Regionalabteilungen im Außenministerium für Fragen der Entwicklungszusammenarbeit, Außenpolitik und allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen zuständig. Nach Auffassung Dänemarks ist auch die Koordinierung zwischen den Gebern ein wesentlicher Bestimmungsfaktor für die Effizienz der EZ-Leistungen. Dänemark ist – mit Ausnahme einiger Bereiche – prinzipiell mit der Aufhebung der Lieferbindung an die am wenigsten entwickelten Länder einverstanden. Dänemark begründet seine Haltung mit dem Konzept der „Aufgabenteilung“. Angesichts des hohen ODA/BNE-Verhältnisses Dänemarks, der starken Konzentration der dänischen EZ-Leistungen auf die am wenigsten entwickelten Länder und des ohnehin schon hohen Volumens seiner ungebundener EZ-Leistungen vertritt Dänemark die Auffassung, dass andere Geber ebenfalls einen entsprechenden Beitrag leisten sollten.

Erfolgskontrolle. Dänemark unterstützt die Millenniums-Entwicklungsziele als ein Instrument, mit dem die Aufmerksamkeit auf die EZ-Effekte konzentriert wird. Ferner ist sich Dänemark der Tatsache bewusst, dass die Konzentration auf Armutsbekämpfungsstrategien, Sektorprogramme sowie Ergebnisorientierung gemeinsame Evaluierungen der Gesamtheit der Gebermaßnahmen voraussetzt.



DEUTSCHLAND

Die ODA-Leistungen Deutschlands nahmen im Jahr 2000 um 5,9% zu und erreichten 5,03 Mrd. US-\$. Das ODA/BNE-Verhältnis lag bei 0,27%. Die drei Hauptpartnerländer Deutschlands befinden sich in Asien. Von den Gesamtleistungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gehen 44% an Länder der mittleren und 56% an Länder der unteren Einkommensgruppe.

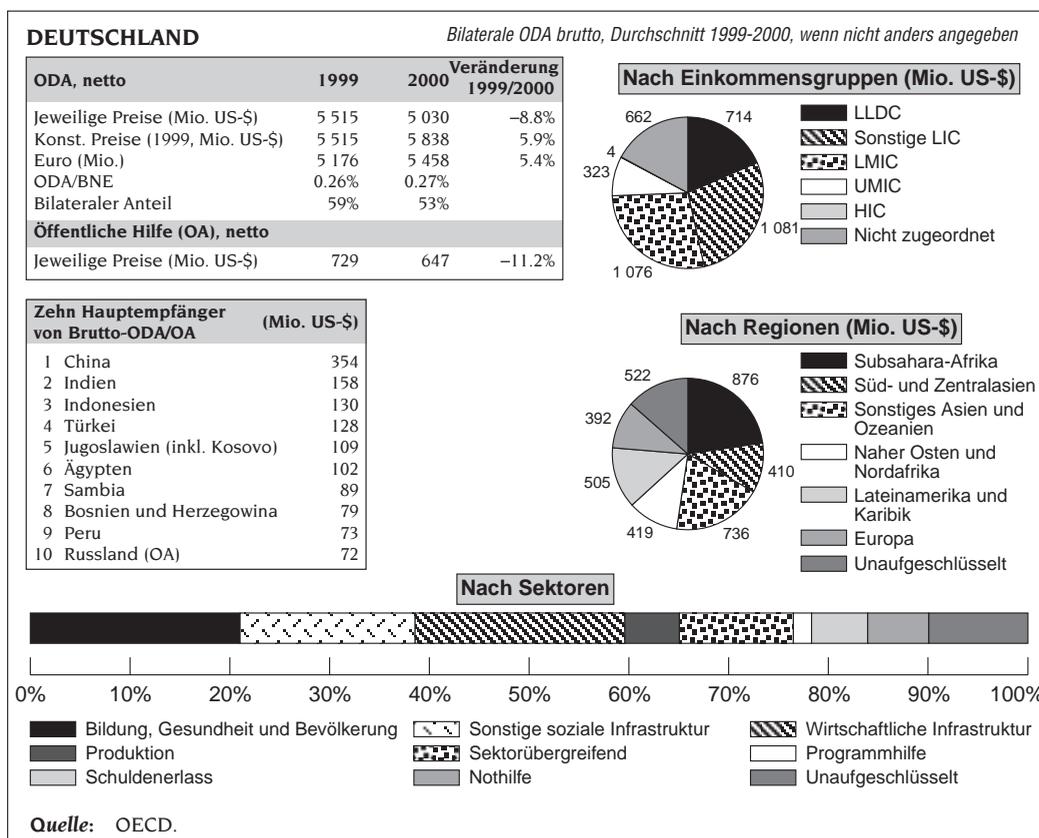
Partnerschaftsansätze. Die Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands erfolgt im Rahmen einer langfristigen Zusammenarbeit mit gleichrangigen Partnern. In Deutschland sind Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft wichtige Partner, und es werden in großem Umfang Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft (PPP) geschlossen. Ferner setzt sich Deutschland in Zusammenarbeit mit internationalen Einrichtungen sehr stark für eine kohärente Armutsbekämpfungspolitik ein.

Armutsbekämpfungspolitik. Im April 2001 verabschiedete das Bundeskabinett ein Aktionsprogramm, das den Beitrag Deutschlands zu einem der Internationalen Entwicklungsziele – der weltweiten Halbierung extremer Armut – darstellt. Ziel des Programms ist eine komplette Umgestaltung der Strukturen auf globaler Ebene, im Partnerland und in Deutschland selbst. Die Bundesregierung wird in zehn vorrangigen Ansatzpunkten der

Armutsbekämpfung Maßnahmen ergreifen, u.a. zur Verbesserung der wirtschaftlichen Möglichkeiten für die Armen, Stärkung ihrer Teilnahme am politischen Leben und Schaffung sozialer Sicherheit. Ein Umsetzungsplan wird für Anfang 2002 erwartet.

Politikkohärenz. Das Aktionsprogramm schließt alle staatlichen Akteure in die Armutsbekämpfung ein. Dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde der Auftrag erteilt, alle neuen Gesetze auf ihre Kohärenz mit der Entwicklungspolitik zu überprüfen. Das Ministerium ist inzwischen Mitglied des Bundessicherheitsrats, der die Entscheidungen über Rüstungsexporte trifft. Die „globale Strukturpolitik“ Deutschlands zielt auf eine Verbesserung der Kohärenz aller Politikmaßnahmen ab. In dieser Hinsicht ist die aktive Koordinierung mit der Europäischen Gemeinschaft ein wichtiges Element zur Gewährleistung der Politikkohärenz.

Erfolgskontrolle. Deutschland ist sich der Tatsache bewusst, dass die Globalisierung, die operationelle Dezentralisierung wie auch die Einrichtung von Informationsnetzwerken große Herausforderungen für die Erfolgsmessungssysteme darstellen. Deutschland setzt sich derzeit für die Förderung einer institutionellen Lernkultur ein. Diese hat bisher zu einer besseren Integration aller Akteure, und insbesondere der Durchführungsorganisationen, in das EZ-System wie auch zu einem breiteren Wissensaustausch geführt.



Kasten IV.5 DAC-Länderprüfung Deutschland, 20. November 2001

Prüfer: Japan und die Schweiz

Mit dem *Aktionsprogramm 2015* erklärt Deutschland die weltweite Reduzierung der Armut zu einem wichtigen Bestandteil der gesamten staatlichen Politikgestaltung und einer überwältigenden Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit. Die verstärkte Kohärenz aller Politiken, die sich auf die Entwicklungsländer auswirken, bildet nunmehr ein vorrangiges Anliegen sämtlicher Regierungsressorts, und dieses Ziel wird auch auf internationaler Ebene, insbesondere gemeinsam mit anderen Mitgliedern der Europäischen Union, verfolgt. In den letzten drei Jahren wurde eine Reihe organisatorischer Veränderungen mit dem Ziel vorgenommen, die Kohäsion der deutschen EZ-Einrichtungen zu stärken, sie zu rationalisieren und ihre operationelle Effizienz zu steigern. Die Bundesrepublik ist nunmehr der drittgrößte Geber unter den DAC-Mitgliedsländern.

Aus dieser neuen Vision der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ergibt sich eine Reihe von Herausforderungen für das operationelle Vorgehen. Der DAC formulierte in diesem Zusammenhang die nachstehenden Empfehlungen:

- Die Anstrengungen sollten kontinuierlich fortgesetzt werden, um die ODA-Leistungen zu erhöhen und in der breiten Öffentlichkeit mehr Unterstützung für die Entwicklungszusammenarbeit zu generieren. Von zentraler Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Aufrechterhaltung eines aktiven Dialogs mit Abgeordneten, Zivilgesellschaft, Medien und Öffentlichkeit über die Ziele, Vorteile und Risiken, die mit der Umsetzung des deutschen EZ-Programms verbunden sind.
- Die neue Schwerpunktsetzung, die eine prioritäre Allokation der ODA-Mittel gemäß dem *Aktionsprogramm 2015*, namentlich in geographischer und sektoraler Hinsicht, vorsieht, sollte verstärkt werden.
- Die Erforschung und Konzipierung effizienter Instrumente zur Förderung größerer Politikkohärenz in Bereichen wie Handel, Landwirtschaft, Umwelt und Konfliktbeilegung sollte – zwischen den verschiedenen Ressorts der Bundesregierung ebenso wie auf europäischer und internationaler Ebene – fortgesetzt werden.
- Die Vorteile der neuen Generation operationeller Länderkonzepte der Bundesregierung sollten voll genutzt werden, um die Herausforderungen im Zusammenhang mit einer stärkeren sektoralen Ausrichtung zu meistern und – in Zusammenarbeit mit der gesamten Gebergemeinschaft – eine möglichst zweckmäßige Kombination von EZ-Instrumenten, einschließlich besonders geeigneter Ansätze für den Kapazitätsaufbau in den Partnerländern, zu identifizieren.
- Vorrangige Aufmerksamkeit verdient die Frage der Stärkung der deutschen Außenpräsenz – gleich, ob es sich um amtliche Vertretungen oder um Stellen mit speziellem Auftrag handelt –, um die Effizienz durch schrittweise Verlagerung der deutschen EZ-Koordinierung und -Entscheidungsfindung in die Länder selbst zu steigern.
- Es sollte geprüft werden, welche Optionen für die Verbesserung der Kommunikation sowohl zwischen den deutschen EZ-Organen vor Ort als auch zwischen den Außenstellen und den Hauptverwaltungen in Deutschland in Frage kommen und wie die Lehren, die sich aus den Erfahrungen ziehen lassen, genutzt werden können.
- Die Frage des horizontalen Lernprozesses innerhalb des Partnerlands sollte als ein Bereich für künftige Verbesserungen eingehend geprüft werden. Der DAC unterstützt die derzeitigen Bemühungen der Bundesrepublik um Verstärkung ihrer Kapazitäten in den Bereichen Erfolgskontrolle, Evaluierung und Wissensmanagement.
- Der DAC würdigte die hohe Qualität des deutschen EZ-Personals, zeigte sich jedoch besorgt über die Aussicht fortgesetzter Personalkürzungen. Im Hinblick auf diese spezielle Herausforderung begrüßte der DAC die Bemühungen der Bundesrepublik um Aufrechterhaltung eines vorausschauenden Personalmanagements, das den künftigen Personalbedarf – hinsichtlich Qualität, Kompetenzen und Standort – in diesem durch ständigen Wandel gekennzeichneten Umfeld zu antizipieren sucht.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Die EZ-Leistungen der Europäischen Gemeinschaft haben gegenüber 1999 real um 13,4% zugenommen. Die Europäische Gemeinschaft weist ein ODA-Volumen von 4,91 Mrd. US-\$ auf. Auf Grund der Vielfalt ihrer geographischen Interessen verteilen sich die EZ-Leistungen recht ausgewogen auf die Länder der unteren (42%) und der mittleren Einkommensgruppe (57%).

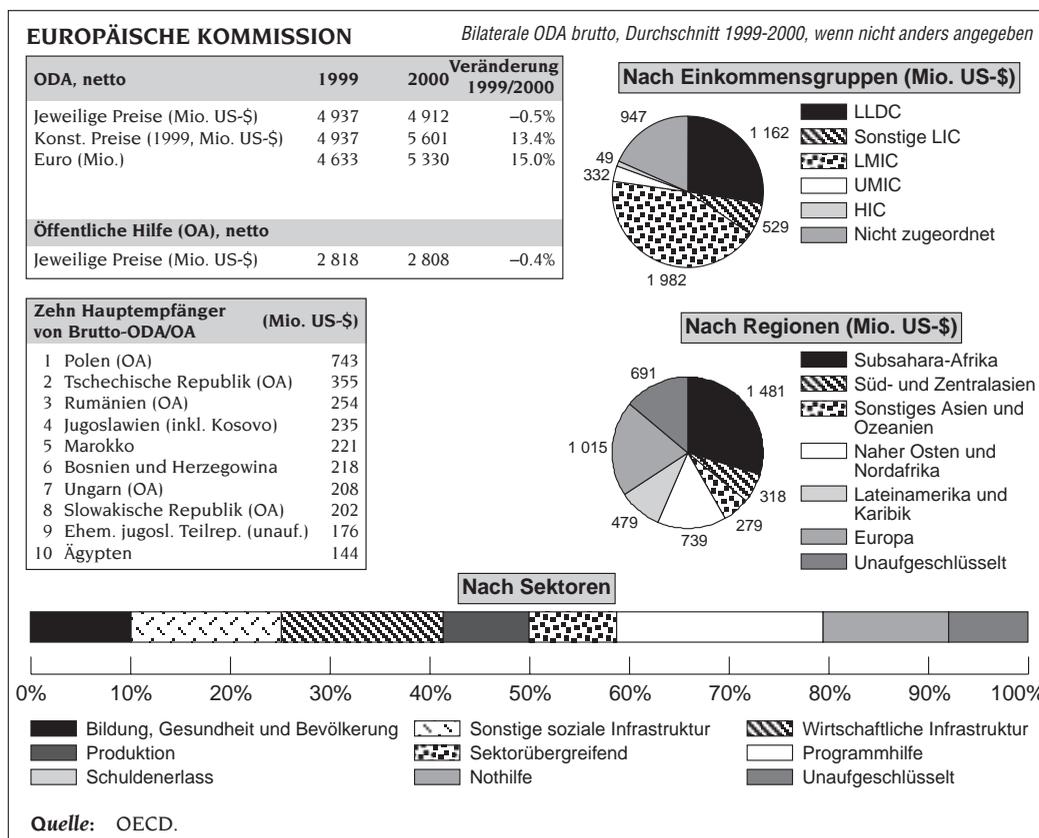
Partnerschaftsansätze. Die Europäische Gemeinschaft hat im Juni 2000 das Partnerschaftsabkommen von Cotonou mit den AKP-Staaten unterzeichnet. Ferner bemüht sich die Gemeinschaft um Partnerschaften mit anderen Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit, so z.B. durch die Zusammenarbeit mit der Weltbank und dem IWF bei der Entwicklung von Strategiepapieren zur Verringerung der Armut in ausgewählten Ländern.

Armutsbekämpfungspolitik. Die Armutsbekämpfung ist das überwältigende Ziel der EG-Entwicklungszusammenarbeit. Das Engagement für dieses Politikziel wurde im Sinne der

DAC-Leitsätze in den vergangenen Jahren verstärkt. Die laufenden Strukturreformen werden die Kapazität der Gemeinschaft zur Umsetzung dieser Maßnahmen verstärken.

Politikkohärenz. Diese Fragen werden im Rahmen der Europäischen Union erörtert. Die Europäische Union ist in den Handelsdiskussionen innerhalb der WTO ein bedeutender Akteur, wo die Auswirkungen der gemeinsamen Agrarpolitik auf die Entwicklungsländer nach wie vor Anlass zu lebhaften Debatten bieten. Das EZ-Programm der Europäischen Gemeinschaft kann eine stärkere Konsistenz mit der Außen- und Wirtschaftspolitik begünstigen, wie das mit Südafrika im Jahr 2000 geschlossene Abkommen zeigt.

Erfolgskontrolle. Die Europäische Gemeinschaft orientiert ihre Politikmaßnahmen nunmehr an den Internationalen Entwicklungszielen. Im Jahr 2000 wurden weitreichende Reformen in die Wege geleitet, und es wurde ein neues Amt eingerichtet (EuropeAid), um die Effizienz der Entwicklungszusammenarbeit der Gemeinschaft zu verbessern. Aufgabe der Evaluierungsabteilung von EuropeAid ist die Leistungsbeurteilung der EZ-Aktivitäten in ihrer Gesamtheit.



FINNLAND

Die EZ-Auszahlungen Finnlands nahmen in realer Rechnung um 0,1% zu und erreichten 371 Mio. US-\$. Dieser Anstieg reichte aber nicht aus, um das ODA/BNE-Verhältnis anzuheben, das auf 0,31% sank. Der Großteil der EZ-Mittel (66%) ging an die am wenigsten entwickelten Länder sowie Länder der unteren Einkommensgruppe.

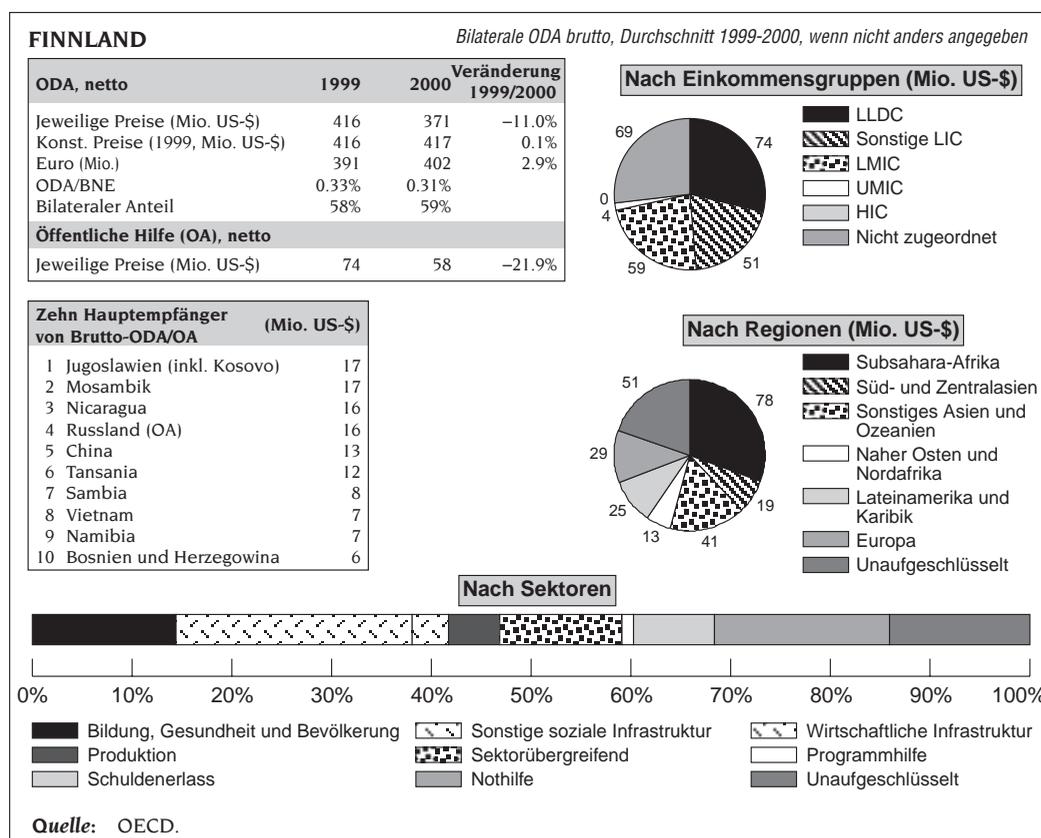
Partnerschaftsansätze. Die Projekte und Programme der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit beschränken sich auf eine Auswahl von Ländern, mit denen Finnland langfristige Partnerschaftsbeziehungen aufgebaut und einen Dialog eingerichtet hat, in dessen Mittelpunkt die von der Regierung des Partnerlands eingegangenen Verpflichtungen stehen. Finnland wirkt an der Formulierung und Umsetzung von Sektorprogrammen und Armutsbekämpfungsstrategien mit.

Armutsbekämpfungspolitik. Die Reduzierung der Armut ist ebenso wie die Vorbeugung und Abschwächung von Umweltproblemen, die Förderung von Gleichheit, Demokratie und Menschenrechten wie auch eine durch verantwortungsbewusstes Handeln gekennzeichnete Wirtschaftspolitik eine der Grundvoraussetzungen für weltweiten Frieden und globale Sicherheit. Hauptziel der bilateralen Zusammenarbeit ist die Armuts-

bekämpfung. Bei der Erreichung dieses Ziels spielt die Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau eine zentrale Rolle.

Politikkohärenz. Finnland ist um die Kohärenz seiner Zielsetzungen in den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik, Handelspolitik und Entwicklungszusammenarbeit bemüht. Ziel der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit wie auch Kooperation mit der Europäischen Gemeinschaft ist die Erhöhung von Kohärenz und Komplementarität. Die Entwicklungspolitik Finnlands geht mit der allgemeinen Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft konform und zielt darauf ab, die Politikgrundsätze der Europäischen Gemeinschaft in konkrete Aktionen umzumünzen. Finnland setzt vor allem auf Transparenz, Zusammenarbeit und Arbeitsteilung und ist sich der Notwendigkeit einer Harmonisierung der EZ-Managementpraktiken bewusst.

Erfolgskontrolle. Diese basiert auf den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit. Die Evaluierungen konzentrieren sich vor allem auf Einzelprojekte, verschiedene Formen der Entwicklungszusammenarbeit sowie Länderprogramme. Programme, die von mehreren Gebern getragen werden, müssen einer gemeinsamen Evaluierung unterzogen werden und setzen eine Verstärkung der Kapazitäten der Partnerländer voraus. In den Augen Finnlands stellen die Millenniums-Entwicklungsziele einen wesentlichen Bestimmungsfaktor der Leistungsbeurteilung dar.



FRANKREICH

Frankreichs ODA-Leistungen sanken in realer Rechnung um 16% auf 4,11 Mrd. US-\$ zurück, was einem ODA/BNE-Verhältnis von 0,32% entspricht. Ursache dieses Rückgangs der ODA-Leistungen war vor allem die Streichung einiger großer EZ-Empfänger von der DAC-Liste der ODA-berechtigten Länder. Die französischen EZ-Leistungen konzentrieren sich vornehmlich auf afrikanische Länder.

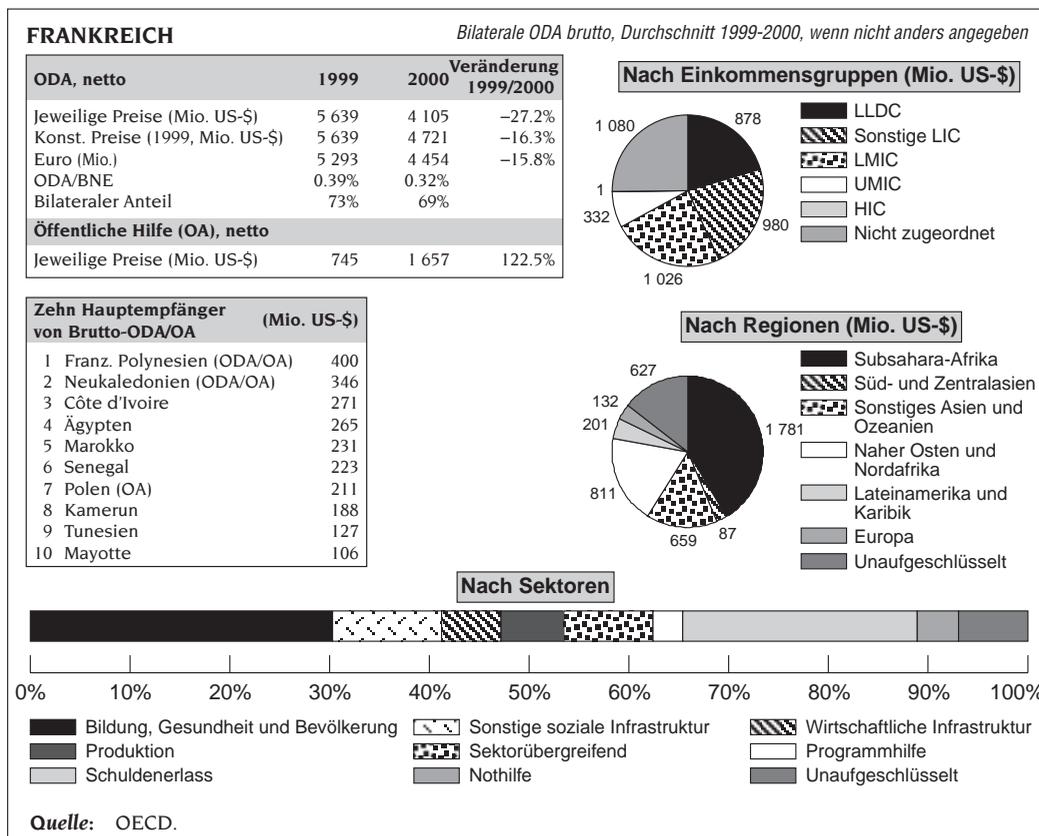
Partnerschaftsansätze. In der 1998 eingeleiteten Reform des französischen EZ-Systems wurde das Konzept der Partnerschaft in den Mittelpunkt der Entwicklungspolitik gerückt. Mit einigen Ländern wurden Partnerschaftsabkommen geschlossen, doch wurde dieses Verfahren noch nicht systematisch auf das gesamte französische System der Entwicklungszusammenarbeit übertragen.

Armutsbekämpfungspolitik. Das Engagement für die Armutsbekämpfung gewinnt derzeit zunehmend an Bedeutung und ist von den beiden zuständigen Ministerien mehrfach bekräftigt worden, so dass generelle Parameter für einen globalen Strategierahmen eingerichtet wurden. Die im Rahmen der bilateralen Schuldenerleichterungen freigesetzten Ressourcen werden

vor allem für die Grundschulbildung und berufliche Fortbildung, die gesundheitliche Grundversorgung sowie die Bekämpfung großer Epidemien, den Aufbau kommunaler Anlagen und Infrastrukturen, die Lokalentwicklung wie auch das Naturressourcenmanagement eingesetzt. Frankreich verstärkt derzeit u.a. durch Schuldenerleichterungen seine Unterstützung für von den Ländern selbst getragene Armutsbekämpfungsstrategien.

Politikkohärenz. Frankreich ist ein bedeutender Gläubiger hoch verschuldeter armer Länder (HIPC). Es sind zusätzliche 5 Mrd. € notwendig, um die weiteren bilateralen Schuldenerleichterungsmaßnahmen zu finanzieren, wenn diese Länder den so genannten Umsetzungszeitpunkt erreicht haben. Frankreich möchte mit diesen Ländern Schuldenreduzierungs- und Entwicklungsverträge abschließen. Es wurde ein Interministerieller Ausschuss für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (CICID) geschaffen, dessen Rolle weiter ausgebaut werden könnte. Ferner sind Maßnahmen zur Umsetzung der DAC-Übereinkunft zur Aufhebung der Lieferbindung an die ärmsten Länder ergriffen worden, die im Januar 2002 in Kraft traten.

Erfolgskontrolle. Derzeit sind mehrere Aktionen im Gange, um die Qualität der Evaluierung insgesamt zu verbessern, darunter auch gemeinsame Länderevaluierungen.



GRIECHENLAND

Die ODA-Leistungen Griechenlands stiegen 2000 in realer Rechnung um 35% auf 226 Mio. US-\$. Das ODA/BNE-Verhältnis erhöhte sich zwischen 1999 und 2000 von 0,15% auf 0,20%. Die bilateralen EZ-Leistungen Griechenlands konzentrieren sich auf Entwicklungs- und Reformländer in der Region, insbesondere Jugoslawien (Kosovo), Albanien und Länder der mittleren Einkommensgruppe (unterer Teil). (Albanien zählt seit 2000 zu dieser Gruppe.)

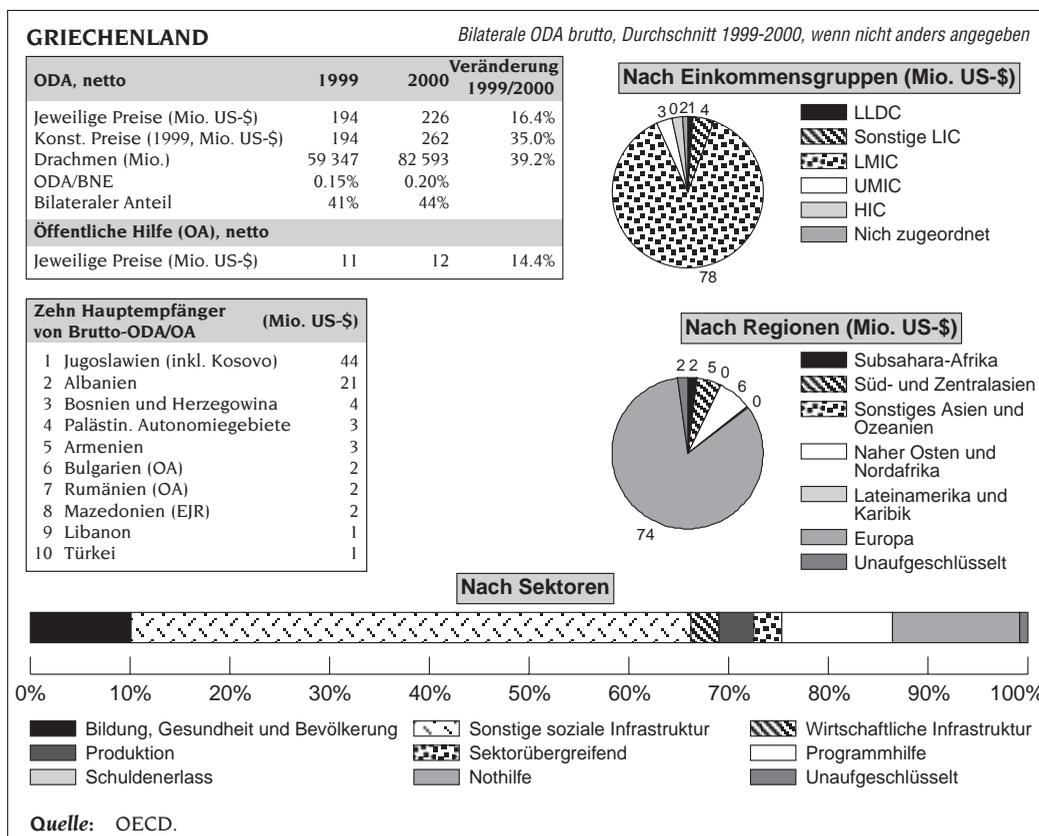
Partnerschaftsansätze. Die griechische Entwicklungszusammenarbeit basiert auf Partnerschaften und der Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung durch die Stärkung des lokalen Kapazitätsaufbaus. Sie orientiert sich schwerpunktmäßig an den Bedürfnissen der Partnerländer, wie sie in deren Entwicklungsstrategien dargelegt sind. Mit Partnern, die die griechische Entwicklungszusammenarbeit in ihre Entwicklungspläne integrieren möchten, werden mittelfristige Partnerschaftsabkommen geschlossen.

Armutsbekämpfungspolitik. Griechenland ist bestrebt, sich den gemeinsamen Bemühungen der DAC-Mitglieder um

eine Verbesserung von Quantität und Qualität der ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder anzuschließen, indem es Politikmaßnahmen, Mechanismen und Verfahren einrichtet, die eine effiziente Mittelbereitstellung an diese Länder ermöglichen. Ferner beabsichtigt Griechenland, seine Zuteilungen an die am wenigsten entwickelten Länder im Rahmen seines Fünfjahres-EZ-Programms für den Zeitraum 2002-2006 zu erhöhen.

Politikkohärenz. Griechenland ist sich der Bedeutung von Koordinierung, Kohärenz und Komplementarität der Gebermaßnahmen und -aktivitäten bewusst. Griechenland nimmt an internationalen EZ-Foren und -Konferenzen teil und koordiniert seine bilateralen Aktivitäten mit denen anderer Geber.

Erfolgskontrolle. Derzeit findet eine Evaluierung der von Griechenland zwischen 1997 und 1999 umgesetzten Projekte und Programme statt. Bei dieser Evaluierung geht es in erster Linie darum zu ermitteln, bis zu welchem Grad die Grundsätze für eine wirksame Entwicklungszusammenarbeit effektiv eingehalten und ob mit den erzielten Ergebnissen die ursprünglich gesetzten Ziele erreicht wurden.



IRLAND

Die ODA-Leistungen Irlands erreichten 235 Mio. US-\$ im Jahr 2000, was 0,30% des BNE entspricht. Irland hat sich verpflichtet, seine ODA-Leistungen zu erhöhen, um den UN-Richtwert von 0,7% bis 2007 zu erreichen. Die irischen Leistungen konzentrierten sich hauptsächlich auf Subsahara-Afrika (79%), und somit kamen 76% der irischen EZ-Leistungen den am wenigsten entwickelten Ländern und sonstigen Ländern der unteren Einkommensgruppe (10%) zugute.

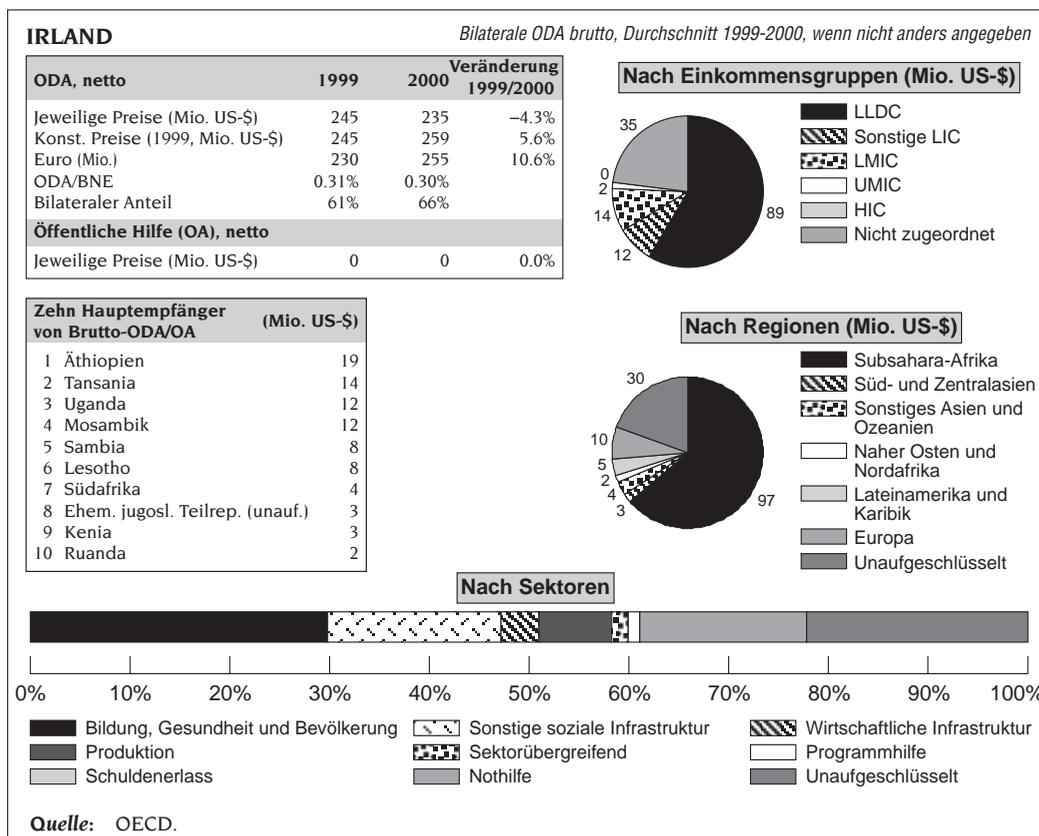
Partnerschaftsansätze. In den Augen Irlands bietet ein Partnerschaftskonzept die besten Möglichkeiten für eine bedeutende und nachhaltige Reduzierung der Armut in den Entwicklungsländern und die Erreichung der internationalen Entwicklungsziele. Irland wirkt aktiv an den Armutsbekämpfungsstrategien und wesentlichen Sektorprogrammen in den sechs Ländern Subsahara-Afrikas mit, auf die sich die irischen EZ-Leistungen prioritär konzentrieren.

Armutsbekämpfungspolitik. Irland ist fest entschlossen, der Armutsminderung in seinem EZ-Programm auch weiterhin einen zentralen Platz einzuräumen. Über zwei Drittel der bilateralen ODA-Leistungen Irlands gehen an die am wenigsten entwickelten Länder, wobei der Anteil der ODA-Leistun-

gen für die soziale Grundversorgung auf über 30% geschätzt wird. Irland hat durch seine regionalen EZ-Programme konkrete Erfahrungen mit Aktionen auf Gemeinde- und Distrikt-Ebene gesammelt. So kann Irland in den auf höherer Ebene stattfindenden Entwicklungsdebatten die Stimme für die Ärmsten erheben.

Politikkohärenz. Irland setzt sich stark für die Kohärenz der Politikmaßnahmen ein, die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer haben. Ein interministerieller Ausschuss für Entwicklungszusammenarbeit überprüft die Programme und Projekte vor deren Umsetzung. Darüber hinaus finden wöchentliche Besprechungen mit den wichtigsten Ministerien statt, auf denen Fragen zu Themen wie Handel und Landwirtschaft im Entwicklungskontext erörtert werden.

Erfolgskontrolle. Irland begrüßt den generellen Trend in Richtung auf die Einführung von Ergebnisindikatoren zur Validierung der ODA-Bemühungen. Es unterstützt in den Entwicklungsländern die Umsetzung von Armutsbekämpfungsstrategien, die direkt an die internationalen Entwicklungsziele geknüpft sind und die Einrichtung effizienter Überwachungssysteme vorsehen. Irland bemüht sich darum sicherzustellen, dass diese Ziele in den Armutsbekämpfungsstrategien, Sektorprogrammen wie auch den eigenen Interventionen auf Distrikt- oder lokaler Ebene sukzessiv umgesetzt werden.



ITALIEN

Das ODA-Volumen Italiens lag im Jahr 2000 bei 1,38 Mrd. US-\$, was einem Rückgang von 13,8% gegenüber 1999 entsprach. Mit einem ODA/BNE-Verhältnis von 0,13% nimmt Italien auf der Skala der DAC-Mitgliedsländer den vorletzten Platz ein. Italien konzentrierte seine EZ-Bemühungen auf Subsahara-Afrika (48%) und vergab 56% seiner Leistungen an die Länder der unteren Einkommensgruppe und die am wenigsten entwickelten Länder.

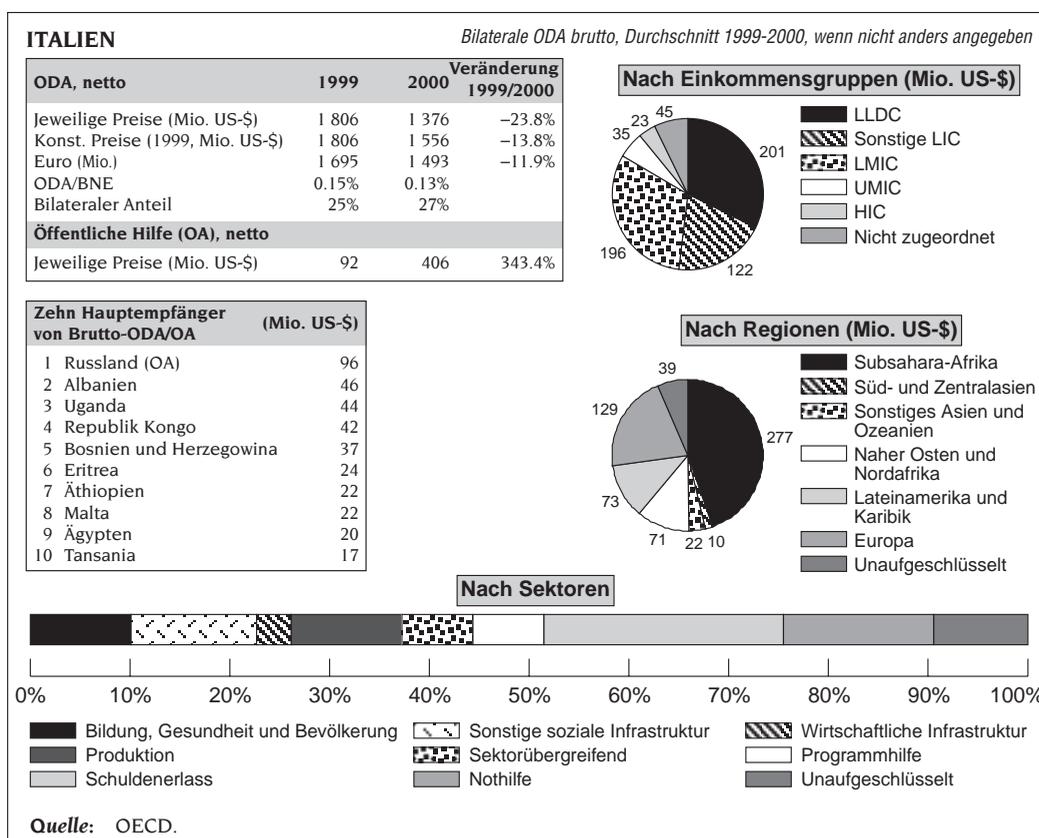
Partnerschaftsansätze. Die Entwicklungszusammenarbeit ist das Resultat gemeinsamer Aktionen mit den Empfängerländern, an denen internationale, italienische und lokale Partner (Staat, Privatsektor, NRO sowie Hochschulen) in der italienischen Gesellschaft beteiligt sind. Dezentralisierte Einrichtungen spielen eine immer größere Rolle. Zur Steigerung der Effizienz seiner Partnerschaften mit den Empfängerländern entwickelt Italien derzeit Länderstrategien und richtet neue Ortsbüros ein, wird in seinen Bemühungen aber durch einen Mangel an Personal und organisatorischer Unterstützung wie auch operationeller Flexibilität behindert.

Armutsbekämpfungspolitik. Die Armutsbekämpfung ist zum überwältigenden Ziel der italienischen Entwicklungszusammenarbeit geworden. In einem Arbeitsdokument von 1999, das von den DAC-Leitlinien ausgeht, wurden Ansätze und Inhalt einer italienischen Armutsbekämpfungsiniziative

skizziert, die mit einem Anfangsbudget von 120 Mio. US-\$ umgesetzt werden soll. Bei dieser Initiative handelt es sich um die Unterstützung der Armutsbekämpfungsstrategien in zwei oder drei Partnerländern Mittelamerikas, in Südamerika (Brasilien), dem Maghreb, dem Nahen Osten, am Horn von Afrika, in der Sahel-Zone sowie im südlichen Afrika und Indien.

Politikkohärenz. Die Ministerien für auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel und Finanzen stehen in regelmäßigem Kontakt und koordinieren ihre Entscheidungen zu Ad-hoc-Politikfragen, sobald diese aufkommen. In zahlreichen Politikbereichen werden regelmäßig Leitsätze herausgegeben. Bis zur Billigung eines neuen Gesetzentwurfs zur Entwicklungszusammenarbeit im Parlament wird Italien bei der Behandlung von Fragen der Entwicklungskohärenz weiter organisatorische Herausforderungen zu bewältigen haben.

Erfolgskontrolle. Die Evaluierungsgruppe ist dem Generaldirektor direkt rechenschaftspflichtig. Mehrere Maßnahmen sind inzwischen in die Wege geleitet worden, um Qualität und Nutzen des Evaluierungs-Feedbacks im Gesamtsystem zu verbessern, einschließlich einer besseren Planung der Evaluierungen und konkreter Orientierungshilfen. Im neuen EZ-Gesetzentwurf wird ausdrücklich auf die Bedeutung von Überwachung und Evaluierung, d.h. Erfolgskontrolle, hingewiesen. Sollte dieser angenommen werden, dürfte er die organisatorischen Kapazitäten Italiens zur Bewältigung von Aufgaben dieser Art erheblich verstärken.



JAPAN

Wie im Vorjahr war Japan der bedeutendste Geber unter den DAC-Ländern. Das ODA-Volumen (13,5 Mrd. US-\$) ist im Vergleich zu 1999, dem Jahr der Sonderauszahlungen als Reaktion auf die Asienkrise, um 15% zurückgegangen. Auch das ODA/BNE-Verhältnis nahm von 0,34% auf 0,28% ab. Die japanische Entwicklungszusammenarbeit konzentrierte sich vor allem auf Asien (72%), vom Volumen her betrachtet ist Japan aber auch ein bedeutender Geber in Afrika. 61% der EZ-Leistungen gehen an Länder der unteren Einkommensgruppe und am wenigsten entwickelte Länder.

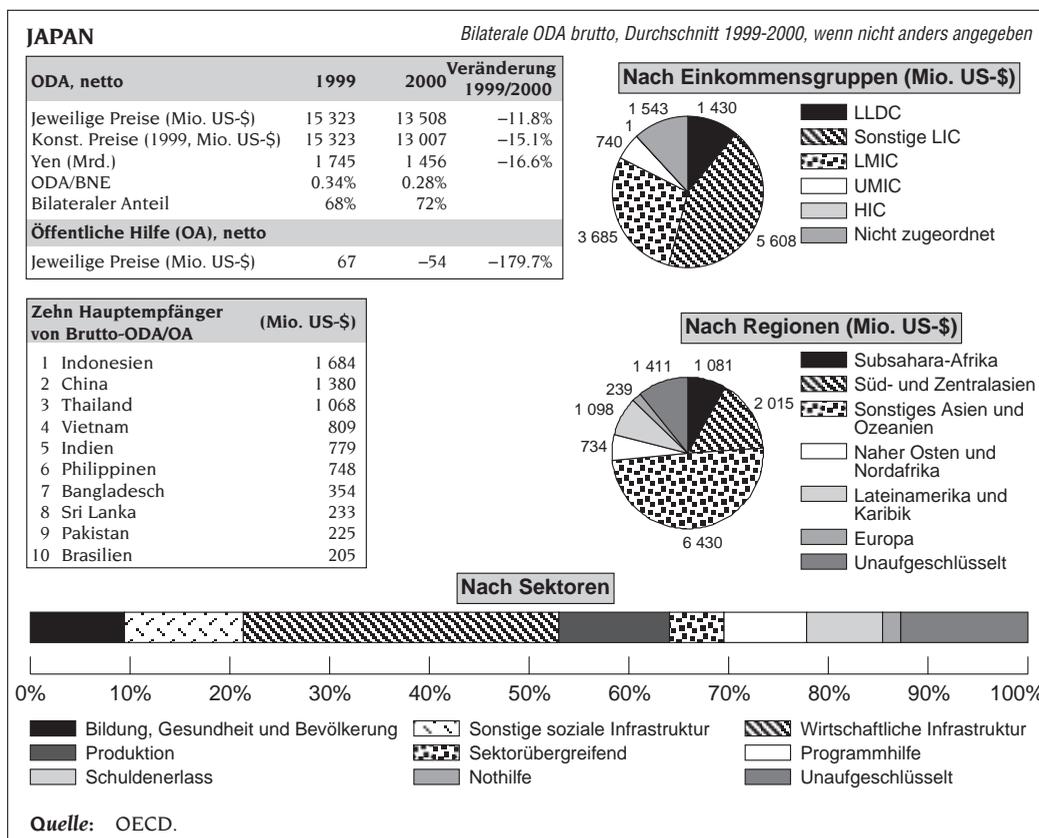
Partnerschaftsansätze. Japan bemüht sich um eine enge Zusammenarbeit mit anderen Gebern auf Politik-, Programm- und Projektebene und veranstaltet regelmäßig Konsultationen mit externen Partnern. Gemeinsam mit dem Vereinigten Königreich hat Japan eine Evaluierung der Effizienz von Sektorkonzepten vorgenommen. Außerdem hat das Land in den Jahren 1993 und 1998 zwei internationale Konferenzen über die Entwicklung in Afrika (TICAD) veranstaltet, auf denen das Aktionsprogramm von Tokyo verabschiedet wurde. Die afrikanischen Länder und ihre Entwicklungspartner kamen im Dezember 2001 im Rahmen einer Ministertagung zusammen, um TICAD III vorzubereiten.

Armutsbekämpfungspolitik. Die Bekämpfung von Infektionskrankheiten ist für die Armutsbekämpfung ein ganz wesentlicher Faktor. Japan hat im Rahmen der „Okinawa Infectious

Diseases Initiative“ (Okinawa-Initiative gegen Infektionskrankheiten) Maßnahmen (im Gegenwert von rd. 700 Mio. US-\$) umgesetzt und wird weitere 200 Mio. US-\$ für den neuen Globalen Fonds gegen AIDS, Tuberkulose und Malaria zur Verfügung stellen. Als Befürworter des PRSP-Prozesses leistet Japan Beiträge zur Formulierung und Umsetzung der von den Partnerländern selbst getragenen Armutsbekämpfungsstrategien.

Politikkohärenz. Auch wenn es seit der Umstrukturierung der nationalen Verwaltungsorgane im Jahr 2001 keinen offiziellen Mechanismus für die Behandlung globaler Fragen der Politikkohärenz gibt, wurde das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten (MOFA) mit der Koordinierung der ODA-Planung aller Regierungsstellen beauftragt. Zu den Maßnahmen, die zur Steigerung der Synergien zwischen MOFA, JBIC, JICA und anderen Ministerien ergriffen worden sind, zählen auch der Einsatz gemeinsamer Länderstrategien. Japan hat die Lieferbindung für seine EZ-Kredite bereits vor vielen Jahren aufgehoben.

Erfolgskontrolle. In der Öffentlichkeit wächst die Kritik an Großprojekten, und es werden immer stärkere Forderungen nach mehr Transparenz in der EZ-Politik laut. Eine mit der Evaluierung des ODA-Systems beauftragte Enquete-Kommission legte dem Außenminister einen Bericht über eine Reform des ODA-Evaluierungssystems vor. Die darin enthaltenen Empfehlungen zielen auf eine Verbesserung des Evaluierungssystems ab. Im September 2000 veranstaltete Japan in Tokyo einen Workshop der DAC-Evaluierungsgruppe über Lern- und Feedback-Mechanismen.



KANADA

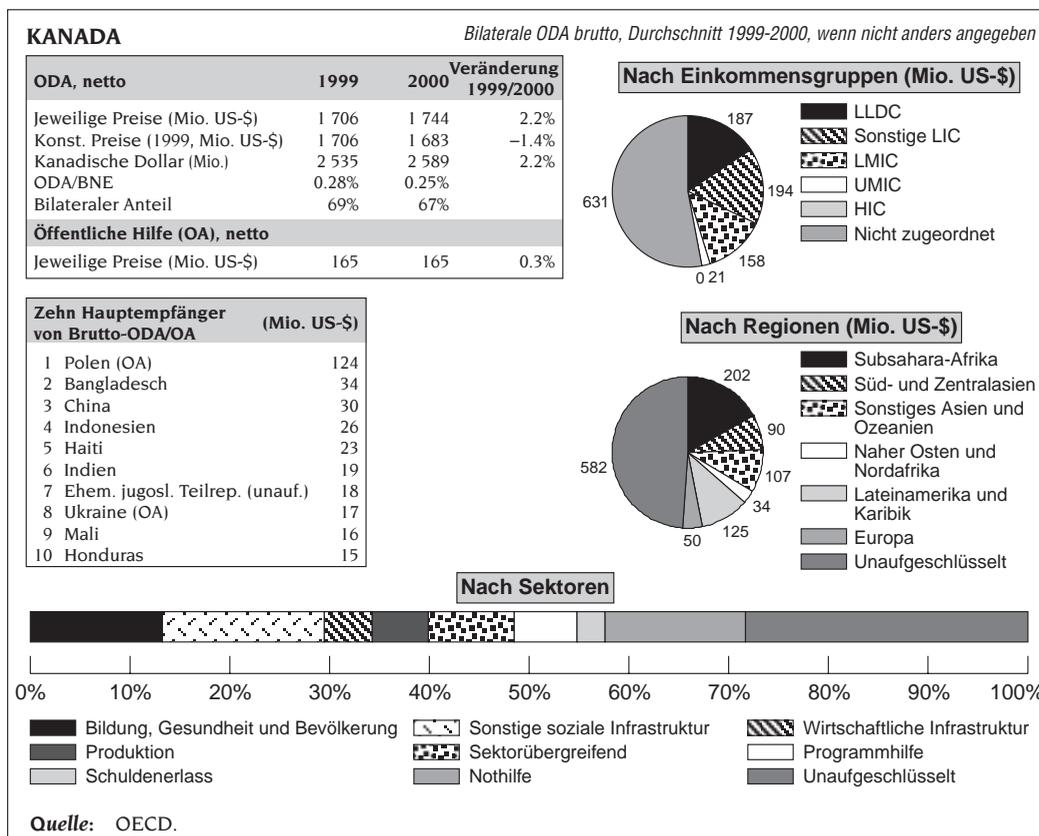
Die ODA-Leistungen Kanadas sind im Jahr 2000 erneut gesunken, und zwar real um über 1% (auf 1,74 Mrd. US-\$), wodurch das ODA/BNE-Verhältnis auf 0,25% zurückging. Kanada hat in vielen Regionen Interessen, und ein Großteil der bilateralen EZ-Leistungen dient der Finanzierung regionaler und sonstiger Aktivitäten. 68% der Mittel gehen an die am wenigsten entwickelten Länder und Länder der unteren Einkommensgruppe.

Partnerschaftsansätze. Kanada hat tiefgreifende Reformen in Angriff genommen, um die Effizienz seiner EZ-Leistungen zu steigern. Die Kanadische Behörde für internationale Entwicklung (CIDA) beteiligt sich an den Aktionen, die auf internationaler Ebene zur Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Einführung von Armutsbekämpfungsstrategien unternommen werden. Auf Grund der Budgetkürzungen ist aber der Spielraum für flexible Anpassungen an die Anforderungen der EZ-Programme begrenzt. Es sind Pilotprojekte ins Leben gerufen worden, um innovative Partnerschaftsmodelle zu testen.

Armutsbekämpfungspolitik. Das Hauptziel der neuen Entwicklungsstrategie ist die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung durch eine Reduzierung der Armut und Leistung von Beiträgen zu einer sichereren, gerechteren und wohlhabenderen Welt. Es werden immer mehr Mittel für soziale Entwicklungsprioritäten eingesetzt, so werden sich die Ausgaben für die Bereiche Grundausbildung, HIV/AIDS und Kinderschutz vervierfachen, die Zahlungen für die gesundheitliche Grundversorgung und Nahrungsmittel mehr als verdoppeln.

Politikkohärenz. Kanada plant, die Effekte seiner Politiken auf die Entwicklungsländer zu prüfen und alle Möglichkeiten zur Steigerung der Politikkohärenz zu untersuchen. Sowohl die DAC-Übereinkunft zur Aufhebung der Lieferbindung als auch die Entscheidung der CIDA, stärker auf neue Programmkonzepte zurückzugreifen, setzen eine Fortsetzung der Lieferbindung bei kanadischen EZ-Leistungen voraus.

Erfolgskontrolle. Die CIDA wird ihr ergebnisorientiertes Managementsystem so überarbeiten, dass die stärkere Entwicklungsorientierung der neuen Strategie deutlicher zum Ausdruck kommt. Ferner wird die CIDA seine innovativen Initiativen im Bereich des Wissensmanagements fortsetzen.



LUXEMBURG

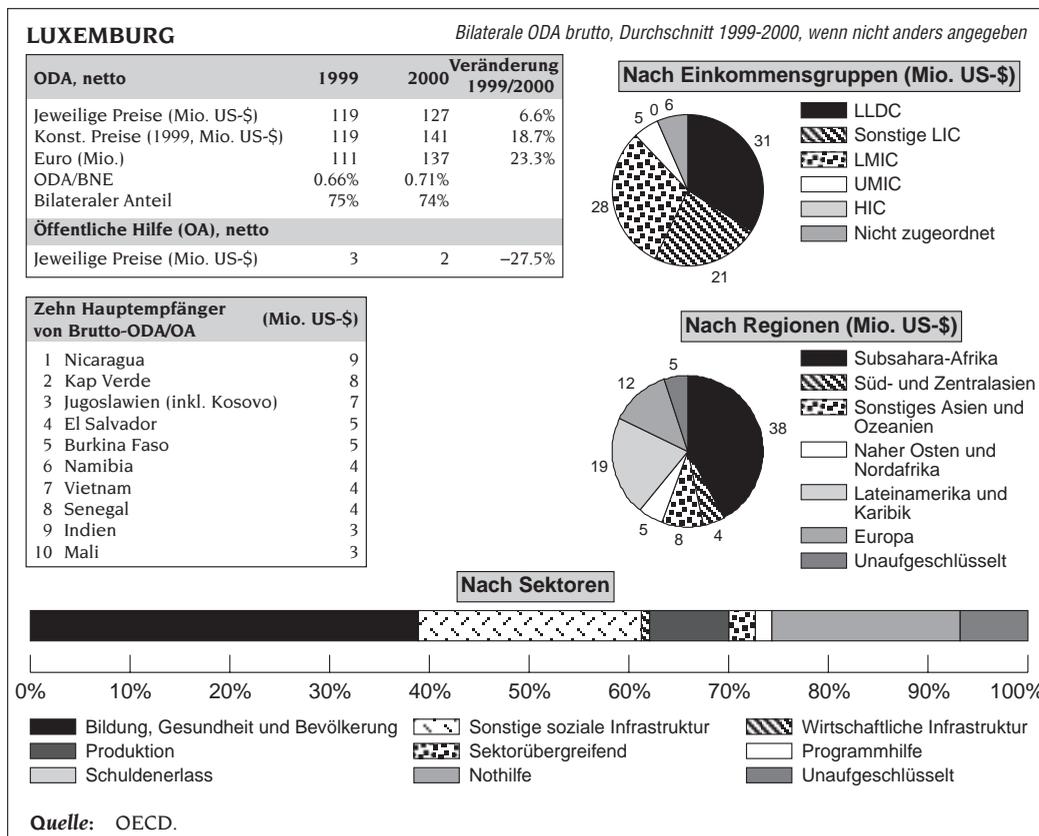
Im Jahr 2000 schloss Luxemburg mit einem ODA/BNE-Verhältnis von 0,71% zur Gruppe der Länder auf, die 0,7% ihres BNE für ODA-Leistungen aufbringen. Aus amtlichen Plänen geht hervor, dass die ODA-Leistungen im Jahr 2005 1% des BNE erreichen werden. Das ODA-Gesamtvolumen Luxemburgs betrug 127 Mio. US-\$, davon gingen 61% an die am wenigsten entwickelten Länder und Länder der unteren Einkommensgruppe sowie 44% an Subsahara-Afrika.

Partnerschaftsansätze. Die EZ-Programme werden in zehn Schwerpunktländern umgesetzt, denen gegenüber Luxemburg langfristige Verpflichtungen eingegangen ist. Die Bereitschaft zur Partnerschaft zeigt sich an der starken Konzentration auf Konzepte der partizipativen Entwicklung wie auch an der Unterstützung der politischen Dezentralisierung und der Zivilgesellschaft. Die multilaterale Zusammenarbeit erfolgt zunehmend im Rahmen „multi- und bilateraler“ Initiativen in Schwerpunktländern.

Arbeitsbekämpfungspolitik. Arbeitsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung sind Kernziele des luxemburgischen EZ-Programms. Luxemburg schloss sich der Kopenhagener 20/20-Initiative an, und die meisten seiner Programme räumen der Grundschulbildung wie auch der gesundheitlichen Grundversorgung einen besonderen Platz ein.

Politikkohärenz. Luxemburg setzt sich für die Politikkohärenz ein und fördert einen Globalisierungsprozess mit menschlichem Gesicht. Der Großteil der luxemburgischen EZ-Leistungen ist bereits lieferungebunden, und bei der Projektumsetzung wird weitreichend auf lokale Unternehmen zurückgegriffen.

Erfolgskontrolle. Im Jahr 2000 wurde eine interne Umstrukturierung vorgenommen, um die Leistungsfähigkeit Luxemburgs zur Bewältigung der mit dem wachsenden EZ-Budget und zunehmendem politischen Engagement für die Entwicklungszusammenarbeit einhergehenden Herausforderungen zu verbessern. Luxemburg erhielt für seine Bemühungen um die Verbesserung der Managementqualität seiner EZ-Aktivitäten eine internationale Auszeichnung (ISO).



NEUSEELAND

Das ODA-Gesamtvolumen Neuseelands lag 2000 bei 113 Mio. US-\$, was einem geringfügigen Rückgang gegenüber dem Niveau von 1999 entsprach. Auch das ODA/BNE-Verhältnis verzeichnete eine leichte Abschwächung von 0,27% im Jahr 1999 auf 0,25% im Jahr 2000. Von den ODA-Bruttoauszahlungen Neuseelands, die sich vor allem auf den asiatisch-pazifischen Raum konzentrierten (87%), kamen 53% Ländern der unteren Einkommensgruppe zugute.

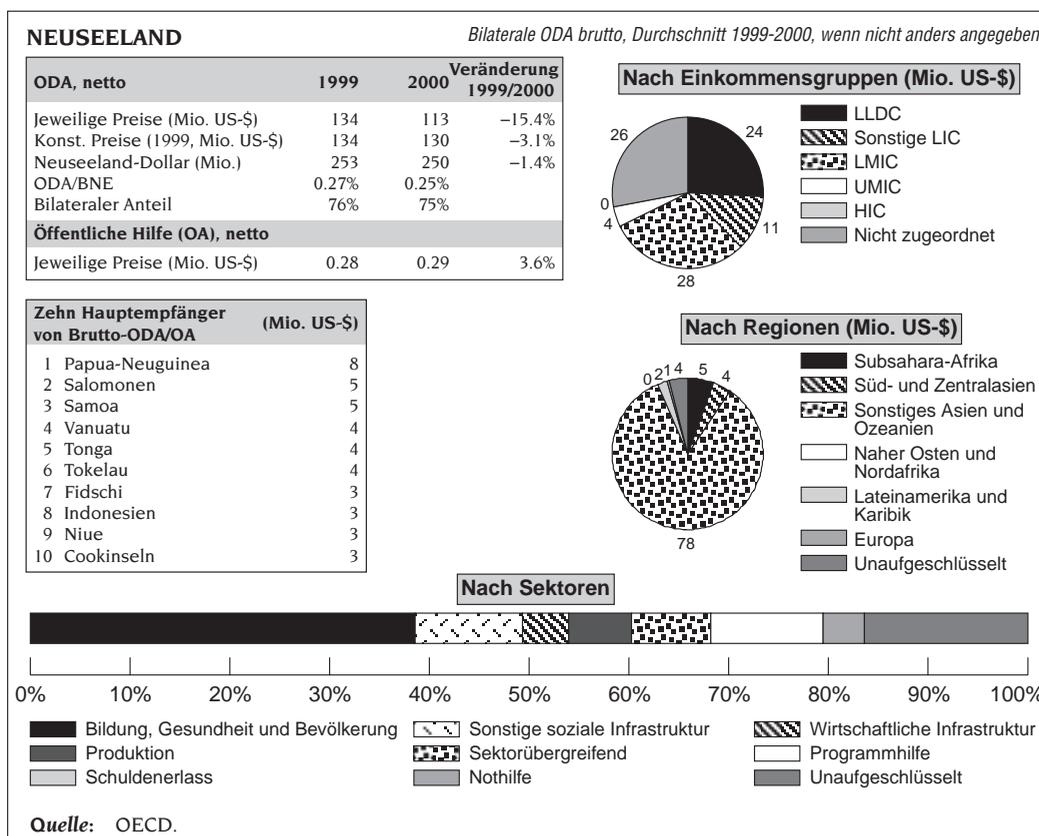
Partnerschaftsansätze. Neuseeland untersucht derzeit die Möglichkeiten für eine Unterstützung seiner EZ-Partner bei der Entwicklung von Armutbekämpfungs- und nationalen Entwicklungsstrategien. Es wirkt an den sektorumfassenden Reformprozessen in Papua-Neuguinea mit und hat sich einverstanden erklärt, die Leitung der Arbeiten zur Erstellung eines sektorumfassenden Konzepts zur Humanressourcenentwicklung auf den Cookinseln zu übernehmen. Neuseeland hat in Zusammenarbeit mit Australien eine gemeinsame Strategie zur Harmonisierung der Geberpraktiken und -politiken im Pazifik entwickelt.

Armutbekämpfungspolitik. Die Beseitigung der Armut bildet die zentrale Achse der neuseeländischen Entwicklungs-

zusammenarbeit. Eine Evaluierung des Beitrags der Entwicklungspolitik zur Armutsbeseitigung ist nunmehr in den regelmäßigen Prüfungen der Länderstrategien und Sektorprogramme vorgesehen. Neuseeland wird Forschungsarbeiten in Angriff nehmen, um an der Ermittlung der am stärksten benachteiligten Gruppen in den pazifischen Nationen mitzuwirken und den Gebern auf diese Weise zu helfen, ihre Programme gezielter auf die Armen auszurichten.

Politikkohärenz. Die Förderung von Wirtschaftswachstum und guter Staatsführung in den Entwicklungsländern im asiatisch-pazifischen Raum ist ein wichtiges nationales Interesse Neuseelands. Die Entwicklungszusammenarbeit stellt in diesem Zusammenhang ein wesentliches Politikinstrument dar.

Erfolgskontrolle. Neuseeland schenkt den Ergebnissen seiner Entwicklungszusammenarbeit wie auch der Beobachtung der auf dem Weg zur Erreichung der Ziele gemachten Fortschritte große Aufmerksamkeit. Es hat damit begonnen, die Millenniums-Entwicklungsziele wie auch die Internationalen Entwicklungsziele in die eigenen Länder- und Sektorstrategien und -maßnahmen zu integrieren. Eine unabhängige Prüfung des neuseeländischen EZ-Programms wurde 2001 abgeschlossen, und im Anschluss daran wurde die Einrichtung eines halbautonomen Organs für die Verwaltung des EZ-Programms beschlossen.



NIEDERLANDE

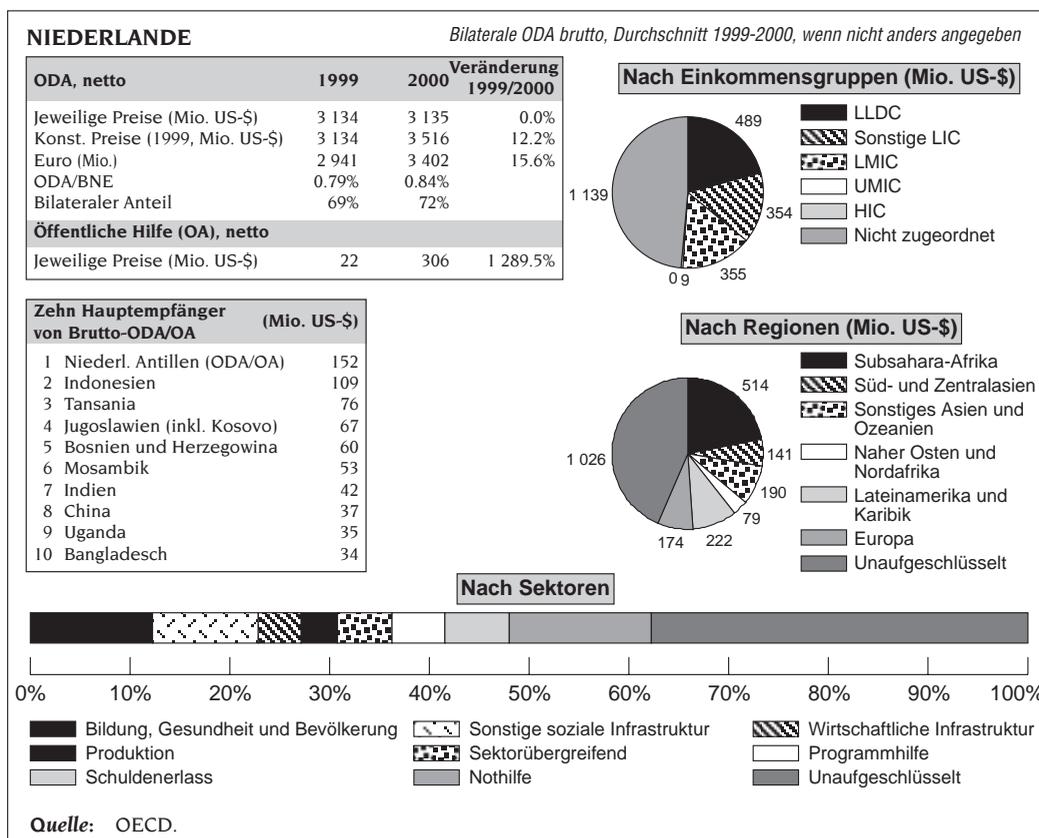
Im Jahr 2000 war das ODA-Volumen der Niederlande (mit 3,14 Mrd. US-\$) gegenüber 1999 im Wesentlichen unverändert. In Bezug auf das ODA/BNE-Verhältnis (0,84%) rangierten die Niederlande hinter Dänemark an zweiter Stelle. Auch wenn die geographischen Interessen der Niederlande breit gestreut waren, gingen 70% der niederländischen EZ-Leistungen an Länder der unteren Einkommensgruppe und am wenigsten entwickelte Länder.

Partnerschaftsansätze. Die Partnerschaft mit allen interessierten Akteuren ist eines der Hauptmerkmale der niederländischen EZ-Programme. Im Jahr 1998 stellten die Niederlande eine Liste mit 17 „Partnerschafts-“, und 29 „Themenländern“ auf, um die EZ-Leistungen gezielter in prioritären Bereichen einzusetzen. Zu den Auswahlkriterien zählten u.a. die Bedürftigkeit des Partnerlandes, dessen Verpflichtung auf eine solide Wirtschaftspolitik sowie eine verantwortungsbewusste Staats- und Regierungsführung. Diese Liste war Gegenstand langer Debatten in der Öffentlichkeit und im Parlament. Die Sektor-konzepte beruhen auf dem Gedanken der Trägerschaft des Empfängerlandes und sind ferner bei der Ermittlung der Bereiche, in denen die nationalen Kapazitäten gestärkt werden müssen, sehr nützlich. Die Niederlande befürworten die budgetäre Unterstützung in all jenen Fällen, in denen die notwendigen Managementkapazitäten vor Ort vorhanden sind. Eine starke Präsenz vor Ort ermöglicht eine enge Koordinierung mit anderen Gebern bei der Maßnahmenumsetzung.

Armutsbekämpfungspolitik. Die Armutsreduzierung ist das überwältigende Ziel der niederländischen Entwicklungszusammenarbeit. Der neue Rahmen der Strategiepapiere zur Armutsbekämpfung (PRSP) wird als entscheidendes Durchführungsinstrument angesehen, das als maßgebliche Orientierung für die niederländische EZ-Strategie, die Gestaltung der Umsetzungsprogramme, die Überwachung und Evaluierung sowie den Dialog über die zu ergreifenden Maßnahmen gilt.

Politikkohärenz. Der Minister nutzt seinen Sitz im Kabinett aktiv, um auf innerhalb der Regierung bestehende Kohärenzprobleme aufmerksam zu machen, und alle Anweisungen in Bezug auf die Haltung in internationalen Verhandlungen müssen vom Kabinett genehmigt werden. Das Ministerium bemüht sich um die Einrichtung einer mit hinreichendem Personal besetzten Einheit für Politikkohärenz, die eine systematischere Identifikation und Analyse von Kohärenzproblemen gewährleistet. Die Niederlande nutzen internationale Foren (z.B. internationale Konferenzen, Europäische Union, DAC, Utstein-Gruppe) zur Behandlung von Kohärenzfragen.

Erfolgskontrolle. Die Abteilung für Politik- und Interventionsevaluierung ist ein starker Befürworter der umfassenden DAC-Evaluierungsleitlinien. Die Einrichtung eines integrierten Überwachungs- und Evaluierungssystems, das auch Feedback für Lern- und Entscheidungszwecke auf allen Verwaltungsebenen vorsieht, stellt nach wie vor eine große strategische und technische Herausforderung dar.



Kasten IV.6 DAC-Länderprüfung Niederlande, 5. Juni 2001

Prüfer: Deutschland und Portugal

Die niederländische Entwicklungszusammenarbeit passt sich weiterhin mit großer Flexibilität dem sich rasch wandelnden globalen Umfeld an, doch sind auf der Ebene des Managements und der konkreten Umsetzung der EZ-Aktivitäten weiterhin große Herausforderungen augenfällig.

Zu den wichtigsten Ergebnissen und Empfehlungen der DAC-Länderprüfung der Niederlande zählen:

- Die Entschlossenheit der niederländischen Regierung, ein hohes ODA/BNE-Verhältnis aufrechtzuerhalten, wird durch die starke und weitreichende Unterstützung erleichtert, die die Entwicklungszusammenarbeit sowohl in politischen Kreisen als auch in der Öffentlichkeit erfährt. Die Niederlande halten an ihrem Engagement für ein hohes ODA-Niveau fest, wobei allerdings Befürchtungen darüber laut geworden sind, dass Personalengpässe im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten (MAE) ein effizientes Management dieses kontinuierlich wachsenden Budgetpostens erschweren könnten.
- Die Zusammenlegung von außenpolitischen und EZ-Funktionen innerhalb des Ministeriums hat sich positiv auf die Politikkohärenz ausgewirkt. Allerdings wurden durch diese Maßnahme gewisse Managementschwierigkeiten deutlich verschärft, so u.a. im Bereich der Personalverwaltung (Einstellungen, Mitarbeiterzahl und Qualifikationsmix). Der DAC empfiehlt dem Ministerium die Ausarbeitung einer klaren Strategie für seine EZ-Personalpolitik. Außerdem empfiehlt der DAC eine Ausweitung der Befugnisse des Ministers für Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Personaleinstellung und des Personalmanagements, um einen angemessenen Qualifikationsmix sowohl in der Zentrale als auch vor Ort zu garantieren.
- Die für die niederländische Entwicklungszusammenarbeit Verantwortlichen bemühen sich seit langem um eine Stärkung der Politikkohärenz zwischen den niederländischen Akteuren und auf internationaler Ebene. Da es sich bei der Politikkohärenz aber um ein so wichtiges Ziel handelt, muss diese auch innerhalb des niederländischen Systems verstärkt werden. Die Niederlande haben ihre Absicht bekundet, das Ministerium und höhere Verwaltungsstellen mit den notwendigen Kapazitäten auszustatten. Der DAC begrüßte darüber hinaus das Interesse der niederländischen Politikverantwortlichen an einer Vernetzung mit der Zivilgesellschaft, um so systematischere Diskussionen über Politikkohärenz zu ermöglichen.
- Die Niederlande bedienen sich der von den Zielländern selbst zusammengestellten Strategien, insbesondere der Strategiepapiere zur Armutsbekämpfung (PRSP), als Modell für die Vergabe bilateraler EZ-Leistungen. Der DAC begrüßte die Tatsache, dass der lokalen Trägerschaft, dem Einsatz der vor Ort verfügbaren Ressourcen wie auch der Armutsbekämpfung ein so zentraler Platz eingeräumt wird, unterstrich gleichzeitig aber auch die Herausforderungen, vor die sich die Niederlande künftig in Bezug auf das Risikomanagement gestellt sehen könnten, falls sich die Umsetzung dieser neuen Strategie als problematisch erweisen sollte.
- Die Niederlande haben ein starkes politisches Engagement zu Gunsten einer Aufhebung der Lieferbindung bei EZ-Leistungen unter Beweis gestellt. Im Anschluss an die OECD-Übereinkunft von April 2001 über die Aufhebung der Lieferbindung begrüßte der DAC die Absichten der Niederlande, die zuvor für liefergebundene EZ-Projekte in den am wenigsten entwickelten Ländern vorgesehenen Mittel in einen multilateralen Sonderfonds für künftige Entwicklungsaktivitäten einzuzahlen.
- Die Niederlande sind für ihre ehrgeizigen Maßnahmen im Bereich der Dezentralisierung des Managements und der Entscheidungsbefugnisse sehr gelobt worden. Es wurde angeregt, dass das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Maßnahmen zur Verbesserung der Kommunikation zwischen der Zentrale und den vor Ort tätigen Stellen in die Wege leitet, um das gegenseitige Verständnis zu verbessern und den Meinungs austausch zu erleichtern. Der DAC begrüßte die vom Minister angekündigte Übertragung der Verantwortung für die Verwaltung makroökonomischer Fonds an die Botschaften der Empfängerländer.
- Auch wenn Anstrengungen unternommen worden sind, um das niederländische System der Erfolgskontrolle zu stärken, sind die in den Länderprüfungen von 1994 und 1997 bereits formulierten Empfehlungen noch immer aktuell. Die Niederlande wurden ermutigt, alle für die Einrichtung eines kohärenten, globalen Überwachungs- und Evaluierungssystems notwendigen Maßnahmen in die Wege zu leiten. Dieses System sollte derart konzipiert sein, dass das Feedback der Ortsbüros genutzt wird, um aus den gesammelten Erfahrungen Lehren zu ziehen und diese bei künftigen Entscheidungen zu berücksichtigen.

NORWEGEN

Die ODA-Leistungen Norwegens gingen im Jahr 2000 vor allem unter dem Einfluss von Wechselkursschwankungen um 9,6% auf 1,26 Mrd. US-\$ zurück. Mit einem ODA/BNE-Verhältnis von 0,8% rangierte Norwegen unter den DAC-Ländern auf Platz vier. 25% der norwegischen ODA-Leistungen waren auf die 12 Schwerpunktländer Norwegens konzentriert, und 42% gingen an Subsahara-Afrika, davon 59% an Länder der unteren Einkommensgruppe.

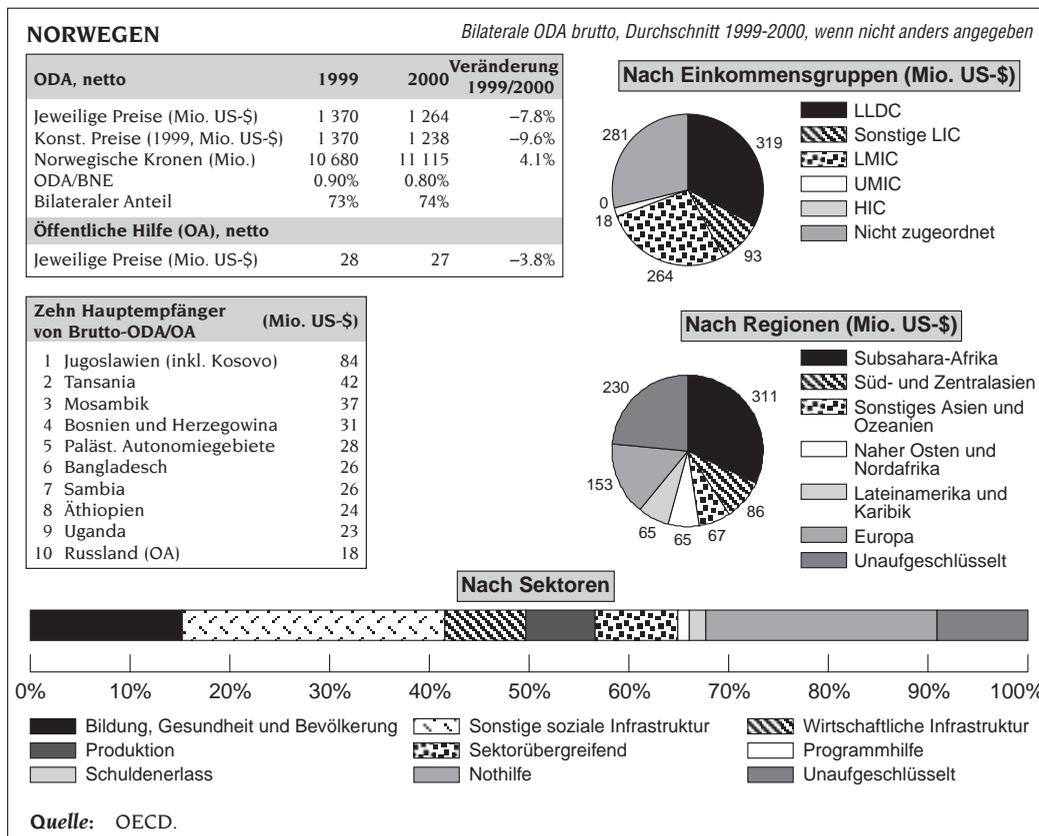
Partnerschaftsansätze. Zur Entwicklung von Synergien unter gleichgesinnten Partnern hat Norwegen mit Deutschland, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich die Ustein-Gruppe gegründet. Norwegen unterstützt die Bemühungen um eine Verstärkung des Systems der Vereinten Nationen und wird für seine Entwicklungszusammenarbeit immer mehr auf das multilaterale System zurückgreifen. Ferner ist Norwegen ein starker Befürworter des PRSP-Prozesses wie auch der Sektor-konzepte mit anderen Gebern.

Armutsbekämpfungspolitik: Norwegen pflichtet den Millenniums-Entwicklungszielen voll und ganz bei und hebt die Notwendigkeit einer globalen Perspektive im Bereich der Armutsbekämpfung hervor. Es räumt einem besseren Markt-zugang für arme Länder, der Förderung der Entwicklung des

privaten Sektors, der Unterstützung von Sektorprogrammen wie auch dem Kapazitätsaufbau für ein besseres öffentliches Finanzmanagement, dem Kampf gegen HIV/AIDS, einer nachhaltigen Unterstützung der HIPC-Initiative wie auch einer generellen Bereitschaft zur Harmonisierung der EZ-Maßnahmen mit den nationalen Armutsbekämpfungsstrategien Priorität ein.

Politikkohärenz. Die Politikkohärenz wird hauptsächlich durch interministerielle Konsultationsforen gewährleistet. Norwegen unterstützt die „Alles-außer-Waffen“-Initiative der Europäischen Union, und die Regierung hat den Vorschlag unterbreitet, mit Wirkung von Juli 2002 alle Zölle und Abgaben auf Importe aus den am wenigsten entwickelten Ländern aufzuheben.

Erfolgskontrolle. Norwegen verfügt über ein gut konzipiertes Überwachungs- und Evaluierungssystem, das den Anforderungen der Rechenschaftspflicht gerecht wird. Außerdem ist eine externe Kommission ins Leben gerufen worden, um die Evaluierungsfunktion innerhalb des Ministeriums zu rationalisieren. Derzeit werden die Berichterstattungen an das Parlament in Norwegen neu gestaltet, um den Millenniums-Entwicklungszielen Rechnung zu tragen. Norwegen unterzieht sein System der Entwicklungszusammenarbeit derzeit einer eingehenden Prüfung mit dem Ziel, die Effizienz seiner EZ-Leistungen durch Konzentration auf eine geringere Anzahl von Ländern zu steigern.



ÖSTERREICH

Im Jahr 2000 beliefen sich die ODA-Leistungen Österreichs auf 423 Mio. US-\$, und das ODA/BNE-Verhältnis betrug 0,23%, womit das Land unter allen DAC-Ländern Platz 18 einnimmt. Österreich verfügt noch nicht über ein ODA-Gesamtbudget, das die Aufstellung einer Zielvorgabe für das ODA/BNE-Verhältnis des Landes ermöglichen würde.

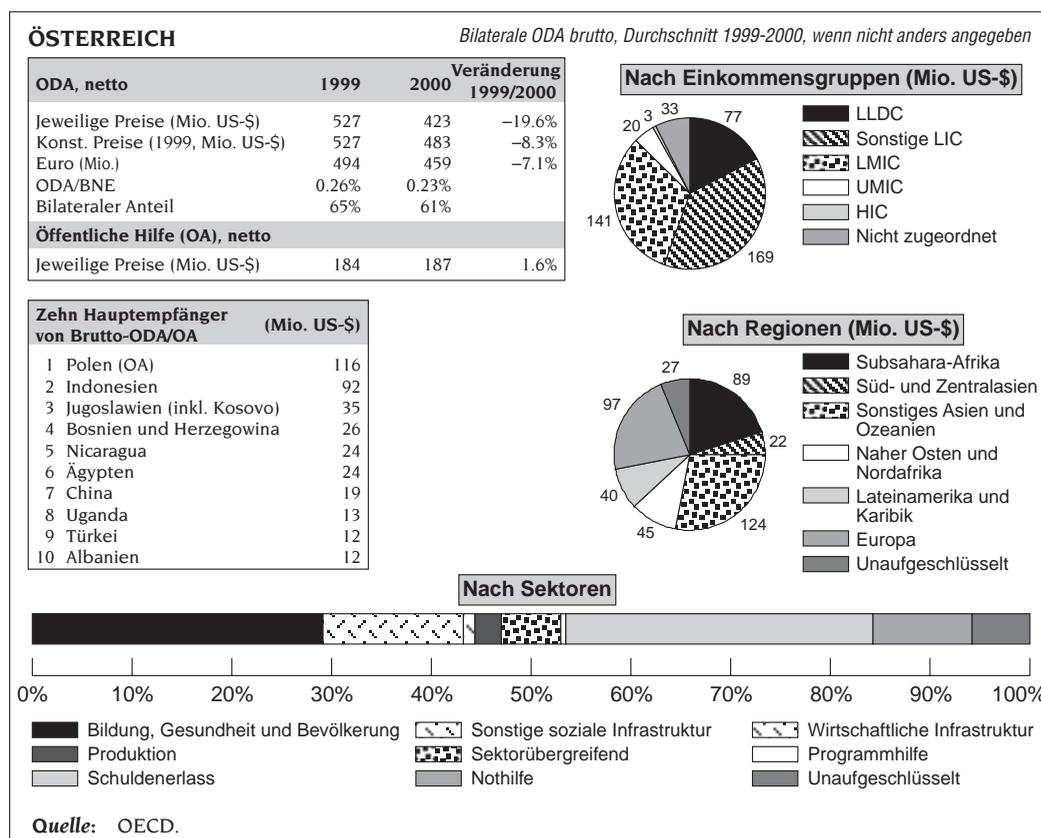
Partnerschaftsansätze. Österreich hat seine direkte Zusammenarbeit mit den Regierungen der Partnerländer verstärkt. Es unterstützt Dezentralisierungsprozesse und fördert sektorbezogene Maßnahmen und Prioritäten. Die Mittelbereitstellungen an NRO sind rückläufig.

Armutsbekämpfungspolitik. Eines der Ziele der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist die Armutsbekämpfung. Österreich setzt seine EZ-Leistungen prioritär in den ärmsten Ländern ein, vor allem in besonders bedürftigen Regionen und zu Gunsten benachteiligter Zielgruppen. Österreich ist der Auffassung, dass das Wirtschaftswachstum allein für eine Anhebung des Lebensstandards der Armen nicht

ausreicht und es zusätzlich einer gerechten Einkommensverteilung bedarf. Aus diesem Grund ergreift Österreich gezielte Maßnahmen, die die Armen direkt erreichen.

Politikkohärenz. Die Synergien zwischen den einzelnen EZ-Programmen können und müssen verbessert werden. Eine prioritäre Aufgabe des österreichischen EZ-Programms besteht darin, alle ODA-Ausgaben, darunter auch die vergünstigten Exportkredite, Unterstützungsleistungen für Flüchtlinge in Österreich wie auch als EZ-Leistungen verbuchte Studiengebühren, einem klaren Katalog von Entwicklungszielen zuzuordnen.

Erfolgskontrolle. Österreich setzt sich sehr stark für die Erreichung des internationalen Entwicklungsziels ein, die Armut in den Entwicklungsländern bis 2015 zu halbieren. Die Einarbeitung dieses und anderer Millenniums-Entwicklungsziele in das globale EZ-Programm wie auch die diesbezügliche Zusammenarbeit mit anderen Gebern und multilateralen Institutionen zur Verwirklichung dieser Ziele bleibt eine große Herausforderung. Das österreichische Evaluierungssystem muss in Bezug auf Finanzmittel, Humanressourcen und Managementkapazitäten erheblich ausgeweitet werden.



PORTUGAL

Portugals ODA-Leistungen beliefen sich im Jahr 2000 auf 271 Mio. US-\$, was einer leichten Abnahme gegenüber 1999 entspricht. Mit seinem ODA/BNE-Verhältnis von 0,26%, dem gleichen Wert wie 1999, nahm Portugal den 15. Platz unter den 22 DAC-Mitgliedern ein. Da der Schwerpunkt der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit auf portugiesischsprachigen Ländern in Subsahara-Afrika liegt, gingen 77% der Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder; weitere 21% kamen anderen Ländern der unteren Einkommensgruppe zugute.

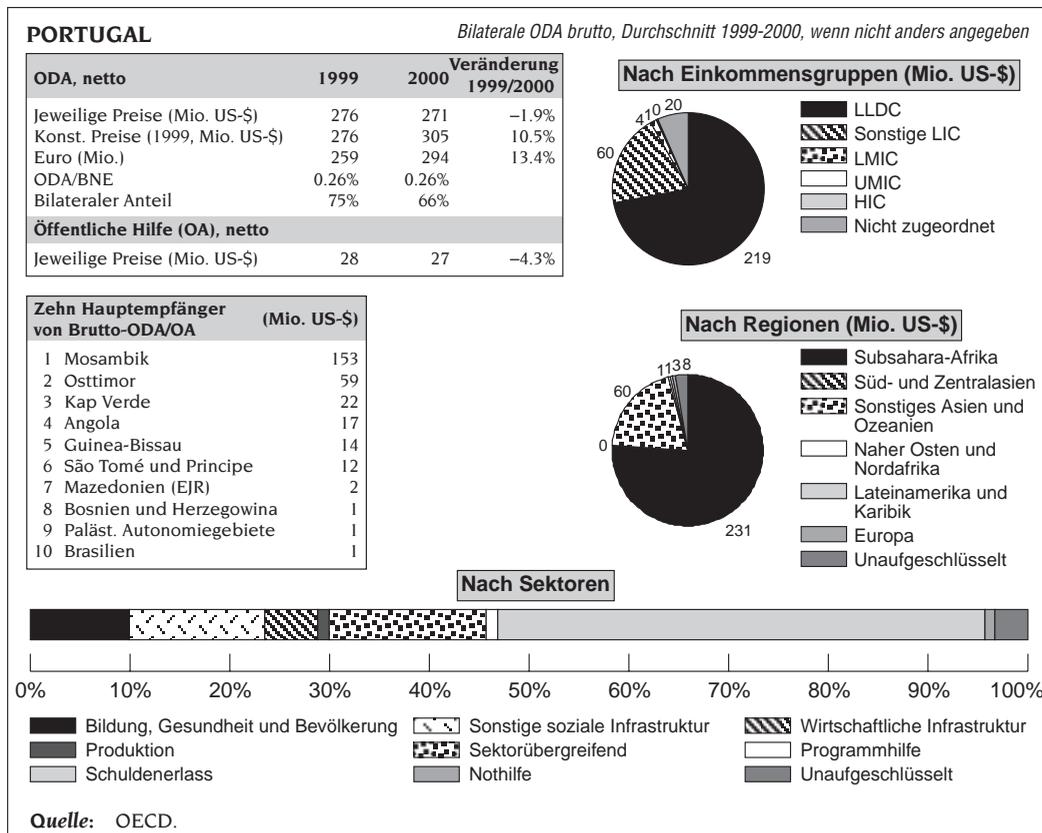
Partnerschaftsansätze. Portugal befürwortet Sektorkonzepte. Der neue Dreijahres-Rahmenplan für São Tomé und Príncipe stellt besonders auf den sektorumfassenden Ansatz ab. Ähnliche Programme werden für Mosambik und Kap Verde entwickelt. Portugal arbeitet an einer Weiterentwicklung seiner Konzeptpapiere für die strategische Orientierung, um diese einer sektorbezogenen Perspektive besser anzupassen, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswesen.

Armutsbekämpfungspolitik. Die Armutsbekämpfung gehört zu den neuen Zielen der portugiesischen EZ-Politik. Der

Beitrag Portugals zu sozialen Grunddiensten macht zwar noch immer nur einen geringen Teil seiner ODA-Leistungen aus, es wurde jedoch inzwischen erkannt, dass für diesen Bereich mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Stärkung von Infrastruktur und Sozialdiensten sowie ein verbesserter Zugang der Armen hierzu sind nunmehr vorrangige Anliegen, insbesondere im Bildungs- und im Gesundheitswesen.

Politikkohärenz. Die Umsetzung des portugiesischen EZ-Programms obliegt rund 17 Ministerien und diversen anderen Stellen. Um die Synergieeffekte zu erhöhen, wurde ein Ministerrat für Kooperationsfragen eingerichtet, der das jährliche EZ-Programm auf der Grundlage eines Dreijahresplans sowie den globalen EZ-Etat für die einzelnen Länder beschließt. Im Interministeriellen Ausschuss für Zusammenarbeit werden in monatlichen Treffen Fragen der Kooperation zwischen den Ministerien erörtert.

Erfolgskontrolle. Das Evaluierungssystem ist verbesserungsbedürftig. Es muss ein reguläres, gründlich arbeitendes und unabhängiges System geschaffen werden, das die EZ-Aktivitäten aller relevanten Stellen erfasst.



Kasten IV.7 DAC-Länderprüfung Portugal, 11. April 2001

Prüfer: Belgien und Neuseeland

Portugal, das dem DAC 1991 beigetreten ist, besitzt von allen DAC-Mitgliedsländern das niedrigste Pro-Kopf-BNE. Seine ODA-Leistungen sind in den letzten Jahren stetig gestiegen und beliefen sich 1999 auf 276 Mio. US-\$. Das ODA/BNE-Verhältnis lag 1999 bei 0,26%, womit Portugal unter den 22 DAC-Mitgliedern an 16. Stelle rangierte. Portugal strebt für die nähere Zukunft ein ODA/BNE-Verhältnis von 0,35% an. Ein großer Teil seiner Leistungen geht an die am wenigsten entwickelten Länder. Als Reaktion auf die bei der letzten Länderprüfung ausgesprochenen Empfehlungen hat Portugal eine Reihe von Entscheidungen getroffen und eine Reform seines EZ-Programms eingeleitet.

Die wesentlichsten Feststellungen und Empfehlungen, zu denen der DAC bei der Prüfung Portugals gelangte, lauteten wie folgt:

- Obwohl die Armutsbekämpfung ein wichtiges Ziel der portugiesischen Entwicklungszusammenarbeit darstellt, kommt diesbezüglichen Fragen im EZ-Programm des Landes noch immer nicht genügend Aufmerksamkeit zu. Unter der Leitung des Portugiesischen Instituts für Zusammenarbeit (ICP) könnte das Programm in Einklang mit den Internationalen Entwicklungszielen und im Rahmen der Länderstrategien eine stärker armutsorientierte Ausrichtung erhalten. In diesem Zusammenhang wäre es wünschenswert, mehr Mittel für soziale Grunddienste bereitzustellen.
- Das Programm ist noch immer auf 17 Ministerien und zahlreiche andere Stellen, Universitäten und Kommunen aufgesplittert. Die Koordination könnte hier verbessert werden, um Doppelarbeit zu vermeiden. Es wäre für Portugal sinnvoll, ähnliche Aktivitäten im Zuständigkeitsbereich eines Ministeriums oder einer EZ-Stelle zusammenzufassen. Der DAC begrüßte daher die Einrichtung des Interministeriellen Ausschusses für Zusammenarbeit, der die Arbeit der verschiedenen Ministerien koordinieren soll, sowie eines Ministerrats für Kooperationsfragen, der das jährliche EZ-Programm und den entsprechenden Haushalt verabschiedet. Der DAC empfiehlt den portugiesischen Behörden, über ihre Möglichkeiten zur Verbesserung der Politikkohärenz nachzudenken.
- Das ICP muss erst noch zu einer wirklichen Koordinierungsstelle ausgebaut werden. Es hat zwar erhebliche Fortschritte durch den Aufbau eines Datenbanksystems erzielt, in dem alle EZ-Ausgaben zusammengefasst sind, es könnte jedoch eine größere Rolle bei der Politikgestaltung, der Entwicklung operativer Instrumente und Leitlinien, der systematischen Berücksichtigung von Querschnittsaufgaben und der Umsetzung eines umfassenden Monitoring- und Evaluierungssystems spielen. Um diese Aufgaben effizient wahrnehmen zu können, müsste das ICP mit mehr finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet werden. Darüber hinaus könnte die Mitarbeiterzahl vor Ort aufgestockt werden, da derzeit in jedem größeren Partnerland nur ein bis zwei Beamte des ICP stationiert sind, denen die Aufsicht der dortigen ODA-Aktivitäten obliegt.
- Die neu gegründete Portugiesische Entwicklungsagentur (APAD) fördert portugiesische Investitionen, unterstützt den Aufbau sozialer und wirtschaftlicher Infrastruktur und stimuliert Aktivitäten des privaten Sektors in den Empfängerländern, indem sie Darlehen zu vergünstigten Bedingungen, Kreditbürgschaften und Zuschüsse gewährt und Kapitalbeteiligungen erwirbt. Der DAC empfiehlt, die Rolle der APAD sowie die von ihr angewandten Kriterien und Instrumente – insbesondere zur Unterstützung des privaten Sektors in den Partnerländern – genauer zu definieren.
- Die Schuldenerleichterungen machten 1999 mit 126 Mio. US-\$ (in konstanten Dollarwerten von 1998) 35% der ODA-Bruttoauszahlungen aus (der DAC-Durchschnitt lag bei 4%). Dies war hauptsächlich auf Zahlungsausfälle bei staatlich verbürgten Exportkrediten und Darlehen zurückzuführen. Solche Kredite werden von Portugal jetzt nicht mehr an HIPC-Länder vergeben, um einer weiteren Schuldenakkumulation entgegenzuwirken. Eine wirklich umfassende und offene Informationspolitik über Portugals Strategien im Bereich der Schuldenerleichterungen sowie die Kriterien für die Gewährung neuer staatlicher Kreditbürgschaften würde einen positiven Schritt darstellen.
- Der DAC lobte Portugals schnelle Reaktion in der Osttimorkrise im August 1999. So wurde insbesondere das Amt eines Beauftragten für die Unterstützung der Transition in Osttimor geschaffen und die Haushaltsbewilligungen wurden im Jahr 2000 auf 68 US-\$ erhöht.

SCHWEDEN

Schwedens ODA-Leistungen nahmen im Jahr 2000 um über 21% auf 1,8 Mrd. US-\$ zu, womit sich das ODA/BNE-Verhältnis auf 0,80% erhöhte. Schweden, das sich vor allem auf Subsahara-Afrika konzentriert, ließ 66% seiner Leistungen den am wenigsten entwickelten Ländern und anderen Niedrigeinkommensländern zukommen.

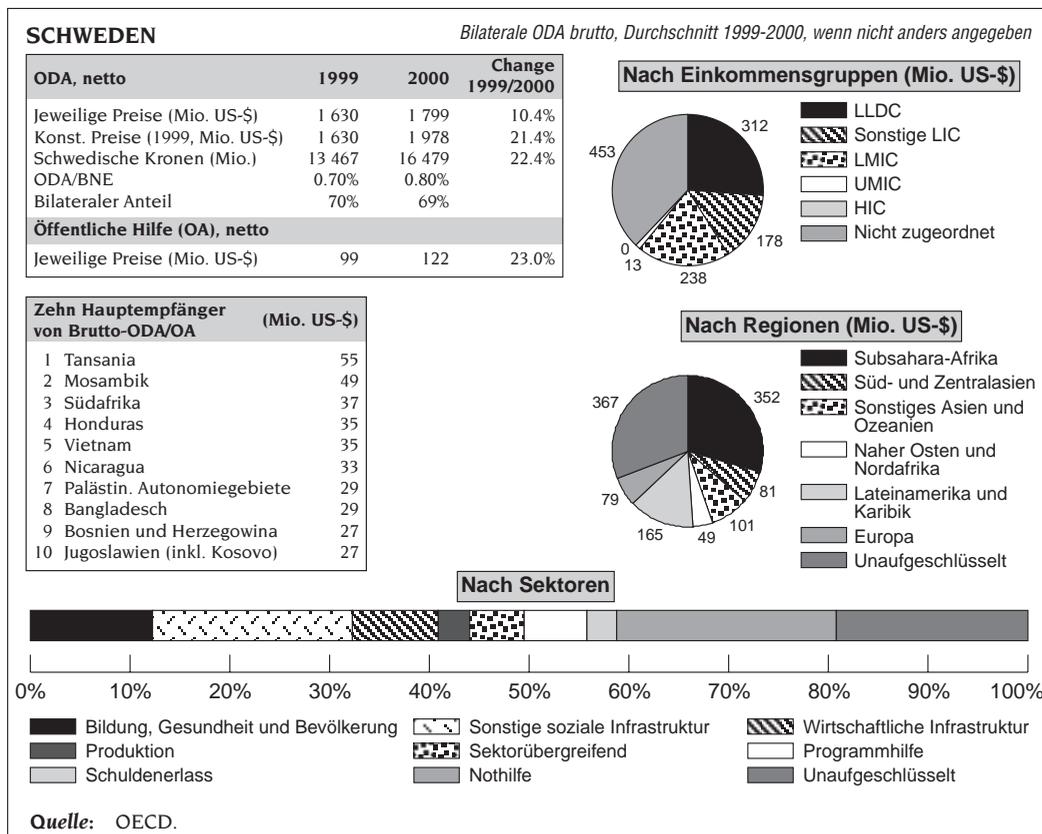
Partnerschaftsansätze. Schweden betrachtet sektorumfassende Ansätze als Ausdruck genereller Anstrengungen zur Förderung der lokalen Trägerschaft und des Partnerschaftsprinzips und gehört zu den Geberländern, die sich besonders aktiv an Sektorkonzepten beteiligen. Es arbeitet kontinuierlich an der Entwicklung neuer Methoden, um die Geberkoordination zu verbessern und die Wirksamkeit der EZ-Leistungen zu erhöhen. Die Programmfinanzierung wurde im Verlauf der letzten beiden Finanzjahre verdoppelt und macht nun 6% der bilateralen ODA aus. Ein Drittel der ODA-Gesamtleistungen wird über multilaterale Organisationen geleitet.

Armutsbekämpfungspolitik. Es besteht ein breiter politischer Konsens darüber, dass es das übergeordnete Ziel der

schwedischen Entwicklungszusammenarbeit ist, den Lebensstandard der Armen anzuheben. In Einklang mit diesem Ziel konzentrieren sich die bilateralen EZ-Leistungen Schwedens auf die am wenigsten entwickelten Länder und andere Niedrigeinkommensländer, insbesondere in Subsahara-Afrika.

Politikkohärenz. Um den mit der Globalisierung verbundenen Veränderungen und neuen Chancen Rechnung zu tragen, wird ein parlamentarischer Ausschuss zur Untersuchung des Beitrags der schwedischen Politik zur globalen Entwicklung die derzeitigen Maßnahmen überprüfen und bis Ende 2001 umfassende Vorschläge für eine kohärente, global ausgerichtete schwedische Politik vorlegen. Die schwedischen EZ-Leistungen sind seit vielen Jahren grundsätzlich lieferungebunden.

Erfolgskontrolle. Obwohl die Internationalen Entwicklungsziele nicht explizit in die schwedischen Strategiedokumente integriert worden sind, wird den Millenniums-Entwicklungszielen bei der Bewertung der Programme und Messung ihrer Ergebnisse doch eine zentralere Rolle zu kommen. Schweden verfügt über ein starkes und gut entwickeltes Evaluierungssystem, das kontinuierlich weiter verbessert wird.



SCHWEIZ

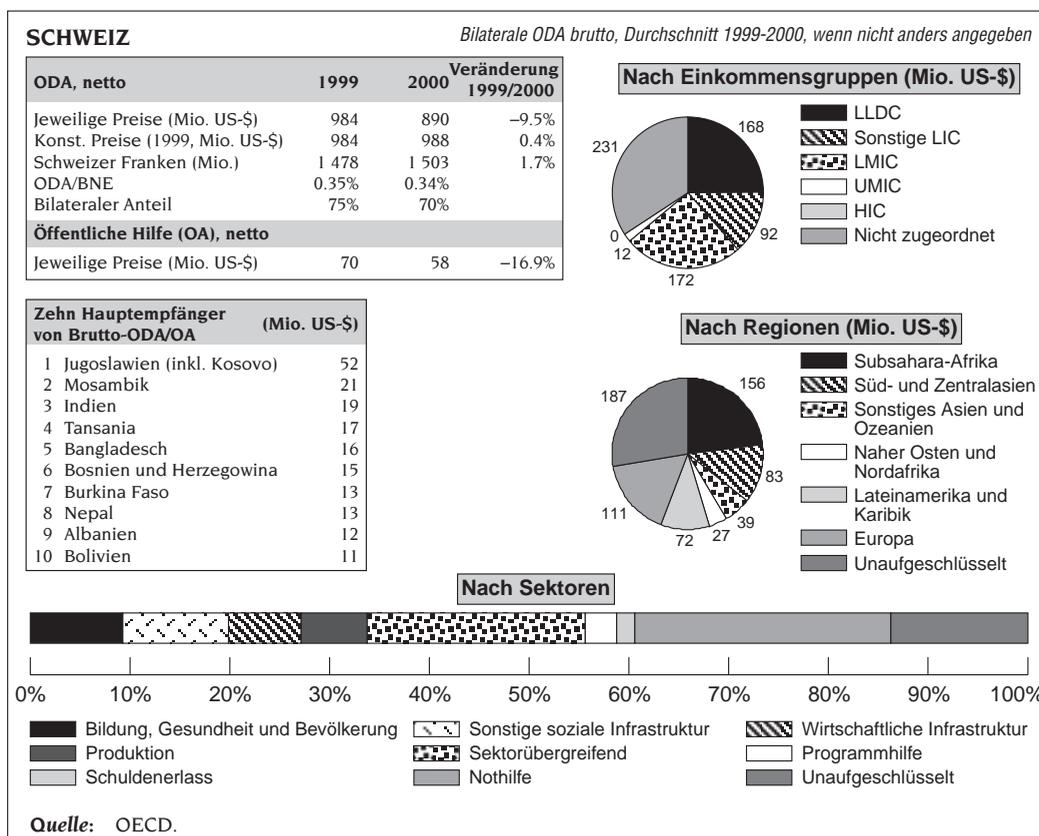
Nach einer erheblichen Zunahme im Jahr 1999 (hauptsächlich wegen der zusätzlichen Mittel für den Balkan) haben sich die Schweizer ODA-Leistungen 2000 bei 890 Mio. US-\$ stabilisiert (0,34% des BNE). Die Mittel sind geographisch breit gestreut und gehen zu 59% an die am wenigsten entwickelten Länder und sonstige Niedrigeinkommensländer.

Partnerschaftsansätze werden mit einer Reihe ausgewählter Schwerpunktländer verfolgt, in denen der Politikdialog der Verantwortung der Schweizer Vertretungen vor Ort obliegt. Obwohl sie den konkreten Modalitäten und der lokalen Verwaltungskapazität skeptisch gegenübersteht, beteiligt sich die Schweiz in Burkina Faso, Tansania und Mosambik an Sektor-konzepten, die auch Budgethilfe umfassen. Auf Grund der besonderen Rolle, die internationalen Institutionen im Kontext der Globalisierung zukommt, entfällt ein Drittel der gesamten ODA der Schweiz auf Zahlungen an multilaterale Einrichtungen.

Armutsbekämpfungspolitik. Es werden neue strategische Orientierungen umgesetzt, die die Bedeutung der Armutsbekämpfung als grundlegendem Ziel der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit bekräftigen. Die Schweiz nimmt auch institutionelle Umstellungen vor, um die Armutsbekämpfung und die Förderung sozialer Grunddienste systematisch in alle Programmbereiche einzubeziehen. Insgesamt, d.h. unter Einrechnung der multilateralen Beiträge, werden rd. 70% der Schweizer Mittel in den am wenigsten entwickelten und in anderen Länder der unteren Einkommensgruppe eingesetzt.

Politikkohärenz. Die Förderung der Politikkohärenz bleibt ein prioritäres Anliegen. Die derzeitigen Anstrengungen zielen darauf ab, in allen Bereichen der staatlichen Politik für verstärkte Kohärenz mit den Entwicklungszielen zu sorgen. EZ-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder wurden bereits vor Annahme der DAC-Empfehlung ohne Lieferbindung vergeben.

Erfolgskontrolle. Im Zuge der Umsetzung der neuen Strategie wird ein ergebnisorientiertes System eingerichtet und mit Fortschrittsindikatoren gearbeitet, die mit den laufenden internationalen Bemühungen zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele in Einklang stehen.



SPANIEN

Im Jahr 2000 sanken die spanischen ODA-Leistungen in realer Rechnung um 2% auf 1,2 Mrd. US-\$ und beliefen sich damit auf 0,22% des BNE. Die vor allem auf lateinamerikanische Länder ausgerichtete spanische Entwicklungszusammenarbeit kommt zu 41% Ländern der unteren und zu 52% Ländern der mittleren Einkommensgruppe zugute.

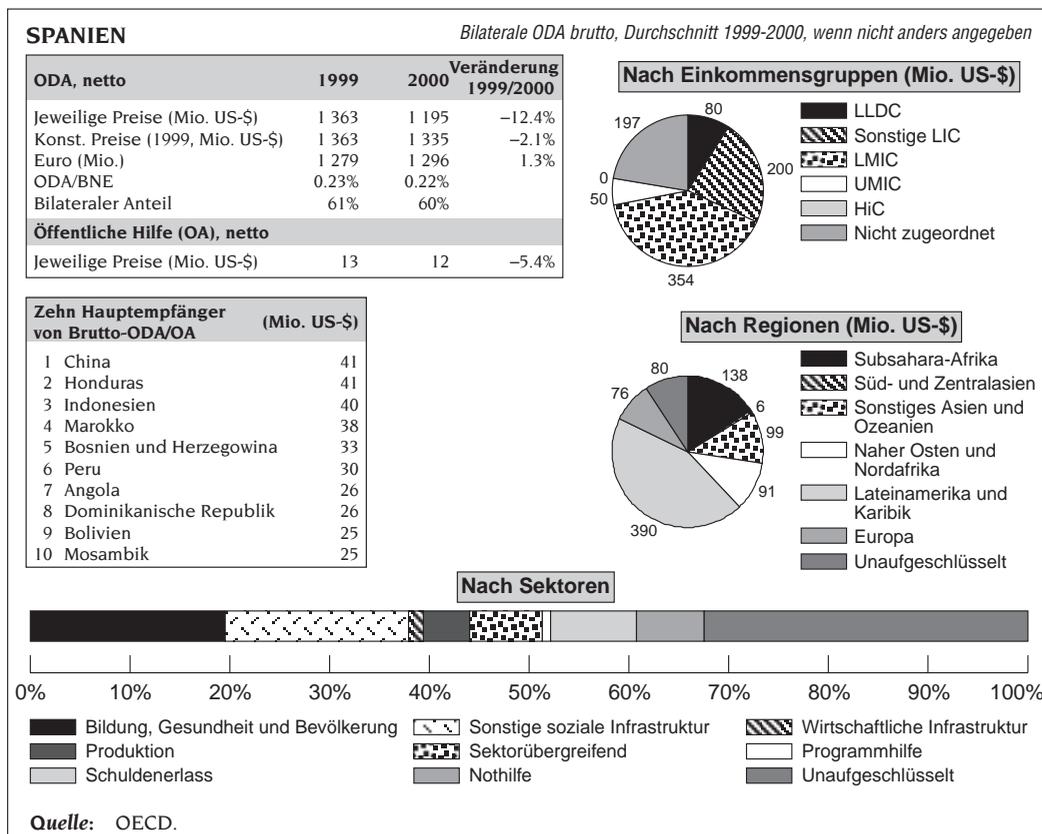
Partnerschaftsansätze. Das Parlament verabschiedete Anfang 2001 ein neues Programmkonzept, d.h. den Rahmenplan für die spanische Entwicklungszusammenarbeit (2001-04). Im Zuge des derzeitigen Umstrukturierungsprozesses wird ein stärker strategisch ausgerichteter Ansatz verfolgt, zu dem auch die Ausarbeitung neuer Länderstrategien und Sektorpolitiken gehört. Die spanische Programmhilfe ging bislang kaum über Schuldenerleichterungen und Nahrungsmittelhilfe hinaus, Spanien denkt jedoch über Möglichkeiten für ihre Erweiterung nach. Die Entwicklungszusammenarbeit kann sich auf eine breite Basis

stützen, und beträchtliche Mittel werden von den Autonomen Regionen und von Nichtregierungsorganisationen aufgebracht.

Armutsbekämpfungspolitik. Der Rahmenplan bekräftigt, dass die Armutsbekämpfung und die Verwirklichung der anderen Internationalen Entwicklungsziele die Hauptanliegen der spanischen Entwicklungszusammenarbeit sind. Er sieht auch Aufstockungen der Haushaltsmittel vor, die notwendig sind, damit Spanien seinen internationalen Verpflichtungen nachkommen kann. Den sozialen Grunddiensten gilt oberste Priorität.

Politikkohärenz. Die Entwicklungspolitik wurde in einen breiteren Kontext gestellt, und es werden auch andere mit der Entwicklung in Zusammenhang stehende Fragen überdacht, namentlich die Zuwanderungsproblematik. Die spanischen EZ-Leistungen sind liefergebunden, und es werden Anpassungsmaßnahmen erforderlich sein, um der DAC-Übereinkunft zur Aufhebung der Lieferbindung für die am wenigsten entwickelten Länder gerecht zu werden.

Erfolgskontrolle. Der Rahmenplan sieht die Entwicklung von Evaluierungsmechanismen und Fortschrittsindikatoren vor.



VEREINIGTES KÖNIGREICH

Das Vereinigte Königreich hat seine ODA-Leistungen im Jahr 2000 um 38% auf 4,5 Mrd. US-\$ gesteigert. Die bilateralen Leistungen des Vereinigten Königreichs, die sich vorwiegend auf Subsahara-Afrika (50%), zu einem beträchtlichen Teil aber auch auf Südasien konzentrieren, kamen zu 73% den am wenigsten entwickelten Ländern und anderen Niedrigeinkommensländern zugute.

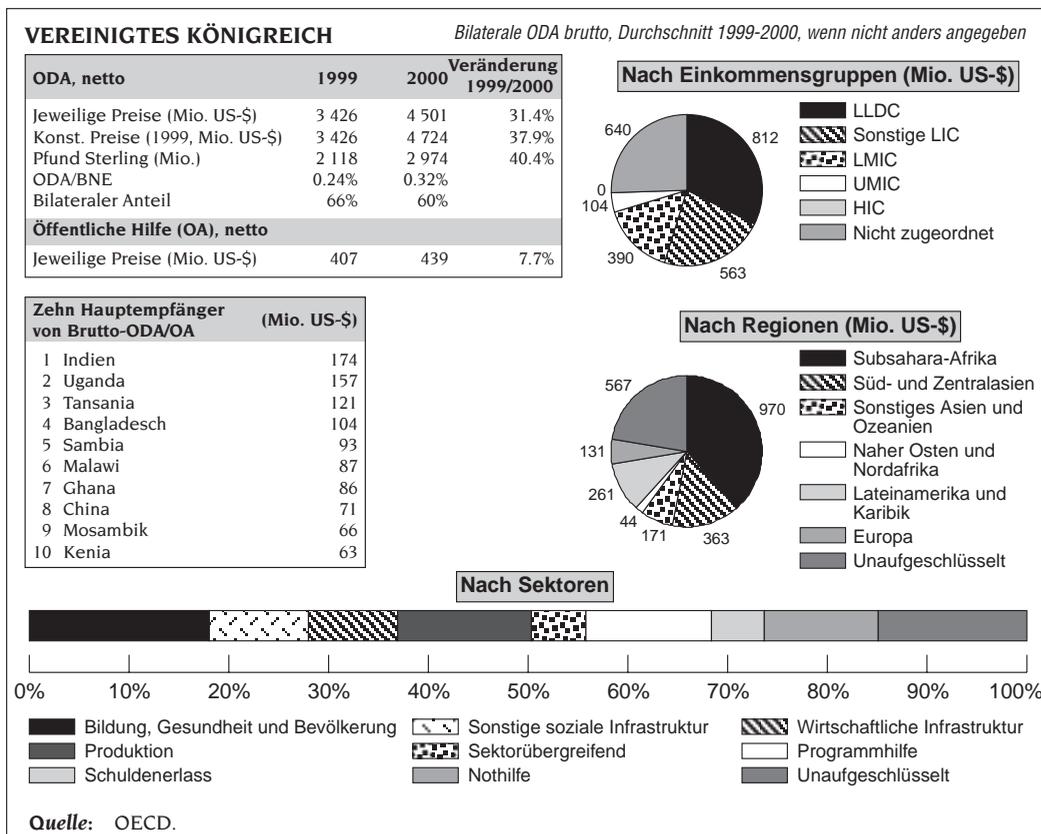
Partnerschaftsansätze. Das Vereinigte Königreich fühlt sich dem Partnerschaftsprinzip besonders verpflichtet. Auf Länderebene hat das *Department for International Development* (DFID) die Zahl der Vertretungen vor Ort erhöht. Das Vereinigte Königreich ist darauf bedacht, im Rahmen seiner Mitgliedschaft in der G7, dem DAC, der EU und sonstigen internationalen Foren alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um das internationale Interesse an Entwicklungsfragen zu stärken.

Armutsbekämpfungspolitik. Da das DFID die Armutsbekämpfung zum überwältigenden Ziel erklärt hat, gilt seine besondere Aufmerksamkeit der Integrierung dieses Ziels in die entsprechenden Strategiepapiere. Das DFID ermutigt andere Stellen, Beträge für Länder der unteren Einkommensgruppe bereitzustellen. Um konkrete Ergebnisse bei der Armutsbekämpfung zu erreichen, konzentriert das DFID seine Ausgaben auf Sektoren aller Art, die zu einem Rückgang der Armut

beitragen können und insbesondere einem armutsmindernden Wachstum förderlich sind. Die bilateralen Ausgaben für soziale Grunddienste belaufen sich nunmehr auf 9% der ODA, Budgethilfe für Sozialbereiche nicht eingerechnet. Das DFID begrüßt und fördert Armutsbekämpfungsstrategien sowie Sektorkonzepte und hat zudem Mechanismen für Budgethilfe entwickelt.

Politikkohärenz. Das DFID verfolgt sorgfältig und in Zusammenarbeit mit anderen Ministerien alle Politikfragen, die für die Entwicklung von Belang sind. Das Vereinigte Königreich schließt sich dem internationalen Engagement zur Aufhebung der Lieferbindung bei EZ-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder vorbehaltlos an und verzichtet bei seinen eigenen Leistungen, einschließlich im Bereich der technischen Zusammenarbeit, bereits generell auf Lieferbindung.

Erfolgskontrolle. Das DFID unterstützt internationale Bemühungen, durch die Entwicklung von Indikatoren und durch gemeinsame Beurteilungen zu einem stärker ergebnisorientierten Ansatz zu gelangen. Die Millenniums-Entwicklungsziele haben für das DFID große Bedeutung und bilden eine Grundlage für seine Politikformulierung. Das für das DFID geltende *Public Service Agreement* dient als Referenzdokument für die Beurteilung der Effektivität seiner Aktivitäten im Hinblick auf die Verwirklichung der längerfristigen internationalen Ziele.



Kasten IV.8 DAC-Länderprüfung Vereinigtes Königreich, 16. Oktober 2001

Prüfer: Australien und die Europäische Gemeinschaft

Den britischen Behörden ist es gelungen, Entwicklungsfragen sowohl im Inland als auch auf internationaler Ebene einen hohen politischen Stellenwert zu verschaffen. Armutsbekämpfung ist ein zentrales Element der Entwicklungszusammenarbeit des Vereinigten Königreichs, was in seinem Engagement für die Internationalen Entwicklungsziele und die Millenniums-Entwicklungsziele zum Ausdruck kommt. Die neuen Orientierungen für die britische Entwicklungszusammenarbeit wurden in dem 2000 von der Regierung veröffentlichten Weißbuch mit dem Titel *Eliminating World Poverty: Making Globalisation work for the Poor* vorgestellt. Die britische Regierung hat sich verpflichtet, den Ausgabenplafond des DFID im Finanzjahr 2003/04 auf 3,6 Mrd. £ (rd. 5,2 Mrd. US-\$) heraufzusetzen, das höchste bislang verzeichnete Niveau.

Die ehrgeizigen Ziele des Vereinigten Königreichs stellen das Land vor eine Reihe von Herausforderungen. Zur Bewältigung dieser Herausforderungen empfiehlt der DAC dem Vereinigten Königreich:

- die ODA-Leistungen, aufbauend auf den jüngsten Erfolgen, weiter zu steigern und die Festlegung eines ehrgeizigen Zwischenziels für das ODA/BNE-Verhältnis auf dem Weg zur Verwirklichung des VN-Richtwerts von 0,7% des BNE in Erwägung zu ziehen;
- seine bilaterale ODA wie in der letzten Zeit weiterhin besonders auf die ärmsten Länder zu konzentrieren, vor allem solche mit einem allgemein günstigen Umfeld, zugleich aber durch geeignete Instrumente in anderen Länder präsent zu bleiben;
- sich fortgesetzt um die Entwicklung effizienter Methoden zur Förderung der Politikkohärenz in Bereichen wie Handel, Umwelt und Konfliktminderung zu bemühen, sowohl innerhalb der britischen Regierung als auch auf europäischer und internationaler Ebene;
- die Partnerländer weiterhin bei der Ausarbeitung eigener Armutsbekämpfungsstrategien zu unterstützen und diese dann als Grundlage für künftige Länderstrategiepapiere zu nutzen;
- nach Möglichkeiten für eine intensivere Zusammenarbeit des DFID mit anderen Gebern bei der Ausarbeitung von länderbezogenen und institutionellen Strategien und bei der Programmumsetzung zu suchen;
- einen aktiven Dialog mit Parlamentsvertretern, der Zivilgesellschaft, den Medien und der breiten Öffentlichkeit über die Ziele und über neue Instrumente und Risiken zu unterhalten, die mit der Umsetzung eines wirklich effektiven EZ-Programms verbunden sind, vor allem wenn man den ambitionierten Charakter der britischen Entwicklungszusammenarbeit bedenkt;
- sich verstärkt mit der Notwendigkeit auseinanderzusetzen, praktische Orientierungshilfen für die Umsetzung der DFID-Politik und -Partnerschaftsagenda auszuarbeiten, die dem Politikumfeld des jeweiligen Entwicklungslandes gerecht werden, insbesondere für die Vertretungen vor Ort;
- bei der nächsten Generation von bilateralen Länderprogrammen die Aufmerksamkeit besonders auf die Herausforderungen zu richten, die mit einem verstärkten Sektoransatz, dem geeigneten Mix von EZ-Instrumenten sowie der Frage verbunden sind, wie ein nachhaltiger Kapazitätsaufbau in den Partnerländern am besten gewährleistet werden kann;
- angesichts des Grads der an die Vertretungen in den Hauptpartnerländern delegierten Finanzvollmachten Überlegungen anzustellen, wie das DFID den Informationsfluss zwischen den Büros vor Ort und den Zentralen weiter verbessern und sicherstellen kann, dass bei Entscheidungen über die angemessene Zahl und die Qualifikationsstruktur von Beratern auch die im Land bereits vorhandenen Kapazitäten anderer Geber berücksichtigt werden;
- die Monitoring-, Evaluierungs- und Wissensmanagementsysteme des DFID zu stärken, einmal durch Schritte, die die Mitarbeiter zur Nutzung der bereits vorhandenen Systeme anspornen, und zum anderen durch eine Ausweitung der Kapazitäten für die Erfolgsbeurteilung und die Verbreitung nützlicher, konkret verwertbarer Informationen; außerdem wäre an eine Überprüfung des Grads der institutionellen Unabhängigkeit von Ex-post-Evaluierungen zu denken.

VEREINIGTE STAATEN

Die gesamten ODA-Leistungen der Vereinigten Staaten waren im Jahr 2000 mit 9,96 Mrd. US-\$ um 6,7% höher als 1999. Damit lagen die USA vom Volumen her unter den DAC-Mitgliedern wiederum an zweiter Stelle. Ihr ODA/BNE-Verhältnis blieb hingegen das niedrigste (0,10%). Die amerikanischen Leistungen sind geographisch breit gestreut und gingen zu 54% an Länder im unteren Bereich der mittleren Einkommensgruppe und zu 44% an die am wenigsten entwickelten Länder sowie andere Niedrigeinkommensländer.

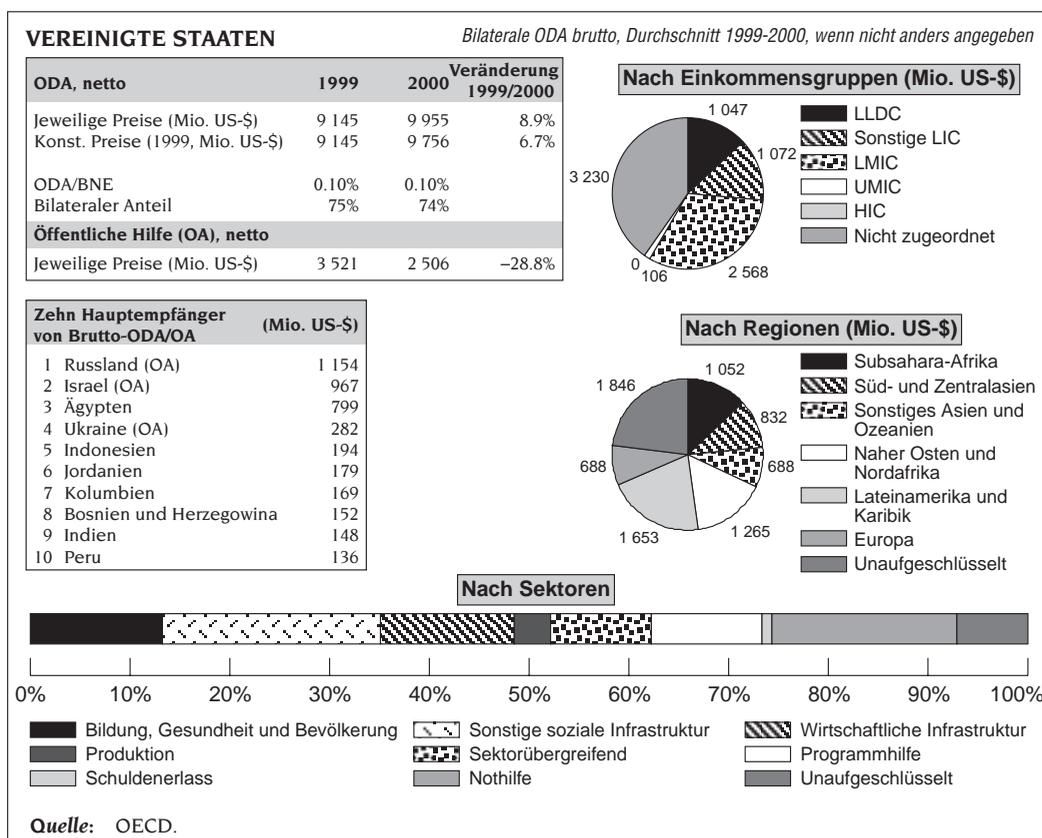
Partnerschaftsansätze. Die *New Partnership Initiative* ist das US-Modell für lokale Trägerschaft und Kooperation mit den Partnerländern. Darüber hinaus hat die US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID) eine „Allianz für globale Entwicklung“ lanciert, die darauf abzielt, amerikanische Partner (NRO, akademische Kreise, Stiftungen und Unternehmen) verstärkt für eine Unterstützung der EZ-Programme zu gewinnen. Auf internationaler Ebene bestehen u.a. Partnerschaften mit der EU und Japan sowie verschiedene Übereinkommen zur Bekämpfung von HIV/AIDS, Polio und anderen globalen Problemen.

Armutsbekämpfungspolitik. Die Vereinigten Staaten bekennen sich zum Ziel der Halbierung der äußersten Armut bis

zum Jahr 2015. Die Säulen des Programms der neuen Regierung (Wirtschaftswachstum und Landwirtschaft, weltweite Gesundheitsförderung, Konfliktverhütung) werden als wesentliche Voraussetzungen für eine nachhaltige Armutsminderung angesehen, wobei auch der private Sektor auf lokaler und internationaler Ebene einbezogen werden soll. Finanziell werden Aktivitäten unterstützt, die direkt oder indirekt auf eine Minderung der Armut in den Partnerländern abzielen.

Politikkohärenz. In den jeweiligen Ländern gewährleistet der Botschafter der Vereinigten Staaten die Kohärenz vor Ort und die Koordination (Strategie, Budget, multilaterale Angelegenheiten, Handel) zwischen rd. 30 US-Behörden, die im so genannten „Country Team“ mitwirken. An einer ähnlich systematischen Koordination mangelt es in den Zentralen, wo Ausschüsse oder Arbeitsgruppen, die sich aus Vertretern verschiedener Behörden zusammensetzen, solche Fragen auf Ad-hoc-Basis behandeln.

Erfolgskontrolle. Seit 1993 verwendet die USAID ein integriertes ergebnisorientiertes System, das es ermöglicht, die Ergebnisse in einem koordinierten, alle Planungs-, Umsetzungs- und Monitoringaktivitäten umfassenden Prozess zu verfolgen. Die Vereinigten Staaten bekennen sich zu den Millenniums-Entwicklungszielen, und der Großteil ihrer Entwicklungsprogramme ist auf die Verwirklichung dieser Ziele ausgerichtet.



7. EZ-Programme der nicht dem DAC angehörenden OECD-Mitglieder

Korea

Das ODA-Gesamtvolumen Koreas verringerte sich 2000 um 105 Mio. US-\$ auf 212 Mio. US-\$, was 0,05% des BNE entsprach, gegenüber 0,08% im Vorjahr. Dieser Rückgang war durch geringere Auszahlungen an multilaterale Einrichtungen bedingt, denn die bilaterale ODA verharrte mit 131 Mio. US-\$ auf ihrem Niveau von 1999. Die bilateralen Zuschüsse beliefen sich auf 48 Mio. US-\$, d.h. 23% der gesamten ODA-Leistungen, während die Kreditauszahlungen des Fonds für wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (EDCF) geringfügig auf 83 Mio. US-\$ zurückgingen (gegenüber 92 Mio. US-\$ im Jahr 1999).

Asien war der Hauptempfänger der koreanischen bilateralen ODA-Leistungen (rund zwei Drittel der aufschlüsselbaren bilateralen ODA), gefolgt von Afrika (21%) und Mittel- und Südamerika (10%). Die Hauptempfängerländer waren Usbekistan (18 Mio. US-\$), Vietnam (16 Mio. US-\$), China (15 Mio. US-\$) und Tunesien (12 Mio. US-\$). Im Jahr 2000 waren nur 17% der koreanischen ODA-Leistungen für die am wenigsten entwickelten Länder bestimmt, der größte Teil ging an Länder im unteren Bereich der mittleren Einkommensgruppe (45%) sowie an Länder im oberen Bereich der unteren Einkommensgruppe (31%). Die größten Beträge wurden für die Sektoren Energie (26%), Verkehr (22%) und Gesundheit (20%) bereitgestellt.

Die multilateralen Leistungen sanken von 186 Mio. US-\$ im Jahr 1999 auf 81 Mio. US-\$ im Jahr 2000. Diese Abnahme erklärt sich aus dem ungewöhnlich hohen Niveau, das die multilateralen ODA-Leistungen Koreas 1999 auf Grund der Sonderbeitragszahlungen der koreanischen Regierung an die Weltbank und die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) erreicht hatten. Im Vergleich zu den Jahren 1996-1998 ist bei den multilateralen ODA-Leistungen Koreas eine Aufwärtstendenz zu beobachten.

Die fünf Hauptziele der koreanischen ODA-Programme sind die Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung durch Unterstützung bei der Heranbildung von Humankapital und eine Verringerung der digitalen Kluft, die Verstärkung der humanitären Hilfe für die am wenigsten entwickelten Länder, die Verbreitung allgemein anerkannter Werte wie Demokratie, Marktwirtschaft und Achtung der Menschenrechte, die Bereitstellung vermehrter Nothilfe

für von Naturkatastrophen betroffene Entwicklungsländer sowie die aktive Beteiligung an der Lösung globaler Probleme in Bereichen wie Umwelt, Geschlechtergleichstellung und Armutsminderung.

Polen

Die polnischen ODA-Leistungen stiegen 2000 um 9 Mio. US-\$ auf 29 Mio. US-\$, was 0,018% des BNE entsprach. Da die bilateralen ODA-Leistungen im Jahr 2000 geringfügig abnahmen, ist dieser Anstieg auf höhere multilaterale ODA-Aufwendungen zurückzuführen, die 55% des gesamten ODA-Volumens ausmachten, gegenüber nur 28% in den Jahren 1998 und 1999. Konkret stellte Polen 10,5 Mio. US-\$ für die Armutsbekämpfungs- und Wachstumsfazilität des IWF zur Verfügung, um Initiativen zur Verringerung des Schuldenvolumens der Entwicklungsländer zu unterstützen. Die öffentliche Hilfe für Länder von Teil II der DAC-Liste belief sich 2000 auf 12 Mio. US-\$ im Vergleich zu 17 Mio. US-\$ im Vorjahr. Die polnischen Leistungen werden nach wie vor fast ausschließlich in Zuschussform vergeben.

Der Schwerpunkt der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit Polens liegt auf den Reformländern in Mittel- und Osteuropa, dem Balkan sowie einigen ausgewählten Ländern in Asien und in Lateinamerika (wo es sich hauptsächlich um Schuldenerlasse handelt). Zu den Hauptempfängern der polnischen ODA zählten im Jahr 2000 Argentinien, Kasachstan und Vietnam, während die öffentliche Hilfe an Länder von Teil II der DAC-Liste größtenteils an die Ukraine, Belarus und Litauen ging.

Dank des anhaltenden Wachstums der polnischen Wirtschaft hat sich die Finanzkraft des Landes verbessert, so dass in letzter Zeit auch eine Aufstockung seiner EZ-Leistungen möglich war. Allerdings hängt die Einhaltung der von der polnischen Regierung eingegangenen Verpflichtung, ihre EZ-Mittel stetig zu erhöhen, weiterhin von der Entwicklung der Haushaltslage ab. Polens Entwicklungszusammenarbeit wird zunehmend zu einem integralen Bestandteil seiner Außenpolitik.

Polen stützt sich bei der Definition der Ziele seiner Entwicklungszusammenarbeit und der geographischen Prioritäten auf die Erfahrungen anderer bilateraler und multilateraler Geber, insbesondere im Hinblick auf die Wirksamkeit der Hilfe, sowie auf seine eigenen Erfahrungen als EZ-Empfänger. Das Partnerschaftsprinzip ist eines der Schlüsselemente des polnischen Ansatzes,

zumal Polen während seines eigenen Transformationsprozesses die Vorteile einer solchen Strategie erlebt hat. Die Schwerpunkte der polnischen Entwicklungszusammenarbeit erstrecken sich weiterhin auf die Bereiche verantwortungsvolle Staats- und Regierungsführung, Wiederaufbau nach Konflikten, Menschenrechte und Demokratieentwicklung, Armutsbekämpfung, Gesundheit, Bildung sowie humanitäre Hilfe und Nothilfe.

Die organisatorischen Regelungen für die Verwaltung der polnischen Entwicklungszusammenarbeit werden derzeit mit dem Ziel umgestaltet, getrennte Abteilungen für die Politikplanung, die Kontrolle und die Umsetzung einzurichten. Nach dem Erfolg des Pilotprogramms für die Zusammenarbeit mit NRO, die Entwicklungsprojekte im Ausland durchführen, ist diese Kooperationsform zu einem festen Bestandteil des polnischen EZ-Systems geworden.

Slowakische Republik

Die slowakischen ODA-Leistungen betragen im Jahr 2000 6 Mio. US-\$, was 0,03% des BNE entsprach. Fast drei Viertel der Leistungen wurden über multilaterale Kanäle geleitet, vor allem die Weltbank und die Vereinten Nationen. Derzeit setzt sich die slowakische bilaterale ODA aus Zuschusszahlungen für Nahrungsmittelhilfe und Nothilfe zusammen. Die öffentliche Hilfe an Länder von Teil II der DAC-Liste der EZ-Empfänger belief sich auf insgesamt 2 Mio. US-\$ und ging hauptsächlich an die Neuen Unabhängigen Staaten (NUS).

Die slowakischen EZ-Leistungen werden von mehreren Fachministerien und NRO zur Verfügung gestellt und vom Außenministerium koordiniert, das auch für die Definition der künftigen Form der Entwicklungszusammenarbeit zuständig ist. Bislang gibt es noch keine Gesetzgebung für die Entwicklungszusammenarbeit, aber das nationale ODA-Programm für 2002, das auch sektorale und geographische Prioritäten umfasst, befand sich zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Berichts in Vorbereitung.

Das slowakische EZ-Programm wird jährlich von der Regierung gebilligt und vom Außenministerium verwaltet. Ziel der Slowakei ist es, ihre ODA-Leistungen entsprechend dem Wirtschaftswachstum und mit dem Abschluss ihres Transformationsprozesses schrittweise zu erhöhen. Als zukünftiges Geberland möchte sich die Slowakische Republik an den Erfahrungen und Verfahrensweisen der DAC-Mitglieder orientieren.

Tschechische Republik

Die tschechischen ODA-Auszahlungen beliefen sich im Jahr 2000 auf insgesamt 16 Mio. US-\$, was 0,03% des BNE entsprach. Dies ist der gleiche Wert wie 1999. Hauptempfänger der bilateralen EZ-Leistungen der Tschechischen Republik waren die Palästinensischen Autonomiegebiete, die Mongolei, Bosnien-Herzegowina und China. Multilaterale Leistungen, hauptsächlich an Organisationen der Vereinten Nationen und die Weltbank, machten nahezu zwei Drittel der gesamten tschechischen ODA aus. Die öffentliche Hilfe (OA) belief sich auf 3,5 Mio. US-\$, wovon zwei Drittel an die EBWE ausgezahlt wurden. Die tschechischen Leistungen werden ausschließlich in Form von Zuschüssen vergeben.

Die Tschechische Republik betrachtet humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit als festen Bestandteil ihrer Außenpolitik. Die Hauptziele bestehen darin, humanitäre Katastrophen zu verhindern, Stabilität und Prosperität in den Entwicklungsregionen zu fördern und sich für die Achtung der Menschenrechte und für demokratische Werte einzusetzen. Die Tschechische Republik ist dabei, eine neue Strategie für die Entwicklungszusammenarbeit zu formulieren, die u.a. Maßnahmen in folgenden Bereichen umfasst: Armutsbekämpfung, Zugang zu Grundbildung, Schutz der Rechte der Frauen, Verringerung der Säuglingssterblichkeit, Zugang zu Gesundheitsdiensten und nachhaltiges Wachstum.

Gegenwärtig ist der Entwicklungshaushalt auf mehrere Ministerien verteilt, die für die Planung, Umsetzung und Evaluierung der Projekte zuständig sind, während die Gesamtkoordination dem Außenministerium obliegt. Die tschechische Regierung will im Parlament zu Debatten über die Entwicklungszusammenarbeit anregen und ihre institutionellen und personellen Kapazitäten in diesem Bereich stärken. Zu diesem Zweck beteiligt sie sich am Dreijahresprogramm des UNDP über nationalen Kapazitätsaufbau für die internationale Entwicklungszusammenarbeit.

Türkei

Die ODA-Leistungen der Türkei sanken von 120 Mio. US-\$ bzw. 0,06% des BNE im Jahr 1999 auf 82 Mio. US-\$ bzw. 0,04% des BNE im Jahr 2000. Auf bilaterale Leistungen entfiel wiederum etwa ein Drittel der gesamten ODA der Türkei. Die türkische ODA wird ausschließlich in Form von Zuschüssen vergeben. Der Anteil der technischen Zusammen-

arbeit erhöhte sich zwischen 1999 und 2000 auf zwei Drittel der gesamten bilateralen ODA. Die öffentliche Hilfe für Länder von Teil II der DAC-Liste der EZ-Empfänger belief sich 1999 und 2000 auf ungefähr 4-5 Mio. US-\$ und war hauptsächlich für den türkischsprachigen Teil Zyperns bestimmt.

Im derzeitigen Weißbuch der Regierung wird den bilateralen Beziehungen mit Nachbarländern Vorrang eingeräumt. Zu den Hauptempfängern der von der Türkei vergebenen ODA zählen daher die turksprachigen Länder Zentralasiens (Aserbaidschan, Turkmenistan, Kirgisistan, Kasachstan) sowie die Balkanländer (Bosnien-Herzegowina, Albanien, Mazedonien).

Die Türkei wurde 1990 ein ODA-Geberland und zahlt seit 1997 mehr ODA aus als sie erhält. Die Türkei betrachtet die Entwicklungszusammenarbeit als einen ganz wesentlichen Bestandteil ihrer Außenpolitik, und ist bestrebt, durch die von ihr geleistete Unterstützung zur Verwirklichung der in der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen niedergelegten Ziele beizutragen.

Der achte Fünfjahres-Entwicklungsplan verlangt die Umsetzung der Initiativen, die Voraussetzung für den Beitritt der Türkei zum DAC sind. Der Plan sieht auch die Ausarbeitung von Leitlinien für die Entwicklungszusammenarbeit vor, die für eine wirksame Koordination der türkischen EZ-Leistungen sorgen sollen.

Anmerkungen

1. Mit der Erstellung dieser Dokumente wurde der 1996 in *Das 21. Jahrhundert gestalten: Beitrag der Entwicklungszusammenarbeit* vorgestellte Partnerschaftsansatz weitergeführt; daneben bleiben früher veröffentlichte DAC-Leitlinien und -Grundsatz-erklärungen in jedem Fall relevant, namentlich die Leitlinien für gute Staatsführung und partizipative Entwicklung, für die Unterstützung der Entwicklung des privaten Sektors sowie für die Bereiche Konflikte, Friedensstiftung und Entwicklungszusammenarbeit. Die Leitlinien für Geschlechtergleichstellung, für Evaluierung und für technische Zusammenarbeit, die 1992 in die *DAC-Grundsätze für wirksame Entwicklungshilfe* aufgenommen wurden, stellen ebenfalls wichtige Referenzen dar.
2. Der IWF und die Weltbank unterziehen die Strategiepapiere zur Verringerung der Armut (PRSP) derzeit einer größeren Prüfung, an der auch der DAC mitwirkt.

Spezialmodul

Die Millenniums-Entwicklungsziele

Die Millenniums-Entwicklungsziele im Mittelpunkt der Entwicklungsagenda

Von den Internationalen Entwicklungszielen (IDG) zu den Millenniums-Entwicklungszielen (MDG)

Es besteht ein internationaler Konsens über die Entwicklungsagenda, die sich auf das Partnerschaftsprinzip, die lokale Trägerschaft und die Rechenschaftspflicht gegenüber dem jeweils anderen Partner gründet. Seit der Veröffentlichung der Internationalen Entwicklungsziele in *Das 21. Jahrhundert gestalten* hat sich der DAC dafür eingesetzt, dass diese Ziele, insbesondere innerhalb der Vereinten Nationen, breite Unterstützung finden. Mit der Millenniumserklärung vom September 2000 bekannten sich die Vereinten Nationen offiziell zu dem Ziel, den Anteil der Menschen, die mit weniger als 1 US-\$ pro Tag auskommen müssen, bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Die Millenniumserklärung bot ferner Gelegenheit, den nachdrücklichen Forderungen nachzukommen, die Internationalen Entwicklungsziele um eine Reihe von Zielen zu ergänzen, die auf Konferenzen der jüngeren Zeit formuliert wurden und die den Kampf gegen den Hunger, HIV/AIDS und andere Krankheiten sowie die Sicherung angemessener Wohnbedingungen betreffen. Die Millenniumserklärung trug auch der Notwendigkeit einer Teilung der Verantwortlichkeiten zwischen Entwicklungs- und Industrieländern Rechnung.

2001 legte das VN-Sekretariat einen Bericht des VN-Generalsekretärs mit dem Titel „Kompass für die Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen“ vor¹. Im Rahmen dieses Berichts einigten sich die Generalsekretariate der VN, des IWF, der OECD und der Weltbank auf eine Darstellung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) in Form von 8 Zielen, 18 Teilzielen bzw. Zielvorgaben und 48 Indikatoren (siehe Kasten am Ende dieses Moduls). Durch die Zusammenfassung der zahlreichen Ziele der Millenniumserklärung in acht große Gruppen ist die Kontinuität mit den sieben Internationalen Entwicklungszielen gewährleistet.

Die acht Ziele lauten:

1. Ausrottung von extremer Armut und Hunger;
2. Primarschulbildung für alle;
3. Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen;
4. Reduzierung der Kindersterblichkeit;
5. Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter;
6. Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten;
7. Ökologische Nachhaltigkeit;
8. Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft.

Die Ziele 1 bis 5 sowie 7 decken sich mit den Internationalen Entwicklungszielen. Das sechste Ziel tritt an die Stelle des Internationalen Entwicklungsziels der Sicherung des universellen Zugangs zu Diensten der reproduktiven Gesundheitsvorsorge, das bewusst nicht in die Millenniumserklärung aufgenommen wurde². Das achte Ziel ist neu. In Einklang mit den Argumenten der Millenniumserklärung – und unter Bezugnahme auf den Bericht *Das 21. Jahrhundert gestalten* und die darin enthaltenen Verweise auf die Notwendigkeit ausreichender Mittel und verstärkter Politikkohärenz – wird im Hinblick auf die Berichterstattung über die erzielten Entwicklungsfortschritte eine ausgewogene Verteilung der Verantwortlichkeiten zwischen Entwicklungs- und Industrieländern empfohlen. Die entsprechenden Indikatoren beziehen sich namentlich auf ODA-Volumen, Marktzugang und Schuldenerleichterung.

Förderung der Millenniumsziele

Die Millenniumsziele sind zwar nicht so knapp gefasst und kompakt wie die Internationalen Entwicklungsziele, haben im Vergleich zu diesen aber den Vorteil der Ausgewogenheit und des Potentials zur universellen Mobilisierung. Dank ihrer Aufteilung in acht große Gruppen mit einer entsprechenden Liste sorgfältig ausgewählter Teilziele und Indikatoren können die Millenniums-Entwicklungsziele problemlos die Rolle der

Internationalen Entwicklungsziele als Instrument der entwicklungspolitischen Überzeugungsarbeit übernehmen. Auf der Tagung des Entwicklungsausschusses der Weltbank vom 18. November 2001 gaben die anwesenden Minister nachdrücklich ihrem Wunsch Ausdruck, zum Erfolg der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung beizutragen, die sie als einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zur Halbierung der Armutinzidenz bis 2015 und zur Verwirklichung der anderen MDG erachten. Derzeit finden bereits Diskussionen über eine Kampagne zur Unterstützung der Millenniums-Entwicklungsziele statt, die durch eine knappe, systematische Berichterstattung ergänzt werden soll.

Berichterstattung

Dem VN-Generalsekretär wurde der Auftrag und die Verantwortung übertragen, über die Millenniumserklärung Bericht zu erstatten. Er wird daher ab 2002 entsprechende Jahresberichte veröffentlichen³. Jeder dieser Berichte wird zu einem Teil den Ergebnissen der fortgesetzten engen Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organisationen mit dem Ziel gewidmet sein, zu einer gemeinsamen, globalen Bewertung der seit dem Ausgangsjahr 1990 erzielten Fortschritte zu gelangen. Die anderen Stellen werden diese gemeinsame Bewertung bei ihren eigenen Veröffentlichungen, namentlich den künftigen DAC-Jahresberichten über die Entwicklungszusammenarbeit, zugrunde legen⁴. In den Berichten soll anhand übersichtlicher Graphiken – auf ca. zehn Seiten – aufgezeigt werden, welche globalen Fortschritte im Hinblick auf die einzelnen Ziele erreicht wurden, unter Betonung besonders hervorzuhebender Leistungen und noch zu bewältigender Herausforderungen. Diese Graphiken werden ergänzt durch Analysen einer Untergruppe von Indikatoren vor allem für die am wenigsten entwickelten Länder⁵.

Eine wichtige Neuerung in der Berichterstattung über die Ziele der Millenniumserklärung besteht in nationalen Berichten, die sich auf Länderstrategien, z.B. im Rahmen von Armutsbekämpfungsstrategien (PRSP), die gemeinsamen Landesbewertungen der VN (*Common Country Assessments* – CCA) und die einzelstaatlichen Berichte über die menschliche Entwicklung (*National Human Development Reports* – NHDR), stützen. Auf diese Weise dürfte es leichter sein, die Unterstützung der Bevölkerung für die Festsetzung und Kontrolle der Verwirklichung nationaler Ziele zu gewinnen, die sich an den MDG orientieren. Eine solche Berichterstattung wird allerdings auch die Probleme, die in vielen Entwicklungsländern im Hinblick auf die kontinuierliche Erstellung aktueller und verlässlicher Statistiken bestehen, noch deutlicher zu Tage treten lassen.

Investitionen in Statistiksysteme zur Beobachtung der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele

Die Millenniums-Entwicklungsziele im Kontext der nationalen Statistiksysteme

Die Millenniums-Entwicklungsziele liefern auf nationaler wie auf globaler Ebene einen Bezugsrahmen für die Berichterstattung über die Entwicklungsfortschritte. Der Konsens über Armutsbekämpfungsstrategien als wichtigstes Instrument der Entwicklungsförderung in Ländern der unteren Einkommensgruppe hat die Notwendigkeit verstärkt, bei der politischen Entscheidungsfindung und der Beobachtung der Armutssituation von verlässlichen Daten auszugehen. Eine solche Erfolgskontrolle und Berichterstattung erfordert zuverlässige, aktuelle und aussagekräftige Daten. Das ist wiederum nur möglich, wenn ausreichende Mittel in statistische und sonstige Systeme investiert werden, mit denen die für Politikgestaltung, Ressourcenallokation, Beobachtung der erzielten Fortschritte und Beurteilung der Effizienz der Politiken und Programme erforderlichen Daten geliefert werden können.

Bei den MDG-Indikatoren handelt es sich nur um einen Bruchteil der benötigten Daten. Es bedarf eines breiten Spektrums weiterer Informationen, um Inputs und Zwischenergebnisse zu messen und die Gesamtergebnisse nach Bevölkerungsgruppen, Regionen sowie Zeitperioden aufzuschlüsseln. Daten spielen eine wichtige Rolle für eine verantwortungsvolle Regierungsführung, indem sie für ein Feedback über Arbeit und Ergebnisse der Regierungsstellen sorgen und sämtlichen Entwicklungsakteuren und Gesellschaftsgruppen Informationen an die Hand geben, so dass die Regierenden gegebenenfalls für ihr Handeln zur Rechenschaft gezogen werden können. Die insgesamt zu beobachtende zunehmende Tendenz zu Sektorkonzepten und Budgethilfe wird den Bedarf an qualitativ hochwertigen Daten weiter steigen lassen.

Mehr Investitionen für den Ausbau der Statistik

Das Konsortium PARIS21⁶ wurde zur Untersuchung genau dieser Frage ins Leben gerufen. Dank der Arbeit des Konsortiums wird die Notwendigkeit, die Qualität der Statistiken zu verbessern und größeren Nutzen daraus zu ziehen, heute allgemein anerkannt und mit einem höheren Stellenwert versehen – was bislang in erster Linie auf die nachweisliche Bedeutung konkreter Daten für die Armutsbekämpfungsstrategien zurück-

zuführen ist. PARIS21 wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen: Das Konsortium wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass auf nationaler und internationaler Ebene mehr Mittel für Statistik zur Verfügung gestellt werden; es wird dazu beitragen, dass die Statistikprogramme auf ländereigene, der Armutsbekämpfung dienende Entwicklungsstrategien ausgerichtet werden; und es wird schließlich eine verstärkte geberseitige Koordination erleichtern und Partnerschaftsprinzipien fördern. Aber obwohl allgemein anerkannt wird, dass neue statistische Systeme – auch zur Unterstützung des MDG-Monitoring – entwickelt werden müssen, fehlt es doch an Mitteln, um den Worten Taten folgen zu lassen. Es bedarf einer schrittweisen Anhebung des globalen Investitionsniveaus, wenn sich die Erfolgskontrolle auf

zuverlässige, hauptsächlich aus lokalen Quellen stammende Informationen stützen soll. Mit den in lokaler Trägerschaft ausgearbeiteten Armutsbekämpfungsstrategien ist bereits ein Rahmen vorhanden, in den diese Investitionen eingebunden werden können.

Am dringendsten bedarf es aber eines Engagements der höchsten Stellen, mit dem erneut bekräftigt wird, dass es nicht nur darauf ankommt, Ziele zu erreichen, sondern auch darauf, die jeweils erzielten Fortschritte zu verfolgen. Letztlich können nur dann wirkliche Erfolge erzielt werden, wenn sich allgemein eine Kultur der ergebnisorientierten, datengestützten Entscheidungsfindung durchsetzt – was wiederum nicht möglich ist ohne höhere Investitionen in statistische Systeme.

Anmerkungen

1. Vgl. VN-Dokument A/56/326 unter www.un.org/Depts/german/gsonst/roadmap01.pdf. Am 14. Dezember 2001 nahm die VN-Generalversammlung ohne Abstimmung eine Resolution an (A/RES/56/95), in der empfohlen wurde, den Bericht des Generalsekretärs *Kompass für die Umsetzung der Millenniums-Erklärung der Vereinten Nationen* als nützliche Orientierungshilfe zu betrachten, und in der der Generalsekretär aufgefordert wurde, regelmäßige Jahresberichte sowie alle fünf Jahre einen umfassenden Bericht über die bei der Umsetzung der Ziele der Millenniumserklärung erreichten Fortschritte vorzulegen.
2. Die diesem Ziel entsprechenden Indikatoren – Anteil der Frauen, die Empfängnisverhütung praktizieren, und HIV/AIDS-Prävalenz – wurden jedoch in der Liste der Indikatoren für die Millenniums-Entwicklungsziele beibehalten. In der Präambel des von den VN angenommenen Texts heißt es hierzu: „Die Liste der Millenniums-Entwicklungsziele steht in keiner Weise im Widerspruch zu den auf den Weltkonferenzen der neunziger Jahre getroffenen Vereinbarungen über andere Ziele und Zielvorgaben.“ Die Millenniums-Entwicklungsziele stellen ebenso wenig ein starres Korsett dar wie die Internationalen Entwicklungsziele. Es bleibt weiterhin den einzelnen Entwicklungsländern überlassen, ihre eigenen Strategien zu konzipieren, wobei der Schwerpunkt z.B. auf der reproduktiven Gesundheitsvorsorge liegen kann; das Gleiche gilt auch für die Geber.
3. Die ersten Berichte werden bestimmten Themen gelten (2002: Konfliktverhütung und HIV/AIDS; 2003: Entwicklungsfinanzierung und nachhaltige Entwicklung; 2004: Digitale Kluft und grenzüberschreitende Kriminalität). Der erste umfassende Bericht wird im Jahr 2005 erscheinen.
4. Derzeit wird darüber beraten, ob es sinnvoll ist, diese gemeinsamen Bewertungen als gesonderte Veröffentlichung herauszugeben. Eine solche Zusammenarbeit wurde im Kommuniqué der Tagung des Entwicklungsausschusses vom 18. November 2001 offiziell begrüßt. So heißt es in Absatz 10, dass beispielsweise konzertierte Anstrengungen der Bretton-Woods-Institutionen und der Vereinten Nationen unter Mitwirkung der OECD zwecks regelmäßiger Überprüfung der bei der Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele erreichten Fortschritte einen effizienten und zweckmäßigen Rahmen für eine verbesserte Kooperation abgeben würden.
5. Analog zu den Abbildungen in *2000: A Better World for All*, die auch weiterhin nützliche Informationen über die Fortschritte im Hinblick auf eine Vielzahl von Zielen und Indikatoren liefern dürften (vgl. www.paris21.org/betterworld und www.developmentgoals.org wegen neuerer Daten sowie Kapitel II des Berichts 2002 über die Entwicklungszusammenarbeit wegen näherer Erläuterungen und Analysen).
6. PARIS21 (*Partnership in Statistics for Development in the 21st Century*) wurde im November 1999 ins Leben gerufen. Wie am Ende des Berichts über die Entwicklungszusammenarbeit von 2000 beschrieben, besteht seine Aufgabe darin, das Bewusstsein für die Bedeutung gut funktionierender Statistiksysteme im Hinblick auf Konzipierung und Monitoring effizienter Entwicklungspolitiken zu schärfen.

Die Entwicklungsziele der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen (MDG)

| Ziele und Teilziele | Indikatoren |
|---|--|
| Ziel 1: Ausrottung von extremer Armut und Hunger | |
| Teilziel 1 Zwischen 1990 und 2015 Halbierung des Anteils der Menschen, die mit weniger als 1 US-\$ pro Tag auskommen müssen | 1. Bevölkerungsanteil, der über weniger als 1 US-\$ pro Tag verfügt 2. Armutslückenquote (Inzidenz x Tiefe der Armut) 3. Anteil des ärmsten Bevölkerungsquintils am nationalen Verbrauch |
| Teilziel 2 Halbierung des Anteils der an Hunger leidenden Menschen zwischen 1990 und 2015 | 4. Prozentsatz der untergewichtigen Kinder (unter 5 Jahren) 5. Anteil der Bevölkerung, der nicht die tägliche Mindestkalorienzufuhr erhält |
| Ziel 2: Primarschulbildung für alle | |
| Teilziel 3 Bis 2015 Schaffung der Grundlagen dafür, dass die Kinder überall in der Welt, Mädchen wie Jungen, in der Lage sind, einen Primarschulabschluss zu erwerben | 6. Nettoschulbesuchsquoten im Primarschulbereich 7. Anteil der Erstklässler, die die 5. Klasse erreichen 8. Alphabetisierungsrate der 15- bis 24-Jährigen |
| Ziel 3: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen | |
| Teilziel 4 Beseitigung der Ungleichbehandlung von Mädchen und Jungen auf der Primar- und Sekundarschulstufe möglichst bis 2005 und auf sämtlichen Bildungsebenen bis spätestens 2015 | 9. Verhältnis Mädchen/Jungen im Primar-, Sekundar- und Tertiärbereich 10. Verhältnis der lese- und schreibkundigen Frauen zwischen 15 und 24 Jahren zum entsprechenden Anteil der Männer 11. Anteil der abhängig beschäftigten Frauen im Nicht-Agrarsektor 12. Sitzanteil der Frauen im Parlament |
| Ziel 4: Reduzierung der Kindersterblichkeit | |
| Teilziel 5 Zwischen 1990 und 2015 Reduzierung der Sterblichkeitsraten der Kinder unter 5 Jahren um zwei Drittel | 13. Sterblichkeitsrate der Kinder unter 5 Jahren 14. Säuglingssterblichkeitsrate 15. Anteil der gegen Masern geimpften Einjährigen |
| Ziel 5: Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter | |
| Teilziel 6 Zwischen 1990 und 2015 Reduzierung der Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel | 16. Müttersterblichkeitsrate 17. Anteil der von medizinischem Fachpersonal betreuten Entbindungen |
| Ziel 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten | |
| Teilziel 7 Bis 2015 Beendigung der steigenden Tendenz von HIV/AIDS und beginnende Trendumkehr | 18. Häufigkeit von HIV bei schwangeren Frauen zwischen 15 und 24 Jahren 19. Prozentsatz der Frauen, die Empfängnisverhütung praktizieren 20. Zahl der AIDS-Waisen |

(Fortsetzung nächste Seite)

| | |
|---|---|
| <i>(Fortsetzung)</i> | |
| Teilziel 8 | <p>Bis 2015 Beendigung der steigenden Tendenz und beginnende Trendumkehr bei Malaria und anderen Krankheiten</p> <p>21. Zahl der Malariafälle und entsprechende Sterblichkeitsrate</p> <p>22. Anteil der Bevölkerung in malariagefährdeten Gebieten, der wirksame Prophylaxe- und Behandlungsmethoden anwendet</p> <p>23. Zahl der Tuberkulosefälle und entsprechende Sterblichkeitsrate</p> <p>24. Anteil der diagnostizierten und mit Hilfe der ambulanten Kurzzeittherapie DOTS (<i>Directly Observed Treatment Short Course</i>) erfolgreich behandelten Tuberkulosefälle</p> |
| Ziel 7: Ökologische Nachhaltigkeit* | |
| Teilziel 9 | <p>Einbeziehung der Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung in Länderpolitiken und -programmen und Herbeiführung einer Trendumkehr bei der Vernichtung von Umweltressourcen</p> <p>25. Anteil der bewaldeten Flächen</p> <p>26. Zur Wahrung der biologischen Vielfalt geschützte Gebiete</p> <p>27. BIP pro Energieverbrauchseinheit (als Näherungswert für die Energieeffizienz)</p> <p>28. Pro-Kopf-Kohlendioxidemissionen (plus zwei Werte für die globale Luftverschmutzung: Schädigung der Ozonschicht und Gesamtmenge der globalen Treibhausgase)</p> |
| Teilziel 10 | <p>Bis 2015 Halbierung des Anteils der Menschen ohne dauerhaft gesicherten Zugang zu hygienisch unbedenklichem Trinkwasser</p> <p>29. Anteil der Bevölkerung mit nachhaltig gesicherter Trinkwasserversorgung</p> |
| Teilziel 11 | <p>Bis 2020 signifikante Verbesserung der Lebensbedingungen von mindestens 100 Millionen Slumbewohnern</p> <p>30. Anteil der Bevölkerung mit Zugang zu verbesserten Systemen der Abwasser-/Abfallentsorgung</p> <p>31. Anteil der Bevölkerung mit langfristig gesicherten Landbesitzrechten</p> <p>[Bei mehreren der obigen Indikatoren kann eine Aufschlüsselung nach Stadt/Land für die Messung von Verbesserungen des Lebensstandards von Slumbewohnern relevant sein]</p> |
| Ziel 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft* | |
| Teilziel 12 | <p>Weitere Fortschritte bei der Entwicklung eines offenen, regelgestützten, berechenbaren und nicht diskriminierenden Handels- und Finanzsystems</p> <p>Dazu gehört das Engagement für eine verantwortungsbewusste Regierungsführung, für die Entwicklung und für die Reduzierung der Armut – sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene</p> <p><i>Einige der nachstehenden Indikatoren werden für die am wenigsten entwickelten Länder (LDC), Afrika, die Binnenentwicklungsländer und die kleinen Inselentwicklungsländer gesondert überwacht.</i></p> <p>ODA-Leistungen</p> <p>32. ODA-Nettoleistungen im Verhältnis zum Bruttonationaleinkommen (BNE) der DAC-Geberländer (Richtwerte: 0,7% insgesamt, 0,15% für LDC)</p> <p>33. Anteil der ODA-Leistungen ohne Lieferbindung</p> |
| Teilziel 13 | <p>Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder (LDC)</p> <p>Dazu gehören der zoll- und quotenfreie Marktzugang für LDC-Exporte, verstärkte Schuldenerleichterungen im Rahmen der Erweiterten HIPC-Initiative und Streichung bilateraler öffentlicher Schulden sowie großzügigere ODA-Leistungen für aktiv um Armutsminderung bemühte Länder</p> <p>34. Anteil der für soziale Grunddienste bestimmten ODA (Grundbildung, Basisgesundheitsversorgung, Ernährung, Trinkwasserversorgung und Abwasser-/Abfallentsorgung)</p> <p>35. Anteil der ODA für Umweltschutz in kleinen Inselentwicklungsländern</p> <p>36. Anteil der ODA für das Transportwesen in Binnenentwicklungsländern</p> |
| <i>(Fortsetzung nächste Seite)</i> | |

(Fortsetzung)

| | | Marktzugang |
|--------------------|--|--|
| Teilziel 14 | Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Binnenentwicklungs- und kleinen Inselentwicklungsländern (Barbados-Programm und 22. Sondertagung der VN-Generalversammlung) | 37. Wertmäßiger Anteil der zoll- und quotenfreien Exporte (ohne Waffen) 38. Durchschnittliche Zölle und Quoten für landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie für Textilien und Bekleidung 39. Binnen- und Export-Agrarsubventionen in OECD-Ländern 40. Anteil der zur Unterstützung des Aufbaus von Handelskapazitäten bestimmten ODA |
| | | Langfristig tragbare Verschuldung |
| Teilziel 15 | Umfassende Anstrengungen zur Lösung der Schuldenprobleme der Entwicklungsländer durch nationale und internationale Maßnahmen im Hinblick auf eine langfristig tragbare Verschuldung | 41. Anteil der öffentlichen bilateralen Schuldenerlasse im Rahmen der HIPC-Initiative 42. Schuldendienst im Verhältnis zu den Waren- und Dienstleistungsexporten 43. Anteil der auf Schuldenerleichterungen entfallenden ODA 44. Zahl der Länder, die die <i>Decision Points</i> (Entscheidungszeitpunkte) und die <i>Completion Points</i> (Abschlusszeitpunkte) im Rahmen der HIPC-Initiative erreichen |
| Teilziel 16 | Ausarbeitung und Umsetzung von Strategien zur Schaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeitsplätze für junge Menschen in Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern | 45. Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen |
| Teilziel 17 | Gewährleistung des Zugangs zu unentbehrlichen Arzneimitteln zu erschwinglichen Preisen in Zusammenarbeit mit Unternehmen der pharmazeutischen Industrie | 46. Anteil der Bevölkerung mit dauerhaftem Zugang zu unentbehrlichen Arzneimitteln zu erschwinglichen Preisen |
| Teilziel 18 | In Zusammenarbeit mit dem privaten Sektor, Schaffung der Voraussetzungen dafür, dass die Entwicklungsländer in den Genuss der Vorteile neuer Technologien, insbesondere im Informations- und Kommunikationsbereich, kommen | 47. Zahl der Telefonanschlüsse pro 1 000 Einwohner 48. Zahl der Personal-Computer pro 1 000 Einwohner Weitere Indikatoren werden noch festgelegt |

* Die Festlegung der Indikatoren für die Ziele 7 und 8 erfolgt vorbehaltlich der weiteren Verfeinerung.

Die Millenniums-Entwicklungsziele sowie die entsprechenden Zielvorgaben sind der Millenniumserklärung entnommen, die von 189 Ländern, einschließlich 147 Staatsoberhäuptern, im September 2000 unterzeichnet wurde (www.un.org/documents/ga/res/55/a55r002.pdf – A/RES/55/2; deutsche Fassung unter www.uno.de/sg/millennium/millenniumerklärung.pdf). Weitere ausgewählte Entwicklungsindikatoren, die nicht mit speziellen Zielvorgaben assoziiert sind, umfassen: Bevölkerungsdichte, Geburtenrate insgesamt, Lebenserwartung bei der Geburt, Anteil der lese- und schreibkundigen Erwachsenen sowie Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommen. Soweit sinnvoll, sollten die Indikatoren nach subnationalen Kategorien aufgeschlüsselt werden (ländliche und städtische Gebiete, Regionen, sozioökonomische Gruppen, Alter, Geschlecht).

Die Liste der Millenniums-Entwicklungsziele steht in keiner Weise im Widerspruch zu auf den Weltkonferenzen der neunziger Jahre getroffenen Vereinbarungen über andere Ziele und Zielvorgaben. Die acht Ziele stehen für eine Partnerschaft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, die gemäß dem Wortlaut der Erklärung entschlossen sind, „auf nationaler wie auf internationaler Ebene ein Umfeld zu schaffen, das der Entwicklung und der Beseitigung der Armut förderlich ist“.

Teil III

KÜNFTIGE HERAUSFORDERUNGEN

V

Länder in Konfliktsituationen und leistungsschwache Länder: Welche Möglichkeiten bieten sich den Gebern?

Die dem DAC angehörenden OECD-Mitgliedsländer haben ihre Arbeit in Situationen drohender, bereits ausgebrochener oder erst seit kurzem beileger Konflikte ausgedehnt, häufig in Ländern, in denen sie bereits seit vielen Jahren tätig sind. Die Erfahrung hat uns gelehrt, dass aus der Konfliktverhütung enormer Nutzen gezogen werden kann, in Bezug auf die Sicherung menschlichen Lebens ebenso wie auf die Armutsbekämpfung und das Wirtschaftswachstum. An einigen Fronten wurden bereits erhebliche Fortschritte erzielt, während andere schwerwiegende Probleme noch immer nicht bewältigt sind. Die DAC-Jahrestagung, die VN und die G8 haben erneut die zentrale Bedeutung bekräftigt, die der Konfliktverhütung als einer langfristigen Verpflichtung mit Blick auf die Armutsbekämpfung und die nachhaltige Entwicklung zukommt.

1. Gewaltsame Konflikte und Entwicklung: Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Vision der Rolle der internationalen Zusammenarbeit

Auf Grund der zahlreichen gewaltsamen Auseinandersetzungen, die sich äußerst negativ auf die Entwicklung auswirkten, sah sich die internationale Staatengemeinschaft im Verlauf der letzten zehn Jahre gezwungen, ihre Kompetenzen im Bereich der Konfliktverhütung und der Friedenssicherung auszuweiten und zu vertiefen sowie geeignete Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz ihrer Aktionen auszuarbeiten. Zwar lässt sich die menschliche Tragödie gewaltsamer Auseinandersetzungen nicht in Zahlen ausdrücken, klar ist jedoch, dass Millionen von Menschen über Generationen hinweg dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden. Menschliches Leid, extreme Gewalt, zivile Opfer und Flüchtlingsbewegungen sind nur einige der Konsequenzen gewaltsamer Auseinandersetzungen. Ihre Auswirkungen auf die Produktion, die Existenzgrundlagen und die Infrastruktur, sowohl auf nationaler wie auf regionaler Ebene, haben gravierende negative Folgen für die Wirtschaft und die Umwelt, die häufig Jahrzehnte konkreter, vielversprechender Entwicklungsanstrengungen zunichte machen.

Seit dem Ende des Kalten Kriegs haben gewaltsame Auseinandersetzungen über 5 Millionen Opfer gefordert, davon 95% in der Zivilbevölkerung. Unter den 38 ärmsten Ländern der Welt befinden sich 20 in Konfliktsituationen. In den letzten zwanzig Jahren hat die Zahl der Konflikte in Subsahara-Afrika drastisch zugenommen. Zehn der 24 zwischen 1980 und 1994 am stärksten von Kriegen betroffenen Länder liegen in Afrika. Allein in Ruanda kamen während des Genozids von 1994 schätzungsweise 800 000 Menschen ums Leben, 1,5 Millionen wurden innerhalb des Landes vertrieben und weitere 800 000 mussten aus dem Land flüchten. Die Carnegie-Kommission zur Verhütung tödlicher Konflikte errechnete – noch vor Ende des Jahrzehnts –, dass der internationalen Staatengemeinschaft durch die sieben großen Kriege der neunziger Jahre, Kosovo nicht eingeschlossen, Kosten in Höhe von 199 Mrd. US-\$ entstanden sind¹, wobei die Kosten für die kriegführenden Länder selbst noch nicht eingerechnet sind. Die Kommission erklärte zudem, dass durch wirkungsvolle Präventivmaßnahmen über 149 Mrd. US-\$ hätten eingespart werden können.

Konflikte schlagen sich auch in einem auf Dauer nicht tragbaren Schuldenvolumen nieder. Schätzungsweise 1,4 Mrd. US-\$ ausstehender Verbindlichkeiten der Demokratischen Republik Kongo gegenüber den inter-

nationalen Finanzinstitutionen (IFI), zu denen weitere über 9 Mrd. US-\$ gegenüber dem Pariser Club hinzukommen, gehen z.B. indirekt auf Militärausgaben zurück². Im Juni 2001 hatten 23 Länder³ ihren *Decision Point* gemäß der erweiterten HIPC-Initiative erreicht und zwei Länder⁴ ihren *Completion Point* gemäß der ursprünglichen HIPC-Initiative. Rund 35 HIPC-Länder könnten sich letztlich für die HIPC-Initiative qualifizieren, ungefähr ein Dutzend von ihnen – die meisten davon in Subsahara-Afrika – konnten die erforderlichen Bedingungen jedoch noch nicht erfüllen, weil sie unter Konflikten litten bzw. von Problemen mit der Staats- und Regierungsführung betroffen waren, die effiziente Schuldenerleichterungsmaßnahmen unmöglich machten⁵.

Anstrengungen innerhalb des DAC und Verknüpfungen mit den Arbeiten anderer Stellen

Der Entwicklungsausschuss befasst sich seit 1995 mit der Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in Konfliktsituationen. Angesichts der zunehmenden Zahl der Krisen seit dem Ende des Kalten Kriegs und in Anerkennung der Tatsache, welche verheerenden Folgen gewaltsame Auseinandersetzungen für die Bevölkerung und die Entwicklungsanstrengungen haben, fasste er den Beschluss, den Zusammenhang zwischen Entwicklung und Konflikten genauer unter die Lupe zu nehmen. Mit der politischen Grundsatzerklärung „Conflict, Peace and Development Co-operation on the Threshold of the 21st Century“, die von der DAC-Jahrestagung im Mai 1997 verabschiedet wurde, stand der internationalen Staatengemeinschaft ein erster Entwurf des Beitrags zur Verfügung, den die Entwicklungszusammenarbeit in der Konfliktverhütung und bei der Stärkung der Friedenssicherung in konfliktgefährdeten Gebieten leisten kann.

Die Leitlinien des DAC haben dazu beigetragen, der internationalen Staatengemeinschaft die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in Konfliktsituationen stärker ins Bewusstsein zu rufen, indem sie die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer Bündelung der Politiken der verschiedenen Geber im Umgang mit Konflikten, des Aufbaus von Partnerschaften und der Förderung der Koordination zwischen den Gebern im Bereich der Konfliktverhütung und der Friedenssicherung gelenkt haben. Diese Themen sind in der derzeitigen Debatte über die Effizienz und die Auswirkungen der Entwicklungszusammenarbeit von entscheidender Bedeutung, was sich auch an einer Reihe von Erklärungen und Berichten internationaler Institutionen und Geberorganisationen zu Konfliktproblemen zeigt (vgl. Kasten V.1).

Länder mit schwachen Entwicklungsergebnissen

Die Arbeit des DAC in Bezug auf die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in konfliktgefährdeten Ländern ist heute in den allgemeineren Kontext der Gebertätigkeit in unsicheren und instabilen Situationen eingebettet, die durch ein unzulängliches politisches Umfeld bedingt sind. Die Koordination der Geber in den so genannten „Ländern mit schwachen Entwicklungsergebnissen“ stellt eine besondere Herausforderung dar. Der Aufbau von Partnerschaften, ein zentrales Element der DAC-Strategie *Das 21. Jahrhundert gestalten*, erweist sich in Fällen von mangelhafter Staats- und Regierungsführung als besonders schwierig. Entsprechende Anstrengungen müssen daher als Teil eines laufenden Prozesses gesehen werden. Aus den bisher gewonnenen Erfahrungen sind noch viele Lehren zu ziehen. Der DAC ist diesen Fragen 2001 in einer Reihe von Seminaren nachgegangen und hat diesbezügliche Arbeiten in Auftrag gegeben.

2. Die neuen Leitlinien des DAC zur Verhütung von gewaltsamen Konflikten: Orientierungshilfen für externe Partner

Hintergrund

Bei der Zusammenstellung der Leitlinien zu Konflikten, Frieden und Entwicklungszusammenarbeit an der Schwelle des 21. Jahrhunderts waren sich die DAC-Mitglieder bewusst, wie sehr gewaltsame Auseinandersetzungen in Entwicklungsländern die Grundlagen ihrer eigenen Wertvorstellungen und Interessen berühren. Sie haben daher die bereits eingegangene Verpflichtung bekräftigt – innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft –, nach besseren Wegen zu suchen, um solche Konflikte an der Wurzel zu bekämpfen. Die Arbeit in von Kriegen erschütterten oder konfliktgefährdeten Gesellschaften muss als fester Bestandteil der entwicklungspolitischen Herausforderung angesehen werden. Eine Gesellschaft bei der Stärkung ihrer Kapazitäten zur friedlichen Konfliktbeilegung zu unterstützen, ist eine der Voraussetzungen für nachhaltige Entwicklung. Im Mittelpunkt der Leitlinien von 1997 stehen die strukturelle Stabilität und die Rolle, die den Entwicklungsakteuren bei deren Stärkung zukommt. Das Konzept der strukturellen Stabilität umfasst die voneinander abhängigen und sich gegenseitig verstärkenden Ziele des sozialen Friedens, der Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der

Kasten V.1 Jüngste Entwicklungen in der Politikdebatte über die Konfliktverhütung

Vereinte Nationen

Der im Jahr 2000 erschienene Brahimi-Bericht¹ bot eine Gelegenheit, die Auswirkungen der VN-Friedenseinsätze (Konfliktverhütung und Befriedung, friedenssichernde und friedensschaffende Operationen) im Licht der Erfahrungen des letzten Jahrzehnts neu zu überdenken und zu erörtern. Viele der Empfehlungen dieses Berichts, der eine radikale Überarbeitung des gesamten VN-Systems fordert, sind für die Entwicklungszusammenarbeit von größter Bedeutung. Die Autoren raten zu einem ganzheitlichen und integrierten Ansatz, der weit über das traditionelle Konzept der Friedenssicherung hinausgeht. Einige der Empfehlungen eröffnen ehrgeizige neue Perspektiven, z.B. mit der Forderung nach einer Überarbeitung der Grundsätze, die für den Einsatz ziviler Polizeieinheiten und anderer zur Sicherung der Rechtsstaatlichkeit dienender Kräfte in Friedensmissionen gelten, einer schwerpunktmäßigen Ausrichtung auf die Reform und Umstrukturierung der vor Ort vorhandenen Polizeieinheiten – zusätzlich zu den herkömmlichen Beratungs-, Schulungs- und Beobachtungsaufgaben – sowie nach einer besseren Integration der Wahlhilfe in eine umfassendere Strategie zur Unterstützung der Verwaltungs- und Regierungsinstitutionen.

Im Anschluss an die Beratungen des VN-Sicherheitsrats vom 20. Juli 2000 über die Rolle der Vereinten Nationen in der Konfliktverhütung legte der VN-Generalsekretär einen umfassenden Bericht über die Prävention bewaffneter Konflikte vor², ein wichtiges politisches Dokument, das die Forderung nach einer Abkehr von einer Kultur des Reagierens zu Gunsten einer echten Kultur der Prävention fordert. Der Bericht des VN-Generalsekretärs befasst sich mit den Fortschritten, die bislang beim Aufbau von VN-Kapazitäten zur Konfliktverhütung erzielt wurden, und liefert konkrete Empfehlungen in Bezug auf eine weitere Verbesserung der Anstrengungen der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet. Der vom DAC in seinen Politikorientierungen zu Konflikten, Frieden und Entwicklungszusammenarbeit gelieferte analytische Rahmen steht vollauf in Einklang mit den Analysen des VN-Generalsekretärs zu einer Reihe entscheidender Fragen. Dabei handelt es sich u.a. um die Notwendigkeit, durch vorbeugende Strukturmaßnahmen gegen die Ursachen der Konflikte vorzugehen, um die enge Beziehung zwischen Konfliktverhütung und nachhaltiger Entwicklung sowie um die Bedeutung einer größeren Kohärenz zwischen den Maßnahmen der Geber und innerhalb des VN-Systems sowie einer verbesserten Koordination zwischen den VN und anderen Akteuren, so z.B. regionalen Organisationen, Nichtregierungsorganisationen, der Zivilgesellschaft und der Geschäftswelt. Dabei ist zu erwähnen, dass an der derzeitigen Debatte über Konfliktverhütung und Friedenssicherung auch VN-Sonderorganisationen teilnehmen, die ihre jeweiligen Strategien im Lichte des neuen Aktionsrahmens zur Konfliktverhütung überdenken³.

Europäische Union

Ein weiteres Beispiel für die Bedeutung, die die Gebergemeinschaft der Konfliktverhütung zuerkennt, liefert die Tatsache, dass die Europäische Kommission einer Mitteilung zu diesem Thema⁴ zugestimmt hat. In dieser Mitteilung wird die Rolle unterstrichen, die die Europäische Union bei der Schaffung der Voraussetzungen für Stabilität spielen kann, und zwar durch die Unterstützung der regionalen Integration und den Aufbau von Handelsbeziehungen. In der Mitteilung wird eine systematische Einbeziehung der Konfliktverhütung in die EZ-Politiken und -Programme der EU sowie eine stärkere Koordination zwischen der Kommission, den EU-Mitgliedstaaten und den anderen Akteuren gefordert.

2001 wurde der Konfliktverhütung in der EU-Agenda, im Einklang mit den vom DAC ausgearbeiteten Richtlinien, ein hoher Stellenwert eingeräumt. Im Juni stimmte der in Göteborg tagende Europäische Rat dem EU-Programm zur Verhütung gewaltsamer Konflikte zu, das die EU dazu verpflichtet, klare politische Prioritäten für präventive Aktionen zu setzen, ihr Frühwarnsystem und ihre Politikkohärenz zu verbessern, ihre Instrumente zur kurz- und langfristigen Prävention zu stärken und effiziente Partnerschaften für die Konfliktverhütung aufzubauen. Dieser Ansatz hat weitreichende Konsequenzen für die Entwicklungszusammenarbeit. Das EU-Programm verlangt beispielsweise von der Europäischen Kommission, zu gewährleisten, dass ihre Entwicklungspolitik und ihre sonstigen Kooperationsprogramme klarer auf die Bekämpfung der Konfliktursachen ausgerichtet sind, und zwar in einem integrierten Ansatz im Rahmen von Armutsbekämpfungsstrategien. Eine ebenfalls in diese Richtung gehende Initiative war das im Oktober 2001 veranstaltete Seminar, das sich mit den geeigneten Koordinationsinstrumenten für den Einsatz in gefährdeten Ländern befasste und in konkreten Schlussfolgerungen bezüglich der Zusammenarbeit mit von Konflikten betroffenen afrikanischen, karibischen und pazifischen Ländern (AKP) mündete. Als Grundlage dienten dabei Analysen, die auf Ersuchen von Portugal, Schweden und Belgien vom Europäischen Zentrum für Entwicklungspolitik-Management (ECDPM) durchgeführt wurden.

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

G8

In den seit der Verabschiedung der DAC-Politikorientierungen von 1997 vergangenen Jahren hat sich die G8 zunehmend mit Überlegungen zur Konfliktverhütung, zur Rolle der Entwicklungszusammenarbeit sowie zur Notwendigkeit von mehr Kohärenz zwischen der Politik der verschiedenen Geber befasst. Auf dem G8-Gipfel in Denver 1997 wurde bereits die Bedeutung der ersten Leitlinien für friedensschaffende Initiativen auf regionaler, subregionaler und nationaler Ebene in konfliktträchtigen Situationen unterstrichen. Die Miyazaki-Initiativen⁵ der G8-Außenminister (Juli 2000) und die jüngsten Römischen Initiativen zur Konfliktprävention⁶ (Juli 2001) unterstrichen beide die Bedeutung der Arbeit des DAC. Beim Treffen der G8-Außenminister in Rom wurden Fortschritte in Bezug auf verschiedene Probleme festgestellt, auf deren Lösung die Miyazaki-Initiativen abzielten, namentlich in den Bereichen Kleinwaffen und leichte Waffen, Konflikte und Entwicklung, „Kriegsdiamanten“, Kinder in bewaffneten Konflikten, internationale zivile Polizeieinheiten. Als weitere Themen, denen die G8 weiterhin verstärkt ihre Aufmerksamkeit schenken wird, wurden eine kooperative und nachhaltige Wasserwirtschaft sowie Abrüstung, Demobilisierung und die Wiedereingliederung von Kriegsveteranen erwähnt. Zugleich wurden neue Initiativen zur Stärkung der Rolle der Frau in der Konfliktverhütung, die sich u.a. auf die Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrats vom Oktober 2000 über Frauen, Frieden und Sicherheit stützten, sowie zum Thema soziale Verantwortung der Unternehmen und Konfliktverhütung gestartet. Die Leitlinien des DAC von 1997 und die 2001 verabschiedete Erklärung *Verhütung gewaltsamer Konflikte* leisteten einen erheblichen Beitrag zu den Analysen, die diesen wichtigen Initiativen zugrunde lagen.

1. *Report of the Panel on United Nations Peace Operations*, A/55/305-S/2000/809, 21. August 2000. Dieser Bericht ist verfügbar unter www.un.org/peace/reports/peace_operations/report.htm.
2. *Prevention of Armed Conflict. Report of the Secretary General*, A/55/985-S/2001/574, 7. Juni 2001. Dieser Bericht ist verfügbar unter www.un.org/Docs/sc/reports/2001/sgrep01.htm.
3. Vgl. beispielsweise den Beitrag von Bernard Wood zu *Development Dimensions of Conflict Prevention and Peace-building* (Juni 2001), der der UNDP *Emergency Response Division* vorgelegt wurde.
4. *Mitteilung der Kommission zur Konfliktprävention*, KOM(2001)211, endgültig vom 11.04.2001, verfügbar unter www.europa.eu.int/eur-lex/de/com/cnc/2001/com2001_0211de01.pdf.
5. Erklärungen und Hintergrundinformationen zu den Miyazaki-Initiativen sind verfügbar unter www.mofa.go.jp/policy/economy/summit/2000/documents/index.html.
6. Erklärungen und Hintergrundinformationen zu den Römischen Initiativen der G8 sind verfügbar unter www.g8italia.it/_en/docs/JZWRMI29.htm.

Menschenrechte sowie der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, deren Verwirklichung durch dynamische, repräsentative politische Institutionen gefördert wird, die Veränderungen bewältigen und Konflikte beilegen können, ohne dass es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt.

Der Kenntnisstand ebenso wie die praktischen Erfahrungen konnten seit der Veröffentlichung der DAC-Leitlinien von 1997 erweitert werden. In den vergangenen fünf Jahren haben die dem DAC angehörenden OECD-Mitgliedsländer ihre Arbeit in Situationen drohender, bereits ausgebrochener oder erst kürzlich begelegter Konflikte zusehends ausgedehnt, oftmals in Ländern, in denen sie schon seit vielen Jahren tätig sind. Die Erfahrung hat gezeigt, dass aus der Konfliktverhütung enormer Nutzen gezogen werden kann, in Bezug auf die Sicherung menschlichen Lebens ebenso wie im Hinblick auf Armutsbekämpfung und Wirtschaftswachs-

tum. An einigen Fronten wurden bereits erhebliche Fortschritte erzielt, während andere schwerwiegende Probleme noch zur Lösung anstehen. Obwohl die Leitlinien von 1997 nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt haben, ist sich der DAC der Notwendigkeit bewusst, seine Arbeit im Bereich der Konfliktverhütung auszuweiten, um diesen Problemen zu begegnen.

Neue Politikempfehlungen zur Konfliktverhütung

Im April 2001 wurden auf der DAC-Jahrestagung weitere Politikempfehlungen mit dem Titel *Verhütung gewaltsamer Konflikte: Orientierungshilfen für externe Partner*⁶ verabschiedet. Mit diesen neuen Politikorientierungen wurden die ersten Leitlinien für die DAC-Mitglieder und deren Arbeit aktualisiert und ausgeweitet, namentlich in den Bereichen Armutsbekämpfung, Gleich-

stellung von Mann und Frau, Governance sowie Umwelt, wobei die entsprechenden Stellen in anderen Ministerien und in der internationalen Staatengemeinschaft sowie die Partner in den Regierungen der Entwicklungsländer, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft mit einbezogen wurden. Die überarbeiteten Leitlinien stützen sich im Wesentlichen auf drei Quellen, die auf die weitreichenden Projekte der Arbeitsgruppe zurückgehen, die zur Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Konflikten, Friedenssicherung und Entwicklungszusammenarbeit eingerichtet wurde⁷. Bei diesen Quellen handelt es sich um:

- *Untersuchungen zu mehreren Themen:* Der Einfluss von EZ-Aktivitäten in Konfliktsituationen, gestützt auf Fallstudien aus Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Ruanda und Sri Lanka; Sicherheit, Entwicklung und Reformen des Sicherheitssektors; Einsatzmöglichkeiten von EZ-Leistungen zur Prävention von gewaltsamen Auseinandersetzungen⁸.

- *Regionale Beratungen mit EZ-Akteuren auf Landesebene:* 1999 und 2000 fanden eine Reihe informeller Beratungen mit einem breiten Spektrum von Fachleuten aus Theorie und Praxis in Afrika, Lateinamerika und dem asiatisch-pazifischen Raum statt. Diese Beratungen lieferten klare und überzeugende Perspektiven aus den unterschiedlichen Blickwinkeln der verschiedenen Gruppen und Interessen vieler Entwicklungsländer. Sie umfassten einen Dialog mit Vertretern von Partnerländern, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Forschungsinstituten und EZ-Stellen, die in den drei oben genannten Regionen tätig sind. Aus diesen Beratungen ergab sich eine substantielle Bekräftigung der ersten Leitlinien von 1997 sowie eine solide Grundlage für weitere, vom DAC in Auftrag gegebene Arbeiten⁹.

- *Zunehmender Erfahrungsschutz* vor Ort und im Rahmen internationaler Aktionen.

Diese Anstrengungen zeugen von dem gestiegenen Interesse an konfliktbezogener Entwicklungszusammenarbeit seit 1997. Sie zeigen auch, wie viel in Bezug auf die Verwirklichung der eingegangenen Verpflichtungen und der in den DAC-Leitlinien von 1997 beschriebenen optimalen Vorgehensweisen noch zu tun bleibt.

Anlässlich der Verabschiedung der neuen Leitlinien gab die DAC-Jahrestagung eine Erklärung mit dem Titel *Verhütung gewaltsamer Konflikte* (Anhang zu Kapitel I) ab. Die DAC-Mitglieder einigten sich auf eine Reihe zentraler Aussagen, die acht weit gefasste Bereiche betreffen und durchgehend die Bedeutung des Themas Politikkohärenz unterstreichen.

1. *Grundlegende Leitsätze:* Die Konfliktverhütung muss als ein entscheidendes Element der Armutsbekämpfung sowie der nachhaltigen Entwicklung und somit als eine langfristige Verpflichtung und nicht als eine kurzfristige Antwort gesehen werden.
2. *Einbeziehung einer „Konfliktverhütungsoptik“:* In der Entwicklungszusammenarbeit und der Außenpolitik muss eine „Kultur der Prävention“ geschaffen werden.
3. *Sicherheit und Entwicklung:* Die Sicherheit wird hier als wesentlicher Bestandteil verantwortungsbewussten staatlichen Handelns sowie von Initiativen zur Sicherung von Frieden und nachhaltiger Entwicklung angesehen.
4. *Regionale Kooperationen und Beratungen unterstützen:* Es gilt, sich mit den regionalen Dimensionen der Konflikte zu befassen sowie regionale Lösungsansätze und Reaktionskapazitäten zu stärken.
5. *Friedensprozess, Gerechtigkeit und Versöhnung:* Es muss gewährleistet sein, dass der Friedensprozess den unterschiedlichen Standpunkten in Fragen der Gerechtigkeit und Versöhnung Rechnung trägt, um den erneuten Ausbruch von Gewalt zu verhindern.
6. *Teilnahme an Partnerschaften für den Frieden:* Es gilt, Partnerschaften mit den Regierungen und der Zivilgesellschaft aufzubauen.
7. *Zusammenarbeit mit der Wirtschaft:* Die nationale und internationale Geschäftswelt muss für Fragen der Konfliktverhütung sensibilisiert werden.
8. *Negativen wirtschaftlichen Kräften entgegenwirken:* Dazu gehört auch die Bekämpfung der politischen Ökonomie von Kriegen und gewaltsamen Auseinandersetzungen.

Durch diese Arbeit wird die Partnerschaft einen Schritt weitergebracht, indem den Gebern empfohlen wird, Allianzen mit dem privaten Sektor zu schmieden, um „schädliche“ Geschäftspraktiken zu bekämpfen und stattdessen mit „verantwortungsvollen“ Unternehmen zusammenzuarbeiten. Weitere wichtige Bereiche sind in diesem Zusammenhang: die Friedenssicherung zu einem „integrierenden“ Prozess machen, die negativen Auswirkungen des Entzugs oder der Aussetzung von Leistungen auf die Zivilbevölkerung so gering wie möglich halten und nach innovativen EZ-Modalitäten und -Mechanismen suchen.

Grundlegende Leitsätze

Die gewaltsamen Auseinandersetzungen und deren verheerende Konsequenzen für das Leben der Menschen zwingen die Gesamtheit der EZ-Akteure dazu, ihr Engagement für Frieden und Konfliktverhütung erneut zu bekräftigen. Zur Verhütung gewaltsamer Auseinandersetzungen müssen die Gesellschaften eine freiwillige Kooperation aufbauen, die in einer friedvollen Koexistenz verschiedener Bevölkerungsgruppen innerhalb oder zwischen einzelnen Ländern mündet. Der Konfliktverhütung kommt eine zentrale Rolle in der Armutsbekämpfung und der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung zu. In dieser Hinsicht ist unter „Konfliktverhütung“ die Prävention von gewaltsamen Auseinandersetzungen, Kontroversen und Konflikten zu verstehen. Sie beinhaltet die Idee eines langfristigen Engagements und nicht nur einer kurzfristigen Antwort. Gewaltfreie Konflikte sind ein normaler Bestandteil des sozialen und wirtschaftlichen Wandels. Was verhindert werden muss, sind der Einsatz massiver Gewalt zur Regelung von Konflikten sowie destabilisierend wirkende Aktionen, die zum Ausbruch kollektiver Gewalt führen können. Die DAC-Erklärung und die Politikempfehlungen beziehen sich in erster Linie auf kollektive Konflikte zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen innerhalb eines Landes oder in verschiedenen Ländern. Sie befassen sich, bis zu einem gewissen Grad zumindest, jedoch auch mit der vom Staat gegen einzelne Gruppen oder Personen ausgeübten Gewalt.

Die EZ-Stellen akzeptieren heute, dass sie *innerhalb* der Konflikte arbeiten bzw. *auf* sie einwirken müssen, anstatt nur *in ihrem Umfeld* tätig zu werden, und dass sie die Friedensstiftung zum Schwerpunkt ihrer Arbeit in Konfliktsituationen machen müssen¹⁰. Dies stellt einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zu einem langfristigen Engagement dar, der mit einer Abkehr von der früheren kurzfristigen Konzentration auf die Konsolidierung und den Wiederaufbau nach Konflikten einhergeht.

Um effizient auf den Frieden hinzuarbeiten, müssen die EZ-Stellen mit den Partnern in den Entwicklungsländern vor, während und nach Konflikten kooperieren. Zur Förderung von Friedensstiftung und Konfliktverhütung ist es nötig, dass die Geber mit anderen betroffenen Ressorts innerhalb ihrer Regierungen und mit anderen Akteuren in der internationalen Staatengemeinschaft zusammenarbeiten. Dank einer „Kultur der Prävention“ und detaillierter Analysen, z.B. zu den Auswirkungen von Frieden und Konflikten, sowie der Ausarbeitung von Szenarien können die Geber

besser gemeinsam auf nachhaltigen Frieden hinwirken. Die Maßnahmen müssen überdies klar, kohärent, umfassend und koordiniert sein, damit die Effizienz der Konfliktverhütung und -bewältigung gesteigert werden kann. Zu den betroffenen Politikbereichen gehören: Handel, Finanzierung und Investitionen, Außenpolitik, Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit. Indem sie diesem Imperativ gehorchen, zeigen sich die EZ-Stellen bereit, die mit einem weiteren Vorstoß auf dieses heikle politische Terrain verbundenen Risiken einzugehen.

Wirtschaftliches Wohlergehen, soziale Entwicklung sowie ökologische Nachhaltigkeit und Regeneration sind die Hauptziele der Entwicklungszusammenarbeit, und diese erfordern strukturelle Stabilität. Die gewonnenen Erfahrungen, ebenso wie die vorliegenden Forschungsergebnisse, haben deutlich gemacht, dass es eine Reihe von Grundsätzen für die Konfliktverhütung gibt, die von der Gesamtheit der EZ-Akteure verlangen, dass sie:

- die Möglichkeiten – und die Grenzen – von Aktionen der internationalen Staatengemeinschaft zur Förderung von Frieden und zur Verhinderung von Gewalt erkennen;
- sich auf ein konstruktives Engagement und kreative Lösungsansätze stützen, von denen Anreize zur Friedensstiftung ausgehen (vgl. Kasten V.2);
- die Lehren aus den teuer bezahlten Erfahrungen ziehen, die die Notwendigkeit kohärenter und in sich schlüssiger Politiken sowie umfassender Instrumente deutlich gemacht haben, um ein Maximum an Vorteilen zu erzielen und unbeabsichtigte schädliche Nebenwirkungen zu vermeiden;
- ein transparentes Verhalten an den Tag legen, ihre Absichten mitteilen sowie den Dialog mit allen Partnern auf allen Ebenen ausweiten und vertiefen, um eine lokale Trägerschaft zu gewährleisten;
- friedenschaffende Initiativen frühzeitig unterstützen und damit auch fortfahren, wenn der Friedensprozess abgeschlossen zu sein scheint;
- Frauen, Männer und junge Menschen aktiv in die Friedens- und Entscheidungsprozesse einbeziehen; denn alle Akteure müssen sich stärker der in allen Bereichen wirksamen Zusammenhänge zwischen genderspezifischen Unterschieden und gewaltsamen Auseinandersetzungen zum einen sowie deren Verhütung und Beilegung zum anderen bewusst werden;

Kasten V.2 Anreize für den Frieden schaffen

Als Anreize für den Frieden können alle zielgerichteten EZ-Leistungen angesehen werden, die eine dem Frieden förderliche Dynamik auslösen, so z.B. die Einflussnahme auf das Verhalten der verschiedenen Akteure, die Stärkung der Kapazitäten friedensstiftender Kräfte, die Änderung der Beziehungen zwischen den miteinander in Konflikt stehenden Beteiligten (ethnische Gruppen, Staat, Zivilgesellschaft) sowie die Beeinflussung des sozialen und wirtschaftlichen Umfelds, in das die Konflikt- und Friedensdynamik jeweils eingebettet ist.

EZ-Leistungen schaffen positive ebenso wie negative Anreize für Frieden oder gewaltsame Auseinandersetzungen, unabhängig davon, ob diese Auswirkungen gewollt sind oder nicht. Wie können diese Anreize nun so gesteuert werden, dass sie Bedingungen schaffen und Bewegungen auslösen, die der friedlichen Konfliktbeilegung förderlich sind? Den externen Akteuren, so auch den Gebern, bieten sich zahlreiche Optionen bzw. ergänzende Methoden der konstruktiven Einflussnahme zur Minderung von Konflikten und zur Stärkung der Friedensstiftung. Unter anderem sind folgende Beispiele hierfür zu nennen:

Langfristiges, kohärentes und konstruktives Engagement. Durch ein solches Engagement ist es den Gebern und ihren Regierungen möglich, einen Politikdialog einzuleiten und ein breites Spektrum sonstiger Friedensanreize zum Tragen kommen zu lassen. Langfristiges Engagement kann jedoch auch falsch ausgelegt werden und birgt zudem Risiken. Ein fortgesetztes Engagement könnte beispielsweise als stillschweigende Duldung inakzeptabler Praktiken angesehen werden, selbst wenn es in Wirklichkeit darauf abzielt, den Effekt dieser Praktiken zu dämpfen oder sie zu unterbinden. Unter manchen Umständen können die getroffenen Maßnahmen zumindest auf kurze Sicht wirkungslos erscheinen. Ein echtes Dilemma entsteht, wenn sich die Frage stellt, wie – und in Extremfällen auch, ob überhaupt – mit Regierungen zusammengearbeitet werden kann, die sich über die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit hinwegsetzen, sich massiver oder ständiger Menschenrechtsverletzungen schuldig machen, gegen die Zivilbevölkerung vorgehen und Kriege in Nachbarländern schüren oder austragen. Dies kann z.B. geschehen, wenn rechtmäßig gewählte Regierungen gestürzt werden oder Regierungen bewaffnete Interventionen in anderen Ländern vornehmen, ohne dass es sich um einen klaren Fall von Selbstverteidigung gemäß den Bestimmungen des Völkerrechts handelt. Manchmal lohnt es sich jedoch, solche Risiken einzugehen. Die externen Akteure müssen indes eine klare Haltung in Bezug auf ihre Beurteilungen, Bedenken und Ziele beziehen, auch der Öffentlichkeit im eigenen Land gegenüber.

Ausgehandelte Kriterien. Die Geber sollten bemüht sein, im Rahmen ihres langfristigen Engagements politische Kriterien für eine verbesserte Staats- und Regierungsführung auszuhandeln.

Transparente und koordinierte Bedingungen. Wenn für die EZ-Leistungen noch immer bestimmte Bedingungen erfüllt werden müssen, die Teil eines weiter gefassten Aktionsrahmens aus Friedensanreizen sind, sollte diese Politik explizit dargelegt werden. Sie sollte so klar und so transparent wie möglich erklärt werden, um das Risiko von Missverständnissen zu verringern. Die Erfahrung hat im Allgemeinen deutlich gemacht, dass Konditionalitätskriterien nur selten ihre Wirkung entfalten, wenn sie nicht mit eigenen Reformen des betroffenen Landes verknüpft werden. Insbesondere in Konfliktsituationen hat sich gezeigt, dass bei Konditionalitätskriterien für EZ-Leistungen folgende Parameter gegeben sein müssen. Sie sollten:

- auf klare Analysen und eindeutig festgelegte Bedingungen gestützt sein;
- zwischen den Gebern koordiniert werden, um Unstimmigkeiten zu vermeiden;
- nur als letzte Möglichkeit und nicht regelmäßig eingesetzt werden;
- auf eine Ethik der Verantwortung gestützt sein, wobei für Transparenz und Rechenschaftslegung gesorgt sein muss;
- überwacht und klar evaluiert werden, vorzugsweise gemeinsam;
- in eine umfassendere Strategie von Friedensanreizen eingebettet sein;
- in der Zivilgesellschaft verankert sein, damit eine breite Unterstützung für das angestrebte Ziel im betroffenen Land gewährleistet ist;
- im Einklang mit humanitären Grundsätzen umgesetzt werden;
- in allen Fällen kohärent angewendet werden.

Sanktionen. Ein Grund für die Kontroversen, die über die Nützlichkeit von Sanktionen als einem Mittel zur Einflussnahme während oder vor Ausbruch von Konflikten bestehen, sind deren mögliche negative Auswirkungen auf das soziale und wirtschaftliche Wohlergehen der Bevölkerung des betroffenen Landes. Durch „intelligente“ Sanktionen, die eindeutig gegen die Verantwortlichen von Grausamkeiten gerichtet sind, könnten diese negativen sozialen und menschlichen Auswirkungen verringert werden. Solche Sanktionen sind beispielsweise das Einfrieren von Bankkonten, die Verweigerung von Einreisevisa sowie sonstige personalisierte, maßgeschneiderte Strafmaßnahmen.

- flexibel und rechtzeitig agieren, wobei sie sich – auch bei kurzfristigen Aktionen – an langfristigen Perspektiven sowie politischen und sozioökonomischen Situationsanalysen auf regionaler, nationaler und lokaler Ebene orientieren sollten;

- die lokalen Kapazitäten zur Einflussnahme auf die öffentliche Politik stärken sowie gegen soziale und politische Ausgrenzung vorgehen.

Eine Konfliktverhütungsoptik

Die Ursachen analysieren, um an der Wurzel vorbeugend gegen gewaltsame Konflikte vorgehen zu können, ist eines der gemeinsamen Ziele der Gesamtheit der EZ-Akteure. Die Geber lernen inzwischen, wie sie die Politiken verschiedener Ressorts nach einer „Konfliktverhütungsoptik“ ausrichten müssen, um sie kohärent und umfassend zu gestalten. Die Konfliktverhütungsoptik ist eine Metapher für den Versuch, festzustellen, wie die Konfliktverhütung in alle Bereiche der Politik, von der Entwicklung über Handel und Investitionen bis hin zur Außenpolitik einbezogen werden kann. Dies ist gleichbedeutend mit der Schaffung einer „Kultur der Prävention“. Konkrete Aktionen, wie z.B. die Analyse und Beobachtung der Entwicklungen in konfliktgefährdeten Gebieten, sind Schritte in Richtung einer Früherkennung und frühzeitigen Eindämmung von Konflikten. Es häufen sich die Belege dafür, dass frühzeitige, wirkungsvolle vorbeugende Aktionen wesentlich weniger kostspielig sind als ein späteres Eingreifen, um die Gewalt zu stoppen und die Schäden zu beheben. Es ist wichtig, im Rahmen der Konfliktverhütungsoptik die Menschenrechte in den Vordergrund zu stellen, zumal dadurch potentielle negative Nebenwirkungen der Entwicklungszusammenarbeit in Konfliktsituationen verringert werden können. Dazu gehört u.a. die Arbeit im Rahmen des internationalen Flüchtlingsrechts sowie der Gesetzgebung und der Übereinkommen im Bereich des internationalen humanitären Rechts und der Menschenrechte, einschließlich der Übereinkommen über die Rechte der Kinder und über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau.

Die Geber sind sich bewusst, dass alle EZ-Leistungen Einfluss auf Konfliktsituationen haben und positive oder negative Anreize für die Friedensstiftung schaffen können. Sie unternehmen Schritte, um besser verstehen, beobachten und voraussehen zu können, wie sich Entwicklungsprogramme auf gespaltete Gesellschaften auswirken können, indem sie sich mit der Friedensstiftung sowohl auf nationaler/regionaler als

auch auf Projektebene befassen. Auf nationaler Ebene beschäftigen sich die Geber mit den wichtigen Fragen der Demokratie, der Sicherheit und der verantwortungsvollen Regierungsführung. Dazu müssen sie:

- die zu Unzufriedenheit und Habgier führenden Faktoren identifizieren und analysieren, die im Verlauf von Konflikten ins Spiel kommen;

- geeignete Methoden zur Beurteilung, Beobachtung und Bewertung ihrer Handlungsweise und deren Auswirkungen ausarbeiten, und zwar in enger Zusammenarbeit mit den Partnern in den Entwicklungsländern, zumal diese Art der Entwicklungszusammenarbeit nicht immer in den allgemeinen Rahmen des „ergebnisgestützten Managements“ passt;

- die Untersuchung des Einflusses der EZ-Leistungen auf Konflikte auch auf die Ausarbeitung der auf makroökonomische Stabilität und Strukturwandel abzielenden Maßnahmen ausdehnen, um Einkommenswachstum, Beschäftigung und öffentliche Dienstleistungseinrichtungen zu fördern;

- die EZ-Leistungen auf die Stärkung der demokratischen Systeme ausrichten, damit eine strukturelle Stabilität geschaffen wird, die eine friedliche Konfliktbeilegung ermöglicht, wobei die Machtverteilungs- und Übertragungsmechanismen berücksichtigt und der Schutz sowie die Einbeziehung von Minderheiten und marginalisierten Gruppen gewährleistet sein muss;

- sich darüber klar werden, wie wichtig es für die Länder ist, dass sich dort politische Parteien bilden, und diesen Schritt als Teil eines demokratischen Prozesses sowie als eine Methode zur Förderung des Übergangs von gewaltsamen Auseinandersetzungen zu friedlichem Zusammenleben unterstützen;

- größten Nutzen aus Gelegenheiten ziehen, die zur Stärkung der staatlichen Kapazität beitragen können, auf Konflikte in geeigneter Weise zu antworten, wozu auch die Unterstützung eines breiten Spektrums an staatlichen Funktionen und Aktivitäten sowie Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Organisationen gehören;

- Multikulturalismus und Pluralismus fördern, indem sie Aktivitäten unterstützen, bei denen verschiedene ethnische Gruppen einbezogen werden, und den Partnern bei der Verwirklichung dieses Ziels helfen.

Die Einrichtung von Beobachtungs- und Beurteilungssystemen stellt in diesen komplexen neuen Be-

reichen der Entwicklungszusammenarbeit eine Herausforderung dar. Der Austausch von Informationen über die Ergebnisse, die Festsetzung von Richtwerten und die Bewertung der Erfahrungen sind zur Verbesserung der angewendeten Methoden und der Koordination unerlässlich.

Frieden gewährleisten durch Sicherheit und Entwicklung

Sicherheit, einschließlich der so genannten „menschlichen Sicherheit“ (*human security*), ist ein entscheidender

Grundstein der nachhaltigen Entwicklung¹¹. Sie beinhaltet den Schutz vor systematischen Menschenrechtsverletzungen, körperlichen Bedrohungen, Gewalt und extremen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Risiken sowie vor Bedrohungen der territorialen und der Hoheitsrechte. Für arme Menschen ist sie eine Grundvoraussetzung und zugleich eines der obersten Ziele, um deren Lebensbedingungen dauerhaft verbessern zu können (vgl. Kasten V.3). Die *Leitlinien zur Armutsbekämpfung* des DAC, ebenso wie die Ergebnisse von Beratungen mit armen Menschen in allen Regionen, haben aufgezeigt, welche entscheidende Bedeutung Sicherheit im Alltag für diese Menschen hat¹².

Kasten V.3 Sicherheit

„Sicherheit“ wird zunehmend als eine umfassende Bedingung angesehen, die es einzelnen Menschen ebenso wie ganzen Bevölkerungsgruppen ermöglicht, in Freiheit, Frieden und Unversehrtheit zu leben, vollauf am politischen Prozess teilzuhaben, den Schutz ihrer Grundrechte zu genießen, zu den lebensnotwendigen Ressourcen und Grundbedarfsgütern Zugang zu haben und in einer Umwelt zu leben, die ihrer Gesundheit und ihrem Wohlergehen nicht schadet. Dieser weit gefassten Definition liegt die Erkenntnis zu Grunde, dass die Sicherheit der Bevölkerung und die Sicherheit der Staaten einander gegenseitig stärken. Daraus ergibt sich, dass ein breites Spektrum staatlicher Institutionen und sonstiger Stellen für die Gewährleistung bestimmter Aspekte der Sicherheit zuständig sein kann. Dieses Konzept der Sicherheit steht mit dem allgemeinen Begriff der „menschlichen Sicherheit“ in Einklang, das vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) propagiert und von vielen Entwicklungsakteuren angewandt wird.

Der „Sicherheitssektor“ umfasst u.a. die Sicherheitskräfte sowie die für deren Verwaltung zuständigen zivilen Stellen und Verfahren, d.h. staatliche Stellen, die den offiziellen Auftrag haben, die Sicherheit des Staats und seiner Bürger vor Gewalt und Zwangsausübung zu schützen (z.B. die Streitkräfte, die Polizei sowie paramilitärische Einheiten, die Nachrichtendienste und ähnliche Einrichtungen), die Justiz- und Strafvollzugsbehörden sowie die gewählten und rechtmäßig bestellten Aufsichts- und Kontrollorgane (z.B. das Parlament, die Exekutive, das Verteidigungsministerium usw.).

Unter „Reformen des Sicherheitssektors“ sind Veränderungen des „Sicherheitssystems“ zu verstehen, die alle Akteure, deren Aufgaben, Verantwortlichkeiten und Aktivitäten umfassen und die darauf abzielen, deren Verwaltung und Funktionsweise stärker mit den Regeln der Demokratie und den Prinzipien der verantwortungsvollen Regierungsführung in Einklang zu bringen und somit zur Schaffung eines funktionsfähigen Sicherheitsrahmens beitragen.

Sicherheit ist ein wesentlicher Bestandteil des verantwortungsbewussten staatlichen Handelns sowie von Initiativen zur Sicherung von Frieden und nachhaltiger Entwicklung. Inzwischen reift die Erkenntnis, dass die Vorgänge in diesem Sektor entscheidende Auswirkungen sowohl auf die gesamten Entwicklungschancen eines Landes als auch auf die Effizienz der in anderen Bereichen geleisteten internationalen Unterstützung haben. Zahlreiche Mitglieder der internationalen Staatengemeinschaft ebenso wie die konfliktgefährdeten Länder selbst werden sich zunehmend bewusst, dass direkten Maßnahmen zur Verbesserung der Führung und der Rechenschaftspflicht ihres Sicherheitswesens ein vorrangiger Platz in der Konfliktverhütung und der Entwicklung eingeräumt werden muss. Solche Maßnahmen müssen auch einer der Schwerpunkte der internationalen Zusammenarbeit zwischen Gebereinrichtungen und anderen Ressorts ihrer Regierungen sein, und zwar in dem Bewusstsein, dass diese Arbeit vom Gedanken der Partnerschaft und der nachhaltigen gemeinsamen Anstrengung getragen sein muss. Das Spektrum der betroffenen Akteure, sowohl in den Partner- wie in den Geberländern, reicht vom Militär und Polizei über das Justiz- und das Strafvollzugssystem, die Regierungen, die Außen- und Handelsministerien bis hin zu den Medien, den zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Wirtschaft.

Armut und Unsicherheit verstärken einander stets gegenseitig. Die Sicherheit muss in diesem Kontext über die traditionellen Voraussetzungen für die Verteidigung vor Militärangriffen hinausgehen und sich auch auf das Wohlergehen und den Schutz von Personen und Eigentum erstrecken. Die Akteure in den internationalen, nationalen und nachgeordneten Verwaltungen sowie in der Zivilgesellschaft haben sich daher gemeinsam auf ein sich wandelndes Konzept der Sicherheit verständigt, das darauf abzielt, die Menschen von den allgegenwärtigen Bedrohungen zu befreien, die auf ihrem Leben, ihrer Sicherheit oder ihren Rechten lasten. Dies ist gerade für die Armen von entscheidender Bedeutung.

Die Unterstützung der Entwicklungsländer beim Aufbau legitimer und der Rechenschaftspflicht unterliegender Sicherheitsapparate – Verteidigung, Polizei, Justiz, Strafvollzug – ist zu einem vorrangigen Anliegen geworden, auch für die externen Partner und selbst wenn dies mit Risiken verbunden ist. Reformen des Sicherheitswesens sollten als normaler Bestandteil der Arbeit im Bereich der verantwortungsvollen Staats- und Regierungsführung behandelt werden. Obwohl es sich dabei um ein äußerst wichtiges Tätigkeitsfeld für die Geber handelt, sind nicht alle unter ihnen gleichermaßen bereit bzw. dazu ermächtigt, sich an Aktivitäten zu beteiligen, die direkt auf die Verbesserung der Sicherheitssysteme ausgerichtet sind. Die Geber haben jedoch begonnen, gemeinsam an der Festlegung einvernehmlich vereinbarter Einsatzmöglichkeiten von ODA-Leistungen in diesen Bereichen zu arbeiten.

Die Unterstützung durch die Geber kann zur Stärkung der Kapazitäten der betroffenen zivilen Stellen in den Regierungen beitragen, um das Management der Sicherheitskräfte effizienter zu gestalten. In den Entwicklungsländern gelangt man zunehmend zu der Erkenntnis, dass im Sicherheitswesen die gleichen Grundsätze für die verantwortungsvolle öffentliche Verwaltung gelten müssen wie in allen anderen Bereichen des öffentlichen Sektors. Zu diesen Grundsätzen gehören Transparenz, Rechenschaftspflicht, auf Informationen gestützte Debatten und Partizipation; sie sind von zentraler Bedeutung, um zu gewährleisten, dass Militär- und andere Sicherheitsausgaben effektiv geplant und verwendet werden. Einer der Bereiche, in denen eine derartige Unterstützung hilfreich wäre, ist die Stärkung der Kontrollbefugnisse der Legislative in Bezug auf die Sicherheitskräfte, insbesondere der Rolle der einschlägigen parlamentarischen Ausschüsse.

Regionale Kooperationen unterstützen

Selbst wenn innerstaatliche Konflikte das vorherrschende Element sind, gibt es in Konfliktsituationen grenzübergreifende und regionale Verknüpfungen. Strategien zur Prävention, zur Friedenssicherung und zur Konsolidierung können auf größerer regionaler Ebene ausgearbeitet werden. Viele nationale Konflikte können zudem nur in ihrem regionalen Kontext unter Berücksichtigung der grenzüberschreitenden Einflüsse effizient bewältigt werden. Regionale Kooperation und Integration – durch wirtschaftliche, ökologische und sonstige Maßnahmen – können zur Friedenssicherung beitragen, vor allem, wenn es um knappe kollektive Güter, wie z.B. Wasser, geht. Die Unterstützung der Geber sollte schwerpunktmäßig auf die Stärkung der Kapazitäten der einschlägigen regionalen Institutionen abzielen.

Es bedarf koordinierter Maßnahmen der Außenpolitik, um regionale und subregionale Kooperationen zur Bekämpfung des Drogenhandels, des organisierten Verbrechens und des Terrorismus (vgl. Kasten V.4) sowie zur Kontrolle des illegalen bzw. unregulierten Waffenhandels sowie des Waffenhandels im Allgemeinen zu unterstützen. Solche koordinierte Maßnahmen können auch Friedensverhandlungen und regionale Friedenssicherungskapazitäten fördern, zum Aufbau regionaler Netzwerke für den Schutz der Menschenrechte, zu Gunsten von Flüchtlingen, Friedensinitiativen und Demokratisierungsprozessen beitragen sowie Reformen des Sicherheitswesens in Gang setzen. Der Wirtschaft, einschließlich der privaten Investoren, kommt in der regionalen Kooperation ebenfalls eine Rolle zu.

Die Suche nach regionalen Lösungen für regionale Probleme ist zwar ein guter Grundsatz, doch gibt es Situationen – z.B. in Osttimor, im Kosovo, in Sierra Leone, in der Region der Großen Seen Afrikas sowie in zentralafrikanischen und anderen Gebieten –, in denen zur Unterstützung der regionalen Akteure eine Reaktion seitens der gesamten internationalen Staatengemeinschaft erforderlich ist.

Frieden, Sicherheit und Versöhnung

Die internationale Staatengemeinschaft, einschließlich der Geberstellen, kann die Friedensstiftung vor Ausbruch von Gewalttätigkeiten unterstützen, Friedensprozesse und Gelegenheiten zur Versöhnung fördern sowie Gesellschaften dabei helfen, die mit der Herstellung

Kasten V.4 Entwicklungszusammenarbeit und Terrorismus

Die Internationalisierung des Terrorismus und ihre Konsequenzen für die Entwicklungszusammenarbeit

Die tragischen Terroranschläge vom 11. September 2001 haben der Weltwirtschaft einen schweren Schlag versetzt, indem sie das Vertrauensklima radikal eingetrübt und weltweit eine beträchtliche Unsicherheit in Bezug auf die weiteren Konjunkturaussichten geschaffen haben. Auf Grund des globalen Konjunkturabschwungs im zweiten Halbjahr 2001, der sich in der Folge der Terroranschläge weiter verschärfte, haben sich die Terms of Trade und die Wachstumsaussichten der Entwicklungsländer verschlechtert, was sich weltweit negativ auf die Armutsbekämpfung auswirkt. Das globale Wirtschaftswachstum wird auf Niveaus sinken, wie sie seit den frühen achtziger Jahren nicht mehr verzeichnet wurden*. Länder, die bislang wichtige Fremdenverkehrsziele waren, mussten auf Grund der gestiegenen Besorgnis über die Sicherheit des Flugverkehrs erhebliche Einbußen bei ihren Deviseneinnahmen sowie Einkommens- und Beschäftigungsrückgänge hinnehmen. Die Aussichten auf ein fortgesetztes Wachstum der Exporteinnahmen sind in zweifacher Hinsicht beeinträchtigt: Sowohl das Handelsvolumen als auch die Rohstoffpreise sind rückläufig, insbesondere für Länder der unteren Einkommensgruppe, die von Rohstoffexporten abhängig sind und somit am stärksten unter Verschlechterungen der Terms of Trade zu leiden haben.

Diese weltweiten wirtschaftlichen Prozesse haben wiederum schwerwiegende Konsequenzen für die Entwicklung, die weit über die unmittelbaren Folgen – wirtschaftlicher Zusammenbruch und menschliches Elend in Afghanistan, Erschütterungen in den Nachbarländern – hinausgehen. Zu diesen Konsequenzen gehören u.a. Rückschläge bei der Umsetzung der nationalen Armutsbekämpfungsstrategien (PRSP) und der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG). Die Bedienung der Schulden wird problematischer werden, weshalb die Schuldenerleichterungen für einige hoch verschuldete arme Länder (HIPC) u.U. erhöht werden müssen, sofern es nicht gelingt, die derzeitigen globalen Tendenzen bald wieder umzukehren. Die aufstrebenden Marktwirtschaften und die Länder der mittleren Einkommensgruppe sind ihrerseits von einem Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen betroffen, der auf die Verlangsamung des Welthandelwachstums und die seit dem 11. September erhöhte Besorgnis über Fragen der Sicherheit zurückzuführen ist.

Zusätzlich zu diesen Einbußen für die Weltwirtschaft und die Armutsbekämpfung werden Kosten für den Wiederaufbau in Afghanistan und ergänzende Hilfsleistungen an die Nachbarländer in Höhe von schätzungsweise über 2 Mrd. US-\$ pro Jahr anfallen. Unter den Fachleuten herrscht noch große Uneinigkeit über die geeignetste Definition des Terrorismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen. Die jüngsten Ereignisse haben indessen die Besorgnis über die mögliche Verbreitung einer Ausprägung des Terrorismus in den Vordergrund treten lassen, der auf internationale Ziele ausgerichtet ist und sich moderner Technologien, u.U. auch atomarer und biologischer Waffen bedient. Angesichts der schwerwiegenden Folgen der Afghanistankrise und der auf der Zukunft lastenden Risiken ist es heute dringender denn je notwendig, von einer „Kultur des Reagierens“ zu einer „Kultur der Prävention“ überzugehen, die von allen den OECD-Ländern zur Verfügung stehenden Instrumenten Gebrauch macht, einschließlich der Entwicklungszusammenarbeit. Zu einem Zeitpunkt, wo die Gebergemeinschaft über den Umfang der weiteren Leistungen nachdenkt, die zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele erforderlich sind, ist es daher umso wichtiger, dass die EZ-Leistungen zur Verhütung des Terrorismus und zur Behebung seiner Konsequenzen aus zusätzlichen Quellen finanziert und nicht von den Mitteln abgezweigt werden, die für die Armutsbekämpfung in anderen Ländern und Regionen vorgesehen sind.

Ursachen des Terrorismus im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit

Terrorismus hat ebenso wie andere Formen gewaltsamer Konflikte verschiedenste Ursachen. Im Folgenden sind eine Reihe von Faktoren aufgelistet, von denen neueren Analysen zufolge mit gutem Grund angenommen werden kann, dass sie – sofern mehrere davon zusammentreffen – zur Entstehung bzw. zur Unterstützung von Terrorismus führen können: das Gefühl, an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu sein, Isolierung und Ausgrenzung, mangelnde repräsentative Instanzen, in denen der politische Wille der Bevölkerung seinen Ausdruck finden kann und die zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und zur friedlichen Konfliktbeilegung in der Lage wären, weit verbreitete Korruption, hohe Arbeitslosigkeit bzw. erhebliche Unterbeschäftigung der jungen männlichen Erwerbsbevölkerung, der Eindruck extremer Ungleichheit, sowohl im eigenen Land wie auf internationaler Ebene, politische Instabilität, eine stark polarisierte Identitätspolitik, religiöser und ideologischer Extremismus, tiefsitzender Argwohn und Groll, langfristige Konflikte sowie das Vorhandensein der erforderlichen Finanzmittel und Waffen. Die Experten beginnen erst allmählich zu begreifen, welche Bedeutung diesen verschiedenen Faktoren jeweils zukommt und in welchen Wechselbeziehungen sie zueinander stehen.

* „Alles in allem wird nunmehr geschätzt, dass das Wachstum im OECD-Raum in den letzten beiden Quartalen des Jahres 2001 erstmals seit 1982 wieder ein negatives Vorzeichen aufweist“ („Gesamtbeurteilung der Wirtschaftslage“, *OECD-Wirtschaftsausblick*, Ausgabe 2001/2, Nr. 70, S. 1).

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung)

Armut an sich ist nicht zwangsläufig ein Nährboden des Terrorismus. Dennoch stehen viele der oben genannten Faktoren mit relativer oder absoluter Armut in Zusammenhang. Aktionen zur Minderung bestimmter Formen der Armut, wie z.B. des Mangels an Bildungsmöglichkeiten, an Existenzgrundlagen und an Mitspracherechten, können zur Verringerung des Gefühls der Ausgeschlossenheit und Isolierung beitragen sowie religiösen und politischen Extremismus dämpfen. Bei der Untersuchung der mittel- und langfristigen Konsequenzen, die sich daraus für die Entwicklungszusammenarbeit ergeben, sollte der Zusammenhang zwischen kohärenten Politiken zur Armutsminderung und der Notwendigkeit herausgestellt werden, destabilisierende soziale Bedingungen zu bekämpfen, so z.B. extreme politische und soziale Ungleichheit.

Die Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit

Gewaltsame Konflikte sind in der Zeit nach dem Kalten Krieg zu einer großen entwicklungspolitischen Herausforderung geworden. Sie betreffen derzeit über 30 Länder, wo sie unzählige Todesopfer fordern und das Leben einer enormen Zahl von Menschen zerstören. Die DAC-Leitlinien über die *Verhütung gewaltsamer Konflikte* (liegt nur in englischer Sprache vor) und die begleitende Erklärung unterstreichen die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in der Konfliktverhütung und der Friedensstiftung. Obwohl sie nicht konkret auf den Terrorismus eingehen, befassen sie sich mit ihm indirekt als Mittel gewaltsamer Auseinandersetzungen und behandeln somit seine wichtigsten Formen in den betroffenen Ländern selbst sowie seine Auswirkungen auf die Nachbarländer. Die vom DAC-Netzwerk zu Konflikten, Frieden und Entwicklungszusammenarbeit am 27. und 28. November 2001 durchgeführte Prüfung ergab, dass fast alle Empfehlungen der Leitlinien auch für den Terrorismus als einer wichtigen Form gewaltsamer Auseinandersetzungen Gültigkeit haben, wenngleich hier noch andere entscheidende Faktoren ins Spiel kommen, mit denen sich die Leitlinien nicht befassen, wie die strafrechtliche Behandlung von Anführern von Terrorgruppen sowie von finanziellen und sonstigen der Unterstützung von Terrorakten dienenden Strukturen.

Zur Bekämpfung des Terrorismus und anderer Formen gewaltsamer Auseinandersetzungen bedarf es eines komplexen Aktionskatalogs. Wie in den Leitlinien dargelegt wird, müssen bilaterale ebenso wie multilaterale EZ-Stellen darüber nachdenken, wie die Entwicklungszusammenarbeit Konfliktsituationen und Terrorismus vorbeugen kann. Eines haben wir aus der Afghanistankrise bereits gelernt, nämlich, dass es sich die OECD-Mitgliedsländer nicht leisten können, selbst die „problematischsten Partnerschaften“ zu vernachlässigen; denn Länder, die ins Abseits geraten oder ausgeschlossen werden, tendieren häufiger dazu, den Terrorismus zu unterstützen. In den DAC-Leitlinien über die *Verhütung gewaltsamer Konflikte* wie auch in den Leitlinien über die *Armutsbekämpfung* wird unterstrichen, dass die Zusammenarbeit mit Partnerländern zur Reduzierung des gewaltsamen Konfliktpotentials innerhalb einzelner Gesellschaften beitragen kann. In beiden Leitlinienkomplexen werden Wege gesucht und aufgezeigt, mit denen eine verantwortungsvollere Regierungsführung und eine umfassendere wirtschaftliche Entwicklung gefördert, die Armut in allen ihren Formen verringert und demokratische Institutionen aufgebaut werden können. Die EZ-Stellen können zudem einen Beitrag leisten, indem sie die Anstrengungen ihrer Regierungen zur Austrocknung der Quellen unterstützen, aus denen sich der Terrorismus finanziert, z.B. der Geldwäsche, schädlichen Steuerpraktiken und einem zu starken Schutz des Bankgeheimnisses. Sie können auch mit Diasporagemeinden zusammenarbeiten, um diese dazu zu bewegen, friedliche Lösungen zur Beilegung von Streitigkeiten zu finden, anstatt Konflikte zu schüren. Generell ist es dringend notwendig – und die derzeitige Situation bietet dafür eine gute Gelegenheit –, die internationale Entwicklungszusammenarbeit zu stärken, indem die Konfliktverhütung in die Ausarbeitung und Umsetzung der Politik einbezogen wird.

Daher wird es immer wichtiger, die Globalisierung zu einem „integrativen“ Prozess zu machen und ihren Beitrag zur Bekämpfung der Ursachen des Terrorismus auszudehnen und zu vertiefen. Dazu müssen die Geberstellen mit anderen Regierungsressorts zusammenarbeiten, damit ihre Aktionen in kohärente Politikrahmen eingebunden sind. Den EZ-Stellen kommt eine wichtige Aufgabe als „Fürsprecher der Entwicklung“ und als Vertreter längerfristiger Entwicklungsinteressen innerhalb der Regierungen zu. Dazu gehört die Verpflichtung, auf politischer und operativer Ebene Hand in Hand mit den Akteuren der Handels-, Verteidigungs- und Außenpolitik zusammenzuarbeiten, wobei Beziehungen entstehen, die zwar häufig in einem Spannungsfeld existieren, aber zugleich stimulierend wirken. Allerdings müssen die Geberbehörden, ebenso wie die Geberregierungen insgesamt, Realismus walten lassen, was die Erfolgchancen ihrer Aktionen anbelangt; sie müssen sich der begrenzten Möglichkeiten bewusst sein, über die die Entwicklungszusammenarbeit – zumindest auf kurze Sicht – verfügt, um negative Faktoren in positive umzukehren.

Die DAC-Leitlinien über die *Verhütung gewaltsamer Konflikte* enthalten zwar bereits wertvolle Orientierungshilfen für die Terrorismusprävention, doch ist geplant, diese zu überarbeiten und zusammen mit den derzeitigen Arbeiten zum Thema „problematische Partnerschaften“ auszudehnen, und zwar unter der Optik der Terrorismusprävention. Auf diese Weise können neue Erkenntnisse gewonnen werden in Bezug auf a) die Bekämpfung der Ursachen der Unterstützung von Terrorismus und b) den Aufbau eines konstruktiven Dialogs mit gefährdeten Staaten, deren Zusammenbruch dem Entstehen von Fluchtburgen des Terrorismus Vorschub leistet.

von Gerechtigkeit und der Versöhnung nach gewaltsamen Auseinandersetzungen verbundenen komplexen Schwierigkeiten zu bewältigen, und der Anwendung grundlegender Prinzipien der Demokratie Vorschub leisten. Dabei gibt es keine Patentrezepte, es bieten sich jedoch Möglichkeiten zur Förderung nationaler Lösungen, bei denen die grundlegenden internationalen Rechtsnormen gewahrt werden.

Wenn der Frieden einmal hergestellt scheint, tendieren die Geber dazu, ihre Aufmerksamkeit stärker auf den Staat als auf die Zivilgesellschaft zu konzentrieren. Dies kann auch dann geschehen, wenn die Geber während der Konflikte die Mittel ausschließlich der Zivilgesellschaft gewährt haben. Die Unterstützung der Geber für friedensschaffende Initiativen der Zivilgesellschaft sollte jedoch frühzeitig einsetzen und weitergeführt werden. Zusätzliche Anstrengungen sind erforderlich, um marginalisierte und geschwächte Teile der Gesellschaft in den Friedensprozess einzubeziehen und die Fähigkeiten der Frauen zur Sicherung des Überlebens sowie zur Aushandlung und Umsetzung von Frieden auf lokaler und informeller Ebene zu nutzen. Zudem sollte mehr getan werden, um Frauen stärker in Friedensverhandlungen auf nationaler Ebene einzubeziehen (vgl. Kasten V.5).

Eine Grundregel für die Herstellung von Gerechtigkeit und die Versöhnung nach Konflikten ist es, eine offene und kontinuierliche Kommunikation als wesentliches potentiell Gegenmittel gegen noch bestehenden Groll und wechselseitige Schuldzuweisungen zu fördern, um zu verhindern, dass die Konflikte wieder neu entfacht werden. Wichtig ist hierbei die Unterstützung unparteiischer und friedensstiftender Medien.

Um das Wiederaufflammen von Konflikten zu verhindern, müssen folgende Voraussetzungen für lang- und kurzfristigen Frieden erfüllt sein:

- Demobilisierung und Entwaffnung der ehemaligen Kombattanten.
- Wiedereingliederung aller entwurzelten und durch die Konflikte geschädigten Menschen: Frauen, Männer, Jugendliche, Kinder und Kriegsveteranen.

Bei der Unterstützung von Friedensprozessen müssen sich die Geber, die internationale Staatengemeinschaft und die Entwicklungsländer bewusst werden, dass die Herausforderung der Wiedereingliederung zwar nur mit Hilfe von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum bewältigt, ohne Versöhnung jedoch nicht vollständig verwirklicht werden kann.

Partnerschaften für den Frieden

Voraussetzung für die Friedensstiftung sind Vertrauen und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gruppen, die durch umfassendere und tiefer gehende Partnerschaften gefestigt werden können. Eine rechtmäßige staatliche Autorität und eine gesunde Zivilgesellschaft sind letztlich aufeinander angewiesen. Allerdings kommt es in vielen Staaten zu Legitimitätskrisen, und zwar nicht nur in bereits „zusammengebrochenen“ oder „zusammenbrechenden“ Gesellschaften. Dies zeigt sich, wenn der Staat eine unterdrückerische Haltung gegenüber der Gesellschaft einnimmt bzw. nur der Selbstbereicherung dient, interne Konflikte schürt und von seiner eigentlichen „Schutzfunktion“ abgeht. Das Engagement der Geber in Ländern mit unterdrückerischen Regimen kann problematisch werden. Zugleich kann ein vollständiger Rückzug der Geber aus solchen Ländern negative Auswirkungen haben und als Zeichen von Gleichgültigkeit seitens des Auslands ausgelegt werden. In manchen Konfliktsituationen ist es schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, normale Partnerschaftsbeziehungen aufrechtzuerhalten. Erfahrung und Realismus sprechen heute jedoch dafür, dass externe Partner, einschließlich der multilateralen Institutionen, eine entscheidende Rolle bei der Förderung von Partnerschaften zwischen Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen spielen können, wobei sich diese Partnerschaften auch auf Organisationen erstrecken können, die eigentlich aus dem politischen Prozess ausgeschlossen sind oder sich in der Opposition befinden. Umfang und Art der Partnerschaft müssen entsprechend der jeweiligen Landessituation bestimmt werden.

Wenn die Geber mit den Entwicklungsländern effiziente Partnerschaften für die Konfliktverhütung aufbauen wollen, kommt es entscheidend auf eine größere Kohärenz und bessere Koordination unter den Gebern selbst an. Der in der letzten Zeit zu beobachtende Einsatz für besser koordinierte Partnerschaften zwischen den Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit (z.B. im Zusammenhang mit den Umfassenden Entwicklungsrahmen, mit von den betroffenen Ländern selbst ausgearbeiteten Armutsbekämpfungsstrategien und mit den Entwicklungshilfe-Programmrahmen der Vereinten Nationen) stellt eine ideale Gelegenheit dar, Konfliktthemen anzugehen und auf eine effiziente Koordination hinzuwirken.

Es hat sich gezeigt, dass zum Aufbau konstruktiver Beziehungen zwischen den zuständigen Stellen für humanitäre Hilfe zum einen und Entwicklungszusammenarbeit zum anderen gemeinsame Ziele, Planungs-

Kasten V.5 Einbeziehung der Genderperspektive in die Analyse von gewaltsamen Auseinandersetzungen und Friedensprozessen

Krieg an sich ist nicht geschlechtsneutral. Analysen und Politiken, die sich mit gewaltsamen Auseinandersetzungen und Friedensprozessen befassen, sind jedoch oft blind für die Frage der Geschlechter. Beim Versuch der Prävention gewaltsamer Konflikte und der Verringerung der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen von Kriegen sollte jedoch auf die jeweiligen Stärken und Bedürfnisse von Männern und Frauen Bezug genommen werden. Dies geschieht nicht immer, weil davon ausgegangen wird, dass geschlechtsspezifische Unterschiede auf dieser Ebene nicht von Belang sind.

Manche Regierungssysteme greifen auf Zwangsausübung und Gewalt zurück, um Konsens und Übereinstimmung in der Gesellschaft zu bewirken. Um partizipativere Formen des Regierens zu schaffen, müssen solche Methoden u.U. alternativen Modellen weichen, die in freiwilliger Konfliktbeilegung und neuen Denkmustern in Bezug auf Gerechtigkeit und Versöhnung münden. Die Initiativen der Frauen für Frieden und Konfliktbeilegung sind von Natur aus kollektiv und kooperativ ausgerichtet, häufig nach dem Grundsatz des gemeinsamen Handelns über ethnische, sprachliche, religiöse und sonstige Grenzen hinaus. Dies ist z.T. darauf zurückzuführen, dass es ihr oberstes Ziel ist, die konkreten Bedürfnisse ihrer Familien und Gemeinden zu stillen, sie zu schützen und den Lebensunterhalt zu sichern. Die individuellen und gemeinsamen Erfahrungen von Frauen bei der Ermöglichung des Zusammenlebens innerhalb und zwischen verschiedenen Gemeinschaften während Konflikten dürften – zusammen mit Sozial- und Genderanalysen – den Gebern und den Regierungen der Entwicklungsländer wertvolle Erkenntnisse liefern, vor allem für die Zeit unmittelbar nach Konflikten und die Phase der Versöhnung.

In stark militarisierten oder von großer Unsicherheit geprägten Gesellschaften steigt das allgemeine Niveau der Gewalt, so auch der häuslichen und der sexuellen Gewalt, so dass sie zu einer Hauptursache der Unsicherheit von Frauen, Männern und Kindern in aller Welt wird. Kinder, Männer und Frauen erleiden sexuelle und körperliche Gewalt, Missbrauch sowie psychologische und emotionale Traumata als Folge davon, dass sie über lange Zeit hinweg unter prekären Bedingungen leben, Zeuge extremer Formen von Gewalt und sogar selbst Opfer dieser Gewalt werden. Zu den Menschenrechtsverletzungen gehören auch Vergewaltigung, ständige Belästigung, Schläge und andere Formen der Folter, willkürliche Festnahmen sowie verschiedenste Formen sexueller und sonstiger Versklavung.

Gewalt, und insbesondere sexuelle Gewalt, kann die Rolle und Stellung eines Menschen in der Familie und der Gemeinde schwächen und das Vertrauensklima schädigen. In Konfliktsituationen sind die Menschen mit einem gestiegenen Maß an geschlechtsbegründeter Gewalt im Alltagsleben konfrontiert. Im ehemaligen Jugoslawien wurden Tausende von Männern und Jungen zusammengetrieben, umgebracht oder eingesperrt, nur weil sie männlichen Geschlechts waren. Es sollte daher spezielle Programme zur Sensibilisierung für diese Probleme und für die Bekämpfung aller Formen von Gewalt geben. Im Mittelpunkt dieser Programme sollten die Ursachen von Gewalttaten und die psychologischen Traumata stehen, die dazu führen, dass Männer (und Frauen) sowie die befindlichen Gruppen, die jeweils an der Macht sind, immer gewalttätiger werden. Es sollten besondere Methoden gefördert werden, um den Opfern von Gewalt und Missbrauch im Zusammenhang mit Konflikten zu helfen. Beispiele hierfür sind die Ad-hoc-Gerichte für die in Jugoslawien und Ruanda begangenen Kriegsverbrechen sowie der internationale Strafgerichtshof. Die Geber sollten den Aufbau von Datenbanken und nach Geschlechtern aufgliederten statistischen Quellen fördern.

Eine Konzentration auf die Situation der Frauen als Opfer gewaltsamer Konflikte kann allerdings dazu führen, dass ihre Rolle als potentielle Friedensstifter in Wiederaufbau- und Versöhnungsprozessen übersehen wird. In aller Welt haben Frauen und Frauenorganisationen Gespräche und Initiativen für die Versöhnung in ihren Gemeinschaften oder Gemeinden angeregt. Auf Grund der harten Erfahrungen, die sie während der Kriegszeit machen mussten, haben sie sich besondere Sichtweisen und Erkenntnisse angeeignet, die nicht ungenutzt bleiben sollten. Was sie zu sagen haben und wie sie zu Fragen des Friedens und der Sicherheit stehen, ist für Friedens- und Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen von zentraler Bedeutung.

Die Geber sind derzeit dabei, ihre Politik im Bereich der Konfliktminderungsstrategien neu zu definieren, um die jeweiligen Genderperspektiven einzubeziehen und festzustellen, wie auf die spezifischen Erfordernisse von Frauen und Männern eingegangen werden kann. Zur Stärkung von Sicherheit und Frieden muss auf allen Ebenen der Konfliktverhütung, des Wiederaufbaus sowie der Friedensverhandlungen und -einsätze eine Genderperspektive einbezogen werden, wie dies auch die Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen fordert.

ansätze und Koordinationsmechanismen erforderlich sind. Bei der Harmonisierung dieser Anstrengungen müssen die mit diesen Aufgaben betrauten Stellen für humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit zwangsläufig über einen recht langen Übergangszeitraum hinweg besser zusammenarbeiten.

Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

Wachsende Möglichkeiten für Partnerschaften bieten sich des weiteren mit der Geschäftswelt – auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene –, um die positiven wirtschaftlichen und sozialen Effekte zu maximieren und zu verhindern, dass eine in Konflikten mündende negative Dynamik in Gang gesetzt wird. Manchmal gehört dazu auch ein Dialog zwischen den ausländischen Partnerregierungen und Firmen, deren Maßnahmen gewaltsame Konflikte zu verschärfen drohen.

Fast alle Entwicklungsländer sind heute davon überzeugt, dass die Vitalität, das Know-how und die Effizienz eines florierenden privaten Sektors für sie unerlässlich sind, um ein zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung ausreichendes Wirtschaftswachstum zu erzielen. Die Förderung eines vom privaten Sektor getragenen Beschäftigungs- und Einkommenswachstums im Rahmen einer auf Rechte und feste Regeln gegründeten Strategie ist ein grundlegender, langfristiger Bestandteil der Konfliktverhütung.

Immer mehr Wirtschaftsakteure gehen weltweit bereits dazu über, neue Ansätze in Bezug auf die soziale

Verantwortung der Unternehmen zu verfolgen und arbeiten auf das „Dreifachziel“ der Rentabilität, der sozialen Verantwortung und der Umweltverträglichkeit hin. Richtig verstandener wirtschaftlicher Eigennutz kann Firmen dazu bringen, wie verantwortungsbewusste Staatsbürger an der Lösung lokaler Probleme mitzuwirken, was auch die Beilegung drohender gewaltsamer Konflikte einschließen kann. Die Geber sollten diesen Trend unterstützen, indem sie konkrete Schritte unternehmen, z.B. durch die Sensibilisierung der nationalen und internationalen Geschäftswelt für Fragen der Konfliktverhütung.

Negativen wirtschaftlichen Kräften entgegenwirken

Gleichwohl müssen externe Partner, private ebenso wie öffentliche, die Bekämpfung des illegalen Handels, des Strebens nach unangemessenen Renditen (*rent seeking*) sowie von auf Korruption basierenden Rohstoffgeschäften, die Konflikte entfachen und schüren können, unterstützen. Dies kann durch Embargos der G8 oder der VN, wie beispielsweise im Zusammenhang mit den „Kriegsdiamanten“¹³, geschehen und durch andere internationale Instrumente untermauert werden¹⁴. Die Geber müssen ihre Aufmerksamkeit auf die politische Ökonomie gewaltsamer Konflikte richten, bei der einflussreiche Gruppen und Netzwerke, sei es mit oder ohne Gewalt, ihr ureigenes Interesse an der Fortsetzung der Konflikte durchsetzen, ebenso wie auf korrupte oder zu Lasten bestimmter ethnischer Gruppen gehende Wirtschaftspraktiken, die Konflikte entfachen können.

Anmerkungen

1. Michael E. Brown und Richard N. Rosecrance (Hrsg.), *The Costs of Conflict. Prevention and Cure in the Global Arena*, Carnegie Commission on Preventing Deadly Conflict, Rowman and Littlefield Publishers, Lanham 1999, S. 225. Die Berechnungen stützen sich auf die geschätzten Kosten folgender Kriege: Bosnien, Ruanda, Somalia, Haiti, Golfkrieg, Kambodscha und El Salvador.
2. *The Causes of Conflict in Africa*. Consultation Document, DFID; Foreign and Commonwealth Office; Ministry of Defence, London, März 2001, S. 12. Zum gleichen Thema vgl. auch den Bericht des VN-Generalsekretärs an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen *Konfliktursachen und die Förderung dauerhaften Friedens und einer nachhaltigen Entwicklung in Afrika* (16. April 1998), verfügbar unter www.un.org/ecosocdev/geninfo/afrec/sgreport/index.html (deutsche Fassung unter www.un.org/Depts/german/gsonst/fs_gs_sonst.html).
3. Benin, Bolivien, Burkina Faso, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Honduras, Kamerun, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Mosambik, Nicaragua, Niger, Ruanda, Sambia, São Tomé und Príncipe, Senegal, Tansania, Tschad und Uganda.
4. Bolivien und Uganda.
5. Wegen Einzelheiten zur HIPC-Initiative, vgl. www.worldbank.org/hipc.
6. Der Begriff „externe Partner“ bezieht sich auf alle Akteure (Regierungen, NRO, multilaterale Institutionen, Entwicklungsbanken, bilaterale EZ-Stellen, Vertreter des privaten Sektors), die rechtmäßige Partnerschaften mit dem jeweiligen Entwicklungsland unterhalten. In diesem Kontext weist er auch darauf hin, dass verschiedene Ministerien und Regierungsressorts der OECD-Mitgliedsländer, also nicht nur deren EZ-Stellen, mit eine Rolle spielen können.
7. Die DAC-Arbeitsgruppe zu Konflikten, Frieden und Entwicklungszusammenarbeit (CPDC) wurde 1995 ins Leben gerufen. Seit 2001 läuft sie unter der Bezeichnung DAC CPDC Network. Der „Netzwerkgedanke“ soll den DAC-Mitgliedern die Möglichkeit geben, im Bereich der Konfliktverhütung, des Wiederaufbaus nach Konflikten und der Friedensstiftung aktiver zusammenzuarbeiten und dafür zu sorgen, dass die Konfliktverhütung systematisch in alle Bereiche ihrer Politik einbezogen wird.
8. Peter Uvins zusammenfassender Bericht über Fallstudien zum Thema positive und negative Anreize der Entwicklungszusammenarbeit mit dem Titel „The Influence of Aid in Situation of Violent Conflict“ ist erhältlich unter DCD(2000)16, ebenso wie Dylan Hendriksons Auftragsstudie über Sicherheit und Entwicklungszusammenarbeit [DCD(2000)4/REV2]. Beide Unterlagen werden im *DAC Journal*, Vol. 2, No. 3 veröffentlicht. Die von einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Peter Wallensteen vorgelegten Studien zum Thema Konfliktverhütung und Entwicklung wurden während eines Beratungsseminars in Sigtuna (Schweden) im August 2000 untersucht. Der entsprechende Bericht – *Conflict Prevention through Development Co-operation: An Inventory of Recent Research Findings – With Implications for International Development Co-operation* – wurde vom Department of Peace and Conflict Research, Universität Uppsala, 2001, veröffentlicht.
9. Berichte über diese Beratungen in Addis Abeba, Cartagena de Indias und Bangkok sind erhältlich unter DCD(2000)5, 17 und 18. Eine Zusammenfassung der Hauptergebnisse und gemeinsamen Themen ist unter DCD(2000)19 erhältlich.
10. Wenn EZ-Stellen es in Krisen oder Vorkriegssituationen vermeiden, sich mit konfliktträchtigen Fragen zu befassen, arbeiten sie gemäß der DAC-Terminologie im *Umfeld* der Konflikte. Ändern sie jedoch ihre Programme und bemühen sie sich, den Konflikt bewusst zu analysieren, arbeiten sie *innerhalb* des Konflikts. Wird der Versuch einer aktiven Prävention, einer Milderung oder Lösung des Konflikts unternommen, wird dies mit dem Begriff *auf den Konflikt einwirken* beschrieben.
11. Die DAC-Erklärung über Konfliktverhütung befasst sich mit sicherheitsbezogenen Reformprozessen, einem wesentlichen Aspekt zur Gewährleistung von menschlicher Sicherheit, geht jedoch nicht ausführlich auf die Zusammenhänge zwischen Sicherheit, nachhaltiger Entwicklung und menschlicher Sicherheit ein.
12. Vgl. auch den Weltbankbericht, *Voices of the Poor*, Oxford University Press, 2000.
13. Die Erfolgsaussichten ernst gemeinter Maßnahmen der internationalen Staatengemeinschaft in Bezug auf diese Fragen sind gestiegen, was u.a. der Aktion des VN-Sicherheitsrats gegen den Embargos zuwiderlaufenden Diamantenhandel sowie den sich daran anschließenden Maßnahmen der Hauptakteure des internationalen Diamantenhandels zur Unterbindung des Handels mit Kriegsdiamanten zu verdanken ist.
14. Darunter das *Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr*, die *OECD-Grundsätze der Corporate Governance*, die *OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen* sowie die *DAC Recommendations on Anti-Corruption Proposals for Aid-Funded Procurement*.

VI

Wissensbasierte Wirtschaft und digitale Möglichkeiten

Der Informations- und Kommunikationstechnologie kommt im Entwicklungsprozess eine entscheidende Rolle zu. Wie sich heute bereits zeigt, kann diese Technologie, wenn sie richtig eingesetzt wird, ihr immenses Potential entfalten und Veränderungen im EZ-Sektor sowie die Entstehung neuer Entwicklungsmodelle ermöglichen. Die IKT ist kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, das zur Erreichung der Entwicklungsziele – vor allem in den Bereichen Armutsbekämpfung, Bildung, Gesundheit und Umwelt – beitragen kann.

1. Einleitung

Die Besorgnis über die digitale Kluft hat die Frage der Verknüpfung von IKT und entwicklungspolitischen Maßnahmen in den Mittelpunkt des Interesses gerückt. Das OECD-Sekretariat hat einen Beitrag zu den Anstrengungen der Arbeitsgruppe „Digitale Möglichkeiten“ geleistet (DOT-Force), die entsprechend der G8-Charta von Okinawa über die globale Informationsgesellschaft (Juli 2000) ins Leben gerufen wurde und mit der IKT-Arbeitsgruppe der VN in Verbindung steht. Die OECD beschäftigt sich seit einigen Jahren mit dem elektronischen Geschäftsverkehr. Diese Arbeiten orientieren sich im Großen und Ganzen am OECD-Aktionsplan für den elektronischen Geschäftsverkehr, dem die Minister 1998 in Ottawa zustimmten. Dieser sieht folgende Maßnahmen vor: Vertrauensbildung bei Nutzern und Verbrauchern, Aufstellung von Grundregeln für den digitalen Markt, Verbesserung der Informationsinfrastrukturen für den elektronischen Geschäftsverkehr und Maximierung seiner Nutzeffekte.

Als Teil ihres Beitrags zur DOT-Force veranstaltete die OECD im März 2001 gemeinsam mit den Vereinten Nationen, dem UNDP und der Weltbank ein globales Forum mit dem Ziel, die Rolle der IKT bei der Unterstützung von Bemühungen um die Erreichung gemeinsamer Entwicklungsziele und bei der Zusammenarbeit zur Überwindung der digitalen Kluft zu untersuchen. Das Forum führte etwa 150 Vertreter der Regierungen, der Zivilgesellschaft und des privaten Sektors – sowohl aus

OECD-Ländern als auch aus Entwicklungsländern – sowie internationaler und regionaler Organisationen zusammen. Dieses Kapitel gibt einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse dieses Forums und zeigt den künftig zu beschreitenden Weg auf, der über eine intensivere Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten führt.

2. IKT – ein Instrument der Entwicklungszusammenarbeit und Armutsbekämpfung

Der Informations- und Kommunikationstechnologie kommt im Entwicklungsprozess eine entscheidende Bedeutung zu. Die Art und Weise, wie sie zur Erreichung entwicklungspolitischer Ziele beitragen kann, wird in Kasten VI.1 veranschaulicht. Die IKT ist weit mehr als das Internet. Sie umfasst Telefon, Radio, Fernsehen, kurzum alle Mittel, die dem Austausch von Informationen und Wissen auf breiterer Ebene dienen. Und die Frage lautet in diesem Zusammenhang nicht „entweder Entwicklung oder IKT“ (wenn z.B. argumentiert wird, dass zunächst einmal die Grundbedürfnisse befriedigt sein müssen, bevor in IKT investiert wird), sondern vielmehr, auf welche Art und Weise die IKT einzusetzen ist, um auf die Bedürfnisse der Armen einzugehen und die Wachstums- und Entwicklungsmöglichkeiten zu verbessern.

Die digitale Kluft ist eines der Symptome der existierenden wirtschaftlichen und sozialen Spaltung, die sich nur noch vergrößern kann, wenn den Entwicklungsländern

Kasten VI.1 Einige wichtige Erkenntnisse über die Rolle der IKT im Entwicklungsprozess bezogen auf Entwicklungsziele

- Durch explizite Konzentration auf den Einsatz von IKT bei der Verfolgung von Entwicklungszielen können die Länder eine umfassende Verbreitung der Nutzeffekte der IKT sicherstellen und auf diese Art und Weise zu breit fundiertem Wirtschaftswachstum sowie zur Erreichung spezifischer Entwicklungsziele beitragen.
- Um die positiven Effekte der IKT auf den Entwicklungsprozess zu maximieren, sollten eine Reihe miteinander verknüpfter Voraussetzungen erfüllt sein. Hierzu gehören die Humankapitalbildung, die Schaffung von Anreizen für Unternehmen, die Entwicklung bedarfsgerechter Inhalte und die Verschärfung des Wettbewerbs, vor allem zwischen den Unternehmen des Telekommunikationssektors und den internetbasierten Unternehmen.
- Der Erfolg nationaler IKT-Strategien hängt von der Koordinierung und Angleichung der Anstrengungen aller beteiligten Akteure – auf weltweiter, lokaler und nationaler Ebene – ab.
- Es ist wichtig, die IKT zur Verbesserung der Wettbewerbsposition der Entwicklungsländer in der globalen Wirtschaft einzusetzen, doch sollte dies mit Stimulierungsmaßnahmen der lokalen Unternehmen und Märkte einhergehen, um die jeweiligen Entwicklungsziele zu erreichen.
- Der Ausbau der IKT als Wirtschaftssektor zur Steigerung der Exporte kann zwar bedeutende wirtschaftliche Nutzeffekte haben, so z.B. Wachstum und Auslandsinvestitionen, doch führen diese Zugewinne nicht automatisch zu Fortschritten im Hinblick auf die Erreichung allgemeinerer Entwicklungsziele.
- Der Aufbau von IKT-Produktionskapazitäten in den Partnerländern dürfte zwar den lokalen Bedürfnissen entsprechen und zu einer Stärkung der inländischen Wirtschaftsstruktur beitragen, kann aber die Möglichkeiten der betreffenden Länder im Hinblick auf die Übernahme neuer Technologien und Sicherung von Wettbewerbsvorteilen in der globalen Wirtschaft erheblich einschränken.

Quelle: Digital Opportunity Initiative (DOI) Final Report, Juli 2001.

nicht geholfen wird, aus der IKT Nutzen zu ziehen, um wirtschaftliche und soziale Probleme zu lösen, und wenn ihnen der Zugang zu Märkten verwehrt wird, die im Rahmen des Globalisierungsprozesses immer mehr von der IKT abhängig werden.

Wie im Bericht der Initiative „Digitale Möglichkeiten“ (DOI) ausgeführt wurde, „kann die IKT zur Einkommensentstehung und Armutsreduzierung beitragen, da sie durch Effizienzsteigerungen bei den Verfahrensabläufen, die Förderung der Teilnahme an den expandierenden wirtschaftlichen Netzwerken und die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten dem Einzelnen und den Unternehmen die Wahrnehmung wirtschaftlicher Chancen ermöglicht“¹.

3. Entwicklungszusammenarbeit im digitalen Zeitalter

Die IKT bietet die Chance einer grundlegenden Veränderung der EZ an sich – mit einem größeren Angebot an EZ-Modellen auf der Basis einer Partner-

schaft von Gleichgestellten (privater Sektor, NRO und Regierungen) und Süd/Süd- wie auch Nord/Süd-Kooperation. Dass zwischen IKT/wissensbasierter Wirtschaft einerseits und Wohlstandsmehrung/nachhaltigem Wachstum/Beschäftigung/Armutsreduzierung andererseits eine Verbindung besteht, liegt auf der Hand. Die IKT kann zum Aufbau institutioneller Kapazitäten, zur Förderung einer effizienten Regierungsführung und zu Verwaltungsreformen beitragen.

Die Partnerländer sind im Rahmen ihrer entwicklungspolitischen Gesamtstrategie bei der Ausarbeitung einer IKT-Strategie auf Hilfe angewiesen. Derartige Strategien müssen den in den einzelnen Ländern bestehenden sozialen Unterschieden – wie z.B. der Kluft zwischen den Geschlechtern – insofern Rechnung tragen, als sie einen universellen Zugang gewährleisten. Dabei geht es weniger um einen technologischen „Quantensprung“ als um die Frage, welches technologische Modell angesichts der besonderen Verhältnisse und der institutionellen Kapazitäten eines bestimmten Landes am besten geeignet ist. Für diese Strategien und Ziele sind politischer Wille in den Partnerländern wie auch in den Industrie-

ländern und entsprechende Schulung künftiger politischer Führungskräfte erforderlich, die Frauen und Männer gleichermaßen umfassen.

Die Zahl der Akteure in diesem Bereich ist groß und nimmt weiter zu. Sie nehmen die verschiedensten, einander ergänzenden Aufgaben wahr:

- *Regierungen der Partnerländer:* Aufstellung nationaler IKT-Strategien und Förderung von Maßnahmen zu Gunsten von Direktinvestitionen.
- *Geber:* Nutzung der Kooperationsprogramme zur – direkten wie indirekten – Auseinandersetzung mit dem Problem der digitalen Kluft und stärkerer Rückgriff auf die IKT bei der Durchführung der Programme.
- *Privater Sektor:* Förderung des Technologietransfers und der Humankapitalbildung, Entwicklung von Geschäftsmöglichkeiten und Pflege kooperativer Beziehungen mit staatlichen Stellen, Intensivierung internationaler Partnerschaften.
- *Zivilgesellschaft:* Wahrnehmung von Aktivitäten auf der Ebene der lokalen Gemeinschaften.
- *Internationale und regionale Organisationen:* Verbesserung der Koordinierung mit den Institutionen und den Geberländern in den Bereichen Forschung und Projektformulierung.
- *Stiftungen:* Größtmögliche Nutzung von Entwicklungspartnerschaften und Hilfe bei der Beschaffung von Wagnis- und Startkapital.

4. Welchen Entwicklungsbeitrag kann IKT leisten?

Mit ihrer Leistungsfähigkeit im Bereich des Wissensaustauschs kann die IKT einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung leisten und bietet überdies das Potential, den Einzelnen zur Selbstbestimmung zu befähigen und so einen Wandel in der Gesellschaft herbeizuführen. Die IKT kann wirtschaftliche Chancen hervorbringen, der Einkommensschaffung Vorschub leisten und auf diesem Wege zur Reduzierung der Armut beitragen.

Der Zugang zu Informationen ist für den Entwicklungsprozess von entscheidender Bedeutung. Telezentren, Informationskioske, Bibliotheken, Zeitungsstände und so

genannte *Convenience Stores* sind einige von vielen Möglichkeiten, diesen Zugang sicherzustellen. Sie können mit den über sie vermittelten Angeboten, wie Fernunterricht, Tele-Gesundheitsdienstleistungen und sogar elektronischer Geschäftsverkehr für Kleinunternehmen, für ganze Gemeinschaften von Nutzen sein, darunter auch Schulen. Sie sind reproduzierbar und ausbaufähig, und dort, wo sie frühzeitig eingeführt wurden, konnten Multiplikatoreffekte nachgewiesen werden. Doch ohne entsprechende Ausbildung bleibt die Technologie ineffizient. Auch der lokale Inhalt und die Sprache spielen eine entscheidende Rolle, um die für den Erfolg benötigte kritische Masse zu erreichen. Der Inhalt sollte der einheimischen Kultur Rechnung tragen, offizielle wie informelle Informationen umfassen und einen direkten Bezug zum Leben der Menschen haben.

IKT im Bildungswesen

Die Wahrscheinlichkeit, die Ziele der Geschlechtergleichstellung im Bildungsbereich sowie der Grundschulbildung für alle bis zum Jahr 2015 zu erreichen, dürfte größer sein, wenn die IKT mit mehr Kreativität zur Förderung des Lernens eingesetzt wird. Eine höhere Qualität der Ausbildung, Zugang zu lebensbegleitendem Lernen und der Erwerb von IKT-Kenntnissen kommen dem gesamten Wirtschaftssystem zugute.

Über ein breites Spektrum von Anwendungen im Bildungswesen wird die IKT dazu genutzt, in den Entwicklungsländern die Effizienz des Wissenserwerbs zu erhöhen und den Bildungszugang zu erleichtern. Eines der überzeugendsten Beispiele in diesem Zusammenhang ist der Fernunterricht (vgl. Kästen VI.2 und VI.3). Der Fernunterricht ist in den Entwicklungsländern insofern besonders erfolgreich, als Kostenaufwand und geographische Entfernungen für den Bildungszugang ein großes Hindernis sind².

Das Internet ist zwar kein Bildungssystem und kann auch nicht den Lehrer ersetzen, stellt aber insofern ein der Bildung dienendes Instrument dar, als es Zugang zu Informationen und Dokumenten verschafft. Investitionen in Forschung und Entwicklung sind ein wesentliches Element der Armutsbekämpfung, und die IKT bietet weitreichende Möglichkeiten, um FuE-Einrichtungen in den Industrieländern effektiv mit denen der Entwicklungsländer zu verbinden.

Bildung und Ausbildung spielen eine entscheidende Rolle. Zusätzlich zum Internet muss das gesamte IKT-Spektrum – d.h. alle Mittel, die einfach, aber wirksam sind –

Kasten VI.2 Das Imfundo-Projekt

„Bildung ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Bekämpfung der Armut und einer Erhöhung der Chancen in den Entwicklungsländern. Die neuen Technologien besitzen ein enormes Potential, um die Bemühungen zur Ausbreitung von Bildung zu unterstützen“

Tony Blair, Premierminister, Vereinigtes Königreich

Das Imfundo*-Projekt zielt darauf ab, Wege zu finden, um die IKT für eine Verbesserung der Bildungssituation in den Entwicklungsländern, namentlich in Afrika, einzusetzen. Das Programm ist das Ergebnis einer Partnerschaft zwischen der EZ-Behörde des Vereinigten Königreichs, des *Department for International Development* (DFID) und einer Reihe von Unternehmen des privaten Sektors und wird vom Premierminister unterstützt.

Das Projekt ist Teil eines Bildungsprogramms mit einem Finanzierungsvolumen von 800 Mio. £. Der Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung von Lehrkräften durch das im Rahmen der Lehreraus- und -weiterbildung eingesetzte so genannte *Open-and-Distance-Learning-System* (ODL) sowie durch Schulverwaltungs-Informationssysteme, wie z.B. Software für die Aufstellung von Stundenplänen und Budgets.

Kontakte zu internationalen Unternehmen lassen erkennen, dass allgemein der Wunsch besteht, sich an Bildungsinitiativen zu beteiligen, wofür es unterschiedliche Beweggründe gibt, von reiner Nächstenliebe bis hin zu langfristigen Markteroberungsstrategien. Das Imfundo-Projekt spielt insofern eine bedeutende Rolle bei der Umwandlung dieser guten Vorsätze in konkrete Projekte, als es die Kapazitäten mit den nationalen EZ-Bildungsstrategieplänen in Einklang bringt, so dass es den Unternehmen möglich ist, ihre Projekte ohne bürokratischen Aufwand durchzuführen. Dabei wird folgendermaßen vorgegangen: die Unternehmen bringen – in Form einer Zusage von Gütern und Dienstleistungen – Ressourcen in eine so genannte „ResourceBank“ ein. Für die Projektgestaltung, -überwachung und -evaluierung ist Imfundo zuständig, für die Durchführung die DFID-Länderprogramme und andere Geber.

Die mit Imfundo und anderen Projekten gesammelten Erfahrungen sind über eine „KnowledgeBank“ abrufbar, die eine wertvolle Informationsquelle über den IKT-Einsatz im Bildungswesen sein wird.

Die im März 2000 ins Leben gerufene Initiative trat 2001 mit Pilotprojekten in Gambia und Ruanda in die Umsetzungsphase ein.

* Imfundo: Der Wissenserwerb; der Bildungsprozess (aus der in Teilen Simbabwe und Südafrikas gesprochenen Ndebele-Sprache). Vgl. auch www.imfundo.org.

genutzt werden, so u.a. Plakate, Zeitungen, Fest- und Mobiltelefon, Radio, Fernsehen, Video- und Audiokassetten, CD-ROM und Disketten.

Von wesentlicher Bedeutung ist auch, dass solide Kenntnisse über diese Technologien vorhanden sind und ihr Nutzen erkannt wird. Der Ansatz von *Bridges.org*³ besteht darin, dort, wo die Konnektivität bereits gegeben ist, die Nutzung des Internets zu fördern und den richtigen Gebrauch dieser Technologie zu propagieren, um ihr Potential mit dem Ziel zu maximieren, soziale Probleme anzugehen und Gemeinschaften oder demokratische Einrichtungen, die freie Presse und die Wirtschaft der Entwicklungsländer zu stärken.

Um den wahren Wert der IKT zu demonstrieren, z.B. als Instrument für den Fernunterricht und für die

Lehrerbildung, ist jedoch mehr Forschung, Analyse der Nutzeffekte und Opportunitätskosten sowie Informationsaustausch über die Effekte in konkreten Fällen erforderlich. Diese Arbeiten könnten dazu beitragen, die vereinfachende Entweder-oder-Diskussion der Art „Lehrer oder IKT“ zu beenden.

IKT im Gesundheitswesen

Ziele wie die Reduzierung der Säuglings-, Kinder- und Müttersterblichkeit und das Ende der Ausbreitung von HIV/AIDS und anderer Krankheiten bis zum Jahr 2015 dürften mit größerer Wahrscheinlichkeit erreicht werden, wenn die IKT kreativ für die Ausbildung des einheimischen medizinischen Personals sowie zur Information von Müttern und Jugendlichen eingesetzt wird.

Kasten VI.3 UNISA

Die UNISA (*University of South Africa*) ist die älteste und größte Universität Südafrikas. Sie bietet eines der weltweit größten Fernstudienangebote und international anerkannten Studiengänge verschiedener Niveaus, von Zertifikatsabschlüssen über Diplome und akademische Grade bis hin zur Promotion, und dies in folgenden sechs Fakultäten: Geisteswissenschaften, Volk- und Betriebswirtschaft, Jura, Naturwissenschaften, Erziehungswissenschaften sowie Theologie und Religionswissenschaften. Zusätzlich zu den auf dem Universitätsgelände stattfindenden Lehrveranstaltungen bietet die UNISA Bildungsprogramme über das Internet und Online-Klassenräume, Video- und Audiovorlesungen sowie Fernstudiengänge an: Die Studenten haben zudem über das Internet Zugang zu der gut ausgestatteten Universitätsbibliothek.

- Dank der UNISA-Fernunterrichtsprogramme haben jährlich über 120 000 Studenten, der überwiegende Teil aus Afrika und anderen Entwicklungsländern, Zugang zu Bildung.
- Die Fernunterrichtsprogramme kosten (80%) weniger als die Teilnahme an den Lehrveranstaltungen an herkömmlichen Universitäten.
- Die Programme ermöglichen es, den Studenten einen tertiären Bildungsabschluss zu erreichen und ihr Studientempo individuell zu bestimmen sowie gleichzeitig einer Arbeitstätigkeit nachzugehen, die ihnen die Unterstützung ihrer Familien ermöglicht.
- Die UNISA fördert die Geschlechtergleichstellung und bietet Frauen Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten: 56% der UNISA-Studenten und 51% des Personals sind Frauen.
- Die Organisation schafft qualifizierte Arbeitsplätze in Südafrika: Sie beschäftigt 3 000 Mitarbeiter (Hochschullehrer, Verwaltungspersonal und Hilfspersonal).

Trotz der Stärken der UNISA in puncto Qualität und Relevanz der Bildungsinhalte ist noch eine ganze Reihe von großen Herausforderungen zu meistern, bevor die kritische Masse im Online-Angebot erreicht werden kann. Am wichtigsten ist dabei die Sicherstellung der für die Konzipierung und Aufrechterhaltung eines reichhaltigen und breit gefächerten Bildungsangebots erforderlichen Kompetenzen und Kapazitäten. Prioritär ist auch die Entwicklung von Anwendungen, die einem breiteren und stärker diversifizierten Publikum Inhalte zur Verfügung stellen.

Quelle: *Digital Opportunity Initiative (DOI) Final Report*, Juli 2001. Vgl. auch www.unisa.co.za.

Im *World Employment Report* von 2001 heißt es: „Eine virtuelle Gesundheitsversorgung kann nie an die Stelle einer wirklichen Gesundheitsversorgung treten. Aber ein wesentlicher Teil der Medizin ist Informationsaustausch. Diesen Informationsaustausch zwischen dem örtlichen medizinischen Fachpersonal und der internationalen medizinischen Fachwelt zu ermöglichen, bedeutet eine Vervielfachung knapper Ressourcen, z.B. ärztlichen Wissens, und kann die Behandlung unabhängig von der materiellen Versorgungssituation qualitativ verbessern.“ Und dazu ist keine komplizierte Technologie erforderlich; selbst einfache technische Lösungen, wie z.B. die Verwendung vorgedruckter und bereits frankierter Briefumschläge für die Information der Gesundheitsbehörden eines Distrikts über die Zunahme von fieberhaften Erkrankungen, die die Reaktionszeit verkürzt und die Einberufung einer Sonderarbeitsgruppe ermöglicht, um

der Ausbreitung der Krankheit entgegenzuwirken, können sehr effektiv sein.

Das *Health InterNetwork*-Projekt – das im Rahmen einer von der WHO initiierten Entwicklungspartnerschaft ins Leben gerufen wurde, um mehr als 10 000 neue Gesundheitsinformationsstellen in über 100 Ländern einzurichten – wird den im öffentlichen Gesundheitswesen tätigen Mitarbeiter den Zugriff zu umfassenden verlässlichen Datensammlungen und auf Ebene der verschiedenen Gemeinschaften das Online-Networking zwischen den Nutzern des öffentlichen Gesundheitsdienstes ermöglichen sowie die Überwachung von Krankheiten und die Erstellung von Gesundheitsstatistiken verbessern. Neue Inhalte und Anwendungen werden auf die speziellen fachlichen, sozialen und kulturellen Erfordernisse der in das Projekt einbezogenen Länder zugeschnitten sein.

Kasten VI.4 Das Netzwerk *HealthNet* von *Satellife*

HealthNet ist ein System lokaler Telekommunikations-Websites, das dazu dient, in Entwicklungsländern über einen einfachen E-Mail-Anschluss kostengünstige Gesundheitsinformationen anzubieten. Die Nutzer – vor allem Ärzte und medizinisches Personal – greifen über lokale Einwahlknoten auf das Netzwerk zu, das ihnen Zugang zu einer ganzen Reihe von Dienstleistungen verschafft (z.B. Zusammenarbeit zwischen Ärzten, medizinische Datenbanken, Terminierung von Konsultationen und Überweisungen, Seuchenwarnungen, medizinische Bibliotheken, E-Mail und gemeinsame Nutzung von Forschungsdatenbanken). Der *HealthNet*-Anbieter ist eine Organisation ohne Erwerbscharakter (*Satellife*), die von lokalen und internationalen Gebern unterstützt wird.

HealthNet wird in über 150 Ländern der Welt von 19 500 Beschäftigten im medizinischen Dienst genutzt. Am deutlichsten war der entwicklungspolitische Effekt von *HealthNet* in Afrika, wo das Modell in den Städten wie auf dem Lande zu einer erweiterten Konnektivität, zum Kapazitätsaufbau innerhalb der Nutzergemeinschaft, zu einer größeren Nachfrage nach IT-Diensten beigetragen und in einigen Fällen auch die Entstehung wirtschaftlich rentabler IT-Dienstleistungsunternehmen begünstigt hat.

Einige Beispiele:

- Chirurgen aus Mosambik, Tansania und Uganda nutzen das *HealthNet*, um sich untereinander über die Behandlung von Patienten zu beraten und neue Techniken der Wiederherstellungschirurgie zu erlernen.
- In Sambia nutzen Mitarbeiter der Gesundheitsdienste, die früher 700 km wöchentlich zurücklegten, um Datenmaterial für klinische Versuche zusammenzutragen, heute das *HealthNet*, um diese Art von Informationen per E-Mail zu versenden.
- In Äthiopien nutzen Ärzte das *HealthNet* für die Terminierung ihrer Konsultationen, so dass der Patient nicht mehr weite Wege zurückzulegen braucht, ohne die Garantie zu haben, einen Arzt anzutreffen.
- Mitarbeiter der Gesundheitsdienste in der Demokratischen Republik Kongo nutzen das *HealthNet*, um den staatlichen Gesundheitseinrichtungen im Norden des Landes über die Fortschritte bei der Behandlung von Trypanosomiasis zu berichten.
- In Gambia nutzen Malaria-Forscher das *HealthNet*, um medizinischen Fakultäten europäischer Hochschulen Daten für klinische Versuche zu übermitteln.

Für viele Ärzte in den Entwicklungsländern ist *HealthNet* die einzige Quelle für Informationen über die Behandlung von AIDS und tropischen Krankheiten, die wichtigsten Medikamente, Pädiatrie und Maßnahmen zur Förderung der öffentlichen Gesundheit.

Selbst wenn *HealthNet* einen substantiellen Beitrag geleistet hat, bleiben immer noch große Herausforderungen zu bewältigen. In Afrika wurden in der Praxis nicht immer die erhofften Ergebnisse erzielt, was auf eine ganze Reihe von Faktoren zurückzuführen ist. Hierzu gehören:

- das Fehlen zuverlässiger Telekommunikations- und Stromversorgungsinfrastrukturen zu erschwinglichen Preisen;
- die Defizite und die hohen Preise der lokalen Internetdiensteanbieter (ISP);
- unvorteilhafte Regulierungs-, Lizenzvergabe- und Besteuerungssysteme;
- nicht auf Dauer gesicherte staatliche Hilfen, organisatorische Schwachstellen;
- Unzufriedenheit der Nutzer über die geringe Bandbreite und lange Wartezeiten.

Quelle: Digital Opportunity Initiative (DOI) Final Report, Juli 2001. Vgl. auch www.healthnet.org; *HealthNet management interviews and project reports* (2000); ITU (1999).

In Subsahara-Afrika kann es sich ein gewöhnlicher Mitarbeiter im Gesundheitswesen nicht leisten, Fachzeitschriften und andere medizinische Informationsschriften zu abonnieren. Die isolierte geographische Lage der ländlichen Gebiete, wie z.B. in Kenia, geht zudem meist mit fachlicher Isolation einher. Durch E-Mail-Kontakte zu tragbaren Kosten lässt sich hiergegen insofern Abhilfe schaffen, als die Beschäftigten im Gesundheitsdienst so die Möglichkeit haben, an elektronischen Diskussionsforen teilzunehmen. So erhalten z.B. die Beschäftigten im Gesundheitsdienst über das *HealthNet Kenya* elektronische Publikationen mit Informationen über Kindergesundheitsprogramme und vieles mehr. Kasten VI.4 bietet hierfür weitere Beispiele.

1999 wurden in Ostafrika regionale Ausbildungszentren eingerichtet, die dem medizinischen Personal die Teilnahme am globalen Wissensaustausch ermöglichen sollen. Das so ausgebildete Personal gibt nach seiner Rückkehr in die Dorfgemeinschaft die erworbenen Kenntnisse weiter und fördert im Rahmen seiner Tätigkeit den IKT-Einsatz.

Der Brückenschlag zwischen „denen, die über Wissen verfügen“, und „denen, die nicht über Wissen verfügen“, kann im Hinblick auf die Erreichung bestimmter Gesundheitsziele spektakuläre Effekte haben. So gibt es z.B. in Bolivien für jeweils zwei Ärzte nur eine Krankenschwester und drei medizinische Hilfskräfte. Durch zusätzliche Schulung und Wissensaustausch lässt sich dieses Verhältnis erheblich verbessern. Ein weiteres Beispiel der Zusammenarbeit zu Gunsten des Austauschs und Transfers von Erkenntnissen mit lokaler Bedeutung ist das *Institute of High Altitude*, von dem zulässige Grenzwerte für die kardiovaskuläre Chirurgie in Hochgebirgsregionen festgelegt wurden. Diese sind über das Internet allen Hochgebirgsländern zugänglich. Verließen sich die Ärzte blindlings auf Studien aus den Vereinigten Staaten oder Europa, so würden sie zu falschen Ergebnissen gelangen.

Zwar lässt sich allein durch Technologie nicht automatisch das Ziel der Gesundheit für alle erreichen, doch könnte sie ein Teil der Lösung sein, was davon abhängt, wie viele Menschen Zugang zur Technologie haben und sie wirksam anzuwenden wissen, um durch sie an nützliche und sachdienliche Informationen zu gelangen. Zu den Hindernissen gehören die hohen Kommunikationskosten – die Telefongebühren sind in Afrika höher als in den Vereinigten Staaten und Europa – und die große Geschwindigkeit des technologischen Wandels. Der effiziente Einsatz der IKT im Gesundheitsbereich macht eine Analyse der verschiedenen

Technologien erforderlich, um diese strategisch für die Lösung der bestehenden Probleme zu nutzen und die derzeitigen Arbeitsweisen zu verbessern.

Die Möglichkeiten der IKT und Mikrounternehmen

Der Zugang zu IKT kann selbst den Ärmsten in den entlegendsten Ortschaften – vor allem Frauen – die Möglichkeit geben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen und ihre soziale Stellung zu verbessern (vgl. Kasten VI.5) – z.B. Nutzung eines Mobiltelefons zur Gründung eines Unternehmens, um auf Informationen über Anbauprodukte, Preise und Wechselkurse zuzugreifen und weltweit kunstgewerbliche Erzeugnisse zu vertreiben.

Die IKT bietet ferner Chancen für Mikrounternehmen, indem sie Zugang zu Informationen über potentielle Märkte und die Konjunkturlage, den Erfahrungsaustausch mit anderen Unternehmen und die Kapitalbeschaffung ermöglicht. Die IKT kann insofern eine Produktivitätssteigerung bewirken, als sie Mikrounternehmen hilft, ihre Absatzmengen kräftig zu steigern, indem sie ihnen – z.B. durch elektronischen Geschäftsverkehr – den Zugang zu einem größeren Markt verschafft.

IKT fördert die Entstehung von Wohlstand durch Entwicklung des privaten Sektors

Mit dem Einsatz neuer Technologien spielt der private Sektor eine wichtige Rolle bei der Schaffung von Wohlstand und Möglichkeiten. Dies ist jedoch nur dann der Fall, wenn eine entsprechende Telekommunikationsinfrastruktur zu erschwinglichen Preisen sowie der erforderliche Politik- und Regulierungsrahmen vorhanden ist.

Es gibt Beispiele für Entwicklungspartnerschaften – das geplante *Health InterNetwork* mit verlässlichen Gesundheitsinformationen, das Projekt *First on the Ground* für humanitäre Hilfe und das *Imfundo*-Projekt (vgl. Kasten VI.2). Informationen über die Erfahrungen im privaten Sektor sind zudem über Netzwerke freiwillig tätiger IKT-Fachleute, wie z.B. das *UN Information Technology Corps* (UNITeS) und das japanische Freiwilligenkorps, erhältlich.

In Ägypten wird die IKT in den nationalen entwicklungspolitischen Rahmen eingefügt, und zwar mit Hilfe einer nationalen IKT-Strategie und flankierenden Maßnahmen für die Humankapitalbildung, den Ausbau der Infrastrukturen und des Unternehmenssektors sowie

Kasten VI.5 *Village Pay Phones in Bangladesch*

Bei *Village Pay Phones* handelt es sich um eine Initiative der Grameen Bank, die darauf abzielt, durch wirtschaftliches „empowerment“ der Frauen die Armut in ländlichen Gebieten Bangladeschs zu reduzieren. Die Grameen-Gruppe verwaltet dieses Telefonsystem in seiner Gesamtheit, betreibt das entsprechende GSM-Netz und vergibt Kredite an Dorfbewohnerinnen für den Erwerb von GSM-Mobiltelefonen. Die Eigentümerinnen der Mobiltelefone vermieten diese dann gegen eine Gebühr an die Dorfbauern und andere Mitglieder der Gemeinschaft und erbringen zudem Dienstleistungen wie die Nachrichtenübermittlung und die Entgegennahme von Telefongesprächen.

- 1 100 Dörfer sind bereits mit Telefonen ausgestattet. Das Ziel besteht darin, innerhalb von 6-7 Jahren eine Fernsprechteilnehmerzahl von 500 000 zu erreichen, darunter 68 000 ausschließlich für ländliche Gebiete.
- Die Dorftelefone haben Einkommen und Ersparnisse der Telefonbesitzer (meist Frauen) erhöht.
- Die Telefonbenutzer, hauptsächlich lokale Bauern, konnten ihre Produktivität durch den Zugang zu Marktinformationen, Wetterberichten sowie Schädlingswarnungen und Naturkatastrophenvorhersagen steigern.
- Die Bauern in den mit Telefonen ausgestatteten Dörfern erzielten für ihre Agrarprodukte um bis zu 10% höhere Preise und konnten ihre Versorgung mit Produktionsfaktoren besser absichern.
- Die Gewinne der Telefonbesitzer wurden vor allem für bessere Bildungs- und Gesundheitsdienste für die Familie ausgegeben.
- Die Telefondienste trugen auch dazu bei, den Katastrophenschutz zu verbessern, die Kriminalitätsraten sowie die Verlustrate beim Viehbestand zu senken, was auf die Erleichterung des Zugangs zu öffentlichen Dienstleistungen zurückzuführen war.

Bei der *Village-Pay-Phones*-Initiative handelt es sich um ein Gemeinschaftsentwicklungsmodell, wobei das von Grameen betriebene Netz jedoch nicht in das nationale Festtelefonnetz integriert ist. Der Grund hierfür ist die Regulierung des Telekommunikationssystems in Bangladesch, die durch die rasche Expansion von Grameen Phone weitgehend in Frage gestellt wird. Die von Grameen gewählte, auf bekannten internationalen Standards basierende schnurlose Technologie ist kostenaufwendig und für ländliche Gebiete alles andere als optimal. Das Qualitätsniveau der von den einzelnen Telefonbesitzern gebotenen Dienstleistungen ist uneinheitlich, und diese Tatsache kann sich auf die Kundenzufriedenheit negativ auswirken.

Quelle: Digital Opportunity Initiative (DOI) Final Report, Juli 2000.

der Erarbeitung von Anwendungen mit dem Schwerpunkt auf „E-Regierung“ als Teil der nationalen Politik. Die öffentliche Verwaltung erfüllte in diesem Zusammenhang eine Katalysatorfunktion und übertrug die entsprechenden Aufgaben, sobald dies möglich war, an den privaten Sektor. Nachdem die Regierung jedem ägyptischen Staatsbürger drei Jahre lang einen kostenlosen Internetzugang gewährte, erfolgte 1997 die Privatisierung dieser Dienstleistung, die inzwischen von über 66 Internetanbietern bereitgestellt wird. Ein preisgünstiger Zugang in ländlichen Gebieten sowie ein Dienst für die automatische Übersetzung von Internetseiten werden mit Hilfe von Subventionen sichergestellt. Eine EZ-Partnerschaft zwischen privatem, öffentlichem und NRO-Sektor unterstützt Unternehmensneugründungen mit Finanzierungsmitteln aus einem Internet-Technologiefonds.

Brasilien verfügt über einen hoch entwickelten IKT-Sektor. Zwei Drittel der brasilianischen Online-Kunden tätigen ihre Einkäufe innerhalb Brasiliens, während in Gesamt-Lateinamerika zwei Drittel außerhalb dieser Region einkaufen. In einer Region, in der die Postdienste weder sicher noch verlässlich sind, erkannten die brasilianischen Banken das enorme Potential für Online-Banking. Während sich die Zielgruppe ursprünglich auf diejenigen beschränkte, die sich diesen Service leisten konnten, wurde das Online-Banking Anfang 1999 bereits von 40% der Internetbesucher genutzt. Die Banken beschlossen dann, ihren Kunden freien Zugang zu gewähren, wobei die entstehenden Kosten durch die Kontoführungsgebühren und geringere Transaktionskosten ausgeglichen wurden. Dieses Modell des freien Internetzugangs setzte in der Region eine Kettenreaktion in Gang und ließ Druck auf die traditionellen Internet-

diensteanbieter entstehen, entweder ihre Preise zu senken oder unentgeltliche Leistungen zur Verfügung zu stellen. Eine Folge hiervon ist, dass sich ein Großteil der Mittelschicht nunmehr den Zugang leisten kann. Hierdurch entstand die Infrastruktur für E-Regierungsdienste. So wurden z.B. im Jahr 2000 über 80% der Steuererklärungen über das Internet eingereicht. Solche Dienste können zwar rasch Verbreitung finden, doch müssen die Länder bei der Wahl des für ihre speziellen Verhältnisse am besten geeigneten Technologiemodells die üblichen Phasen des Verbreitungs- und Lernprozesses durchlaufen, die nicht einfach übersprungen werden können.

Die Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien der Vereinten Nationen (ESCWA) sucht die Überwindung der Schwierigkeiten bei der Einführung von IKT durch den Aufbau von Kapazitäten zu erreichen. Einer der wichtigsten Punkte ist die Notwendigkeit, die IKT als Bestandteil eines Prozesses zu betrachten, der ein Umdenken in Bezug auf Maßnahmen, Strategien und institutionelle Kapazitäten verlangt und als solcher kein Selbstzweck ist. Eine stärkere Verbreitung des IKT-Einsatzes erfordert naturgemäß Koordination, Kooperation und Erfahrungsaustausch auf breiter Ebene sowie iterative Ansätze in einem dynamischen Umfeld.

5. Erfahrungen und beste Praktiken in den Bereichen elektronischer Geschäftsverkehr und „E-Regierung“

Der elektronische Geschäftsverkehr, besonders zwischen Unternehmen, bietet für die Entwicklungsländer ein enormes Potential. Dabei stehen für sie dieselben Themen im Vordergrund wie für die OECD-Länder: Vertrauen schaffen, den Zugang erleichtern, Wettbewerb fördern, den Regulierungsrahmen verbessern sowie den Nutzen maximieren und teilen. Die Geber können helfen, indem sie einen geeigneten wettbewerbsfreundlichen Regulierungsrahmen etablieren, damit nationale und ausländische Privatinvestitionen eine wichtigere Rolle spielen können, wobei öffentlich/private Partnerschaften für die Bereitstellung des erforderlichen Startkapitals sorgen.

In der Vision der OECD von dem enormen Potential, das unsere vernetzte Welt heute besitzt – Potential im Hinblick auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsplatzschaffung, die Ausweitung des Welthandels und bessere soziale Verhältnisse –, nimmt der elektronische

Geschäftsverkehr einen zentralen Platz ein. Die OECD hat mit ihrer Analyse eine Grundlage geschaffen für umfassende Überlegungen über die erforderlichen Maßnahmen zur Errichtung adäquater Infrastrukturen und die Elemente, die einem günstigen Umfeld für den elektronischen Geschäftsverkehr und die digitale Wirtschaft Vorschub leisten würden. Dieser Typ des Geschäftsverkehrs ist naturgemäß grenzüberschreitend, und sein Gedeihen hängt weitgehend davon ab, ob auf der Grundlage der Politikkoordinierung zwischen den einzelnen Ländern und den verschiedenen Akteuren grenzüberschreitende Lösungen gefunden werden. Spezifische Politikempfehlungen gibt es bereits in den verschiedensten Bereichen, so z.B. Telekommunikationsinfrastruktur und -dienste, Besteuerung, Verbraucherschutz, Netzsicherheit, Schutz der Privatsphäre und Datensicherheit⁴.

Bei dem von der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) in Lateinamerika und der Karibik verfolgten Ansatz werden wirtschaftliche (elektronischer Geschäftsverkehr) und soziale (E-Regierung) Aspekte miteinander kombiniert. Der politische Wille ist die Haupttriebkraft des Wandels. Die Rolle der IDB besteht darin, Initiativen des privaten Sektors zu ergänzen, und in diesem Zusammenhang geht die IDB im Wesentlichen auf vier Erfordernisse ein: Schaffung eines geeigneten Regulierungsrahmens, Verbesserung technischer und kaufmännischer Kompetenzen, Sicherung angemessener Finanzierungsquellen und Förderung des Aufbaus lokal relevanter Inhalte. Dialog und Partnerschaften zwischen den verschiedenen Akteuren (öffentlicher und privater Sektor sowie Zivilgesellschaft) sind der beste Weg, das überwältigende Ziel einer wissensbasierten Entwicklung zu erreichen.

Zwar ist in Afrika großes Potential vorhanden, doch sind die einzelnen Länder bei der Entwicklung von IKT-Anwendungen und dem Aufbau des elektronischen Geschäftsverkehrs sowohl in technischer Hinsicht (Bandbreite, Logistik und Inhalte) als auch in Bezug auf die Humanressourcen (Qualifikationen und Verhaltensweisen) mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert. Die E-Regierung steckt dort zudem noch völlig in den Kinderschuhen, und die IKT ist gegenwärtig vor allem ein Instrument der öffentlichen Verwaltung, um den Bürger zu erreichen, wobei die Kommunikation nur in eine Richtung verläuft. Auch die Produktion von Inhalten (und nicht der Aufbau von Infrastrukturen und der Zugang zu ihnen) und die Erreichung des richtigen Publikums wird für die afrikanischen Länder eine große Herausforderung darstellen.

6. Zusammenarbeit zwischen den Akteuren

Der Wunsch, zur Überwindung der digitalen Kluft beizutragen, wird von vielen geteilt. Dasselbe gilt auch für die Dringlichkeit dieses Ziels, für die hiermit verbundenen Bestrebungen und das Interesse an entschlosseneren und dynamischeren Maßnahmen sowie die Notwendigkeit eines festen politischen Willens. Von entscheidender Bedeutung wird es sein, dass die zahlreichen einschlägigen Initiativen als integraler Bestandteil des Entwicklungsprozesses konvergieren, insbesondere im Hinblick auf die Armutsbekämpfung. Darüber hinaus muss der Ansatz nachfrageorientiert sein.

Die Arbeitsgruppe „Digitale Möglichkeiten“ (DOT-Force)

Die DOT-Force führte 43 Gruppierungen, die auf der Ebene von Regierung, privatem Sektor, Non-Profit- und internationalen Organisationen der entwickelten und der Entwicklungsländer angesiedelt sind, in dem von Zusammenarbeit gekennzeichneten Bemühen zusammen, Wege aufzuzeigen, auf denen der Nutzen der digitalen Revolution allen Völkern der Erde und insbesondere den

Ärmsten und den Randgruppen zugänglich gemacht werden kann.

Die DOT-Force ist zu dem Schluss gekommen, dass bei kluger Anwendung die IKT enorme Möglichkeiten für den Abbau sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheiten bietet und eine nachhaltige Wohlstandsmehrung vor Ort unterstützen kann. Die IKT kann selbstverständlich kein Allheilmittel zur Lösung aller Entwicklungsprobleme sein, aber sie kann durch eine dramatische Verbesserung der Kommunikation und des Informationsaustauschs leistungsstarke soziale und wirtschaftliche Netze schaffen, die ihrerseits die Grundlage für wichtige Entwicklungsfortschritte bilden.

Somit kann die IKT helfen, den ersehnten nachhaltigen Entwicklungskreislauf in Gang zu setzen. Wird diese Technologie jedoch falsch eingesetzt, könnte dies bedeuten, dass die Armen und die Nichtangeschlossenen in eine Randposition gedrängt werden. Damit ihr Entwicklungspotential realisiert werden kann, müssen alle *Stakeholder* – Regierungen und Staatsbürger, Wirtschaft, internationale Organisationen, Zivilgesellschaftsgruppen und einzelne Bürger – zusammenarbeiten, um wirklich eine Veränderung der Bedingungen herbeizuführen. Wie bei allen anderen Entwicklungs Herausforderungen wird auch hier die Eigenverantwortung der Partnerländer selbst sowie sonstiger relevanter *Stakeholder* unverzichtbar sein.

Kasten VI.6 Beispiele für Entwicklungseffekte

Die Initiative des Bundesstaats Madhya Pradesh

Initiative:

Bei der Initiative des Bundesstaats Madhya Pradesh handelt es sich um ein experimentelles Internet-Computernetzwerk für entlegene Agrargebiete Indiens. Der Bundesstaat stellt die Inhalte für die Website zur Verfügung, die Bauern kaufen ihren Computer, und die Bedienung des Computers wird im Franchise-Verfahren einer entsprechend ausgebildeten Person vor Ort übertragen, die für die einschlägigen Informationen und Dienstleistungen eine geringfügige Gebühr erhebt. Die Dorfbewohner können z.B. melden, dass eine Pumpe defekt ist, ein Pensionsscheck verloren gegangen oder ein Lehrer erkrankt ist, und der Bundesstaat garantiert eine Antwort binnen einer Woche.

Effekte:

- Für 10 Cents können die Bauern Grundbuchauszüge erhalten, die zuvor bei Bezug über korrupte Beamte 100 US-\$ kosteten.
- Die Bauern kommen nunmehr in den Genuss der (bis zu 40%) höheren Preise auf den städtischen Märkten, da das System ihre Abhängigkeit von lokalen Händlern reduziert hat, die niedrigere Preise durchsetzten.
- Die Bauern erwerben jetzt Computerkenntnisse und erzielen außerlandwirtschaftliche Einkommen.

Quelle: *Digital Opportunity Initiative (DOI) Final Report, Appendix 2, Juli 2001.*

Kasten VI.7 Aktionsplan von Genua

Beim Gipfeltreffen von Genua im Juli 2001 nahmen die Staats- und Regierungschefs der G8 den Aktionsplan von Genua an, dessen Ziele nachfolgend aufgeführt sind:

1. Hilfe beim Aufbau und Unterstützung bei der Umsetzung von nationalen E-Strategien in Entwicklungs- und Schwellenländern;
2. bessere Anschlussfähigkeit, Zugangserleichterung und Kostensenkung;
3. bessere Entwicklung von Humankapital, Wissenserwerb und -vermittlung;
4. Förderung von Unternehmen und Unternehmertum für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung;
5. Herstellung und Unterstützung einer universellen Beteiligung an der Lösung von durch das Internet und die IKT aufgeworfenen neuen internationalen Fragen auf den Gebieten von Politik und Technik;
6. Herstellung und Unterstützung von motivationsgetragenen Initiativen für die Einbeziehung der am wenigsten entwickelten Länder in die IKT-Welt;
7. Förderung der IKT für Zwecke der Gesundheitsvorsorge und der Bekämpfung von HIV/AIDS sowie anderen ansteckenden und übertragbaren Krankheiten;
8. nationale und internationale Anstrengungen für die Schaffung lokaler Inhalte und Anwendungen;
9. Vorrang für die IKT in der Entwicklungspolitik und den Entwicklungsprogrammen von G8 und anderen sowie bessere Koordinierung multilateraler Initiativen.

Der Wirtschafts- und Sozialrat der VN (ECOSOC)

Die anlässlich des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen im Jahr 2000 von den Ministern abgegebene Erklärung mit dem Titel „Entwicklung und internationale Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert: Die Rolle der Informationstechnologie in einer wissensbasierten Weltwirtschaft“ hatte die Gründung einer VN-Arbeitsgruppe „Informations- und Kommunikationstechnologie“ zur Folge, die sich vornehmlich mit dem Thema Armutsbekämpfung befasst und über genügend Autonomie verfügt, um in einem sich schnell wandelnden Umfeld effizient tätig zu sein. Die Schwerpunktthemen dieser IKT-Arbeitsgruppe sind:

- Zugang und Verbesserung der Infrastrukturen – unter Einbeziehung des privaten Sektors bei Vorliegen eines günstigen Investitionsklimas;
- Schulung – Heranführung der Bevölkerung der Partnerländer an die IKT;
- Finanzierungsinitiativen – um mit neuen zusätzlichen Mitteln zur Deckung der Kosten beizutragen, so z.B. im Zuge der Liberalisierung des Telekommunikationssektors;

- Schaffung von Marktmechanismen und eines Rechtsrahmens zur Sicherung des Wettbewerbs, um Anreize für langfristige private Investitionen zu geben und die Verbreitung der IKT zu fördern.

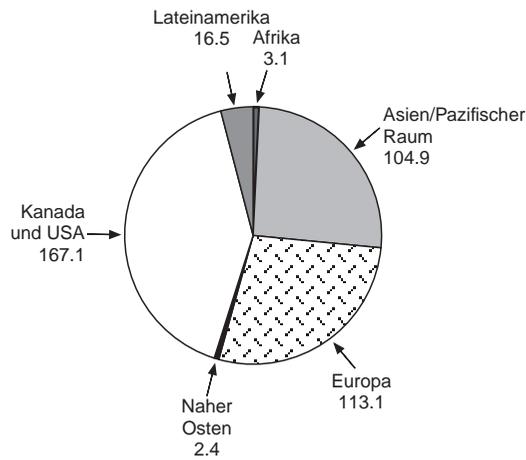
Ein wesentlicher Beitrag zu den Arbeiten der IKT-Arbeitsgruppe ist der gemeinsam von Accenture, der Markle Foundation und UNDP erstellte Bericht der Initiative „Digitale Möglichkeiten“ (DOI) (vgl. Kasten VI.8).

Eine klar definierte Rolle für die OECD

Eine wesentliche Änderung hinsichtlich der Prioritäten bei den OECD-Arbeiten im Bereich elektronischer Geschäftsverkehr ist die stärkere Annäherung an die Nichtmitgliedsländer. Dies schließt eine stärkere Berücksichtigung der Nichtmitgliedsländer in allen Arbeitsbereichen des Ottawa-Aktionsplans ein, während zugleich wichtige Aktivitäten in Bezug auf die Strategien zu IKT und elektronischem Geschäftsverkehr für *Emerging Markets* und EZ-Partnerländer in die Wege geleitet wurden.

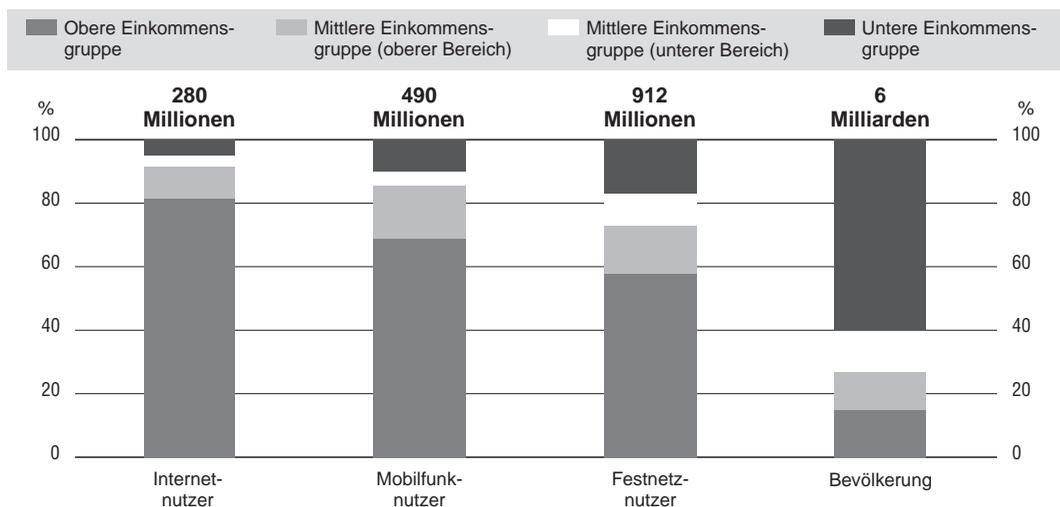
Die Teilnahme des DAC begann mit der Durchführung einer Erhebung über IKT-Geberinitiativen und -Programme, die dem Problem der digitalen Kluft gewidmet

Abbildung VI.1 **Internetnutzer, weltweit**
November 2000
 Millionen



Quelle: Nua Internet Surveys.

Abbildung VI.2 **Beispiele der digitalen Kluft**
Nutzerverteilung, nach Einkommensgruppen, Januar 2000



Quelle: ITU World Telecommunication Indicators.

Kasten VI.8 Eine Entwicklungsdynamik

Die Initiative „Digitale Möglichkeiten“ (DOI) hat einen strategischen Rahmen erarbeitet, der den Beteiligten bei Investitionen und bei der Umsetzung von Strategien als Orientierungshilfe dienen soll, die sich das Potential der IKT zunutze machen, um die soziale und wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen. Dieser Rahmen besteht aus fünf eng miteinander verzahnten Bereichen für strategische Interventionen:

- **Infrastruktur** – Schaffung einer grundlegenden IKT-Netzinfrastruktur, Erreichung eines relativ universellen Zugangs und Investitionen in Kapazitäten mit strategischem Schwerpunkt zur Förderung besonders prioritärer Entwicklungsziele;
- **Humankapazitäten** – Aufbau einer kritischen Masse so genannter Wissensarbeiter (*knowledge workers*), Verbesserung der technischen Kompetenzen der Nutzer sowie Stärkung der lokalen unternehmerischen und Managementfähigkeiten;
- **Politik** – Unterstützung eines transparenten integrativen Politikprozesses, Förderung fairen und offenen Wettbewerbs sowie Stärkung der institutionellen Kapazitäten für die konsequente Durchsetzung der beschlossenen Maßnahmen;
- **Unternehmen** – Erleichterung der Kapitalbeschaffung, des Zugangs zu globalen und lokalen Märkten, Einführung und Einhaltung bedarfsgerechter steuerlicher und eigentumsrechtlicher Regelungen, Ermöglichung effizienter Betriebsabläufe und Stimulierung der Inlandsnachfrage nach IKT;
- **Inhalte und Anwendungen** – Bereitstellung eines nachfrageorientierten Informationsangebots, das den Bedürfnissen und Lebensbedingungen der einheimischen Bevölkerung entspricht.

Dieser strategische Rahmen basiert nicht auf der Annahme, dass die Maßnahmen in diesen fünf Bereichen alle gleichzeitig in Angriff genommen werden können. Vielmehr müssen die den EZ-Anstrengungen in der Praxis gesetzten Grenzen erkannt werden. Entwicklungsfortschritte lassen sich durch Maßnahmen in jedem beliebigen Bereich erzielen, doch hat ein holistischerer Ansatz erhebliche Vorteile. Dieser Rahmen bietet ein Instrument, das auf globaler, nationaler und lokaler Ebene eingesetzt werden kann, um bei Entwicklungsinitiativen Prioritäten zu setzen, so dass ihre langfristigen Effekte maximiert werden. Werden solche strategischen Interventionen bedarfsgerecht konzipiert und durchgeführt, so kann das Zusammenspiel zwischen ihnen bedeutende Multiplikator- und Vernetzungseffekte hervorbringen. Diese können dann eine positive Spirale nachhaltiger sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung – d.h. „eine Entwicklungsdynamik“ – in Gang setzen.

Quelle: *Digital Opportunity Initiative (DOI) Final Report*, Juli 2001.

sind, auf der Grundlage der vom *International Development Research Centre (IDRC)* in Kanada begonnenen Arbeiten⁵. Eine erste Untersuchung ergab eine Gesamtzahl von etwa 86 Gebern – 14 DAC-Mitglieder, 39 multilaterale und regionale Organisationen, 28 Stiftungen und Organisationen ohne Erwerbscharakter und 5 sonstige Geber. Die Aktivitäten konzentrieren sich auf Geber, die für ihre Programme IKT-Strategien aufstellen, um die Partnerländer so bei der Konzipierung ihrer eigenen nationalen IKT-Strategien und beim Aufbau von Infrastrukturen zu unterstützen. Im Fall der DAC-Geber beliefen sich die entsprechenden Aufwendungen 1999 auf etwa 40 Mio. US-\$. Diese IKT-spezifischen Programme erreichen derzeit ein jährliches Volumen von maximal 500 Mio.

US-\$. Nicht in diesen Zahlen enthalten ist die IKT-Komponente von EZ-Projekten, die gerade deshalb nicht mitgerechnet wird, weil diese Technologie als integraler Bestandteil von Projekten meist am effektivsten ist.

Die OECD kann daher mit ihren Outreach- und EZ-Programmen auch künftig einen wertvollen Beitrag leisten, indem sie zwischen den Mitgliedern den Austausch von Erfahrungen über die „New Economy“ fördert, ein Forum für die Erarbeitung von Aktionsplänen bietet, Orientierungspunkte setzt und die Fortschritte beobachtet, indem sie die Geberprogramme koordiniert und darauf hinwirkt, dass darin der IKT-Einsatz verstärkt wird, um Defizite zu reduzieren.

Anmerkungen

1. Vgl. *Digital Opportunity Initiative (DOI) Final Report*, Juli 2001.
2. Vgl. *Digital Opportunity Initiative (DOI)*, a.a.O.
3. www.bridges.org.
4. Vgl. *OECD Electronic Commerce Policy*, Juli 2001.
5. Die Ergebnisse dieser Studie finden sich in Tabellenform mit detaillierten Beschreibungen jeder Einzelinitiative im Anhang (die Dokumente sind verfügbar unter: www.oecd.org/dac/digitalforum/htm/session1.htm).

Teil IV

DIE ARBEIT DES DAC

1. Der Entwicklungsausschuss

Der OECD-Entwicklungsausschuss (DAC) ist das wichtigste Organ, in dem die OECD Fragen betreffend die Kooperation mit den Entwicklungsländern behandelt. Somit stellt der DAC eines der zentralen Foren dar, in dem die großen bilateralen Geber zusammenarbeiten, um die Effektivität ihrer gemeinsamen Anstrengungen zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung zu steigern.

Innerhalb der OECD ist der DAC einer von mehr als zwei Dutzend großen Fachausschüssen. Den DAC zeichnen jedoch drei besondere Merkmale aus. Erstens tritt der DAC häufiger als andere Ausschüsse zusammen (mindestens fünfzehnmal im Jahr), und der Vorsitz ist beim Sitz der OECD angesiedelt. Zweitens ist der DAC befugt, Empfehlungen in Angelegenheiten, die in seinen Kompetenzbereich fallen, unmittelbar an die dem Ausschuss angehörenden Länder sowie auch an den Rat zu richten. Drittens gibt der Vorsitzende einen Jahresbericht über die Politik und Leistungen der DAC-Mitglieder heraus. Dieser Bericht ist zu einer Standardreferenz im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit geworden.

Das Mandat des DAC lautet, koordinierte, umfassende, effektive und hinreichend finanzierte internationale Anstrengungen zur Förderung einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu unterstützen.

In Anerkennung der Tatsache, dass die Entwicklungsländer selbst letztlich für ihre eigene Entwicklung verantwortlich sind, konzentriert sich der DAC bei seinen Arbeiten darauf, wie die internationale Zusammenarbeit dazu beitragen kann, die Kapazität der Entwicklungsländer zur Integration in die Weltwirtschaft zu stärken und die Menschen zur Überwindung der Armut und zur vollen Teilhabe an ihren Gesellschaften zu befähigen.

Es wird davon ausgegangen, dass die DAC-Mitglieder bestimmte gemeinsame Ziele bei der Umsetzung ihrer EZ-Programme verfolgen. An den DAC-Tagungen nehmen in Paris ansässige Delegierte der Mitgliedstaaten und Beamte aus den Hauptstädten der Mitgliedstaaten teil. Einmal im Jahr kommen im DAC hochrangige Vertreter der Entwicklungsstellen zusammen, um eine Bestandsaufnahme der gesamten EZ-Anstrengungen vorzunehmen und die Arbeiten des Ausschusses über aktuelle entwicklungspolitische Grundsatzfragen zu prüfen. Der Ausschuss veranstaltet auch eine Jahrestagung auf hoher Ebene, an der Minister oder Leiter der EZ-Stellen teilnehmen. Diese Jahrestagung bietet die Gelegenheit, auf einer politischen Ebene über grundlegende Politikorientierungen für die Arbeiten des Ausschusses und die gemeinsamen Anstrengungen seiner Mitglieder zu entscheiden.

DAC-Mitglieder

Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Europäische Kommission, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten

Ständige Beobachter beim DAC

Internationaler Währungsfonds
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
Weltbank

Wichtigste Tätigkeitsbereiche

Der DAC unterstützt seine Mitglieder bei ihren Bemühungen, die Anstrengungen der Entwicklungsländer und ihrer Bevölkerungen zur Selbsthilfe zu fördern, durch vier Haupttätigkeitskategorien:

a) Der DAC beschließt für seine Mitglieder **maßgebende Orientierungshilfen** für die Umsetzung ihrer EZ-Programme. Diese Leitlinien reflektieren die Ansichten und Erfahrungen der Mitglieder und stützen sich auch auf Beiträge multilateraler Institutionen und individueller Fachleute, darunter Experten aus den Entwicklungsländern. Die in jüngerer Zeit vom DAC herausgegebenen Leitlinien betreffen u.a. folgende Bereiche:

- Armutsbekämpfung (2001).
- Kapazitätsaufbau im Handelsbereich (2001).
- Verhütung gewaltsamer Konflikte (2001).
- Nachhaltige Entwicklung (2001).
- Geschlechtergleichstellung und Befähigung der Frauen zur Übernahme von Verantwortung (1998).
- Konflikte, Frieden und Entwicklungszusammenarbeit (1997).
- Hilfe der Geber für die Kapazitätsentwicklung im Umweltbereich (1995).
- Partizipative Entwicklung und gute Regierungsführung (1995).
- Unterstützung der Entwicklung des privaten Sektors (1995).
- Entwicklungszusammenarbeit und Umwelt (1992-1996).

b) Der DAC führt in **regelmäßigen Abständen kritische Prüfungen** der EZ-Programme seiner Mitglieder durch. Bei diesen Länderprüfungen, die in Abständen von drei Jahren stattfinden, werden folgende Aspekte untersucht: Anwendung der DAC-Leitlinien bei den EZ-Programmen der einzelnen Mitgliedsländer, Management der jeweiligen Programme (einschl. Koordinierungsaktivitäten mit anderen Gebern), Kohärenz anderer Politikmaß-

nahmen mit den Entwicklungszielen sowie Tendenzen bei Volumen und Verteilung der Ressourcen. Jede Länderprüfung basiert auf Untersuchungen, die vom OECD-Sekretariat und von Prüfern aus zwei Mitgliedstaaten durchgeführt werden. Dabei finden umfassende Konsultationen mit den zuständigen Stellen in der Hauptstadt des geprüften Geberlandes sowie seiner Außenstellen statt und in den meisten Fällen wird auch eine Dienstreise zu einer bzw. mehrerer dieser Außenstellen unternommen. Zum Abschluss des Prüfprozesses wird eine Plenarversammlung des DAC einberufen, auf der die wichtigsten bei der Untersuchung identifizierten Probleme erörtert werden. Die OECD ist die einzige mit Entwicklungsfragen befasste internationale Organisation, die solche Prüfungen durchführt.

c) Der DAC bietet ein **Forum für Dialoge**, Erfahrungsaustausch und internationale Konsensbildung in Politik- und Managementfragen, die für die Mitglieder von Interesse sind. Spezielle Themenbereiche werden bei den hochrangigen Tagungen und den Tagungen auf Ministerebene sowie im Zusammenhang mit dem jährlichen Arbeitsprogramm und den mittelfristigen Prioritäten ermittelt. Als Beispiele sind zu nennen: Strategien zur Armutsbekämpfung, Ausweitung und Integration sämtlicher Quellen der Entwicklungsfinanzierung, Verbesserung der Messung von Entwicklungsfortschritten und finanziellen Leistungen sowie Koordination und Kohärenz von Maßnahmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und anderen Politikbereichen.

d) Der DAC veröffentlicht **Statistiken und Berichte** über EZ-Leistungen und andere Finanzierungsströme in die Entwicklungs- und Transformationsländer sowie damit zusammenhängende Themen, die im Wesentlichen auf Berichterstattungen der DAC-Mitglieder beruhen. Diese maßgebenden Statistiken und Berichte finden breite Verwendung und werden in Veröffentlichungen über Entwicklungsfragen häufig zitiert.

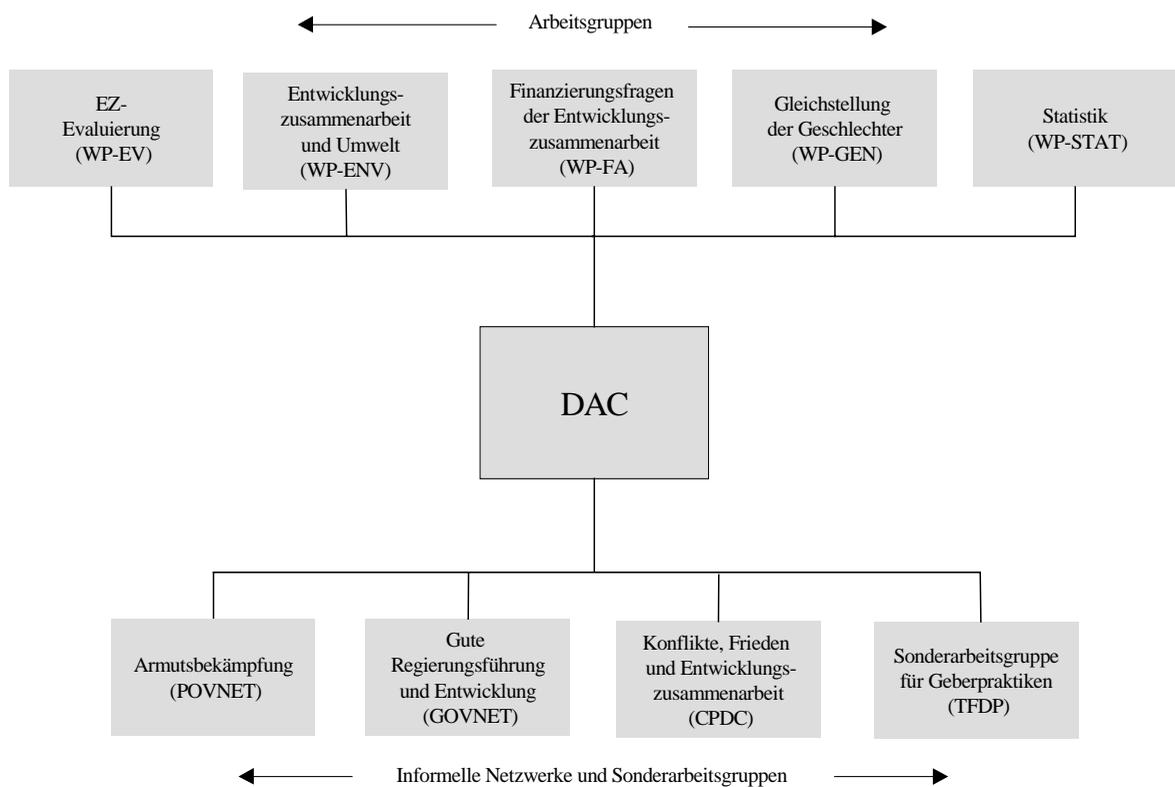
Struktur und Mitglieder des DAC und der DAC-Arbeitsgruppen

Darüber hinaus hat der DAC Arbeitsgruppen, informelle Netzwerke und Sonderarbeitsgruppen eingerichtet, in denen die DAC-Mitglieder gewöhnlich durch

entsprechende Experten vertreten sind. Ihre jeweiligen Mandate spiegeln die großen derzeitigen Orientierungen der Arbeiten des Ausschusses wider: Finanzierungsfragen der Entwicklungszusammenarbeit, Umwelt, Sta-

tistik, EZ-Evaluierung, Gleichstellung der Geschlechter, Armutsbekämpfung, gute Regierungsführung und Kapazitätsaufbau, Geberpraktiken sowie Konflikte, Frieden und Entwicklungszusammenarbeit.

Der DAC und seine Arbeitsgruppen



Mandat des DAC

Datum der Einrichtung: 1960 als Gruppe für Entwicklungshilfe (DAG), 1961 als Ausschuss für Entwicklungshilfe (DAC), jetzt Entwicklungsausschuss

Dauer des Mandats: Nicht befristet

Vorsitz: Jean-Claude Faure (Frankreich)

Die Gruppe der Entwicklungshilfe (DAG) wird bei Aufnahme der Tätigkeit der OECD als Ausschuss für Entwicklungshilfe konstituiert werden und folgendes Mandat erhalten:

a) Der Ausschuss wird weiter über die Methoden beraten, wie die Mittel der einzelnen Länder für eine Hilfeleistung an die Entwicklungsländer und Entwicklungsgebiete verfügbar gemacht werden können und wie der Fluss langfristigen Kapitals und sonstiger Arten von Entwicklungshilfe für diese Länder verstärkt und verbessert werden kann.

b) Der Ausschuss für Entwicklungshilfe wird zum Zeitpunkt der Aufnahme der Tätigkeit der Organisation

die Aufgaben und Merkmale und den Mitgliederbestand der Gruppe für Entwicklungshilfe übernehmen.

c) Der Ausschuss wird seinen Vorsitzenden wählen, dem Rat und seinen eigenen Mitgliedern periodische Berichte vorlegen und vom Sekretariat die mit dem Generalsekretär vereinbarte Unterstützung erhalten. Der Ausschuss wird ferner befugt sein, Empfehlungen in Angelegenheiten seiner Zuständigkeit an die dem Ausschuss angehörenden Länder und an den Rat auszusprechen sowie Vertreter anderer Länder und internationaler Organisationen einzuladen, erforderlichenfalls an besonderen Diskussionen teilzunehmen.

d) Der Ausschuss für Entwicklungshilfe kann im Namen der Organisation nur mit Genehmigung des Rates handeln.

e) Falls die Zuständigkeiten des Ausschusses für Entwicklungshilfe über die unter *a)* festgelegten erweitert werden müssten, könnte jedes einzelne Mitgliedsland, das nicht im Ausschuss für Entwicklungshilfe vertreten ist, die Angelegenheit vor den Rat bringen.

Gemäß der Minister-EntschlieÙung vom 23. Juli 1960 [OECD(60)13].

Büro des DAC-Vorsitzenden

Jean Claude FAURE, DAC-Vorsitzender (Frankreich)

Josie D'Angelo, Assistentin des DAC-Vorsitzenden

Stellvertretende DAC-Vorsitzende

Takuji Hanatani (Japan)

Lennarth Hjelmåker (Schweden)

Kelly Kammerer (Vereinigte Staaten)

Ständige Vertreter beim Entwicklungsausschuss

| | |
|------------------------|------------------------|
| Australien | Robin DAVIES |
| Belgien | Paul FRIX |
| Dänemark | Peter HERTEL RASMUSSEN |
| Deutschland | Eduard WESTREICHER |
| Europäische Kommission | Gilles FONTAINE |
| Finnland | Eija LIMNELL |
| Frankreich | Pierre-Mathieu DUHAMEL |
| Griechenland | Dimitris SERRELIS |
| Irland | Anne-Marie CALLAN |
| Italien | Vincenzo DE LUCA |
| Japan | Takuji HANATANI |
| Kanada | Scott WADE |
| Luxemburg | Alain SIBENALER |
| Neuseeland | Brian WILSON |
| Niederlande | Paul J. SCiarONE |
| Norwegen | Kari HIRTH |
| Österreich | Edda WEISS |
| Portugal | Paulo NASCIMENTO |
| Schweden | Pernilla JOSEFSSON |
| Schweiz | Paul OBRIST |
| Spanien | Jesús SANZ ESCORIHUELA |
| Vereinigtes Königreich | Martyn ROPER |
| Vereinigte Staaten | Kelly KAMMERER |

Nicht-DAC-Delegierte

| | |
|-----------------------|---------------------|
| Korea | Jai-chul CHOI |
| Mexiko | Jorge DUHALT VILLAR |
| Polen | Ryszard RYSINSKI |
| Tschechische Republik | Petr BAMBAS |
| Türkei | Ege TÜREMEN |
| Ungarn | György FEHÉR |

Beobachter beim DAC

| | |
|----------|------------------|
| Weltbank | Ann DUNCAN |
| IWF | Graeme JUSTICE |
| UNDP | Bertrand COPPENS |

DAC-Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe für Finanzierungsfragen der Entwicklungszusammenarbeit (WP-FA)

Datum der Einrichtung: Juli 1964
Dauer des Mandats: Nicht befristet (das gegenwärtige Mandat läuft bis Ende 2004)
Vorsitz: Bill Singleton (Kanada)

Mandat

Konditionen der EZ-Leistungen (Angemessenheit und Harmonisierung der Konditionen bei Leistungen an die ärmeren Länder); Analyse der Schuldenproblematik (einschl. Leistungsarten, die zu Verschuldung führen); Aufhebung der Lieferbindung.

Wichtigste Ergebnisse/Dokumente der jüngsten Zeit

Annahme der DAC-Empfehlung zur Aufhebung der Lieferbindung bei öffentlichen EZ-Leistungen (ODA) an die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC).

Schwerpunkte des gegenwärtigen Arbeitsprogramms

- DAC-Empfehlung zur Aufhebung der Lieferbindung bei ODA-Leistungen an die am wenigsten entwickelten Länder: Im Zusammenhang mit der Um-

setzung der Empfehlung u.a. Orientierungshilfen bei Umsetzungsproblemen, jährliche Prüfungen des Umsetzungsprozesses; Stärkung der Beschaffungskapazitäten der Partnerländer; Einrichtung und Betrieb einer Website für vorherige Notifizierungen; Initiativen zur Förderung der Aufgabenteilung; Verbesserungen bei der Erfassung und Vergleichbarkeit des Lieferbindungsstatus der EZ-Leistungen und Behandlung anderer Fragen (z.B. investitionsbezogene technische Zusammenarbeit, Lieferbindungsstatus der multilateralen ODA). Ferner wird auch der Vorschlag erörtert, die Disziplinen der liefergebundenen Leistungen auf die ungebundenen Leistungen auszudehnen.

- Entwicklungsfinanzierung: Die Arbeitsgruppe einigte sich darauf, dass die strategische Orientierung der Arbeiten in diesem Bereich auf die Unterstützung der Millenniums-Entwicklungsziele und des PRSP-Prozesses ausgerichtet sein sollte, mit besonderer Betonung der Katalysatorrolle der ODA bei der Mobilisierung anderer Finanzierungsquellen für die Entwicklung (z.B. inländische Ressourcen, private Mittelzuflüsse aus dem Ausland). Dazu könnten auch mögliche Anschlussarbeiten im Gefolge der Hochrangigen Tagung von 2001 und des Forums für Entwicklungspartnerschaften vom Februar 2002 gehören sowie eine Überprüfung des Vergünstigungsgrads der ODA. Auf ihrer nächsten Tagung (im März 2002) dürfte die Arbeitsgruppe die spezifischen Projekte für den Zeitraum 2002-2003 definieren, unter Berücksichtigung der Vorbereitungsarbeiten und der Ergebnisse der Internationalen Konferenz über Entwicklungsfinanzierung von Monterrey im März 2002.

Arbeitsgruppe Statistik (WP-STAT)

| | |
|-------------------------------|---|
| Datum der Einrichtung: | 1968 |
| Dauer des Mandats: | Nicht befristet (das gegenwärtige Mandat läuft bis Ende 2004) |
| Vorsitz: | Gegenwärtig nicht besetzt; ein neuer Vorsitzender wird für die Tagungen 2002 gewählt |

Mandat

Laufende Beobachtung der statistischen Berichterstattung über die finanziellen und technischen Leistungen an die Entwicklungs- und Transformationsländer sowie die multilateralen Stellen und Ausarbeitung von Verbesserungsvorschlägen; Vorlage von Empfehlungen an den DAC betreffend die Verbesserung der statistischen Leitlinien, die Vergleichbarkeit der Daten und die Verwendung der DAC-Statistiken.

Wichtigste Ergebnisse/Dokumente der jüngsten Zeit

Die DAC-Statistiken über Gesamtleistungen, individuelle Aktivitäten und Verschuldung sind ständig online verfügbar und werden jährlich in den schriftlichen und den elektronischen Veröffentlichungen aktualisiert. Sie bilden einen wichtigen Bestandteil des Jahresberichts

über die Entwicklungszusammenarbeit und der Länderprüfungen der einzelnen DAC-Mitglieder. Weitere wichtige Publikationen sind u.a. *Geographical Distribution of Financial Flows to Aid Recipients*, *Creditor Reporting System Regional Reports* und *External Debt Statistics*.

Die Arbeitsgruppe hat 1999/2000 mit Zustimmung des DAC eine vollständige Überarbeitung der DAC-Richtlinien für das statistische Berichtssystem vorgenommen. Sie leistete auch einen wichtigen Beitrag zu der umfassenden vom Sekretariat durchgeführten Überprüfung der Daten über die Leistungen zur Unterstützung der „Übereinkommen von Rio“ über Umweltfragen und billigte einen kurzen Leitfaden über die als ODA anrechenbaren EZ-Komponenten.

Schwerpunkte des gegenwärtigen Arbeitsprogramms

- Revision der Richtlinien für das *Creditor Reporting System*.
- Verbesserung der Daten über Hinterlegung und Ziehung von Beiträgen an internationale Finanzinstitutionen sowie über Zu- und Abflüsse von Finanzmitteln bei den multilateralen Stellen ganz allgemein.
- Schrittweise Überprüfung und Verbesserung der Berichterstattung der Mitglieder an den DAC und das CRS-System.

Arbeitsgruppe EZ-Evaluierung (WP-EV)

Datum der Einrichtung: Dezember 1982
Dauer des Mandats: Nicht befristet (das gegenwärtige Mandat läuft bis Ende 2004)
Vorsitz: Niels Dabelstein (Dänemark)
Stellvertretender Vorsitz: Colin Kirk (Vereinigtes Königreich)

Mandat

- Den Austausch von Informationen und Erfahrungen wie auch die Zusammenarbeit zwischen nationalen und gegebenenfalls multilateralen Evaluierungseinheiten mit dem Ziel zu verstärken, die Evaluierungstätigkeit der einzelnen Mitglieder zu verbessern, die Standardisierung methodologischer und konzeptueller Rahmen zu fördern und die Grundlage für eine effizientere Koordinierung der Geber bei der Planung wichtiger Evaluierungsstudien zu schaffen.

- Zu größerer Wirksamkeit der EZ-Leistungen durch Bemühungen beizutragen, aus den Evaluierungsstudien für die Planung bzw. die Gestaltung von Projekten und Programmen konkret verwertbare Lehren herauszuziehen und diese dem DAC zur Prüfung vorzulegen.

- Gemeinsame oder von den Mitgliedern koordinierte Untersuchungen über die Wirksamkeit der EZ-Leistungen in einem größeren Sektor wie der Landwirtschaft oder in bestimmten Ländern durchzuführen.

- Nach Wegen zu suchen, die Evaluierungskapazitäten der Entwicklungsländer selbst zu fördern und zu stärken.

Wichtigste Ergebnisse/Dokumente der jüngsten Zeit

- *Guidance for Evaluating Humanitarian Assistance in Complex Emergencies* (November 1999).

- *Evaluating Country Programmes*, Vienna Workshop, 1999 (Januar 2000).

- *Donor Support for Institutional Capacity Development in Environment: Lessons Learned* (Februar 2000).

- *Effective Practices in Conducting a Joint Multi-Donor Evaluation* (August 2000).

- *Evaluation Feedback for Effective Learning and Accountability* (Juni 2001).

- *Results-Based Management in Development Co-operation Agencies: A Review of Experience. First phase report*, 2000.

Schwerpunkte des gegenwärtigen Arbeitsprogramms

- Glossar: Fachbegriffe aus dem Gebiet der EZ-Evaluierung und des ergebnisorientierten Managements.

- Dezentralisierung und lokale Verwaltung: Lehren aus Geberaktivitäten in diesem Bereich.

- Peer Reviews: Umfrage über Kundenzufriedenheit in Zusammenarbeit mit der Abteilung Länderprüfungen und Politikbeobachtung (DCD/PRPM).

- Konflikte/Wiederaufbau nach Konflikten: Konzipierung eines Verfahrens zur konkreten Anwendung der Erfahrungen im Zusammenhang mit Wiederaufbauhilfe während und nach Konflikten sowie mit Hilfeleistungen unter Bedingungen eines schwierigen politischen Umfelds.

- Outreach-Aktivitäten: Forum über Entwicklungsevaluierung in Verbindung mit der WP/EV-Tagung vom Dezember.

- Gemeinsame Evaluierung: Förderung gemeinsamer bzw. koordinierter Evaluierungsanstrengungen durch Informationsaustausch über Evaluierungsvorhaben und Unterbreitung konkreter Vorschläge.

- Gleichstellung der Geschlechter und Evaluierung: Prüfung von Optionen in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe WP-GEN.

Arbeitsgruppe Gleichstellung der Geschlechter (WP-GEN)

Datum der Einrichtung: 1984
Dauer des Mandats: Nicht befristet (das gegenwärtige Mandat läuft bis Ende 2004)
Vorsitz: Diana Rivington (Kanada)

Mandat

- Zur Verbesserung der Qualität der Entwicklungszusammenarbeit beizutragen: Die geschlechtliche Gleichstellung und die Befähigung der Frauen zur Übernahme von Verantwortung sind unabdingbare Voraussetzungen für die Reduzierung der Armut und die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedingungen in den Entwicklungsländern.

- Strategische Unterstützung für die Politikorientierungen des DAC bereitzustellen: Die Arbeitsgruppe fungiert als ein Katalysator und stellt Fachwissen für die systematische Einbeziehung von Genderfragen in die DAC-Aktivitäten und die Unterstützung entsprechender Bemühungen der Partnerländer zur Verfügung.

- Den Bedürfnissen der Mitglieder des DAC und der Arbeitsgruppe gerecht zu werden: Die Arbeitsgruppe bietet ein einzigartiges Forum für den Austausch innovativer Ideen über Strategien und Verfahren zur Einbeziehung genderorientierter Perspektiven in die Entwicklungszusammenarbeit.

Wichtigste Ergebnisse/Dokumente der jüngsten Zeit

- Sektorkonzepte: Handbuch, Arbeitstagung (Den Haag, 2001). Bei diesem auf detaillierten Fallstudien basierenden Handbuch stehen Genderfragen im Mittelpunkt, es verweist aber auch auf allgemeinere Probleme und Möglichkeiten, die sich für die Geber im Zusammenhang mit Gemeinschaftsfinanzierungen, Sektorkonzepten oder auch der Umsetzung von Armutsbekämpfungsstrategien ergeben.

- Governance im Wirtschafts- und Finanzbereich: Communiqué und Konferenz zum Thema „Strengthening Economic and Financial Governance: Towards

Gender Responsive Budgets“ (Brüssel, 2001, in Zusammenarbeit mit dem UNIFEM, dem Commonwealth-Sekretariat, dem Nordischen Rat und der belgischen Regierung). Arbeitstagung zum gleichen Thema (Paris, Januar 2001), aufbauend auf den Arbeiten der letzten zehn Jahre. Gemeinsame Arbeitstagung mit den Vereinten Nationen über Fragen im Zusammenhang mit Governance, Armutsbekämpfung und Geschlechtergleichstellung (Wien, 2001); Herausgabe eines gemeinsamen VN/DAC-Kommuniqués. Die erörterten Themen liefern den Mitgliedern Anhaltspunkte für ihre Arbeiten in Bezug auf Armutsbekämpfung und Governance sowie für ihre Vorbereitungen auf die Internationale Konferenz über Entwicklungsfinanzierung (Monterrey, 2002).

- Armutsbekämpfung: Wesentliche Beiträge zu den DAC-Leitlinien zur Armutsbekämpfung (2001), vor allem durch die Mitarbeit von drei Experten für Genderfragen und die Teilnahme an den vorbereitenden Tagungen.

- Konfliktverhütung: Wesentliche Beiträge zu den DAC-Leitlinien und der auf der DAC-Jahrestagung abgegebenen Grundsatzerklärung zur Verhütung gewalttätiger Konflikte: Orientierungshilfen für externe Partner.

Schwerpunkte des gegenwärtigen Arbeitsprogramms

- Informationsblätter über die Gleichstellung der Geschlechter und verschiedene andere Themen (rd. 40).

- Sektorkonzepte.

- Armutsbekämpfung, in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk POVNET.

- Konfliktverhütung und Sicherheit: Frauen, Frieden und Sicherheit, in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk CPDC.

- Governance im Finanzbereich, in Zusammenarbeit mit der OECD-Abteilung Öffentliche Verwaltung (PUMA).

- Horizontale Zusammenarbeit 2002-2004: Mit dem DAC über die Themen Konflikte, Evaluierung, Governance, Armutsbekämpfung; mit PUMA über Governance im Finanzbereich.

Arbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit und Umwelt (WP-ENV)

Datum der Einrichtung: 1989

Dauer des Mandats: Nicht befristet (das gegenwärtige Mandat läuft bis Ende 2004)

Gemeinsamer Vorsitz: Ingrid Hoven (Deutschland); Adrian Davis (Vereinigtes Königreich)

Mandat

Zur Formulierung kohärenter Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung im Kontext des integrierten Konzepts der OECD beizutragen und spezifische Orientierungspunkte für internationale Anstrengungen zum Schutz der Umwelt und zu Gunsten einer nachhaltigen Entwicklung zu erarbeiten.

Wichtigste Ergebnisse/Dokumente der jüngsten Zeit (2001)

- DAC-Leitlinien für Strategien der nachhaltigen Entwicklung: Diese Leitlinien hatten großen Einfluss auf die von den Vereinten Nationen für den Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung (WSSD) vorbereiteten Richtlinienvorschläge für Strategien der nachhaltigen Entwicklung.
- *OECD Policy Brief: Sustainable Development Strategies.*
- *OECD Analytical Report on Sustainable Development:* Kapitel 9; Strategien für Nichtmitglieder.

- Verbesserung der statistischen Berichterstattung über Leistungen zur Unterstützung der globalen Umweltübereinkommen (biologische Vielfalt, Klimaänderung, Wüstenbildung – gemeinsames Projekt mit der DAC-Arbeitsgruppe Statistik).

Schwerpunkte des gegenwärtigen Arbeitsprogramms

- Armut, Umwelt und Genderfragen: Einen Synthesebericht über die wichtigsten hier bestehenden Verbindungen und die Politikimplikationen, dessen Veröffentlichung für das erste Quartal 2002 vorgesehen ist.
- Entwicklung und globale Umweltübereinkommen: Praxisbezogene Orientierungspunkte für eine systematische Berücksichtigung globaler Umweltprobleme in der Entwicklungszusammenarbeit, die für das zweite Quartal 2002 (als Beitrag zum WSSD) vorbereitet werden.
- Einbeziehung der Problematik der Klimaänderungen in die Entwicklungspolitik: Gemeinsames Projekt mit dem OECD-Ausschuss für Umweltpolitik.
- OECD-Bericht für den Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung: In Zusammenarbeit mit dem OECD-Ausschuss für Umweltpolitik.
- Quellenhandbuch über Strategien für eine nachhaltige Entwicklung.
- Prozess der DAC-Länderprüfungen: Die Arbeitsgruppe leistet zu dem Prozess der Länderprüfungen regelmäßige Beiträge zu Fragen der Umwelt und der nachhaltigen Entwicklung.

Netzwerk zu Konflikten, Friedensstiftung und Entwicklungszusammenarbeit (Netzwerk CPDC)

Datum der Einrichtung: 1995
Dauer des Mandats: Bis Ende 2002
Vorsitz: Roberto Toscano (Italien)

- DAC Journal, Band 2, Nr. 3: „Security Issues and Development Co-operation: a Conceptual Framework for Enhancing Policy Coherence“; „The Influence of Aid in Situations of Violent Conflict“.

Mandat

Hilfe bei der Verhütung gewaltsamer Konflikte und bei Friedensstiftung durch erhöhte Wirksamkeit der Geberpraktiken und –konzepte, Austausch über beste Verfahrensweisen und Erfahrungen unter den Gebern im Hinblick auf die systematische Einbeziehung von Konfliktanalysen, sowie verstärkte Politikkohärenz und -koordination.

Wichtigste Ergebnisse/Dokumente der jüngsten Zeit

- Leitlinien und Grundsatzerklärung zur Verhütung gewaltsamer Konflikte: Orientierungshilfen für externe Partner, die anlässlich der DAC-Jahrestagung vom April 2001 angenommen wurden.

- Veröffentlichung einer Publikation in der Reihe DAC-Leitlinien mit dem Titel *Helping Prevent Violent Conflict* (Verhütung gewaltsamer Konflikte), die sowohl die oben angeführten Leitlinien und die entsprechende Grundsatzklärung als auch die 1997 verabschiedeten Leitlinien zu Konflikten, Frieden und Entwicklungszusammenarbeit an der Schwelle des 21. Jahrhunderts enthält.

Schwerpunkte des gegenwärtigen Arbeitsprogramms

- Konfliktanalyse: Integration von Konfliktanalysen in die Konzepte der EZ-Stellen in Zusammenarbeit mit allen Regierungsressorts.

- Prekäre Situationen: Innovative Lösungsansätze zur Bewältigung prekärer Situationen.

- Terrorismus: Auswirkungen des Terrorismus auf die Entwicklungszusammenarbeit.

- Unternehmen und Konflikte (politische Ökonomie kriegerischer Auseinandersetzungen): Kooperation zwischen privatem Sektor und Gebern in Bezug auf verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln.

- Sicherheit und Entwicklung: Die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit bei der Förderung einer effektiven Steuerung von Sicherheitssystemen.

- Strategie für die Verbreitung der Leitlinien.

- Horizontale Zusammenarbeit 2001-2002: Mit dem DAC auf dem Gebiet des Terrorismus; mit GOVNET (Arbeit in prekären Situationen); mit POVNET (Berücksichtigung von Konflikten in den Strategiepapieren zur Verringerung der Armut); Länderprüfungen (auf einer laufenden Basis); WP-GEN (Frauen, Frieden und Sicherheit); WP-ENV (nachhaltige Entwicklung und Konfliktverhütung).

Netzwerk zur Armutsbekämpfung (POVNET)

Datum der Einrichtung: Juni 1998
Dauer des Mandats: Bis Ende 2002
Vorsitz: Claudio Spinedi (Italien)

Schwerpunkte des gegenwärtigen Arbeitsprogramms

Mandat

Zur Unterstützung der von den DAC-Mitgliedern eingegangenen Verpflichtung, die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen bis 2015 zu halbieren, zielt das Netzwerk darauf ab, die Reichweite und den Effekt der von den EZ-Stellen unternommenen Anstrengungen zur Armutsminderung in den Partnerländern zu vergrößern. Seine Hauptaufgaben bestehen darin, *a)* die wirksamsten Konzepte zur Unterstützung der Armutsbekämpfungsstrategien der Partnerländer zu ermitteln und empfehlenswerte Verfahrensweisen auf diesem Gebiet zu evaluieren; *b)* die Zusammenhänge zwischen Armut und anderen Querschnittsthemen im Entwicklungsbereich wie z.B. Geschlechtergleichstellung, Umwelt, Governance und Konflikte zu untersuchen; *c)* sich für größere Politikkohärenz bei staatlichen Entscheidungen der OECD-Länder einzusetzen, die Einfluss auf die Armut in den Entwicklungsländern haben; *d)* institutionelle Lernprozesse und Veränderungen in den EZ-Stellen zu fördern, um eine systematische Berücksichtigung der Armutsminderung und der Politikkohärenz bei den Programmen und Aktivitäten zu erleichtern; *e)* Konsultationen mit Partnerländern durchzuführen, um die beteiligten Parteien und die Entwicklungspraktiker in einen ständigen Denk- und Lernprozess im Hinblick auf die Armutsminderung einzubinden; und *f)* für die Verbreitung von Orientierungen für gemeinsame Konzepte, empfehlenswerte Verfahrensweisen und gewonnene Erkenntnisse zu sorgen.

Wichtigste Ergebnisse/Dokumente der jüngsten Zeit

Die DAC-Leitlinien zur Armutsbekämpfung, die auf der DAC-Jahrestagung im April 2001 angenommen wurden.

- **Armut und Gesundheit:** POVNET erarbeitet derzeit Orientierungshilfen für eine erhöhte Wirksamkeit von EZ-Maßnahmen, die auf eine Verbesserung des Gesundheitszustands der Armen ausgerichtet sind. Diese Zusammenstellung von guten Verfahrensweisen und Handlungsempfehlungen erstreckt sich im Wesentlichen auf vier große Bereiche: *a)* die Beweggründe für Investitionen in eine bessere Gesundheitsversorgung als Mittel zur Reduzierung der Armut; *b)* die Förderung von Maßnahmen, die wichtige Bestimmungsfaktoren für die Gesundheit in anderen Bereichen als dem Gesundheitssektor selbst beeinflussen; *c)* die Verbesserung des Wirkungsgrads der Entwicklungszusammenarbeit im Gesundheitsbereich, mit einer Zielorientierung auf die ärmsten Bevölkerungsschichten; *d)* die Gesundheit als allgemeines öffentliches Gut im Dienst der Armutsminderung.

- **Verbreitung von Leitlinien:** Die POVNET-Mitglieder bemühen sich derzeit, das Personal der EZ-Stellen in den Zentralen und vor Ort mit den DAC-Leitlinien zur Armutsbekämpfung vertraut zu machen. Um diese Bemühungen zu erleichtern, wurden eine allgemeine Strategie und eine Reihe von speziellen Kommunikationsinstrumenten entwickelt. Die Verbreitung der Leitlinien unter EZ-Mitarbeitern in ausgewählten afrikanischen Ländern wird unter der Schirmherrschaft des UNDP erfolgen.

- **Überwachung von PRSP-Konzepten:** Die Erstellung und Umsetzung von Armutsbekämpfungsstrategien in den Partnerländern wird genau beobachtet, namentlich im Hinblick auf die vor Ort gewonnenen Erfahrungen (z.B. durch die Strategischen Partnerschaften für Afrika, Konsultationsgruppen, Informations-tagungen, den PRSP/PRGF-Prüfungsprozess).

- **Bildung für Alle:** Das Netzwerk untersucht die Möglichkeit, spezifische Arbeiten zur Förderung der Millenniums-Entwicklungsziele im Bereich der Bildung in Angriff zu nehmen und damit einen Beitrag zu den diesbezüglichen von der UNESCO eingeleiteten Follow-up-Maßnahmen zu leisten.

Netzwerk gute Regierungsführung und Kapazitätsentwicklung (GOVNET)

Datum der Einrichtung: Ende 2000
Dauer des Mandats: Bis Ende 2002
Vorsitz: Roger Wilson
 (Vereinigtes Königreich)

Mandat

GOVNET ging aus der Zusammenlegung der zuvor bestehenden Netzwerke für partizipative Entwicklung und gute Regierungsführung (PD/GG) sowie für Institutionellen und Kapazitätsaufbau (I/CD) hervor und hat ein neues integriertes Arbeitsprogramm eingeleitet. GOVNET ist ein Politikforum zum Austausch von Erfahrungen, zur Verbreitung bester Verfahrensweisen und zur Entwicklung von Empfehlungen und Orientierungshilfen in den Bereichen gute Regierungsführung und Kapazitätsentwicklung, zwei ganz wesentliche Faktoren für Armutsbekämpfung und nachhaltige Entwicklung. Es dient dazu, *a*) die Wirksamkeit der geberseitigen Unterstützung in wichtigen die Staatsführung betreffenden Bereichen zu erhöhen, und *b*) einen Erfahrungsaustausch über beste Verfahrensweisen bezüglich innovativer Konzepte zur Stärkung der Kapazitäten für eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen.

Wichtigste Ergebnisse/Dokumente der jüngsten Zeit

Anlässlich der DAC-Jahrestagung vom April 2001 wurde GOVNET damit beauftragt, aufbauend auf früheren Arbeiten des DAC zum Thema „Unterstützung leistungsschwacher Länder“ eine Untersuchung durchzuführen, die für die Hochrangige Tagung zusätzliche Orientierungshilfen liefern sollte. Gestützt auf eine Basisstudie, die zwischen Juli und Oktober 2001 von einem Consultant durchgeführt wurde, haben das Sekretariat und der GOVNET-Vorsitzende eine Aufzeichnung über mögliche Ansätze sowie ein Diskussionspapier vorbereitet, diese Dokumente wurden dem DAC auf

seiner Tagung am 6. November 2001 und auf der Hochrangigen Tagung im Dezember 2001 zur Prüfung vorgelegt. Die Aufzeichnung „Poor performers: Working for development in difficult partnerships“ definiert „leistungsschwache Länder“ unter dem Aspekt des Partnerschaftsansatzes als solche, auf die das übliche DAC-Modell eines vom Land selbst gesteuerten Vorgehens nicht ohne weiteres anzuwenden ist.

Schwerpunkte des gegenwärtigen Arbeitsprogramms

- **Korruptionsbekämpfung:** Orientierungen betreffend empfehlenswerte Verfahrensweisen bei der Korruptionsbekämpfung, d.h. Politikmaßnahmen, Mechanismen zum Kapazitätsaufbau und Konzepte für eine bessere Zusammenarbeit in den EZ-Stellen und den Partnerländern.
- **Kapazitätsentwicklung:** Überprüfung der besten Verfahrensweisen beim Einsatz von EZ-Instrumenten zur Stärkung lokaler Kapazitäten und zur Lösung des Problems der Abwanderung von Fachkräften.
- **Reform des öffentlichen Dienstes:** Analyse der von den Partnerländern gemachten Erfahrungen und Meinungsaustausch über beste Verfahrensweisen auf der Basis von Arbeiten der Geberarbeitsgruppe über die Reform des öffentlichen Dienstes (PSR-WG), einem informellen Netzwerk von Verantwortlichen der EZ-Stellen der Geberländer. GOVNET wird sich mit der politischen und partizipatorischen Dimension bei der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen, den Besoldungsreformen, der Besoldungspolitik und den Arbeitsanreizen wie auch den Verknüpfungen mit Arbeiten über Korruptionsbekämpfung befassen.
- **„Leistungsschwache Länder“:** Erarbeitung empfehlenswerter Konzepte für die Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern, wo sich Partnerschaften schwierig gestalten.

Sonderarbeitsgruppe für Geberpraktiken (TFPD)

Datum der Einrichtung: Ende 2000
Dauer des Mandats: Bis Ende 2002
Vorsitz: Richard Manning
(Vereinigtes Königreich)

Mandat

Stärkung der Eigenverantwortung der Entwicklungsländer durch die Identifizierung und Dokumentierung von Geberpraktiken, die die Kapazitätsbelastung, die für die Partnerländer mit der Verwaltung der EZ-Programme verbunden ist, in kostengünstiger Weise verringern und die entsprechenden Transaktionskosten reduzieren könnten.

Wichtigste Ergebnisse/Dokumente der jüngsten Zeit

- Einrichtung von drei Untergruppen, deren Arbeitsprogramme genehmigt wurden.
- Eine in sieben DAC-Mitgliedsländern durchgeführte Studie über Rechenschaftslegung der Geber.
- Erstellung eines Rahmenkonzepts für das Finanzmanagement.

Schwerpunkte des gegenwärtigen Arbeitsprogramms

Finanzmanagement und Rechenschaftslegung

- Globales Rahmenkonzept.
- Kooperatives Vorgehen bei Diagnosearbeiten.
- Standards.
- Rechnungslegung und -prüfung.

Berichterstattung und Monitoring

- Fragen der Abgrenzung und nützliche Erfahrungen.
- Referenzdokumente über empfehlenswerte Verfahrensweisen.

Vorbereitung der Umsetzungsphase des Projektzyklus

- Analytische Arbeiten auf Sektorebene, Grundsätze für empfehlenswerte Verfahrensweisen.
- Gemeinsamer Rahmen für Risikoanalysen.
- Konzept des logischen Bezugsrahmens.
- Bei Kofinanzierung: Gewährleistung des effektiven Nutzens.

2. *Direktion Entwicklungszusammenarbeit (DCD)*

Die Arbeiten des DAC werden unterstützt von der Direktion Entwicklungszusammenarbeit (DCD), eine der zwölf Fachdirektionen der OECD. Die Rolle der DCD besteht darin, den Mitgliedern bei der Politikformulierung, der Politikkoordinierung und der Verbesserung von Informationssystemen im Entwicklungsbereich zu helfen. Damit unterstützt sie die Arbeiten sowohl des DAC als auch der OECD insgesamt. Indessen sind ihre Verbindungen zu dem Ausschuss, dem sie zuarbeitet, so eng, dass die DCD gewöhnlich mit dem DAC selbst identifiziert wird.

Das Büro des Direktors führt die Aufsicht über die Arbeit von annähernd 40 gehobenen Fachkräften sowie des entsprechenden logistischen Personals, die sich auf folgende Bereiche verteilen:

- Die *Abteilung Länderprüfungen und Politikbeobachtung*, die eine laufende Überwachung der EZ-Programme der einzelnen Mitglieder sowie der Nicht-DAC-Geber durchführt und den Prozess der EZ-Prüfungen steuert.

- Die *Abteilung Ressourcenmobilisierung und Entwicklung des privaten Sektors*, die sich mit der Agenda der Entwicklungsfinanzierung befasst und die Entwicklung der gesamten Finanzierungsströme an die Entwicklungsländer, einschließlich Exportkredite, Bankdarlehen und Direktinvestitionen, laufend verfolgt; sie bemüht sich auch um die Aufstellung von Verhaltenskodizes in Bereichen wie liefergebundene Leistungen oder Kombination von EZ-Leistungen mit Handelskrediten.

- Die *Abteilung Strategisches Management der Entwicklungszusammenarbeit*, die sich mit einem breiten Spektrum entwicklungspolitischer Themen und sektoraler Strategien befasst. Zu den Schwerpunktbereichen zählen hier Bevölkerung, Bildung, Umwelt, Gesundheit, technische Zusammenarbeit, partizipative Entwicklung und gute Regierungsführung, Konfliktverhütung, Genderfragen sowie Maßnahmen (namentlich

Evaluierungsmaßnahmen) zur Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit.

- Die *Abteilung Berichterstattungssysteme*, die Statistiken über die gesamten EZ-Leistungen und andere Ressourcen zusammenstellt, gegliedert nach Leistungskategorien, Konditionen, Sektoren und geographischer Verteilung auf die Entwicklungsländer.

- Das Sekretariat für *Partnerships in Statistics for Development in the 21st Century* (PARIS21), ein Konsortium, das 1999 eingerichtet wurde, um die statistischen Kapazitäten, insbesondere die der armen Länder, zu stärken. Zu seinen Gründungsmitgliedern gehören die VN, die OECD, die Weltbank, der IWF und die EG.

Die Direktion unterhält enge Arbeitsbeziehungen zu anderen Organen der OECD, die sich ebenfalls mit Entwicklungsfragen befassen. Dazu zählen:

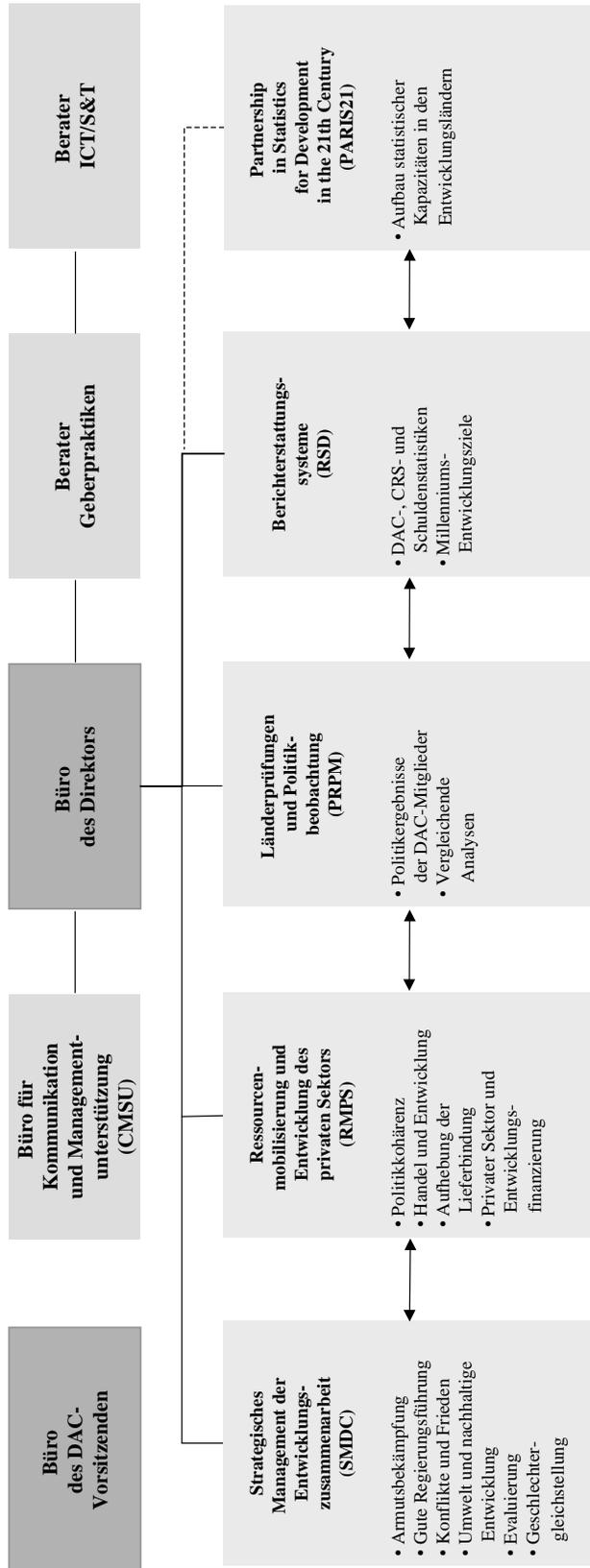
- das Entwicklungszentrum, das den Sammelpunkt für die innerhalb der OECD durchgeführten entwicklungsbezogenen Untersuchungen bildet;

- der Sahel- und Westafrika-Club, ein Forum zur Förderung von Verbindungen zwischen Nord und Süd und zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor;

- das Zentrum für Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedsländern, das den Dialog mit den Transformationsländern und den aufstrebenden Volkswirtschaften sowie mit einigen Entwicklungsländern fördert.

Die DCD arbeitet auch eng mit anderen OECD-Direktionen in Fragen zusammen, bei denen ein gemeinsames Interesse besteht, wie z.B. in den Bereichen Handel, Umwelt und Korruptionsbekämpfung im internationalen Geschäftsverkehr. Den Wechselbeziehungen zwischen OECD- und Entwicklungsländern und deren Auswirkungen auf die Entwicklung gilt das fortgesetzte Augenmerk der Organisation insgesamt.

Struktur der Direktion Entwicklungszusammenarbeit



Mitarbeiter der Direktion Entwicklungszusammenarbeit

Büro des Direktors

Michael RÖSKAU, Direktor
Richard CAREY, Stellvertretender Direktor
Wendy STOKLE, Assistentin des Direktors
Kerry BURNS, Assistentin des Stellvertretenden Direktors
Kordinator für den DAC-Jahresbericht

Berater beim Büro des Direktors

Fred ROOS, Berater Geberpraktiken (abgestellt)
Ichiro TAMBO, Berater, Wissenschaft und Technologie (abgestellt)
Informations- und Kommunikationstechnologien
Simon MIZRAHI, Sachbearbeiter, Geberpraktiken
Rebecca EDWARDS, Assistentin, Geberpraktiken
Assistent, Wissenschaft und Technologie (noch zu besetzen)

Kommunikation und Managementunterstützung (CMSU)

Roberta BENSKY, Leiterin
Karen BLAISE, Assistentin, Verwaltung
Susana GARCIA-LORENZO, Assistentin, Veröffentlichungen und Kommunikation
John NOONAN, Assistent, Tagungen und Dokumente
Claudine WASTL, Assistentin, Dokumente
Cathy ROZZANELLI, Assistentin, Dokumente

Abteilung Strategisches Management und Entwicklungszusammenarbeit (SMDC)

Paul ISENMAN, Leiter der Abteilung
Maria CONSOLATI, Assistentin des Leiters der Abteilung

Entwicklungszusammenarbeit, Umwelt und nachhaltige Entwicklung

Rémi PARIS, Leitender Sachbearbeiter
Georg CASPARY, Sachbearbeiter
Maria CONSOLATI, Assistentin

Gute Regierungsführung, Kapazitätsaufbau und Konfliktverhütung

Massimo TOMMASOLI, Leitender Sachbearbeiter
Monique BERGERON, Sachbearbeiterin, Regierungsführung
Francesca COOK, Sachbearbeiterin, Konfliktverhütung
Lisa WILLIAMS, Sachbearbeiterin, Konfliktverhütung
Marcia BYSTROM, Assistentin

Evaluierung und EZ-Wirksamkeit

Hans LUNDGREN, Berater, EZ-Wirksamkeit
Monique BERGERON, Sachbearbeiterin
Carola MIRAS, Assistentin

Armut und soziale Entwicklung

Dag EHRENPREIS, Berater, Armutsbekämpfung (abgestellt)
Stéphanie BAILE, Leitende Sachbearbeiterin
Raundi HALVORSON-QUEVEDO, Sachbearbeiterin
Jean LENNOCK, Consultant, Armut und Gesundheit (abgestellt)
Julie SEIF, Assistentin

Geschlechtergleichstellung

Francesca COOK, Sachbearbeiterin
Carola MIRAS, Assistentin

Abteilung Ressourcenmobilisierung und Entwicklung des privaten Sektors (RMPS)

William NICOL, Leiter der Abteilung
Isabelle HERNAEZ POZO, Assistentin des Leiters der Abteilung
Leila ATTALAH, Assistentin

Privater Sektor und Entwicklungsfinanzierung

Carol GABYZON, Sachbearbeiterin

Politikkohärenz/Aufhebung der Lieferbindung

Franciscus LAMMERSEN, Leitender Sachbearbeiter

Politikkohärenz/Kapazitätsaufbau im Handel

Ebba DOHLMAN, Sachbearbeiterin

Statistische Analyse und OLIS-Moderation

Ann GORDON, Leitende statistische Assistentin

Abteilung Länderprüfungen und Politikbeobachtung (PRPM)

Hunter MCGILL, Leiter der Abteilung (*ab März 2002*)
Madeleine PARIS-IDIL, Assistentin des Leiters der Abteilung
Assistent (noch zu besetzen)
Kaori MIYAMOTO, Leitende Sachbearbeiterin
James HRADSKY, Leitender Sachbearbeiter
Sean CONLIN, Leitender Sachbearbeiter (abgestellt)
Michael LAIRD, Sachbearbeiter
Marjolaine NICOD, Sachbearbeiterin

Abteilung Berichterstattungssysteme (RSD)

Brian HAMMOND, Leiter der Abteilung
Ann LUCAS-ZIMMERMAN, Assistentin des Leiters der Abteilung
Amanda GAUTHERIN, Assistentin

DAC-Statistiken

Simon SCOTT, Leitender Sachbearbeiter
Yasmin AHMAD, Sachbearbeiterin
Aimée NICHOLS, Assistentin, Datenverarbeitung
Rudolphe PETRAS, Assistent, Datenverarbeitung und private Leistungen

Creditor Reporting System

Jean-Louis GROLLEAU, Leitender Sachbearbeiter
Julia BENN, Sachbearbeiterin
Valérie GAVEAU, Assistentin, Anwendungen/Veröffentlichungen
Virginia BRAUNSTEIN, Statistische Assistentin
Cécile SANGARE, Assistentin

Auslandsschuldenstatistiken

Deborah GUZ, Sachbearbeiterin CRS/Private Leistungen
Jean KERTUDO, Consultant
Frédérique LANG, Assistentin, Datenverarbeitung/Anfragen
Florence MAUCLERT, Statistische Assistentin

IT-Unterstützung und Entwicklungsserverzentrum

Marc TOCATLIAN, Sachbearbeiter

Partnerships in Statistics for Development in the 21st Century (PARIS21)

Antoine SIMONPIETRI, Manager (abgestellt)
Bahjat ACHIKBACHE, Senior Consultant (abgestellt)
Mary STRODE, Senior Consultant (abgestellt)
Jennifer GALLELLI, Assistentin
Sandra MIGDAL, Assistentin, Verwaltung

Statistischer Anhang

Inhaltsverzeichnis

Wichtigste Leistungsströme

| | | |
|-----------|---|-----|
| Tabelle 1 | Nettobetrag der finanziellen Gesamtleistungen der DAC-Mitgliedsländer und multilateralen Institutionen an EZ-Empfänger | 184 |
| Tabelle 2 | Nettobetrag der langfristigen finanziellen Gesamtleistungen der DAC-Mitglieder an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen, nach Leistungsarten | 185 |
| Tabelle 3 | Nettobetrag der finanziellen Gesamtleistungen der DAC-Mitglieder an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen | 186 |
| Tabelle 4 | ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen | 187 |
| Tabelle 5 | Private Nettokapitalleistungen der DAC-Mitglieder an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen | 188 |

Leistungen der DAC-Mitglieder im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit

| | | |
|------------|--|-----|
| Tabelle 6a | ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder | 189 |
| Tabelle 6b | Erläss von Nicht-ODA-Forderungen | 190 |
| Tabelle 7 | Indikatoren der Lastenteilung | 191 |
| Tabelle 8 | ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder, zu Preisen und Wechselkursen von 1999 | 192 |
| Tabelle 9 | Langfristige Tendenzen bei der öffentlichen Entwicklungshilfe der DAC-Mitglieder | 193 |
| Tabelle 10 | Ausgaben für die technische Zusammenarbeit | 194 |
| Tabelle 11 | Finanzielle Leistungen an Entwicklungsländer, ohne ODA, 2000 | 195 |

Einzelangaben zu den finanziellen Leistungen der DAC-Länder

| | | |
|------------|--|-----------|
| Tabelle 12 | Vergleich der finanziellen Gesamtleistungen nach Kategorien, 1999 | 196 - 197 |
| Tabelle 13 | Vergleich der finanziellen Gesamtleistungen nach Kategorien, 2000 | 198 - 199 |
| Tabelle 14 | Finanzielle Gesamtleistungen an Entwicklungsländer und multilaterale Stellen | 200 - 215 |

Multilaterale Leistungen

| | | |
|------------|---|-----------|
| Tabelle 15 | ODA-Leistungen der DAC-Mitglieder an multilaterale Stellen, 2000 | 216 |
| Tabelle 16 | Kapitalzeichnungen bei multilateralen Stellen auf Hinterlegungs- und Inkassobasis | 217 |
| Tabelle 17 | Vergünstigte und nicht vergünstigte Leistungen der multilateralen Stellen | 218 - 219 |

Aufschlüsselung der ODA nach Sektoren

| | | |
|------------|---|-----------|
| Tabelle 18 | Hauptverwendungszwecke der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Geber | 220 |
| Tabelle 19 | EZ-Leistungen nach Hauptverwendungszwecken, 2000 | 221 - 222 |

Finanzielle und sonstige Bedingungen

| | | |
|------------|--|-----|
| Tabelle 20 | Finanzielle Bedingungen der ODA-Zusagen | 223 |
| Tabelle 21 | Einhaltung der DAC-Konditionenempfehlung von 1978 durch die DAC-Mitglieder, 1999 und 2000 | 224 |
| Tabelle 22 | Sonstige Konditionenparameter | 225 |
| Tabelle 23 | Grad der Lieferbindung der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder, 2000 | 226 |
| Tabelle 24 | Grad der Lieferbindung der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder, 2000 | 227 |

Geographische Verteilung der ODA

| | | |
|------------|--|-----------|
| Tabelle 25 | Empfangene ODA-Leistungen und ausgewählte Indikatoren für Entwicklungsländer und -gebiete | 228 - 232 |
| Tabelle 26 | Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach Einkommensgruppen | 233 |
| Tabelle 27 | Geographische Aufschlüsselung der von den einzelnen DAC-Gebern und den multilateralen Stellen gewährten ODA | 234 |
| Tabelle 28 | Geographische Aufschlüsselung der ODA-Leistungen nach DAC-Gebern | 235 |
| Tabelle 29 | ODA-Nettoauszahlungen an die Subsahara-Länder nach Gebern | 236 |
| Tabelle 30 | ODA-Nettoauszahlungen an die Subsahara-Länder nach Empfängern | 237 |
| Tabelle 31 | EZ-Leistungen der DAC-Mitglieder an die am wenigsten entwickelten Länder | 238 |
| Tabelle 32 | Hauptempfänger der ODA-Leistungen der einzelnen DAC-Mitglieder | 239 - 250 |

EZ-Leistungen von Nicht-DAC-Gebern

| | | |
|------------|--------------------------------|-----|
| Tabelle 33 | ODA von Nicht-DAC-Gebern | 251 |
|------------|--------------------------------|-----|

Schlüsselindikatoren für die DAC-Länder

| | | |
|------------|---|-----|
| Tabelle 34 | Anteil der Schuldenerleichterungen an den gesamten ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder im Jahr 2000 | 252 |
| Tabelle 35 | Wirtschaftsindikatoren für die DAC-Mitgliedstaaten, 2000 | 253 |
| Tabelle 36 | Deflatoren für die Leistungen der DAC-Geber | 254 |
| Tabelle 37 | Bruttonationaleinkommen und Bevölkerung der DAC-Mitgliedstaaten | 255 |

Öffentliche Hilfe und sonstige Leistungen an Teil-II-Länder

| | | |
|------------|--|-----------|
| Tabelle 38 | Netto-OA-Auszahlungen an Länder von Teil II der DAC-Liste | 257 |
| Tabelle 39 | Finanzielle Leistungen an Länder von Teil II der DAC-Liste und multilaterale Stellen . | 258 - 261 |
| Tabelle 40 | Empfangene OA-Leistungen und ausgewählte Indikatoren für die Länder und Gebiete von Teil II der DAC-Liste | 262 |

**Mehr Informationen über die DAC-Statistiken vermittelt unsere
Internetseite
www.oecd.org/dac/stats**

Stichtag für die Vorlage der in diesem Bericht verwendeten Daten war der 15. November 2001. Alle Daten in dieser Veröffentlichung beziehen sich – sofern nicht anders angegeben – auf Kalenderjahre. Die in diesem Bericht enthaltenen Daten spiegeln den Stand der DAC-Liste von 2000 wider (eine vollständige Liste der Länder findet sich am Ende des vorliegenden Bands).

Verwendete Zeichen

| | |
|-----------|---|
| () | Ganz oder teilweise vom Sekretariat geschätzt |
| 0 - 0.00 | Nichts oder unerheblich |
| – oder .. | Kein Nachweis vorhanden |
| n.a. | Nicht anwendbar |
| v. | Vorläufig |

Leichte Abweichungen der Gesamtzahlen von der Summe der einzelnen Zahlen sind durch Auf- oder Abrunden bedingt.

Nähere Angaben über Herkunft und Bestimmung der ODA/OA-Leistungen und der sonstigen Leistungen enthält der statistische Bericht *Geographical Distribution of Financial Flows to Aid Recipients 1996-2000* sowie die CD-ROM *International Development Statistics*.

Tabelle 1 NETTOBETRAG DER FINANZIELLEN GESAMTLEISTUNGEN DER DAC-MITGLIEDSLÄNDER UND MULTILATERALEN INSTITUTIONEN AN EZ-EMPFÄNGER

| | Mrd. \$, jeweilige Preise | | | | | | | | | | In % des Gesamtbetrags | | | | | | | | | |
|---|---------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------------|--------------|--------------|------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------------|--|--|--|--|
| | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 ^v | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 ^v | | | | |
| I. ÖFFENTLICHE ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| (ODF) | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| <i>davon:</i> Bilateral | 82.4 | 84.5 | 87.6 | 73.5 | 75.4 | 88.8 | 85.9 | 65.5 | 49.7 | 37.5 | 33.2 | 21.0 | 23.5 | 38.8 | 34.2 | 34.4 | | | | |
| Multilateral | 55.5 | 59.6 | 59.1 | 55.8 | 47.9 | 50.1 | 52.1 | 49.5 | 33.5 | 26.4 | 22.4 | 15.9 | 14.9 | 21.9 | 20.8 | 26.0 | | | | |
| 2. Öffentliche Hilfe (OA) | 39.4 | 41.3 | 40.6 | 39.1 | 32.4 | 35.2 | 37.9 | 36.0 | 23.8 | 18.3 | 15.4 | 11.2 | 10.1 | 15.4 | 15.1 | 18.9 | | | | |
| <i>davon:</i> Bilateral | 16.1 | 18.3 | 18.4 | 16.7 | 15.4 | 14.9 | 14.2 | 13.5 | 9.7 | 8.1 | 7.0 | 4.8 | 4.8 | 6.5 | 5.7 | 7.1 | | | | |
| Multilateral | 6.0 | 6.9 | 8.4 | 5.6 | 5.6 | 7.0 | 7.8 | 7.8 | 3.6 | 3.0 | 3.2 | 1.6 | 1.8 | 3.1 | 3.1 | 4.1 | | | | |
| 3. Sonstige ODF | 5.2 | 5.5 | 7.1 | 4.0 | 4.0 | 4.5 | 4.9 | 4.9 | 3.1 | 2.5 | 2.7 | 1.2 | 1.3 | 2.0 | 1.9 | 2.6 | | | | |
| <i>davon:</i> Bilateral | 0.7 | 1.3 | 1.3 | 1.5 | 1.6 | 2.5 | 2.9 | 2.9 | 0.4 | 0.6 | 0.5 | 0.4 | 0.5 | 1.1 | 1.2 | 1.5 | | | | |
| Multilateral | 21.0 | 18.1 | 20.1 | 12.2 | 22.0 | 31.7 | 26.1 | 8.2 | 12.7 | 8.0 | 7.6 | 3.5 | 6.9 | 13.8 | 10.4 | 4.3 | | | | |
| 4. Sonstiger Kapitalverkehr (einschl. Wertpapierinvestitionen) ^b | 11.4 | 12.2 | 14.0 | 5.7 | 5.9 | 12.8 | 10.4 | -1.4 | 6.9 | 5.4 | 5.3 | 1.6 | 1.9 | 5.6 | 4.1 | -0.7 | | | | |
| 5. Zuschüsse von NRO | 9.6 | 5.8 | 6.1 | 6.5 | 16.0 | 18.9 | 15.6 | 9.7 | 5.8 | 2.6 | 2.3 | 1.8 | 5.0 | 8.2 | 6.2 | 5.1 | | | | |
| II. EXPORTKREDITE INSGESAMT | -3.0 | 6.3 | 5.6 | 4.0 | 4.8 | 8.3 | 4.0 | 7.7 | -1.8 | 2.8 | 2.1 | 1.1 | 1.5 | 3.6 | 1.6 | 4.0 | | | | |
| III. PRIVATE LEISTUNGEN | 86.3 | 134.7 | 170.7 | 272.8 | 240.2 | 131.8 | 161.1 | 117.0 | 52.1 | 59.7 | 64.7 | 77.9 | 75.0 | 57.6 | 64.2 | 61.5 | | | | |
| 1. Direktinvestitionen (DAC) | 41.6 | 52.1 | 59.6 | 68.9 | 102.3 | 119.8 | 145.6 | 119.5 | 25.1 | 23.1 | 22.6 | 19.7 | 31.9 | 52.3 | 58.0 | 62.8 | | | | |
| <i>davon:</i> An Offshore-Bankplätze | 9.4 | 10.8 | 6.3 | 16.7 | 19.1 | 20.3 | 37.9 | 29.8 | 5.7 | 4.8 | 2.4 | 4.8 | 6.0 | 8.9 | 15.1 | 15.7 | | | | |
| 2. Internationaler Bankensektor ^a | 4.8 | 32.1 | 76.9 | 86.0 | 12.0 | -76.3 | -79.6 | -36.0 | 2.9 | 14.2 | 29.1 | 24.6 | 3.7 | -33.3 | -31.7 | -18.9 | | | | |
| 3. Anleihen insgesamt | 28.7 | 32.0 | 24.7 | 78.5 | 83.7 | 34.2 | 28.8 | 18.9 | 17.3 | 14.2 | 9.4 | 22.4 | 26.1 | 14.9 | 11.5 | 9.9 | | | | |
| 4. Sonstiger Kapitalverkehr (einschl. Wertpapierinvestitionen) ^b | 5.5 | 12.5 | 3.5 | 33.8 | 37.0 | 48.4 | 59.5 | 7.8 | 3.3 | 5.5 | 1.3 | 9.7 | 11.5 | 21.2 | 23.7 | 4.1 | | | | |
| 5. Zuschüsse von NRO | 5.7 | 6.0 | 6.0 | 5.6 | 5.2 | 5.6 | 6.7 | 6.9 | 3.4 | 2.7 | 2.3 | 1.6 | 1.6 | 2.4 | 2.7 | 3.6 | | | | |
| GESAMTBETRAG DER LEISTUNGEN, NETTO (I+II+III) | 165.7 | 225.5 | 263.8 | 350.3 | 320.4 | 229.0 | 251.0 | 190.3 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | | | | |
| Nachrichtlich (nicht berücksichtigt): | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Nettoanspruchnahme von IWF-Krediten ^c | 3.3 | 0.6 | 15.6 | 0.3 | 14.4 | 18.8 | -12.8 | -10.6 | | | | | | | | | | | | |
| Geber, die keine DAC-Mitglieder sind (ODA/OA) | 1.3 | 1.0 | 0.8 | 0.9 | 1.0 | 0.9 | 0.8 | 1.0 | | | | | | | | | | | | |
| Zum Vergleich: | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Gesamte Netto-ODA ^d | 56.5 | 59.2 | 58.9 | 55.6 | 48.5 | 52.1 | 56.4 | 53.7 | | | | | | | | | | | | |
| <i>davon:</i> Bilaterale Zuschüsse | 33.4 | 35.2 | 36.2 | 36.5 | 31.3 | 32.5 | 33.9 | 33.0 | | | | | | | | | | | | |

a) Ohne Anleihen der Banken (Posten III.3) und ohne die unter II weiter oben erfassten verbürgten Finanzkredite.

b) Lückenhafte Meldungen mehrerer DAC-Länder (darunter: Frankreich, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten). Einschließlich Japan ab 1996.

c) Kapital zu nicht vergünstigten Bedingungen aus den IWF-Mitteln für kurzfristige Zahlungsbilanz-Finanzierungen (GRA: General Resources Account).

d) Umfasst die bilaterale ODA plus **Beiträge an multilaterale Organisationen** anstelle der ODA-Auszahlungen von multilateralen Organisationen, wie oben angegeben.

v) Vorläufig.

Tabelle 2 NETTOBETRAG DER LANGFRISTIGEN FINANZIELLEN GESAMTLEISTUNGEN DER DAC-MITGLIEDER AN ENTWICKLUNGSLÄNDER UND MULTILATERALE STELLEN, NACH LEISTUNGSARTEN

| | Nettoaussahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen | | | | | | | | | | | | | |
|--|---|-------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|-------------------------|-------------------------|------------|------------|------------|------------|------------|
| | Mio. \$ | | | | | | Prozentsätze | | | | | | | |
| | Durchschnitt 1984-85 | Durchschnitt 1989-90 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | Durchschnitt 1984-85 | Durchschnitt 1989-90 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit | | | | | | | | | | | | | | |
| 1. Bilaterale Zuschüsse und zuschussartige Leistungen | 28 443 | 49 345 | 55 622 | 48 497 | 52 084 | 56 428 | 53 737 | 46 | 60 | 29 | 26 | 29 | 29 | 41 |
| davon: Technische Zusammenarbeit | 15 933 | 29 058 | 36 534 | 31 282 | 32 465 | 33 922 | 33 022 | 26 | 36 | 19 | 17 | 18 | 18 | 25 |
| Nahrungsmittelhilfe ^a | 5 684 | 10 471 | 14 142 | 12 888 | 13 056 | 13 036 | 12 767 | 9 | 13 | 7 | 7 | 7 | 7 | 10 |
| Sofort- und Katastrophenhilfe ^a | 1 182 | 1 641 | 821 | 1 081 | 919 | 1 045 | 1 180 | 2 | 2 | 0 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| Schuldenerlass | 447 | 934 | 2 693 | 2 165 | 2 787 | 4 414 | 3 574 | 1 | 1 | 1 | 1 | 2 | 2 | 3 |
| Verwaltungskosten | 194 | 3 443 | 3 398 | 3 122 | 3 012 | 2 277 | 1 989 | 0 | 3 | 2 | 2 | 2 | 1 | 2 |
| 2. Bilaterale Kredite | 962 | 1 900 | 2 856 | 2 719 | 2 814 | 3 049 | 3 083 | 2 | 2 | 1 | 1 | 2 | 2 | 2 |
| 3. Beiträge an multilaterale Stellen | 4 185 | 6 754 | 2 585 | 1 147 | 2 739 | 3 956 | 3 021 | 7 | 8 | 1 | 1 | 2 | 2 | 2 |
| davon: VN ^b | 8 325 | 14 300 | 16 503 | 16 068 | 16 880 | 18 551 | 17 694 | 14 | 17 | 9 | 9 | 9 | 10 | 14 |
| EG ^b | 2 325 | 3 743 | 4 383 | 3 885 | 4 249 | 3 654 | 5 188 | 4 | 5 | 2 | 2 | 2 | 2 | 4 |
| IDA ^b | 1 448 | 3 005 | 4 727 | 4 860 | 5 002 | 5 017 | 4 954 | 2 | 4 | 2 | 3 | 3 | 3 | 4 |
| Regionale Entwicklungsbanken ^b | 2 479 | 4 329 | 3 992 | 4 062 | 4 155 | 2 834 | 3 672 | 4 | 5 | 2 | 2 | 2 | 1 | 3 |
| II. Sonstige öffentliche Leistungen | 1 317 | 2 159 | 1 578 | 1 551 | 1 895 | 5 020 | 2 187 | 2 | 3 | 1 | 1 | 1 | 3 | 2 |
| 1. Bilateral | 4 581 | 7 001 | 5 562 | 6 125 | 13 491 | 15 477 | -4 537 | 7 | 9 | 3 | 3 | 7 | 8 | -3 |
| 2. Multilateral | 4 547 | 6 402 | 6 089 | 6 074 | 11 483 | 14 528 | -4 355 | 7 | 8 | 3 | 3 | 6 | 7 | -3 |
| | 34 | 600 | -527 | 51 | 2 008 | 949 | -182 | 0 | 1 | 0 | 0 | 1 | 0 | 0 |
| III. Private Leistungen zu Marktbedingungen | | | | | | | | | | | | | | |
| 1. Direktinvestitionen | 25 578 | 20 921 | 126 809 | 125 623 | 111 223 | 115 119 | 74 537 | 42 | 26 | 66 | 68 | 61 | 59 | 57 |
| 2. Bilaterale Wertpapierinvestitionen | 8 773 | 26 717 | 58 879 | 77 137 | 83 416 | 94 708 | 67 234 | 14 | 33 | 30 | 42 | 46 | 49 | 51 |
| 3. Multilaterale Wertpapierinvestitionen | 6 220 | -9 830 | 67 584 | 50 861 | 27 762 | 24 301 | 3 046 | 10 | -12 | 35 | 27 | 15 | 13 | 2 |
| 4. Exportkredite | 5 994 | 1 361 | -948 | -6 126 | -2 059 | -5 786 | -3 385 | 10 | 2 | 0 | -3 | -1 | -3 | -3 |
| IV. NRO-Nettozuschüsse | 4 591 | 2 673 | 1 295 | 3 751 | 2 104 | 1 896 | 7 642 | 7 | 3 | 1 | 2 | 1 | 1 | 6 |
| GESAMTBETRAG DER LEISTUNGEN (NETTO) | 2 741 | 4 560 | 5 568 | 5 191 | 5 609 | 6 715 | 6 935 | 4 | 6 | 3 | 3 | 3 | 3 | 5 |
| Gesamtbetrag der Leistungen (netto) zu Preisen und Wechselkursen von 1999^c | 61 342 | 81 826 | 193 561 | 185 436 | 182 407 | 193 740 | 130 673 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| | 119 657 | 97 157 | 178 974 | 185 176 | 186 643 | 193 740 | 136 217 | | | | | | | |

a) Die Nahrungsmittelsoforthilfe wurde bis einschl. 1995 der EZ-Nahrungsmittelhilfe zugerechnet.

b) Zuschüsse und Kapitalzeichnungen. Ohne Kredite zu vergünstigten Bedingungen an multilaterale Stellen.

c) Bereinigt um den gesamten DAC-Deflator.

Tabelle 3 NETTOBETRAG DER FINANZIELLEN GESAMTLEISTUNGEN DER DAC-MITGLIEDER AN ENTWICKLUNGSLÄNDER UND MULTILATERALE STELLEN

| | Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen | | | | | | | | | | | | | |
|------------------------|---|--------------------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|-------------------------|--------------------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | Mio. \$ | | | | | In % des BNE | | | | | | | | |
| | Durchschnitt 1984-85 | Durchschnitt ^a 1989-90 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | Durchschnitt 1984-85 | Durchschnitt ^a 1989-90 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| Australien | 1 374 | 1 547 | -721 | -3 043 | 1 745 | 1 279 | 1 491 | 0.84 | 0.56 | -0.18 | -0.78 | 0.49 | 0.33 | 0.40 |
| Österreich | 109 | 364 | 1 878 | 1 661 | 889 | 1 963 | 1 067 | 0.17 | 0.26 | 0.82 | 0.81 | 0.42 | 0.95 | 0.57 |
| Belgien | 2 416 | 777 | 5 614 | -10 636 | 7 725 | 5 528 | 2 281 | 3.06 | 0.45 | 2.11 | -4.32 | 3.08 | 2.21 | 1.00 |
| Kanada | 2 250 | 3 102 | 6 682 | 10 536 | 9 227 | 6 992 | 6 483 | 0.68 | 0.57 | 1.18 | 1.76 | 1.60 | 1.14 | 0.95 |
| Dänemark | 536 | 984 | 1 949 | 1 928 | 1 806 | 1 992 | 2 176 | 1.00 | 0.88 | 1.15 | 1.15 | 1.05 | 1.16 | 1.39 |
| Finnland | 281 | 966 | 1 147 | 449 | 1 633 | 858 | 1 050 | 0.55 | 0.80 | 0.96 | 0.39 | 1.31 | 0.68 | 0.88 |
| Frankreich | 7 825 | 5 484 | 17 486 | 13 979 | 8 402 | 9 160 | 5 557 | 1.57 | 0.51 | 1.14 | 1.00 | 0.59 | 0.64 | 0.43 |
| Deutschland | 6 128 | 12 853 | 20 815 | 19 785 | 22 436 | 20 006 | 12 420 | 0.99 | 0.95 | 0.88 | 0.94 | 1.05 | 0.96 | 0.67 |
| Griechenland | .. | .. | 184 | 185 | 189 | 195 | 229 | .. | .. | 0.15 | 0.15 | 0.16 | 0.16 | 0.20 |
| Irland | 79 | 136 | 371 | 323 | 333 | 251 | 741 | 0.49 | 0.42 | 0.64 | 0.54 | 0.50 | 0.32 | 0.93 |
| Italien | 2 251 | 4 488 | 4 713 | 8 116 | 13 171 | 11 337 | 10 846 | 0.54 | 0.46 | 0.39 | 0.71 | 1.13 | 0.97 | 1.01 |
| Japan | 11 667 | 19 612 | 38 088 | 29 509 | 17 902 | 20 794 | 11 264 | 0.90 | 0.67 | 0.80 | 0.68 | 0.45 | 0.46 | 0.23 |
| Luxemburg | 8 | 23 | 89 | 100 | 118 | 124 | 133 | 0.16 | 0.22 | 0.47 | 0.58 | 0.68 | 0.69 | 0.74 |
| Niederlande | 2 339 | 3 215 | 9 514 | 8 683 | 12 752 | 7 985 | 6 947 | 1.88 | 1.29 | 2.38 | 2.38 | 3.35 | 2.02 | 1.85 |
| Neuseeland | 84 | 104 | 147 | 182 | 154 | 163 | 142 | 0.39 | 0.26 | 0.25 | 0.31 | 0.31 | 0.33 | 0.32 |
| Norwegen | 598 | 1 048 | 1 668 | 1 647 | 1 983 | 2 060 | 1 437 | 1.09 | 1.10 | 1.07 | 1.07 | 1.35 | 1.36 | 0.91 |
| Portugal | 9 | 192 | 944 | 1 337 | 2 015 | 2 457 | 4 622 | 0.05 | 0.37 | 0.89 | 1.33 | 1.89 | 2.28 | 4.45 |
| Spanien | 269 | 706 | 4 259 | 7 411 | 11 841 | 29 029 | 23 471 | 0.17 | 0.16 | 0.74 | 1.41 | 2.10 | 4.90 | 4.25 |
| Schweden | 1 336 | 2 576 | 2 003 | 2 092 | 2 847 | 2 892 | 3 952 | 1.41 | 1.26 | 0.84 | 0.96 | 1.30 | 1.24 | 1.76 |
| Schweiz | 2 937 | 2 677 | -1 471 | -3 457 | 4 683 | 3 241 | 2 054 | 3.04 | 1.27 | -0.48 | -1.31 | 1.67 | 1.17 | 0.80 |
| Vereinigtes Königreich | 3 647 | 7 997 | 22 470 | 19 659 | 12 136 | 15 299 | 7 058 | 0.82 | 0.89 | 1.93 | 1.50 | 0.86 | 1.05 | 0.50 |
| Vereinigte Staaten | 15 201 | 13 738 | 55 731 | 74 991 | 48 421 | 50 138 | 25 252 | 0.40 | 0.26 | 0.73 | 0.93 | 0.55 | 0.54 | 0.25 |
| DAC INSGESAMT | 61 342 | 81 826 | 193 561 | 185 436 | 182 407 | 193 740 | 130 673 | 0.73 | 0.54 | 0.86 | 0.84 | 0.81 | 0.81 | 0.54 |
| davon: | | | | | | | | | | | | | | |
| EU-Mitglieder | 27 232 | 40 763 | 93 436 | 75 070 | 98 292 | 109 075 | 82 550 | 1.03 | 0.70 | 1.09 | 0.93 | 1.17 | 1.29 | 1.06 |

a) Einschl. Erläss von Nicht-ODA-Forderungen im Jahr 1990, mit Ausnahme der DAC-ODA-Gesamtleistungen. Vgl. Tabelle 6b.

Tabelle 4 ODA-NETTOLEISTUNGEN DER DAC-MITGLIEDER AN ENTWICKLUNGSLÄNDER
UND MULTILATERALE STELLEN

| | Mio. \$ | | | | | | In % des BNE | | | | | | | |
|---------------------------------|-------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|-------------------------|-------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | Durchschnitt 1984-85 | 1989-90 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | Durchschnitt 1984-85 | Durchschnitt 1989-90 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| Australien | 763 | 987 | 1 074 | 1 061 | 960 | 982 | 987 | 0.47 | 0.36 | 0.27 | 0.27 | 0.27 | 0.26 | 0.27 |
| Österreich | 215 | 338 | 557 | 527 | 456 | 527 | 423 | 0.33 | 0.24 | 0.24 | 0.26 | 0.22 | 0.26 | 0.23 |
| Belgien | 443 | 796 | 913 | 764 | 883 | 760 | 820 | 0.56 | 0.46 | 0.34 | 0.31 | 0.35 | 0.30 | 0.36 |
| Kanada | 1 628 | 2 395 | 1 795 | 2 045 | 1 707 | 1 706 | 1 744 | 0.50 | 0.44 | 0.32 | 0.34 | 0.30 | 0.28 | 0.25 |
| Dänemark | 444 | 1 054 | 1 772 | 1 637 | 1 704 | 1 733 | 1 664 | 0.83 | 0.94 | 1.04 | 0.97 | 0.99 | 1.01 | 1.06 |
| Finnland | 194 | 776 | 408 | 379 | 396 | 416 | 371 | 0.38 | 0.64 | 0.34 | 0.33 | 0.32 | 0.33 | 0.31 |
| Frankreich | 3 080 | 6 483 | 7 451 | 6 307 | 5 742 | 5 639 | 4 105 | 0.62 | 0.60 | 0.48 | 0.45 | 0.40 | 0.39 | 0.32 |
| Deutschland | 2 862 | 5 634 | 7 601 | 5 857 | 5 581 | 5 515 | 5 030 | 0.46 | 0.42 | 0.32 | 0.28 | 0.26 | 0.26 | 0.27 |
| Griechenland | .. | .. | 184 | 173 | 179 | 194 | 226 | .. | .. | 0.15 | 0.14 | 0.15 | 0.15 | 0.20 |
| Irland | 37 | 53 | 179 | 187 | 199 | 245 | 235 | 0.23 | 0.16 | 0.31 | 0.31 | 0.30 | 0.31 | 0.30 |
| Italien | 1 115 | 3 504 | 2 416 | 1 266 | 2 278 | 1 806 | 1 376 | 0.27 | 0.36 | 0.20 | 0.11 | 0.20 | 0.15 | 0.13 |
| Japan | 4 058 | 9 017 | 9 439 | 9 358 | 10 640 | 15 323 | 13 508 | 0.31 | 0.31 | 0.20 | 0.21 | 0.27 | 0.34 | 0.28 |
| Luxemburg | 8 | 22 | 82 | 95 | 112 | 119 | 127 | 0.16 | 0.20 | 0.44 | 0.55 | 0.65 | 0.66 | 0.71 |
| Niederlande | 1 202 | 2 316 | 3 246 | 2 947 | 3 042 | 3 134 | 3 135 | 0.97 | 0.93 | 0.81 | 0.81 | 0.80 | 0.79 | 0.84 |
| Neuseeland | 54 | 91 | 122 | 154 | 130 | 134 | 113 | 0.25 | 0.22 | 0.21 | 0.26 | 0.27 | 0.27 | 0.25 |
| Norwegen | 557 | 1 061 | 1 311 | 1 306 | 1 321 | 1 370 | 1 264 | 1.02 | 1.11 | 0.84 | 0.85 | 0.90 | 0.90 | 0.80 |
| Portugal | 9 | 126 | 218 | 250 | 259 | 276 | 271 | 0.05 | 0.24 | 0.21 | 0.25 | 0.24 | 0.26 | 0.26 |
| Spanien | 152 | 753 | 1 251 | 1 234 | 1 376 | 1 363 | 1 195 | 0.09 | 0.17 | 0.22 | 0.24 | 0.24 | 0.23 | 0.22 |
| Schweden | 791 | 1 903 | 1 999 | 1 731 | 1 573 | 1 630 | 1 799 | 0.83 | 0.93 | 0.84 | 0.79 | 0.72 | 0.70 | 0.80 |
| Schweiz | 294 | 654 | 1 026 | 911 | 898 | 984 | 890 | 0.30 | 0.31 | 0.34 | 0.34 | 0.32 | 0.35 | 0.34 |
| Vereinigtes Königreich | 1 480 | 2 612 | 3 199 | 3 433 | 3 864 | 3 426 | 4 501 | 0.33 | 0.29 | 0.27 | 0.26 | 0.27 | 0.24 | 0.32 |
| Vereinigte Staaten | 9 057 | 9 536 | 9 377 | 6 878 | 8 786 | 9 145 | 9 955 | 0.24 | 0.18 | 0.12 | 0.09 | 0.10 | 0.10 | 0.10 |
| DAC INSGESAMT | 28 443 | 49 345 | 55 622 | 48 497 | 52 084 | 56 428 | 53 737 | 0.34 | 0.32 | 0.25 | 0.22 | 0.23 | 0.24 | 0.22 |
| davon: | | | | | | | | | | | | | | |
| EU-Mitglieder | 12 032 | 26 371 | 31 476 | 26 785 | 27 641 | 26 784 | 25 277 | 0.45 | 0.45 | 0.37 | 0.33 | 0.33 | 0.32 | 0.32 |
| <i>Nachrichtlich:</i> | | | | | | | | | | | | | | |
| Durchschnittsleistungen je Land | 0.44 | 0.45 | 0.39 | 0.38 | 0.39 | 0.39 | 0.39 | 0.44 | 0.45 | 0.39 | 0.38 | 0.39 | 0.39 | 0.39 |

a) Einschl. Erlass von Nicht-ODA-Forderungen im Jahr 1990, mit Ausnahme der DAC-ODA-Gesamtleistungen. Vgl. Tabelle 6b.

Tabelle 5 PRIVATE NETTOKAPITALLEISTUNGEN^{a)} DER DAC-MITGLIEDER AN ENTWICKLUNGSLÄNDER UND MULTILATERALE STELLEN

| | Nettoauszahlungen zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen | | | | | | | | | | | | | |
|------------------------|---|-------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------|-------------------------|-------------------------|--------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | Mio. \$ | | | | | | | | | | | | | |
| | Durchschnitt 1984-85 | Durchschnitt 1989-90 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | Durchschnitt 1984-85 | Durchschnitt 1989-90 | In % des BNE | | | | |
| Australien | 487 | 374 | -2 091 | -4 352 | 528 | -470 | -219 | 0.30 | 0.14 | -0.53 | -1.11 | 0.15 | -0.12 | -0.06 |
| Österreich | -122 | -31 | 938 | 952 | 306 | 1 334 | 560 | -0.19 | -0.02 | 0.41 | 0.47 | 0.15 | 0.65 | 0.30 |
| Belgien | 1 800 | -355 | 4 547 | -11 439 | 6 727 | 4 765 | 1 394 | 2.28 | -0.20 | 1.71 | -4.65 | 2.68 | 1.90 | 0.61 |
| Kanada | 412 | 17 | 4 096 | 7 261 | 5 469 | 4 484 | 4 621 | 0.13 | 0.00 | 0.72 | 1.21 | 0.95 | 0.73 | 0.68 |
| Dänemark | -62 | -60 | 188 | 118 | -60 | 410 | 482 | -0.12 | -0.05 | 0.11 | 0.07 | -0.03 | 0.24 | 0.31 |
| Finnland | 6 | 165 | 495 | 1 | 1 176 | 296 | 672 | 0.01 | 0.14 | 0.41 | 0.00 | 0.94 | 0.23 | 0.56 |
| Frankreich | 3 750 | -1 959 | 10 318 | 7 579 | 2 851 | 3 524 | 1 439 | 0.75 | -0.18 | 0.67 | 0.54 | 0.20 | 0.25 | 0.11 |
| Deutschland | 1 907 | 4 934 | 11 975 | 13 518 | 16 205 | 13 678 | 7 000 | 0.31 | 0.37 | 0.50 | 0.64 | 0.76 | 0.65 | 0.38 |
| Griechenland | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. |
| Irland | 20 | 57 | 125 | 80 | 90 | .. | 416 | 0.13 | 0.18 | 0.21 | 0.13 | 0.13 | .. | 0.52 |
| Italien | 430 | -247 | 289 | 5 848 | 11 061 | 9 484 | 9 537 | 0.10 | -0.03 | 0.02 | 0.51 | 0.95 | 0.81 | 0.89 |
| Japan | 7 317 | 8 027 | 27 469 | 15 953 | -3 744 | -4 297 | 2 725 | 0.57 | 0.27 | 0.58 | 0.37 | -0.09 | -0.09 | 0.06 |
| Luxemburg | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. |
| Niederlande | 1 027 | 656 | 5 858 | 5 577 | 9 300 | 4 581 | 3 469 | 0.83 | 0.26 | 1.47 | 1.53 | 2.45 | 1.16 | 0.93 |
| Neuseeland | 22 | .. | 9 | 13 | 11 | 16 | 17 | 0.10 | .. | 0.02 | 0.02 | 0.02 | 0.03 | 0.04 |
| Norwegen | -28 | -86 | 278 | 221 | 535 | 522 | -5 | -0.05 | -0.09 | 0.18 | 0.14 | 0.36 | 0.34 | -0.00 |
| Portugal | .. | 31 | 593 | 1 000 | 1 636 | 2 074 | 4 273 | .. | 0.06 | 0.56 | 0.99 | 1.53 | 1.92 | 4.12 |
| Spanien | 96 | -98 | 2 885 | 6 054 | 10 297 | 27 655 | 22 272 | 0.06 | -0.02 | 0.50 | 1.15 | 1.82 | 4.67 | 4.03 |
| Schweden | 281 | 536 | -17 | 333 | 1 221 | 1 192 | 2 127 | 0.30 | 0.26 | -0.01 | 0.15 | 0.56 | 0.51 | 0.95 |
| Schweiz | 2 596 | 1 927 | -2 679 | -4 427 | 3 583 | 2 236 | 997 | 2.69 | 0.91 | -0.88 | -1.67 | 1.28 | 0.81 | 0.39 |
| Vereinigtes Königreich | 1 586 | 4 547 | 18 808 | 16 025 | 7 919 | 11 416 | 2 093 | 0.36 | 0.51 | 1.61 | 1.23 | 0.56 | 0.79 | 0.15 |
| Vereinigte Staaten | 4 055 | 2 485 | 42 726 | 65 308 | 36 112 | 32 218 | 10 666 | 0.11 | 0.05 | 0.56 | 0.81 | 0.41 | 0.35 | 0.11 |
| DAC INSGESAMT | 25 578 | 20 921 | 126 809 | 125 623 | 111 223 | 115 119 | 74 537 | 0.30 | 0.14 | 0.56 | 0.57 | 0.49 | 0.48 | 0.31 |
| <i>davon:</i> | | | | | | | | | | | | | | |
| EU-Mitglieder | 10 718 | 8 178 | 57 001 | 45 646 | 68 728 | 80 410 | 55 735 | 0.40 | 0.14 | 0.66 | 0.56 | 0.82 | 0.95 | 0.72 |

a) Ohne Zuschüsse von NRO.

Tabelle 6a ODA-LEISTUNGEN DER DAC-MITGLIEDER

| | Mio. \$ | | In % des BNE | | | | | Veränderung in % 1999-2000 | | Jahresdurchschnittliche reale Veränderung in % ^b 1994/1995-1999/2000 | | | |
|------------------------|-----------------------------|-----------------------------|------------------------|------------------------|------------------------|------------------------|-------------|----------------------------|-------------|---|---------------|-------------|-------------------|
| | Ist-Werte ^a 1999 | Ist-Werte ^a 2000 | Real ^b 2000 | Durchschnitt 1985-1989 | Durchschnitt 1990-1994 | Durchschnitt 1999-2000 | 1998 | 1999 | 2000 | | Landeswährung | In \$ | Real ^b |
| | | | | | | | | | | | | | |
| Australien | 982 | 987 | 1 065 | 0.42 | 0.35 | 0.26 | 0.27 | 0.26 | 0.27 | 12.0 | 0.5 | 8.4 | |
| Österreich | 527 | 423 | 483 | 0.23 | 0.31 | 0.24 | 0.22 | 0.26 | 0.23 | -7.1 | -19.6 | -8.3 | |
| Belgien | 760 | 820 | 933 | 0.46 | 0.39 | 0.33 | 0.35 | 0.30 | 0.36 | 24.7 | 7.9 | 22.8 | |
| Kanada | 1 706 | 1 744 | 1 683 | 0.47 | 0.45 | 0.27 | 0.30 | 0.28 | 0.25 | 2.2 | 2.2 | -1.4 | |
| Dänemark | 1 733 | 1 664 | 1 860 | 0.89 | 1.00 | 1.03 | 0.99 | 1.01 | 1.06 | 11.3 | -4.0 | 7.3 | |
| Finnland | 416 | 371 | 417 | 0.54 | 0.59 | 0.32 | 0.32 | 0.33 | 0.31 | 2.9 | -11.0 | 0.1 | |
| Frankreich | 5 639 | 4 105 | 4 721 | 0.59 | 0.62 | 0.36 | 0.40 | 0.39 | 0.32 | -15.8 | -27.2 | -16.3 | |
| Deutschland | 5 515 | 5 030 | 5 838 | 0.41 | 0.37 | 0.27 | 0.26 | 0.26 | 0.27 | 5.4 | -8.8 | 5.9 | |
| Griechenland | 194 | 226 | 262 | .. | .. | 0.18 | 0.15 | 0.15 | 0.20 | 39.2 | 16.4 | 35.0 | |
| Irland | 245 | 235 | 259 | 0.21 | 0.19 | 0.30 | 0.30 | 0.31 | 0.30 | 10.6 | -4.3 | 5.6 | |
| Italien | 1 806 | 1 376 | 1 556 | 0.37 | 0.31 | 0.14 | 0.20 | 0.15 | 0.13 | -11.9 | -23.8 | -13.8 | |
| Japan | 15 323 | 13 508 | 13 007 | 0.31 | 0.29 | 0.31 | 0.27 | 0.34 | 0.28 | -16.6 | -11.8 | -15.1 | |
| Luxemburg | 119 | 127 | 141 | 0.18 | 0.32 | 0.68 | 0.65 | 0.66 | 0.71 | 23.3 | 6.6 | 18.7 | |
| Niederlande | 3 134 | 3 135 | 3 516 | 0.97 | 0.84 | 0.81 | 0.80 | 0.79 | 0.84 | 15.6 | 0.0 | 12.2 | |
| Neuseeland | 134 | 113 | 130 | 0.26 | 0.24 | 0.26 | 0.27 | 0.27 | 0.25 | -1.4 | -15.4 | -3.1 | |
| Norwegen | 1 370 | 1 264 | 1 238 | 1.09 | 1.11 | 0.85 | 0.90 | 0.90 | 0.80 | 4.1 | -7.8 | -9.6 | |
| Portugal | 276 | 271 | 305 | 0.16 | 0.31 | 0.26 | 0.24 | 0.26 | 0.26 | 13.4 | -1.9 | 10.5 | |
| Spanien | 1 363 | 1 195 | 1 335 | 0.10 | 0.25 | 0.22 | 0.24 | 0.23 | 0.22 | 1.3 | -12.4 | -2.1 | |
| Schweden | 1 630 | 1 799 | 1 978 | 0.89 | 0.96 | 0.75 | 0.72 | 0.70 | 0.80 | 22.4 | 10.4 | 21.4 | |
| Schweiz | 984 | 890 | 988 | 0.31 | 0.37 | 0.35 | 0.32 | 0.35 | 0.34 | 1.7 | -9.5 | 0.4 | |
| Vereinigtes Königreich | 3 426 | 4 501 | 4 724 | 0.31 | 0.31 | 0.28 | 0.27 | 0.24 | 0.32 | 40.4 | 31.4 | 37.9 | |
| Vereinigte Staaten | 9 145 | 9 955 | 9 756 | 0.20 | 0.18 | 0.10 | 0.10 | 0.10 | 0.10 | 8.9 | 8.9 | 6.7 | |
| DAC INSGESAMT | 56 428 | 53 737 | 56 194 | 0.33 | 0.32 | 0.23 | 0.23 | 0.24 | 0.22 | 0.8 | -4.8 | -0.4 | |
| <i>davon:</i> | | | | | | | | | | | | | |
| EU-Mitglieder | 26 784 | 25 277 | 28 328 | 0.45 | 0.44 | 0.32 | 0.33 | 0.32 | 0.32 | 7.4 | -5.6 | 5.8 | |

a) Zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen.

b) Zu Preisen und Wechselkursen von 1999.

Tabelle 6b ERLASS VON NICHT-ODA-FORDERUNGEN^a

| | <i>Mio. \$</i> | | |
|------------------------|----------------|----------------|----------------|
| | 1990 | 1991 | 1992 |
| Australien | - | - | 4.2 |
| Österreich | - | 4.2 | 25.3 |
| Belgien | - | - | 30.2 |
| Frankreich | 294.0 | - | 108.5 |
| Deutschland | - | - | 620.4 |
| Japan | 15.0 | 6.8 | 32.0 |
| Niederlande | 12.0 | - | 11.4 |
| Norwegen | - | - | 46.8 |
| Schweden | 5.0 | - | 7.1 |
| Vereinigtes Königreich | 8.0 | 17.0 | 90.4 |
| Vereinigte Staaten | 1 200.0 | 1 855.0 | 894.0 |
| DAC INSGESAMT | 1 534.0 | 1 882.9 | 1 870.2 |

a) Diese Daten sind in den ODA-Angaben der einzelnen Länder enthalten, aber nicht bei den DAC-ODA-Gesamtleistungen in allen Tabellen berücksichtigt, in denen die Leistungen nach Gebern aufgeschlüsselt sind. Vgl. Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen.

Tabelle 7 INDIKATOREN DER LASTENTEILUNG
Durchschnitt 1999-2000

| | Zuschuss- äquivalent der gesamten ODA ^a in % des BNE | ODA an multilaterale Stellen in % des BNE ^b | Leistungen an die LIC ^c | | davon: Leistungen an die LLDC ^d | | Pro-Kopf-ODA des Geberlands in \$ von 1999 | | Leistungen der NRO in % des BNE | |
|------------------------|---|--|---------------------------------------|-------------|--|-----------|---|-------------|------------------------------------|--|
| | | | In % des BNE | | In % des BNE | | Nachrichtlich: 1989-1990 | | Nachrichtlich: 1989-1990 | |
| | | | | | | | | | | |
| Australien | 0.26 | 0.06 | 0.14 | 0.05 | 56 | 54 | 0.02 | 0.03 | | |
| Österreich | 0.29 | 0.04 | 0.12 | 0.04 | 51 | 62 | 0.02 | 0.04 | | |
| Belgien | 0.34 | 0.05 | 0.13 | 0.08 | 93 | 83 | 0.02 | 0.03 | | |
| Kanada | 0.27 | 0.09 | 0.09 | 0.05 | 79 | 55 | 0.05 | 0.02 | | |
| Dänemark | 1.05 | 0.36 | 0.50 | 0.33 | 244 | 337 | 0.02 | 0.02 | | |
| Finnland | 0.34 | 0.09 | 0.14 | 0.09 | 136 | 81 | 0.02 | 0.00 | | |
| Frankreich | 0.41 | 0.04 | 0.13 | 0.07 | 128 | 88 | 0.02 | 0.00 | | |
| Deutschland | 0.30 | 0.05 | 0.11 | 0.06 | 106 | 69 | 0.05 | 0.05 | | |
| Griechenland | 0.30 | 0.02 | 0.02 | 0.01 | .. | 22 | .. | 0.00 | | |
| Irland | 0.18 | 0.05 | 0.16 | 0.13 | 18 | 67 | 0.08 | 0.06 | | |
| Italien | 0.16 | 0.05 | 0.05 | 0.03 | 65 | 29 | 0.00 | 0.00 | | |
| Japan | 0.32 | 0.09 | 0.17 | 0.05 | 95 | 112 | 0.00 | 0.01 | | |
| Luxemburg | 0.68 | 0.09 | 0.33 | 0.20 | 67 | 298 | 0.00 | 0.04 | | |
| Niederlande | 0.85 | 0.18 | 0.30 | 0.18 | 177 | 210 | 0.09 | 0.08 | | |
| Neuseeland | 0.26 | 0.06 | 0.10 | 0.06 | 28 | 34 | 0.03 | 0.03 | | |
| Norwegen | 0.85 | 0.22 | 0.39 | 0.28 | 260 | 291 | 0.09 | 0.11 | | |
| Portugal | 0.36 | 0.02 | 0.18 | 0.11 | 18 | 29 | 0.00 | 0.00 | | |
| Spanien | 0.22 | 0.03 | 0.07 | 0.02 | 20 | 34 | 0.01 | 0.00 | | |
| Schweden | 0.75 | 0.19 | 0.33 | 0.20 | 215 | 203 | 0.07 | 0.02 | | |
| Schweiz | 0.35 | 0.10 | 0.16 | 0.10 | 115 | 138 | 0.05 | 0.03 | | |
| Vereinigtes Königreich | 0.28 | 0.04 | 0.12 | 0.07 | 60 | 68 | 0.03 | 0.04 | | |
| Vereinigte Staaten | 0.11 | 0.03 | 0.03 | 0.02 | 47 | 34 | 0.04 | 0.04 | | |
| DAC INSGESAMT | 0.25 | 0.05 | 0.10 | 0.05 | 76 | 67 | 0.03 | 0.03 | | |

a) Berechnet auf der Basis der Bruttoauszahlungen.

b) In Klammern die Leistungen einschl. der Beiträge an die EG. Kapitalzeichnungen auf Schuldscheininterlegungsbasis.

c) Die Länder der unteren Einkommensgruppe (LIC) umfassen die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) und alle anderen Staaten mit einem Pro-Kopf-Einkommen von maximal 760 \$ im Jahr 1998 (auf der Basis des Weltbank-Atlas). Einschl. der rechnerisch ermittelten ODA-Leistungen an multilaterale Stellen.

d) Die am wenigsten entwickelten Länder (LLDC) sind die in der VN-Liste von 2000 aufgeführten Staaten. Einschl. der rechnerisch ermittelten ODA-Leistungen an multilaterale Stellen.

Tabelle 8 ODA-LEISTUNGEN DER EINZELNEN DAC-MITGLIEDER,
ZU PREISEN UND WECHSELKURSEN VON 1999

| Nettoauszahlungen | Mio. \$ | | | | | | | | | |
|---|-------------------|-------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| | 1991 ^a | 1992 ^a | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| Australien | 961 | 969 | 973 | 1 027 | 1 091 | 909 | 932 | 997 | 982 | 1 065 |
| Österreich | 577 | 510 | 538 | 618 | 624 | 469 | 506 | 441 | 527 | 483 |
| Belgien | 879 | 807 | 806 | 688 | 848 | 777 | 740 | 855 | 760 | 933 |
| Kanada | 2 215 | 2 227 | 2 236 | 2 195 | 1 980 | 1 681 | 1 926 | 1 732 | 1 706 | 1 683 |
| Dänemark | 1 305 | 1 389 | 1 416 | 1 474 | 1 432 | 1 579 | 1 625 | 1 684 | 1 733 | 1 860 |
| Finnland | 779 | 593 | 408 | 298 | 320 | 355 | 365 | 382 | 416 | 417 |
| Frankreich | 7 582 | 7 709 | 7 807 | 8 044 | 7 091 | 6 324 | 6 032 | 5 512 | 5 639 | 4 721 |
| Deutschland | 7 369 | 6 676 | 6 808 | 6 392 | 6 104 | 6 409 | 5 645 | 5 396 | 5 515 | 5 838 |
| Griechenland | .. | .. | .. | .. | .. | 167 | 167 | 178 | 194 | 262 |
| Irland | 81 | 72 | 92 | 119 | 152 | 173 | 184 | 196 | 245 | 259 |
| Italien | 3 035 | 3 550 | 3 217 | 2 835 | 1 636 | 2 191 | 1 237 | 2 212 | 1 806 | 1 556 |
| Japan | 12 938 | 12 175 | 10 755 | 11 611 | 11 744 | 8 918 | 9 798 | 12 058 | 15 323 | 13 007 |
| Luxemburg | 44 | 37 | 52 | 57 | 56 | 72 | 93 | 110 | 119 | 141 |
| Niederlande | 2 644 | 2 649 | 2 528 | 2 412 | 2 678 | 2 798 | 2 881 | 2 967 | 3 134 | 3 516 |
| Neuseeland | 103 | 106 | 103 | 104 | 103 | 95 | 125 | 128 | 134 | 130 |
| Norwegen | 1 160 | 1 163 | 1 079 | 1 205 | 1 149 | 1 183 | 1 253 | 1 363 | 1 370 | 1 238 |
| Portugal | 236 | 286 | 257 | 322 | 235 | 198 | 251 | 256 | 276 | 305 |
| Spanien | 1 137 | 1 263 | 1 289 | 1 307 | 1 198 | 1 092 | 1 218 | 1 354 | 1 363 | 1 335 |
| Schweden | 1 781 | 1 968 | 1 848 | 1 840 | 1 539 | 1 674 | 1 622 | 1 521 | 1 630 | 1 978 |
| Schweiz | 901 | 1 136 | 809 | 912 | 861 | 849 | 886 | 871 | 984 | 988 |
| Vereinigtes Königreich | 3 635 | 3 479 | 3 667 | 3 878 | 3 676 | 3 596 | 3 573 | 3 859 | 3 426 | 4 724 |
| Vereinigte Staaten | 10 992 | 12 337 | 11 277 | 10 834 | 7 868 | 9 825 | 7 069 | 8 918 | 9 145 | 9 756 |
| DAC INSGESAMT | 60 354 | 61 099 | 57 963 | 58 173 | 52 384 | 51 335 | 48 126 | 52 988 | 56 428 | 56 194 |
| <i>Nachrichtlich:</i> | | | | | | | | | | |
| DAC-Leistungen insgesamt zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen | 56 671 | 60 840 | 56 486 | 59 152 | 58 926 | 55 622 | 48 497 | 52 084 | 56 428 | 53 737 |

a) Ohne Erläss von Nicht-ODA-Schulden. Vgl. Tabelle 6b.

Tabelle 9 LANGFRISTIGE TENDENZEN BEI DER ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGSHILFE DER DAC-MITGLIEDER

| | ODA-Volumen (netto) (Mio. \$, Preise und Wechselkurse von 1999) | | Anteil an den gesamten DAC-Leistungen (zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen, %) | | Zweijahresdurchschnitt, Nettoauszahlungen ODA in % des BNE | | | | |
|------------------------|--|------------------------|---|--------------|---|--------------|-------------|------------------------|-------------|
| | 1979-1980 | 1989-1990 ^a | 1999-2000 | 1979-1980 | 1989-1990 | 1999-2000 | 1979-1980 | 1989-1990 ^a | 1999-2000 |
| Australien | 918 | 941 | 1 023 | 2.7 | 2.0 | 1.8 | 0.50 | 0.36 | 0.26 |
| Österreich | 278 | 394 | 505 | 0.6 | 0.7 | 0.9 | 0.21 | 0.24 | 0.24 |
| Belgien | 893 | 927 | 847 | 2.6 | 1.6 | 1.4 | 0.54 | 0.46 | 0.33 |
| Kanada | 1 634 | 2 177 | 1 694 | 4.4 | 4.8 | 3.1 | 0.45 | 0.44 | 0.27 |
| Dänemark | 830 | 1 253 | 1 797 | 2.0 | 2.1 | 3.1 | 0.73 | 0.94 | 1.03 |
| Finnland | 165 | 678 | 417 | 0.4 | 1.5 | 0.7 | 0.22 | 0.64 | 0.32 |
| Frankreich | 4 055 | 7 225 | 5 180 | 11.1 | 12.9 | 8.8 | 0.43 | 0.60 | 0.36 |
| Deutschland | 5 750 | 6 636 | 5 677 | 14.5 | 11.2 | 9.6 | 0.44 | 0.42 | 0.27 |
| Griechenland | .. | .. | 228 | .. | .. | 0.4 | .. | .. | 0.18 |
| Irland | 56 | 63 | 252 | 0.1 | 0.1 | 0.4 | 0.17 | 0.16 | 0.30 |
| Italien | 927 | 3 708 | 1 681 | 2.0 | 7.0 | 2.9 | 0.12 | 0.36 | 0.14 |
| Japan | 7 591 | 11 675 | 14 165 | 12.6 | 18.0 | 26.2 | 0.30 | 0.31 | 0.31 |
| Luxemburg | 4 | 26 | 130 | 0.0 | 0.0 | 0.2 | 0.11 | 0.20 | 0.68 |
| Niederlande | 2 235 | 2 644 | 3 325 | 6.5 | 4.6 | 5.7 | 0.95 | 0.93 | 0.81 |
| Neuseeland | 119 | 94 | 132 | 0.3 | 0.2 | 0.2 | 0.33 | 0.22 | 0.26 |
| Norwegen | 688 | 1 099 | 1 304 | 1.9 | 2.1 | 2.4 | 0.91 | 1.11 | 0.85 |
| Portugal | 4 | 178 | 290 | 0.0 | 0.3 | 0.5 | 0.02 | 0.24 | 0.26 |
| Spanien | 132 | 775 | 1 349 | 0.3 | 1.5 | 2.3 | 0.08 | 0.17 | 0.22 |
| Schweden | 1 382 | 1 830 | 1 804 | 4.1 | 3.8 | 3.1 | 0.85 | 0.93 | 0.75 |
| Schweiz | 437 | 769 | 986 | 1.0 | 1.3 | 1.7 | 0.23 | 0.31 | 0.35 |
| Vereinigtes Königreich | 4 000 | 3 424 | 4 075 | 8.3 | 5.2 | 7.2 | 0.42 | 0.29 | 0.28 |
| Vereinigte Staaten | 11 253 | 11 729 | 9 451 | 24.6 | 19.0 | 17.3 | 0.23 | 0.18 | 0.10 |
| DAC INSGESAMT | 43 353 | 57 345 | 56 311 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 0.34 | 0.32 | 0.23 |
| davon: | | | | | | | | | |
| EU-Mitglieder | 20 714 | 29 761 | 27 556 | 52.5 | 52.6 | 47.3 | 0.42 | 0.45 | 0.32 |

a) Einschl. Erlass von Nicht-ODA-Forderungen, mit Ausnahme der DAC-ODA-Gesamtleistungen. Vgl. Tabelle 6b.

Tabelle 10 AUSGABEN FÜR DIE TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT

| <i>Nettoauszahlungen</i> | <i>Mio. \$ zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen</i> | | | | | | |
|--------------------------|--|-------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| | Durchschnitt 1984-85 | Durchschnitt 1989-90 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| Australien | 177 | 224 | 411 | 397 | 364 | 361 | 407 |
| Österreich | 26 | 56 | 148 | 115 | 123 | 105 | 87 |
| Belgien | 102 | 180 | 286 | 258 | 290 | 276 | 221 |
| Kanada | 177 | 291 | 331 | 408 | 427 | 347 | 352 |
| Dänemark | 49 | 105 | 104 | 114 | 113 | 83 | 128 |
| Finnland | 48 | 84 | 47 | 58 | 68 | 72 | 71 |
| Frankreich | 1 211 | 1 916 | 2 502 | 2 172 | 2 081 | 1 965 | 1 283 |
| Deutschland | 876 | 1 628 | 2 396 | 1 957 | 1 988 | 1 911 | 1 640 |
| Griechenland | .. | .. | 18 | 26 | 15 | 24 | 22 |
| Irland | 7 | 11 | 67 | 73 | - | - | - |
| Italien | 238 | 375 | 60 | 58 | 40 | 53 | 27 |
| Japan | 430 | 1 235 | 2 184 | 1 956 | 1 819 | 2 136 | 2 430 |
| Luxemburg | .. | 1 | 2 | 2 | 2 | 1 | 2 |
| Niederlande | 267 | 717 | 952 | 917 | 912 | 598 | 579 |
| Neuseeland | 10 | 34 | 46 | 62 | 54 | 53 | 41 |
| Norwegen | 42 | 92 | 168 | 171 | 178 | 134 | 109 |
| Portugal | .. | 43 | 64 | 48 | 85 | 97 | 90 |
| Spanien | 41 | 106 | 88 | 128 | 148 | 118 | 107 |
| Schweden | 115 | 247 | 260 | 46 | 58 | 47 | 70 |
| Schweiz | 34 | 32 | 374 | 286 | 287 | 110 | 100 |
| Vereinigtes Königreich | 322 | 658 | 849 | 894 | 727 | 667 | 685 |
| Vereinigte Staaten | 1 533 | 2 437 | 2 787 | 2 741 | 3 278 | 3 877 | 4 316 |
| DAC INSGESAMT | 5 684 | 10 471 | 14 142 | 12 888 | 13 056 | 13 036 | 12 767 |

Tabelle 11 FINANZIELLE LEISTUNGEN AN ENTWICKLUNGSLÄNDER, OHNE ODA, 2000

| | Prozentualer Anteil am BNE des berichtenden Landes | | | | | | | | | | Nachrichtlich: Schuldforderungen ^a gegenüber den LDC, ohne ODA |
|--|--|--------------------|---|--------------------------|-------------|---|--|---------------|-------------|--|--|
| | davon: | | | | | | | | | | |
| Nachrichtlich: Gesamte Nettoleistungen | Gesamt- leistungen ohne ODA | Export- kredite | Sonstige öffentliche Leistungen ohne Exportkredite | Direkt- investitionen | Bankkredite | Wertpapier- investitionen der Nichtbanken | Multilaterale private Leistungen | NRO, netto | | | |
| Australien | 0.40 | -0.01 | 0.17 | -0.20 | 0.06 | 0.07 | - | 0.04 | 0.69 | | |
| Österreich | 0.57 | 0.09 | - | 0.23 | - | - | - | 0.03 | 5.89 | | |
| Belgien | 1.00 | 0.20 | -0.01 | 0.63 | 0.15 | -0.37 | - | 0.03 | 3.00 | | |
| Kanada | 0.95 | -0.00 | 0.00 | 0.56 | 0.12 | - | - | 0.02 | 1.49 | | |
| Dänemark | 1.39 | - | -0.00 | 0.31 | - | - | - | 0.02 | 1.07 | | |
| Finnland | 0.88 | 0.56 | 0.00 | 0.41 | -0.43 | 0.01 | - | 0.00 | 1.46 | | |
| Frankreich | 0.43 | - | 0.00 | 0.21 | -0.14 | 0.04 | - | - | 4.00 | | |
| Deutschland | 0.67 | 0.07 | -0.02 | 0.25 | 0.02 | 0.12 | -0.09 | 0.05 | 1.84 | | |
| Griechenland | 0.20 | 0.00 | - | - | - | - | - | - | .. | | |
| Irland | 0.93 | - | - | - | - | - | - | 0.11 | .. | | |
| Italien | 1.01 | 0.08 | -0.01 | 0.13 | 0.41 | 0.27 | - | 0.00 | 1.04 | | |
| Japan | 0.23 | -0.04 | -0.08 | 0.06 | 0.01 | - | -0.00 | 0.00 | 1.22 | | |
| Luxemburg | 0.74 | - | - | - | - | - | - | 0.04 | 0.29 | | |
| Niederlande | 1.85 | -0.03 | 0.04 | 0.57 | 0.73 | -0.13 | -0.17 | 0.08 | 1.35 | | |
| Neuseeland | 0.32 | - | 0.00 | 0.04 | - | - | - | 0.03 | .. | | |
| Norwegen | 0.91 | 0.02 | - | -0.02 | - | - | - | 0.11 | 0.69 | | |
| Portugal | 4.45 | 0.25 | 0.07 | 3.86 | - | - | - | - | 3.17 | | |
| Spanien | 4.25 | 0.00 | 0.00 | 4.04 | - | - | - | - | 2.11 | | |
| Schweden | 1.76 | 0.56 | 0.00 | 0.39 | - | -0.00 | - | 0.01 | 2.90 | | |
| Schweiz | 0.80 | 0.19 | 0.00 | 0.44 | - | - | -0.25 | 0.06 | 2.24 | | |
| Vereinigtes Königreich | 0.50 | -0.03 | -0.01 | 0.06 | 0.12 | - | - | 0.04 | 1.94 | | |
| Vereinigte Staaten | 0.25 | 0.04 | 0.00 | 0.19 | -0.06 | -0.05 | -0.00 | 0.04 | 0.53 | | |
| DAC INSGESAMT | 0.54 | 0.03 | -0.01 | 0.28 | 0.01 | 0.00 | -0.01 | 0.03 | 1.26 | | |
| davon: EU-Mitglieder | 1.06 | 0.06 | -0.00 | 0.54 | 0.09 | 0.06 | -0.03 | 0.03 | 2.21 | | |

a) Öffentliche und mit öffentlichen Mitteln verbürgte ausstehende Kredite.

Tabelle 12 VERGLEICH DER FINANZIELLEN

| | DAC-Länder insgesamt | Australien | Österreich | Belgien | Kanada | Dänemark | Finnland | Frankreich |
|---|----------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------|--------------|
| NETTOAUSZAHLUNGEN | | | | | | | | |
| I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B) | 56 428 | 982 | 527 | 760 | 1 706 | 1 733 | 416 | 5 639 |
| BNE-Anteil der ODA in % | 0.24 | 0.26 | 0.26 | 0.30 | 0.28 | 1.01 | 0.33 | 0.39 |
| A. Bilaterale öffentl. Entwicklungszusammenarbeit (1+2) | 37 878 | 730 | 344 | 437 | 1 172 | 1 026 | 241 | 4 128 |
| 1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge | 33 922 | 730 | 381 | 454 | 1 195 | 1 023 | 286 | 4 323 |
| davon: Technische Zusammenarbeit | 13 036 | 361 | 105 | 276 | 347 | 83 | 72 | 1 965 |
| EZ-Nahrungsmittelhilfe | 1 045 | 3 | 1 | - | 61 | - | - | 51 |
| Sofort- und Katastrophenhilfe | 4 414 | 127 | 68 | 34 | 164 | 87 | 55 | 195 |
| Beiträge an NRO | 1 151 | - | 1 | 5 | 184 | 7 | 5 | 32 |
| Verwaltungsaufwand | 3 049 | 52 | 19 | 49 | 135 | 86 | 18 | 249 |
| 2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitalleistungen | 3 956 | - | - 37 | - 17 | - 23 | 3 | - 45 | - 195 |
| davon: Neue Entwicklungskredite | 4 436 | - | 46 | - 13 | - 23 | - 24 | - 10 | 140 |
| B. Beiträge an multilaterale Stellen | 18 551 | 252 | 183 | 323 | 534 | 708 | 176 | 1 512 |
| Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt | 18 371 | 252 | 183 | 330 | 535 | 708 | 176 | 1 304 |
| davon: EG | 5 017 | - | 120 | 218 | - | 75 | 57 | 799 |
| IDA | 2 834 | 73 | - | 46 | 136 | 93 | 13 | 224 |
| Regionale Entwicklungsbanken | 5 020 | 70 | 15 | 8 | 70 | 22 | 25 | 142 |
| II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D) | 15 477 | 671 | 23 | - 76 | 665 | - 189 | 140 | - 3 |
| C. Bilaterale OOF (1+2) | 14 528 | 626 | 23 | - 76 | 665 | 2 | 140 | - 3 |
| 1. Öffentliche Exportkredite ^a | 770 | - 18 | 23 | 5 | 694 | - | 126 | - |
| 2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva | 13 758 | 645 | - | - 80 | - 29 | 2 | 13 | - 3 |
| D. Multilaterale Stellen | 949 | 45 | - | - | - | - 191 | - | - |
| III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen | 6 715 | 95 | 80 | 78 | 137 | 37 | 6 | - |
| IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (I bis 4) | 115 119 | - 470 | 1 334 | 4 765 | 4 484 | 410 | 296 | 3 524 |
| 1. Direktinvestitionen | 94 708 | 218 | 831 | 277 | 4 052 | 344 | 128 | 5 517 |
| 2. Private Exportkredite | 1 896 | - | 503 | - 148 | - 29 | 67 | 98 | - 605 |
| 3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen | - 5 786 | - | - | - | - | - | - | - |
| 4. Bilaterale Wertpapierinvestitionen | 24 301 | - 688 | - | 4 636 | 460 | - | 70 | - 1 388 |
| V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV) | 193 740 | 1 279 | 1 963 | 5 528 | 6 992 | 1 992 | 858 | 9 160 |
| Gesamtleistungen in % des BNE | 0.81 | 0.33 | 0.95 | 2.21 | 1.14 | 1.16 | 0.68 | 0.64 |
| <i>Zum Vergleich:</i> | | | | | | | | |
| BRUTTOAUSZAHLUNGEN | | | | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^b | 63 079 | 982 | 692 | 795 | 1 731 | 1 764 | 465 | 6 597 |
| Neue Entwicklungskredite | 9 972 | - | 127 | 12 | 2 | - | - | 634 |
| Nahrungsmittelhilfe, insgesamt | 2 732 | 49 | 14 | 26 | 115 | 40 | 14 | 51 |
| Sonstige öffentliche Leistungen | 36 059 | 761 | 79 | 8 | 1 559 | 29 | 564 | 1 152 |
| davon: Öffentliche Exportkredite | 6 560 | 71 | 79 | 5 | 1 559 | - | 551 | - |
| Private Exportkredite | 19 180 | - | 612 | 550 | 106 | 170 | 107 | - |
| ZUSAGEN | | | | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^b | 65 127 | 1 253 | 868 | 795 | 1 909 | 1 343 | 435 | 6 528 |
| Bilaterale Zuschüsse, insgesamt | 36 393 | 974 | 429 | 454 | 1 171 | 777 | 256 | 4 314 |
| Schuldenerlasse | 2 153 | 4 | 86 | 38 | 40 | - | 37 | 1 168 |
| Bilaterale Darlehen, insgesamt | 11 041 | - | 209 | 12 | - | - | 7 | 702 |
| <i>Nachrichtlich:</i> | | | | | | | | |
| Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse | 2 541 | 4 | 124 | 38 | 57 | 9 | 37 | 1 176 |
| davon: Schuldenerlasse | 2 277 | 4 | 86 | 38 | 40 | 6 | 37 | 1 168 |
| Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse | 1 976 | 4 | 42 | 34 | 57 | 3 | 1 | 834 |
| Flüchtlinge in den Geberländern | 733 | 57 | 41 | - | 105 | 87 | 16 | - |

a) Einschl. Zuschüssen zu privaten Exportkrediten.

b) Einschl. Umschuldungen.

GESAMTLEISTUNGEN NACH KATEGORIEN, 1999

Mio. \$

| Deutsch-land | Griechen-land | Irland | Italien | Japan | Luxem-burg | Nieder-lande | Neu-seeland | Nor-wegen | Portugal | Spanien | Schweden | Schweiz | Verein. Königr. | Verein. Staaten |
|---------------|---------------|-------------|---------------|---------------|-------------|--------------|-------------|--------------|--------------|---------------|--------------|--------------|-----------------|-----------------|
| 5 515 | 194 | 245 | 1 806 | 15 323 | 119 | 3 134 | 134 | 1 370 | 276 | 1 363 | 1 630 | 984 | 3 426 | 9 145 |
| 0.26 | 0.15 | 0.31 | 0.15 | 0.34 | 0.66 | 0.79 | 0.27 | 0.90 | 0.26 | 0.23 | 0.70 | 0.35 | 0.24 | 0.10 |
| 3 278 | 79 | 149 | 451 | 10 476 | 89 | 2 162 | 101 | 1 007 | 207 | 829 | 1 146 | 732 | 2 249 | 6 848 |
| 3 236 | 77 | 149 | 551 | 5 475 | 89 | 2 359 | 101 | 993 | 273 | 653 | 1 143 | 728 | 2 067 | 7 638 |
| 1 911 | 24 | - | 53 | 2 136 | 1 | 598 | 53 | 134 | 97 | 118 | 47 | 110 | 667 | 3 877 |
| 32 | - | - | 44 | 42 | 2 | 2 | - | - | - | 7 | - | - | - | 799 |
| 262 | 15 | 31 | 103 | 181 | 24 | 400 | 5 | 244 | 3 | 68 | 271 | 251 | 223 | 1 603 |
| - | - | 4 | 21 | 251 | 2 | 361 | 5 | - | 2 | 1 | 102 | 35 | 132 | - |
| 267 | 1 | - | 23 | 767 | 2 | 230 | 8 | 67 | 5 | 30 | 90 | 20 | 243 | 688 |
| 42 | 2 | - | - 100 | 5 001 | - | - 198 | - | 14 | - 65 | 176 | 3 | 5 | 182 | - 790 |
| 41 | 2 | - | - 103 | 5 001 | - | - 198 | - | 3 | 9 | 188 | - | 4 | - 8 | - 620 |
| 2 238 | 115 | 97 | 1 355 | 4 848 | 30 | 972 | 33 | 363 | 69 | 534 | 484 | 252 | 1 178 | 2 297 |
| 2 246 | 115 | 97 | 1 355 | 4 848 | 30 | 972 | 33 | 363 | 69 | 534 | 484 | 252 | 1 178 | 2 310 |
| 1 324 | 91 | 57 | 679 | - | 16 | 244 | - | - | 61 | 367 | 90 | - | 819 | - |
| 416 | - | 7 | 297 | 155 | 4 | 246 | 8 | 53 | - | 66 | 105 | 92 | - | 800 |
| 96 | 6 | - | 147 | 3 689 | - | 58 | 5 | 42 | - | 32 | 64 | 47 | 34 | 448 |
| - 179 | 1 | - | 19 | 9 507 | - | - 8 | - | - | 107 | 11 | - 1 | 21 | - 24 | 4 793 |
| - 43 | 1 | - | 19 | 8 276 | - | - 8 | - | - | 107 | 11 | - 1 | 21 | - 24 | 4 793 |
| 357 | 1 | - | - | - 708 | - | - 200 | - | - | - | - | - | - | 40 | 451 |
| - 400 | - | - | 19 | 8 983 | - | 192 | - | - | 107 | 11 | - 1 | 21 | - 64 | 4 342 |
| - 136 | - | - | - | 1 231 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| 992 | - | 6 | 28 | 261 | 6 | 278 | 13 | 168 | - | - | 71 | - | 480 | 3 981 |
| 13 678 | - | - | 9 484 | - 4 297 | - | 4 581 | 16 | 522 | 2 074 | 27 655 | 1 192 | 2 236 | 11 416 | 32 218 |
| 5 629 | - | - | 1 655 | 5 277 | - | 4 103 | 16 | 340 | 1 770 | 27 710 | 665 | 1 834 | 11 618 | 22 724 |
| 1 167 | - | - | - 506 | - 2 355 | - | 418 | - | 182 | 304 | - 55 | 527 | 402 | - 104 | 2 031 |
| - 247 | - | - | - | - 4 070 | - | 387 | - | - | - | - | - | - | - | - 1 856 |
| 7 130 | - | - | 8 335 | - 3 149 | - | - 327 | - | - | - | - | - | - | - 98 | 9 319 |
| 20 006 | 195 | 251 | 11 337 | 20 794 | 124 | 7 985 | 163 | 2 060 | 2 457 | 29 029 | 2 892 | 3 241 | 15 299 | 50 138 |
| 0.96 | 0.16 | 0.32 | 0.97 | 0.46 | 0.69 | 2.02 | 0.33 | 1.36 | 2.28 | 4.90 | 1.24 | 1.17 | 1.05 | 0.54 |
| 6 513 | 194 | 245 | 1 999 | 18 301 | 119 | 3 332 | 134 | 1 375 | 352 | 1 382 | 1 630 | 984 | 3 434 | 10 060 |
| 917 | 2 | - | 90 | 7 979 | - | - | - | 9 | 11 | 188 | - | 4 | - | - 1 |
| 197 | 12 | - | 117 | 42 | 2 | 79 | 1 | 54 | 6 | 14 | 10 | 23 | 73 | 1 794 |
| 1 575 | 1 | - | 190 | 22 877 | - | 274 | - | - | 108 | 18 | 6 | 21 | 258 | 6 582 |
| 785 | 1 | - | - | 1 962 | - | 82 | - | - | - | - | - | - | 40 | 1 424 |
| 4 461 | - | - | 330 | 1 142 | - | 970 | - | 248 | 323 | - | 1 334 | 834 | - | 7 994 |
| 7 284 | 194 | 245 | 1 959 | 16 316 | 124 | 2 788 | 130 | 1 515 | 352 | 1 382 | 2 154 | 1 658 | 3 434 | 12 459 |
| 3 297 | 77 | 149 | 562 | 5 256 | 93 | 1 835 | 98 | 1 149 | 273 | 653 | 1 709 | 818 | 2 067 | 9 982 |
| 285 | - | - | 102 | - | - | 52 | - | - | 97 | 62 | - | - | 113 | 68 |
| 1 113 | 2 | - | 53 | 8 384 | - | - | - | 7 | 11 | 195 | - | - | 189 | 157 |
| 111 | - | - | 102 | 270 | - | 159 | - | 23 | 123 | 73 | 32 | 19 | 113 | 68 |
| 88 | - | - | 102 | 270 | - | 96 | - | - | 97 | 62 | - | - | 113 | 68 |
| 111 | - | - | 102 | 270 | - | 159 | - | 23 | 49 | 54 | 32 | 19 | 113 | 68 |
| 110 | - | - | 17 | - | - | 130 | - | 56 | - | 18 | 80 | 15 | - | 2 |

Tabelle 13 VERGLEICH DER FINANZIELLEN

| | DAC-Länder insgesamt | Austra- lien | Öster- reich | Belgien | Kanada | Däne- mark | Finn- land | Frank- reich |
|--|-------------------------|-----------------|-----------------|--------------|--------------|---------------|---------------|-----------------|
| NETTOAUSZAHLUNGEN | | | | | | | | |
| I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B) | 53 737 | 987 | 423 | 820 | 1 744 | 1 664 | 371 | 4 105 |
| BNE-Anteil der ODA in % | 0.22 | 0.27 | 0.23 | 0.36 | 0.25 | 1.06 | 0.31 | 0.32 |
| A. Bilaterale öffentl. Entwicklungszusammenarbeit (1+2) | 36 043 | 758 | 257 | 477 | 1 160 | 1 024 | 217 | 2 829 |
| 1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge | 33 022 | 758 | 260 | 477 | 1 184 | 1 011 | 219 | 3 116 |
| davon: Technische Zusammenarbeit | 12 767 | 407 | 87 | 221 | 352 | 128 | 71 | 1 283 |
| EZ-Nahrungsmittelhilfe | 1 180 | 24 | 1 | 11 | 80 | - | - | 47 |
| Sofort- und Katastrophenhilfe | 3 574 | 84 | 30 | 26 | 201 | 124 | 39 | 159 |
| Beiträge an NRO | 1 200 | - | 2 | 86 | 169 | 3 | 4 | 29 |
| Verwaltungsaufwand | 3 083 | 47 | 18 | 36 | 132 | 81 | 16 | 189 |
| 2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitalleistungen | 3 021 | - | - 3 | - | - 24 | 13 | - 2 | - 287 |
| davon: Neue Entwicklungskredite | 3 306 | - | - 3 | 3 | - 24 | - 18 | - 6 | - 82 |
| B. Beiträge an multilaterale Stellen | 17 694 | 229 | 167 | 343 | 583 | 641 | 154 | 1 276 |
| Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt | 17 808 | 229 | 167 | 344 | 584 | 641 | 154 | 1 368 |
| davon: EG | 4 954 | - | 87 | 191 | - | 93 | 51 | 792 |
| IDA | 3 672 | 74 | 26 | 51 | 136 | 51 | 14 | 238 |
| Regionale Entwicklungsbanken | 2 187 | 71 | 23 | 8 | 89 | 68 | 22 | 83 |
| II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D) | -4 537 | 573 | 21 | - 9 | 5 | - 3 | 2 | 14 |
| C. Bilaterale OOF (1+2) | -4 355 | 502 | 21 | - 9 | 5 | - 3 | 2 | 14 |
| 1. Öffentliche Exportkredite ^a | -1 237 | - 49 | 21 | 6 | 8 | - | - | - |
| 2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva | -3 118 | 551 | - | - 15 | - 3 | - 3 | 2 | 14 |
| D. Multilaterale Stellen | - 182 | 71 | - | - | - | - | - | - |
| III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen | 6 935 | 150 | 63 | 75 | 113 | 32 | 5 | - |
| IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (I bis 4) | 74 537 | - 219 | 560 | 1 394 | 4 621 | 482 | 672 | 1 439 |
| 1. Direktinvestitionen | 67 234 | - 726 | 421 | 1 441 | 3 814 | 482 | 493 | 2 740 |
| 2. Private Exportkredite | 7 642 | - | 139 | 447 | - 14 | - | 673 | - |
| 3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen | -3 385 | - | - | - | - | - | - | - |
| 4. Bilaterale Wertpapierinvestitionen | 3 046 | 507 | - | - 494 | 821 | - | - 494 | -1 301 |
| V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV) | 130 673 | 1 491 | 1 067 | 2 281 | 6 483 | 2 176 | 1 050 | 5 557 |
| Gesamtleistungen in % des BNE | 0.54 | 0.40 | 0.57 | 1.00 | 0.95 | 1.39 | 0.88 | 0.43 |
| <i>Zum Vergleich:</i> | | | | | | | | |
| BRUTTOAUSZAHLUNGEN | | | | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^b | 60 012 | 987 | 546 | 842 | 1 768 | 1 682 | 378 | 4 999 |
| Neue Entwicklungskredite | 8 571 | - | 118 | 21 | 1 | - | - | 411 |
| Nahrungsmittelhilfe, insgesamt | 2 413 | 97 | 13 | 27 | 118 | 36 | 18 | 71 |
| Sonstige öffentliche Leistungen | 10 521 | 657 | 43 | 52 | 1 209 | 9 | 2 | 352 |
| davon: Öffentliche Exportkredite | 3 974 | 35 | 43 | 6 | 1 209 | - | - | - |
| Private Exportkredite | 17 237 | - | 270 | 952 | 76 | - | 674 | - |
| ZUSAGEN | | | | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^b | 62 204 | 1 146 | 573 | 842 | 1 996 | 1 577 | 353 | 4 687 |
| Bilaterale Zuschüsse, insgesamt | 35 127 | 1 041 | 330 | 477 | 1 412 | 940 | 183 | 2 983 |
| Schuldenerlasse | 1 862 | 8 | - | 35 | 3 | - | - | 680 |
| Bilaterale Darlehen, insgesamt | 10 166 | - | 48 | 21 | - | - | 17 | 428 |
| <i>Nachrichtlich:</i> | | | | | | | | |
| Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse | 2 223 | 8 | 56 | 35 | 12 | 4 | - | 685 |
| davon: Schuldenerlasse | 1 989 | 8 | - | 35 | 3 | - | - | 680 |
| Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse | 1 754 | 8 | 56 | 32 | 12 | 4 | - | 409 |
| Flüchtlinge in den Geberländern | 1 361 | 10 | 23 | 0 | 143 | 124 | 16 | 147 |

a) Einschl. Zuschüssen zu privaten Exportkrediten.

b) Einschl. Umschuldungen.

GESAMTLEISTUNGEN NACH KATEGORIEN, 2000

Mio. \$

| Deutsch-land | Griechen-land | Irland | Italien | Japan | Luxem-burg | Nieder-lande | Neu-seeland | Nor-wegen | Portugal | Spanien | Schweden | Schweiz | Verein. Königr. | Verein. Staaten |
|---------------|---------------|-------------|---------------|---------------|-------------|--------------|-------------|--------------|--------------|---------------|--------------|--------------|-----------------|-----------------|
| 5 030 | 226 | 235 | 1 376 | 13 508 | 127 | 3 135 | 113 | 1 264 | 271 | 1 195 | 1 799 | 890 | 4 501 | 9 955 |
| 0.27 | 0.20 | 0.30 | 0.13 | 0.28 | 0.71 | 0.84 | 0.25 | 0.80 | 0.26 | 0.22 | 0.80 | 0.34 | 0.32 | 0.10 |
| 2 687 | 99 | 155 | 377 | 9 768 | 93 | 2 243 | 85 | 934 | 179 | 720 | 1 242 | 627 | 2 710 | 7 405 |
| 2 696 | 97 | 155 | 525 | 5 678 | 93 | 2 334 | 85 | 925 | 320 | 603 | 1 222 | 608 | 2 563 | 8 093 |
| 1 640 | 22 | - | 27 | 2 430 | 2 | 579 | 41 | 109 | 90 | 107 | 70 | 100 | 685 | 4 316 |
| 21 | - | - | 32 | 42 | 1 | 2 | - | - | - | 4 | - | - | - | 914 |
| 178 | 8 | 24 | 72 | 85 | 10 | 366 | 3 | 204 | 3 | 38 | 265 | 146 | 344 | 1 165 |
| - | - | 13 | 28 | 212 | 2 | 338 | 4 | - | 1 | 2 | 106 | 32 | 169 | - |
| 235 | - | 8 | 22 | 932 | 1 | 210 | 7 | 64 | 5 | 49 | 83 | 5 | 227 | 716 |
| - 10 | 1 | - | - 148 | 4 090 | - | - 92 | - | 9 | - 141 | 117 | 19 | 20 | 146 | - 688 |
| - 4 | 1 | - | - 163 | 4 090 | - | - 92 | - | - 2 | 4 | 161 | 19 | - 2 | 15 | - 591 |
| 2 343 | 127 | 80 | 999 | 3 740 | 33 | 892 | 28 | 330 | 92 | 475 | 557 | 263 | 1 792 | 2 550 |
| 2 352 | 127 | 80 | 999 | 3 740 | 33 | 892 | 28 | 330 | 92 | 475 | 557 | 263 | 1 790 | 2 565 |
| 1 242 | 98 | 47 | 638 | - | 15 | 233 | - | - | 59 | 352 | 83 | - | 975 | - |
| 384 | 2 | 8 | - | 1 146 | 4 | 197 | 5 | 31 | 13 | 31 | 149 | 83 | 258 | 771 |
| 209 | 4 | - | 76 | 891 | - | 38 | 4 | 49 | 11 | 19 | 67 | 62 | 130 | 263 |
| - 456 | 3 | - | - 103 | - 5 200 | - | 38 | - | - | 78 | 3 | - | 8 | - 72 | 562 |
| - 456 | 3 | - | - 103 | - 4 948 | - | 38 | - | - | 78 | 3 | - | 8 | - 72 | 562 |
| - 125 | 3 | - | - | - 1 239 | - | - 95 | - | - | - | - | - | - | 22 | 211 |
| - 331 | - | - | - 103 | - 3 709 | - | 133 | - | - | 78 | 3 | - | 8 | - 94 | 351 |
| - | - | - | - | - 252 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| 846 | - | 90 | 37 | 231 | 7 | 306 | 12 | 179 | - | - | 26 | 159 | 536 | 4 069 |
| 7 000 | - | 416 | 9 537 | 2 725 | - | 3 469 | 17 | - 5 | 4 273 | 22 272 | 2 127 | 997 | 2 093 | 10 666 |
| 4 571 | - | - | 1 414 | 2 874 | - | 2 135 | 17 | - 36 | 4 011 | 22 286 | 871 | 1 134 | 834 | 18 456 |
| 1 478 | - | - | 832 | - 799 | - | - | - | 31 | 262 | - 14 | 1 256 | 500 | - 447 | 3 299 |
| - 1 684 | - | - | - | - 52 | - | - 646 | - | - | - | - | - | - 638 | - | - 365 |
| 2 635 | - | 416 | 7 292 | 702 | - | 1 980 | - | - | - | - | - | - | 1 706 | - 10 724 |
| 12 420 | 229 | 741 | 10 846 | 11 264 | 133 | 6 947 | 142 | 1 437 | 4 622 | 23 471 | 3 952 | 2 054 | 7 058 | 25 252 |
| 0.67 | 0.20 | 0.93 | 1.01 | 0.23 | 0.74 | 1.85 | 0.32 | 0.91 | 4.45 | 4.25 | 1.76 | 0.80 | 0.50 | 0.25 |
| 5 805 | 226 | 235 | 1 599 | 16 300 | 127 | 3 226 | 113 | 1 270 | 416 | 1 388 | 1 799 | 893 | 4 552 | 10 863 |
| 709 | 1 | - | 60 | 6 882 | - | - | - | 4 | 4 | 310 | 19 | - | 31 | - |
| 190 | 4 | - | 32 | 42 | 1 | 78 | 1 | 39 | 8 | 6 | 8 | 18 | 38 | 1 568 |
| 1 124 | 3 | - | 103 | 4 938 | - | 133 | - | - | 79 | 3 | 5 | 8 | 178 | 1 626 |
| 345 | 3 | - | - | 1 179 | - | - | - | - | - | - | - | - | 22 | 1 132 |
| 4 402 | - | - | 1 329 | 5 552 | - | 501 | - | 94 | 275 | - | 2 238 | 873 | - | - |
| 5 719 | 226 | 235 | 1 616 | 17 113 | 127 | 3 441 | 120 | 1 125 | 416 | 1 388 | 1 438 | 906 | 4 552 | 12 609 |
| 2 609 | 97 | 155 | 538 | 5 533 | 93 | 2 834 | 92 | 769 | 320 | 603 | 1 071 | 654 | 2 563 | 9 829 |
| 64 | - | - | 201 | 372 | - | 143 | - | - | 164 | 57 | - | - | 113 | 21 |
| 359 | 1 | - | 191 | 8 321 | - | - | - | 26 | 4 | 310 | 22 | 21 | 195 | 200 |
| 193 | - | - | 201 | 414 | - | 154 | - | 9 | 171 | 60 | 38 | 6 | 155 | 21 |
| 193 | - | - | 201 | 414 | - | 100 | - | - | 164 | 57 | - | - | 113 | 21 |
| 193 | - | - | 201 | 414 | - | 154 | - | 9 | 26 | 17 | 38 | 6 | 155 | 20 |
| 67 | 1 | - | 3 | - | - | 163 | - | 98 | - | 11 | 83 | 19 | - | 451 |

Tabelle 14 FINANZIELLE GESAMTLEISTUNGEN AN

| | Australien | | | | |
|---|--------------|---------------|--------------|--------------|--------------|
| | 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| NETTOAUSZAHLUNGEN | | | | | |
| I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B) | 987 | 1 061 | 960 | 982 | 987 |
| BNE-Anteil der ODA in % | 0.36 | 0.27 | 0.27 | 0.26 | 0.27 |
| A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2) | 730 | 776 | 752 | 730 | 758 |
| 1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge | 730 | 790 | 752 | 730 | 758 |
| <i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit | 224 | 397 | 364 | 361 | 407 |
| EZ-Nahrungsmittelhilfe ^a | 61 | 16 | 10 | 3 | 24 |
| Sofort- und Katastrophenhilfe ^a | 10 | 32 | 66 | 127 | 84 |
| Beiträge an NRO | 9 | - | - | - | - |
| Verwaltungsaufwand | 40 | 46 | 54 | 52 | 47 |
| 2. Entwicklungskredite und sonstige Kapalleistungen | - | - 14 | - | - | - |
| <i>davon:</i> Neue Entwicklungskredite | - | - | - | - | - |
| B. Beiträge an multilaterale Stellen | 258 | 285 | 209 | 252 | 229 |
| Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt | 258 | 285 | 209 | 252 | 229 |
| <i>davon:</i> EG | - | - | - | - | - |
| IDA | 89 | 96 | 52 | 73 | 74 |
| Regionale Entwicklungsbanken | 81 | 87 | 36 | 70 | 71 |
| II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D) | 134 | 97 | 146 | 671 | 573 |
| C. Bilaterale OOF (1+2) | 150 | 97 | 53 | 626 | 502 |
| 1. Öffentliche Exportkredite ^b | 150 | 97 | 41 | -18 | -49 |
| 2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva | - | - | 12 | 645 | 551 |
| D. Multilaterale Stellen | - 16 | - | 94 | 45 | 71 |
| III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen | 52 | 151 | 111 | 95 | 150 |
| IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (I bis 4) | 374 | -4 352 | 528 | - 470 | -219 |
| 1. Direktinvestitionen | - 118 | -3 773 | 355 | 218 | -726 |
| 2. Private Exportkredite | - 40 | - | - | - | - |
| 3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen | - | - | - | - | - |
| 4. Bilaterale Portfolioinvestitionen | 531 | - 579 | 173 | - 688 | 507 |
| V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV) | 1 547 | -3 043 | 1 745 | 1 279 | 1 491 |
| Gesamtleistungen in % des BNE | 0.56 | -0.78 | 0.49 | 0.33 | 0.40 |
| <i>Zum Vergleich:</i> | | | | | |
| BRUTTOAUSZAHLUNGEN | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^c | 987 | 1 075 | 960 | 982 | 987 |
| Neue Entwicklungskredite | - | - | - | - | - |
| Nahrungsmittelhilfe, insgesamt | 93 | 84 | 79 | 49 | 97 |
| Sonstige öffentliche Leistungen | 407 | 197 | 246 | 761 | 657 |
| <i>davon:</i> Öffentliche Exportkredite | 184 | 196 | 141 | 71 | 35 |
| Private Exportkredite | 953 | - | - | - | - |
| ZUSAGEN | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^c | 855 | 1 063 | 771 | 1 253 | 1 146 |
| Bilaterale Zuschüsse, insgesamt | 489 | 778 | 565 | 974 | 1 041 |
| Schuldenerlasse | - | 14 | 13 | 4 | 8 |
| Bilaterale Darlehen, insgesamt | - | - | - | - | - |
| <i>Nachrichtlich:</i> | | | | | |
| Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse | - | 14 | 13 | 4 | 8 |
| <i>davon:</i> Schuldenerlasse | - | 14 | 13 | 4 | 8 |
| Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse ^d | - | - | 13 | 4 | 8 |
| Flüchtlinge in Geberländern | - | - | - | 57 | 10 |

a) Die Nahrungsmittelforthilfe wurde bis einschl. 1995 der EZ-Nahrungsmittelhilfe zugerechnet.

b) Einschl. Zuschüssen zu privaten Exportkrediten.

c) Einschl. Umschuldungen.

d) Nur ab 1998 verfügbar.

ENTWICKLUNGSLÄNDER UND MULTILATERALE STELLEN

Mio. \$

| Österreich | | | | | Belgien | | | | |
|-------------|--------------|-------------|--------------|--------------|-------------|----------------|--------------|--------------|--------------|
| 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| 338 | 527 | 456 | 527 | 423 | 796 | 764 | 883 | 760 | 820 |
| 0.24 | 0.26 | 0.22 | 0.26 | 0.23 | 0.46 | 0.31 | 0.35 | 0.30 | 0.36 |
| 250 | 306 | 292 | 344 | 257 | 452 | 438 | 537 | 437 | 477 |
| 133 | 253 | 274 | 381 | 260 | 419 | 459 | 546 | 454 | 477 |
| 56 | 115 | 123 | 105 | 87 | 180 | 258 | 290 | 276 | 221 |
| 5 | 2 | 2 | 1 | 1 | 14 | 9 | 21 | - | 11 |
| 33 | 37 | 34 | 68 | 30 | 3 | 37 | 20 | 34 | 26 |
| 2 | 4 | 1 | 1 | 2 | 2 | - | 5 | 5 | 86 |
| 8 | 14 | 20 | 19 | 18 | 32 | 39 | 44 | 49 | 36 |
| 117 | 53 | 18 | - 37 | - 3 | 33 | - 21 | - 10 | - 17 | - |
| 117 | 53 | 18 | 46 | - 3 | 30 | - 18 | - 6 | - 13 | 3 |
| 88 | 221 | 164 | 183 | 167 | 344 | 326 | 346 | 323 | 343 |
| 88 | 221 | 164 | 183 | 167 | 344 | 329 | 347 | 330 | 344 |
| - | 97 | 80 | 120 | 87 | 116 | 191 | 195 | 218 | 191 |
| 39 | 66 | 28 | - | 26 | 117 | 58 | 48 | 46 | 51 |
| 18 | 11 | 14 | 15 | 23 | 34 | 3 | 38 | 8 | 8 |
| 28 | 148 | 81 | 23 | 21 | 300 | - 2 | 79 | - 76 | - 9 |
| 28 | 62 | 81 | 23 | 21 | 284 | - 2 | 79 | - 76 | - 9 |
| 28 | 62 | 81 | 23 | 21 | 45 | 21 | 7 | 5 | 6 |
| - | - | - | - | - | 239 | - 23 | 73 | - 80 | - 15 |
| - | 86 | - | - | - | 16 | - | - | - | - |
| 28 | 33 | 46 | 80 | 63 | 36 | 40 | 36 | 78 | 75 |
| - 31 | 952 | 306 | 1 334 | 560 | - 355 | -11 439 | 6 727 | 4 765 | 1 394 |
| 61 | 225 | 215 | 831 | 421 | 111 | 371 | 1 011 | 277 | 1 441 |
| - 91 | 727 | 91 | 503 | 139 | - 13 | - 330 | - 457 | - 148 | 447 |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| - | - | - | - | - | - 452 | -11 480 | 6 172 | 4 636 | - 494 |
| 364 | 1 661 | 889 | 1 963 | 1 067 | 777 | -10 636 | 7 725 | 5 528 | 2 281 |
| 0.26 | 0.81 | 0.42 | 0.95 | 0.57 | 0.45 | -4.32 | 3.08 | 2.21 | 1.00 |
| 399 | 562 | 517 | 692 | 546 | 810 | 805 | 908 | 795 | 842 |
| 177 | 87 | 76 | 127 | 118 | 44 | 17 | 15 | 12 | 21 |
| 8 | 19 | 15 | 14 | 13 | 42 | 38 | 36 | 26 | 27 |
| 57 | 174 | 109 | 79 | 43 | 358 | 116 | 163 | 8 | 52 |
| 57 | 88 | 109 | 79 | 43 | 45 | 21 | 7 | 5 | 6 |
| 57 | 808 | 172 | 612 | 270 | 1 075 | 567 | 454 | 550 | 952 |
| 468 | 613 | 754 | 868 | 573 | 810 | 805 | 908 | 795 | 842 |
| 160 | 289 | 435 | 429 | 330 | 419 | 459 | 546 | 454 | 477 |
| 44 | - | - | 86 | - | - | 55 | 122 | 38 | 35 |
| 211 | 63 | 110 | 209 | 48 | 47 | 17 | 15 | 12 | 21 |
| 3 | 36 | 46 | 124 | 56 | - | 55 | 122 | 38 | 35 |
| 3 | - | - | 86 | - | - | 55 | 122 | 38 | 35 |
| - | - | 46 | 42 | 56 | - | - | 117 | 34 | 32 |
| - | 34 | 29 | 41 | 23 | - | - | - | - | - |

Tabelle 14 (Forts.) FINANZIELLE GESAMTLEISTUNGEN AN

| | Kanada | | | | |
|---|--------------|---------------|--------------|--------------|--------------|
| | 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| NETTOAUSZAHLUNGEN | | | | | |
| I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B) | 2 395 | 2 045 | 1 707 | 1 706 | 1 744 |
| BNE-Anteil der ODA in % | 0.44 | 0.34 | 0.30 | 0.28 | 0.25 |
| A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2) | 1 636 | 1 263 | 1 222 | 1 172 | 1 160 |
| 1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge | 1 924 | 1 354 | 1 248 | 1 195 | 1 184 |
| <i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit | 291 | 408 | 427 | 347 | 352 |
| EZ-Nahrungsmittelhilfe ^a | 152 | 164 | 115 | 61 | 80 |
| Sofort- und Katastrophenhilfe ^a | 38 | 159 | 151 | 164 | 201 |
| Beiträge an NRO | 220 | 137 | 151 | 184 | 169 |
| Verwaltungsaufwand | 179 | 115 | 109 | 135 | 132 |
| 2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitaleistungen | - 288 | - 91 | - 26 | - 23 | - 24 |
| <i>davon:</i> Neue Entwicklungskredite | - 288 | - 46 | - 26 | - 23 | - 24 |
| B. Beiträge an multilaterale Stellen | 759 | 781 | 484 | 534 | 583 |
| Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt | 759 | 782 | 484 | 535 | 584 |
| <i>davon:</i> EG | - | - | - | - | - |
| IDA | 203 | 297 | 132 | 136 | 136 |
| Regionale Entwicklungsbanken | 178 | 132 | 92 | 70 | 89 |
| II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D) | 444 | 1 054 | 1 896 | 665 | 5 |
| C. Bilaterale OOF (1+2) | 444 | 1 054 | 1 896 | 665 | 5 |
| 1. Öffentliche Exportkredite ^b | 444 | 1 068 | 1 973 | 694 | 8 |
| 2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva | - | - 14 | - 77 | - 29 | - 3 |
| D. Multilaterale Stellen | - | - | - | - | - |
| III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen | 246 | 175 | 155 | 137 | 113 |
| IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (I bis 4) | 17 | 7 261 | 5 469 | 4 484 | 4 621 |
| 1. Direktinvestitionen | 83 | 6 707 | 5 656 | 4 052 | 3 814 |
| 2. Private Exportkredite | 58 | 34 | 127 | - 29 | - 14 |
| 3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen | - 10 | - | - | - | - |
| 4. Bilaterale Portfolioinvestitionen | - 115 | 521 | - 313 | 460 | 821 |
| V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV) | 3 102 | 10 536 | 9 227 | 6 992 | 6 483 |
| Gesamtleistungen in % des BNE | 0.57 | 1.76 | 1.60 | 1.14 | 0.95 |
| <i>Zum Vergleich:</i> | | | | | |
| BRUTTOAUSZAHLUNGEN | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^c | 2 723 | 2 141 | 1 739 | 1 731 | 1 768 |
| Neue Entwicklungskredite | 40 | 5 | 7 | 2 | 1 |
| Nahrungsmittelhilfe, insgesamt | 292 | 179 | 146 | 115 | 118 |
| Sonstige öffentliche Leistungen | 873 | 2 279 | 3 684 | 1 559 | 1 209 |
| <i>davon:</i> Öffentliche Exportkredite | 873 | 2 279 | 3 684 | 1 559 | 1 209 |
| Private Exportkredite | 235 | 139 | 446 | 106 | 76 |
| ZUSAGEN | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^c | 2 678 | 2 132 | 1 861 | 1 909 | 1 996 |
| Bilaterale Zuschüsse, insgesamt | 1 777 | 1 299 | 1 266 | 1 171 | 1 412 |
| Schuldenerlasse | - | 58 | 77 | 40 | 3 |
| Bilaterale Darlehen, insgesamt | 62 | - | 4 | - | - |
| <i>Nachrichtlich zur Umschuldung:</i> | | | | | |
| Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse | 575 | 58 | 93 | 57 | 12 |
| <i>davon:</i> Schuldenerlasse | 575 | 58 | 77 | 40 | 3 |
| Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse ^d | - | - | 93 | 57 | 12 |
| Flüchtlinge in Geberländern | - | 112 | 105 | 105 | 143 |

a) Die Nahrungsmittelforthilfe wurde bis einschl. 1995 der EZ-Nahrungsmittelhilfe zugerechnet.

b) Einschl. Zuschüssen zu privaten Exportkrediten.

c) Einschl. Umschuldungen.

d) Nur ab 1998 verfügbar.

ENTWICKLUNGSLÄNDER UND MULTILATERALE STELLEN

Mio. \$

| Dänemark | | | | | Finnland | | | | |
|-------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------|-------------|--------------|-------------|--------------|
| 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| 1 054 | 1 637 | 1 704 | 1 733 | 1 664 | 776 | 379 | 396 | 416 | 371 |
| 0.94 | 0.97 | 0.99 | 1.01 | 1.06 | 0.64 | 0.33 | 0.32 | 0.33 | 0.31 |
| 609 | 1 010 | 1 014 | 1 026 | 1 024 | 467 | 200 | 209 | 241 | 217 |
| 615 | 1 012 | 1 026 | 1 023 | 1 011 | 421 | 204 | 217 | 286 | 219 |
| 105 | 114 | 113 | 83 | 128 | 84 | 58 | 68 | 72 | 71 |
| - | - | - | - | - | 2 | - | - | - | - |
| 108 | 95 | 92 | 87 | 124 | 51 | 29 | 26 | 55 | 39 |
| 3 | 7 | 7 | 7 | 3 | 11 | 1 | 5 | 5 | 4 |
| 32 | 87 | 87 | 86 | 81 | 23 | 20 | 17 | 18 | 16 |
| - 6 | - 2 | - 12 | 3 | 13 | 46 | - 4 | - 8 | - 45 | - 2 |
| 15 | - 29 | - 29 | - 24 | - 18 | 46 | - 7 | - 9 | - 10 | - 6 |
| 445 | 627 | 690 | 708 | 641 | 310 | 179 | 187 | 176 | 154 |
| 445 | 627 | 690 | 708 | 641 | 310 | 179 | 187 | 176 | 154 |
| 65 | 88 | 110 | 75 | 93 | - | 48 | 65 | 57 | 51 |
| 66 | 4 | 82 | 93 | 51 | 39 | 14 | 10 | 13 | 14 |
| 32 | 55 | 54 | 22 | 68 | 48 | 25 | 28 | 25 | 22 |
| - 36 | 143 | 127 | - 189 | - 3 | - | 59 | 56 | 140 | 2 |
| - 58 | 10 | 5 | 2 | - 3 | - | 59 | 56 | 140 | 2 |
| - 123 | - | - | - | - | - | 59 | 56 | 126 | - |
| 65 | 10 | 5 | 2 | - 3 | - | - | - | 13 | 2 |
| 22 | 133 | 123 | - 191 | - | - | - | - | - | - |
| 26 | 29 | 35 | 37 | 32 | 25 | 10 | 5 | 6 | 5 |
| - 60 | 118 | - 60 | 410 | 482 | 165 | 1 | 1 176 | 296 | 672 |
| 84 | 136 | - 60 | 344 | 482 | 93 | 30 | - 17 | 128 | 493 |
| - 161 | - 18 | - | 67 | - | 73 | 288 | 42 | 98 | 673 |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| 17 | - | - | - | - | - | - 317 | 1 151 | 70 | - 494 |
| 984 | 1 928 | 1 806 | 1 992 | 2 176 | 966 | 449 | 1 633 | 858 | 1 050 |
| 0.88 | 1.15 | 1.05 | 1.16 | 1.39 | 0.80 | 0.39 | 1.31 | 0.68 | 0.88 |
| 1 091 | 1 674 | 1 747 | 1 764 | 1 682 | 777 | 390 | 407 | 465 | 378 |
| 31 | - | - | - | - | 46 | 4 | 1 | - | - |
| 34 | 36 | 38 | 40 | 36 | 45 | 13 | 16 | 14 | 18 |
| 66 | 423 | 173 | 29 | 9 | - | 539 | 334 | 564 | 2 |
| 51 | - | - | - | - | - | 539 | 334 | 551 | - |
| 107 | - | - | 170 | - | 146 | 308 | 45 | 107 | 674 |
| 1 027 | 1 512 | 1 373 | 1 343 | 1 577 | 923 | 382 | 432 | 435 | 353 |
| 545 | 802 | 674 | 777 | 940 | 602 | 205 | 254 | 256 | 183 |
| 2 | - | - | - | - | 17 | - | 1 | 37 | - |
| - | - | - | - | - | 11 | 6 | 3 | 7 | 17 |
| 27 | 32 | 54 | 9 | 4 | 15 | - | 1 | 37 | - |
| 27 | 17 | 13 | 6 | - | 15 | - | 1 | 37 | - |
| - | - | 41 | 3 | 4 | - | - | - | 1 | - |
| - | 95 | 92 | 87 | 124 | - | 10 | 8 | 16 | 16 |

Tabelle 14 (Forts.) FINANZIELLE GESAMTLEISTUNGEN AN

| | Frankreich | | | | |
|---|--------------|---------------|--------------|--------------|--------------|
| | 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| NETTOAUSZAHLUNGEN | | | | | |
| I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B) | 6 483 | 6 307 | 5 742 | 5 639 | 4 105 |
| BNE-Anteil der ODA in % | 0.60 | 0.45 | 0.40 | 0.39 | 0.32 |
| A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2) | 5 050 | 4 777 | 4 185 | 4 128 | 2 829 |
| 1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge | 3 401 | 4 906 | 4 540 | 4 323 | 3 116 |
| <i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit | 1 916 | 2 172 | 2 081 | 1 965 | 1 283 |
| EZ-Nahrungsmittelhilfe ^a | 50 | 49 | 52 | 51 | 47 |
| Sofort- und Katastrophenhilfe ^a | - | 71 | 89 | 195 | 159 |
| Beiträge an NRO | 22 | - | 22 | 32 | 29 |
| Verwaltungsaufwand | 169 | 267 | 271 | 249 | 189 |
| 2. Entwicklungskredite und sonstige Kapalleistungen | 1 648 | -130 | -355 | -195 | -287 |
| <i>davon:</i> Neue Entwicklungskredite | 1 468 | 317 | 170 | 140 | -82 |
| B. Beiträge an multilaterale Stellen | 1 433 | 1 530 | 1 557 | 1 512 | 1 276 |
| Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt | 1 433 | 1 530 | 1 296 | 1 304 | 1 368 |
| <i>davon:</i> EG | 696 | 881 | 782 | 799 | 792 |
| IDA | 287 | 281 | 234 | 224 | 238 |
| Regionale Entwicklungsbanken | 134 | 131 | 141 | 142 | 83 |
| II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D) | 787 | 94 | -191 | -3 | 14 |
| C. Bilaterale OOF (1+2) | 787 | 94 | -191 | -3 | 14 |
| 1. Öffentliche Exportkredite ^b | 481 | - | - | - | - |
| 2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva | 306 | 94 | -191 | -3 | 14 |
| D. Multilaterale Stellen | - | - | - | - | - |
| III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen | 173 | - | - | - | - |
| IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (I bis 4) | -1 959 | 7 579 | 2 851 | 3 524 | 1 439 |
| 1. Direktinvestitionen | 1 470 | 4 148 | 6 188 | 5 517 | 2 740 |
| 2. Private Exportkredite | -806 | -960 | -442 | -605 | - |
| 3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen | -13 | - | - | - | - |
| 4. Bilaterale Portfolioinvestitionen | -2 610 | 4 390 | -2 895 | -1 388 | -1 301 |
| V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV) | 5 484 | 13 979 | 8 402 | 9 160 | 5 557 |
| Gesamtleistungen in % des BNE | 0.51 | 1.00 | 0.59 | 0.64 | 0.43 |
| <i>Zum Vergleich:</i> | | | | | |
| BRUTTOAUSZAHLUNGEN | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^c | 6 863 | 7 337 | 6 947 | 6 597 | 4 999 |
| Neue Entwicklungskredite | 1 753 | 818 | 668 | 634 | 411 |
| Nahrungsmittelhilfe, insgesamt | 50 | 49 | 52 | 51 | 71 |
| Sonstige öffentliche Leistungen | 1 259 | 788 | 405 | 1 152 | 352 |
| <i>davon:</i> Öffentliche Exportkredite | 787 | - | - | - | - |
| Private Exportkredite | 77 | - | - | - | - |
| ZUSAGEN | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^c | 7 168 | 7 141 | 7 205 | 6 528 | 4 687 |
| Bilaterale Zuschüsse, insgesamt | 3 083 | 4 496 | 4 362 | 4 314 | 2 983 |
| Schuldenerlasse | - | 1 109 | 1 221 | 1 168 | 680 |
| Bilaterale Darlehen, insgesamt | 2 652 | 1 115 | 1 185 | 702 | 428 |
| <i>Nachrichtlich zur Umschuldung:</i> | | | | | |
| Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse | 415 | 1 568 | 1 232 | 1 176 | 685 |
| <i>davon:</i> Schuldenerlasse | 415 | 1 546 | 1 221 | 1 168 | 680 |
| Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse ^d | - | - | 687 | 834 | 409 |
| Flüchtlinge in Geberländern | - | 57 | 80 | - | 147 |

a) Die Nahrungsmittelforthilfe wurde bis einschl. 1995 der EZ-Nahrungsmittelhilfe zugerechnet.

b) Einschl. Zuschüssen zu privaten Exportkrediten.

c) Einschl. Umschuldungen.

d) Nur ab 1998 verfügbar.

ENTWICKLUNGSLÄNDER UND MULTILATERALE STELLEN

Mio. \$

| Deutschland | | | | | Griechenland | | | | |
|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|--------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| 5 634 | 5 857 | 5 581 | 5 515 | 5 030 | - | 173 | 179 | 194 | 226 |
| 0.42 | 0.28 | 0.26 | 0.26 | 0.27 | - | 0.14 | 0.15 | 0.15 | 0.20 |
| 3 827 | 3 639 | 3 491 | 3 278 | 2 687 | - | 36 | 63 | 79 | 99 |
| 3 421 | 3 406 | 3 315 | 3 236 | 2 696 | - | 36 | 53 | 77 | 97 |
| 1 628 | 1 957 | 1 988 | 1 911 | 1 640 | - | 26 | 15 | 24 | 22 |
| 115 | 45 | 40 | 32 | 21 | - | - | 1 | - | - |
| 38 | 205 | 173 | 262 | 178 | - | 2 | 1 | 15 | 8 |
| 170 | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| 145 | 234 | 268 | 267 | 235 | - | - | - | 1 | - |
| 406 | 233 | 176 | 42 | - 10 | - | - | 10 | 2 | 1 |
| 338 | 221 | 167 | 41 | - 4 | - | - | 10 | 2 | 1 |
| 1 807 | 2 218 | 2 090 | 2 238 | 2 343 | - | 136 | 116 | 115 | 127 |
| 1 817 | 2 229 | 2 100 | 2 246 | 2 352 | - | 136 | 116 | 115 | 127 |
| 759 | 1 327 | 1 236 | 1 324 | 1 242 | - | 112 | 91 | 91 | 98 |
| 513 | 346 | 341 | 416 | 384 | - | 2 | 3 | - | 2 |
| 185 | 170 | 111 | 96 | 209 | - | 1 | 6 | 6 | 4 |
| 1 568 | - 482 | - 321 | - 179 | - 456 | - | 12 | 9 | 1 | 3 |
| 1 570 | - 193 | - 37 | - 43 | - 456 | - | 12 | 9 | 1 | 3 |
| 30 | 507 | 298 | 357 | - 125 | - | 12 | 9 | 1 | 3 |
| 1 540 | - 700 | - 335 | - 400 | - 331 | - | - | - | - | - |
| - 3 | - 288 | - 284 | - 136 | - | - | - | - | - | - |
| 718 | 892 | 972 | 992 | 846 | - | - | - | - | - |
| 4 934 | 13 518 | 16 205 | 13 678 | 7 000 | - | - | - | - | - |
| 1 810 | 4 996 | 5 721 | 5 629 | 4 571 | - | - | - | - | - |
| 1 158 | 1 534 | 2 023 | 1 167 | 1 478 | - | - | - | - | - |
| 595 | 196 | 1 327 | - 247 | - 1 684 | - | - | - | - | - |
| 1 371 | 6 792 | 7 134 | 7 130 | 2 635 | - | - | - | - | - |
| 12 853 | 19 785 | 22 436 | 20 006 | 12 420 | - | 185 | 189 | 195 | 229 |
| 0.95 | 0.94 | 1.05 | 0.96 | 0.67 | - | 0.15 | 0.16 | 0.16 | 0.20 |
| 7 040 | 6 941 | 6 654 | 6 513 | 5 805 | - | 173 | 179 | 194 | 226 |
| 1 705 | 1 238 | 1 179 | 917 | 709 | - | - | 10 | 2 | 1 |
| 300 | 88 | 210 | 197 | 190 | - | - | 1 | 12 | 4 |
| 3 361 | 1 738 | 1 565 | 1 575 | 1 124 | - | 12 | 9 | 1 | 3 |
| 927 | 1 103 | 912 | 785 | 345 | - | 12 | 9 | 1 | 3 |
| 5 493 | 5 184 | 5 301 | 4 461 | 4 402 | - | - | - | - | - |
| 7 019 | 7 884 | 7 252 | 7 284 | 5 719 | - | 173 | 179 | 194 | 226 |
| 3 253 | 3 856 | 3 475 | 3 297 | 2 609 | - | 36 | 53 | 77 | 97 |
| 174 | 355 | 193 | 285 | 64 | - | - | - | - | - |
| 1 969 | 1 263 | 882 | 1 113 | 359 | - | - | 10 | 2 | 1 |
| 782 | 338 | 183 | 111 | 193 | - | - | - | - | - |
| 782 | 338 | 179 | 88 | 193 | - | - | - | - | - |
| - | - | 183 | 111 | 193 | - | - | - | - | - |
| - | 115 | 59 | 110 | 67 | - | - | - | - | 1 |

Tabelle 14 (Forts.) FINANZIELLE GESAMTLEISTUNGEN AN

| | Irland | | | | |
|---|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| NETTOAUSZAHLUNGEN | | | | | |
| I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B) | 53 | 187 | 199 | 245 | 235 |
| BNE-Anteil der ODA in % | 0.16 | 0.31 | 0.30 | 0.31 | 0.30 |
| A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2) | 21 | 120 | 124 | 149 | 155 |
| 1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge | 21 | 120 | 124 | 149 | 155 |
| <i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit | 11 | 73 | - | - | - |
| EZ-Nahrungsmittelhilfe ^a | - | - | - | - | - |
| Sofort- und Katastrophenhilfe ^a | 2 | 11 | 10 | 31 | 24 |
| Beiträge an NRO | 1 | - | 3 | 4 | 13 |
| Verwaltungsaufwand | 2 | 12 | - | - | 8 |
| 2. Entwicklungskredite und sonstige Kapalleistungen | - | - | - | - | - |
| <i>davon:</i> Neue Entwicklungskredite | - | - | - | - | - |
| B. Beiträge an multilaterale Stellen | 32 | 67 | 75 | 97 | 80 |
| Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt | 32 | 67 | 75 | 97 | 80 |
| <i>davon:</i> EG | 22 | 39 | 49 | 57 | 47 |
| IDA | 5 | 7 | 7 | 7 | 8 |
| Regionale Entwicklungsbanken | - | - | - | - | - |
| II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D) | - | - | - | - | - |
| C. Bilaterale OOF (1+2) | - | - | - | - | - |
| 1. Öffentliche Exportkredite ^b | - | - | - | - | - |
| 2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva | - | - | - | - | - |
| D. Multilaterale Stellen | - | - | - | - | - |
| III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen | 26 | 56 | 45 | 6 | 90 |
| IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (I bis 4) | 57 | 80 | 90 | - | 416 |
| 1. Direktinvestitionen | - | - | - | - | - |
| 2. Private Exportkredite | 95 | - | - | - | - |
| 3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen | - | - | - | - | - |
| 4. Bilaterale Portfolioinvestitionen | -38 | 80 | 90 | - | 416 |
| V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV) | 136 | 323 | 333 | 251 | 741 |
| Gesamtleistungen in % des BNE | 0.42 | 0.54 | 0.50 | 0.32 | 0.93 |
| <i>Zum Vergleich:</i> | | | | | |
| BRUTTOAUSZAHLUNGEN | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^c | 53 | 187 | 199 | 245 | 235 |
| Neue Entwicklungskredite | - | - | - | - | - |
| Nahrungsmittelhilfe, insgesamt | - | 1 | - | - | - |
| Sonstige öffentliche Leistungen | - | - | - | - | - |
| <i>davon:</i> Öffentliche Exportkredite | - | - | - | - | - |
| Private Exportkredite | 95 | - | - | - | - |
| ZUSAGEN | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^c | 53 | 187 | 199 | 245 | 235 |
| Bilaterale Zuschüsse, insgesamt | 21 | 120 | 124 | 149 | 155 |
| Schuldenerlasse | - | - | - | - | - |
| Bilaterale Darlehen, insgesamt | - | - | - | - | - |
| <i>Nachrichtlich zur Umschuldung:</i> | | | | | |
| Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse | - | 2 | - | - | - |
| <i>davon:</i> Schuldenerlasse | - | - | - | - | - |
| Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse ^d | - | - | - | - | - |
| Flüchtlinge in Geberländern | - | 2 | 2 | - | - |

a) Die Nahrungsmittelforthilfe wurde bis einschl. 1995 der EZ-Nahrungsmittelhilfe zugerechnet.

b) Einschl. Zuschüssen zu privaten Exportkrediten.

c) Einschl. Umschuldungen.

d) Nur ab 1998 verfügbar.

ENTWICKLUNGSLÄNDER UND MULTILATERALE STELLEN

Mio. \$

| Italien | | | | | Japan | | | | |
|--------------|--------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| 3 504 | 1 266 | 2 278 | 1 806 | 1 376 | 9 017 | 9 358 | 10 640 | 15 323 | 13 508 |
| 0.36 | 0.11 | 0.20 | 0.15 | 0.13 | 0.31 | 0.21 | 0.27 | 0.34 | 0.28 |
| 2 151 | 454 | 697 | 451 | 377 | 6 782 | 6 552 | 8 553 | 10 476 | 9 768 |
| 1 414 | 361 | 624 | 551 | 525 | 3 026 | 4 985 | 4 901 | 5 475 | 5 678 |
| 375 | 58 | 40 | 53 | 27 | 1 235 | 1 956 | 1 819 | 2 136 | 2 430 |
| 108 | 16 | 39 | 44 | 32 | 45 | 44 | 56 | 42 | 42 |
| 94 | 50 | 22 | 103 | 72 | 23 | 74 | 124 | 181 | 85 |
| 131 | 19 | 17 | 21 | 28 | 89 | 334 | 257 | 251 | 212 |
| 102 | 26 | 30 | 23 | 22 | 287 | 677 | 657 | 767 | 932 |
| 737 | 93 | 73 | -100 | -148 | 3 757 | 1 568 | 3 652 | 5 001 | 4 090 |
| 626 | - 18 | -42 | -103 | -163 | 4 454 | 1 737 | 3 652 | 5 001 | 4 090 |
| 1 354 | 812 | 1 581 | 1 355 | 999 | 2 234 | 2 806 | 2 087 | 4 848 | 3 740 |
| 1 354 | 812 | 1 581 | 1 355 | 999 | 2 234 | 2 806 | 2 087 | 4 848 | 3 740 |
| 421 | 614 | 707 | 679 | 638 | - | - | - | - | - |
| 400 | 5 | 490 | 297 | - | 887 | 1 307 | 703 | 155 | 1 146 |
| 177 | 1 | 183 | 147 | 76 | 576 | 573 | 471 | 3 689 | 891 |
| 1 210 | 962 | -209 | 19 | -103 | 2 455 | 3 975 | 10 804 | 9 507 | -5 200 |
| 1 206 | 962 | -209 | 19 | -103 | 1 862 | 3 854 | 8 727 | 8 276 | -4 948 |
| 345 | 107 | 26 | - | - | -1 135 | -382 | 1 806 | -708 | -1 239 |
| 861 | 855 | -235 | 19 | -103 | 2 997 | 4 236 | 6 921 | 8 983 | -3 709 |
| 4 | - | - | - | - | 593 | 121 | 2 076 | 1 231 | -252 |
| 42 | 41 | 40 | 28 | 37 | 113 | 223 | 203 | 261 | 231 |
| -247 | 5 848 | 11 061 | 9 484 | 9 537 | 8 027 | 15 953 | -3 744 | -4 297 | 2 725 |
| 308 | 1 449 | 1 813 | 1 655 | 1 414 | 7 923 | 10 273 | 5 850 | 5 277 | 2 874 |
| -737 | -1 017 | 1 416 | -506 | 832 | 324 | - | -2 638 | -2 355 | -799 |
| - | - | - | - | - | 473 | -1 411 | -4 556 | -4 070 | -52 |
| 182 | 5 416 | 7 832 | 8 335 | 7 292 | -694 | 7 090 | -2 400 | -3 149 | 702 |
| 4 488 | 8 116 | 13 171 | 11 337 | 10 846 | 19 612 | 29 509 | 17 902 | 20 794 | 11 264 |
| 0.46 | 0.71 | 1.13 | 0.97 | 1.01 | 0.67 | 0.68 | 0.45 | 0.46 | 0.23 |
| 3 615 | 1 413 | 2 447 | 1 999 | 1 599 | 10 269 | 12 565 | 13 176 | 18 301 | 16 300 |
| 722 | 110 | 126 | 90 | 60 | 5 009 | 4 774 | 6 188 | 7 979 | 6 882 |
| 227 | 99 | 69 | 117 | 32 | 45 | 44 | 56 | 42 | 42 |
| 1 518 | 1 097 | 155 | 190 | 103 | 6 146 | 11 458 | 18 539 | 22 877 | 4 938 |
| 556 | 107 | 26 | - | - | 949 | 1 804 | 3 041 | 1 962 | 1 179 |
| 4 765 | 2 069 | 3 126 | 330 | 1 329 | 2 112 | - | 5 410 | 1 142 | 5 552 |
| 3 575 | 1 233 | 1 816 | 1 959 | 1 616 | 11 150 | 16 978 | 15 235 | 16 316 | 17 113 |
| 1 337 | 232 | 550 | 562 | 538 | 2 989 | 5 382 | 4 750 | 5 256 | 5 533 |
| - | 20 | 269 | 102 | 201 | 137 | 272 | 300 | - | 372 |
| 864 | 285 | 128 | 53 | 191 | 6 062 | 9 185 | 8 739 | 8 384 | 8 321 |
| - | 20 | 269 | 102 | 201 | 121 | 273 | 381 | 270 | 414 |
| - | 20 | 269 | 102 | 201 | 121 | 273 | 381 | 270 | 414 |
| - | - | 269 | 102 | 201 | - | - | 381 | 270 | 414 |
| - | - | - | 17 | 3 | - | - | - | - | - |

Tabelle 14 (Forts.) FINANZIELLE GESAMTLEISTUNGEN AN

| | Luxemburg | | | | |
|---|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| NETTOAUSZAHLUNGEN | | | | | |
| I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B) | 22 | 95 | 112 | 119 | 127 |
| BNE-Anteil der ODA in % | 0.20 | 0.55 | 0.65 | 0.66 | 0.71 |
| A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2) | 14 | 66 | 77 | 89 | 93 |
| 1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge | 14 | 66 | 77 | 89 | 93 |
| <i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit | 1 | 2 | 2 | 1 | 2 |
| EZ-Nahrungsmittelhilfe ^a | 1 | 1 | 1 | 2 | 1 |
| Sofort- und Katastrophenhilfe ^a | 3 | 8 | 10 | 24 | 10 |
| Beiträge an NRO | - | 1 | 1 | 2 | 2 |
| Verwaltungsaufwand | - | 3 | 1 | 2 | 1 |
| 2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitaleleistungen | - | - | - | - | - |
| <i>davon:</i> Neue Entwicklungskredite | - | - | - | - | - |
| B. Beiträge an multilaterale Stellen | 8 | 28 | 35 | 30 | 33 |
| Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt | 8 | 28 | 35 | 30 | 33 |
| <i>davon:</i> EG | 5 | 14 | 19 | 16 | 15 |
| IDA | 2 | 5 | 4 | 4 | 4 |
| Regionale Entwicklungsbanken | - | - | - | - | - |
| II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D) | 3 | - | - | - | - |
| C. Bilaterale OOF (1+2) | 3 | - | - | - | - |
| 1. Öffentliche Exportkredite ^b | - | - | - | - | - |
| 2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva | 3 | - | - | - | - |
| D. Multilaterale Stellen | - | - | - | - | - |
| III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen | - | 6 | 6 | 6 | 7 |
| IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (1 bis 4) | - | - | - | - | - |
| 1. Direktinvestitionen | - | - | - | - | - |
| 2. Private Exportkredite | - | - | - | - | - |
| 3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen | - | - | - | - | - |
| 4. Bilaterale Portfolioinvestitionen | - | - | - | - | - |
| V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV) | 23 | 100 | 118 | 124 | 133 |
| Gesamtleistungen in % des BNE | 0.22 | 0.58 | 0.68 | 0.69 | 0.74 |
| <i>Zum Vergleich:</i> | | | | | |
| BRUTTOAUSZAHLUNGEN | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^c | 22 | 95 | 112 | 119 | 127 |
| Neue Entwicklungskredite | - | - | - | - | - |
| Nahrungsmittelhilfe, insgesamt | 1 | 2 | 2 | 2 | 1 |
| Sonstige öffentliche Leistungen | 3 | - | - | - | - |
| <i>davon:</i> Öffentliche Exportkredite | - | - | - | - | - |
| Private Exportkredite | - | - | - | - | - |
| ZUSAGEN | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^c | - | 88 | 109 | 124 | 127 |
| Bilaterale Zuschüsse, insgesamt | - | 59 | 73 | 93 | 93 |
| Schuldenerlasse | - | - | - | - | - |
| Bilaterale Darlehen, insgesamt | - | - | - | - | - |
| <i>Nachrichtlich zur Umschuldung:</i> | | | | | |
| Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse | - | - | - | - | - |
| <i>davon:</i> Schuldenerlasse | - | - | - | - | - |
| Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse ^d | - | - | - | - | - |
| Flüchtlinge in Geberländern | - | - | - | - | - |

a) Die Nahrungsmittelforthilfe wurde bis einschl. 1995 der EZ-Nahrungsmittelhilfe zugerechnet.

b) Einschl. Zuschüssen zu privaten Exportkrediten.

c) Einschl. Umschuldungen.

d) Nur ab 1998 verfügbar.

ENTWICKLUNGSLÄNDER UND MULTILATERALE STELLEN

Mio. \$

| Niederlande | | | | | Neuseeland | | | | |
|--------------|--------------|---------------|--------------|--------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| 2 316 | 2 947 | 3 042 | 3 134 | 3 135 | 91 | 154 | 130 | 134 | 113 |
| 0.93 | 0.81 | 0.80 | 0.79 | 0.84 | 0.22 | 0.26 | 0.27 | 0.27 | 0.25 |
| 1 672 | 2 133 | 2 133 | 2 162 | 2 243 | 79 | 113 | 98 | 101 | 85 |
| 1 539 | 2 302 | 2 323 | 2 359 | 2 334 | 79 | 113 | 98 | 101 | 85 |
| 717 | 917 | 912 | 598 | 579 | 34 | 62 | 54 | 53 | 41 |
| 44 | 2 | 2 | 2 | 2 | - | - | - | - | - |
| 44 | 279 | 297 | 400 | 366 | 4 | 6 | 5 | 5 | 3 |
| - | 267 | 311 | 361 | 338 | 8 | 4 | 6 | 5 | 4 |
| 76 | 184 | 164 | 230 | 210 | 2 | 9 | 7 | 8 | 7 |
| 133 | - 169 | - 190 | - 198 | - 92 | - | - | - | - | - |
| 282 | - 169 | - 190 | - 198 | - 92 | - | - | - | - | - |
| 644 | 813 | 909 | 972 | 892 | 12 | 41 | 32 | 33 | 28 |
| 644 | 813 | 909 | 972 | 892 | 12 | 41 | 32 | 33 | 28 |
| 183 | 256 | 307 | 244 | 233 | - | - | - | - | - |
| 160 | 186 | 226 | 246 | 197 | 5 | 14 | 6 | 8 | 5 |
| 38 | 46 | 62 | 58 | 38 | - | 6 | 4 | 5 | 4 |
| 25 | -193 | 253 | - 8 | 38 | 2 | - | - | - | - |
| 25 | -193 | 253 | - 8 | 38 | - | - | - | - | - |
| - | -413 | 45 | -200 | -95 | - | - | - | - | - |
| 25 | 219 | 208 | 192 | 133 | - | - | - | - | - |
| - | - | - | - | - | 2 | - | - | - | - |
| 219 | 353 | 158 | 278 | 306 | 12 | 15 | 12 | 13 | 12 |
| 656 | 5 577 | 9 300 | 4 581 | 3 469 | - | 13 | 11 | 16 | 17 |
| 840 | 4 557 | 7 673 | 4 103 | 2 135 | - | 13 | 11 | 16 | 17 |
| -59 | 74 | 81 | 418 | - | - | - | - | - | - |
| -213 | - 805 | 760 | 387 | -646 | - | - | - | - | - |
| 87 | 1 750 | 787 | -327 | 1 980 | - | - | - | - | - |
| 3 215 | 8 683 | 12 752 | 7 985 | 6 947 | 104 | 182 | 154 | 163 | 142 |
| 1.29 | 2.38 | 3.35 | 2.02 | 1.85 | 0.26 | 0.31 | 0.31 | 0.33 | 0.32 |
| 2 479 | 3 115 | 3 232 | 3 332 | 3 226 | 91 | 154 | 130 | 134 | 113 |
| 282 | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| 112 | 47 | 92 | 79 | 78 | - | 1 | - | 1 | 1 |
| 58 | 668 | 571 | 274 | 133 | 2 | - | - | - | - |
| - | 448 | 363 | 82 | - | - | - | - | - | - |
| 970 | 103 | 159 | 970 | 501 | - | - | - | - | - |
| 2 690 | 2 700 | 2 984 | 2 788 | 3 441 | 83 | 159 | 129 | 130 | 120 |
| 1 732 | 1 963 | 2 078 | 1 835 | 2 834 | 69 | 118 | 99 | 98 | 92 |
| 76 | 116 | 208 | 52 | 143 | - | - | - | - | - |
| 235 | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| 71 | 159 | 154 | 159 | 154 | - | - | - | - | - |
| 71 | 159 | 76 | 96 | 100 | - | - | - | - | - |
| - | - | 154 | 159 | 154 | - | - | - | - | - |
| - | 74 | 72 | 130 | 163 | - | - | - | - | - |

Tabelle 14 (Forts.) FINANZIELLE GESAMTLEISTUNGEN AN

| | Norwegen | | | | |
|---|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| NETTOAUSZAHLUNGEN | | | | | |
| I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B) | 1 061 | 1 306 | 1 321 | 1 370 | 1 264 |
| BNE-Anteil der ODA in % | 1.11 | 0.85 | 0.90 | 0.90 | 0.80 |
| A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2) | 655 | 916 | 950 | 1 007 | 934 |
| 1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge | 657 | 907 | 944 | 993 | 925 |
| <i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit | 92 | 171 | 178 | 134 | 109 |
| EZ-Nahrungsmittelhilfe ^a | 10 | - | - | - | - |
| Sofort- und Katastrophenhilfe ^a | 70 | 192 | 213 | 244 | 204 |
| Beiträge an NRO | 83 | - | - | - | - |
| Verwaltungsaufwand | 37 | 55 | 60 | 67 | 64 |
| 2. Entwicklungskredite und sonstige Kapalleistungen | -2 | 9 | 6 | 14 | 9 |
| <i>davon:</i> Neue Entwicklungskredite | -2 | 9 | 4 | 3 | -2 |
| B. Beiträge an multilaterale Stellen | 406 | 390 | 371 | 363 | 330 |
| Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt | 406 | 390 | 371 | 363 | 330 |
| <i>davon:</i> EG | - | - | - | - | - |
| IDA | 72 | 71 | 60 | 53 | 31 |
| Regionale Entwicklungsbanken | 42 | 49 | 48 | 42 | 49 |
| II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D) | -17 | - | - | - | - |
| C. Bilaterale OOF (1+2) | 1 | - | - | - | - |
| 1. Öffentliche Exportkredite ^b | - | - | - | - | - |
| 2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva | 1 | - | - | - | - |
| D. Multilaterale Stellen | -18 | - | - | - | - |
| III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen | 90 | 121 | 126 | 168 | 179 |
| IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (I bis 4) | -86 | 221 | 535 | 522 | -5 |
| 1. Direktinvestitionen | 23 | 116 | 391 | 340 | -36 |
| 2. Private Exportkredite | -109 | 105 | 144 | 182 | 31 |
| 3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen | - | - | - | - | - |
| 4. Bilaterale Portfolioinvestitionen | - | - | - | - | - |
| V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV) | 1 048 | 1 647 | 1 983 | 2 060 | 1 437 |
| Gesamtleistungen in % des BNE | 1.10 | 1.07 | 1.35 | 1.36 | 0.91 |
| <i>Zum Vergleich:</i> | | | | | |
| BRUTTOAUSZAHLUNGEN | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^c | 1 066 | 1 309 | 1 327 | 1 375 | 1 270 |
| Neue Entwicklungskredite | 3 | 12 | 10 | 9 | 4 |
| Nahrungsmittelhilfe, insgesamt | 35 | 61 | 39 | 54 | 39 |
| Sonstige öffentliche Leistungen | 19 | - | - | - | - |
| <i>davon:</i> Öffentliche Exportkredite | - | - | - | - | - |
| Private Exportkredite | 53 | 160 | 179 | 248 | 94 |
| ZUSAGEN | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^c | 896 | 1 080 | 1 082 | 1 515 | 1 125 |
| Bilaterale Zuschüsse, insgesamt | 521 | 680 | 694 | 1 149 | 769 |
| Schuldenerlasse | - | 35 | - | - | - |
| Bilaterale Darlehen, insgesamt | 3 | 13 | 6 | 7 | 26 |
| <i>Nachrichtlich zur Umschuldung:</i> | | | | | |
| Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse | - | 32 | 37 | 23 | 9 |
| <i>davon:</i> Schuldenerlasse | - | 32 | - | - | - |
| Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse ^d | - | - | 37 | 23 | 9 |
| Flüchtlinge in Geberländern | - | 12 | 33 | 56 | 98 |

a) Die Nahrungsmittelforthilfe wurde bis einschl. 1995 der EZ-Nahrungsmittelhilfe zugerechnet.

b) Einschl. Zuschüssen zu privaten Exportkrediten.

c) Einschl. Umschuldungen.

d) Nur ab 1998 verfügbar.

ENTWICKLUNGSLÄNDER UND MULTILATERALE STELLEN

Mio. \$

| Portugal | | | | | Spanien | | | | |
|-------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------|--------------|---------------|---------------|---------------|
| 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| 126 | 250 | 259 | 276 | 271 | 753 | 1 234 | 1 376 | 1 363 | 1 195 |
| 0.24 | 0.25 | 0.24 | 0.26 | 0.26 | 0.17 | 0.24 | 0.24 | 0.23 | 0.22 |
| 91 | 163 | 176 | 207 | 179 | 449 | 765 | 838 | 829 | 720 |
| 63 | 115 | 156 | 273 | 320 | 174 | 540 | 666 | 653 | 603 |
| 43 | 48 | 85 | 97 | 90 | 106 | 128 | 148 | 118 | 107 |
| - | - | - | - | - | 19 | 3 | 12 | 7 | 4 |
| - | - | 1 | 3 | 3 | 3 | 18 | 27 | 68 | 38 |
| - | 2 | 2 | 2 | 1 | 18 | - | 1 | 1 | 2 |
| - | 1 | 6 | 5 | 5 | 29 | 36 | 38 | 30 | 49 |
| 27 | 48 | 20 | -65 | -141 | 275 | 226 | 171 | 176 | 117 |
| 32 | - 1 | 8 | 9 | 4 | 285 | 226 | 214 | 188 | 161 |
| 35 | 87 | 82 | 69 | 92 | 304 | 469 | 538 | 534 | 475 |
| 35 | 87 | 82 | 69 | 92 | 304 | 469 | 538 | 534 | 475 |
| 25 | 61 | 59 | 61 | 59 | 170 | 321 | 370 | 367 | 352 |
| - | 8 | 6 | - | 13 | 62 | 41 | 51 | 66 | 31 |
| 6 | 9 | 7 | - | 11 | 49 | 26 | 33 | 32 | 19 |
| 32 | 82 | 114 | 107 | 78 | - | - | 35 | 11 | 3 |
| 32 | 82 | 114 | 107 | 78 | - | - | 35 | 11 | 3 |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| 32 | 82 | 114 | 107 | 78 | - | - | 35 | 11 | 3 |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| 2 | 4 | 7 | - | - | 51 | 123 | 133 | - | - |
| 31 | 1 000 | 1 636 | 2 074 | 4 273 | -98 | 6 054 | 10 297 | 27 655 | 22 272 |
| 9 | 702 | 1 333 | 1 770 | 4 011 | - | 6 054 | 10 370 | 27 710 | 22 286 |
| 22 | 298 | 303 | 304 | 262 | -98 | - | -72 | -55 | -14 |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| 192 | 1 337 | 2 015 | 2 457 | 4 622 | 706 | 7 411 | 11 841 | 29 029 | 23 471 |
| 0.37 | 1.33 | 1.89 | 2.28 | 4.45 | 0.16 | 1.41 | 2.10 | 4.90 | 4.25 |
| 131 | 252 | 260 | 352 | 416 | 772 | 1 367 | 1 530 | 1 382 | 1 388 |
| 32 | - | 10 | 11 | 4 | 285 | 358 | 325 | 188 | 310 |
| 6 | 7 | 5 | 6 | 8 | 22 | 103 | 84 | 14 | 6 |
| 32 | 122 | 132 | 108 | 79 | - | - | 35 | 18 | 3 |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| 33 | 348 | 346 | 323 | 275 | 405 | - | - | - | - |
| 124 | 148 | 260 | 352 | 416 | - | 1 208 | 1 637 | 1 382 | 1 388 |
| 17 | 46 | 156 | 273 | 320 | - | 540 | 666 | 653 | 603 |
| - | 45 | 45 | 97 | 164 | - | 80 | 147 | 62 | 57 |
| 143 | 63 | 21 | 11 | 4 | - | 199 | 433 | 195 | 310 |
| - | 45 | 57 | 123 | 171 | - | 94 | 161 | 73 | 60 |
| - | 45 | 45 | 97 | 164 | - | 80 | 147 | 62 | 57 |
| - | - | 57 | 49 | 26 | - | - | 118 | 54 | 17 |
| - | - | - | - | - | - | - | - | 18 | 11 |

Tabelle 14 (Forts.) FINANZIELLE GESAMTLEISTUNGEN AN

| | Schweden | | | | |
|---|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| NETTOAUSZAHLUNGEN | | | | | |
| I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B) | 1 903 | 1 731 | 1 573 | 1 630 | 1 799 |
| BNE-Anteil der ODA in % | 0.93 | 0.79 | 0.72 | 0.70 | 0.80 |
| A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2) | 1327 | 1 209 | 1 041 | 1 146 | 1 242 |
| 1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge | 1 329 | 1 209 | 1 045 | 1 143 | 1 222 |
| <i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit | 247 | 46 | 58 | 47 | 70 |
| EZ-Nahrungsmittelhilfe ^a | 2 | - | - | - | - |
| Sofort- und Katastrophenhilfe ^a | 169 | 234 | 212 | 271 | 265 |
| Beiträge an NRO | 139 | 109 | 108 | 102 | 106 |
| Verwaltungsaufwand | 66 | 90 | 83 | 90 | 83 |
| 2. Entwicklungskredite und sonstige Kapalleistungen | -3 | - | -5 | 3 | 19 |
| <i>davon:</i> Neue Entwicklungskredite | - | - | - | - | 19 |
| B. Beiträge an multilaterale Stellen | 576 | 522 | 532 | 484 | 557 |
| Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt | 576 | 522 | 532 | 484 | 557 |
| <i>davon:</i> EG | - | 93 | 97 | 90 | 83 |
| IDA | 123 | 126 | 124 | 105 | 149 |
| Regionale Entwicklungsbanken | 61 | 60 | 86 | 64 | 67 |
| II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D) | 2 | 1 | 13 | -1 | - |
| C. Bilaterale OOF (1+2) | 2 | 1 | 13 | -1 | - |
| 1. Öffentliche Exportkredite ^b | - | - | - | - | - |
| 2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva | 2 | 1 | 13 | -1 | - |
| D. Multilaterale Stellen | - | - | - | - | - |
| III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen | 136 | 27 | 40 | 71 | 26 |
| IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (I bis 4) | 536 | 333 | 1 221 | 1 192 | 2 127 |
| 1. Direktinvestitionen | 175 | 482 | 1 221 | 665 | 871 |
| 2. Private Exportkredite | 359 | -149 | - | 527 | 1 256 |
| 3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen | 2 | - | - | - | - |
| 4. Bilaterale Portfolioinvestitionen | -1 | - | - | - | - |
| V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV) | 2 576 | 2 092 | 2 847 | 2 892 | 3 952 |
| Gesamtleistungen in % des BNE | 1.26 | 0.96 | 1.30 | 1.24 | 1.76 |
| <i>Zum Vergleich:</i> | | | | | |
| BRUTTOAUSZAHLUNGEN | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^c | 1 905 | 1 731 | 1 581 | 1 630 | 1 799 |
| Neue Entwicklungskredite | - | - | - | - | 19 |
| Nahrungsmittelhilfe, insgesamt | 38 | 26 | 11 | 10 | 8 |
| Sonstige öffentliche Leistungen | 2 | 5 | 14 | 6 | 5 |
| <i>davon:</i> Öffentliche Exportkredite | - | - | - | - | - |
| Private Exportkredite | 1 027 | 666 | 1 | 1 334 | 2 238 |
| ZUSAGEN | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^c | 1 885 | 1 558 | 1 919 | 2 154 | 1 438 |
| Bilaterale Zuschüsse, insgesamt | 1 307 | 1 097 | 1 440 | 1 709 | 1 071 |
| Schuldenerlasse | 1 | - | - | - | - |
| Bilaterale Darlehen, insgesamt | - | - | 4 | - | 22 |
| <i>Nachrichtlich zur Umschuldung:</i> | | | | | |
| Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse | 15 | 11 | 8 | 32 | 38 |
| <i>davon:</i> Schuldenerlasse | 15 | - | 8 | - | - |
| Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse ^d | - | - | - | 32 | 38 |
| Flüchtlinge in Geberländern | - | 100 | 98 | 80 | 83 |

a) Die Nahrungsmittelforthilfe wurde bis einschl. 1995 der EZ-Nahrungsmittelhilfe zugerechnet.

b) Einschl. Zuschüssen zu privaten Exportkrediten.

c) Einschl. Umschuldungen.

d) Nur ab 1998 verfügbar.

ENTWICKLUNGSLÄNDER UND MULTILATERALE STELLEN

Mio. \$

| Schweiz | | | | | Vereinigtes Königreich | | | | |
|--------------|---------------|--------------|--------------|--------------|------------------------|---------------|---------------|---------------|--------------|
| 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| 654 | 911 | 898 | 984 | 890 | 2 612 | 3 433 | 3 864 | 3 426 | 4 501 |
| 0.31 | 0.34 | 0.32 | 0.35 | 0.34 | 0.29 | 0.26 | 0.27 | 0.24 | 0.32 |
| 487 | 575 | 633 | 732 | 627 | 1 468 | 1 979 | 2 132 | 2 249 | 2 710 |
| 462 | 586 | 632 | 728 | 608 | 1 557 | 1 926 | 2 328 | 2 067 | 2 563 |
| 32 | 286 | 287 | 110 | 100 | 658 | 894 | 727 | 667 | 685 |
| 23 | 12 | - | - | - | 24 | - | - | - | - |
| 47 | 122 | 131 | 251 | 146 | 35 | 164 | 187 | 223 | 344 |
| 93 | 37 | 29 | 35 | 32 | 13 | 76 | 111 | 132 | 169 |
| 15 | 19 | 19 | 20 | 5 | 89 | 147 | 226 | 243 | 227 |
| 25 | -11 | - | 5 | 20 | -89 | 53 | -196 | 182 | 146 |
| 25 | 4 | - | 4 | -2 | 16 | -63 | -2 | -8 | 15 |
| 167 | 335 | 265 | 252 | 263 | 1 144 | 1 454 | 1 732 | 1 178 | 1 792 |
| 167 | 335 | 265 | 252 | 263 | 1 145 | 1 461 | 1 732 | 1 178 | 1 790 |
| - | - | - | - | - | 543 | 718 | 835 | 819 | 975 |
| - | 139 | 74 | 92 | 83 | 298 | 291 | 441 | - | 258 |
| 50 | 52 | 55 | 47 | 62 | 65 | 110 | 88 | 34 | 130 |
| -6 | - | 35 | 21 | 8 | 544 | -113 | -54 | -24 | -72 |
| -6 | - | 35 | 21 | 8 | 544 | -113 | -54 | -24 | -72 |
| -6 | - | - | - | - | 404 | 47 | 70 | 40 | 22 |
| - | - | 35 | 21 | 8 | 140 | -159 | -125 | -64 | -94 |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| 103 | 60 | 167 | - | 159 | 295 | 313 | 408 | 480 | 536 |
| 1 927 | -4 427 | 3 583 | 2 236 | 997 | 4 547 | 16 025 | 7 919 | 11 416 | 2 093 |
| 2 181 | -1 996 | 3 583 | 1 834 | 1 134 | 4 233 | 12 685 | 9 286 | 11 618 | 834 |
| -471 | 467 | - | 402 | 500 | 1 906 | - | -55 | -104 | -447 |
| 217 | -338 | - | - | -638 | - | - | - | - | - |
| - | -2 560 | - | - | - | -1 592 | 3 340 | -1 313 | -98 | 1 706 |
| 2 677 | -3 457 | 4 683 | 3 241 | 2 054 | 7 997 | 19 659 | 12 136 | 15 299 | 7 058 |
| 1.27 | -1.31 | 1.67 | 1.17 | 0.80 | 0.89 | 1.50 | 0.86 | 1.05 | 0.50 |
| 655 | 926 | 898 | 984 | 893 | 2 755 | 3 519 | 4 228 | 3 434 | 4 552 |
| 26 | 5 | - | 4 | - | 16 | 3 | 39 | - | 31 |
| 41 | 22 | 34 | 23 | 18 | 172 | 15 | 47 | 73 | 38 |
| - | - | 35 | 21 | 8 | 624 | 185 | 192 | 258 | 178 |
| - | - | - | - | - | 403 | 47 | 70 | 40 | 22 |
| 827 | - | - | 834 | 873 | 6 214 | - | - | - | - |
| 668 | 926 | 548 | 1 658 | 906 | 3 197 | 3 519 | 4 228 | 3 434 | 4 552 |
| 563 | 586 | 454 | 818 | 654 | 1 801 | 1 926 | 2 328 | 2 067 | 2 563 |
| - | 15 | - | - | - | 67 | 295 | 422 | 113 | 113 |
| - | 5 | - | - | 21 | 48 | 132 | 161 | 189 | 195 |
| - | 15 | 10 | 19 | 6 | 43 | 295 | 422 | 113 | 155 |
| - | 15 | - | - | - | 43 | 295 | 422 | 113 | 113 |
| - | - | 10 | 19 | 6 | - | - | 114 | 113 | 155 |
| - | - | 10 | 15 | 19 | - | - | - | - | - |

Tabelle 14 (Forts.) FINANZIELLE GESAMTLEISTUNGEN AN

| | Vereinigte Staaten | | | | |
|---|--------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| | 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| NETTOAUSZAHLUNGEN | | | | | |
| I. Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) (A+B) | 9 536 | 6 878 | 8 786 | 9 145 | 9 955 |
| BNE-Anteil der ODA in % | 0.18 | 0.09 | 0.10 | 0.10 | 0.10 |
| A. Bilaterale öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (1+2) | 7 597 | 4 939 | 5 988 | 6 848 | 7 405 |
| 1. Zuschüsse und zuschussartige Beiträge | 7 660 | 5 633 | 6 574 | 7 638 | 8 093 |
| <i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit | 2 437 | 2 741 | 3 278 | 3 877 | 4 316 |
| EZ-Nahrungsmittelhilfe ^a | 969 | 718 | 568 | 799 | 914 |
| Sofort- und Katastrophenhilfe ^a | 216 | 340 | 898 | 1 603 | 1 165 |
| Beiträge an NRO | - | - | - | - | - |
| Verwaltungsaufwand | 568 | 641 | 652 | 688 | 716 |
| 2. Entwicklungskredite und sonstige Kapitaleleistungen | -63 | -694 | -585 | -790 | -688 |
| <i>davon:</i> Neue Entwicklungskredite | 250 | -862 | -489 | -620 | -591 |
| B. Beiträge an multilaterale Stellen | 1 939 | 1 939 | 2 798 | 2 297 | 2 550 |
| Zuschüsse und Kapitalzeichnungen, insgesamt | 1 945 | 1 956 | 2 814 | 2 310 | 2 565 |
| <i>davon:</i> EG | - | - | - | - | - |
| IDA | 961 | 700 | 1 035 | 800 | 771 |
| Regionale Entwicklungsbanken | 388 | - | 341 | 448 | 263 |
| II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF), netto (C+D) | -473 | 287 | 618 | 4 793 | 562 |
| C. Bilaterale OOF (1+2) | -473 | 287 | 618 | 4 793 | 562 |
| 1. Öffentliche Exportkredite ^b | -877 | -335 | 417 | 451 | 211 |
| 2. Beteiligungen und sonstige bilaterale Aktiva | 404 | 622 | 201 | 4 342 | 351 |
| D. Multilaterale Stellen | - | - | - | - | - |
| III. Zuschüsse privater Hilfsorganisationen | 2 191 | 2 518 | 2 906 | 3 981 | 4 069 |
| IV. Private Leistungen zu marktüblichen Bedingungen (langfristig) (I bis 4) | 2 485 | 65 308 | 36 112 | 32 218 | 10 666 |
| 1. Direktinvestitionen | 7 432 | 29 962 | 22 815 | 22 724 | 18 456 |
| 2. Private Exportkredite | 1 263 | 2 698 | 1 543 | 2 031 | 3 299 |
| 3. Wertpapierinvestitionen multilateraler Stellen | 310 | -3 768 | 410 | -1 856 | -365 |
| 4. Bilaterale Portfolioinvestitionen | -6 519 | 36 416 | 11 344 | 9 319 | -10 724 |
| V. Gesamtleistungen (langfristig) (I bis IV) | 13 738 | 74 991 | 48 421 | 50 138 | 25 252 |
| Gesamtleistungen in % des BNE | 0.26 | 0.93 | 0.55 | 0.54 | 0.25 |
| <i>Zum Vergleich:</i> | | | | | |
| BRUTTOAUSZAHLUNGEN | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ^c | 10 485 | 8 032 | 9 580 | 10 060 | 10 863 |
| Neue Entwicklungskredite | 250 | 7 | 2 | -1 | |
| Nahrungsmittelhilfe, insgesamt | 1 678 | 1 124 | 996 | 1 794 | 1 568 |
| Sonstige öffentliche Leistungen | 2 335 | 2 912 | 2 384 | 6 582 | 1 626 |
| <i>davon:</i> Öffentliche Exportkredite | 583 | 1 265 | 1 339 | 1 424 | 1 132 |
| Private Exportkredite | 5 488 | 8 927 | 7 262 | 7 994 | - |
| ZUSAGEN | | | | | |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit, insgesamt ^c | 16 114 | 8 260 | 9 901 | 12 459 | 12 609 |
| Bilaterale Zuschüsse, insgesamt | 13 638 | 5 761 | 6 875 | 9 982 | 9 829 |
| Schuldenerlasse | 6 051 | 175 | 38 | 68 | 21 |
| Bilaterale Darlehen, insgesamt | 520 | 488 | 178 | 157 | 200 |
| <i>Nachrichtlich zur Umschuldung:</i> | | | | | |
| Brutto-ODA-Umschuldungszuschüsse | 1 374 | 175 | 38 | 68 | 21 |
| <i>davon:</i> Schuldenerlasse | 1 374 | 175 | 38 | 68 | 21 |
| Netto-ODA-Umschuldungszuschüsse ^d | - | - | 38 | 68 | 20 |
| Flüchtlinge in Geberländern | - | 36 | 387 | 2 | 451 |

a) Die Nahrungsmittelforthilfe wurde bis einschl. 1995 der EZ-Nahrungsmittelhilfe zugerechnet.

b) Einschl. Zuschüssen zu privaten Exportkrediten.

c) Einschl. Umschuldungen.

d) Nur ab 1998 verfügbar.

ENTWICKLUNGSLÄNDER UND MULTILATERALE STELLEN

Mio. \$

| DAC-Mitglieder insgesamt | | | | | EG | | | | |
|--------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 1989-90 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| 49 345 | 48 497 | 52 084 | 56 428 | 53 737 | 2 777 | 5 261 | 5 140 | 4 937 | 4 912 |
| 0.32 | 0.22 | 0.23 | 0.24 | 0.22 | - | - | - | - | - |
| 35 812 | 32 429 | 35 204 | 37 878 | 36 043 | 2 546 | 5 156 | 5 124 | 4 911 | 4 414 |
| 29 058 | 31 282 | 32 465 | 33 922 | 33 022 | 2 477 | 4 560 | 4 462 | 4 514 | 4 019 |
| 10 471 | 12 888 | 13 056 | 13 036 | 12 767 | 30 | 267 | 215 | 195 | 211 |
| 1 642 | 1 081 | 919 | 1 045 | 1 180 | 423 | 357 | 364 | 382 | 320 |
| 934 | 2 165 | 2 787 | 4 414 | 3 574 | 134 | 784 | 501 | 677 | 519 |
| 1 013 | 998 | 1 037 | 1 151 | 1 200 | 85 | 182 | 162 | 184 | 120 |
| 1 900 | 2 719 | 2 814 | 3 049 | 3 083 | 63 | 112 | 106 | 101 | 102 |
| 6 753 | 1 147 | 2 739 | 3 956 | 3 021 | 69 | 596 | 662 | 397 | 395 |
| 7 692 | 1 354 | 3 451 | 4 436 | 3 306 | 69 | 596 | 662 | 397 | 395 |
| 14 300 | 16 068 | 16 880 | 18 551 | 17 694 | 231 | 105 | 16 | 26 | 498 |
| 14 318 | 16 106 | 16 646 | 18 371 | 17 808 | 231 | 105 | 16 | 26 | 498 |
| 3 005 | 4 860 | 5 002 | 5 017 | 4 954 | - | - | - | - | - |
| 4 329 | 4 062 | 4 155 | 2 834 | 3 672 | - | - | - | - | 378 |
| 2 159 | 1 551 | 1 895 | 5 020 | 2 187 | - | - | - | - | - |
| 7 001 | 6 125 | 13 491 | 15 477 | -4 537 | 193 | 836 | 846 | 637 | 427 |
| 6 402 | 6 074 | 11 483 | 14 528 | -4 355 | 193 | 836 | 846 | 637 | 427 |
| - 213 | 849 | 4 829 | 770 | -1 237 | - | - | - | - | - |
| 6 189 | 5 224 | 6 653 | 13 758 | -3 118 | 193 | 836 | 846 | 637 | 427 |
| 600 | 51 | 2 008 | 949 | -182 | - | - | - | - | - |
| 4 560 | 5 191 | 5 609 | 6 715 | 6 935 | - | - | - | - | - |
| 20 921 | 125 623 | 111 223 | 115 119 | 74 537 | - | - | - | - | - |
| 26 717 | 77 137 | 83 416 | 94 708 | 67 234 | - | - | - | - | - |
| 2 673 | 3 751 | 2 104 | 1 896 | 7 642 | - | - | - | - | - |
| 1 362 | -6 126 | -2 059 | -5 786 | -3 385 | - | - | - | - | - |
| -9 832 | 50 861 | 27 762 | 24 301 | 3 046 | - | - | - | - | - |
| 81 826 | 185 436 | 182 407 | 193 740 | 130 673 | 2 969 | 6 097 | 5 985 | 5 574 | 5 339 |
| 0.54 | 0.84 | 0.81 | 0.81 | 0.54 | - | - | - | - | - |
| 54 988 | 55 762 | 58 758 | 63 079 | 60 012 | 2 824 | 5 499 | 5 412 | 5 264 | 5 261 |
| 10 421 | 7 437 | 8 657 | 9 972 | 8 571 | 116 | 834 | 934 | 725 | 744 |
| 3 241 | 2 058 | 2 029 | 2 733 | 2 413 | 615 | 462 | 379 | 408 | 320 |
| 17 120 | 22 712 | 28 744 | 36 059 | 10 521 | 429 | 1 010 | 1 029 | 855 | 608 |
| 5 415 | 7 909 | 10 035 | 6 560 | 3 974 | - | - | - | - | - |
| 30 131 | 19 280 | 22 900 | 19 180 | 17 237 | - | - | - | - | - |
| 61 383 | 59 749 | 60 781 | 65 127 | 62 204 | 3 173 | 6 078 | 7 887 | 7 610 | 8 371 |
| 34 322 | 30 729 | 31 918 | 36 393 | 35 127 | 2 815 | 5 445 | 6 980 | 7 099 | 6 625 |
| 6 570 | 2 645 | 3 055 | 2 153 | 1 862 | - | - | - | - | - |
| 12 827 | 12 833 | 11 879 | 11 041 | 10 166 | 97 | 507 | 771 | 395 | 601 |
| 3 443 | 3 222 | 3 283 | 2 541 | 2 223 | - | - | - | - | - |
| 3 443 | 3 122 | 3 012 | 2 277 | 1 989 | - | - | - | - | - |
| - | - | 2 359 | 1 976 | 1 754 | - | - | - | - | - |
| - | 647 | 975 | 733 | 1 361 | - | - | - | - | - |

Tabelle 15 ODA-LEISTUNGEN DER DAC-MITGLIEDER AN MULTILATERALE STELLEN, 2000

| Nettoauszahlungen | Mio. \$ | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---------------------------|----------------|--------------------------|---------------|-------------------------------|--------------------------|-------------------------------------|------------|--------------|------------|----------------|------------|------------|------------------|---|--------------|---------------|------------|----|--|
| | Ins- gesamt | Welt- bank- gruppe | davon: IDA | Regionale Entw.- banken | | | davon: | | | VN- Stellen | davon: | | | Sonstige multi- laterale Stellen | EG | davon: EEF | davon: | | |
| | | | | Afrikan. Entw.- bank | Asiat. Entw.- bank | Inter- amerik. Entw.- bank | UNDP | WEP | UNICEF | | UNHCR | IFAD | IWF ^a | | | | | | |
| Australien | 229 | 75 | 74 | 71 | - | - | - | 55 | 4 | 14 | 3 | - | 28 | - | - | 1 | 11 | | |
| Österreich | 166 | 26 | 26 | 23 | 17 | 4 | 2 | 20 | 6 | 2 | 1 | 0 | 11 | 87 | 9 | - | - | 5 | |
| Belgien | 343 | 56 | 51 | 8 | 6 | 0 | 2 | 49 | 14 | 1 | 4 | 2 | 39 | 190 | 67 | - | - | 19 | |
| Kanada | 583 | 136 | 136 | 88 | 29 | 29 | 2 | 124 | 28 | 38 | 9 | 7 | 234 | - | - | 6 | 29 | | |
| Dänemark | 641 | 75 | 51 | 68 | 50 | 6 | 3 | 251 | 59 | 40 | 33 | 36 | 153 | 93 | 35 | 1 | 3 | | |
| Finnland | 154 | 14 | 14 | 22 | 13 | 3 | 1 | 62 | 12 | 9 | 11 | 6 | 5 | 51 | 5 | - | - | | |
| Frankreich | 1 276 | 242 | 238 | 83 | 80 | 2 | 2 | 125 | 14 | 3 | 7 | 7 | 34 | 792 | 251 | - | -21 | | |
| Deutschland | 2 343 | 384 | 384 | 209 | 166 | 27 | 15 | 387 | 20 | 21 | 4 | 5 | 127 | 1 237 | 432 | 9 | 6 | | |
| Griechenland | 127 | 3 | 2 | 4 | - | - | - | 16 | 0 | - | - | - | 6 | 98 | 17 | - | - | | |
| Irland | 80 | 8 | 8 | - | - | - | - | 22 | 4 | 2 | 2 | 2 | 3 | 47 | 7 | 0 | 2 | | |
| Italien | 999 | 19 | - | 76 | 30 | 20 | 20 | 202 | 36 | 22 | 14 | 7 | 65 | 638 | 222 | 20 | 29 | | |
| Japan | 3 740 | 1 153 | 1 146 | 891 | 242 | 547 | 102 | 1 304 | 111 | 196 | 71 | 91 | 391 | - | - | - | 97 | | |
| Luxemburg | 33 | 8 | 4 | - | - | - | - | 10 | 2 | - | 0 | 0 | 1 | 15 | 4 | 0 | 1 | | |
| Niederlande | 892 | 197 | 197 | 38 | - | - | 38 | 360 | 67 | 23 | 24 | 29 | 64 | 233 | 93 | 6 | 9 | | |
| Neuseeland | 28 | 7 | 5 | 4 | - | 4 | - | 8 | 2 | 0 | 1 | 1 | 10 | - | - | 0 | 1 | | |
| Norwegen | 330 | 33 | 31 | 49 | 35 | 4 | 1 | 208 | 65 | 22 | 32 | 19 | 40 | - | - | 6 | 20 | | |
| Portugal | 92 | 13 | 13 | 11 | 11 | - | - | 6 | 1 | - | 0 | 0 | 2 | 59 | 13 | 0 | - | | |
| Spanien | 475 | 35 | 31 | 19 | 5 | 0 | 14 | 50 | 6 | 2 | 2 | 2 | 18 | 352 | 100 | - | 7 | | |
| Schweden | 557 | 151 | 149 | 67 | 31 | 15 | 3 | 248 | 59 | 31 | 32 | 45 | 9 | 83 | - | 3 | - | | |
| Schweiz | 263 | 100 | 83 | 62 | 56 | 7 | - | 78 | 31 | - | 10 | 8 | 23 | - | - | 0 | 9 | | |
| Vereinigtes Königreich | 1 792 | 271 | 258 | 130 | 101 | 27 | 2 | 359 | 57 | 20 | 26 | 6 | 55 | 977 | 360 | - | - | | |
| Vereinigte Staaten | 2 550 | 775 | 771 | 249 | 131 | 91 | 42 | 1 242 | 75 | 462 | 130 | 241 | 284 | - | - | - | - | | |
| DAC INSGESAMT | 17 694 | 3 781 | 3 672 | 2 172 | 1 002 | 857 | 249 | 5 188 | 672 | 909 | 416 | 515 | 1 603 | 4 950 | 1 615 | 53 | 227 | | |
| davon: EU-Mitglieder | 9 971 | 1 502 | 1 426 | 757 | 508 | 105 | 102 | 2 169 | 356 | 175 | 160 | 148 | 593 | 4 950 | 1 615 | 40 | 60 | | |

a) Armutsreduzierungs- und Wachstumsfazilität des IWF (PRGF).

Tabelle 16 KAPITALZEICHNUNGEN BEI MULTILATERALEN STELLEN^a
AUF HINTERLEGUNGS- UND INKASSOBASIS

| Nettoauszahlungen | Mio. \$ | | | | | | | | | |
|------------------------|--------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | Schuldscheinhinterlegung | | | | | Inkasso | | | | |
| | 1989 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 1989 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| Australien | 201 | - | 88 | 10 | 2 | 129 | 184 | 164 | 142 | - |
| Österreich | 53 | 83 | 44 | 19 | 50 | - | - | 72 | 65 | 60 |
| Belgien | 223 | - | - | - | - | - | 123 | 107 | 108 | 131 |
| Kanada | 417 | 283 | 283 | 322 | 233 | 296 | 438 | 382 | 546 | 352 |
| Dänemark | 94 | 72 | 122 | 103 | 114 | 70 | 130 | 121 | 115 | 114 |
| Finnland | 82 | 39 | 36 | 29 | 36 | - | 58 | 64 | 38 | 26 |
| Frankreich | 493 | 480 | 383 | 374 | 325 | - | - | - | - | - |
| Deutschland | 801 | 600 | 488 | 568 | 690 | 767 | 819 | 777 | 685 | 548 |
| Griechenland | - | 5 | 13 | - | 13 | - | - | - | - | - |
| Irland | 6 | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Italien | 745 | 4 | 677 | 499 | 144 | 305 | 174 | 402 | 663 | 208 |
| Japan | 1 646 | 2 116 | 757 | 4 120 | 2 436 | - | - | - | 3 208 | - |
| Luxemburg | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Niederlande | 212 | 238 | 287 | 308 | 235 | 185 | 46 | 60 | 57 | 38 |
| Neuseeland | 8 | 22 | 10 | 13 | 9 | - | 15 | 11 | 13 | 12 |
| Norwegen | 127 | 131 | 107 | 96 | 83 | 102 | - | - | - | - |
| Portugal | 8 | 1 | 0 | 1 | 0 | - | 8 | 12 | 12 | 10 |
| Spanien | 138 | 85 | 110 | 70 | 13 | - | - | - | - | - |
| Schweden | 202 | - | - | - | 202 | - | - | 181 | - | 202 |
| Schweiz | 36 | 198 | 3 | - | 145 | - | - | 3 | 123 | 99 |
| Vereinigtes Königreich | 381 | 511 | - | 54 | 413 | 361 | - | - | - | 428 |
| Vereinigte Staaten | 65 | 700 | 1 411 | 1 374 | 1 066 | 1 173 | 1 565 | 1 574 | 1 415 | - |
| DAC INSGESAMT | 5 938 | 5 566 | 4 822 | 7 958 | 6 207 | .. | .. | .. | .. | .. |
| davon: | | | | | | | | | | |
| EU-Mitglieder | 3 438 | 2 116 | 2 161 | 2 023 | 2 235 | .. | .. | .. | .. | .. |

a) Weltbank, IDA, IDB, Afrikanische Entwicklungsbank, Asiatische Entwicklungsbank und Karibische Entwicklungsbank.

Anmerkung: Nicht alle Leistungen an diese Stellen erfolgen in Form von Kapitalzeichnungen.

Tabelle 17 VERGÜNSTIGTE UND NICHT VERGÜNSTIGTE LEISTUNGEN
DER MULTILATERALEN STELLEN^a

Mio \$, zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

| | Bruttoauszahlungen | | | | | | 2000 |
|---|-------------------------|-------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| | Durchschnitt 1984-85 | Durchschnitt 1989-90 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | |
| VERGÜNSTIGTE LEISTUNGEN | | | | | | | |
| <i>Internationale Finanzinstitutionen</i> | | | | | | | |
| AfDF | 163 | 565 | 626 | 641 | 624 | 516 | 360 |
| AsDF | 363 | 1 052 | 1 238 | 1 157 | 1 149 | 1 114 | 1 135 |
| Karibische Entwicklungsbank | 18 | 39 | 16 | 23 | 25 | 33 | 36 |
| EBWE | - | - | 18 | 17 | 23 | 11 | 5 |
| IDA | 2 647 | 3 815 | 6 312 | 5 902 | 5 742 | 6 135 | 5 479 |
| IDB | 572 | 373 | 679 | 574 | 610 | 512 | 442 |
| IFAD | 235 | 230 | 239 | 199 | 232 | 231 | 250 |
| IWF ^b | - | 960 | 1 029 | - | 693 | 1 007 | 667 |
| Nordischer Entwicklungsfonds | - | - | 71 | 47 | 45 | 38 | 39 |
| Int. Finanzinstitutionen, insgesamt | 3 981 | 6 036 | 9 113 | 8 490 | 8 381 | 8 518 | 7 671 |
| <i>Vereinte Nationen^b</i> | | | | | | | |
| UNDP | 615 | 944 | 555 | 670 | 604 | 508 | 390 |
| UNFPA | 123 | 168 | 215 | 216 | 214 | 185 | 133 |
| UNHCR | 407 | 478 | 281 | 261 | 236 | 253 | 493 |
| UNICEF | 261 | 543 | 677 | 514 | 484 | 564 | 576 |
| UNRWA | 189 | 279 | 237 | 264 | 298 | 286 | 301 |
| UNTA | 256 | 237 | 243 | 434 | 282 | 428 | 454 |
| WEP | 729 | 847 | 371 | 279 | 270 | 354 | 357 |
| Sonstige VN-Stellen | 323 | 716 | 512 | 70 | 134 | 161 | 568 |
| Vereinte Nationen, insgesamt | 2 906 | 4 211 | 3 091 | 2 707 | 2 521 | 2 741 | 3 272 |
| EG | 1 294 | 2 539 | 5 495 | 5 394 | 5 396 | 5 238 | 4 763 |
| Globale Umweltfazilität | - | - | - | 72 | 76 | 66 | 86 |
| Fonds des Montrealer Protokolls | - | - | - | 42 | 152 | 44 | 56 |
| Arabische Fonds | 240 | 323 | 95 | 98 | 133 | 227 | 215 |
| Vergünstigte Leistungen, insgesamt | 8 439 | 14 107 | 18 910 | 16 874 | 17 421 | 17 912 | 16 804 |
| NICHT VERGÜNSTIGTE LEISTUNGEN | | | | | | | |
| <i>Internationale Finanzinstitutionen</i> | | | | | | | |
| Afrikanische Entwicklungsbank | 235 | 1 123 | 1 008 | 926 | 635 | 723 | 506 |
| Asiatische Entwicklungsbank | 661 | 1 518 | 2 563 | 5 304 | 5 623 | 3 710 | 2 884 |
| Karibische Entwicklungsbank | 13 | 25 | 26 | 36 | 61 | 77 | 65 |
| EBWE | - | - | 395 | 338 | 428 | 366 | 439 |
| IBRD | 8 263 | 12 050 | 10 665 | 13 624 | 14 899 | 13 256 | 11 831 |
| IFC | 373 | 1 410 | 1 740 | 1 410 | 1 724 | 1 596 | 1 276 |
| IDB | 1 770 | 2 161 | 3 696 | 4 933 | 6 051 | 7 934 | 6 662 |
| IFAD | - | - | 22 | 33 | - | 40 | 33 |
| Int. Finanzinstitutionen, insgesamt | 11 316 | 18 287 | 20 115 | 26 604 | 29 421 | 27 703 | 23 696 |
| EG | 207 | 429 | 509 | 1 010 | 1 029 | 855 | 608 |
| Arabische Fonds | 78 | 66 | - | - | - | - | - |
| Nicht vergünstigte Leistungen, insgesamt | 11 601 | 18 782 | 20 624 | 27 614 | 30 450 | 28 559 | 24 304 |

a) An Entwicklungsländer und -gebiete gemäß Teil I der DAC-Liste.

b) IWF-Treuhandfonds, SAF und Armutsreduzierungs- und Wachstumsfazilität (PRGF).

c) Die Daten für die VN-Sonderorganisationen wurden in der Weise revidiert, dass sie nur noch die ordentlichen Haushaltsausgaben erfassen. Bei den UNDP-Daten wurden dementsprechend ab 1990 Revisionen vorgenommen, wohingegen die WEP- und UNHCR-Daten erst ab 1996 revidiert werden konnten. Für die UNICEF gelten ab 1997 revidierte Daten. Seit 2000 arbeitet das UNHCR mit einem jährlichen Programmbudget, bei dem die länderspezifischen Aktivitäten, die globalen Aktivitäten und die Verwaltungskosten in einem einheitlichen Budget zusammengefasst sind.

Tabelle 17 (Forts.) VERGÜNSTIGTE UND NICHT VERGÜNSTIGTE LEISTUNGEN
DER MULTILATERALEN STELLEN^a

Mio \$, zu jeweiligen Preisen und Wechselkursen

| | Nettoauszahlungen | | | | | | |
|---|-------------------------|-------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| | Durchschnitt 1984-85 | Durchschnitt 1989-90 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| VERGÜNSTIGTE LEISTUNGEN | | | | | | | |
| <i>Internationale Finanzinstitutionen</i> | | | | | | | |
| AfDF | 161 | 548 | 591 | 589 | 576 | 459 | 300 |
| AsDF | 348 | 1 010 | 1 102 | 1 010 | 1 001 | 937 | 927 |
| Karibische Entwicklungsbank | 18 | 39 | 1 | 0 | 3 | 12 | 20 |
| EBWE | - | - | 18 | 17 | 23 | 11 | 5 |
| IDA | 2 545 | 3 589 | 5 723 | 5 253 | 4 822 | 4 509 | 4 188 |
| IDB | 395 | 149 | 405 | 292 | 328 | 223 | 153 |
| IFAD | 220 | 181 | 152 | 109 | 135 | 131 | 143 |
| IWF ^b | - | 520 | 330 | 178 | 181 | 197 | -89 |
| Nordischer Entwicklungsfonds | - | - | 71 | 47 | 45 | 38 | 38 |
| Int. Finanzinstitutionen, insgesamt | 3 669 | 5 477 | 7 992 | 7 269 | 6 885 | 6 270 | 5 716 |
| <i>Vereinte Nationen^b</i> | | | | | | | |
| UNDP | 615 | 944 | 555 | 670 | 604 | 508 | 390 |
| UNFPA | 123 | 168 | 215 | 216 | 214 | 185 | 133 |
| UNHCR | 407 | 478 | 281 | 261 | 236 | 253 | 493 |
| UNICEF | 261 | 543 | 677 | 514 | 484 | 564 | 576 |
| UNRWA | 189 | 279 | 237 | 264 | 298 | 286 | 301 |
| UNTA | 256 | 237 | 243 | 434 | 282 | 428 | 454 |
| WEP | 729 | 847 | 371 | 279 | 270 | 354 | 357 |
| Sonstige VN-Stellen | 323 | 716 | 512 | 70 | 134 | 161 | 568 |
| Vereinte Nationen, insgesamt | 2 906 | 4 211 | 3 091 | 2 707 | 2 521 | 2 741 | 3 272 |
| EG | 1 278 | 2 509 | 5 261 | 5 156 | 5 124 | 4 911 | 4 414 |
| Globale Umweltfazilität | - | - | - | 72 | 76 | 66 | 86 |
| Fonds des Montrealer Protokolls | - | - | - | 42 | 152 | 44 | 56 |
| Arabische Fonds | 137 | 106 | -36 | -37 | -8 | 37 | 35 |
| Vergünstigte Leistungen, insgesamt | 8 008 | 12 862 | 16 709 | 15 435 | 14 978 | 14 314 | 13 549 |
| NICHT VERGÜNSTIGTE LEISTUNGEN | | | | | | | |
| <i>Internationale Finanzinstitutionen</i> | | | | | | | |
| Afrikanische Entwicklungsbank | 173 | 908 | 291 | -33 | -197 | -114 | -304 |
| Asiatische Entwicklungsbank | 456 | 933 | 218 | 3 971 | 4 654 | 2 580 | 1 049 |
| Karibische Entwicklungsbank | 13 | 25 | 14 | 23 | 44 | 61 | 50 |
| EBWE | - | - | 377 | 244 | 320 | 218 | 237 |
| IBRD | 5 344 | 4 156 | -238 | 3 145 | 5 746 | 3 802 | 2 776 |
| IFC | 110 | 886 | 902 | 246 | 678 | 663 | 229 |
| IDB | 1 474 | 1 159 | 1 409 | 2 697 | 4 112 | 5 956 | 4 360 |
| IFAD | - | - | -1 | 9 | -23 | 13 | 5 |
| Int. Finanzinstitutionen, insgesamt | 7 571 | 8 067 | 2 972 | 10 301 | 15 334 | 13 178 | 8 402 |
| EG | 118 | 193 | 303 | 836 | 846 | 637 | 427 |
| Arabische Fonds | 59 | 9 | - | - | - | - | - |
| Nicht vergünstigte Leistungen, insgesamt | 7 748 | 8 268 | 3 275 | 11 137 | 16 180 | 13 815 | 8 828 |

Tabelle 18 HAUPTVERWENDUNGSZWECKE DER ODA-LEISTUNGEN DER EINZELNEN DAC-GEBER

| | In % der bilateralen Gesamtzusagen | | | | | | | | | | | | Nachrichtlich: Anteil der über NRO geleiteten ODA ^a | | |
|------------------------|--|-------------|----------------------------------|-------------|---------------------|------------|--|------------|-----------------------------|------------|-------------|------------|--|-------------------|------------|
| | Gemeinnützige und administrative Infrastruktur | | Wirtschaftliche Infrastruktur | | Land- wirtschaft | | Industrie und übrige Produk- tionssektoren | | Waren- und Programmhilfe | | Soforthilfe | | | Sonstige Hilfe | |
| | 1979-1980 | 1999-2000 | 1979-1980 | 1999-2000 | 1979-1980 | 1999-2000 | 1979-1980 | 1999-2000 | 1979-1980 | 1999-2000 | 1979-1980 | 1999-2000 | | 1979-1980 | 1999-2000 |
| Australien | 10.5 | 53.0 | 9.7 | 5.1 | 4.7 | 10.9 | 1.5 | 0.6 | 65.2 | 1.9 | 1.7 | 13.3 | 6.8 | 15.2 | 0.0 |
| Österreich | 18.7 | 43.2 | 12.5 | 1.1 | 7.5 | 1.7 | 35.8 | 1.1 | - | 0.4 | 0.2 | 9.9 | 25.3 | 42.7 | 0.3 |
| Belgien | 8.8 | 42.9 | 2.2 | 3.9 | 4.1 | 9.1 | 1.4 | 2.2 | 2.4 | 3.3 | 1.3 | 6.6 | 79.8 | 32.0 | 5.7 |
| Kanada | 10.3 | 29.5 | 26.5 | 4.8 | 12.6 | 3.7 | 19.8 | 1.9 | 12.2 | 6.4 | 1.7 | 14.2 | 16.9 | 39.5 | 10.2 |
| Dänemark | 23.1 | 32.7 | 2.2 | 23.1 | 9.7 | 14.3 | 17.9 | 0.5 | 0.3 | 3.3 | 5.5 | 5.9 | 41.2 | 20.2 | 0.3 |
| Finnland | 6.5 | 38.1 | 9.7 | 3.6 | 10.7 | 4.1 | 34.7 | 1.2 | 0.3 | 1.1 | 2.7 | 17.7 | 35.6 | 34.3 | 1.1 |
| Frankreich | 57.3 | 41.2 | 14.9 | 6.0 | 6.4 | 5.1 | 11.7 | 1.1 | 4.8 | 2.9 | 1.7 | 4.2 | 3.3 | 39.5 | 0.6 |
| Deutschland | 19.7 | 38.6 | 22.0 | 21.0 | 10.3 | 4.1 | 14.7 | 1.3 | 2.2 | 1.7 | 0.8 | 6.0 | 30.4 | 27.2 | - |
| Griechenland | .. | 66.1 | .. | 2.9 | .. | 1.4 | .. | 2.2 | .. | 11.2 | .. | 12.7 | .. | 3.6 | - |
| Irland | .. | 47.2 | .. | 3.8 | .. | 6.2 | .. | 1.1 | .. | 1.2 | .. | 16.8 | .. | 23.7 | 3.6 |
| Italien | 21.0 | 22.7 | 2.1 | 3.4 | 20.7 | 3.6 | 14.3 | 7.6 | - | 7.1 | 5.7 | 15.1 | 36.1 | 40.4 | 1.5 |
| Japan | 10.2 | 21.3 | 43.7 | 31.7 | 12.9 | 6.8 | 14.2 | 4.2 | 7.3 | 8.4 | 0.2 | 1.8 | 11.6 | 25.8 | 1.6 |
| Luxemburg | .. | 61.2 | .. | 1.0 | .. | 4.6 | .. | 3.3 | .. | 1.8 | .. | 18.7 | .. | 9.4 | 1.5 |
| Niederlande | 28.3 | 22.9 | 19.2 | 4.2 | 21.6 | 3.1 | 7.6 | 0.6 | 2.6 | 5.3 | 1.8 | 14.2 | 18.9 | 49.8 | 11.2 |
| Neuseeland | 23.9 | 49.4 | 26.9 | 4.6 | 20.6 | 4.2 | 3.2 | 2.2 | 11.7 | 11.2 | 0.7 | 4.0 | 13.0 | 24.4 | 3.7 |
| Norwegen | 12.9 | 41.5 | 30.5 | 8.1 | 19.7 | 5.5 | 12.9 | 1.4 | 8.0 | 1.2 | 8.1 | 23.2 | 7.8 | 19.1 | - |
| Portugal | .. | 23.4 | .. | 5.3 | .. | 0.8 | .. | 0.4 | .. | 1.2 | .. | 1.1 | .. | 67.8 | 0.7 |
| Spanien | .. | 37.8 | .. | 1.5 | .. | 3.7 | .. | 1.1 | .. | 1.0 | .. | 6.8 | .. | 48.1 | 0.1 |
| Schweden | 17.7 | 32.3 | 2.4 | 8.6 | 11.5 | 2.6 | 26.9 | 0.6 | 2.0 | 6.3 | 3.7 | 21.9 | 35.8 | 27.7 | 6.0 |
| Schweiz | 14.5 | 19.8 | 2.7 | 7.4 | 22.9 | 4.6 | 9.3 | 2.0 | 10.0 | 3.2 | 7.1 | 25.8 | 33.4 | 37.2 | 1.7 |
| Vereinigtes Königreich | 16.5 | 27.9 | 17.9 | 9.1 | 7.9 | 7.7 | 31.3 | 5.6 | 2.5 | 12.7 | 0.3 | 11.3 | 23.6 | 25.7 | 3.8 |
| Vereinigige Staaten | 14.2 | 35.2 | 7.2 | 13.3 | 17.4 | 3.2 | 8.5 | 0.5 | 33.8 | 11.2 | 2.6 | 18.5 | 16.3 | 18.2 | - |
| DAC INSGESAMT | 23.6 | 30.9 | 18.0 | 16.8 | 12.1 | 5.3 | 13.5 | 2.3 | 12.2 | 7.1 | 1.6 | 9.7 | 18.9 | 27.9 | 2.1 |

a) Auf Auszahlungsbasis.

Tabelle 19 EZ-LEISTUNGEN NACH HAUPTVERWENDUNGSZWECKEN, 2000

| Zusagen | In % der bilateralen Gesamtleistungen | | | | | | | | | | | | | |
|--|---------------------------------------|-----------------|--------------|--------------|---------------|---------------|-----------------|------------------|-------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|------------------|
| | Austra- lien | Öster- reich | Belgien | Kanada | Däne- mark | Finn- land | Frank- reich | Deutsch- land | Griechen- land | Irland | Italien | Japan | Luxemburg | Nieder- lande |
| Gemeinnützige und administrative Infrastruktur | 53.5 | 40.1 | 43.4 | 31.7 | 21.9 | 43.1 | 39.1 | 44.5 | 62.9 | 55.4 | 20.5 | 23.6 | 69.8 | 21.8 |
| Bildungswesen ^{a)} | 17.9 | 14.8 | 13.0 | 9.9 | 8.0 | 9.1 | 22.1 | 18.6 | 5.8 | 19.3 | 3.0 | 5.3 | 23.5 | 5.8 |
| davon: Grunderziehung | 4.2 | 0.5 | 0.8 | 1.1 | 4.8 | 0.2 | 1.5 | 2.1 | 0.0 | - | 0.0 | 0.3 | 8.1 | 3.4 |
| Gesundheitswesen | 8.5 | 7.5 | 12.0 | 2.0 | 2.0 | 5.1 | 3.2 | 1.6 | 4.0 | 14.2 | 5.4 | 2.1 | 19.1 | 2.8 |
| davon: Medizinische Grundversorgung | 5.7 | 7.0 | 6.5 | 1.8 | 1.5 | 1.9 | 0.5 | 0.9 | 2.3 | - | 1.8 | 0.5 | 8.9 | 1.7 |
| Bevölkerungspolitik ^{b)} | 3.0 | 0.0 | 1.9 | 3.9 | 0.3 | 0.6 | 0.4 | 1.8 | - | - | 1.0 | 0.2 | - | 1.7 |
| Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung | 3.2 | 6.7 | 2.0 | 2.9 | 4.6 | 6.7 | 3.5 | 11.7 | 0.6 | 6.2 | 7.1 | 13.6 | 10.4 | 1.4 |
| Staat und Zivilgesellschaft | 15.7 | 9.6 | 9.2 | 11.9 | 3.9 | 16.2 | 2.6 | 5.2 | 49.7 | 14.7 | 0.5 | 1.3 | - | 5.7 |
| Sonstige gemeinnützige Infrastruktur/Dienste | 5.2 | 1.5 | 5.2 | 1.1 | 2.5 | 5.4 | 7.2 | 5.4 | 2.9 | 1.0 | 3.5 | 1.1 | 16.8 | 4.3 |
| Wirtschaftliche Infrastruktur | 8.8 | 1.6 | 4.8 | 4.5 | 34.5 | 1.3 | 4.5 | 13.9 | 3.6 | 2.2 | 2.8 | 32.0 | - | 4.2 |
| Verkehr und Kommunikationswesen | 7.2 | 0.1 | 3.2 | 2.0 | 27.7 | 0.5 | 2.3 | 4.1 | 2.6 | 2.2 | 0.8 | 25.2 | - | 2.8 |
| Energiesektor | 0.7 | 0.9 | 0.9 | 1.2 | 6.8 | 0.4 | 1.2 | 3.3 | - | - | 1.8 | 6.1 | - | 1.2 |
| Übrige Sektoren | 0.8 | 0.6 | 0.8 | 1.4 | 0.0 | 0.4 | 1.1 | 6.5 | 1.0 | - | 0.1 | 0.7 | - | 0.3 |
| Produktion | 7.3 | 4.1 | 11.0 | 6.9 | 16.1 | 5.8 | 6.6 | 6.3 | 3.2 | 8.6 | 15.3 | 8.3 | 7.2 | 2.6 |
| Landwirtschaft | 6.5 | 2.6 | 9.1 | 4.5 | 15.1 | 4.3 | 5.2 | 4.6 | 1.2 | 7.5 | 4.3 | 6.1 | 4.0 | 2.0 |
| Industrie, Bergbau und Bauwirtschaft | 0.2 | 1.2 | 1.2 | 1.8 | 0.4 | 0.8 | 1.4 | 1.2 | 1.3 | 1.1 | 10.6 | 1.9 | - | 0.3 |
| Handel und Fremdenverkehr | 0.6 | 0.3 | 0.8 | 0.5 | 0.5 | 0.7 | 0.0 | 0.5 | 0.7 | - | 0.5 | 0.2 | 3.2 | 0.4 |
| Multisektorale Leistungen | 7.7 | 4.6 | 6.6 | 10.3 | 2.3 | 17.5 | 11.2 | 13.6 | 4.0 | - | 6.8 | 6.0 | 3.1 | 4.4 |
| Programmhilfe | 3.6 | 0.4 | 3.6 | 5.7 | 4.6 | 0.8 | 2.5 | 0.7 | 18.3 | - | 5.1 | 5.5 | 1.6 | 6.6 |
| Maßnahmen bezügl. Schulden ^{c)} | 1.1 | 32.9 | 10.6 | 0.9 | 0.0 | - | 23.4 | 2.9 | - | - | 29.7 | 10.4 | - | 6.7 |
| Soforthilfe | 11.1 | 8.2 | 5.8 | 14.3 | 10.8 | 16.8 | 4.6 | 6.0 | 7.7 | 12.8 | 10.6 | 0.6 | 11.0 | 13.9 |
| Verwaltungsaufwand | 6.2 | 4.7 | 7.5 | 9.4 | 8.2 | 8.0 | 5.5 | 7.7 | 0.2 | 5.0 | 2.7 | 6.8 | 1.3 | 0.2 |
| Unaufgeschlüsselt | 0.7 | 3.5 | 6.7 | 16.5 | 1.4 | 6.8 | 2.6 | 4.4 | 0.0 | 15.9 | 6.4 | 6.8 | 6.0 | 39.6 |
| INSGESAMT | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 |
| <i>Nachrichtlich:</i> | | | | | | | | | | | | | | |
| Nahrungsmittelhilfe, insgesamt | 6.1 | 0.4 | 2.2 | 5.7 | - | 1.9 | 0.6 | 2.2 | 4.4 | - | 4.4 | 0.4 | 1.6 | 0.4 |

a) Einschl. Studenten und Praktikanten.

b) Bevölkerungspolitik und Reproduktivgesundheitsfürsorge.

c) Einschl. Erlass von Nicht-ODA-Schulden.

d) Näherungswerte.

e) Einschl. der Afrikanischen Entwicklungsbank, der Asiatischen Entwicklungsbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank.

Tabelle 19 (Forts.) EZ-LEISTUNGEN NACH HAUPTVERWENDUNGSZWECKEN, 2000

| Zusagen | In % der bilateralen Gesamtleistungen | | | | | | | | | | | | |
|--|---------------------------------------|---------------|--------------|--------------|--------------|--------------|----------------------------|--------------|------------------|----------------|-----------------|---------------|--------------------------------------|
| | Neusee- land | Nor- wegen | Portugal | Spanien | Schweden | Schweiz | Verein. König- reich | USA | DAC insgesamt | Ins- gesamt | EG ^d | Welt- bank | Regionale Entwicklungs- banken |
| Gemeinnützige und administrative Infrastruktur | 47.2 | 38.1 | 25.6 | 35.5 | 30.7 | 18.1 | 26.8 | 39.1 | 31.7 | 40.2 | 25.2 | 49.0 | 36.0 |
| Bildungswesen ^a | 32.1 | 6.1 | 7.9 | 15.8 | 4.1 | 4.5 | 6.3 | 2.5 | 7.8 | 5.6 | 5.4 | 5.0 | 6.5 |
| davon: Grunderziehung | 1.7 | 1.8 | 1.0 | 1.2 | 2.4 | 1.2 | 2.6 | 1.9 | 1.5 | 1.7 | 3.6 | 1.5 | 0.8 |
| Gesundheitswesen | 3.6 | 2.7 | 1.9 | 4.0 | 5.7 | 4.5 | 8.3 | 3.6 | 3.5 | 4.8 | 4.1 | 4.9 | 5.0 |
| davon: Medizinische Grundversorgung | 2.4 | 1.6 | 0.1 | 3.0 | 2.4 | 2.7 | 4.8 | 3.5 | 2.0 | 2.3 | 2.3 | 1.9 | 3.0 |
| Bevölkerungspolitik ^b | 0.8 | 1.9 | 0.0 | 0.6 | 2.0 | 0.5 | 3.0 | 7.0 | 2.4 | 0.7 | 0.6 | 1.1 | - |
| Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung | 1.3 | 2.0 | 0.1 | 1.5 | 2.1 | 3.8 | 1.6 | 1.1 | 6.3 | 4.8 | 3.1 | 4.0 | 7.0 |
| Staat und Zivilgesellschaft | 6.4 | 17.7 | 8.4 | 6.4 | 11.1 | 4.6 | 4.1 | 6.1 | 4.9 | 17.8 | 8.9 | 24.7 | 12.9 |
| Sonstige gemeinnützige Infrastruktur/Dienste | 3.0 | 7.7 | 7.3 | 7.2 | 5.7 | 0.3 | 3.6 | 18.7 | 6.8 | 6.6 | 3.2 | 9.2 | 4.6 |
| Wirtschaftliche Infrastruktur | 3.8 | 10.5 | 4.1 | 1.5 | 8.2 | 6.3 | 6.5 | 13.8 | 16.5 | 25.2 | 16.2 | 25.2 | 31.4 |
| Verkehr und Kommunikationswesen | 1.5 | 1.3 | 2.9 | 0.7 | 2.1 | 2.7 | 2.8 | 0.3 | 9.6 | 13.1 | 9.4 | 14.7 | 13.0 |
| Energiesektor | 0.7 | 5.4 | 0.1 | 0.5 | 3.7 | 0.1 | 2.3 | 1.1 | 3.1 | 7.9 | 3.9 | 3.2 | 18.0 |
| Übrige Sektoren | 1.5 | 3.7 | 1.1 | 0.2 | 2.4 | 3.4 | 1.4 | 12.4 | 3.9 | 4.3 | 2.9 | 7.3 | 0.3 |
| Produktion | 5.5 | 7.2 | 1.0 | 4.1 | 2.4 | 5.8 | 12.6 | 4.8 | 7.0 | 14.0 | 8.6 | 14.6 | 16.5 |
| Landwirtschaft | 3.9 | 6.0 | 0.7 | 3.4 | 2.0 | 3.9 | 6.3 | 4.0 | 5.1 | 10.6 | 5.8 | 12.8 | 10.2 |
| Industrie, Bergbau und Bauwirtschaft | 0.2 | 1.0 | 0.3 | 0.6 | 0.1 | 1.3 | 6.2 | 0.8 | 1.7 | 3.2 | 2.3 | 1.8 | 6.1 |
| Handel und Fremdenverkehr | 1.5 | 0.2 | 0.0 | 0.1 | 0.3 | 0.6 | 0.1 | - | 0.2 | 0.2 | 0.6 | - | 0.2 |
| Multisektorale Leistungen | 6.7 | 5.7 | 11.5 | 6.3 | 4.4 | 26.1 | 7.6 | 10.3 | 8.2 | 9.7 | 8.7 | 9.5 | 10.6 |
| Programmhilfe | 13.6 | 2.1 | 0.2 | 0.6 | 11.0 | 6.8 | 15.9 | 12.5 | 7.1 | 4.4 | 20.7 | - | 0.6 |
| Maßnahmen bezügl. Schulden ^c | - | 0.9 | 53.6 | 6.6 | 3.3 | 0.9 | 5.6 | 1.3 | 7.8 | 0.0 | - | - | 0.0 |
| Soforthilfe | 3.4 | 25.6 | 1.1 | 4.1 | 20.2 | 23.1 | 12.5 | 11.0 | 7.7 | 3.1 | 12.5 | 0.6 | 0.7 |
| Verwaltungsaufwand | 8.8 | 8.0 | 1.5 | 5.3 | 7.4 | 0.9 | 6.5 | 7.1 | 6.3 | 0.5 | 2.6 | - | - |
| Unaufgeschlüsselt | 11.0 | 1.7 | 1.5 | 35.9 | 12.3 | 12.0 | 5.9 | - | 7.6 | 3.0 | 5.5 | 1.2 | 4.2 |
| INSGESAMT | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 |
| <i>Nachrichtlich:</i> | | | | | | | | | | | | | |
| Nahrungsmittelhilfe, insgesamt | 0.9 | 2.1 | 0.8 | 0.7 | 0.6 | 2.9 | 0.4 | 12.1 | 3.6 | 1.3 | 6.1 | 0.0 | 0.1 |

Tabelle 20 FINANZIELLE BEDINGUNGEN DER ODA-ZUSAGEN^a
Durchschnitt 1999-2000

| | Zuschusselement der gesamten ODA Richtsatz: 86% ^b | | Zuschusselement der gesamten ODA | | Zuschuss- element der ODA- Kredite | Zuschuss- element der ODA an die LLDC ^c | Zuschusselement der bilate- ralen ODA an die LLDC |
|------------------------|--|-------------|-------------------------------------|--------------|---|---|--|
| | 1989-1990 | 1999-2000 | bilateralen ODA | gesamten ODA | | | |
| | Australien | 100.0 | 100.0 | 100.0 | | | |
| Österreich | 75.6 | 91.3 | 63.4 | 77.2 | 61.5 | 100.0 | 100.0 |
| Belgien | 99.1 | 99.5 | 96.3 | 97.9 | 78.0 | 99.2 | 98.9 |
| Kanada | 99.7 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | - | 100.0 | 100.0 |
| Dänemark | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | - | 100.0 | 100.0 |
| Finnland | 99.6 | 100.0 | 94.2 | 96.7 | - | 100.0 | 100.0 |
| Frankreich | 86.2 | 95.6 | 84.3 | 87.8 | 60.8 | 99.6 | 99.4 |
| Deutschland | 89.6 | 96.2 | 79.7 | 88.8 | 66.5 | 99.6 | 99.2 |
| Griechenland | .. | .. | 98.2 | 99.2 | .. | .. | .. |
| Irland | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | - | 100.0 | 100.0 |
| Italien | 91.8 | 99.0 | 77.9 | 93.1 | 85.6 | 100.0 | 100.0 |
| Japan | 79.4 | 86.6 | 38.4 | 49.5 | 72.3 | 98.7 | 98.1 |
| Luxemburg | 81.9 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | - | 100.0 | 100.0 |
| Niederlande | 96.7 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | - | 100.0 | 100.0 |
| Neuseeland | 100.0 | 100.0 | 100.0 | 100.0 | - | 100.0 | 100.0 |
| Norwegen | 99.8 | 99.8 | 98.3 | 98.7 | 30.5 | 99.7 | 99.7 |
| Portugal | 86.0 | 98.4 | 95.3 | 96.9 | 61.2 | 98.8 | 98.7 |
| Spanien | 53.2 | 92.4 | 69.3 | 81.1 | 70.0 | 96.6 | 92.2 |
| Schweden | 100.0 | 99.8 | 99.2 | 99.4 | 69.2 | 100.0 | 100.0 |
| Schweiz | 100.0 | 100.0 | 98.6 | 99.2 | - | 100.0 | 100.0 |
| Vereinigtes Königreich | 99.9 | 100.0 | 91.9 | 95.0 | - | 100.0 | 100.0 |
| Vereinigte Staaten | 98.3 | 99.6 | 98.8 | 99.0 | 59.3 | 99.9 | 99.8 |
| DAC INSGESAMT | 91.3 | 95.4 | 76.2 | 82.8 | 71.0 | 99.6 | 99.4 |

a) Ohne Umschuldungen. Beteiligungen werden als Transaktionen mit 100%igem Zuschusselement, jedoch nicht als Kredite erfasst.

b) Länder mit einem wesentlich unter dem DAC-Durchschnitt liegenden BNE-Anteil der ODA haben nach den vereinbarten Kriterien die Norm für die finanziellen Bedingungen nicht erfüllt. Dies war 2000 bei Griechenland, Italien und den Vereinigten Staaten der Fall.

c) Einschl. des rechnerisch ermittelten Zuschusselements der Leistungen an multilaterale Stellen. Vgl. Anmerkung a) zu Tabelle 31.

Tabelle 21 EINHALTUNG DER DAC-KONDITIONENEMPFEHLUNG VON 1978 DURCH DIE DAC-MITGLIEDER, 1999 UND 2000

| | ODA-Zusagen ^a Mio. \$ | | Zuschusselement der ODA-Zusagen ^b Richtsatz: 86% ^b | | Volumenkriterium: ODA-Zusagen ^a in % des BNE | | Zuschusselement der bilateralen ODA-Zusagen ^a an die LLDC (zwei alternative Richtsätze) | |
|-------------------------------------|-------------------------------------|---------------|--|-------------|---|--------------------------|---|------------------------|
| | 1999 | 2000 | 1999 | 2000 | Richtsatz 1999: 0.20% | Richtsatz 2000: 0.19% | Jährlich für die LLDC insgesamt Richtsatz: 90% | 2000 |
| | | | | | | | Dreijahresdurchschnitt für jedes LLDC Richtsatz: 86% | 1998-2000 ^d |
| Australien | 1 248 | 1 137 | 100.0 | 100.0 | 0.33 | 0.31 | 100.0 | 100.0 |
| Österreich | 678 | 449 | 88.2 | 96.1 | 0.33 | 0.24 | 100.0 | 100.0 |
| Belgien ^c | 757 | 807 | 99.6 | 99.4 | 0.30 | 0.35 | 99.7 | 98.2 |
| Kanada | 1 852 | 1 983 | 100.0 | 100.0 | 0.30 | 0.29 | 100.0 | 100.0 |
| Dänemark | 1 343 | 1 577 | 100.0 | 100.0 | 0.78 | 1.00 | 100.0 | 100.0 |
| Finnland | 398 | 353 | 100.0 | 100.0 | 0.31 | 0.30 | 100.0 | 100.0 |
| Frankreich | 5 342 | 3 890 | 94.9 | 96.6 | 0.37 | 0.30 | 99.0 | 99.9 |
| Deutschland | 6 948 | 5 634 | 94.9 | 97.9 | 0.33 | 0.30 | 99.0 | 99.6 |
| Griechenland ^c | 194 | 226 | .. | .. | 0.15 | 0.20 | .. | .. |
| Irland ^c | 245 | 235 | 100.0 | 100.0 | 0.31 | 0.30 | 100.0 | 100.0 |
| Italien | 1 854 | 1 400 | 99.3 | 98.5 | 0.16 | 0.13 | 100.0 | 100.0 |
| Japan | 16 316 | 16 741 | 85.7 | 87.6 | 0.36 | 0.35 | 96.3 | 99.9 |
| Luxemburg ^c | 124 | 127 | 100.0 | 100.0 | 0.69 | 0.71 | 100.0 | 100.0 |
| Niederlande | 2 673 | 3 251 | 100.0 | 100.0 | 0.67 | 0.87 | 100.0 | 100.0 |
| Neuseeland | 130 | 120 | 100.0 | 100.0 | 0.26 | 0.27 | 100.0 | 100.0 |
| Norwegen | 1 490 | 1 117 | 99.7 | 99.8 | 0.98 | 0.71 | 99.5 | 100.0 |
| Portugal ^c | 229 | 245 | 97.7 | 99.1 | 0.21 | 0.24 | 97.3 | 99.9 |
| Spanien ^c | 1 303 | 1 327 | 92.7 | 92.2 | 0.22 | 0.24 | 87.1 | 97.6 |
| Schweden | 2 131 | 1 402 | 100.0 | 99.5 | 0.91 | 0.62 | 100.0 | 100.0 |
| Schweiz | 1 658 | 896 | 100.0 | 100.0 | 0.60 | 0.35 | 100.0 | 100.0 |
| Vereinigtes Königreich ^c | 3 320 | 4 396 | 100.0 | 100.0 | 0.23 | 0.31 | 100.0 | 100.0 |
| Vereinigte Staaten | 12 388 | 12 483 | 99.5 | 99.7 | 0.13 | 0.13 | 100.0 | 99.6 |
| DAC INSGESAMT | 62 623 | 59 796 | 94.9 | 95.9 | 0.26 | 0.25 | 99.0 | 99.8 |

a) Ohne Umschuldungen. Beteiligungen werden als Transaktionen mit 100%igem Zuschusselement, jedoch nicht als Kredite erfasst.

b) Länder mit einem wesentlich unter dem DAC-Durchschnitt liegenden BNE-Anteil der ODA haben nach den vereinbarten Kriterien die Norm für die finanziellen Bedingungen nicht erfüllt. Dies war 2000 bei Griechenland, Italien und den Vereinigten Staaten der Fall.

c) Bruttoauszahlungen.

d) e = eingehalten, n = nicht eingehalten.

Tabelle 22 SONSTIGE KONDITIONENPARAMETER^a

| Zusagen | Anteil der Zuschüsse an der gesamten ODA in % | | Bilaterale ODA-Kredite | | | | | | | | | | |
|------------------------|---|-------------|------------------------|-------------|------------------------------------|-------------|-----------------------------|-------------|----------------------------------|------------|------------|------------|---|
| | | | Zuschusselement in % | | Durchschnittliche Laufzeit (Jahre) | | Durchschnittliche Freijahre | | Durchschnittlicher Zinssatz in % | | | | |
| | 1999 | 2000 | 1999 | 2000 | 1999 | 2000 | 1999 | 2000 | 1999 | 2000 | | | |
| Australien | 100.0 | 100.0 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| Österreich | 69.2 | 89.3 | 61.6 | 61.3 | 27.8 | 23.6 | 10.3 | 8.7 | 2.4 | 1.9 | - | - | |
| Belgien | 98.4 | 97.4 | 77.8 | 78.1 | 29.7 | 30.0 | 9.9 | 10.0 | 0.6 | 0.5 | - | - | |
| Kanada | 100.0 | 100.0 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | |
| Dänemark | 100.0 | 100.0 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | |
| Finnland | 98.1 | 95.1 | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | |
| Frankreich | 83.1 | 94.2 | 60.7 | 54.0 | 24.0 | 22.1 | 9.2 | 6.9 | 1.9 | 2.2 | - | - | |
| Deutschland | 84.5 | 94.0 | 66.9 | 65.2 | 38.9 | 35.5 | 5.7 | 7.5 | 1.8 | 2.0 | - | - | |
| Griechenland | 99.1 | 99.3 | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | |
| Irland | 100.0 | 100.0 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | |
| Italien | 97.3 | 87.4 | 75.5 | 88.4 | 31.2 | 36.9 | 11.2 | 23.4 | 1.0 | 0.5 | - | - | |
| Japan | 48.6 | 50.3 | 71.7 | 73.1 | 32.6 | 34.8 | 9.2 | 11.0 | 1.3 | 1.3 | - | - | |
| Luxemburg | 100.0 | 100.0 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | |
| Niederlande | 100.0 | 100.0 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | |
| Neuseeland | 100.0 | 100.0 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | |
| Norwegen | 99.6 | 97.7 | 29.5 | 33.0 | 10.5 | 7.8 | 2.5 | 4.1 | 2.7 | 2.3 | - | - | |
| Portugal | 95.3 | 98.4 | 31.6 | 80.3 | 6.1 | 30.7 | 3.2 | 8.9 | 0.8 | 0.1 | - | - | |
| Spanien | 85.6 | 76.6 | 70.6 | 69.4 | 28.8 | 26.5 | 10.4 | 9.2 | 1.4 | 1.1 | - | - | |
| Schweden | 100.0 | 98.4 | 37.4 | 69.9 | 10.1 | 15.0 | 1.1 | 9.8 | 0.0 | 0.1 | - | - | |
| Schweiz | 100.0 | 97.7 | - | .. | - | .. | - | .. | - | - | - | - | |
| Vereinigtes Königreich | 94.3 | 95.5 | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | |
| Vereinigte Staaten | 98.8 | 99.2 | 61.1 | 56.2 | 25.6 | 24.3 | 5.4 | 4.6 | 1.6 | 2.0 | - | - | |
| DAC INSGESAMT | 82.1 | 83.6 | 70.0 | 71.9 | 32.2 | 33.7 | 8.9 | 10.8 | 1.4 | 1.4 | 1.4 | 1.4 | |

a) Ohne Umschuldungen. Beteiligungen werden als Transaktionen mit 100%igem Zuschusselement, jedoch nicht als Kredite erfasst.

Tabelle 23 GRAD DER LIEFERBINDUNG DER ODA-LEISTUNGEN DER EINZELNEN DAC-MITGLIEDER, 2000

Zusagen (ohne technische Zusammenarbeit und Verwaltungsaufwand)

%

| | Bilaterale ODA | | | | Nachrichtlich: „Erfassungsquote“ ^d |
|-------------------------------------|----------------|-------------------------|---------------|--------------|--|
| | Ungebunden | Teilweise ungebunden | Gebunden | Insgesamt | |
| Australien | 77.4 | - | 22.6 | 100.0 | 100.0 |
| Österreich | 59.2 | - | 40.8 | 100.0 | 97.8 |
| Belgien ^{a,b,c} | 39.0 | 49.1 | 11.9 | 100.0 | 100.0 |
| Kanada | 24.9 | - | 75.1 | 100.0 | 89.6 |
| Dänemark | 80.5 | - | 19.5 | 100.0 | 100.0 |
| Finnland | 89.5 | - | 10.5 | 100.0 | 100.0 |
| Frankreich | 68.0 | 25.5 | 6.6 | 100.0 | 100.0 |
| Deutschland | 93.2 | - | 6.8 | 100.0 | 100.0 |
| Griechenland ^c | 23.5 | - | 76.5 | 100.0 | 100.0 |
| Irland | .. | .. | .. | .. | Nicht erfasst |
| Italien | 38.2 | - | 61.8 | 100.0 | 100.0 |
| Japan | 86.4 | 0.5 | 13.1 | 100.0 | 100.0 |
| Luxemburg ^c | 96.7 | - | 3.3 | 100.0 | 100.0 |
| Niederlande | 95.3 | 0.6 | 4.1 | 100.0 | 100.0 |
| Neuseeland | .. | .. | .. | .. | Nicht erfasst |
| Norwegen | 97.7 | - | 2.3 | 100.0 | 100.0 |
| Portugal ^c | 98.2 | 1.0 | 0.8 | 100.0 | 100.0 |
| Spanien ^c | 47.2 | 0.1 | 52.7 | 100.0 | 100.0 |
| Schweden | 85.4 | 10.9 | 3.7 | 100.0 | 100.0 |
| Schweiz | 93.6 | - | 6.4 | 100.0 | 100.0 |
| Vereinigtes Königreich ^c | 91.5 | - | 8.5 | 100.0 | 90.5 |
| Vereinigte Staaten | .. | .. | .. | .. | Nicht erfasst |
| DAC INSGESAMT | (80.8) | (3.0) | (16.2) | 100.0 | (83.4) |

a) Einschl. technischer Zusammenarbeit und Verwaltungsaufwand.

b) Daten für 1999.

c) Bruttoauszahlungen.

d) Bei der „Erfassungsquote“ handelt es sich um den prozentualen Anteil der in den Statistiken über den Grad der Lieferbindung erfassten bilateralen ODA (ohne technische Zusammenarbeit und Verwaltungsaufwand, soweit nicht anders angegeben).

Tabelle 24 GRAD DER LIEFERBINDUNG DER ODA-LEISTUNGEN DER EINZELNEN DAC-MITGLIEDER, 2000

Zusagen (ohne technische Zusammenarbeit und Verwaltungsaufwand)

Mio. \$

| | Bilaterale ODA | | | | Nachrichtlich: Technische Zusammenarbeit |
|-------------------------------------|-----------------|-------------------------|----------------|-----------------|--|
| | Ungebunden | Teilweise ungebunden | Gebunden | Insgesamt | |
| Australien | 294 | - | 86 | 380 | 597 |
| Österreich | 160 | - | 111 | 271 | 83 |
| Belgien ^{a,b,c} | 55 | 70 | 17 | 142 | 276 |
| Kanada | 233 | - | 702 | 935 | 236 |
| Dänemark | 656 | - | 159 | 814 | 48 |
| Finnland | 112 | - | 13 | 125 | 59 |
| Frankreich | 1 312 | 491 | 126 | 1 929 | 1 293 |
| Deutschland | 1 066 | - | 78 | 1 144 | 1 594 |
| Griechenland ^c | 18 | - | 59 | 77 | 22 |
| Irland | .. | .. | .. | .. | - |
| Italien | 260 | - | 421 | 681 | 28 |
| Japan | 8 992 | 51 | 1 365 | 10 408 | 2 511 |
| Luxemburg ^c | 87 | - | 3 | 90 | 2 |
| Niederlande | 2 202 | 14 | 94 | 2 310 | 519 |
| Neuseeland | .. | .. | .. | .. | 46 |
| Norwegen | 636 | - | 15 | 651 | 80 |
| Portugal ^c | 226 | 2 | 2 | 230 | 90 |
| Spanien ^c | 398 | 1 | 445 | 845 | 107 |
| Schweden | 803 | 103 | 35 | 941 | 71 |
| Schweiz | 514 | - | 35 | 549 | 125 |
| Vereinigtes Königreich ^c | 1 529 | - | 142 | 1 671 | 685 |
| Vereinigte Staaten | .. | .. | .. | .. | 4 900 |
| DAC INSGESAMT | (19 552) | (731) | (3 908) | (24 191) | 13 372 |

a) Einschl. technischer Zusammenarbeit und Verwaltungsaufwand.

b) Daten für 1999.

c) Bruttoauszahlungen.

Tabelle 25 EMPFANGENE ODA-LEISTUNGEN^a
UND AUSGEWÄHLTE INDIKATOREN FÜR ENTWICKLUNGSLÄNDER UND -GEBIETE

| | Empfangene ODA-Nettoleistungen, Mio. \$ | | | | | BNE pro Kopf ^c 1999 US-\$ | Bevölke- rung 1999 Mio. | Jeweiliges BNE 1999 Mio. \$ | ODA/ BNE 1999 % |
|--|---|--------------|--------------|--------------|--------------|---|----------------------------------|--------------------------------------|--------------------------|
| | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | | | | |
| AFRIKA | | | | | | | | | |
| <i>NÖRDLICH DER SAHARA</i> | | | | | | | | | |
| Algerien | 304 | 250 | 394 | 89 | 162 | 1 540 | 29.95 | 45 348 | 0.20 |
| Ägypten | 2 199 | 1 985 | 1 955 | 1 582 | 1 328 | 1 380 | 62.65 | 90 144 | 1.76 |
| Libyen ^e | 8 | 7 | 7 | 7 | - | .. | 5.42 | .. | .. |
| Marokko | 650 | 464 | 530 | 679 | 419 | 1 190 | 28.24 | 34 024 | 1.99 |
| Tunesien | 124 | 194 | 150 | 253 | 223 | 2 090 | 9.46 | 20 040 | 1.26 |
| Nördlich der Sahara, unaufgeschlüsselt | 54 | 21 | 21 | 64 | 36 | | | | |
| Nördlich der Sahara, insgesamt | 3 340 | 2 921 | 3 057 | 2 674 | 2 168 | .. | 135.72 | (189 557) | (1.41) |
| <i>SUBSAHARA-AFRIKA</i> | | | | | | | | | |
| Angola | 473 | 355 | 335 | 388 | 307 | 220 | 12.36 | 2 472 | 15.68 |
| Benin | 288 | 221 | 211 | 211 | 239 | 380 | 6.11 | 2 351 | 8.97 |
| Botsuana | 75 | 122 | 106 | 61 | 31 | 3 040 | 1.59 | 4 671 | 1.30 |
| Burkina Faso | 420 | 368 | 400 | 398 | 336 | 240 | 11.00 | 2 567 | 15.51 |
| Burundi | 111 | 56 | 77 | 74 | 93 | 120 | 6.68 | 703 | 10.56 |
| Kamerun | 412 | 499 | 426 | 434 | 380 | 600 | 14.69 | 8 719 | 4.98 |
| Kap Verde | 117 | 111 | 130 | 137 | 94 | 1 330 | 0.43 | 575 | 23.75 |
| Zentralafrikanische Republik | 170 | 91 | 120 | 117 | 76 | 290 | 3.54 | 1 035 | 11.33 |
| Tschad | 296 | 228 | 168 | 188 | 131 | 210 | 7.49 | 1 516 | 12.39 |
| Komoren | 39 | 27 | 35 | 21 | 19 | 390 | 0.54 | 226 | 9.52 |
| Demokratische Republik Kongo | 166 | 158 | 126 | 132 | 184 | .. | 49.78 | .. | .. |
| Republik Kongo | 429 | 270 | 66 | 142 | 33 | 520 | 2.86 | 1 584 | 8.95 |
| Côte d'Ivoire | 965 | 446 | 799 | 448 | 352 | 670 | 15.55 | 10 425 | 4.30 |
| Dschibuti | 97 | 85 | 81 | 75 | 71 | 810 | 0.65 | 542 | 13.84 |
| Äquatorialguinea | 31 | 24 | 25 | 20 | 21 | 1 170 | 0.44 | 581 | 3.47 |
| Eritrea | 159 | 123 | 167 | 149 | 176 | 200 | 3.99 | 776 | 19.17 |
| Äthiopien | 818 | 579 | 660 | 643 | 693 | 100 | 62.78 | 6 399 | 10.05 |
| Gabun | 127 | 39 | 45 | 48 | 12 | 3 280 | 1.21 | 3 812 | 1.25 |
| Gambia | 37 | 39 | 39 | 33 | 49 | 330 | 1.25 | 386 | 8.67 |
| Ghana | 651 | 494 | 702 | 609 | 609 | 400 | 18.78 | 7 638 | 7.98 |
| Guinea | 299 | 381 | 359 | 238 | 153 | 490 | 7.25 | 3 350 | 7.09 |
| Guinea-Bissau | 181 | 124 | 96 | 52 | 80 | 170 | 1.18 | 204 | 25.66 |
| Kenia | 597 | 448 | 477 | 310 | 512 | 360 | 29.41 | 10 486 | 2.96 |
| Lesotho | 104 | 92 | 66 | 31 | 41 | 570 | 2.11 | 1 205 | 2.58 |
| Liberia | 173 | 76 | 73 | 94 | 68 | .. | 3.04 | .. | .. |
| Madagaskar | 357 | 834 | 495 | 359 | 322 | 250 | 15.05 | 3 666 | 9.78 |
| Malawi | 492 | 343 | 434 | 446 | 445 | 200 | 10.79 | 1 938 | 23.01 |
| Mali | 491 | 429 | 347 | 354 | 360 | 240 | 10.58 | 2 526 | 14.03 |
| Mauretanien | 272 | 238 | 172 | 219 | 212 | 390 | 2.60 | 925 | 23.67 |
| Mauritius | 20 | 43 | 42 | 42 | 20 | 3 540 | 1.17 | 4 172 | 1.00 |
| Mayotte | 130 | 104 | 104 | 112 | 103 | .. | 0.14 | .. | .. |
| Mosambik | 888 | 948 | 1 040 | 804 | 876 | 220 | 17.30 | 3 657 | 21.99 |
| Namibia | 188 | 165 | 180 | 178 | 152 | 2 100 | 1.70 | 3 457 | 5.14 |
| Niger | 255 | 333 | 292 | 187 | 211 | 190 | 10.50 | 1 990 | 9.40 |
| Nigeria | 190 | 200 | 204 | 152 | 185 | 250 | 123.90 | 31 600 | 0.48 |
| Ruanda | 467 | 230 | 350 | 373 | 322 | 240 | 8.31 | 1 926 | 19.37 |
| São Tomé und Príncipe | 47 | 33 | 28 | 28 | 35 | 270 | 0.15 | 42 | 65.09 |
| Senegal | 580 | 423 | 501 | 536 | 423 | 500 | 9.29 | 4 680 | 11.44 |
| Seychellen | 19 | 17 | 24 | 13 | 18 | 7 010 | 0.08 | 587 | 2.23 |
| Sierra Leone | 184 | 119 | 106 | 74 | 182 | 130 | 4.95 | 652 | 11.29 |
| Somalia | 88 | 81 | 80 | 115 | 104 | .. | 9.39 | .. | .. |
| Südafrika | 364 | 496 | 514 | 541 | 488 | 3 160 | 42.11 | 127 014 | 0.43 |
| St. Helena | 16 | 15 | 16 | 14 | 19 | .. | 0.01 | .. | .. |
| Sudan | 220 | 139 | 209 | 243 | 225 | 310 | 28.99 | 8 490 | 2.86 |

Tabelle 25 (Forts.) EMPFANGENE ODA-LEISTUNGEN^a
UND AUSGEWÄHLTE INDIKATOREN FÜR ENTWICKLUNGSLÄNDER UND -GEBIETE

| | Empfangene ODA-Nettoleistungen, Mio. \$ | | | | | BNE pro Kopf ^c 1999 US-\$ | Bevölke- rung 1999 Mio. | Jeweiliges BNE 1999 Mio. \$ | ODA/ BNE 1999 % |
|--|---|---------------|---------------|---------------|---------------|---|----------------------------------|--------------------------------------|--------------------------|
| | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | | | | |
| Swasiland | 33 | 28 | 35 | 29 | 13 | 1 330 | 1.02 | 1 340 | 2.16 |
| Tansania | 877 | 945 | 1 000 | 990 | 1 045 | 260 | 32.92 | 8 726 | 11.35 |
| Togo | 157 | 125 | 128 | 71 | 70 | 310 | 4.57 | 1 380 | 5.17 |
| Uganda | 676 | 813 | 647 | 591 | 819 | 320 | 21.48 | 6 409 | 9.21 |
| Sambia | 610 | 610 | 349 | 624 | 795 | 320 | 9.88 | 2 948 | 21.15 |
| Simbabwe | 371 | 336 | 280 | 245 | 178 | 530 | 11.90 | 5 259 | 4.65 |
| Subsahara-Afrika, unaufgeschlüsselt | 893 | 741 | 415 | 327 | 344 | | | | |
| Subsahara-Afrika, insgesamt | 16 119 | 14 243 | 13 783 | 12 719 | 12 726 | .. | 643.47 | (295 608) | (4.30) |
| Afrika, unaufgeschlüsselt | 546 | 831 | 724 | 628 | 817 | | | | |
| AFRIKA, INSGESAMT | 20 005 | 17 995 | 17 564 | 16 021 | 15 712 | .. | 761.23 | (499 893) | (3.47) |
| AMERIKA | | | | | | | | | |
| <i>NORD- UND MITTELAMERIKA</i> | | | | | | | | | |
| Anguilla | 3 | 3 | 3 | 2 | 4 | .. | 0.01 | .. | .. |
| Antigua und Barbuda | 12 | 4 | 10 | 11 | 10 | 8 420 | 0.07 | 608 | 1.77 |
| Aruba ^c | 20 | 25 | 11 | - 7 | - | .. | 0.10 | .. | .. |
| Barbados | 5 | 4 | 16 | - 2 | 0 | 8 630 | 0.27 | 2 431 | -0.09 |
| Belize | 21 | 14 | 15 | 46 | 15 | 2 730 | 0.25 | 702 | 6.60 |
| Bermuda ^b | - 4 | - | - | - | - | .. | 0.06 | .. | - |
| Kaimaninseln ^b | - 2 | - | - | - | - | .. | 0.04 | .. | - |
| Costa Rica | - 10 | - 8 | 30 | - 8 | 12 | 3 700 | 3.59 | 13 761 | -0.06 |
| Kuba | 57 | 65 | 80 | 59 | 44 | .. | 11.18 | .. | .. |
| Dominica | 43 | 15 | 19 | 10 | 15 | 3 160 | 0.07 | 240 | 4.12 |
| Dominikanische Republik | 100 | 71 | 121 | 195 | 62 | 1 920 | 8.40 | 16 445 | 1.19 |
| El Salvador | 302 | 279 | 181 | 184 | 180 | 1 910 | 6.15 | 12 184 | 1.51 |
| Grenada | 12 | 9 | 6 | 10 | 17 | 3 300 | 0.10 | 331 | 3.12 |
| Guatemala | 194 | 264 | 233 | 293 | 264 | 1 680 | 11.09 | 18 014 | 1.63 |
| Haiti | 370 | 325 | 407 | 263 | 208 | 460 | 7.80 | 4 255 | 6.18 |
| Honduras | 359 | 297 | 321 | 818 | 449 | 770 | 6.32 | 5 264 | 15.54 |
| Jamaika | 58 | 72 | 19 | - 22 | 10 | 2 400 | 2.60 | 6 348 | -0.34 |
| Mexiko | 287 | 105 | 44 | 37 | - 54 | 4 440 | 96.59 | 466 684 | 0.01 |
| Montserrat | 14 | 43 | 66 | 41 | 31 | .. | 0.01 | .. | .. |
| Niederländische Antillen ^c | 121 | 111 | 129 | 127 | - | .. | 0.21 | .. | .. |
| Nicaragua | 934 | 411 | 580 | 675 | 562 | 400 | 4.92 | 1 991 | 33.93 |
| Panama | 49 | 46 | 22 | 15 | 17 | 3 060 | 2.81 | 8 816 | 0.16 |
| St. Kitts und Nevis | 7 | 7 | 7 | 5 | 4 | 6 330 | 0.04 | 270 | 1.74 |
| St. Lucia | 39 | 25 | 6 | 26 | 11 | 3 880 | 0.15 | 628 | 4.09 |
| St. Vincent und die Grenadinen | 26 | 6 | 21 | 16 | 6 | 2 620 | 0.11 | 309 | 5.29 |
| Trinidad und Tobago | 17 | 33 | 14 | 26 | - 2 | 4 750 | 1.29 | 6 459 | 0.41 |
| Turks- und Caicosinseln | 4 | 4 | 6 | 7 | 7 | .. | 0.02 | .. | .. |
| Jungferninseln ^c | 1 | 2 | 1 | 3 | - | .. | 0.02 | .. | .. |
| Westindische Assoziierte Staaten, unaufgeschlüsselt | 27 | 36 | 30 | 24 | 119 | .. | .. | .. | .. |
| Nord- und Mittelamerika, unaufgeschlüsselt | 67 | 129 | 187 | 257 | 229 | | | | |
| Nord- und Mittelamerika, insgesamt | 3 131 | 2 397 | 2 587 | 3 110 | 2 219 | .. | 164.27 | (565 740) | (0.55) |
| <i>SÜDAMERIKA</i> | | | | | | | | | |
| Argentinien | 135 | 105 | 84 | 100 | 76 | 7 550 | 36.58 | 275 827 | 0.04 |
| Bolivien | 832 | 700 | 629 | 569 | 477 | 990 | 8.14 | 8 122 | 7.01 |
| Brasilien | 288 | 288 | 335 | 187 | 322 | 3 880 | 167.97 | 510 212 | 0.04 |
| Chile | 196 | 129 | 107 | 70 | 49 | 4 600 | 15.02 | 65 777 | 0.11 |
| Kolumbien | 189 | 196 | 169 | 302 | 187 | 2 170 | 41.54 | 84 113 | 0.36 |

Tabelle 25 (Forts.) EMPFANGENE ODA-LEISTUNGEN^a
UND AUSGEWÄHLTE INDIKATOREN FÜR ENTWICKLUNGSLÄNDER UND -GEBIETE

| | Empfangene ODA-Nettoleistungen, Mio. \$ | | | | | BNE pro Kopf ^c 1999 US-\$ | Bevölke- rung 1999 Mio. | Jeweiliges BNE 1999 Mio. \$ | ODA/ BNE 1999 % |
|--|---|--------------|--------------|--------------|--------------|---|----------------------------------|--------------------------------------|--------------------------|
| | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | | | | |
| Ecuador | 253 | 155 | 179 | 149 | 147 | 1 380 | 12.41 | 17 856 | 0.83 |
| Falklandinseln ^b | 2 | - | - | - | - | .. | 0.00 | .. | - |
| Guyana | 142 | 265 | 93 | 80 | 108 | 760 | 0.86 | 621 | 12.81 |
| Paraguay | 89 | 108 | 77 | 78 | 82 | 1 570 | 5.36 | 7 742 | 1.01 |
| Peru | 329 | 395 | 503 | 453 | 401 | 2 130 | 25.23 | 50 389 | 0.90 |
| Suriname | 109 | 76 | 59 | 36 | 34 | .. | 0.41 | .. | .. |
| Uruguay | 35 | 34 | 25 | 22 | 17 | 6 240 | 3.31 | 20 505 | 0.11 |
| Venezuela | 38 | 9 | 42 | 44 | 77 | 3 730 | 23.71 | 101 793 | 0.04 |
| Südamerika, unaufgeschlüsselt | 115 | 69 | 63 | 113 | 379 | | | | |
| Südamerika, insgesamt | 2 752 | 2 528 | 2 365 | 2 204 | 2 357 | .. | 340.53 | (1 142 955) | (0.19) |
| Amerika, unaufgeschlüsselt | 1 683 | 605 | 716 | 736 | 393 | | | | |
| AMERIKA, INSGESAMT | 7 566 | 5 530 | 5 667 | 6 050 | 4 969 | .. | 504.80 | (1 708 695) | (0.35) |
| ASIEN | | | | | | | | | |
| <i>NAHER OSTEN</i> | | | | | | | | | |
| Bahrain | 82 | 92 | 47 | 4 | 49 | .. | 0.67 | .. | .. |
| Iran | 169 | 200 | 165 | 162 | 130 | 1 600 | 62.98 | 99 317 | 0.16 |
| Irak | 348 | 220 | 116 | 76 | 101 | .. | 22.80 | .. | .. |
| Israel ^b | 2 217 | - | - | - | - | 16 310 | 6.11 | 98 809 | - |
| Jordanien | 507 | 462 | 411 | 432 | 552 | 1 630 | 4.74 | 7 918 | 5.46 |
| Libanon | 232 | 249 | 238 | 194 | 197 | 3 730 | 4.27 | 16 685 | 1.16 |
| Oman | 62 | 65 | 44 | 40 | 46 | .. | 2.35 | .. | .. |
| Palästinensische Autonomiegebiete | 550 | 603 | 607 | 516 | 636 | 1 800 | 2.84 | 5 048 | 10.23 |
| Saudi-Arabien | 23 | 11 | 25 | 29 | 31 | 6 900 | 20.20 | 142 388 | 0.02 |
| Syrien | 219 | 197 | 155 | 228 | 158 | 1 020 | 15.71 | 15 884 | 1.44 |
| Jemen | 247 | 356 | 311 | 458 | 265 | 360 | 17.05 | 6 171 | 7.42 |
| Naher Osten, unaufgeschlüsselt | 88 | 67 | 55 | 245 | 168 | | | | |
| Naher Osten, insgesamt | 4 745 | 2 522 | 2 175 | 2 384 | 2 333 | .. | 159.70 | (392 220) | (0.61) |
| <i>SÜD- UND ZENTRALASIEN</i> | | | | | | | | | |
| Afghanistan | 183 | 230 | 154 | 143 | 141 | .. | 25.87 | .. | .. |
| Armenien | 293 | 166 | 143 | 209 | 216 | 490 | 3.81 | 1 858 | 11.26 |
| Aserbaidschan | 96 | 184 | 100 | 169 | 139 | 560 | 7.98 | 4 464 | 3.80 |
| Bangladesch | 1 236 | 1 011 | 1 263 | 1 215 | 1 171 | 370 | 127.67 | 47 541 | 2.56 |
| Bhutan | 58 | 69 | 56 | 67 | 53 | 520 | 0.78 | 414 | 16.16 |
| Georgien | 310 | 242 | 171 | 245 | 170 | 620 | 5.45 | 2 841 | 8.61 |
| Indien | 1 897 | 1 647 | 1 610 | 1 491 | 1 487 | 440 | 997.52 | 443 726 | 0.34 |
| Kasachstan | 125 | 140 | 223 | 175 | 189 | 1 290 | 14.93 | 16 346 | 1.07 |
| Kirgisistan | 231 | 240 | 225 | 283 | 215 | 300 | 4.86 | 1 174 | 24.11 |
| Malediven | 32 | 26 | 25 | 31 | 19 | 1 360 | 0.27 | 365 | 8.40 |
| Myanmar | 43 | 50 | 72 | 81 | 107 | .. | 45.03 | .. | .. |
| Nepal | 391 | 402 | 408 | 351 | 390 | 220 | 23.38 | 5 155 | 6.81 |
| Pakistan | 884 | 596 | 1 053 | 733 | 703 | 460 | 134.79 | 58 817 | 1.25 |
| Sri Lanka | 487 | 331 | 507 | 264 | 276 | 830 | 19.04 | 15 473 | 1.70 |
| Tadschikistan | 103 | 86 | 106 | 123 | 142 | 170 | 6.24 | 1 029 | 11.91 |
| Turkmenistan | 24 | 12 | 24 | 24 | 32 | 690 | 4.78 | 3 300 | 0.72 |
| Usbekistan | 88 | 140 | 158 | 155 | 186 | 640 | 24.40 | 16 915 | 0.92 |
| Süd- und Zentralasien, unaufgeschlüsselt | 18 | 35 | 26 | 229 | 139 | | | | |
| Süd- und Zentralasien, insgesamt | 6 501 | 5 608 | 6 325 | 5 987 | 5 776 | .. | 1 446.80 | (619 417) | (0.97) |
| <i>OSTASIEN</i> | | | | | | | | | |
| Kambodscha | 422 | 335 | 337 | 279 | 398 | 260 | 11.76 | 3 084 | 9.05 |
| China | 2 646 | 2 053 | 2 448 | 2 385 | 1 735 | 780 | 1 253.60 | 971 489 | 0.25 |
| Osttimor | 0 | 0 | 2 | 153 | 233 | .. | 0.71 | .. | .. |

Tabelle 25 (Forts.) EMPFANGENE ODA-LEISTUNGEN^a
UND AUSGEWÄHLTE INDIKATOREN FÜR ENTWICKLUNGSLÄNDER UND -GEBIETE

| | Empfangene ODA-Nettoleistungen, Mio. \$ | | | | | BNE pro Kopf ^c 1999 US-\$ | Bevölke- rung 1999 Mio. | Jeweiliges BNE 1999 Mio. \$ | ODA/ BNE 1999 % |
|--|---|---------------|---------------|---------------|---------------|---|----------------------------------|--------------------------------------|--------------------------|
| | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | | | | |
| Hongkong, China ^b | 13 | - | - | - | - | 24 710 | 6.72 | 163 197 | - |
| Chinesisch Taipeh ^b | 16 | - | - | - | - | 13 350 | 22.01 | 290 542 | - |
| Indonesien | 1 123 | 848 | 1 291 | 2 219 | 1 731 | 580 | 207.02 | 131 262 | 1.69 |
| Korea ^c | - 149 | - 160 | - 50 | - 55 | - | 8 480 | 46.86 | 400 900 | -0.01 |
| Demokratische Volksrepublik Korea | 26 | 88 | 109 | 201 | 75 | .. | 23.41 | .. | .. |
| Laos | 332 | 329 | 283 | 295 | 281 | 290 | 5.10 | 1 393 | 21.21 |
| Macau ^c | 0 | 0 | 1 | 0 | - | 14 200 | 0.43 | 6 113 | 0.01 |
| Malaysia | - 457 | - 240 | 208 | 144 | 45 | 3 370 | 22.71 | 73 543 | 0.20 |
| Mongolei | 201 | 251 | 205 | 222 | 217 | 390 | 2.38 | 862 | 25.79 |
| Philippinen | 901 | 696 | 632 | 696 | 578 | 1 060 | 74.26 | 80 729 | 0.86 |
| Thailand | 830 | 626 | 705 | 1 010 | 641 | 2 000 | 60.25 | 118 711 | 0.85 |
| Vietnam | 939 | 998 | 1 177 | 1 429 | 1 700 | 370 | 77.52 | 28 682 | 4.98 |
| Ostasien, unaufgeschlüsselt | 52 | 97 | 64 | 104 | 104 | .. | .. | .. | .. |
| Ostasien, insgesamt | 6 896 | 5 923 | 7 411 | 9 083 | 7 738 | .. | 1 814.72 | (2 270 507) | (0.40) |
| Asien, unaufgeschlüsselt | 480 | 242 | 195 | 199 | 249 | .. | .. | .. | .. |
| ASIEN, INSGESAMT | 18 622 | 14 295 | 16 106 | 17 653 | 16 095 | .. | 3 421.22 | (3 282 144) | (0.54) |
| <i>EUROPA</i> | | | | | | | | | |
| Albanien | 228 | 166 | 261 | 488 | 319 | 930 | 3.38 | 3 738 | 13.05 |
| Zypern ^b | 23 | - | - | - | - | 11 950 | 0.76 | 9 067 | - |
| Gibraltar ^c | -0 | 0 | 0 | 0 | - | .. | 0.03 | .. | .. |
| Malta | 72 | 22 | 22 | 25 | 21 | 9 410 | 0.38 | 3 616 | 0.70 |
| Moldau ^d | - | 65 | 40 | 107 | 123 | 410 | 4.28 | 1 208 | 8.87 |
| Türkei | 238 | 1 | 23 | 7 | 325 | 2 880 | 64.39 | 186 930 | 0.00 |
| Bosnien und Herzegowina | 845 | 862 | 905 | 1 075 | 737 | 1 210 | 3.88 | 4 659 | 23.08 |
| Kroatien | 133 | 40 | 39 | 48 | 66 | 4 510 | 4.46 | 19 958 | 0.24 |
| Mazedonien | 106 | 98 | 93 | 277 | 252 | 1 660 | 2.02 | 3 408 | 8.12 |
| Slowenien | 82 | 99 | 42 | 31 | 61 | 9 980 | 1.99 | 20 047 | 0.15 |
| Bundesrepublik Jugoslawien | 70 | 97 | 108 | 641 | 1 135 | .. | 10.62 | .. | .. |
| Ehem. jugoslaw. Teilrepubliken, unaufgeschlüsselt | 276 | 69 | 106 | 438 | 306 | .. | .. | .. | .. |
| Europa, unaufgeschlüsselt | 108 | 236 | 342 | 563 | 390 | .. | .. | .. | .. |
| EUROPA, INSGESAMT | 2 180 | 1 757 | 1 981 | 3 700 | 3 733 | .. | 96.18 | (252 631) | (1.46) |
| <i>OZEANIEN</i> | | | | | | | | | |
| Cookinseln | 11 | 10 | 8 | 6 | 4 | .. | 0.02 | .. | .. |
| Fidschi | 47 | 44 | 37 | 35 | 29 | 2 190 | 0.80 | 1 651 | 2.11 |
| Französisch-Polynesien ^c | 404 | 367 | 370 | 352 | - | 16 930 | 0.23 | 3 796 | 9.26 |
| Kiribati | 13 | 16 | 17 | 21 | 18 | 1 000 | 0.09 | 89 | 23.43 |
| Marshallinseln | 73 | 63 | 50 | 63 | 57 | 1 940 | 0.05 | 103 | 61.17 |
| Föderierte Staaten von Mikronesien | 113 | 96 | 80 | 108 | 102 | 2 000 | 0.12 | 240 | 44.98 |
| Nauru | 3 | 3 | 2 | 7 | 4 | .. | 0.01 | .. | .. |
| Neukaledonien ^c | 396 | 339 | 338 | 315 | - | 15 160 | 0.21 | 3 056 | 10.29 |
| Niue | 7 | 5 | 4 | 4 | 3 | .. | 0.00 | .. | .. |
| Nördliche Marianen ^c | - 2 | 1 | 0 | 0 | - | .. | 0.07 | .. | .. |
| Palau | 63 | 38 | 89 | 29 | 39 | .. | 0.02 | 136 | 21.21 |
| Papua-Neuguinea | 381 | 346 | 362 | 216 | 275 | 810 | 4.70 | 3 429 | 6.30 |
| Samoa | 32 | 27 | 36 | 23 | 27 | 1 420 | 0.17 | 239 | 9.63 |
| Salomonen | 43 | 42 | 43 | 40 | 68 | 780 | 0.43 | 332 | 11.94 |
| Tokelau | 5 | 4 | 4 | 5 | 4 | .. | 0.00 | .. | .. |
| Tonga | 32 | 28 | 25 | 21 | 19 | 1 680 | 0.10 | 155 | 13.71 |
| Tuvalu | 10 | 10 | 5 | 7 | 4 | .. | 0.01 | .. | .. |
| Vanuatu | 31 | 27 | 41 | 37 | 46 | 1 180 | 0.19 | 229 | 16.27 |
| Wallis und Futuna | 2 | 1 | 47 | 50 | 52 | .. | 0.02 | .. | .. |
| Ozeanien, unaufgeschlüsselt | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. | .. |
| OZEANIEN, INSGESAMT | 1 781 | 1 556 | 1 651 | 1 426 | 817 | .. | 7.24 | (13 455) | (10.60) |

Tabelle 25 (Forts.) EMPFANGENE ODA-LEISTUNGEN^a
UND AUSGEWÄHLTE INDIKATOREN FÜR ENTWICKLUNGSLÄNDER UND -GEBIETE

| | Empfangene ODA-Nettoleistungen, Mio. \$ | | | | | BNE pro Kopf ^c 1999 US-\$ | Bevölke- rung 1999 Mio. | Jeweiliges BNE 1999 Mio. \$ | ODA/ BNE 1999 % |
|--|---|---------------|---------------|---------------|---------------|---|----------------------------------|--------------------------------------|--------------------------|
| | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | | | | |
| LDC, unaufgeschlüsselt | 6 513 | 7 581 | 7 937 | 7 861 | 9 047 | .. | 4 808.63 | (5 742 089) | (0.92) |
| LDC, INSGESAMT | 56 667 | 48 715 | 50 907 | 52 712 | 50 372 | .. | 4 808.63 | (5 742 089) | (0.92) |
| <i>Nach Einkommensgruppe^f</i> | | | | | | | | | |
| LLDC | 13 505 | 12 613 | 12 305 | 11 789 | 12 052 | .. | 633.66 | (139 429) | (8.46) |
| Sonstige LIC | 13 951 | 11 060 | 12 889 | 14 118 | 12 431 | .. | 2 966.50 | (1 735 518) | (0.81) |
| LMIC | 13 315 | 11 991 | 12 117 | 13 170 | 11 735 | .. | 645.59 | (954 778) | (1.38) |
| UMIC | 1 916 | 1 457 | 1 855 | 1 399 | 1 594 | .. | 471.23 | (1 913 221) | (0.07) |
| HIC | 154 | 122 | 64 | 56 | 82 | .. | 2.36 | (23 663) | (0.24) |
| Teil I der DAC-Liste, unaufgeschlüsselt | 10 761 | 10 779 | 10 869 | 11 439 | 12 477 | .. | .. | .. | .. |
| MADCT | 3 064 | 693 | 808 | 741 | - | .. | 99.16 | (1 105 200) | (0.07) |

- a) Die empfangenen ODA-Leistungen sind die gesamten ODA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder, der multilateralen Stellen und der Nicht-DAC-Mitglieder. (Siehe Liste der Nicht-DAC-Mitglieder, für die Daten verfügbar sind, Tabelle 33).
- b) Diese Länder wurden am 1. Januar 1996 in Teil II der DAC-Liste transferiert; ab 1996 wurden die Leistungen an diese Länder als OA erfasst (vgl. Tabelle 42).
- c) Diese Länder wurden am 1. Januar 1997 in Teil II der DAC-Liste transferiert; ab 1997 wurden die Leistungen an diese Länder als OA erfasst (vgl. Tabelle 42).
- d) Moldau wurde am 1. Januar 1997 in Teil I der DAC-Liste transferiert; bis Ende 1996 galten die Leistungen an dieses Land als OA an MOEL/NUS (vgl. Tabelle 42).
- e) Auf der Basis des Weltbank-Atlas (mit Ausnahme der Angaben in Klammern, die Schätzungen des Sekretariats sind).

Definitionen der Ländergruppen:

- f) Die *am wenigsten entwickelten Länder* (LLDC) sind die 48 in der VN-Liste 2000 aufgeführten Staaten. Wegen Einzelheiten über andere Einkommensgruppen vgl. die DAC-Liste am Ende dieses Berichts. Zu den *fortgeschritteneren Entwicklungsländern und -gebieten* (MADCT) gehören auch die 1996, 1997 oder 2000 in Teil II der DAC-Liste transferierten Länder (s. Anmerkungen b und c).

Quelle: Weltbank, Schätzungen des OECD-Sekretariats. Die Summen und Durchschnittswerte der Gruppen wurden ausschließlich auf der Basis der verfügbaren Daten errechnet.

Tabelle 26 AUFSCHLÜSSELUNG DER ODA-LEISTUNGEN NACH EINKOMMENSGRUPPEN^a

| | ODA an LLDC | | | | | | ODA an sonstige LIC | | | | ODA an LMIC | | | | ODA an UMIC | | | | ODA an HIC | |
|------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|---------------------|------------|------------|------------|-------------|-----------|-----------|-----------|-------------|-----------|-----------|-----------|------------|-----------|
| | 1989-1990 | | 1999-2000 | | 1989-1990 | | 1999-2000 | | 1989-1990 | | 1999-2000 | | 1989-1990 | | 1999-2000 | | 1989-1990 | | 1999-2000 | |
| | 1989-1990 | 1999-2000 | 1989-1990 | 1999-2000 | 1989-1990 | 1999-2000 | 1989-1990 | 1999-2000 | 1989-1990 | 1999-2000 | 1989-1990 | 1999-2000 | 1989-1990 | 1999-2000 | 1989-1990 | 1999-2000 | 1989-1990 | 1999-2000 | 1989-1990 | 1999-2000 |
| Australien | 25.1 | 22.2 | 24.3 | 38.1 | 46.0 | 37.7 | 4.6 | 2.0 | 0.0 | 0.0 | 0.0 | 0.0 | 0.0 | 0.0 | 0.0 | 0.0 | 0.0 | 0.0 | 0.0 | 0.0 |
| Österreich | 29.3 | 24.1 | 45.6 | 42.5 | 13.2 | 25.6 | 12.0 | 6.8 | -0.0 | 0.9 | | | | | | | | | | |
| Belgien | 62.7 | 40.8 | 21.9 | 26.1 | 11.2 | 27.4 | 4.2 | 5.4 | 0.0 | 0.2 | | | | | | | | | | |
| Kanada | 44.1 | 36.5 | 31.3 | 35.8 | 20.2 | 23.3 | 4.4 | 4.4 | - | 0.0 | | | | | | | | | | |
| Dänemark | 57.9 | 50.1 | 28.6 | 25.6 | 10.6 | 19.9 | 2.9 | 4.4 | 0.0 | 0.1 | | | | | | | | | | |
| Finnland | 53.3 | 41.0 | 26.7 | 25.8 | 16.9 | 30.9 | 3.1 | 2.3 | 0.0 | 0.1 | | | | | | | | | | |
| Frankreich | 41.8 | 29.6 | 33.8 | 27.3 | 16.0 | 33.9 | 8.4 | 9.1 | 0.0 | 0.2 | | | | | | | | | | |
| Deutschland | 36.3 | 31.4 | 28.6 | 28.8 | 25.6 | 32.3 | 9.5 | 7.4 | -0.0 | 0.2 | | | | | | | | | | |
| Griechenland | .. | 8.4 | .. | 8.0 | .. | 74.6 | .. | 8.5 | .. | 0.5 | | | | | | | | | | |
| Irland | 69.6 | 65.2 | 20.1 | 13.5 | 8.1 | 16.3 | 2.2 | 4.8 | 0.0 | 0.2 | | | | | | | | | | |
| Italien | 49.8 | 40.8 | 25.2 | 21.7 | 17.9 | 29.3 | 7.1 | 5.6 | 0.0 | 2.7 | | | | | | | | | | |
| Japan | 23.7 | 19.7 | 42.4 | 49.4 | 25.1 | 25.7 | 8.8 | 5.2 | 0.0 | 0.0 | | | | | | | | | | |
| Luxemburg | 47.1 | 35.2 | 26.2 | 24.9 | 17.0 | 32.5 | 9.7 | 7.3 | - | 0.1 | | | | | | | | | | |
| Niederlande | 40.8 | 42.1 | 37.5 | 28.4 | 18.8 | 26.8 | 2.9 | 2.6 | 0.0 | 0.1 | | | | | | | | | | |
| Neuseeland | 27.0 | 36.1 | 12.6 | 20.9 | 41.2 | 35.9 | 19.3 | 7.0 | - | 0.0 | | | | | | | | | | |
| Norwegen | 58.0 | 45.9 | 26.2 | 17.7 | 10.7 | 32.2 | 5.1 | 4.2 | 0.0 | 0.0 | | | | | | | | | | |
| Portugal | 99.6 | 57.7 | 0.2 | 32.7 | 0.1 | 7.5 | 0.1 | 2.0 | - | 0.1 | | | | | | | | | | |
| Spanien | 30.0 | 17.1 | 31.4 | 28.3 | 26.6 | 46.7 | 12.0 | 7.6 | 0.0 | 0.3 | | | | | | | | | | |
| Schweden | 52.2 | 41.7 | 34.9 | 26.9 | 8.9 | 27.4 | 4.0 | 3.9 | 0.0 | 0.1 | | | | | | | | | | |
| Schweiz | 55.9 | 40.8 | 25.4 | 25.6 | 15.2 | 30.3 | 3.5 | 3.3 | 0.0 | 0.0 | | | | | | | | | | |
| Vereinigtes Königreich | 46.4 | 40.7 | 35.2 | 27.9 | 11.8 | 23.8 | 6.6 | 7.5 | 0.0 | 0.2 | | | | | | | | | | |
| Vereinigte Staaten | 27.5 | 30.3 | 18.9 | 27.3 | 52.8 | 42.1 | 0.8 | 0.3 | 0.0 | 0.0 | | | | | | | | | | |
| DAC INSGESAMT | 37.3 | 30.1 | 31.1 | 34.4 | 25.4 | 30.5 | 6.2 | 4.9 | 0.0 | 0.1 | | | | | | | | | | |
| <i>davon:</i> | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| EU-Mitglieder | 44.1 | 36.0 | 31.2 | 27.5 | 17.6 | 29.7 | 7.1 | 6.5 | 0.0 | 0.3 | | | | | | | | | | |

a) Einschl. der rechnerisch ermittelten ODA-Leistungen, die über multilaterale Stellen geleitet werden, ohne regional nicht aufgeschlüsselte Beträge.

Tabelle 27 GEOGRAPHISCHE AUFSCHLÜSSELUNG DER VON DEN EINZELNEN DAC-GEBERN UND DEN MULTILATERALEN STELLEN GEWÄHRTEN ODA^a

| | In % der gesamten Bruttoauszahlungen | | | | | | | | | | | | | | |
|--|--------------------------------------|-------------|-----------------------|-------------|---|-------------|---------------------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|-------------|------------|------------|------------|
| | Subsahara-Afrika | | Süd- und Zentralasien | | Sonstige asiatische Länder und Ozeanien | | Nahe Osten und Nordafrika | | Europa | | Lateinamerika und Karibik | | | | |
| | 1989-90 | 1994-95 | 1999-00 | 1989-90 | 1994-95 | 1999-00 | 1989-90 | 1994-95 | 1999-00 | 1989-90 | 1994-95 | 1999-00 | 1989-90 | 1994-95 | 1999-00 |
| Australien | 10.1 | 7.9 | 5.0 | 8.0 | 6.7 | 6.2 | 79.3 | 84.0 | 83.2 | 2.5 | 1.0 | 1.4 | 0.0 | 0.3 | 4.2 |
| Österreich | 18.2 | 13.2 | 21.5 | 5.1 | 2.1 | 5.2 | 37.5 | 33.5 | 29.8 | 20.3 | 16.0 | 10.8 | 15.1 | 29.5 | 23.3 |
| Belgien | 75.0 | 52.8 | 55.4 | 3.6 | 5.0 | 2.1 | 6.0 | 14.3 | 14.9 | 4.1 | 7.1 | 8.3 | 1.6 | 1.3 | 4.5 |
| Kanada | 53.5 | 34.0 | 34.2 | 14.1 | 16.9 | 15.1 | 12.1 | 18.9 | 16.0 | 6.6 | 9.9 | 5.8 | 0.1 | 1.5 | 8.4 |
| Dänemark | 61.2 | 55.2 | 54.0 | 22.5 | 15.7 | 15.7 | 5.2 | 11.9 | 11.4 | 7.0 | 8.5 | 7.1 | - | 0.3 | 2.1 |
| Finnland | 59.6 | 44.3 | 39.3 | 14.2 | 10.7 | 9.5 | 9.4 | 19.7 | 17.7 | 8.8 | 5.9 | 6.7 | 0.9 | 4.4 | 14.3 |
| Frankreich | 59.4 | 53.4 | 48.7 | 3.8 | 2.5 | 2.4 | 19.5 | 20.4 | 17.7 | 12.0 | 17.8 | 22.2 | 1.5 | 0.8 | 3.6 |
| Deutschland | 38.1 | 25.4 | 26.7 | 12.0 | 12.8 | 12.5 | 13.3 | 23.2 | 21.7 | 16.6 | 14.9 | 12.8 | 9.0 | 11.4 | 11.9 |
| Griechenland | .. | .. | 2.0 | .. | .. | 5.3 | .. | .. | 0.1 | .. | .. | 7.3 | .. | .. | 84.8 |
| Irland | 95.0 | 83.1 | 79.3 | 1.6 | 3.4 | 2.5 | 0.5 | 4.6 | 3.5 | 1.9 | 2.0 | 1.8 | - | 4.0 | 8.4 |
| Italien | 56.1 | 34.7 | 47.8 | 4.4 | 1.7 | 1.7 | 6.0 | 8.7 | 3.8 | 10.5 | 32.7 | 12.2 | 3.3 | 6.0 | 22.3 |
| Japan | 13.5 | 11.6 | 9.3 | 16.9 | 20.5 | 17.4 | 52.5 | 49.7 | 55.4 | 5.8 | 6.8 | 6.3 | 3.0 | 0.8 | 2.1 |
| Luxemburg | 56.6 | 56.9 | 44.3 | 8.0 | 8.3 | 4.9 | 4.3 | 4.1 | 9.2 | 12.2 | 4.4 | 5.7 | 2.3 | 5.0 | 13.5 |
| Niederlande | 36.2 | 37.9 | 39.2 | 18.5 | 17.5 | 10.8 | 17.5 | 5.2 | 14.1 | 5.3 | 7.2 | 6.0 | 0.4 | 7.2 | 13.3 |
| Neuseeland | 1.7 | 4.7 | 5.8 | 1.0 | 2.3 | 4.1 | 96.7 | 91.4 | 87.3 | 0.0 | 0.1 | 0.2 | - | 0.2 | 0.6 |
| Norwegen | 64.7 | 52.8 | 42.8 | 20.6 | 13.8 | 11.9 | 3.1 | 7.5 | 7.1 | 0.8 | 5.7 | 8.9 | 0.2 | 11.9 | 21.0 |
| Portugal | 100.0 | 97.9 | 78.1 | - | 0.0 | 0.1 | - | 0.2 | 20.1 | - | 1.2 | 0.5 | - | 0.4 | 1.0 |
| Spanien | 24.3 | 12.5 | 18.7 | 5.6 | 1.1 | 0.8 | 16.5 | 20.7 | 13.0 | 15.4 | 12.8 | 12.3 | 0.4 | 0.7 | 10.3 |
| Schweden | 56.1 | 44.6 | 43.7 | 19.4 | 15.6 | 10.1 | 11.3 | 10.2 | 11.3 | 4.5 | 6.3 | 6.1 | 0.1 | 9.3 | 9.8 |
| Schweiz | 49.3 | 38.3 | 32.9 | 17.1 | 19.3 | 17.5 | 12.1 | 10.7 | 6.6 | 4.7 | 5.6 | 5.6 | 0.7 | 8.8 | 23.2 |
| Vereinigtes Königreich | 50.4 | 45.1 | 50.3 | 26.9 | 23.2 | 18.8 | 10.5 | 11.3 | 8.4 | 3.9 | 3.9 | 2.3 | 0.5 | 6.2 | 6.8 |
| Vereinigte Staaten | 14.2 | 21.2 | 18.4 | 10.6 | 10.0 | 14.6 | 7.3 | 10.0 | 10.9 | 47.8 | 36.3 | 22.1 | 1.5 | 2.5 | 12.1 |
| DAC INSGESAMT | 34.3 | 28.8 | 25.8 | 12.3 | 12.7 | 12.9 | 22.3 | 26.7 | 29.4 | 16.6 | 15.0 | 11.2 | 2.8 | 3.9 | 7.7 |
| <i>davon:</i> | | | | | | | | | | | | | | | |
| EU-Mitglieder | 49.4 | 40.5 | 41.4 | 10.8 | 8.9 | 8.8 | 14.2 | 17.5 | 15.6 | 11.3 | 14.5 | 11.8 | 3.6 | 6.0 | 9.4 |
| EG | 66.3 | 47.9 | 34.7 | 8.9 | 11.2 | 7.5 | 6.2 | 5.6 | 6.0 | 7.3 | 15.2 | 17.3 | 0.6 | 7.7 | 23.8 |
| Internat. Finanzinstitutionen ^b | 43.0 | 45.6 | 38.9 | 35.1 | 29.4 | 29.8 | 12.5 | 14.2 | 13.7 | 1.1 | 1.3 | 2.8 | 0.1 | 1.0 | 2.7 |
| VN-Stellen ^c | 41.8 | 43.9 | 36.5 | 18.9 | 14.6 | 16.2 | 13.2 | 9.4 | 10.4 | 14.3 | 14.4 | 19.3 | 1.2 | 10.3 | 5.0 |
| GESAMTSUMME | 37.7 | 34.1 | 29.4 | 16.0 | 15.5 | 15.6 | 19.5 | 21.8 | 23.7 | 13.7 | 12.6 | 10.6 | 2.2 | 4.2 | 8.0 |

a) Ohne regional nicht aufgeschlüsselte Beträge.

b) Internationale Finanzinstitutionen. Umfasst die IDA, die „weichen“ Kredite der Regionalbanken, den IFAD und den IWF (PRGF).

c) Umfasst UNDP, UNICEF, UNRWA, WFP, UNHCR, UNFPA und UNTA.

Tabelle 28 GEOGRAPHISCHE AUFSCHLÜSSELUNG DER ODA-LEISTUNGEN NACH DAC-GEBERN^a

| Nettoauszahlungen | % der gesamten Nettoauszahlungen | | | | | | | | | | | | | | | |
|------------------------|----------------------------------|-------------|-----------------------|-------------|---|-------------|---------------------------|-------------|-------------|-------------|---------------------------|------------|------------|-------------|-------------|-------------|
| | Subsahara-Afrika | | Süd- und Zentralasien | | Sonstige asiatische Länder und Ozeanien | | Nahe Osten und Nordafrika | | Europa | | Lateinamerika und Karibik | | | | | |
| | 1989-90 | 1994-95 | 1989-90 | 1994-95 | 1989-90 | 1994-95 | 1989-90 | 1994-95 | 1989-90 | 1994-95 | 1989-90 | 1994-95 | 1999-00 | | | |
| Australien | 13.8 | 13.8 | 10.1 | 13.6 | 65.5 | 70.9 | 67.6 | 3.1 | 1.6 | 2.3 | 0.1 | 1.0 | 4.3 | 1.2 | 1.0 | 2.1 |
| Österreich | 30.1 | 19.1 | 26.6 | 10.1 | 34.0 | 28.5 | 22.9 | 8.9 | 14.7 | 2.1 | 12.2 | 26.3 | 29.1 | 4.7 | 6.0 | 9.2 |
| Belgien | 68.0 | 53.1 | 50.2 | 6.7 | 7.7 | 12.3 | 12.5 | 4.1 | 7.2 | 9.1 | 0.7 | 1.6 | 7.2 | 8.1 | 16.3 | 14.4 |
| Kanada | 45.3 | 40.1 | 35.5 | 17.6 | 13.7 | 17.0 | 15.5 | 7.4 | 8.0 | 5.9 | 0.1 | 2.4 | 6.6 | 13.3 | 12.6 | 18.9 |
| Dänemark | 56.2 | 55.2 | 50.4 | 16.7 | 8.0 | 9.9 | 10.4 | 7.3 | 6.0 | 7.9 | 0.3 | 2.4 | 3.3 | 5.7 | 7.9 | 11.4 |
| Finnland | 54.2 | 47.2 | 40.0 | 13.6 | 11.0 | 18.2 | 15.3 | 8.5 | 6.8 | 8.3 | 0.8 | 4.7 | 12.3 | 7.4 | 8.4 | 10.5 |
| Frankreich | 59.1 | 50.4 | 44.2 | 4.4 | 18.6 | 21.0 | 17.7 | 10.5 | 16.3 | 21.5 | 1.3 | 1.3 | 6.0 | 4.1 | 5.6 | 6.1 |
| Deutschland | 40.1 | 35.7 | 34.7 | 13.2 | 12.8 | 20.5 | 15.6 | 15.0 | 9.6 | 11.6 | 5.7 | 8.5 | 10.4 | 12.3 | 11.6 | 14.5 |
| Griechenland | .. | .. | 10.4 | 7.7 | .. | .. | 2.5 | .. | .. | 9.4 | .. | .. | 63.4 | .. | .. | 6.6 |
| Irland | 74.7 | 72.8 | 67.8 | 6.1 | 5.5 | 6.2 | 4.7 | 4.5 | 4.4 | 4.3 | 0.3 | 4.8 | 9.6 | 4.5 | 4.4 | 7.4 |
| Italien | 55.8 | 33.6 | 46.7 | 10.3 | 8.0 | 9.6 | 4.5 | 8.1 | 31.9 | 8.5 | 1.6 | 6.6 | 20.5 | 15.5 | 14.9 | 9.4 |
| Japan | 21.0 | 20.6 | 12.7 | 24.3 | 44.4 | 39.3 | 46.3 | 4.8 | 7.3 | 5.7 | 2.7 | 1.0 | 1.8 | 8.2 | 10.0 | 9.3 |
| Luxemburg | 54.2 | 55.1 | 42.0 | 6.8 | 6.7 | 5.1 | 9.1 | 9.9 | 4.9 | 7.5 | 1.7 | 5.2 | 13.1 | 13.7 | 20.2 | 21.6 |
| Niederlande | 40.1 | 41.9 | 40.1 | 12.2 | 16.2 | 5.1 | 13.6 | 5.8 | 7.6 | 7.1 | 0.3 | 7.2 | 12.0 | 19.2 | 21.1 | 14.9 |
| Neuseeland | 7.1 | 9.8 | 9.5 | 4.2 | 86.6 | 80.1 | 76.5 | 0.9 | 0.8 | 0.9 | 0.1 | 0.7 | 1.0 | 1.3 | 2.0 | 4.0 |
| Norwegen | 58.4 | 49.9 | 43.2 | 13.9 | 7.1 | 9.4 | 8.0 | 3.5 | 6.6 | 9.2 | 0.2 | 9.8 | 16.3 | 9.4 | 8.0 | 9.4 |
| Portugal | 99.5 | 91.1 | 61.0 | 2.4 | 0.1 | 1.4 | 28.0 | 0.1 | 2.3 | 2.4 | 0.0 | 1.2 | 3.9 | 0.0 | 1.7 | 2.2 |
| Spanien | 35.3 | 19.8 | 23.2 | 4.7 | 13.9 | 19.8 | 12.1 | 12.5 | 11.5 | 9.4 | 0.4 | 1.7 | 13.4 | 30.0 | 42.4 | 37.2 |
| Schweden | 53.1 | 44.0 | 42.7 | 13.8 | 11.9 | 11.0 | 11.1 | 5.7 | 7.4 | 7.5 | 0.2 | 8.3 | 8.4 | 8.1 | 12.2 | 16.5 |
| Schweiz | 51.0 | 39.5 | 37.5 | 19.1 | 11.7 | 12.0 | 7.8 | 5.8 | 6.0 | 5.9 | 0.7 | 6.9 | 17.0 | 13.9 | 14.2 | 12.7 |
| Vereinigtes Königreich | 52.5 | 45.6 | 45.7 | 18.3 | 10.7 | 11.4 | 8.3 | 4.7 | 5.3 | 5.2 | -0.1 | 5.7 | 8.8 | 7.8 | 9.4 | 13.7 |
| Vereinigte Staaten | 19.8 | 29.3 | 26.2 | 16.1 | 7.7 | 9.6 | 11.5 | 43.4 | 31.5 | 18.3 | -0.4 | 2.9 | 10.7 | 17.1 | 15.6 | 17.1 |
| DAC INSGESAMT | 38.5 | 34.6 | 29.3 | 14.9 | 19.6 | 22.2 | 24.0 | 14.4 | 13.3 | 10.1 | 1.5 | 3.9 | 7.8 | 11.1 | 11.6 | 12.4 |
| davon: | | | | | | | | | | | | | | | | |
| EU-Mitglieder | 50.9 | 42.9 | 41.3 | 13.6 | 13.7 | 16.4 | 13.3 | 9.5 | 12.3 | 10.9 | 2.0 | 5.5 | 10.2 | 10.3 | 11.7 | 13.1 |

a) Einschl. der rechnerisch ermittelten multilateralen Leistungen, d.h. unter Berücksichtigung der über multilaterale Stellen geleisteten Beiträge, die anhand der geographischen Verteilung der Auszahlungen dieser Stellen in den Referenzjahren ermittelt wurden, ohne regional nicht aufgeschlüsselte Beträge.

Tabelle 29 ODA-NETTOAUSZAHLUNGEN AN DIE SUBSAHARA-LÄNDER NACH GEBERN

| | Mio. \$., zu Preisen und Wechselkursen von 1999 | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|-------------------------|---------------|---------------|---------------|---|---------------|-------------------------|-------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | Durchschnitt | | | | | Prozentualer Anteil an den ODA-Leistungen der Geber | | | | | | | | |
| | 1984-85 | Durchschnitt 1989-90 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | Durchschnitt 1984-85 | Durchschnitt 1989-90 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| BILATERALE DAC-LEISTUNGEN | | | | | | | | | | | | | | |
| Australien | 51 | 66 | 51 | 43 | 38 | 33 | 37 | 6.7 | 9.5 | 7.1 | 6.4 | 4.8 | 4.6 | 4.5 |
| Österreich | 31 | 61 | 79 | 63 | 75 | 56 | 82 | 9.1 | 21.0 | 22.8 | 21.6 | 26.6 | 16.3 | 28.1 |
| Belgien | 385 | 296 | 171 | 205 | 256 | 163 | 221 | 65.0 | 56.9 | 37.9 | 48.3 | 49.3 | 37.3 | 40.7 |
| Kanada | 426 | 397 | 254 | 218 | 291 | 225 | 173 | 33.6 | 26.7 | 20.0 | 18.3 | 23.5 | 19.2 | 15.5 |
| Dänemark | 271 | 336 | 403 | 383 | 417 | 433 | 442 | 52.1 | 46.6 | 42.8 | 38.2 | 41.6 | 42.2 | 38.6 |
| Finnland | 116 | 201 | 69 | 64 | 65 | 69 | 70 | 56.6 | 49.3 | 37.0 | 33.0 | 32.5 | 28.5 | 28.7 |
| Frankreich | 2 161 | 3 051 | 2 061 | 2 075 | 1 460 | 1 411 | 1 391 | 44.4 | 55.7 | 42.2 | 45.4 | 36.3 | 34.2 | 42.7 |
| Deutschland | 1 271 | 1 419 | 1 030 | 890 | 975 | 908 | 889 | 29.9 | 31.6 | 26.9 | 25.4 | 28.9 | 27.7 | 28.5 |
| Griechenland | .. | .. | 5 | 1 | 3 | 1 | 2 | .. | .. | 21.8 | 2.4 | 4.7 | 1.7 | 2.1 |
| Irland | 21 | 16 | 73 | 87 | 89 | 90 | 114 | 63.0 | 65.7 | 66.4 | 74.0 | 73.2 | 60.7 | 66.8 |
| Italien | 866 | 1 114 | 292 | 272 | 431 | 247 | 295 | 58.2 | 49.0 | 39.7 | 61.4 | 63.6 | 54.7 | 69.3 |
| Japan | 601 | 1 235 | 1 024 | 831 | 1 074 | 992 | 932 | 10.4 | 14.1 | 13.2 | 12.1 | 11.1 | 9.5 | 9.9 |
| Luxemburg | .. | 4 | 27 | 30 | 34 | 32 | 49 | .. | 25.1 | 53.3 | 45.9 | 44.6 | 36.7 | 47.2 |
| Niederlande | 536 | 622 | 589 | 557 | 618 | 439 | 639 | 33.0 | 32.7 | 30.1 | 26.7 | 29.7 | 20.3 | 25.4 |
| Neuseeland | 1 | 1 | 3 | 5 | 4 | 5 | 6 | 0.9 | 1.4 | 3.7 | 5.0 | 4.1 | 5.1 | 6.1 |
| Norwegen | 281 | 342 | 356 | 373 | 374 | 322 | 293 | 54.4 | 50.4 | 41.8 | 42.5 | 38.2 | 32.0 | 32.1 |
| Portugal | .. | 121 | 136 | 160 | 161 | 131 | 125 | .. | 94.4 | 95.2 | 98.1 | 92.3 | 63.0 | 61.9 |
| Spanien | .. | 96 | 186 | 186 | 160 | 154 | 102 | .. | 21.0 | 24.0 | 24.8 | 19.4 | 18.6 | 12.7 |
| Schweden | 439 | 518 | 389 | 368 | 337 | 336 | 405 | 43.7 | 40.6 | 33.3 | 32.5 | 33.5 | 29.3 | 29.7 |
| Schweiz | 204 | 217 | 160 | 170 | 159 | 164 | 165 | 41.6 | 37.7 | 26.7 | 30.4 | 25.9 | 22.7 | 23.8 |
| Vereinigtes Königreich | 611 | 801 | 708 | 656 | 813 | 784 | 1 180 | 33.1 | 41.7 | 35.2 | 31.9 | 38.2 | 34.9 | 41.5 |
| Vereinigte Staaten | 1 565 | 1 066 | 665 | 819 | 724 | 947 | 1 117 | 14.8 | 12.3 | 9.2 | 16.1 | 11.9 | 13.8 | 15.4 |
| DAC INSGESAMT | 9 837 | 11 980 | 8 733 | 8 456 | 8 558 | 7 941 | 8 730 | 26.9 | 29.4 | 24.2 | 26.3 | 23.8 | 21.0 | 23.3 |
| MULTILATERALE LEISTUNGEN^a | | | | | | | | | | | | | | |
| ABDF | 303 | 634 | 528 | 558 | 560 | 425 | 298 | 97.0 | 98.2 | 96.6 | 94.8 | 95.0 | 92.6 | 95.2 |
| EG | 1 617 | 1 859 | 1 775 | 1 735 | 1 614 | 1 539 | 1 255 | 54.1 | 61.4 | 38.2 | 34.6 | 32.6 | 31.3 | 24.9 |
| IBRD | 15 | - | - | - | - | - | - | 20.3 | - | - | - | - | - | - |
| IDA | 1 575 | 2 028 | 2 261 | 2 246 | 1 962 | 1 734 | 2 002 | 31.8 | 48.0 | 42.7 | 42.8 | 39.8 | 38.4 | 45.9 |
| IFAD | 117 | 80 | 71 | 41 | 56 | 41 | 68 | 27.2 | 38.1 | 50.7 | 37.5 | 40.6 | 31.6 | 45.5 |
| Nordischer Entwicklungsfonds | - | - | 25 | 19 | 23 | 18 | 20 | - | - | - | - | - | - | - |
| UNTA | 82 | 65 | 54 | 84 | 63 | 96 | 113 | 16.4 | 23.3 | 23.9 | 19.4 | 21.9 | 22.4 | 23.8 |
| UNICEF | 173 | 229 | 263 | 164 | 155 | 154 | 174 | 33.9 | 35.8 | 42.0 | 31.9 | 31.2 | 27.2 | 28.9 |
| UNDP | 411 | 380 | 211 | 294 | 254 | 211 | 152 | 34.3 | 34.0 | 41.1 | 43.9 | 41.1 | 41.4 | 37.3 |
| UNHCR | 361 | 260 | 144 | 151 | 135 | 148 | 198 | 45.5 | 45.9 | 55.4 | 57.8 | 56.1 | 58.5 | 38.6 |
| WEP | 616 | 438 | 199 | 87 | 120 | 178 | 200 | 43.4 | 43.9 | 57.9 | 31.4 | 43.6 | 50.2 | 53.7 |
| Sonstige VN-Stellen | 186 | 240 | 127 | 77 | 76 | 64 | 113 | 15.0 | 17.4 | 14.3 | 14.0 | 11.5 | 10.1 | 10.8 |
| Arabische Stellen | 122 | -2 | -11 | -7 | -1 | 26 | 1 | 45.9 | -1.5 | 32.5 | 19.3 | 13.7 | 69.9 | 2.3 |
| Sonstige multilaterale Leistungen | -114 | 605 | 144 | 22 | 144 | 21 | 106 | -10.7 | 29.7 | 8.5 | 1.4 | 8.1 | 1.5 | 8.8 |
| MULTILAT. LEISTUNGEN INSG. | 5 464 | 6 817 | 5 791 | 5 471 | 5 161 | 4 654 | 4 699 | 34.7 | 44.7 | 38.1 | 35.9 | 34.4 | 32.5 | 32.3 |
| Sonstige Geberländer ^b | 1 680 | 574 | 68 | 114 | 79 | 123 | 181 | 12.6 | 7.7 | 8.8 | 13.4 | 10.7 | 23.1 | 22.2 |
| GESAMTSUMME | 16 981 | 19 371 | 14 592 | 14 042 | 13 799 | 12 719 | 13 609 | 25.9 | 30.5 | 28.0 | 29.1 | 26.6 | 24.1 | 25.8 |

a) Die Daten für die VN-Sonderorganisationen wurden in der Weise revidiert, dass sie nur noch die ordentlichen Haushaltsausgaben erfassen. Dies hatte eine Revision der UNDP-Daten ab 1990 zur Folge. Die WEP- und UNHCR-Daten konnten jedoch nur ab 1996 und die UNICEF-Daten nur ab 1997 revidiert werden. Seit 2000 arbeitet das UNHCR mit einem jährlichen Programmbudget, bei dem die länderspezifischen Aktivitäten, die globalen Aktivitäten und die Verwaltungskosten in einem einheitlichen Budget zusammengefasst sind.

b) Siehe Liste der Nicht-DAC-Mitglieder, für die Daten verfügbar sind (Tabelle 33).

Anmerkung: Mit Ausnahme des Basisjahrs 1999 decken sich die Angaben unter „Gesamtsumme“ nicht mit denen der Tabelle 30. Die Zahlen in dieser Tabelle wurden um die Deflatoren der einzelnen DAC-Länder, sämtliche Zahlen der Tabelle 30 um den globalen DAC-Deflator bereinigt. Negative Zahlenangaben besagen, dass die Schuldentilgung höher ist als die neue Kreditaufnahme.

Tabelle 30 ODA-NETTOAUSSAHLUNGEN AN DIE SUBSAHARA-LÄNDER
NACH EMPFÄNGERN

Mio. \$, zu Preisen und Wechselkursen von 1999

| | Durchschnitt 1984-1985 | Durchschnitt 1989-1990 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
|------------------------------|---------------------------|---------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| Angola | 189 | 264 | 354 | 343 | 388 | 320 |
| Benin | 169 | 323 | 221 | 215 | 211 | 249 |
| Botsuana | 198 | 182 | 121 | 109 | 61 | 32 |
| Burkina Faso | 374 | 355 | 368 | 409 | 398 | 350 |
| Burundi | 269 | 282 | 56 | 78 | 74 | 97 |
| Kamerun | 328 | 532 | 499 | 436 | 434 | 396 |
| Kap Verde | 140 | 118 | 111 | 133 | 137 | 98 |
| Zentralafrikanische Republik | 236 | 259 | 91 | 123 | 117 | 79 |
| Tschad | 287 | 335 | 227 | 171 | 188 | 137 |
| Komoren | 88 | 53 | 27 | 36 | 21 | 19 |
| Demokratische Republik Kongo | 590 | 957 | 157 | 129 | 132 | 191 |
| Republik Kongo | 146 | 188 | 270 | 67 | 142 | 34 |
| Côte d'Ivoire | 235 | 632 | 446 | 818 | 448 | 367 |
| Dschibuti | 187 | 156 | 85 | 83 | 75 | 74 |
| Äquatorialguinea | 35 | 72 | 24 | 26 | 20 | 22 |
| Eritrea | - | - | 123 | 171 | 149 | 183 |
| Äthiopien | 1 295 | 1 094 | 578 | 676 | 643 | 722 |
| Gabun | 136 | 158 | 39 | 46 | 48 | 12 |
| Gambia | 100 | 119 | 39 | 40 | 33 | 51 |
| Ghana | 395 | 759 | 493 | 718 | 609 | 635 |
| Guinea | 198 | 371 | 381 | 368 | 238 | 159 |
| Guinea-Bissau | 117 | 145 | 124 | 98 | 52 | 84 |
| Kenia | 835 | 1 333 | 447 | 488 | 310 | 534 |
| Lesotho | 190 | 165 | 92 | 68 | 31 | 43 |
| Liberia | 220 | 102 | 76 | 74 | 94 | 71 |
| Madagaskar | 347 | 449 | 832 | 507 | 359 | 336 |
| Malawi | 288 | 553 | 343 | 444 | 446 | 464 |
| Mali | 706 | 570 | 428 | 355 | 354 | 375 |
| Mauretanien | 371 | 289 | 238 | 176 | 219 | 221 |
| Mauritius | 65 | 88 | 43 | 43 | 42 | 21 |
| Mayotte | 34 | 61 | 104 | 107 | 112 | 108 |
| Mosambik | 658 | 1 150 | 946 | 1 064 | 804 | 913 |
| Namibia | 6 | 105 | 164 | 184 | 178 | 158 |
| Niger | 465 | 419 | 332 | 298 | 187 | 220 |
| Nigeria | 64 | 361 | 200 | 208 | 152 | 193 |
| Ruanda | 340 | 310 | 229 | 358 | 373 | 336 |
| São Tomé und Príncipe | 24 | 59 | 33 | 29 | 28 | 36 |
| Senegal | 652 | 901 | 422 | 513 | 536 | 441 |
| Seychellen | 41 | 34 | 17 | 25 | 13 | 19 |
| Sierra Leone | 132 | 104 | 118 | 109 | 74 | 190 |
| Somalia | 688 | 543 | 81 | 82 | 115 | 108 |
| Südafrika | - | - | 496 | 526 | 541 | 508 |
| St. Helena | 22 | 43 | 15 | 16 | 14 | 19 |
| Sudan | 1 752 | 943 | 138 | 214 | 243 | 235 |
| Swasiland | 53 | 49 | 28 | 36 | 29 | 14 |
| Tansania | 1 034 | 1 253 | 943 | 1 023 | 990 | 1 089 |
| Togo | 218 | 271 | 125 | 131 | 71 | 73 |
| Uganda | 340 | 661 | 812 | 662 | 591 | 854 |
| Sambia | 560 | 511 | 609 | 357 | 624 | 829 |
| Simbabwe | 541 | 366 | 335 | 287 | 245 | 186 |
| Subsahara, unaufgeschlüsselt | 658 | 757 | 740 | 425 | 327 | 359 |
| GESAMTSUMME | 17 013 | 19 803 | 14 223 | 14 103 | 12 719 | 13 266 |

Anmerkung: Mit Ausnahme des Basisjahrs 1999 decken sich die Angaben unter „Gesamtsumme“ nicht mit denen der Tabelle 29. Die Zahlen in Tabelle 29 wurden um die Deflatoren der einzelnen DAC-Länder, sämtliche Zahlen in dieser Tabelle hingegen um den globalen DAC-Deflator bereinigt.

Tabelle 31 EZ-LEISTUNGEN DER DAC-MITGLIEDER AN DIE AM WENIGSTEN ENTWICKELTEN LÄNDER ^a

| | 1989-1990 | | 1999 | | 2000 | |
|------------------------|---------------|--------------------------------------|---------------|--------------------------------------|---------------|--------------------------------------|
| | Mio. \$ | In % der Gesamtleistungen des Gebers | Mio. \$ | In % der Gesamtleistungen des Gebers | Mio. \$ | In % der Gesamtleistungen des Gebers |
| Australien | 216 | 0.08 | 171 | 17 | 209 | 21 |
| Österreich | 87 | 0.06 | 71 | 14 | 98 | 23 |
| Belgien | 336 | 0.19 | 166 | 22 | 205 | 25 |
| Kanada | 699 | 0.13 | 308 | 18 | 293 | 17 |
| Dänemark | 443 | 0.40 | 548 | 32 | 534 | 32 |
| Finnland | 306 | 0.25 | 104 | 25 | 108 | 29 |
| Frankreich | 1 874 | 0.17 | 900 | 16 | 984 | 24 |
| Deutschland | 1 568 | 0.12 | 1 098 | 20 | 1 173 | 23 |
| Griechenland | .. | .. | 4 | 2 | 18 | 8 |
| Irland | 20 | 0.06 | 92 | 37 | 112 | 48 |
| Italien | 1 359 | 0.14 | 393 | 22 | 368 | 27 |
| Japan | 1 780 | 0.06 | 2 556 | 17 | 2 055 | 15 |
| Luxemburg | 4 | 0.04 | 29 | 25 | 41 | 32 |
| Niederlande | 743 | 0.30 | 622 | 20 | 780 | 25 |
| Neuseeland | 16 | 0.04 | 32 | 24 | 27 | 24 |
| Norwegen | 473 | 0.50 | 452 | 33 | 420 | 33 |
| Portugal | 86 | 0.17 | 124 | 45 | 117 | 43 |
| Spanien | 160 | 0.04 | 148 | 11 | 138 | 12 |
| Schweden | 709 | 0.35 | 407 | 25 | 523 | 29 |
| Schweiz | 273 | 0.13 | 263 | 27 | 264 | 30 |
| Vereinigtes Königreich | 857 | 0.10 | 715 | 21 | 1 391 | 31 |
| Vereinigte Staaten | 1 617 | 0.03 | 1 448 | 16 | 1 942 | 20 |
| DAC INSGESAMT | 13 628 | 0.09 | 10 650 | 19 | 11 798 | 22 |
| davon: | | | | | | |
| EU-Mitglieder | 8 554 | 0.15 | 5 420 | 20 | 6 589 | 26 |

a) Einschl. der rechnerisch ermittelten multilateralen Leistungen, d.h. unter Berücksichtigung der über multilaterale Stellen geleisteten Beiträge, die anhand der geographischen Verteilung der Auszahlungen dieser Stellen in den Referenzjahren ermittelt wurden.

Tabelle 32 HAUPTTEMPFÄNGER DER ODA-LEISTUNGEN DER EINZELNEN DAC-MITGLIEDER

| Bruttoauszahlungen | Australien | | Prozentuale Anteile an der gesamten ODA | | |
|--|--------------|--|---|-------------------------------|--------------|
| | 1979-1980 | 1989-1990 | 1989-1990 | 1999-2000 | |
| Papua-Neuguinea | 41.7 | Papua-Neuguinea | 26.1 | Papua-Neuguinea | 18.0 |
| Indonesien | 7.1 | Indonesien | 8.1 | Osttimor | 7.8 |
| Bangladesch | 3.7 | Thailand | 3.1 | Indonesien | 7.3 |
| Myanmar | 1.7 | China | 2.8 | Vietnam | 3.9 |
| Fidschi | 1.7 | Philippinen | 2.6 | Philippinen | 3.3 |
| Thailand | 1.6 | Malaysia | 2.4 | China | 2.9 |
| Philippinen | 1.3 | Bangladesch | 2.1 | Bundesrepublik Jugoslawien | 2.5 |
| Malaysia | 1.0 | Fidschi | 1.9 | Kambodscha | 2.2 |
| Pakistan | 0.9 | Indien | 1.5 | Thailand | 1.3 |
| Kambodscha | 0.7 | Ägypten | 1.4 | Bangladesch | 1.3 |
| Salomonen | 0.7 | Vanuatu | 1.3 | Fidschi | 1.1 |
| Samoa | 0.7 | Salomonen | 1.2 | Indien | 1.0 |
| Ägypten | 0.7 | Äthiopien | 1.1 | Laos | 1.0 |
| Tonga | 0.7 | Mosambik | 1.0 | Salomonen | 1.0 |
| Sri Lanka | 0.7 | Simbabwe | 1.0 | Vanuatu | 1.0 |
| Insgesamt | 64.7 | Insgesamt | 57.6 | Insgesamt | 55.7 |
| ODA an multilaterale Stellen | 26.2 | ODA an multilaterale Stellen | 26.1 | ODA an multilaterale Stellen | 24.4 |
| Unaufgeschlüsselt | 3.6 | Unaufgeschlüsselt | 6.1 | Unaufgeschlüsselt | 10.3 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 651 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 987 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 985 |
| LLDC | 14.8 | LLDC | 17.6 | LLDC | 16.6 |
| Sonstige LIC | 13.6 | Sonstige LIC | 21.7 | Sonstige LIC | 37.2 |
| LMIC | 68.9 | LMIC | 54.4 | LMIC | 45.0 |
| UMIC | 2.3 | UMIC | 5.2 | UMIC | 1.1 |
| HIC | 0.1 | HIC | 0.0 | HIC | - |
| MADCT | 0.3 | MADCT | 1.2 | MADCT | 0.1 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | 0.1 | Europa | 0.0 | Europa | 4.2 |
| Nördlich der Sahara | 1.0 | Nördlich der Sahara | 2.0 | Nördlich der Sahara | 0.9 |
| Südlich der Sahara | 3.8 | Südlich der Sahara | 10.1 | Südlich der Sahara | 5.0 |
| Nord- und Mittelamerika | 0.1 | Nord- und Mittelamerika | 0.1 | Nord- und Mittelamerika | 0.0 |
| Südamerika | 0.0 | Südamerika | 0.0 | Südamerika | 0.1 |
| Naher Osten | 0.1 | Naher Osten | 0.5 | Naher Osten | 0.4 |
| Süd- und Zentralasien | 11.1 | Süd- und Zentralasien | 8.0 | Süd- und Zentralasien | 6.2 |
| Ostasien | 17.6 | Ostasien | 30.3 | Ostasien | 46.3 |
| Ozeanien | 66.2 | Ozeanien | 49.0 | Ozeanien | 36.8 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Österreich | | | | | |
| | 1979-1980 | 1989-1990 | 1989-1990 | 1999-2000 | |
| Indonesien | 20.9 | China | 19.2 | Indonesien | 14.9 |
| Türkei | 11.3 | Türkei | 8.2 | Bundesrepublik Jugoslawien | 5.6 |
| Indien | 3.9 | Algerien | 7.6 | Bosnien-Herzegowina | 4.1 |
| Vietnam | 3.7 | Indonesien | 6.3 | Nicaragua | 3.9 |
| Iran | 2.6 | Iran | 3.9 | Ägypten | 3.8 |
| Kenia | 1.7 | Ehem. jugoslaw. Teilrepubliken (unaufg.) | 1.8 | China | 3.0 |
| Sambia | 1.3 | Burundi | 1.6 | Uganda | 2.1 |
| Ehem. jugoslaw. Teilrepubliken (unaufg.) | 1.2 | Uganda | 1.6 | Türkei | 2.0 |
| Tansania | 1.0 | Indien | 1.4 | Albanien | 1.9 |
| Ägypten | 0.9 | Ghana | 1.3 | Iran | 1.9 |
| Tunesien | 0.8 | Simbabwe | 1.2 | Mosambik | 1.6 |
| Brasilien | 0.8 | Ruanda | 1.2 | Bhutan | 1.5 |
| Kuba | 0.7 | Mosambik | 1.2 | Kamerun | 1.2 |
| Guatemala | 0.6 | Nepal | 1.0 | Ghana | 1.1 |
| Burkina Faso | 0.6 | Libanon | 1.0 | Tansania | 1.0 |
| Insgesamt | 52.0 | Insgesamt | 58.5 | Insgesamt | 49.8 |
| ODA an multilaterale Stellen | 32.3 | ODA an multilaterale Stellen | 22.1 | ODA an multilaterale Stellen | 28.3 |
| Unaufgeschlüsselt | 7.8 | Unaufgeschlüsselt | 4.9 | Unaufgeschlüsselt | 5.2 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 160 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 398 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 617 |
| LLDC | 7.2 | LLDC | 16.1 | LLDC | 18.7 |
| Sonstige LIC | 52.5 | Sonstige LIC | 43.7 | Sonstige LIC | 41.2 |
| LMIC | 16.6 | LMIC | 24.3 | LMIC | 34.3 |
| UMIC | 22.3 | UMIC | 13.5 | UMIC | 5.0 |
| HIC | 0.0 | HIC | 0.0 | HIC | 0.7 |
| MADCT | 1.5 | MADCT | 2.3 | MADCT | 0.2 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | 23.9 | Europa | 15.1 | Europa | 23.3 |
| Nördlich der Sahara | 3.1 | Nördlich der Sahara | 11.8 | Nördlich der Sahara | 6.3 |
| Südlich der Sahara | 10.2 | Südlich der Sahara | 18.2 | Südlich der Sahara | 21.5 |
| Nord- und Mittelamerika | 3.5 | Nord- und Mittelamerika | 2.7 | Nord- und Mittelamerika | 7.7 |
| Südamerika | 3.6 | Südamerika | 1.2 | Südamerika | 1.8 |
| Naher Osten | 6.1 | Naher Osten | 8.4 | Naher Osten | 4.5 |
| Süd- und Zentralasien | 7.0 | Süd- und Zentralasien | 5.1 | Süd- und Zentralasien | 5.2 |
| Ostasien | 41.9 | Ostasien | 37.3 | Ostasien | 29.6 |
| Ozeanien | 0.5 | Ozeanien | 0.2 | Ozeanien | 0.2 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |

Tabelle 32 (Forts.) HAUPTMPFÄNGER DER ODA-LEISTUNGEN DER EINZELNEN DAC-MITGLIEDER

| Bruttoauszahlungen | Belgien | | Prozentuale Anteile an der gesamten ODA | | |
|-------------------------------|--------------|-------------------------------|---|-------------------------------|--------------|
| | 1979-1980 | 1989-1990 | 1979-1980 | 1989-1990 | |
| Demokratische Republik Kongo | 26.1 | Demokratische Republik Kongo | 11.8 | Vietnam | 3.2 |
| Ruanda | 5.7 | Ruanda | 4.3 | Demokratische Republik Kongo | 3.0 |
| Burundi | 4.2 | Burundi | 3.5 | Ruanda | 2.3 |
| Indonesien | 3.0 | Tansania | 1.1 | Tansania | 1.8 |
| Tunesien | 2.6 | Senegal | 1.1 | Bolivien | 1.3 |
| Marokko | 2.4 | Indonesien | 1.1 | Kamerun | 1.3 |
| Indien | 2.2 | Kamerun | 0.8 | Niger | 1.2 |
| Bangladesch | 1.9 | Tunesien | 0.7 | Côte d'Ivoire | 1.1 |
| Côte d'Ivoire | 1.8 | Türkei | 0.7 | Burkina Faso | 1.1 |
| Philippinen | 1.4 | Bolivien | 0.7 | Tunesien | 1.0 |
| Türkei | 1.4 | Uganda | 0.7 | Senegal | 0.9 |
| Vietnam | 1.4 | Bangladesch | 0.7 | Philippinen | 0.9 |
| Niger | 1.3 | Kenia | 0.7 | Kenia | 0.9 |
| Senegal | 1.1 | Indien | 0.7 | Marokko | 0.8 |
| Pakistan | 0.9 | Niger | 0.6 | Ecuador | 0.8 |
| Insgesamt | 57.4 | Insgesamt | 29.1 | Insgesamt | 21.7 |
| ODA an multilaterale Stellen | 27.2 | ODA an multilaterale Stellen | 42.5 | ODA an multilaterale Stellen | 41.1 |
| Unaufgeschlüsselt | 4.1 | Unaufgeschlüsselt | 17.1 | Unaufgeschlüsselt | 20.1 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 623 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 810 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 819 |
| LLDC | 62.6 | LLDC | 66.9 | LLDC | 43.1 |
| Sonstige LIC | 18.2 | Sonstige LIC | 14.4 | Sonstige LIC | 26.6 |
| LMIC | 15.1 | LMIC | 12.6 | LMIC | 25.3 |
| UMIC | 3.9 | UMIC | 6.0 | UMIC | 5.0 |
| HIC | - | HIC | - | HIC | 0.0 |
| MADCT | 0.2 | MADCT | 0.1 | MADCT | 0.0 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | 2.0 | Europa | 1.6 | Europa | 4.5 |
| Nördlich der Sahara | 8.6 | Nördlich der Sahara | 4.0 | Nördlich der Sahara | 5.6 |
| Südlich der Sahara | 64.9 | Südlich der Sahara | 75.0 | Südlich der Sahara | 55.4 |
| Nord- und Mittelamerika | 1.5 | Nord- und Mittelamerika | 2.6 | Nord- und Mittelamerika | 4.3 |
| Südamerika | 3.7 | Südamerika | 7.0 | Südamerika | 10.5 |
| Naher Osten | 0.6 | Naher Osten | 0.1 | Naher Osten | 2.7 |
| Süd- und Zentralasien | 7.3 | Süd- und Zentralasien | 3.6 | Süd- und Zentralasien | 2.1 |
| Ostasien | 11.3 | Ostasien | 6.0 | Ostasien | 14.9 |
| Ozeanien | 0.0 | Ozeanien | 0.0 | Ozeanien | 0.0 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |

| | Kanada | | | | |
|-------------------------------|--------------|-------------------------------|--------------|--|--------------|
| | 1979-1980 | 1989-1990 | 1979-1980 | 1989-1990 | |
| Bangladesch | 5.4 | Kamerun | 3.4 | Bangladesch | 1.9 |
| Pakistan | 4.0 | Bangladesch | 3.2 | China | 1.7 |
| Indien | 2.8 | Kenia | 2.5 | Indonesien | 1.5 |
| Tansania | 2.2 | Ghana | 2.5 | Haiti | 1.3 |
| Şri Lanka | 2.2 | China | 1.9 | Indien | 1.1 |
| Ägypten | 2.0 | Sambia | 1.9 | Ehem. jugoslaw. Teilrepubliken (unaufg.) | 1.0 |
| Kamerun | 1.5 | Côte d'Ivoire | 1.7 | Mali | 0.9 |
| Ghana | 1.4 | Indonesien | 1.7 | Honduras | 0.9 |
| Indonesien | 1.1 | Pakistan | 1.6 | Bundesrepublik Jugoslawien | 0.9 |
| Malawi | 1.0 | Simbabwe | 1.4 | Ghana | 0.8 |
| Burkina Faso | 1.0 | Senegal | 1.3 | Senegal | 0.8 |
| Mali | 1.0 | Tansania | 1.3 | Vietnam | 0.7 |
| Côte d'Ivoire | 1.0 | Indien | 1.3 | Ägypten | 0.7 |
| Sambia | 0.9 | Jamaika | 1.2 | Äthiopien | 0.7 |
| Demokratische Republik Kongo | 0.9 | Demokratische Republik Kongo | 1.2 | Pakistan | 0.7 |
| Insgesamt | 28.3 | Insgesamt | 28.0 | Insgesamt | 15.8 |
| ODA an multilaterale Stellen | 41.0 | ODA an multilaterale Stellen | 27.9 | ODA an multilaterale Stellen | 31.9 |
| Unaufgeschlüsselt | 17.4 | Unaufgeschlüsselt | 24.5 | Unaufgeschlüsselt | 36.0 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 1 074 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 2 723 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 1 750 |
| LLDC | 42.2 | LLDC | 31.5 | LLDC | 33.4 |
| Sonstige LIC | 33.5 | Sonstige LIC | 43.6 | Sonstige LIC | 34.7 |
| LMIC | 21.7 | LMIC | 20.1 | LMIC | 28.2 |
| UMIC | 2.6 | UMIC | 4.6 | UMIC | 3.7 |
| HIC | 0.0 | HIC | - | HIC | 0.0 |
| MADCT | 0.0 | MADCT | 0.2 | MADCT | 0.0 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | 0.4 | Europa | 0.1 | Europa | 8.4 |
| Nördlich der Sahara | 7.1 | Nördlich der Sahara | 5.1 | Nördlich der Sahara | 4.3 |
| Südlich der Sahara | 41.1 | Südlich der Sahara | 53.5 | Südlich der Sahara | 34.2 |
| Nord- und Mittelamerika | 7.2 | Nord- und Mittelamerika | 8.3 | Nord- und Mittelamerika | 13.1 |
| Südamerika | 3.9 | Südamerika | 5.4 | Südamerika | 7.3 |
| Naher Osten | - | Naher Osten | 1.5 | Naher Osten | 1.5 |
| Süd- und Zentralasien | 35.3 | Süd- und Zentralasien | 14.1 | Süd- und Zentralasien | 15.1 |
| Ostasien | 4.8 | Ostasien | 11.7 | Ostasien | 15.4 |
| Ozeanien | 0.1 | Ozeanien | 0.3 | Ozeanien | 0.6 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |

Tabelle 32 (Forts.) HAUPTMPFÄNGER DER ODA-LEISTUNGEN DER EINZELNEN DAC-MITGLIEDER

| Bruttoauszahlungen | Dänemark | | Prozentuale Anteile an der gesamten ODA | | |
|-------------------------------|--------------|-------------------------------|---|-----------------------------------|--------------|
| | 1979-1980 | 1989-1990 | 1979-1980 | 1999-2000 | |
| Tansania | 9.8 | Tansania | 7.2 | Tansania | 4.3 |
| Bangladesch | 5.8 | Bangladesch | 4.3 | Uganda | 3.4 |
| Indien | 4.5 | Indien | 4.0 | Mosambik | 2.9 |
| Kenia | 3.4 | Kenia | 3.4 | Ägypten | 2.4 |
| Sudan | 3.1 | Sudan | 2.4 | Vietnam | 2.3 |
| Pakistan | 2.8 | Mosambik | 2.3 | Bangladesch | 2.2 |
| Vietnam | 2.7 | Uganda | 1.9 | Ghana | 2.2 |
| Malawi | 2.3 | Simbabwe | 1.6 | Burkina Faso | 1.7 |
| Mosambik | 2.2 | Sambia | 1.3 | Indien | 1.7 |
| Myanmar | 2.1 | Jemen | 1.2 | Malawi | 1.5 |
| Togo | 1.5 | China | 1.1 | Nicaragua | 1.5 |
| Ägypten | 1.4 | Marokko | 1.1 | Simbabwe | 1.5 |
| Thailand | 1.3 | Nicaragua | 1.0 | Sambia | 1.4 |
| Benin | 1.2 | Ägypten | 1.0 | Nepal | 1.4 |
| Botsuana | 1.2 | Burkina Faso | 0.8 | Bolivien | 1.2 |
| Insgesamt | 45.2 | Insgesamt | 34.6 | Insgesamt | 31.7 |
| ODA an multilaterale Stellen | 39.5 | ODA an multilaterale Stellen | 40.8 | ODA an multilaterale Stellen | 39.1 |
| Unaufgeschlüsselt | 6.9 | Unaufgeschlüsselt | 13.7 | Unaufgeschlüsselt | 17.2 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 526 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 1 091 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 1 723 |
| LLDC | 62.8 | LLDC | 61.1 | LLDC | 52.3 |
| Sonstige LIC | 25.5 | Sonstige LIC | 28.0 | Sonstige LIC | 25.3 |
| LMIC | 9.2 | LMIC | 9.1 | LMIC | 20.7 |
| UMIC | 2.5 | UMIC | 1.8 | UMIC | 1.8 |
| HIC | 0.0 | HIC | - | HIC | 0.0 |
| MADCT | 0.1 | MADCT | 0.0 | MADCT | - |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | 0.1 | Europa | - | Europa | 2.1 |
| Nördlich der Sahara | 3.0 | Nördlich der Sahara | 4.5 | Nördlich der Sahara | 5.3 |
| Südlich der Sahara | 55.0 | Südlich der Sahara | 61.2 | Südlich der Sahara | 54.0 |
| Nord- und Mittelamerika | 0.4 | Nord- und Mittelamerika | 2.9 | Nord- und Mittelamerika | 5.9 |
| Südamerika | 1.2 | Südamerika | 1.0 | Südamerika | 3.9 |
| Naher Osten | 1.2 | Naher Osten | 2.6 | Naher Osten | 1.8 |
| Süd- und Zentralasien | 30.4 | Süd- und Zentralasien | 22.5 | Süd- und Zentralasien | 15.7 |
| Ostasien | 8.7 | Ostasien | 5.2 | Ostasien | 11.4 |
| Ozeanien | 0.0 | Ozeanien | 0.0 | Ozeanien | 0.0 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Finnland | | | | | |
| | 1979-1980 | 1989-1990 | | 1999-2000 | |
| Tansania | 21.0 | Tansania | 6.8 | Bundesrepublik Jugoslawien | 4.0 |
| Vietnam | 11.6 | Mosambik | 3.7 | Mosambik | 4.0 |
| Sambia | 6.2 | Kenia | 3.6 | Nicaragua | 3.9 |
| Kenia | 3.5 | Ägypten | 3.4 | China | 3.1 |
| Mosambik | 2.5 | Sambia | 3.2 | Tansania | 2.7 |
| Bangladesch | 2.0 | Äthiopien | 2.4 | Sambia | 1.8 |
| Äthiopien | 1.0 | Nepal | 2.2 | Vietnam | 1.6 |
| Ägypten | 0.9 | Sri Lanka | 2.1 | Namibia | 1.6 |
| Türkei | 0.8 | Somalia | 2.0 | Bosnien-Herzegowina | 1.5 |
| Sudan | 0.5 | Nicaragua | 1.9 | Äthiopien | 1.4 |
| Myanmar | 0.4 | Sudan | 1.8 | Nepal | 1.3 |
| Kambodscha | 0.4 | Vietnam | 1.8 | Afghanistan | 1.0 |
| Honduras | 0.4 | Bangladesch | 1.7 | Kenia | 1.0 |
| Indonesien | 0.3 | Simbabwe | 1.3 | Thailand | 1.0 |
| Nicaragua | 0.3 | China | 1.3 | Palästinensische Autonomiegebiete | 0.9 |
| Insgesamt | 51.7 | Insgesamt | 39.3 | Insgesamt | 30.8 |
| ODA an multilaterale Stellen | 37.8 | ODA an multilaterale Stellen | 39.9 | ODA an multilaterale Stellen | 39.1 |
| Unaufgeschlüsselt | 7.9 | Unaufgeschlüsselt | 14.3 | Unaufgeschlüsselt | 16.3 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 122 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 777 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 421 |
| LLDC | 63.8 | LLDC | 54.5 | LLDC | 39.3 |
| Sonstige LIC | 30.4 | Sonstige LIC | 24.4 | Sonstige LIC | 27.3 |
| LMIC | 3.7 | LMIC | 18.5 | LMIC | 31.5 |
| UMIC | 1.9 | UMIC | 2.4 | UMIC | 2.0 |
| HIC | - | HIC | - | HIC | - |
| MADCT | 0.1 | MADCT | 0.1 | MADCT | - |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | 1.6 | Europa | 0.9 | Europa | 14.3 |
| Nördlich der Sahara | 1.6 | Nördlich der Sahara | 7.1 | Nördlich der Sahara | 1.6 |
| Südlich der Sahara | 65.4 | Südlich der Sahara | 59.6 | Südlich der Sahara | 39.3 |
| Nord- und Mittelamerika | 1.8 | Nord- und Mittelamerika | 5.2 | Nord- und Mittelamerika | 11.0 |
| Südamerika | 0.2 | Südamerika | 1.9 | Südamerika | 1.4 |
| Naher Osten | 0.4 | Naher Osten | 1.7 | Naher Osten | 5.1 |
| Süd- und Zentralasien | 5.2 | Süd- und Zentralasien | 14.2 | Süd- und Zentralasien | 9.5 |
| Ostasien | 23.7 | Ostasien | 9.3 | Ostasien | 17.7 |
| Ozeanien | 0.1 | Ozeanien | 0.1 | Ozeanien | 0.0 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |

Tabelle 32 (Forts.) HAUPTMPFÄNGER DER ODA-LEISTUNGEN DER EINZELNEN DAC-MITGLIEDER

| Bruttoauszahlungen | Frankreich | | Prozentuale Anteile an der gesamten ODA | | |
|-------------------------------|--------------|-------------------------------|---|-------------------------------|--------------|
| | 1979-1980 | 1989-1990 | 1989-1990 | 1999-2000 | |
| Neukaledonien | 6.5 | Côte d'Ivoire | 5.2 | Côte d'Ivoire | 4.7 |
| Französisch-Polynesien | 5.6 | Neukaledonien | 4.4 | Ägypten | 4.6 |
| Marokko | 4.4 | Französisch-Polynesien | 4.1 | Marokko | 4.0 |
| Côte d'Ivoire | 4.0 | Senegal | 3.8 | Senegal | 3.8 |
| Senegal | 3.5 | Marokko | 3.1 | Französisch-Polynesien | 3.3 |
| Algerien | 3.1 | Kamerun | 2.3 | Kamerun | 3.2 |
| Kamerun | 3.1 | Madagaskar | 2.1 | Neukaledonien | 2.8 |
| Tunesien | 2.7 | Demokratische Republik Kongo | 2.1 | Tunesien | 2.2 |
| Zentralafrikanische Republik | 2.0 | China | 2.0 | Mayotte | 1.8 |
| Republik Kongo | 1.8 | Indonesien | 1.8 | Mali | 1.6 |
| Burkina Faso | 1.7 | Mali | 1.8 | Madagaskar | 1.5 |
| Madagaskar | 1.7 | Gabun | 1.8 | Burkina Faso | 1.4 |
| Ägypten | 1.7 | Republik Kongo | 1.7 | Algerien | 1.3 |
| Niger | 1.7 | Ägypten | 1.6 | Vietnam | 1.2 |
| Indonesien | 1.4 | Tschad | 1.5 | Bosnien-Herzegowina | 1.2 |
| Insgesamt | 44.8 | Insgesamt | 39.1 | Insgesamt | 38.6 |
| ODA an multilaterale Stellen | 22.6 | ODA an multilaterale Stellen | 20.9 | ODA an multilaterale Stellen | 25.9 |
| Unaufgeschlüsselt | 12.4 | Unaufgeschlüsselt | 12.8 | Unaufgeschlüsselt | 12.4 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 2 821 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 6 863 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 5 798 |
| LLDC | 26.4 | LLDC | 33.1 | LLDC | 24.5 |
| Sonstige LIC | 25.4 | Sonstige LIC | 29.9 | Sonstige LIC | 27.4 |
| LMIC | 21.5 | LMIC | 15.0 | LMIC | 28.7 |
| UMIC | 7.8 | UMIC | 8.8 | UMIC | 9.3 |
| HIC | 0.0 | HIC | 0.0 | HIC | 0.0 |
| MADCT | 18.9 | MADCT | 13.2 | MADCT | 10.1 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | 1.8 | Europa | 1.5 | Europa | 3.6 |
| Nördlich der Sahara | 18.1 | Nördlich der Sahara | 10.3 | Nördlich der Sahara | 19.1 |
| Südlich der Sahara | 46.5 | Südlich der Sahara | 59.4 | Südlich der Sahara | 48.7 |
| Nord- und Mittelamerika | 2.0 | Nord- und Mittelamerika | 1.9 | Nord- und Mittelamerika | 2.3 |
| Südamerika | 1.9 | Südamerika | 1.9 | Südamerika | 3.1 |
| Naher Osten | 2.2 | Naher Osten | 1.7 | Naher Osten | 3.1 |
| Süd- und Zentralasien | 3.4 | Süd- und Zentralasien | 3.8 | Süd- und Zentralasien | 2.4 |
| Ostasien | 4.7 | Ostasien | 7.6 | Ostasien | 6.3 |
| Ozeanien | 19.4 | Ozeanien | 11.9 | Ozeanien | 11.4 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Deutschland | | | | | |
| | 1979-1980 | 1989-1990 | | 1999-2000 | |
| Türkei | 8.2 | Türkei | 4.7 | China | 5.7 |
| Bangladesch | 6.6 | Kenia | 4.1 | Indien | 2.6 |
| Indien | 3.8 | Ägypten | 4.0 | Indonesien | 2.1 |
| Tansania | 3.3 | Indien | 3.6 | Türkei | 2.1 |
| Sudan | 2.8 | China | 3.1 | Bundesrepublik Jugoslawien | 1.8 |
| Ägypten | 2.8 | Sambia | 2.6 | Ägypten | 1.7 |
| Israel | 2.2 | Indonesien | 2.5 | Sambia | 1.4 |
| Indonesien | 1.5 | Ghana | 2.5 | Bosnien-Herzegowina | 1.3 |
| Jemen | 1.5 | Pakistan | 2.1 | Peru | 1.2 |
| Mali | 1.3 | Senegal | 1.8 | Brasilien | 1.2 |
| Peru | 1.3 | Israel | 1.6 | Pakistan | 1.1 |
| Thailand | 1.3 | Jordanien | 1.5 | Jordanien | 0.9 |
| Brasilien | 1.2 | Madagaskar | 1.2 | Bolivien | 0.9 |
| Kenia | 1.2 | Demokratische Republik Kongo | 1.1 | Marokko | 0.9 |
| Kamerun | 1.2 | Marokko | 1.1 | Tansania | 0.8 |
| Insgesamt | 40.1 | Insgesamt | 37.5 | Insgesamt | 25.7 |
| ODA an multilaterale Stellen | 27.6 | ODA an multilaterale Stellen | 25.8 | ODA an multilaterale Stellen | 37.3 |
| Unaufgeschlüsselt | 6.6 | Unaufgeschlüsselt | 8.1 | Unaufgeschlüsselt | 10.4 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 4 415 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 7 040 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 6 159 |
| LLDC | 41.9 | LLDC | 25.6 | LLDC | 22.2 |
| Sonstige LIC | 16.8 | Sonstige LIC | 33.6 | Sonstige LIC | 33.6 |
| LMIC | 18.9 | LMIC | 23.9 | LMIC | 33.5 |
| UMIC | 17.6 | UMIC | 11.9 | UMIC | 10.0 |
| HIC | 0.1 | HIC | 0.0 | HIC | 0.1 |
| MADCT | 4.7 | MADCT | 5.0 | MADCT | 0.6 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | 15.2 | Europa | 9.0 | Europa | 11.9 |
| Nördlich der Sahara | 7.4 | Nördlich der Sahara | 9.0 | Nördlich der Sahara | 6.3 |
| Südlich der Sahara | 32.2 | Südlich der Sahara | 38.1 | Südlich der Sahara | 26.7 |
| Nord- und Mittelamerika | 2.4 | Nord- und Mittelamerika | 4.0 | Nord- und Mittelamerika | 4.6 |
| Südamerika | 7.2 | Südamerika | 7.0 | Südamerika | 9.9 |
| Naher Osten | 7.7 | Naher Osten | 7.6 | Naher Osten | 6.5 |
| Süd- und Zentralasien | 20.7 | Süd- und Zentralasien | 12.0 | Süd- und Zentralasien | 12.5 |
| Ostasien | 6.7 | Ostasien | 13.0 | Ostasien | 21.5 |
| Ozeanien | 0.5 | Ozeanien | 0.3 | Ozeanien | 0.2 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |

Tabelle 32 (Forts.) HAUPTTEMPFÄNGER DER ODA-LEISTUNGEN DER EINZELNEN DAC-MITGLIEDER

| Bruttoauszahlungen | | Griechenland | | Prozentuale Anteile an der gesamten ODA | |
|-------------------------------|--------------|-------------------------------|--------------|--|--------------|
| | | 1979-1980 | 1989-1990 | 1999-2000 | |
| | | | | Bundesrepublik Jugoslawien | 21.2 |
| | | | | Albanien | 9.8 |
| | | | | Bosnien-Herzegowina | 2.0 |
| | | | | Palästinensische Autonomiegebiete | 1.4 |
| | | | | Armenien | 1.3 |
| | | | | Mazedonien | 0.8 |
| | | | | Libanon | 0.7 |
| | | | | Türkei | 0.7 |
| | | | | Georgien | 0.6 |
| | | | | Ägypten | 0.4 |
| | | | | Ehem. jugoslaw. Teilrepubliken (unaufg.) | 0.3 |
| | | | | Äthiopien | 0.3 |
| | | | | Moldau | 0.2 |
| | | | | Syrien | 0.1 |
| | | | | Tunesien | 0.1 |
| | | | | Insgesamt | 39.9 |
| ODA an multilaterale Stellen | - | ODA an multilaterale Stellen | - | ODA an multilaterale Stellen | 57.6 |
| Unaufgeschlüsselt | - | Unaufgeschlüsselt | - | Unaufgeschlüsselt | 1.0 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | - | Gesamte ODA in Mio. \$ | - | Gesamte ODA in Mio. \$ | 210 |
| LLDC | - | LLDC | - | LLDC | 1.3 |
| Sonstige LIC | - | Sonstige LIC | - | Sonstige LIC | 4.4 |
| LMIC | - | LMIC | - | LMIC | 90.1 |
| UMIC | - | UMIC | - | UMIC | 3.9 |
| HIC | - | HIC | - | HIC | 0.2 |
| MADCT | - | MADCT | - | MADCT | 0.0 |
| Bilateral insgesamt | - | Bilateral insgesamt | - | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | - | Europa | - | Europa | 84.8 |
| Nördlich der Sahara | - | Nördlich der Sahara | - | Nördlich der Sahara | 1.4 |
| Südlich der Sahara | - | Südlich der Sahara | - | Südlich der Sahara | 2.0 |
| Nord- und Mittelamerika | - | Nord- und Mittelamerika | - | Nord- und Mittelamerika | 0.1 |
| Südamerika | - | Südamerika | - | Südamerika | 0.3 |
| Naher Osten | - | Naher Osten | - | Naher Osten | 5.9 |
| Süd- und Zentralasien | - | Süd- und Zentralasien | - | Süd- und Zentralasien | 5.3 |
| Ostasien | - | Ostasien | - | Ostasien | 0.1 |
| Ozeanien | - | Ozeanien | - | Ozeanien | - |
| Bilateral insgesamt | - | Bilateral insgesamt | - | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Irland | | | | | |
| 1979-1980 | | 1989-1990 | | 1999-2000 | |
| Lesotho | 9.4 | Tansania | 6.9 | Äthiopien | 8.0 |
| Tansania | 2.1 | Lesotho | 6.2 | Tansania | 6.0 |
| Sambia | 1.9 | Sambia | 5.9 | Uganda | 5.2 |
| Sudan | 1.3 | Sudan | 2.3 | Mosambik | 5.2 |
| Swasiland | 0.5 | Äthiopien | 0.9 | Sambia | 3.4 |
| Kenia | 0.4 | Simbabwe | 0.9 | Lesotho | 3.3 |
| Burundi | 0.2 | Kenia | 0.8 | Südafrika | 1.6 |
| Liberia | 0.2 | Jordanien | 0.3 | Ehem. jugoslaw. Teilrepubliken (unaufg.) | 1.3 |
| Ruanda | 0.2 | Burundi | 0.2 | Kenia | 1.2 |
| Bangladesch | 0.2 | Bangladesch | 0.2 | Ruanda | 0.9 |
| Kolumbien | 0.1 | Ruanda | 0.2 | Angola | 0.7 |
| Gambia | 0.1 | Iran | 0.2 | Simbabwe | 0.7 |
| Mauritius | 0.1 | Nigeria | 0.2 | Palästinensische Autonomiegebiete | 0.6 |
| Nigeria | 0.1 | Uganda | 0.2 | Honduras | 0.6 |
| Sierra Leone | 0.1 | Swasiland | 0.1 | Osttimor | 0.5 |
| Insgesamt | 17.0 | Insgesamt | 25.6 | Insgesamt | 39.3 |
| ODA an multilaterale Stellen | 67.7 | ODA an multilaterale Stellen | 60.3 | ODA an multilaterale Stellen | 36.8 |
| Unaufgeschlüsselt | 14.7 | Unaufgeschlüsselt | 12.8 | Unaufgeschlüsselt | 14.4 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 30 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 53 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 240 |
| LLDC | 90.1 | LLDC | 88.7 | LLDC | 76.3 |
| Sonstige LIC | 3.8 | Sonstige LIC | 7.5 | Sonstige LIC | 10.1 |
| LMIC | 4.8 | LMIC | 3.6 | LMIC | 11.7 |
| UMIC | 1.3 | UMIC | 0.2 | UMIC | 2.0 |
| HIC | - | HIC | - | HIC | - |
| MADCT | - | MADCT | - | MADCT | - |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | - | Europa | - | Europa | 8.4 |
| Nördlich der Sahara | - | Nördlich der Sahara | - | Nördlich der Sahara | 0.1 |
| Südlich der Sahara | 95.2 | Südlich der Sahara | 95.0 | Südlich der Sahara | 79.3 |
| Nord- und Mittelamerika | 0.3 | Nord- und Mittelamerika | 0.1 | Nord- und Mittelamerika | 2.6 |
| Südamerika | 1.9 | Südamerika | 0.9 | Südamerika | 1.9 |
| Naher Osten | 0.6 | Naher Osten | 1.9 | Naher Osten | 1.7 |
| Süd- und Zentralasien | 1.3 | Süd- und Zentralasien | 1.6 | Süd- und Zentralasien | 2.5 |
| Ostasien | 0.6 | Ostasien | 0.4 | Ostasien | 3.4 |
| Ozeanien | 0.1 | Ozeanien | 0.1 | Ozeanien | 0.1 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |

Tabelle 32 (Forts.) HAUPTMPFÄNGER DER ODA-LEISTUNGEN DER EINZELNEN DAC-MITGLIEDER

| <i>Bruttoauszahlungen</i> | | Italien | | <i>Prozentuale Anteile an der gesamten ODA</i> | |
|--|--------------|-------------------------------|---------------|--|---------------|
| 1979-1980 | | 1989-1990 | | 1999-2000 | |
| Somalia | 3.4 | Äthiopien | 4.5 | Albanien | 2.6 |
| Äthiopien | 1.3 | Somalia | 4.0 | Uganda | 2.5 |
| Indonesien | 1.1 | Argentinien | 2.7 | Republik Kongo | 2.3 |
| Libyen | 0.8 | Mosambik | 2.6 | Bosnien-Herzegowina | 2.1 |
| Mosambik | 0.5 | Demokratische Republik Kongo | 2.6 | Eritrea | 1.4 |
| Ägypten | 0.5 | Tansania | 2.5 | Äthiopien | 1.2 |
| Ehem. jugoslaw. Teilrepubliken (unaufg.) | 0.4 | China | 2.4 | Malta | 1.2 |
| Marokko | 0.4 | Peru | 2.2 | Ägypten | 1.1 |
| Brasilien | 0.3 | Ägypten | 2.1 | Tansania | 1.0 |
| Thailand | 0.3 | Senegal | 1.7 | Argentinien | 1.0 |
| Algerien | 0.3 | Tunesien | 1.6 | Angola | 0.9 |
| Tansania | 0.3 | Kenia | 1.5 | Palästinensische Autonomiegebiete | 0.8 |
| Simbabwe | 0.3 | Indien | 1.3 | China | 0.8 |
| Pakistan | 0.2 | Kamerun | 1.0 | Senegal | 0.8 |
| Nicaragua | 0.2 | Sudan | 1.0 | Kamerun | 0.8 |
| Insgesamt | 10.1 | Insgesamt | 33.6 | Insgesamt | 20.5 |
| ODA an multilaterale Stellen | 81.8 | ODA an multilaterale Stellen | 37.4 | ODA an multilaterale Stellen | 65.4 |
| Unaufgeschlüsselt | 4.5 | Unaufgeschlüsselt | 9.0 | Unaufgeschlüsselt | 2.4 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 520 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 3 615 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 1 799 |
| LLDC | 48.1 | LLDC | 46.3 | LLDC | 34.8 |
| Sonstige LIC | 17.2 | Sonstige LIC | 21.3 | Sonstige LIC | 21.2 |
| LMIC | 20.4 | LMIC | 22.1 | LMIC | 33.9 |
| UMIC | 7.3 | UMIC | 9.5 | UMIC | 6.0 |
| HIC | 1.0 | HIC | 0.1 | HIC | 4.0 |
| MADCT | 6.0 | MADCT | 0.7 | MADCT | 0.1 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | 5.2 | Europa | 3.3 | Europa | 22.3 |
| Nördlich der Sahara | 13.9 | Nördlich der Sahara | 8.5 | Nördlich der Sahara | 7.0 |
| Südlich der Sahara | 54.0 | Südlich der Sahara | 56.1 | Südlich der Sahara | 47.8 |
| Nord- und Mittelamerika | 4.7 | Nord- und Mittelamerika | 5.3 | Nord- und Mittelamerika | 4.8 |
| Südamerika | 6.1 | Südamerika | 14.4 | Südamerika | 7.4 |
| Naher Osten | 2.7 | Naher Osten | 2.0 | Naher Osten | 5.2 |
| Süd- und Zentralasien | 3.1 | Süd- und Zentralasien | 4.4 | Süd- und Zentralasien | 1.7 |
| Ostasien | 10.4 | Ostasien | 6.0 | Ostasien | 3.8 |
| Ozeanien | - | Ozeanien | - | Ozeanien | 0.0 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Japan | | | | | |
| 1979-1980 | | 1989-1990 | | 1999-2000 | |
| Indonesien | 10.8 | Indonesien | 12.4 | Indonesien | 9.7 |
| Bangladesch | 6.4 | China | 7.7 | China | 8.0 |
| Thailand | 5.8 | Philippinen | 5.9 | Thailand | 6.2 |
| Myanmar | 5.2 | Thailand | 5.2 | Vietnam | 4.7 |
| Pakistan | 4.8 | Bangladesch | 4.1 | Indien | 4.5 |
| Ägypten | 3.9 | Malaysia | 3.2 | Philippinen | 4.3 |
| Korea | 3.4 | Indien | 2.6 | Bangladesch | 2.0 |
| Philippinen | 3.2 | Pakistan | 2.3 | Sri Lanka | 1.3 |
| Indien | 3.0 | Korea | 2.3 | Pakistan | 1.3 |
| Malaysia | 2.5 | Türkei | 2.1 | Brasilien | 1.2 |
| Sri Lanka | 1.4 | Sri Lanka | 1.9 | Peru | 1.1 |
| Demokratische Republik Kongo | 1.0 | Ägypten | 1.4 | Malaysia | 1.0 |
| Kenia | 1.0 | Nigeria | 1.3 | Tansania | 0.9 |
| Tansania | 1.0 | Kenia | 1.2 | Syrien | 0.9 |
| Peru | 0.8 | Brasilien | 1.1 | Türkei | 0.8 |
| Insgesamt | 54.0 | Insgesamt | 54.5 | Insgesamt | 48.0 |
| ODA an multilaterale Stellen | 31.3 | ODA an multilaterale Stellen | 21.8 | ODA an multilaterale Stellen | 24.8 |
| Unaufgeschlüsselt | 2.7 | Unaufgeschlüsselt | 5.4 | Unaufgeschlüsselt | 8.6 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 3 307 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 10 269 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 17 300 |
| LLDC | 27.8 | LLDC | 15.9 | LLDC | 12.4 |
| Sonstige LIC | 31.8 | Sonstige LIC | 41.7 | Sonstige LIC | 48.7 |
| LMIC | 28.1 | LMIC | 28.4 | LMIC | 32.0 |
| UMIC | 6.7 | UMIC | 10.3 | UMIC | 6.4 |
| HIC | 0.0 | HIC | 0.0 | HIC | 0.0 |
| MADCT | 5.6 | MADCT | 3.6 | MADCT | 0.5 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | 0.4 | Europa | 3.0 | Europa | 2.1 |
| Nördlich der Sahara | 6.5 | Nördlich der Sahara | 3.3 | Nördlich der Sahara | 2.6 |
| Südlich der Sahara | 10.4 | Südlich der Sahara | 13.5 | Südlich der Sahara | 9.3 |
| Nord- und Mittelamerika | 1.4 | Nord- und Mittelamerika | 2.7 | Nord- und Mittelamerika | 3.5 |
| Südamerika | 5.6 | Südamerika | 5.5 | Südamerika | 6.0 |
| Naher Osten | 1.7 | Naher Osten | 2.6 | Naher Osten | 3.8 |
| Süd- und Zentralasien | 32.6 | Süd- und Zentralasien | 16.9 | Süd- und Zentralasien | 17.4 |
| Ostasien | 40.6 | Ostasien | 51.1 | Ostasien | 54.0 |
| Ozeanien | 0.7 | Ozeanien | 1.3 | Ozeanien | 1.4 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |

Tabelle 32 (Forts.) HAUPTTEMPFÄNGER DER ODA-LEISTUNGEN DER EINZELNEN DAC-MITGLIEDER

| Bruttoauszahlungen | Luxemburg | | Prozentuale Anteile an der gesamten ODA | | |
|-------------------------------|--------------|-------------------------------|---|-------------------------------|--------------|
| | 1979-1980 | 1989-1990 | 1999-2000 | | |
| | | Senegal | 7.5 | Nicaragua | 7.0 |
| | | Gambia | 3.3 | Kap Verde | 6.5 |
| | | Ruanda | 3.3 | Bundesrepublik Jugoslawien | 6.1 |
| | | Chile | 2.9 | El Salvador | 4.5 |
| | | Burundi | 2.9 | Burkina Faso | 4.0 |
| | | Ägypten | 1.9 | Namibia | 3.3 |
| | | Kap Verde | 1.9 | Vietnam | 3.3 |
| | | Kolumbien | 1.7 | Senegal | 2.9 |
| | | Jordanien | 1.5 | Indien | 2.5 |
| | | Burkina Faso | 1.4 | Mali | 2.3 |
| | | Indien | 1.3 | Niger | 2.3 |
| | | Demokratische Republik Kongo | 1.3 | Laos | 2.0 |
| | | Türkei | 1.2 | Tunesien | 1.8 |
| | | Angola | 1.2 | Ruanda | 1.7 |
| | | Niger | 1.2 | Albanien | 1.4 |
| | | Insgesamt | 34.2 | Insgesamt | 51.4 |
| ODA an multilaterale Stellen | - | ODA an multilaterale Stellen | 41.3 | ODA an multilaterale Stellen | 25.9 |
| Unaufgeschlüsselt | - | Unaufgeschlüsselt | 7.4 | Unaufgeschlüsselt | 5.3 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | - | Gesamte ODA in Mio. \$ | 13 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 122 |
| LLDC | - | LLDC | 45.7 | LLDC | 36.3 |
| Sonstige LIC | - | Sonstige LIC | 21.4 | Sonstige LIC | 25.0 |
| LMIC | - | LMIC | 20.1 | LMIC | 32.9 |
| UMIC | - | UMIC | 12.5 | UMIC | 5.8 |
| HIC | - | HIC | - | HIC | - |
| MADCT | - | MADCT | 0.2 | MADCT | - |
| Bilateral insgesamt | - | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | - | Europa | 2.3 | Europa | 13.5 |
| Nördlich der Sahara | - | Nördlich der Sahara | 5.5 | Nördlich der Sahara | 4.2 |
| Südlich der Sahara | - | Südlich der Sahara | 56.6 | Südlich der Sahara | 44.3 |
| Nord- und Mittelamerika | - | Nord- und Mittelamerika | 1.0 | Nord- und Mittelamerika | 17.5 |
| Südamerika | - | Südamerika | 15.6 | Südamerika | 4.9 |
| Naher Osten | - | Naher Osten | 6.7 | Naher Osten | 1.5 |
| Süd- und Zentralasien | - | Süd- und Zentralasien | 8.0 | Süd- und Zentralasien | 4.9 |
| Ostasien | - | Ostasien | 4.3 | Ostasien | 9.2 |
| Ozeanien | - | Ozeanien | - | Ozeanien | - |
| Bilateral insgesamt | - | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Niederlande | | | | | |
| | 1979-1980 | 1989-1999 | | 1999-2000 | |
| Suriname | 7.9 | Indonesien | 8.5 | Indonesien | 3.3 |
| Indien | 7.7 | Indien | 6.4 | Tansania | 2.3 |
| Indonesien | 5.3 | Tansania | 3.4 | Bundesrepublik Jugoslawien | 2.1 |
| Tansania | 5.2 | Bangladesch | 2.8 | Niederländische Antillen | 1.9 |
| Niederländische Antillen | 4.5 | Kenia | 2.6 | Bosnien-Herzegowina | 1.8 |
| Bangladesch | 3.3 | Niederländische Antillen | 2.5 | Mosambik | 1.6 |
| Kenia | 2.3 | Sudan | 2.4 | Indien | 1.3 |
| Sudan | 2.1 | Mosambik | 2.3 | China | 1.1 |
| Peru | 2.0 | Suriname | 1.8 | Uganda | 1.1 |
| Jamaika | 1.9 | Sambia | 1.7 | Bangladesch | 1.0 |
| Pakistan | 1.8 | Pakistan | 1.5 | Mali | 1.0 |
| Burkina Faso | 1.4 | Ägypten | 1.5 | Jemen | 1.0 |
| Sri Lanka | 1.3 | Bolivien | 1.4 | Sambia | 1.0 |
| Sambia | 1.3 | Burkina Faso | 1.3 | Bolivien | 0.9 |
| Jemen | 1.1 | Mali | 1.3 | Äthiopien | 0.9 |
| Insgesamt | 48.9 | Insgesamt | 41.2 | Insgesamt | 22.4 |
| ODA an multilaterale Stellen | 25.8 | ODA an multilaterale Stellen | 26.0 | ODA an multilaterale Stellen | 28.4 |
| Unaufgeschlüsselt | 9.8 | Unaufgeschlüsselt | 9.1 | Unaufgeschlüsselt | 32.8 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 1 637 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 2 479 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 3 279 |
| LLDC | 32.9 | LLDC | 33.7 | LLDC | 38.5 |
| Sonstige LIC | 30.5 | Sonstige LIC | 38.7 | Sonstige LIC | 27.8 |
| LMIC | 26.7 | LMIC | 18.8 | LMIC | 28.0 |
| UMIC | 2.5 | UMIC | 2.8 | UMIC | 0.7 |
| HIC | 0.0 | HIC | - | HIC | - |
| MADCT | 7.3 | MADCT | 5.9 | MADCT | 5.0 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | 1.0 | Europa | 0.4 | Europa | 13.3 |
| Nördlich der Sahara | 2.5 | Nördlich der Sahara | 2.7 | Nördlich der Sahara | 1.9 |
| Südlich der Sahara | 31.1 | Südlich der Sahara | 36.2 | Südlich der Sahara | 39.2 |
| Nord- und Mittelamerika | 13.0 | Nord- und Mittelamerika | 12.3 | Nord- und Mittelamerika | 10.1 |
| Südamerika | 18.0 | Südamerika | 9.8 | Südamerika | 6.5 |
| Naher Osten | 1.9 | Naher Osten | 2.6 | Naher Osten | 4.1 |
| Süd- und Zentralasien | 22.0 | Süd- und Zentralasien | 18.5 | Süd- und Zentralasien | 10.8 |
| Ostasien | 10.5 | Ostasien | 17.3 | Ostasien | 14.1 |
| Ozeanien | 0.2 | Ozeanien | 0.2 | Ozeanien | 0.1 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |

Tabelle 32 (Forts.) HAUPTTEMPFÄNGER DER ODA-LEISTUNGEN DER EINZELNEN DAC-MITGLIEDER

| Bruttoauszahlungen | Neuseeland | | Prozentuale Anteile an der gesamten ODA | | |
|-------------------------------|--------------|-------------------------------|---|-----------------------------------|--------------|
| | 1979-1980 | 1989-1990 | 1989-1990 | 1999-2000 | |
| Cookinseln | 11.8 | Cookinseln | 10.0 | Papua-Neuguinea | 6.2 |
| Fidschi | 8.1 | Niue | 6.3 | Salomonen | 4.1 |
| Samoa | 6.9 | Samoa | 5.1 | Samoa | 4.0 |
| Niue | 5.5 | Fidschi | 4.9 | Vanuatu | 3.3 |
| Indonesien | 4.1 | Tokelau | 4.8 | Tonga | 3.2 |
| Tonga | 4.0 | Tonga | 3.5 | Tokelau | 3.2 |
| Papua-Neuguinea | 3.2 | Papua-Neuguinea | 3.3 | Fidschi | 2.8 |
| Thailand | 2.7 | Indonesien | 2.9 | Indonesien | 2.8 |
| Tokelau | 2.5 | Salomonen | 2.3 | Niue | 2.3 |
| Philippinen | 2.0 | Malaysia | 1.9 | Cookinseln | 2.1 |
| Tansania | 1.3 | Kiribati | 1.8 | Vietnam | 1.6 |
| Malaysia | 1.1 | Vanuatu | 1.8 | Philippinen | 1.6 |
| Salomonen | 1.0 | Philippinen | 1.6 | Kiribati | 1.6 |
| Nepal | 0.7 | Thailand | 1.2 | Osttimor | 1.2 |
| Jamaika | 0.5 | Tuvalu | 1.2 | China | 1.1 |
| Insgesamt | 55.2 | Insgesamt | 52.7 | Insgesamt | 41.1 |
| ODA an multilaterale Stellen | 24.3 | ODA an multilaterale Stellen | 13.7 | ODA an multilaterale Stellen | 24.6 |
| Unaufgeschlüsselt | 17.1 | Unaufgeschlüsselt | 29.7 | Unaufgeschlüsselt | 21.0 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 72 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 91 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 123 |
| LLDC | 19.4 | LLDC | 22.6 | LLDC | 35.5 |
| Sonstige LIC | 8.1 | Sonstige LIC | 8.5 | Sonstige LIC | 16.7 |
| LMIC | 49.9 | LMIC | 45.8 | LMIC | 41.3 |
| UMIC | 22.0 | UMIC | 21.6 | UMIC | 6.1 |
| HIC | 0.0 | HIC | - | HIC | 0.0 |
| MADCT | 0.7 | MADCT | 1.6 | MADCT | 0.4 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | 0.0 | Europa | - | Europa | 0.6 |
| Nördlich der Sahara | 0.0 | Nördlich der Sahara | 0.0 | Nördlich der Sahara | 0.0 |
| Südlich der Sahara | 2.2 | Südlich der Sahara | 1.7 | Südlich der Sahara | 5.8 |
| Nord- und Mittelamerika | 0.9 | Nord- und Mittelamerika | 0.2 | Nord- und Mittelamerika | 0.8 |
| Südamerika | 0.8 | Südamerika | 0.4 | Südamerika | 1.2 |
| Naher Osten | - | Naher Osten | 0.0 | Naher Osten | 0.1 |
| Süd- und Zentralasien | 3.3 | Süd- und Zentralasien | 1.0 | Süd- und Zentralasien | 4.1 |
| Ostasien | 15.8 | Ostasien | 14.5 | Ostasien | 20.4 |
| Ozeanien | 77.1 | Ozeanien | 82.2 | Ozeanien | 66.9 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Norwegen | | | | | |
| | 1979-1980 | 1989-1990 | | 1999-2000 | |
| Tansania | 8.7 | Tansania | 7.5 | Bundesrepublik Jugoslawien | 6.3 |
| Bangladesch | 5.1 | Mosambik | 4.8 | Tansania | 3.2 |
| Indien | 4.9 | Sambia | 4.2 | Mosambik | 2.8 |
| Kenia | 4.4 | Bangladesch | 3.6 | Bosnien-Herzegowina | 2.4 |
| Pakistan | 3.3 | Nicaragua | 2.7 | Palästinensische Autonomiegebiete | 2.1 |
| Botsuana | 2.4 | Indien | 2.4 | Bangladesch | 2.0 |
| Türkei | 2.4 | Kenia | 2.3 | Sambia | 2.0 |
| Vietnam | 2.3 | Äthiopien | 2.2 | Äthiopien | 1.8 |
| Mosambik | 2.1 | Simbabwe | 1.9 | Uganda | 1.8 |
| Sambia | 2.1 | Botsuana | 1.9 | Angola | 1.4 |
| Sri Lanka | 2.1 | Sri Lanka | 1.7 | Irak | 1.4 |
| Madagaskar | 1.1 | Mali | 1.2 | Südafrika | 1.2 |
| Sudan | 1.1 | Pakistan | 1.1 | Somalia | 1.2 |
| Jamaika | 1.0 | Namibia | 0.9 | Nicaragua | 1.1 |
| Benin | 0.7 | Sudan | 0.8 | Sri Lanka | 1.1 |
| Insgesamt | 43.7 | Insgesamt | 39.2 | Insgesamt | 31.7 |
| ODA an multilaterale Stellen | 41.8 | ODA an multilaterale Stellen | 38.1 | ODA an multilaterale Stellen | 26.2 |
| Unaufgeschlüsselt | 7.8 | Unaufgeschlüsselt | 14.8 | Unaufgeschlüsselt | 21.3 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 458 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 1 066 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 1 322 |
| LLDC | 47.0 | LLDC | 60.5 | LLDC | 46.0 |
| Sonstige LIC | 34.2 | Sonstige LIC | 24.2 | Sonstige LIC | 13.4 |
| LMIC | 9.2 | LMIC | 9.8 | LMIC | 38.0 |
| UMIC | 9.6 | UMIC | 5.5 | UMIC | 2.6 |
| HIC | - | HIC | - | HIC | 0.0 |
| MADCT | 0.0 | MADCT | 0.0 | MADCT | - |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | 7.6 | Europa | 0.2 | Europa | 21.0 |
| Nördlich der Sahara | 0.4 | Nördlich der Sahara | 0.4 | Nördlich der Sahara | 0.3 |
| Südlich der Sahara | 50.8 | Südlich der Sahara | 64.7 | Südlich der Sahara | 42.8 |
| Nord- und Mittelamerika | 2.7 | Nord- und Mittelamerika | 8.8 | Nord- und Mittelamerika | 5.6 |
| Südamerika | 0.4 | Südamerika | 1.7 | Südamerika | 2.7 |
| Naher Osten | 0.2 | Naher Osten | 0.4 | Naher Osten | 8.5 |
| Süd- und Zentralasien | 30.5 | Süd- und Zentralasien | 20.6 | Süd- und Zentralasien | 11.9 |
| Ostasien | 7.0 | Ostasien | 3.1 | Ostasien | 7.1 |
| Ozeanien | 0.5 | Ozeanien | 0.0 | Ozeanien | 0.0 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |

Tabelle 32 (Forts.) HAUPTTEMPFÄNGER DER ODA-LEISTUNGEN DER EINZELNEN DAC-MITGLIEDER

| Bruttoauszahlungen | Portugal | | Prozentuale Anteile an der gesamten ODA | |
|-------------------------------|---------------------------------|--------------|---|--------------|
| | 1979-1980 | 1989-1990 | 1999-2000 | |
| | Mosambik | 29.9 | Mosambik | 40.0 |
| | Sao Tomé und Príncipe | 10.9 | Osttimor | 15.5 |
| | Kap Verde | 10.4 | Kap Verde | 5.7 |
| | Guinea-Bissau | 9.8 | Angola | 4.3 |
| | Angola | 8.0 | Guinea-Bissau | 3.8 |
| | | | Sao Tomé und Príncipe | 3.1 |
| | | | Mazedonien | 0.5 |
| | | | Bosnien-Herzegowina | 0.3 |
| | | | Palästinensische Autonomiegebiete | 0.2 |
| | | | Brasilien | 0.2 |
| | | | Libanon | 0.1 |
| | | | China | 0.1 |
| | | | Simbabwe | 0.0 |
| | | | Südafrika | 0.0 |
| | | | Zentralafrikanische Republik | 0.0 |
| | Insgesamt | 69.1 | Insgesamt | 73.6 |
| ODA an multilaterale Stellen | - ODA an multilaterale Stellen | 27.2 | ODA an multilaterale Stellen | 20.9 |
| Unaufgeschlüsselt | - Unaufgeschlüsselt | 3.8 | Unaufgeschlüsselt | 5.3 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | - Gesamte ODA in Mio. \$ | 131 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 384 |
| LLDC | - LLDC | 100.0 | LLDC | 77.1 |
| Sonstige LIC | - Sonstige LIC | - | Sonstige LIC | 21.2 |
| LMIC | - LMIC | - | LMIC | 1.4 |
| UMIC | - UMIC | - | UMIC | 0.3 |
| HIC | - HIC | - | HIC | 0.0 |
| MADCT | - MADCT | - | MADCT | 0.0 |
| Bilateral insgesamt | - Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | - Europa | - | Europa | 1.0 |
| Nördlich der Sahara | - Nördlich der Sahara | - | Nördlich der Sahara | 0.1 |
| Südlich der Sahara | - Südlich der Sahara | 100.0 | Südlich der Sahara | 78.1 |
| Nord- und Mittelamerika | - Nord- und Mittelamerika | - | Nord- und Mittelamerika | 0.0 |
| Südamerika | - Südamerika | - | Südamerika | 0.3 |
| Naher Osten | - Naher Osten | - | Naher Osten | 0.3 |
| Süd- und Zentralasien | - Süd- und Zentralasien | - | Süd- und Zentralasien | 0.1 |
| Ostasien | - Ostasien | - | Ostasien | 20.1 |
| Ozeanien | - Ozeanien | - | Ozeanien | - |
| Bilateral insgesamt | - Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| | Spanien | | | |
| | 1979-1980 | 1989-1990 | 1999-2000 | |
| | China | 6.2 | China | 3.0 |
| | Algerien | 3.3 | Honduras | 2.9 |
| | Kuba | 3.3 | Indonesien | 2.9 |
| | Marokko | 3.1 | Marokko | 2.8 |
| | Venezuela | 3.1 | Bosnien-Herzegowina | 2.3 |
| | Indien | 2.7 | Peru | 2.2 |
| | Äquatorialguinea | 2.5 | Angola | 1.9 |
| | Nicaragua | 2.2 | Dominikanische Republik | 1.8 |
| | Mexiko | 2.1 | Bolivien | 1.8 |
| | Bolivien | 1.6 | Mosambik | 1.8 |
| | Indonesien | 1.5 | Ecuador | 1.7 |
| | Angola | 1.5 | Venezuela | 1.6 |
| | Mosambik | 1.3 | El Salvador | 1.5 |
| | Kamerun | 1.1 | Nicaragua | 1.5 |
| | Honduras | 1.1 | Bundesrepublik Jugoslawien | 1.4 |
| | - Insgesamt | 36.5 | Insgesamt | 31.1 |
| ODA an multilaterale Stellen | - ODA an multilaterale Stellen | 39.8 | ODA an multilaterale Stellen | 36.4 |
| Unaufgeschlüsselt | - Unaufgeschlüsselt | 11.9 | Unaufgeschlüsselt | 14.2 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | - Gesamte ODA in Mio. \$ | 786 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 1 385 |
| LLDC | - LLDC | 19.5 | LLDC | 11.7 |
| Sonstige LIC | - Sonstige LIC | 32.9 | Sonstige LIC | 29.2 |
| LMIC | - LMIC | 31.4 | LMIC | 51.8 |
| UMIC | - UMIC | 16.1 | UMIC | 7.3 |
| HIC | - HIC | 0.0 | HIC | 0.0 |
| MADCT | - MADCT | 0.1 | MADCT | 0.0 |
| Bilateral insgesamt | - Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | - Europa | 0.4 | Europa | 10.3 |
| Nördlich der Sahara | - Nördlich der Sahara | 13.9 | Nördlich der Sahara | 9.1 |
| Südlich der Sahara | - Südlich der Sahara | 24.3 | Südlich der Sahara | 18.7 |
| Nord- und Mittelamerika | - Nord- und Mittelamerika | 20.4 | Nord- und Mittelamerika | 27.2 |
| Südamerika | - Südamerika | 17.4 | Südamerika | 17.7 |
| Naher Osten | - Naher Osten | 1.5 | Naher Osten | 3.2 |
| Süd- und Zentralasien | - Süd- und Zentralasien | 5.6 | Süd- und Zentralasien | 0.8 |
| Ostasien | - Ostasien | 16.5 | Ostasien | 13.0 |
| Ozeanien | - Ozeanien | - | Ozeanien | - |
| Bilateral insgesamt | - Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |

Tabelle 32 (Forts.) HAUPTEMPFÄNGER DER ODA-LEISTUNGEN DER EINZELNEN DAC-MITGLIEDER

| Bruttoauszahlungen | Schweden | | Prozentuale Anteile an der gesamten ODA | | |
|-------------------------------|--------------|-------------------------------|---|--|--------------|
| | 1979-1980 | 1989-1990 | 1989-1990 | 1999-2000 | |
| Tansania | 8.8 | Indien | 6.9 | Tansania | 3.2 |
| Vietnam | 8.0 | Tansania | 6.3 | Mosambik | 2.8 |
| Indien | 7.3 | Mosambik | 6.2 | Südafrika | 2.1 |
| Mosambik | 3.9 | Nicaragua | 2.5 | Honduras | 2.1 |
| Bangladesch | 3.4 | Vietnam | 2.3 | Vietnam | 2.1 |
| Sri Lanka | 3.0 | Äthiopien | 2.1 | Nicaragua | 1.9 |
| Sambia | 2.8 | Angola | 2.0 | Palästinensische Autonomiegebiete | 1.7 |
| Kenia | 2.7 | China | 2.0 | Bangladesch | 1.7 |
| Äthiopien | 2.6 | Sambia | 1.9 | Bosnien-Herzegowina | 1.6 |
| Angola | 1.8 | Kenia | 1.6 | Bundesrepublik Jugoslawien | 1.6 |
| Botsuana | 1.4 | Simbabwe | 1.5 | Uganda | 1.3 |
| Guinea-Bissau | 1.3 | Bangladesch | 1.3 | Äthiopien | 1.2 |
| Laos | 1.3 | Botsuana | 1.1 | Angola | 1.0 |
| Pakistan | 1.1 | Afghanistan | 0.9 | Sambia | 1.0 |
| Nicaragua | 0.8 | Uganda | 0.8 | Simbabwe | 1.0 |
| Insgesamt | 50.3 | Insgesamt | 39.4 | Insgesamt | 26.1 |
| ODA an multilaterale Stellen | 30.0 | ODA an multilaterale Stellen | 30.3 | ODA an multilaterale Stellen | 30.4 |
| Unaufgeschlüsselt | 13.0 | Unaufgeschlüsselt | 22.4 | Unaufgeschlüsselt | 26.4 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 976 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 1 905 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 1 715 |
| LLDC | 51.1 | LLDC | 51.7 | LLDC | 42.0 |
| Sonstige LIC | 36.2 | Sonstige LIC | 36.7 | Sonstige LIC | 24.1 |
| LMIC | 8.9 | LMIC | 7.2 | LMIC | 32.0 |
| UMIC | 3.8 | UMIC | 4.1 | UMIC | 1.8 |
| HIC | - | HIC | - | HIC | 0.0 |
| MADCT | - | MADCT | 0.3 | MADCT | 0.0 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | 2.2 | Europa | 0.1 | Europa | 9.8 |
| Nördlich der Sahara | 1.7 | Nördlich der Sahara | 2.7 | Nördlich der Sahara | 0.6 |
| Südlich der Sahara | 49.9 | Südlich der Sahara | 56.1 | Südlich der Sahara | 43.7 |
| Nord- und Mittelamerika | 2.8 | Nord- und Mittelamerika | 6.4 | Nord- und Mittelamerika | 14.7 |
| Südamerika | 0.3 | Südamerika | 2.2 | Südamerika | 4.4 |
| Naher Osten | 0.1 | Naher Osten | 1.8 | Naher Osten | 5.5 |
| Süd- und Zentralasien | 25.8 | Süd- und Zentralasien | 19.4 | Süd- und Zentralasien | 10.1 |
| Ostasien | 17.1 | Ostasien | 11.1 | Ostasien | 11.3 |
| Ozeanien | - | Ozeanien | 0.2 | Ozeanien | 0.0 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Schweiz | | | | | |
| | 1979-1980 | 1989-1990 | | 1999-2000 | |
| Indien | 7.7 | Madagaskar | 3.5 | Bundesrepublik Jugoslawien | 5.6 |
| Tansania | 3.7 | Tansania | 3.2 | Mosambik | 2.3 |
| Bangladesch | 3.0 | Indonesien | 3.1 | Indien | 2.0 |
| Nepal | 2.9 | Nepal | 2.7 | Tansania | 1.8 |
| Ruanda | 2.0 | Mosambik | 2.6 | Bangladesch | 1.7 |
| Madagaskar | 1.8 | Indien | 2.5 | Bosnien-Herzegowina | 1.6 |
| Bolivien | 1.4 | Bolivien | 2.3 | Burkina Faso | 1.4 |
| Mali | 1.3 | Senegal | 1.8 | Nepal | 1.3 |
| Indonesien | 1.2 | Mali | 1.7 | Albanien | 1.3 |
| Peru | 1.1 | Bangladesch | 1.5 | Bolivien | 1.2 |
| Senegal | 1.0 | Ruanda | 1.5 | Ehem. jugoslaw. Teilrepubliken (unaufg.) | 1.2 |
| Kambodscha | 1.0 | Benin | 1.4 | Vietnam | 1.1 |
| Honduras | 1.0 | Peru | 1.3 | Honduras | 1.0 |
| Thailand | 0.9 | China | 1.2 | Ägypten | 1.0 |
| Kenia | 0.8 | Pakistan | 1.2 | Pakistan | 0.9 |
| Insgesamt | 30.8 | Insgesamt | 31.5 | Insgesamt | 25.4 |
| ODA an multilaterale Stellen | 37.1 | ODA an multilaterale Stellen | 25.4 | ODA an multilaterale Stellen | 27.5 |
| Unaufgeschlüsselt | 17.1 | Unaufgeschlüsselt | 19.8 | Unaufgeschlüsselt | 24.8 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 234 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 655 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 931 |
| LLDC | 49.8 | LLDC | 53.6 | LLDC | 38.0 |
| Sonstige LIC | 30.6 | Sonstige LIC | 26.7 | Sonstige LIC | 20.6 |
| LMIC | 16.3 | LMIC | 16.2 | LMIC | 38.8 |
| UMIC | 2.7 | UMIC | 2.8 | UMIC | 2.6 |
| HIC | 0.0 | HIC | 0.0 | HIC | 0.0 |
| MADCT | 0.6 | MADCT | 0.6 | MADCT | 0.0 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | 1.9 | Europa | 0.7 | Europa | 23.2 |
| Nördlich der Sahara | 1.6 | Nördlich der Sahara | 1.0 | Nördlich der Sahara | 2.6 |
| Südlich der Sahara | 39.5 | Südlich der Sahara | 49.3 | Südlich der Sahara | 32.9 |
| Nord- und Mittelamerika | 5.5 | Nord- und Mittelamerika | 6.4 | Nord- und Mittelamerika | 7.5 |
| Südamerika | 9.1 | Südamerika | 9.8 | Südamerika | 6.8 |
| Naher Osten | 3.2 | Naher Osten | 3.7 | Naher Osten | 3.0 |
| Süd- und Zentralasien | 31.8 | Süd- und Zentralasien | 17.1 | Süd- und Zentralasien | 17.5 |
| Ostasien | 7.4 | Ostasien | 11.6 | Ostasien | 6.5 |
| Ozeanien | 0.0 | Ozeanien | 0.5 | Ozeanien | 0.0 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |

Tabelle 32 (Forts.) HAUPTMPFÄNGER DER ODA-LEISTUNGEN DER EINZELNEN DAC-MITGLIEDER

| Bruttoauszahlungen | Vereinigtes Königreich | | Prozentuale Anteile an der gesamten ODA | | |
|-------------------------------|------------------------|-------------------------------|---|--|---------------|
| | 1979-1980 | 1989-1990 | 1989-1990 | 1999-2000 | |
| Indien | 11.9 | Indien | 5.0 | Indien | 4.3 |
| Bangladesch | 5.1 | Bangladesch | 3.4 | Uganda | 3.9 |
| Tansania | 2.8 | Kenia | 2.8 | Tansania | 3.0 |
| Pakistan | 2.5 | Nigeria | 2.3 | Bangladesch | 2.6 |
| Kenia | 2.5 | Malawi | 2.0 | Sambia | 2.3 |
| Sri Lanka | 2.4 | Pakistan | 2.0 | Malawi | 2.2 |
| Sambia | 2.4 | Ghana | 1.9 | Ghana | 2.2 |
| Simbabwe | 2.1 | Tansania | 1.7 | China | 1.8 |
| Sudan | 1.8 | Sudan | 1.6 | Mosambik | 1.7 |
| Malawi | 1.5 | Mosambik | 1.5 | Kenia | 1.6 |
| Ägypten | 1.5 | Uganda | 1.4 | Ehem. jugoslaw. Teilrepubliken (unaufg.) | 1.6 |
| Ghana | 1.4 | Sambia | 1.3 | Südafrika | 1.4 |
| Indonesien | 1.0 | St. Helena | 1.3 | Sierra Leone | 1.1 |
| Jordanien | 0.9 | China | 1.1 | Indonesien | 1.0 |
| Nepal | 0.9 | Sri Lanka | 1.0 | Ruanda | 1.0 |
| Insgesamt | 40.7 | Insgesamt | 30.4 | Insgesamt | 31.7 |
| ODA an multilaterale Stellen | 33.4 | ODA an multilaterale Stellen | 41.6 | ODA an multilaterale Stellen | 37.2 |
| Unaufgeschlüsselt | 9.3 | Unaufgeschlüsselt | 12.7 | Unaufgeschlüsselt | 16.0 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 2 200 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 2 755 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 3 993 |
| LLDC | 35.8 | LLDC | 39.0 | LLDC | 43.4 |
| Sonstige LIC | 39.9 | Sonstige LIC | 37.7 | Sonstige LIC | 30.1 |
| LMIC | 15.5 | LMIC | 12.8 | LMIC | 20.8 |
| UMIC | 7.3 | UMIC | 9.6 | UMIC | 5.5 |
| HIC | 0.0 | HIC | 0.0 | HIC | 0.0 |
| MADCT | 1.5 | MADCT | 1.0 | MADCT | 0.1 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | 1.7 | Europa | 0.5 | Europa | 6.8 |
| Nördlich der Sahara | 2.7 | Nördlich der Sahara | 2.2 | Nördlich der Sahara | 0.3 |
| Südlich der Sahara | 36.3 | Südlich der Sahara | 50.4 | Südlich der Sahara | 50.3 |
| Nord- und Mittelamerika | 4.8 | Nord- und Mittelamerika | 5.1 | Nord- und Mittelamerika | 8.5 |
| Südamerika | 2.0 | Südamerika | 2.7 | Südamerika | 4.8 |
| Naher Osten | 2.4 | Naher Osten | 1.8 | Naher Osten | 2.0 |
| Süd- und Zentralasien | 40.8 | Süd- und Zentralasien | 26.9 | Süd- und Zentralasien | 18.8 |
| Ostasien | 4.6 | Ostasien | 8.0 | Ostasien | 7.8 |
| Ozeanien | 4.8 | Ozeanien | 2.5 | Ozeanien | 0.6 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Vereinigte Staaten | | | | | |
| | 1979-1980 | 1989-1990 | 1989-1990 | 1999-2000 | |
| Israel | 15.5 | Ägypten | 16.5 | Ägypten | 7.6 |
| Ägypten | 11.8 | Israel | 12.1 | Indonesien | 1.9 |
| Türkei | 3.1 | Pakistan | 2.8 | Jordanien | 1.7 |
| Indien | 2.8 | El Salvador | 2.7 | Kolumbien | 1.6 |
| Indonesien | 2.7 | Philippinen | 2.2 | Bosnien-Herzegowina | 1.5 |
| Bangladesch | 2.6 | Honduras | 1.5 | Indien | 1.4 |
| Nördliche Marianen | 1.7 | Bangladesch | 1.5 | Peru | 1.3 |
| Pakistan | 1.0 | Indien | 1.3 | Bangladesch | 1.0 |
| Philippinen | 0.9 | Sudan | 1.2 | Bolivien | 1.0 |
| Nicaragua | 0.9 | Costa Rica | 1.2 | Äthiopien | 1.0 |
| Syrien | 0.8 | Guatemala | 1.2 | Honduras | 0.9 |
| Peru | 0.8 | Jamaika | 1.0 | Philippinen | 0.9 |
| Sri Lanka | 0.8 | Nördliche Marianen | 1.0 | Südafrika | 0.9 |
| Korea | 0.8 | Kenia | 1.0 | Mosambik | 0.9 |
| Bolivien | 0.8 | Indonesien | 0.9 | Haiti | 0.9 |
| Insgesamt | 47.0 | Insgesamt | 48.2 | Insgesamt | 24.6 |
| ODA an multilaterale Stellen | 26.5 | ODA an multilaterale Stellen | 18.7 | ODA an multilaterale Stellen | 23.3 |
| Unaufgeschlüsselt | 12.5 | Unaufgeschlüsselt | 17.1 | Unaufgeschlüsselt | 30.9 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 6 390 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 10 422 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 10 461 |
| LLDC | 15.5 | LLDC | 14.9 | LLDC | 21.8 |
| Sonstige LIC | 15.7 | Sonstige LIC | 14.9 | Sonstige LIC | 22.4 |
| LMIC | 32.2 | LMIC | 47.0 | LMIC | 53.6 |
| UMIC | 6.8 | UMIC | 2.4 | UMIC | 2.2 |
| HIC | - | HIC | - | HIC | - |
| MADCT | 29.9 | MADCT | 20.7 | MADCT | 0.0 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | 7.0 | Europa | 1.5 | Europa | 12.1 |
| Nördlich der Sahara | 20.0 | Nördlich der Sahara | 27.3 | Nördlich der Sahara | 14.6 |
| Südlich der Sahara | 12.8 | Südlich der Sahara | 14.2 | Südlich der Sahara | 18.4 |
| Nord- und Mittelamerika | 6.6 | Nord- und Mittelamerika | 15.8 | Nord- und Mittelamerika | 10.5 |
| Südamerika | 3.5 | Südamerika | 2.8 | Südamerika | 11.4 |
| Naher Osten | 27.9 | Naher Osten | 20.6 | Naher Osten | 7.5 |
| Süd- und Zentralasien | 12.0 | Süd- und Zentralasien | 10.6 | Süd- und Zentralasien | 14.6 |
| Ostasien | 7.4 | Ostasien | 5.4 | Ostasien | 7.9 |
| Ozeanien | 2.8 | Ozeanien | 1.9 | Ozeanien | 3.0 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |

Tabelle 32 (Forts.) HAUPTMPFÄNGER DER ODA-LEISTUNGEN DER EINZELNEN DAC-MITGLIEDER

| Bruttoauszahlungen | DAC-Mitglieder Insgesamt | | Prozentuale Anteile an der gesamten ODA | | |
|-------------------------------|--------------------------|-------------------------------|---|--|---------------|
| | 1979-1980 | 1989-1990 | 1989-1990 | 1999-2000 | |
| Ägypten | 4.3 | Ägypten | 4.5 | Indonesien | 4.0 |
| Israel | 4.1 | Indonesien | 3.9 | China | 3.4 |
| Indien | 4.0 | China | 2.9 | Ägypten | 2.3 |
| Bangladesch | 4.0 | Israel | 2.6 | Indien | 2.3 |
| Indonesien | 3.3 | Indien | 2.5 | Thailand | 1.9 |
| Türkei | 2.5 | Bangladesch | 2.0 | Vietnam | 1.9 |
| Tansania | 2.3 | Philippinen | 1.9 | Philippinen | 1.6 |
| Pakistan | 1.8 | Kenia | 1.7 | Bangladesch | 1.3 |
| Demokratische Republik Kongo | 1.2 | Pakistan | 1.6 | Mosambik | 1.2 |
| Thailand | 1.2 | Tansania | 1.5 | Tansania | 1.2 |
| Kenia | 1.1 | Thailand | 1.5 | Bundesrepublik Jugoslawien | 1.0 |
| Sudan | 1.1 | Türkei | 1.3 | Bosnien-Herzegowina | 1.0 |
| Papua-Neuguinea | 1.1 | Mosambik | 1.3 | Peru | 0.8 |
| Sri Lanka | 1.1 | Senegal | 1.2 | Pakistan | 0.8 |
| Myanmar | 1.0 | Demokratische Republik Kongo | 1.1 | Uganda | 0.8 |
| Insgesamt | 34.1 | Insgesamt | 31.5 | Insgesamt | 25.5 |
| ODA an multilaterale Stellen | 29.9 | ODA an multilaterale Stellen | 26.1 | ODA an multilaterale Stellen | 29.7 |
| Unaufgeschlüsselt | 9.5 | Unaufgeschlüsselt | 12.2 | Unaufgeschlüsselt | 16.9 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 26 282 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 54 929 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 61 537 |
| LLDC | 31.1 | LLDC | 27.3 | LLDC | 23.7 |
| Sonstige LIC | 24.2 | Sonstige LIC | 30.5 | Sonstige LIC | 34.6 |
| LMIC | 24.7 | LMIC | 26.9 | LMIC | 34.5 |
| UMIC | 8.2 | UMIC | 7.5 | UMIC | 5.6 |
| HIC | 0.0 | HIC | 0.0 | HIC | 0.1 |
| MADCT | 11.5 | MADCT | 7.5 | MADCT | 1.5 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | 5.4 | Europa | 2.8 | Europa | 7.7 |
| Nördlich der Sahara | 10.3 | Nördlich der Sahara | 10.1 | Nördlich der Sahara | 6.7 |
| Südlich der Sahara | 28.1 | Südlich der Sahara | 34.3 | Südlich der Sahara | 25.8 |
| Nord- und Mittelamerika | 4.2 | Nord- und Mittelamerika | 6.6 | Nord- und Mittelamerika | 6.3 |
| Südamerika | 4.9 | Südamerika | 5.0 | Südamerika | 6.8 |
| Naher Osten | 9.2 | Naher Osten | 6.4 | Naher Osten | 4.4 |
| Süd- und Zentralasien | 19.9 | Süd- und Zentralasien | 12.3 | Süd- und Zentralasien | 12.9 |
| Ostasien | 12.4 | Ostasien | 18.7 | Ostasien | 26.3 |
| Ozeanien | 5.7 | Ozeanien | 3.6 | Ozeanien | 3.1 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| EG | | | | | |
| | 1979-1980 | 1989-1990 | | 1999-2000 | |
| Senegal | 6.0 | Côte d'Ivoire | 4.9 | Bundesrepublik Jugoslawien | 4.5 |
| Indien | 5.4 | Kamerun | 4.4 | Marokko | 4.2 |
| Türkei | 5.4 | Mosambik | 3.1 | Bosnien-Herzegowina | 4.1 |
| Sudan | 3.5 | Indien | 3.1 | Ehem. jugoslaw. Teilrepubliken (unaufg.) | 3.4 |
| Mali | 3.3 | Äthiopien | 3.0 | Ägypten | 2.7 |
| Mauretanien | 3.0 | Bangladesch | 3.0 | Tunesien | 2.6 |
| Ägypten | 2.7 | Sudan | 2.8 | Südafrika | 2.4 |
| Bangladesch | 2.5 | Ägypten | 2.1 | Türkei | 2.4 |
| Somalia | 2.5 | Demokratische Republik Kongo | 2.0 | Albanien | 1.9 |
| Kambodscha | 2.4 | Kenia | 2.0 | Mazedonien | 1.6 |
| Tansania | 2.4 | Tansania | 1.7 | Mosambik | 1.6 |
| Äthiopien | 2.3 | China | 1.7 | Mauretanien | 1.5 |
| Ruanda | 2.0 | Mali | 1.6 | Äthiopien | 1.5 |
| Demokratische Republik Kongo | 1.9 | Malawi | 1.6 | Malawi | 1.4 |
| Kamerun | 1.8 | Madagaskar | 1.6 | Indien | 1.3 |
| Insgesamt | 47.1 | Insgesamt | 38.6 | Insgesamt | 37.3 |
| ODA an multilaterale Stellen | 0.0 | ODA an multilaterale Stellen | 7.9 | ODA an multilaterale Stellen | 5.0 |
| Unaufgeschlüsselt | 13.4 | Unaufgeschlüsselt | 13.3 | Unaufgeschlüsselt | 18.0 |
| Gesamte ODA in Mio. \$ | 1 115 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 2 756 | Gesamte ODA in Mio. \$ | 5 263 |
| LLDC | 55.4 | LLDC | 51.6 | LLDC | 28.7 |
| Sonstige LIC | 24.4 | Sonstige LIC | 26.9 | Sonstige LIC | 13.1 |
| LMIC | 10.0 | LMIC | 16.2 | LMIC | 48.9 |
| UMIC | 8.5 | UMIC | 4.4 | UMIC | 8.2 |
| HIC | 1.0 | HIC | 0.1 | HIC | 1.2 |
| MADCT | 0.7 | MADCT | 0.8 | MADCT | 0.0 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |
| Europa | 9.4 | Europa | 0.6 | Europa | 23.8 |
| Nördlich der Sahara | 3.9 | Nördlich der Sahara | 5.4 | Nördlich der Sahara | 13.6 |
| Südlich der Sahara | 64.1 | Südlich der Sahara | 66.3 | Südlich der Sahara | 34.7 |
| Nord- und Mittelamerika | 3.5 | Nord- und Mittelamerika | 5.7 | Nord- und Mittelamerika | 6.1 |
| Südamerika | 1.1 | Südamerika | 5.0 | Südamerika | 4.5 |
| Naher Osten | 1.8 | Naher Osten | 1.9 | Naher Osten | 3.7 |
| Süd- und Zentralasien | 10.9 | Süd- und Zentralasien | 8.9 | Süd- und Zentralasien | 7.5 |
| Ostasien | 4.2 | Ostasien | 4.1 | Ostasien | 5.0 |
| Ozeanien | 1.1 | Ozeanien | 2.1 | Ozeanien | 1.0 |
| Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 | Bilateral insgesamt | 100.0 |

Tabelle 33 ODA VON NICHT-DAC-GEBERN

| Nettoauszahlungen | <i>Mio. \$</i> | | | | |
|------------------------------|----------------|--------------|--------------|--------------|------------------|
| | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| Nicht-DAC-OECD-Länder | | | | | |
| Tschechische Republik | .. | .. | 16 | 15 | 16 |
| Korea | 159 | 186 | 183 | 317 | 212 |
| Polen | .. | .. | 19 | 20 | 29 |
| Slowakische Republik | .. | .. | .. | 7 | 6 |
| Türkei | 88 | 77 | 69 | 120 | 82 |
| Arabische Länder | | | | | |
| Kuwait | 414 | 373 | 278 | 147 | 165 |
| Saudi-Arabien | 327 | 251 | 288 | 185 | 295 |
| VAE | 31 | 115 | 63 | 92 | 150 |
| Sonstige Geber | | | | | |
| Chinesisch Taipeh | 88 | 65 | 27 | .. | .. |
| Estland | .. | .. | 0 | 0 | 1 |
| Israel | .. | 89 | 87 | 114 | 164 ^a |
| INSGESAMT | 1 107 | 1 157 | 1 030 | 1 018 | 1 120 |
| <i>davon: Bilateral</i> | | | | | |
| Nicht-DAC-OECD-Länder | | | | | |
| Tschechische Republik | .. | .. | 6 | 7 | 6 |
| Korea | 123 | 111 | 125 | 131 | 131 |
| Polen | .. | .. | 14 | 15 | 13 |
| Slowakische Republik | .. | .. | .. | 4 | 2 |
| Türkei | 56 | 53 | 45 | 37 | 26 |
| Arabische Länder | | | | | |
| Kuwait | 367 | 355 | 247 | 147 | 164 |
| Saudi-Arabien | 177 | 79 | 123 | - 1 | 129 |
| VAE | 29 | 115 | 63 | 92 | 150 |
| Sonstige Geber | | | | | |
| Chinesisch Taipeh | 87 | 65 | 27 | .. | .. |
| Estland | .. | .. | 0 | 0 | 0 |
| Israel | .. | 75 | 75 | 100 | 158 ^a |
| INSGESAMT | 839 | 854 | 725 | 532 | 780 |

a) Diese Zahlen umfassen auch Unterhaltskosten für das erste Jahr von Übersiedlern aus Entwicklungsländern (in denen oft Bürgerkriege oder schwere Unruhen herrschen) oder für Einzelpersonen, die ihr Land aus humanitären oder politischen Gründen verlassen mussten.

Anmerkung: China erbringt ebenfalls EZ-Leistungen, gibt deren Höhe jedoch nicht bekannt.

Tabelle 34 ANTEIL DER SCHULDENERLEICHTERUNGEN AN DEN GESAMTEN ODA-NETTOLEISTUNGEN DER DAC-MITGLIEDER IM JAHR 2000

| | ODA- Nettoleistungen (Mio. \$) | ODA- Nettoschulden- erleichterungen ^a (Mio. \$) | davon: Bilateral (Mio. \$) | Schulden- erleichterungen in % der ODA- Nettoleistungen | ODA- Nettoschulden- erleichterungen für HIPC-Länder ^b (Mio. \$) | HIPC-Schulden- erleichterungen in % der ODA- Nettoleistungen |
|------------------------|--------------------------------------|---|----------------------------------|--|--|---|
| Australien | 987 | 13 | 8 | 1.3 | 4 | 0.4 |
| Österreich | 423 | 56 | 56 | 13.2 | - | - |
| Belgien | 820 | 41 | 32 | 5.0 | 41 | 5.0 |
| Kanada | 1 744 | 87 | 12 | 5.0 | 78 | 4.5 |
| Dänemark | 1 664 | 27 | 11 | 1.6 | 20 | 1.2 |
| Finnland | 371 | - | 0 | - | - | - |
| Frankreich | 4 105 | 498 | 498 | 12.1 | 175 | 4.3 |
| Deutschland | 5 030 | 235 | 211 | 4.7 | 150 | 3.0 |
| Griechenland | 226 | - | 0 | - | - | - |
| Irland | 235 | 3 | 0 | 1.5 | 3 | 1.5 |
| Italien | 1 376 | 239 | 217 | 17.3 | 204 | 14.8 |
| Japan | 13 508 | 460 | 414 | 3.4 | 254 | 1.9 |
| Luxemburg | 127 | - | 0 | - | - | - |
| Niederlande | 3 135 | 165 | 154 | 5.3 | 48 | 1.5 |
| Neuseeland | 113 | 2 | 0 | 1.4 | 2 | 1.4 |
| Norwegen | 1 264 | 28 | 9 | 2.2 | 19 | 1.5 |
| Portugal | 271 | 26 | 26 | 9.6 | 19 | 7.0 |
| Spanien | 1 195 | 17 | 17 | 1.4 | 8 | 0.6 |
| Schweden | 1 799 | 38 | 38 | 2.1 | - | - |
| Schweiz | 890 | 21 | 6 | 2.3 | 15 | 1.7 |
| Vereinigtes Königreich | 4 501 | 155 | 155 | 3.4 | 113 | 2.5 |
| Vereinigte Staaten | 9 955 | 125 | 125 | 1.3 | 27 | 0.3 |
| DAC INSGESAMT | 53 737 | 2 236 | 1 988 | 4.2 | 1 180 | 2.2 |

a) Umfasst: 1. *Bilateral*: Zuschüsse für den Erlass von ODA, sonstigen öffentlichen Leistungen (OOF) oder privaten Forderungen, andere Schuldentransaktionen wie Schuldenumwandlung, Forderungsrückkäufe oder Schuldendienstleistungen an Dritte sowie neue ODA im Zusammenhang mit konzessionären Umschuldungsvereinbarungen, abzüglich Ausgleichsbuchungen für den Erlass etwaiger als ODA verbuchter Darlehensbeträge und 2. *Multilateral*: Beiträge zum HIPC-Treuhandfonds (*Quelle*: Weltbank).

b) Bilaterale Schuldenerleichterungen für HIPC-Länder (umfasst sämtliche unter a) aufgelistete Posten mit Ausnahme von Zuschüssen für andere Schuldentransaktionen), zuzüglich multilaterale Beiträge zur HIPC-Initiative.

Tabelle 35 WIRTSCHAFTSINDIKATOREN FÜR DIE DAC-MITGLIEDSTAATEN, 2000

| | Pro-Kopf-FNE in \$ | Reales BIP-Wachstum in % | Inflation ^a in % | Arbeits- losenquote in % | Haushaltssaldo Überschuss (+) bzw. Defizit (-) in % des BIP | Leistungs- bilanzsaldo in % des BIP | Gesamte staatliche Einnahmen in % des BIP |
|------------------------|-----------------------|--------------------------------|--------------------------------|--------------------------------|--|---|--|
| Australien | 19 300 | 3.4 | 3.9 | 6.3 | 0.3 | -4.0 | 33.0 |
| Österreich | 22 900 | 3.0 | 1.2 | 4.7 | -1.1 | -2.8 | 46.8 |
| Belgien | 22 400 | 4.0 | 1.4 | 7.0 | 0.1 | 4.7 | 46.7 |
| Kanada | 22 300 | 4.4 | 3.7 | 6.8 | 3.2 | 2.5 | 40.9 |
| Dänemark | 29 400 | 3.2 | 3.7 | 4.7 | 2.8 | 2.3 | 52.7 |
| Finnland | 23 100 | 5.7 | 3.4 | 9.8 | 6.9 | 7.4 | 50.8 |
| Frankreich | 21 800 | 3.4 | 0.8 | 9.5 | -1.4 | 1.6 | 49.6 |
| Deutschland | 22 600 | 3.0 | -0.4 | 7.5 | 1.2 | -1.0 | 44.4 |
| Griechenland | 10 600 | 4.3 | 3.4 | 11.4 | -1.1 | -7.1 | 51.2 |
| Irland | 20 900 | 11.5 | 4.3 | 4.3 | 4.6 | -0.7 | 33.9 |
| Italien | 18 800 | 2.9 | 2.2 | 10.7 | -0.3 | -0.4 | 44.1 |
| Japan | 37 900 | 1.5 | -1.6 | 4.7 | -6.6 | 2.5 | 30.0 |
| Luxemburg | 40 800 | 7.5 | 3.7 | 2.6 | 6.1 | 5.7 | 44.2 |
| Niederlande | 23 500 | 3.5 | 3.7 | 2.6 | 2.2 | 3.7 | 43.8 |
| Neuseeland | 11 800 | 3.0 | 2.5 | 6.0 | 1.9 | -5.5 | 40.6 |
| Norwegen | 35 200 | 2.3 | 16.3 | 3.4 | 14.8 | 14.3 | 55.5 |
| Portugal | 10 400 | 3.3 | 3.2 | 4.0 | -1.5 | -10.3 | 39.2 |
| Spanien | 14 000 | 4.1 | 3.4 | 14.1 | -0.3 | -3.1 | 38.5 |
| Schweden | 25 300 | 3.6 | 0.8 | 4.7 | 4.1 | 2.9 | 56.7 |
| Schweiz | 35 900 | 3.0 | 1.1 | 2.0 | .. | 13.0 | .. |
| Vereinigtes Königreich | 23 700 | 2.9 | 1.7 | 5.5 | 1.9 | -1.9 | 39.0 |
| Vereinigte Staaten | 36 100 | 4.1 | 2.3 | 4.0 | 1.7 | -4.5 | 31.6 |
| DAC INSGESAMT | 28 500 | 3.7 | 1.4 | 6.2 | 0.2 | -1.3 | 36.8 |

a) BIP-Deflatoren.

Quelle: OECD-Wirtschaftsausschick, Dezember 2001; Vorlagen der jeweiligen Länder.

Tabelle 36 DEFLATOREN FÜR DIE LEISTUNGEN DER DAC-GEBER^a

1999 = 100

| | 1983 | 1984 | 1985 | 1986 | 1987 | 1988 | 1989 | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 2000 |
|---------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|---------------|---------------|---------------|---------------|--------------|--------------|
| Australien | 78.89 | 81.34 | 68.51 | 69.71 | 78.62 | 95.27 | 103.25 | 106.85 | 109.23 | 104.33 | 97.99 | 106.27 | 109.47 | 118.23 | 113.81 | 96.36 | 92.71 |
| Österreich | 48.22 | 45.32 | 45.18 | 62.87 | 77.52 | 80.65 | 77.31 | 93.07 | 94.06 | 104.21 | 101.19 | 106.02 | 122.87 | 118.65 | 104.18 | 103.45 | 87.64 |
| Belgien | 48.36 | 45.00 | 45.77 | 62.70 | 76.09 | 79.05 | 77.42 | 94.01 | 94.53 | 104.11 | 100.49 | 105.67 | 121.99 | 117.55 | 103.18 | 103.27 | 87.83 |
| Kanada | 82.83 | 81.50 | 79.17 | 80.00 | 87.79 | 98.85 | 107.52 | 112.43 | 117.56 | 112.92 | 107.34 | 102.50 | 104.37 | 106.78 | 106.17 | 98.55 | 103.62 |
| Dänemark | 45.98 | 42.90 | 43.75 | 59.91 | 74.20 | 77.95 | 75.53 | 92.50 | 91.99 | 100.21 | 94.64 | 98.12 | 113.32 | 112.24 | 100.70 | 101.22 | 89.47 |
| Finnland | 56.62 | 56.93 | 58.18 | 74.15 | 89.15 | 101.23 | 104.87 | 124.03 | 119.43 | 108.57 | 87.13 | 97.34 | 121.21 | 115.00 | 103.91 | 103.86 | 88.97 |
| Frankreich | 52.19 | 48.80 | 50.08 | 68.28 | 80.98 | 84.30 | 81.27 | 97.98 | 97.41 | 105.87 | 101.39 | 105.25 | 119.07 | 117.83 | 104.55 | 104.16 | 86.94 |
| Deutschland | 49.77 | 45.57 | 44.97 | 62.89 | 77.42 | 80.44 | 76.96 | 92.37 | 93.50 | 104.30 | 102.15 | 106.67 | 123.26 | 118.59 | 103.75 | 103.42 | 86.16 |
| Griechenland | 48.07 | 45.11 | 43.32 | 50.39 | 59.40 | 65.50 | 65.52 | 80.94 | 84.26 | 92.50 | 88.05 | 92.58 | 106.35 | 109.89 | 103.51 | 100.62 | 86.24 |
| Irland | 51.53 | 47.80 | 49.06 | 66.22 | 75.13 | 79.40 | 78.00 | 90.37 | 89.49 | 97.31 | 88.03 | 91.34 | 100.92 | 103.12 | 101.94 | 101.29 | 90.65 |
| Italien | 48.92 | 47.16 | 47.26 | 65.31 | 79.72 | 84.81 | 85.68 | 106.13 | 110.29 | 116.11 | 94.59 | 95.39 | 99.19 | 110.25 | 102.27 | 103.00 | 88.44 |
| Japan | 41.40 | 42.55 | 43.38 | 62.43 | 72.69 | 82.61 | 78.18 | 76.32 | 84.60 | 91.33 | 104.69 | 114.02 | 123.38 | 105.84 | 95.51 | 88.24 | 103.85 |
| Luxemburg | 49.82 | 46.04 | 46.08 | 61.74 | 75.92 | 77.56 | 75.54 | 93.68 | 93.77 | 102.22 | 95.65 | 103.46 | 117.66 | 113.96 | 102.01 | 102.00 | 89.84 |
| Niederlande | 56.50 | 50.95 | 50.08 | 68.01 | 81.65 | 84.64 | 79.85 | 95.17 | 95.18 | 103.50 | 99.90 | 104.34 | 120.45 | 116.02 | 102.28 | 102.53 | 89.17 |
| Neuseeland | 58.11 | 52.19 | 52.52 | 64.00 | 81.86 | 98.06 | 95.57 | 98.96 | 96.95 | 91.66 | 94.60 | 105.37 | 119.78 | 127.87 | 122.95 | 101.19 | 87.34 |
| Norwegen | 64.47 | 61.30 | 61.24 | 70.53 | 82.75 | 89.79 | 89.59 | 102.63 | 101.50 | 105.44 | 93.99 | 94.33 | 108.29 | 110.88 | 104.28 | 96.98 | 102.06 |
| Portugal | 35.58 | 33.57 | 35.20 | 48.63 | 56.35 | 61.27 | 63.11 | 78.56 | 86.89 | 102.35 | 91.63 | 94.23 | 109.70 | 110.15 | 99.96 | 100.93 | 88.75 |
| Spanien | 43.73 | 43.27 | 44.44 | 59.86 | 71.87 | 80.72 | 84.89 | 105.81 | 110.99 | 120.23 | 101.14 | 99.79 | 112.50 | 114.62 | 101.37 | 101.61 | 89.49 |
| Schweden | 54.57 | 54.39 | 55.73 | 71.70 | 84.43 | 92.90 | 95.42 | 113.13 | 118.83 | 124.60 | 95.72 | 98.87 | 110.70 | 119.41 | 106.72 | 103.40 | 90.94 |
| Schweiz | 49.73 | 45.99 | 45.01 | 63.40 | 78.58 | 82.34 | 75.92 | 93.22 | 95.74 | 100.32 | 98.00 | 107.65 | 125.91 | 120.85 | 102.81 | 103.08 | 90.16 |
| Vereinigtes Königreich | 48.02 | 44.07 | 44.90 | 52.88 | 62.05 | 71.58 | 70.73 | 82.70 | 87.59 | 90.62 | 79.64 | 82.43 | 87.12 | 88.95 | 96.09 | 100.12 | 95.28 |
| Vereinigige Staaten | 65.74 | 68.18 | 70.33 | 71.88 | 74.04 | 76.56 | 79.48 | 82.57 | 85.58 | 87.66 | 89.77 | 91.63 | 93.63 | 95.44 | 97.30 | 98.52 | 102.04 |
| DAC INSGESAMT | 52.11 | 51.10 | 51.56 | 65.25 | 75.47 | 81.79 | 80.47 | 88.93 | 92.65 | 98.40 | 97.76 | 102.47 | 112.26 | 108.15 | 100.14 | 97.73 | 95.93 |
| EG | 44.62 | 42.26 | 43.26 | 58.87 | 71.84 | 76.86 | 75.27 | 91.61 | 94.02 | 102.69 | 96.21 | 100.39 | 113.56 | 113.08 | 102.87 | 103.48 | 87.71 |

a) Einschl. des Effekts von Wechselkursänderungen, d.h. nur auf die Zahlen in US-Dollar anwendbar.

Tabelle 37 BRUTTONATIONALEINKOMMEN UND BEVÖLKERUNG DER DAC-MITGLIEDSTAATEN

| | Bruttonationaleinkommen (Mrd. \$) | | | Bevölkerung (in 1 000) | | | | |
|--------------------------|-----------------------------------|---------------|---------------|------------------------|---------------------------|----------------|----------------|----------------|
| | Durchschnitt 1989-1990 | 1998 | 1999 | 2000 | Durchschnitt 1989-1990 | 1998 | 1999 | 2000 |
| Australien | 276 | 354 | 382 | 370 | 16 940 | 18 750 | 18 940 | 19 160 |
| Österreich | 142 | 210 | 206 | 186 | 7 670 | 8 080 | 8 090 | 8 110 |
| Belgien | 174 | 251 | 250 | 229 | 9 955 | 10 200 | 10 230 | 10 250 |
| Kanada | 544 | 577 | 616 | 684 | 27 495 | 30 250 | 30 490 | 30 750 |
| Dänemark | 112 | 171 | 172 | 157 | 5 135 | 5 300 | 5 320 | 5 340 |
| Finnland | 121 | 125 | 127 | 119 | 4 975 | 5 150 | 5 170 | 5 180 |
| Frankreich | 1 074 | 1 436 | 1 432 | 1 285 | 56 580 | 58 400 | 58 620 | 58 890 |
| Deutschland ^a | 1 351 | 2 142 | 2 090 | 1 860 | 62 655 | 82 030 | 82 090 | 82 140 |
| Griechenland | .. | 121 | 125 | 112 | .. | 10 510 | 10 520 | 10 540 |
| Irland | 32 | 67 | 79 | 79 | 3 510 | 3 710 | 3 750 | 3 790 |
| Italien | 970 | 1 166 | 1 171 | 1 074 | 56 790 | 57 040 | 57 080 | 57 190 |
| Japan | 2 925 | 3 994 | 4 556 | 4 808 | 123 435 | 126 490 | 126 690 | 126 920 |
| Luxemburg | 11 | 17 | 18 | 18 | 380 | 430 | 430 | 440 |
| Niederlande | 250 | 380 | 396 | 375 | 14 900 | 15 710 | 15 810 | 15 930 |
| Neuseeland | 41 | 49 | 50 | 45 | 3 345 | 3 790 | 3 810 | 3 830 |
| Norwegen | 95 | 147 | 152 | 158 | 4 235 | 4 430 | 4 460 | 4 490 |
| Portugal | 52 | 107 | 108 | 104 | 9 900 | 9 970 | 9 990 | 10 010 |
| Spanien | 433 | 565 | 592 | 552 | 38 820 | 39 370 | 39 420 | 39 470 |
| Schweden | 204 | 220 | 234 | 225 | 8 525 | 8 850 | 8 860 | 8 870 |
| Schweiz | 211 | 280 | 278 | 258 | 6 680 | 7 110 | 7 140 | 7 190 |
| Vereinigtes Königreich | 896 | 1 408 | 1 451 | 1 418 | 57 460 | 59 240 | 59 500 | 59 770 |
| Vereinigte Staaten | 5 286 | 8 750 | 9 299 | 9 929 | 248 390 | 270 510 | 272 950 | 275 370 |
| DAC INSGESAMT | 15 202 | 22 535 | 23 784 | 24 044 | 767 775 | 835 300 | 839 360 | 843 630 |
| davon: | | | | | | | | |
| EU-Mitglieder | 5 823 | 8 384 | 8 452 | 7 792 | 337 255 | 373 990 | 374 880 | 375 920 |

a) Bundesrepublik Deutschland: 1989-1990 nur Westdeutschland.

Tabelle 38 NETTO-OA-AUSZAHLUNGEN AN LÄNDER VON TEIL II DER DAC-LISTE

| | Mio. \$ | | | | | In % des BNE | | | | |
|------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 |
| Australien | 10 | 0 | 1 | 3 | 8 | 0.00 | 0.00 | 0.00 | 0.00 | 0.00 |
| Österreich | 226 | 181 | 191 | 184 | 187 | 0.10 | 0.09 | 0.09 | 0.09 | 0.10 |
| Belgien | 70 | 59 | 68 | 82 | 74 | 0.03 | 0.02 | 0.03 | 0.03 | 0.03 |
| Kanada | 181 | 157 | 157 | 165 | 165 | 0.03 | 0.03 | 0.03 | 0.03 | 0.02 |
| Dänemark | 120 | 133 | 118 | 128 | 189 | 0.07 | 0.08 | 0.07 | 0.07 | 0.12 |
| Finnland | 57 | 71 | 82 | 74 | 58 | 0.05 | 0.06 | 0.07 | 0.06 | 0.05 |
| Frankreich | 711 | 574 | 823 | 745 | 1 657 | 0.05 | 0.04 | 0.06 | 0.05 | 0.13 |
| Deutschland | 1 329 | 660 | 654 | 729 | 647 | 0.06 | 0.03 | 0.03 | 0.03 | 0.03 |
| Griechenland | 2 | 9 | 15 | 11 | 12 | 0.00 | 0.01 | 0.01 | 0.01 | 0.01 |
| Irland | 1 | 1 | - | - | - | 0.00 | 0.00 | - | - | - |
| Italien | 294 | 241 | 243 | 92 | 406 | 0.02 | 0.02 | 0.02 | 0.01 | 0.04 |
| Japan | 184 | 84 | 132 | 67 | - 54 | 0.00 | 0.00 | 0.00 | 0.00 | 0.00 |
| Luxemburg | 2 | 2 | 3 | 3 | 2 | 0.01 | 0.01 | 0.02 | 0.01 | 0.01 |
| Niederlande | 13 | 7 | 130 | 22 | 306 | 0.00 | 0.00 | 0.03 | 0.01 | 0.08 |
| Neuseeland | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0.00 | 0.00 | 0.00 | 0.00 | 0.00 |
| Norwegen | 50 | 55 | 52 | 28 | 27 | 0.03 | 0.04 | 0.04 | 0.02 | 0.02 |
| Portugal | 18 | 18 | 22 | 28 | 27 | 0.02 | 0.02 | 0.02 | 0.03 | 0.03 |
| Spanien | 98 | 3 | 5 | 13 | 12 | 0.02 | 0.00 | 0.00 | 0.00 | 0.00 |
| Schweden | 178 | 148 | 105 | 99 | 122 | 0.07 | 0.07 | 0.05 | 0.04 | 0.05 |
| Schweiz | 97 | 75 | 76 | 70 | 58 | 0.03 | 0.03 | 0.03 | 0.03 | 0.02 |
| Vereinigtes Königreich | 362 | 337 | 435 | 407 | 439 | 0.03 | 0.03 | 0.03 | 0.03 | 0.03 |
| Vereinigte Staaten | 1 694 | 2 516 | 2 726 | 3 521 | 2 506 | 0.02 | 0.03 | 0.03 | 0.04 | 0.03 |
| DAC INSGESAMT | 5 696 | 5 331 | 6 040 | 6 468 | 6 848 | 0.03 | 0.02 | 0.03 | 0.03 | 0.03 |
| <i>davon:</i> | | | | | | | | | | |
| EU-Mitglieder | 3 481 | 2 444 | 2 895 | 2 615 | 4 138 | 0.04 | 0.03 | 0.03 | 0.03 | 0.05 |

Anmerkung: Wegen Einzelheiten über die 1996, 1997 und 2000 in Teil II der DAC-Liste der Entwicklungshilfeempfänger transferierten Länder vgl. die Liste am Ende dieses Berichts.

Tabelle 39 FINANZIELLE LEISTUNGEN AN LÄNDER VON TEIL II

| | Australien | | | Österreich | | |
|---|--------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| | 1998 | 1999 | 2000 | 1998 | 1999 | 2000 |
| NETTOAUSZAHLUNGEN | | | | | | |
| I. Öffentliche Hilfe (OA) (A+B) | 1 | 3 | 8 | 191 | 184 | 187 |
| BNE-Anteil der OA in % | 0.00 | 0.00 | 0.00 | 0.09 | 0.09 | 0.10 |
| A. Bilaterale OA | -0 | 2 | 2 | 144 | 130 | 144 |
| 1. Zuschüsse | -0 | 2 | 2 | 143 | 130 | 144 |
| <i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit | -0 | 0 | 1 | 15 | - | - |
| EZ-Nahrungsmittelhilfe | - | - | - | 0 | - | - |
| 2. Kredite | - | - | - | 1 | -0 | - |
| B. Multilaterale OA | 1 | 1 | 6 | 47 | 54 | 43 |
| Zuschüsse und Kapitalzeichnungen | - | - | - | 1 | 1 | - |
| <i>davon:</i> EG | - | - | - | 39 | 44 | 36 |
| EBWE | - | - | 5 | 7 | 7 | 6 |
| II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF) | 0 | 1 | 3 | - | - | - |
| 1. Öffentliche Exportkredite | - | - | - | - | - | - |
| 2. Sonstige | 0 | 1 | 3 | - | - | - |
| III. NRO-Zuschüsse | - | - | - | 6 | 5 | 8 |
| IV. Private Leistungen | 642 | -1 906 | -1 164 | 964 | 512 | 2 090 |
| 1. Direktinvestitionen | 433 | -141 | -646 | 964 | 512 | 2 090 |
| 2. Wertpapierinvestitionen | - | - | - | - | - | - |
| 3. Exportkredite | - | - | - | - | - | - |
| V. Gesamtleistungen | 643 | -1 902 | -1 154 | 1 161 | 701 | 2 285 |
| <i>Nachrichtlich:</i> | | | | | | |
| Schuldenerlasse | - | - | - | - | - | - |
| | Frankreich | | | Deutschland | | |
| | 1998 | 1999 | 2000 | 1998 | 1999 | 2000 |
| NETTOAUSZAHLUNGEN | | | | | | |
| I. Öffentliche Hilfe (OA) (A+B) | 823 | 745 | 1 657 | 654 | 729 | 647 |
| BNE-Anteil der OA in % | 0.06 | 0.05 | 0.13 | 0.03 | 0.03 | 0.03 |
| A. Bilaterale OA | 495 | 336 | 1 084 | 239 | 242 | 223 |
| 1. Zuschüsse | 533 | 343 | 1 001 | 391 | 366 | 325 |
| <i>davon:</i> Technische Zusammenarbeit | 458 | 105 | 564 | 386 | 335 | 299 |
| EZ-Nahrungsmittelhilfe | - | - | 0 | - | - | - |
| 2. Kredite | -37 | -6 | 83 | -152 | -124 | -102 |
| B. Multilaterale OA | 327 | 408 | 573 | 415 | 487 | 424 |
| Zuschüsse und Kapitalzeichnungen | - | - | - | 0 | 0 | 2 |
| <i>davon:</i> EG | 300 | 383 | 536 | 386 | 448 | 377 |
| EBWE | 27 | 26 | 22 | 29 | 19 | 22 |
| II. Sonstige öffentliche Leistungen (OOF) | - | -11 | -34 | 4 485 | 268 | 499 |
| 1. Öffentliche Exportkredite | - | - | - | 22 | -6 | -5 |
| 2. Sonstige | - | -11 | -34 | 4 463 | 274 | 504 |
| III. NRO-Zuschüsse | - | - | - | 87 | 98 | 60 |
| IV. Private Leistungen | 6 893 | 8 229 | 10 393 | 19 321 | 15 871 | 20 123 |
| 1. Direktinvestitionen | 2 579 | 3 953 | 5 221 | 5 652 | 6 785 | 11 156 |
| 2. Wertpapierinvestitionen | 3 723 | 4 058 | - | 12 826 | 8 724 | 9 187 |
| 3. Exportkredite | 591 | 218 | - | 844 | 361 | -220 |
| V. Gesamtleistungen | 7 716 | 8 962 | 12 016 | 24 546 | 16 966 | 21 330 |
| <i>Nachrichtlich:</i> | | | | | | |
| Schuldenerlasse | - | - | - | 2 | - | - |

Anmerkung: Der Anstieg der privaten Leistungen an Teil-II-Länder der DAC-Liste seit dem Jahr 1997 ist zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass Empfängerländer von Teil I auf Teil II der Liste transferiert wurden (ein vollständiges Länderverzeichnis findet sich am Ende dieses Berichts).
Differenzen in den Gesamtbeträgen sind durch Lücken in den Datenreihen bedingt.

DER DAC-LISTE UND MULTILATERALE STELLEN

Mio. \$

| Belgien | | | Kanada | | | Dänemark | | | Finnland | | |
|---------------|---------------|-------------|-------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| 1998 | 1999 | 2000 | 1998 | 1999 | 2000 | 1998 | 1999 | 2000 | 1998 | 1999 | 2000 |
| 68 | 82 | 74 | 157 | 165 | 165 | 118 | 128 | 189 | 82 | 74 | 58 |
| 0.03 | 0.03 | 0.03 | 0.03 | 0.03 | 0.02 | 0.07 | 0.07 | 0.12 | 0.07 | 0.06 | 0.05 |
| 3 | 6 | 5 | 157 | 165 | 165 | 118 | 128 | 119 | 51 | 37 | 33 |
| 3 | 6 | 5 | 157 | 165 | 165 | 113 | 99 | 104 | 47 | 41 | 33 |
| 2 | 5 | 5 | 20 | 21 | 20 | - | - | - | 29 | 28 | 24 |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| - | - | - | - | - | - | 5 | 29 | 15 | 4 | -4 | -0 |
| 66 | 75 | 69 | - | - | - | - | - | 71 | 31 | 38 | 25 |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - | 1 | - | - |
| 59 | 68 | 63 | - | - | - | - | - | 65 | 25 | 32 | 21 |
| 7 | 7 | 6 | - | - | - | - | - | 2 | 5 | 4 | 3 |
| 82 | -9 | 12 | 68 | 1 294 | 1 652 | 189 | 25 | 67 | -3 | 18 | -0 |
| 82 | - | - | 68 | 1 294 | 1 652 | 171 | - | - | 0 | 22 | - |
| 0 | -9 | 12 | - | - | - | 18 | 25 | 67 | -3 | -3 | -0 |
| - | 0 | 10 | - | - | 55 | - | 2 | 13 | - | - | - |
| 16 385 | 17 604 | -175 | 34 | -21 | 1 199 | 164 | 401 | 284 | 1 398 | 596 | 1 009 |
| 1 128 | 1 825 | 17 | - | - | 1 139 | 164 | 401 | 284 | 274 | 443 | 882 |
| 15 142 | 15 691 | -188 | - | - | 78 | - | - | - | 1 130 | 167 | 123 |
| 115 | 88 | -4 | 34 | -21 | -18 | - | - | - | -6 | -14 | 3 |
| 16 535 | 17 678 | -78 | 260 | 1 437 | 3 070 | 472 | 556 | 554 | 1 477 | 689 | 1 066 |
| - | - | - | 114 | 117 | 118 | - | - | - | - | - | - |
| Griechenland | | | Irland | | | Italien | | | Japan | | |
| 1998 | 1999 | 2000 | 1998 | 1999 | 2000 | 1998 | 1999 | 2000 | 1998 | 1999 | 2000 |
| 15 | 11 | 12 | - | - | - | 243 | 92 | 406 | 132 | 67 | -54 |
| 0.01 | 0.01 | 0.01 | - | - | - | 0.02 | 0.01 | 0.04 | 0.00 | 0.00 | 0.00 |
| 13 | 8 | 10 | - | - | - | 3 | 8 | 213 | 94 | 27 | -93 |
| 13 | 8 | 10 | - | - | - | 3 | 8 | 16 | 90 | 72 | 171 |
| 10 | 7 | 7 | - | - | - | 2 | 4 | 3 | 88 | 50 | 160 |
| 2 | 0 | - | - | - | - | 0 | 0 | - | - | - | - |
| - | - | - | - | - | - | -0 | -1 | 197 | 3 | -45 | -263 |
| 2 | 3 | 2 | - | - | - | 240 | 84 | 193 | 39 | 40 | 39 |
| - | - | - | - | - | - | - | 0 | 1 | - | - | - |
| - | - | - | - | - | - | 229 | 67 | 190 | - | - | - |
| 2 | 2 | 2 | - | - | - | 11 | 17 | 0 | 39 | 40 | 39 |
| 2 | 0 | - | - | - | - | 21 | -1 | 196 | 1 874 | 1 524 | 492 |
| 2 | 0 | - | - | - | - | - | - | - | -254 | -96 | -377 |
| - | - | - | - | - | - | 21 | -1 | 196 | 2 128 | 1 620 | 869 |
| - | - | - | - | - | - | 2 | - | 0 | - | - | - |
| - | - | - | - | - | - | 3 839 | 6 137 | 2 821 | 3 794 | 1 018 | 3 504 |
| - | - | - | - | - | - | 1 028 | -209 | 144 | 5 778 | 2 624 | 3 332 |
| - | - | - | - | - | - | 3 278 | 6 831 | 1 382 | - 675 | -1 656 | -271 |
| - | - | - | - | - | - | -467 | -486 | 1 296 | -1 309 | 50 | 443 |
| 17 | 11 | 12 | - | - | - | 4 105 | 6 228 | 3 424 | 5 801 | 2 609 | 3 942 |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |

DER DAC-LISTE UND MULTILATERALE STELLEN

Mio. \$

| Neuseeland | | | Norwegen | | | Portugal | | | Spanien | | |
|------------------------|-------------|-------------|--------------------|---------------|---------------|--------------------------|---------------|---------------|--------------|--------------|--------------|
| 1998 | 1999 | 2000 | 1998 | 1999 | 2000 | 1998 | 1999 | 2000 | 1998 | 1999 | 2000 |
| 0 | 0 | 0 | 52 | 28 | 27 | 22 | 28 | 27 | 5 | 13 | 12 |
| 0.00 | 0.00 | 0.00 | 0.04 | 0.02 | 0.02 | 0.02 | 0.03 | 0.03 | 0.00 | 0.00 | 0.00 |
| 0 | 0 | 0 | 52 | 28 | 27 | 0 | 0 | 0 | 5 | 13 | 12 |
| 0 | 0 | 0 | 52 | 28 | 27 | 0 | 0 | 0 | 5 | 13 | 12 |
| 0 | 0 | 0 | 52 | 28 | - | 0 | - | 0 | 4 | - | - |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 0 |
| - | 0 | - | - | - | - | 22 | 28 | 26 | - | - | - |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| - | - | - | - | - | - | 21 | 26 | 25 | - | - | - |
| - | - | - | - | - | - | 1 | 1 | 1 | - | - | - |
| - | - | - | 3 | 0 | 4 | 0 | - | - | - | -7 | - |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| - | - | - | 3 | 0 | 4 | 0 | - | - | - | -7 | - |
| 0 | - | - | - | - | - | 0 | - | - | - | - | - |
| - | - | - | 92 | 556 | 1 294 | -19 | 2 782 | 1 067 | 574 | 57 | 1 747 |
| - | - | - | 90 | 548 | 1 257 | -22 | 2 779 | 1 060 | 574 | 57 | 1 747 |
| - | - | - | - | 0 | - | - | - | - | - | - | - |
| - | - | - | 2 | 8 | 37 | 3 | 3 | 7 | - | - | - |
| 0 | 0 | 0 | 147 | 584 | 1 325 | 3 | 2 809 | 1 093 | 579 | 62 | 1 759 |
| - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 2 | - |
| Vereinigtes Königreich | | | Vereinigte Staaten | | | DAC-Mitglieder insgesamt | | | EG | | |
| 1998 | 1999 | 2000 | 1998 | 1999 | 2000 | 1998 | 1999 | 2000 | 1998 | 1999 | 2000 |
| 435 | 407 | 439 | 2 726 | 3 521 | 2 506 | 6 040 | 6 468 | 6 848 | 2 414 | 2 818 | 2 808 |
| 0.03 | 0.03 | 0.03 | 0.03 | 0.04 | 0.03 | 0.03 | 0.03 | 0.03 | 0.00 | 0.00 | 0.00 |
| 121 | 98 | 88 | 2 714 | 3 443 | 2 461 | 4 520 | 4 852 | 4 880 | 2 409 | 2 818 | 2 802 |
| 122 | 98 | 88 | 2 746 | 3 204 | 2 435 | 4 602 | 4 763 | 4 944 | 1 636 | 1 715 | 1 569 |
| 112 | 87 | 73 | 1 020 | 1 510 | 891 | 2 253 | 2 230 | 2 108 | 357 | 484 | - |
| - | - | - | 22 | 861 | 289 | 24 | 861 | 289 | 3 | 1 | 4 |
| -1 | - | -0 | -32 | 240 | 27 | -82 | 89 | -64 | 773 | 1 103 | 1 232 |
| 313 | 309 | 350 | 12 | 78 | 45 | 1 520 | 1 616 | 1 968 | 5 | - | 6 |
| - | - | - | - | - | - | 3 | 4 | 4 | - | - | - |
| 293 | 306 | 298 | - | - | - | 1 351 | 1 375 | 1 706 | - | - | - |
| 16 | 0 | 46 | - | 36 | 36 | 147 | 167 | 194 | 5 | - | 6 |
| -1 | - | 4 | -20 | -96 | 825 | 6 914 | 3 021 | 3 708 | 476 | 262 | 247 |
| - | - | - | -18 | -54 | -107 | 17 | 1 120 | 1 152 | - | - | - |
| -1 | - | 4 | -2 | -42 | 932 | 6 896 | 1 901 | 2 556 | 476 | 262 | 247 |
| 5 | 5 | 7 | 1 438 | 2 121 | 2 362 | 1 554 | 2 232 | 2 524 | - | - | - |
| 2 848 | -323 | -154 | 10 409 | 16 221 | 17 015 | 71 757 | 78 147 | 69 848 | - | - | - |
| 3 415 | 4 389 | -2 045 | 8 899 | 15 693 | 16 101 | 36 378 | 50 932 | 52 286 | - | - | - |
| -808 | -4 877 | 3 026 | 698 | 3 | 503 | 34 265 | 28 941 | 11 429 | - | - | - |
| 241 | 165 | -1 135 | 812 | 526 | 411 | 905 | 986 | 1 478 | - | - | - |
| 3 287 | 89 | 297 | 14 553 | 21 767 | 22 708 | 86 265 | 89 869 | 82 928 | 2 891 | 3 079 | 3 054 |
| - | - | - | - | - | - | 116 | 119 | 118 | - | - | - |

Tabelle 40 EMPFANGENE OA-LEISTUNGEN^a UND AUSGEWÄHLTE INDIKATOREN
FÜR DIE LÄNDER UND GEBIETE VON TEIL II DER DAC-LISTE

| | OA-Nettoauszahlungen, Mio. \$ | | | | | BNE pro Kopf ^e 1999, US-\$ | Bevölkerung 1999 Mio. | Jeweiliges BNE 1999, Mio. \$ | OA/BNE 1999 % |
|--|-------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|---|-----------------------------|------------------------------------|---------------------|
| | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 | 2000 | | | | |
| <i>MADCT</i> | | | | | | | | | |
| Aruba ^c | - | - | - | - | 12 | .. | 0.10 | .. | - |
| Bahamas | 2 | 3 | 23 | 12 | 6 | 14 100 | 0.30 | 4 398 | 0.26 |
| Bermuda ^b | - | -8 | 1 | 0 | 0 | .. | 0.06 | .. | .. |
| Brunei | 3 | 0 | 0 | 1 | 1 | .. | 0.32 | .. | .. |
| Kaimaninseln ^b | - | -4 | 0 | 3 | -4 | .. | 0.04 | .. | .. |
| Chinesisch Taipeh ^b | - | 6 | 76 | 13 | 10 | 13 350 | 22.01 | 290 542 | 0.00 |
| Zypern ^b | - | 42 | 35 | 53 | 54 | 11 950 | 0.76 | 9 067 | 0.59 |
| Falklandinseln ^b | - | 0 | 0 | 0 | 0 | .. | 0.00 | .. | .. |
| Französisch-Polynesien ^c | - | - | - | - | 403 | 16 930 | 0.23 | 3 796 | - |
| Gibraltar ^c | - | - | - | - | 0 | .. | 0.03 | .. | - |
| Hongkong, China ^b | - | 9 | 7 | 4 | 4 | 24 710 | 6.72 | 163 197 | 0.00 |
| Israel ^b | - | 1 196 | 1 066 | 906 | 800 | 16 310 | 6.11 | 98 809 | 0.92 |
| Korea ^c | - | - | - | - | -198 | 8 480 | 46.86 | 400 900 | - |
| Kuwait | 3 | 0 | 6 | 7 | 3 | .. | 1.92 | 34 854 | 0.02 |
| Libyen ^c | - | - | - | - | 15 | .. | 5.42 | .. | - |
| Macau ^c | - | - | - | - | 1 | 14 200 | 0.43 | 6 113 | - |
| Niederländische Antillen ^c | - | - | - | - | 177 | .. | 0.21 | .. | - |
| Neukaledonien ^c | - | - | - | - | 350 | 15 160 | 0.21 | 3 056 | - |
| Nördliche Marianen ^c | - | - | - | - | 0 | .. | 0.07 | .. | - |
| Katar | 2 | 1 | 1 | 5 | 0 | .. | 0.57 | .. | .. |
| Singapur | 15 | 3 | 2 | -1 | 1 | 24 190 | 3.95 | 90 468 | 0.00 |
| Vereinigte Arabische Emirate | 7 | 2 | 4 | 4 | 4 | .. | 2.82 | .. | .. |
| Jungfernsinseln ^c | - | - | - | - | 5 | .. | 0.02 | .. | - |
| MADCT, unaufgeschlüsselt | - | - | - | - | 23 | | | | |
| MADCT, insgesamt | 31 | 1 250 | 1 220 | 1 007 | 1 667 | .. | 99.16 | (1 105 200) | 0.09 |
| <i>MOEL/NUS</i> | | | | | | | | | |
| Belarus | 77 | 55 | 39 | 39 | 40 | 2 550 | 10.03 | 26 824 | 0.15 |
| Bulgarien | 182 | 220 | 239 | 271 | 311 | 1 390 | 8.21 | 12 189 | 2.22 |
| Tschechische Republik | 129 | 117 | 449 | 325 | 438 | 5 000 | 10.28 | 52 274 | 0.62 |
| Estland | 59 | 66 | 91 | 84 | 64 | 3 350 | 1.44 | 5 027 | 1.66 |
| Ungarn | 204 | 180 | 240 | 249 | 252 | 4 640 | 10.07 | 46 806 | 0.53 |
| Lettland | 72 | 81 | 98 | 100 | 91 | 2 500 | 2.43 | 6 615 | 1.51 |
| Litauen | 91 | 104 | 134 | 134 | 99 | 2 640 | 3.70 | 10 406 | 1.29 |
| Moldau ^d | 36 | - | - | - | - | 410 | 4.28 | 1 208 | - |
| Polen | 1 167 | 861 | 876 | 1186 | 1 396 | 4 060 | 38.65 | 154 156 | 0.77 |
| Rumänien | 233 | 219 | 367 | 387 | 432 | 1 510 | 22.46 | 34 774 | 1.11 |
| Russland | 1 282 | 793 | 1 078 | 1 946 | 1 565 | 1 750 | 146.20 | 181 317 | 1.07 |
| Slowakische Republik | 98 | 71 | 155 | 319 | 113 | 3 770 | 5.40 | 19 410 | 1.64 |
| Ukraine | 398 | 268 | 465 | 569 | 541 | 770 | 49.95 | 29 912 | 1.90 |
| MOEL, unaufgeschlüsselt | 487 | 398 | 560 | 363 | 404 | | | | |
| NUS, unaufgeschlüsselt | 659 | 907 | 992 | 240 | 319 | | | | |
| MOEL/NUS, unaufgeschlüsselt | 329 | 167 | 167 | 797 | 253 | | | | |
| MOEL/NUS (Teil II der DAC-Liste), insgesamt | 5 504 | 4 505 | 5 950 | 7 009 | 6 318 | .. | 313.10 | (580 917) | 1.21 |
| Teil II der DAC-Liste, unaufgeschl. | 62 | 40 | 23 | 22 | 36 | | | | |
| TEIL II DER DAC-LISTE, INSG. | 5 597 | 5 796 | 7 193 | 8 038 | 8 020 | .. | 412.26 | (1 686 117) | 0.48 |

- a) Die empfangenen OA-Leistungen sind die gesamten OA-Nettoleistungen der DAC-Mitglieder, der multilateralen Stellen und der arabischen Länder (vgl. Tabelle 33 wegen einer Liste der Nicht-DAC-Länder, für die Daten vorliegen).
- b) Diese Länder wurden am 1. Januar 1997 in Teil II der DAC-Liste transferiert; bis Ende 1996 wurden die Leistungen an diese Länder als ODA erfasst (vgl. Tabelle 25).
- c) Diese Länder wurden am 1. Januar 2000 in Teil II der DAC-Liste transferiert; bis Ende 1999 wurden die Leistungen an diese Länder als ODA erfasst (vgl. Tabelle 25).
- d) Moldau wurde am 1. Januar 1997 in Teil I der DAC-Liste transferiert; ab 1997 werden die Leistungen an dieses Land als ODA erfasst (vgl. Tabelle 25).
- e) Auf der Basis des Weltbank-Atlas.

Anmerkung: Zu den fortgeschritteneren Entwicklungsländern und -gebieten (MADCT) gehören auch die 1996, 1997 oder 2000 in Teil II der DAC-Liste transferierten Länder (s. Anmerkungen b und c).

Quelle: Weltbank, Schätzungen des OECD-Sekretariats. Die Summen und Durchschnittswerte der Gruppen wurden ausschließlich auf der Basis der verfügbaren Daten errechnet.

Technische Anmerkungen

Glossar entwicklungspolitischer Schlüsselbegriffe und Konzepte

(Querverweise sind in GROSSBUCHSTABEN angegeben)

AUSZAHLUNG: Die Mittelvergabe an bzw. der Kauf von Gütern oder Dienstleistungen für einen Empfänger; im weiteren Sinne der hierfür ausgegebene Betrag. Als Auszahlungen werden erfasst der effektive internationale Transfer von Finanzmitteln bzw. von Gütern oder Dienstleistungen, bewertet zu den dem Geber entstehenden Kosten. Bei im Geberland durchgeführten Aktivitäten, wie z.B. Ausbildungs- und Verwaltungsprogrammen oder Programmen der Öffentlichkeitsarbeit, gilt die Auszahlung als erfolgt, wenn die Mittel an den Dienstleistungserbringer oder den Empfänger transferiert wurden. Sie können als **Bruttobetrag** (innerhalb einer gegebenen Rechnungsperiode ausgezahlter Gesamtbetrag) oder als **Nettobetrag** (Bruttobetrag abzüglich etwaiger Tilgungszahlungen auf die Darlehenssumme oder Rückführungen erhaltener Zuschüsse während desselben Zeitraums) ausgewiesen werden.

(Noch) AUSZUAHLENDE MITTEL: Bezeichnung für zugesagte, aber noch nicht ausgezahlte Beträge. Vgl. auch: ZUSAGE, AUSZAHLUNG.

BILATERAL: Siehe EMPFANGENE GESAMTLEISTUNGEN.

DAC (ENTWICKLUNGSAUSSCHUSS): Ausschuss der OECD für Fragen der Entwicklungszusammenarbeit. Eine Beschreibung seiner Ziele und ein Verzeichnis seiner Mitglieder sind im Innentitel dieses Berichts wiedergegeben.

DAC-LISTE: Siehe EMPFÄNGERLÄNDER UND -GEBIETE.

DARLEHEN: Transfers mit Rückzahlungsverpflichtung. Die DAC-Statistik berücksichtigt lediglich Darlehen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr. Bei den Angaben über die Nettodarlehensbeträge sind die Tilgungszahlungen auf die Darlehenssumme für frühere Kredite abgezogen (nicht jedoch die Zinszahlungen). Wenn ein Darlehen vollständig getilgt wurde, ist seine Wirkung auf die gesamten Nettoleistungen während der Darlehenslaufzeit also gleich Null.

EMPFANGENE GESAMTLEISTUNGEN: Die Mittelzuflüsse in die Empfängerländer der DAC-Liste (vgl. Tabelle 1 des Statistischen Anhangs) umfassen außer

den ODF öffentliche und private EXPORTKREDITE sowie lang- und kurzfristige private Transaktionen (vgl. PRIVATE LEISTUNGEN). Die empfangenen Gesamtleistungen verstehen sich abzüglich der TILGUNGSZÄHLUNGEN und der Kapitalrückführungen seitens privater Investoren. Die **bilateralen** Leistungen gehen direkt von einem Geberland an ein Empfängerland. Die **multilateralen** Leistungen laufen über eine im Entwicklungsbereich tätige internationale Stelle (z.B. Weltbank, UNDP). In den Tabellen zu den insgesamt von den Empfängerländern erhaltenen Leistungen werden die Mittelabflüsse von den multilateralen Stellen in diese Länder ausgewiesen, nicht jedoch die Beiträge, die diese Stellen von den Gebern empfangen.

EMPFÄNGERLÄNDER UND -GEBIETE: Die für die Statistiken in dieser Veröffentlichung verwendete DAC-Liste der ODA/OA-Empfänger ist am Ende dieses Anhangs gesondert aufgeführt. Einige Einzelheiten zu den Änderungen, die die Liste in jüngster Zeit erfahren hat, sind den Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen (siehe weiter unten) zu entnehmen. Teil I der neuen Liste gliedert sich ab 1. Januar 2000 wie folgt in Einkommenskategorien (der Begriff „Länder“ umfasst auch die „Gebiete“):

- **LLDC:** Am wenigsten entwickelte Länder. Eine von den Vereinten Nationen eingerichtete **Kategorie**. Aufgenommen werden nur Länder, die in Bezug auf Volkseinkommen, wirtschaftliche Diversifizierung und Sozialentwicklung gewisse Schwellenwerte unterschreiten. Die DAC-Liste wird ständig aktualisiert, um jeglicher Veränderung in der LLDC-Gruppe Rechnung zu tragen.

- **Sonstige LIC:** Sonstige Länder der unteren Einkommensgruppe. Diese Gruppe umfasst alle nicht zur LLDC-Gruppe zählenden Länder mit einem Pro-Kopf-BSP von höchstens 760 \$ im Jahr 1998 (laut Weltbank-Atlas).

- **LMIC:** Länder der mittleren Einkommensgruppe (unterer Bereich). Länder mit einem Pro-Kopf-BSP (laut Weltbank-Atlas) zwischen 761 und 3 030 \$ im Jahr 1998. LLDC, die gleichzeitig zu den LMIC gehören, sind ausschließlich als LLDC (und nicht als LMIC) aufgeführt.

- **UMIC:** Länder der mittleren Einkommensgruppe (oberer Bereich). Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen (laut Weltbank-Atlas) zwischen 3 031 \$ und 9 360 \$ im Jahr 1998.

- **HIC:** Länder mit hohem Einkommen. Entwicklungsländer mit einem Pro-Kopf-BSP (laut Weltbank-Atlas) von mehr als 9 360 \$ im Jahr 1998.

Zu Teil II dieser Liste zählen die Übergangsländer. Dazu gehören *a*) die fortgeschrittenen mittel- und osteuropäischen Länder und die Neuen Unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion (NUS) sowie *b*) fortgeschrittenere Entwicklungsländer. Siehe auch ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN.

EXPORTKREDITE: Darlehen für Außenhandelszwecke, die nicht durch ein negoziierbares Instrument verkörpert werden. Sie können vom öffentlichen oder vom privaten Sektor vergeben werden. Im letztgenannten Fall können sie durch öffentliche Bürgschaften abgesichert werden.

FÄLLIGKEIT: Fälligkeitstermin für die endgültige Rückzahlung des Darlehens; im weiteren Sinne die Darlehenslaufzeit.

FORDERUNG: Anspruch eines Gläubigers auf Rückzahlung seines DARLEHENS; im weiteren Sinne das Darlehen selbst bzw. dessen ausstehender Betrag.

FREIJAHRE: Vgl. ZUSCHUSSELEMENT.

KURZFRISTIG: Bezeichnet Darlehen mit einer Laufzeit von einem Jahr oder weniger.

LANGFRISTIG: Bezieht sich auf Darlehen mit einer ursprünglichen oder verlängerten Laufzeit von mehr als einem Jahr.

LIEFERGEBUNDENE KREDITE DER ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT: Öffentliche bzw. staatlich geförderte DARLEHEN, Kredite oder MISCHFINANZIERUNGEN, bei denen die Beschaffung der betreffenden Güter und Dienstleistungen auf das Geberland oder eine Gruppe von Ländern beschränkt ist, die nicht alle ODA/OA-Empfängerländer einschließt. Bei liefergebundenen öffentlichen EZ-Krediten müssen bestimmte Kriterien hinsichtlich Vergünstigungsgrad, in Frage kommende Empfängerländer und Entwicklungsnutzen erfüllt sein, um die Verwendung von Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit für Projekte zu verhindern, die bei privater Finanzierung wirtschaftlich lebensfähig wären, und um sicherzustellen,

dass die Empfängerländer den bestmöglichen Gegenwert erhalten. Wegen näherer Einzelheiten vgl. die **Berichte über die Entwicklungszusammenarbeit** von 1987 (S. 239-246) und 1992 (S. 13-16).

LIEFERGEBUNDENE LEISTUNGEN: Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit, bei denen die Beschaffung der so finanzierten Güter und Leistungen vollständig und uneingeschränkt in praktisch allen Ländern erfolgen kann.

MISCHFINANZIERUNG: Kombination von als Zuschuss oder Kredit bereitgestellten Mitteln der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und beliebigen sonstigen Mitteln im Rahmen eines Finanzpakets. Für Mischfinanzierungen gelten in Bezug auf Vergünstigungsgrad, Entwicklungsnutzen und Beschränkungen bezüglich der Empfängerländer die gleichen Kriterien wie für LIEFERGEBUNDENE ODA/OA-KREDITE.

MULTILATERALE STELLEN: In den DAC-Statistiken bezieht sich dieser Begriff auf diejenigen internationalen Institutionen mit staatlicher Mitgliedschaft, deren Aktivitäten ganz oder zu einem wesentlichen Teil dem Ziel der Entwicklung dienen und den Empfängerländern und -gebieten der DAC-Liste gewidmet sind. Zu diesen Institutionen gehören die multilateralen Entwicklungsbanken (z.B. die Weltbank und regionale Entwicklungsbanken), VN-Einrichtungen sowie regionale Zusammenschlüsse (wie bestimmte Stellen der Europäischen Union und bestimmte arabische Organisationen). Ein Beitrag eines DAC-Mitglieds an eine solche Stelle wird als multilateral eingestuft, wenn er mit anderen Beiträgen zusammengelegt und von der betreffenden Stelle nach eigenem Ermessen ausgezahlt wird. Soweit nicht anders angegeben, werden Kapitalzeichnungen bei multilateralen Entwicklungsbanken auf **Hinterlegungsbasis** ausgewiesen, d.h. zu dem Betrag und zu dem Datum, an dem das entsprechende Akkreditiv bzw. ein anderes Negoziierungsinstrument hinterlegt wird. Daten auf Kassenbasis, d.h. auf der Basis der Termine und Beträge der Ziehungen der jeweiligen Stelle auf Akkreditive bzw. andere Instrumente, sind nur begrenzt vorhanden.

NETTOLEISTUNGEN: Innerhalb einer gegebenen Rechnungsperiode ausgezahlter Gesamtbetrag nach Abzug von Tilgungszahlungen auf die Darlehenssumme während desselben Zeitraums, ohne Berücksichtigung der Zinszahlungen.

NETTOTRANSFER: In den DAC-Statistiken bezieht sich dies auf Nettoleistungen abzüglich Zinszahlungen.

MITTEL DER ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT (EZ): Zuschüsse oder Darlehen an die in Teil I der DAC-Liste der Empfänger aufgeführten Entwicklungsländer und -gebiete, die:

- vom öffentlichen Sektor vergeben werden;
- in erster Linie der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Verbesserung des Lebensstandards dienen;
- mit vergünstigten Bedingungen ausgestattet sind und im Falle eines Darlehens ein ZUSCHUSSELEMENT von mindestens 25% aufweisen.

Neben den finanziellen Leistungen umfasst die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auch die TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT. Zuschüsse, Darlehen und Kredite für militärische Zwecke werden nicht berücksichtigt. Zur Behandlung des Schuldenerlasses bei ursprünglich für militärische Zwecke gewährten Darlehen vgl. weiter unten die „Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen“.

ÖFFENTLICHE HILFE (OA): Leistungen, die die ODA-Kriterien erfüllen und somit der ÖFFENTLICHEN ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT zugerechnet werden können, deren Empfänger jedoch in Teil II der DAC-Liste der Empfänger zu finden sind (vgl. EMPFÄNGERLÄNDER UND -GEBIETE).

ÖFFENTLICHE MITTEL ZUR ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG (ODF): Messgröße für Mittelzuflüsse in die Empfängerländer: Sie umfasst *a)* bilaterale ODA, *b)* Zuschüsse und Entwicklungskredite der multilateralen Finanzinstitute zu vergünstigten und zu marktüblichen Bedingungen sowie *c)* jene „sonstigen öffentlichen Leistungen“, die Entwicklungszwecken dienen (einschl. Refinanzierungsdarlehen), wegen ihres zu geringen ZUSCHUSSELEMENTS aber nicht als ODA gelten können.

OFFSHORE-BANKZENTREN: Länder oder Gebiete, deren Finanzinstitute ihre Geschäfte hauptsächlich mit Gebietsfremden abwickeln.

PRIVATE LEISTUNGEN: Hierbei handelt es sich um Leistungen, die vom privaten Sektor zu Marktkonditionen erbracht werden (d.h. Bestandsveränderung bei den privaten langfristigen Aktiva im Besitz von Gebietsansässigen des Berichtslands) sowie um private Zuschüsse (d.h. Zuschüsse von **Nichtregierungsorganisationen**, abzüglich der vom öffentlichen Sektor empfangenen Subventionen). Liegt bei der Datenübersicht

das Schwergewicht auf den vom Empfängerland erhaltenen Finanzmitteln, so werden die Leistungen zu marktüblichen Bedingungen wie folgt aufgeschlüsselt:

- **Direktinvestitionen:** Investitionen zum Erwerb bzw. zur Vergrößerung einer dauerhaften Beteiligung an einem Unternehmen in einem Land der DAC-Liste der Empfänger (vgl. EMPFÄNGERLÄNDER UND -GEBIETE). Eine „dauerhafte Beteiligung“ setzt eine seit langem bestehende Beziehung voraus, bei der der Direktinvestor einen beträchtlichen Einfluss auf die Unternehmensführung ausübt, der sich in einer Aktienbeteiligung von mindestens 10% oder entsprechenden Stimmrechten und Kontrollmöglichkeiten niederschlägt. Sie werden faktisch als die Veränderung des Nettovermögens einer Tochtergesellschaft in einem Empfängerland für die Muttergesellschaft ausgewiesen, wie sie aus den Buchhaltungsunterlagen letzterer hervorgeht.

- **Internationale Bankausleihungen:** Die Nettoausleihungen an Länder der DAC-Liste der Empfänger durch Geschäftsbanken mit Sitz im Erfassungsbereich der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, d.h. in den meisten OECD-Ländern und Offshore-Finanzzentren (Bahamas, Bahrain, Kaimaninseln, Hongkong, Niederländische Antillen und Singapur), abzüglich der Ausleihungen an Banken derselben Offshore-Finanzzentren. Nicht berücksichtigt werden Darlehen von zentralen Währungsbehörden. Garantierte Bankkredite und Schuldverschreibungen sind hier unter SONSTIGE PRIVATE LEISTUNGEN oder OBLIGATIONSANLEIHEN (siehe nachstehend) erfasst.

- **Obligationsanleihen:** Nettobetrag der vollständig gezeichneten internationalen Anleihen von Ländern der DAC-Liste der Empfänger.

- **Sonstige private Leistungen:** Im Wesentlichen die erfassten Bestände an von Unternehmen in den DAC-Empfängerländern emittierten Aktien.

Liegt bei den Datenübersichten das Schwergewicht auf den Mittelabflüssen aus den Geberländern, so werden die übrigen, nicht zu den Direktinvestitionen zählenden privaten Leistungen auf Kredite mit einer Laufzeit von über einem Jahr beschränkt und gewöhnlich wie folgt aufgegliedert:

- **Private Exportkredite:** Siehe EXPORTKREDITE.

- **Wertpapiere multilateraler Stellen:** Hierunter fallen die Transaktionen des privaten Nichtbanken- und Bankensektors mit von multilateralen Stellen ausgegebenen Anleihen und Obligationen.

- **Bilaterale Wertpapierinvestitionen und sonstige:** Hierunter fallen Bankausleihungen sowie der Erwerb von Aktien, Obligationen und Immobilien.

SONSTIGE ÖFFENTLICHE LEISTUNGEN (OOF): Vom öffentlichen Sektor mit Ländern der DAC-Liste der Empfänger durchgeführte Transaktionen, die nicht den Kriterien der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit entsprechen, entweder weil sie nicht primär der Entwicklungsförderung dienen oder weil sie ein Zuschuss-element von weniger als 25% aufweisen.

TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT: Umfasst sowohl *a)* Zuschüsse an Staatsangehörige von Empfängerländern, die von allgemeinen oder beruflichen Bildungsmaßnahmen in ihrem Heimatland oder im Ausland profitieren, als auch *b)* Zahlungen an in den Empfängerländern tätige Berater, Gutachter usw. sowie Lehr- und Verwaltungskräfte (einschließlich der Kosten für die entsprechenden Ausrüstungen). Soll eine derartige Hilfe speziell die Umsetzung eines Investitionsvorhabens erleichtern, so wird sie in nicht näher aufgeschlüsselter Form bei den bilateralen Projekt- und Programmausgaben erfasst und bleibt bei den Ausgaben für technische Zusammenarbeit in den Gesamtleistungstatistiken unberücksichtigt.

TEILWEISE LIEFERUNGBUNDENE LEISTUNGEN: Mittel der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (oder Öffentliche Hilfe) zur Finanzierung von Gütern und Dienstleistungen, die entweder im Geberland oder in einer begrenzten Gruppe anderer Länder zu beschaffen sind, zu der jedoch im Wesentlichen alle Empfängerländer zählen müssen. Die teilweise lieferungsbundenen Leistungen unterliegen den gleichen Regeln wie LIEFERGEBUNDENE EZ-KREDITE und MISCHFINANZIERUNGEN.

TILGUNG: Rückzahlungen auf den Darlehensbetrag, ohne Zinszahlungen.

UMSCHULDUNG (auch: UMSTRUKTURIERUNG DER SCHULD): Jede offizielle Vereinbarung zwischen Gläubigern und Schuldner, mit der die ursprünglich festgelegten Tilgungsmodalitäten geändert werden. Dies kann beinhalten: **Schuldenerlass** (Löschung des Darlehens) oder **Neutermiinierung**, entweder in Form einer Neufestlegung des Tilgungsplans oder der Gewährung eines neuen Darlehens zur **Refinanzierung**. Vgl. hierzu weiter unten die „Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen“.

VERGÜNSTIGUNGSGRAD: Eine Messgröße für die „Weichheit“ eines Kredits, die den für den Kreditnehmer

entstehenden Vorteil gegenüber einem Kredit zu marktüblichen Konditionen ausdrückt (vgl. ZUSCHUSSELEMENT). Wird technisch ermittelt als Differenz zwischen dem Nominalwert eines LIEFERGEBUNDENEN ODA/OA-KREDITS und dem Gegenwartswert des Schuldendienstes zum Zeitpunkt der Auszahlung, berechnet zu einem auf die Transaktionswährung angewendeten Abzinsungssatz und ausgedrückt in Prozent des Nominalwerts.

VOLUMEN (reale Beträge): Die in diesem Bericht gemachten Angaben über die Leistungen sind in US-Dollar ausgedrückt. Um eine wirklichkeitsgetreuere Vorstellung von der zeitlichen Entwicklung des Leistungsvolumens zu vermitteln, werden einige Daten zu konstanten Preisen und Wechselkursen für ein bestimmtes Referenzjahr angegeben. Das heißt, es wurde eine Anpassung vorgenommen, um dem Preisauftrieb in der Währung des Geberlandes zwischen dem betreffenden Jahr und dem Referenzjahr sowie den Wechselkursänderungen zwischen der betreffenden Währung und dem US-Dollar während des gleichen Zeitraums Rechnung zu tragen. Im Statistischen Anhang sind in Tabelle 36 sämtliche Konversionsfaktoren (Deflatoren) wiedergegeben, mit deren Hilfe jede im vorliegenden Bericht in laufenden US-Dollar genannte Zahl in Dollar des Referenzjahrs („konstante Preise“) umgerechnet werden kann.

ZUSAGE: Eine durch entsprechende Mittel gedeckte, schriftlich eingegangene feste Verpflichtung seitens eines öffentlichen Gebers, einem Empfängerland oder einer multilateralen Stelle eine genau spezifizierte Hilfe zu gewähren. Bilaterale Zusagen werden in voller Höhe des erwarteten Transfers verbucht, ungeachtet der für die vollständige Auszahlung erforderlichen Zeit. Zusagen an multilaterale Stellen werden erfasst als die Summe *a)* der im betreffenden Jahr erfolgten Auszahlungen, die zuvor noch nicht als Zusagen gemeldet wurden, und *b)* der erwarteten Auszahlungen im folgenden Jahr.

ZUSCHUSSÄHNLICHE LEISTUNGEN: Eine Transaktion, bei der das Geberland formal seinen Rückzahlungsanspruch behält, aber in der Zusage seine Absicht bekundet hat, die Rückzahlungsbeträge im Schuldnerland zu Gunsten dieses Landes zu belassen.

ZUSCHÜSSE: Transfers in Form von Barmitteln, Gütern oder Dienstleistungen, für die keine Rückzahlung gefordert wird.

ZUSCHUSSELEMENT: Bringt die **finanziellen Bedingungen** einer Zusage zum Ausdruck: Zinssatz, LAUFZEIT und Freijahre (Zeit bis zur ersten Rückzahlung auf die Kapitalsumme) und wird zur Messung des Vergünstigungsgrads eines Darlehens, d.h. der in Prozent

ausgedrückten Differenz zwischen dem Gegenwartswert der erwarteten Gesamtrückzahlungen und den Rückzahlungen, die zu einem vereinbarten Referenzzinssatz erfolgt wären. Der Referenzzins ist in der DAC-Statistik mit 10% angesetzt. Dieser Zinssatz wurde als Näherungswert für Grenzleistungsfähigkeit einer Inlandsinvestition gewählt, d.h. als Anhaltspunkt für die Opportunitätskosten, die dem Geber durch die Bereitstellung der Mittel entstehen. Demzufolge ist das Zuschuss-element bei einem Kredit zu einem Zinssatz von 10%

gleich Null, beträgt bei einem Zuschuss 100% und liegt bei einem Kredit zu einem Zinssatz von weniger als 10% zwischen diesen beiden Werten. Durch Multiplikation des Nennwerts eines Darlehens mit dessen Zuschuss-element erhält man das so genannte **Zuschussäquivalent** dieses Kredits (vgl. VERGÜNSTIGUNGSGRAD). (Anmerkung: Das Konzept des Zuschusselements findet keine Anwendung auf die nicht vergünstigten Ausleihungen („harte Kredite“) der multilateralen Entwicklungsbanken.)

Anmerkungen zu Definitionen und Messgrößen

Der Erfassungsbereich der in diesem Bericht enthaltenen Daten hat sich in den letzten Jahren geändert. Als Hauptpunkte sind dabei festzuhalten:

Änderungen in Bezug auf das ODA-Konzept und die Abgrenzung des BSP

Die Definition der Leistungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit blieb zwar über 25 Jahre lang die gleiche, doch hat sich der Anwendungsbereich dieses Konzepts wegen dessen veränderter Interpretation tendenziell vergrößert. Wichtigste Änderungen: Administrative Kosten werden als ODA erfasst (seit 1979), der den Ausbildungskosten für Studierende aus Empfängerländern der DAC-Liste entsprechende Anteil der für Bildungssysteme bestimmten Zuschüsse wird als ODA ausgewiesen (1984 erstmals ausdrücklich definiert), und schließlich werden fortan auch öffentliche Unterhaltsleistungen der Geberländer für Flüchtlinge aus ODA/OA-Empfängerländern im ersten Jahr nach deren Ankunft berücksichtigt (diese Praxis ist zwar bereits seit Anfang der achtziger Jahre zulässig, wird jedoch erst seit 1991 auf breiter Basis angewendet).

Eine genaue Quantifizierung der Wirkungen, die aus diesen Änderungen resultieren, ist insofern schwierig, als Veränderungen der Datenerfassungsmethoden und des Erfassungsbereichs aus den statistischen Angaben der DAC-Mitglieder oft nicht ohne weiteres ersichtlich sind. Dabei kann es sich jedoch um sehr hohe Beträge handeln. Zum Beispiel enthielten die von Kanada gemachten Angaben für 1993 erstmals einen Zahlenwert für Flüchtlingshilfe in Kanada. Der hierfür ausgewiesene Betrag (184 Mio \$) entsprach fast 8% der gesamten kanadischen ODA. Die Ende der achtziger Jahre von Australien angegebenen ODA/OA-Leistungen waren Schätzungen zufolge um rd. 12% höher als der Betrag, der sich nach den 15 Jahre zuvor geltenden Berechnungsregeln und -verfahren ergeben hätte*.

Zudem hat das Konzept des Nationaleinkommens durch die Einbeziehung neuer Wirtschaftsbereiche und verbesserte Erhebungsmethoden eine Erweiterung erfahren. Das gemeinsam von der OECD und anderen großen internationalen Organisationen geförderte neue System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (SNA) führte insbesondere zu einer breiteren Abgrenzung des BSP, das nun in BNE – Bruttonationaleinkommen – umbenannt wurde. Hierdurch wird das ODA/BNE-Verhältnis der Geber in der Regel gesenkt. Das ODA/BNE-Verhältnis Norwegens und Dänemarks verringerte sich Mitte der neunziger Jahre infolge der Umstellung auf das neue SNA um 6-8%. Finnland und Australien verzeichneten in der Folgezeit geringere Rückgänge von 2-4%. Alle DAC-Mitglieder wenden nunmehr das neue SNA an.

Berücksichtigte Empfängerländer

Seit 1990 wurden in den in Klammern angegebenen Jahren folgende Länder und Ländergruppen neu in die Liste der ODA-Empfänger aufgenommen: der schwarze Bevölkerungsteil in Südafrika (1991, nunmehr einfach Südafrika), Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan (1992), Armenien, Georgien und Aserbaidschan (1993), Palästinensische Autonomiegebiete (1994), Moldau (1997), Eritrea, früher Teil Äthiopiens, wird seit 1993 getrennt behandelt. Die ehemals der treuhändlerischen Verwaltung der USA unterstehenden Pazifikinseln wurden nach Erhalt der Unabhängigkeit jeweils gesondert erfasst als Föderierte Staaten von Mikronesien, Marshallinseln (1992), Nördliche Marianen und Palau (1994).

Im selben Zeitraum wurden folgende Länder und Gebiete aus dem Verzeichnis der ODA-Empfänger gestrichen: Portugal (1991), Französisch-Guayana, Guadeloupe, Martinique, Réunion und St. Pierre und Miquelon (1992) sowie Griechenland (1994).

1993 wurden mehrere Übergangsländer Mittel- und Osteuropas und die Neuen Unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion in Teil II eines neuen Empfänger-

* S. Scott, „Some Aspects of the 1988/89 Aid Budget“, in *Quarterly Aid Round-up*, No. 6, AIDAB, Canberra, 1989, S. 11-18.

landverzeichnisses aufgenommen (diese Liste ist am Ende dieses Anhangs wiedergegeben). Hilfeleistungen an Länder in Teil II werden nicht als „ODA“, sondern als „öffentliche Hilfe“ verbucht. Um Überschneidungen zu vermeiden, enthält Teil II der neuen Liste nicht diejenigen MOEL- und NUS-Länder, die als ODA-Empfänger eingestuft wurden.

Seit 1996 wurden folgende Länder der oberen Einkommensgruppe von Teil I in Teil II der Liste verlagert: Bahamas, Brunei, Kuwait, Katar, Singapur und die Vereinigten Arabischen Emirate. Seit 1997 wurden sieben weitere Länder der oberen Einkommensgruppe in Teil II transferiert: Bermuda, Kaimaninseln, Chinesisch Taipeh, Zypern, Falklandinseln, Hongkong (China) und Israel. Am 1. Januar 2000 wechselten folgende Länder in Teil II über: Aruba, Britische Jungferninseln, Französisch-Polynesien, Gibraltar, Korea, Libyen, Macau, Niederländische Antillen, Neukaledonien und Nördliche Marianen. Die Liste wurde 2001 abgeändert, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass Senegal in die LLDC-Gruppe transferiert wurde, und sie wird 2002 erneut überprüft werden.

Die Angaben über die Gesamtleistungen an Teil-I-Länder (ODA) und Teil-II-Länder (OA) beziehen sich auf die Liste der Empfängerländer für das entsprechende Jahr. Wird jedoch ein Land in eine der Einkommensgruppen von Teil I der Länderliste aufgenommen oder aus dieser gestrichen, so werden die Gesamtbeträge für die betreffenden Gruppen nachträglich korrigiert, um eine optimale zeitliche Vergleichbarkeit auf der Basis der geltenden Liste zu erreichen.

Berücksichtigte Geberländer

Spanien und Portugal traten dem DAC 1991, Luxemburg 1992 und Griechenland 1999 bei. Die von diesen Ländern geleistete öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ist heute mit in der DAC-Gesamtsumme enthalten. Die vor dem Beitritt von ihnen erbrachten ODA-Leistungen wurden, soweit datenmäßig verfügbar, den Zahlen für die Vorjahre hinzugerechnet. Die ODA-Gesamtsumme der DAC-Länder hat sich mit jedem neuen Mitglied erhöht, jedoch ist hierdurch das globale Verhältnis ODA/BSP in der Regel zurückgegangen, da die Programme dieser Länder bezogen auf das BSP oft weniger umfangreich sind als die Programme der schon länger zum Kreis der Geber zählenden Länder.

Behandlung des Schuldenerlasses

Der Erlass von Schulden aus ursprünglich nicht bei der ODA miterfassten Krediten wurde früher un-

terschiedlich behandelt. Bis Ende 1992 konnte der Erlass von Nicht-ODA-Schulden, soweit die ODA-Kriterien erfüllt waren, als ODA notifiziert werden. Von 1990 bis Ende 1992 konnte er zwar weiterhin als Teil der von dem betreffenden Land geleisteten ODA gemeldet werden, doch war er nicht mehr in der DAC-Gesamtsumme berücksichtigt. Seit 1993 werden Schuldenerlasse bei ursprünglich für **militärische** Zwecke gewährten Krediten unter „Sonstige öffentliche Leistungen“ verbucht, während der Schuldenerlass bei anderen als ODA erfassten Nicht-ODA-Krediten (hauptsächlich **Exportkrediten**) entsprechend der bis 1989 geübten Praxis sowohl in den Länderdaten als auch in der ODA-Gesamtsumme für die DAC-Länder enthalten ist.

Die Auswirkungen dieser Entscheidungen auf die ODA-Angaben lassen sich wie folgt zusammenfassen:

a) **ODA der Länder:** Verbuchung des Erlasses sämtlicher Nicht-ODA-Schulden bis einschließlich 1992 als ODA. Seit 1993 darf der Erlass von Militärschulden nur noch als OOF erfasst werden.

b) **ODA-Gesamtsumme der DAC-Länder:** Entspricht den gesamten erfassten ODA-Leistungen der Länder, unter Ausklammerung der nachstehenden Elemente.

- 1990: Die Vereinigten Staaten erlassen Militärschulden in Höhe von 1,2 Mrd. \$. Verzicht verschiedener anderer Länder auf Forderungen aus Exportkrediten und Strukturanpassungsdarlehen in Höhe von 334 Mio. \$.
- 1991: Die Vereinigten Staaten erlassen Militärschulden in Höhe von 1,9 Mrd. \$, und verschiedene andere Länder verzichten auf Exportkreditforderungen in Höhe von 28 Mio. \$.
- 1992: Die Vereinigten Staaten erlassen Militärschulden in Höhe von 894 Mio. \$, und verschiedene andere Länder verzichten auf Exportkreditforderungen in Höhe von 975 Mio. \$.

Der **Verzicht auf die Rückzahlung eines ursprünglich als ODA verbuchten ausstehenden Kredits** zieht keine neue ODA-Nettoauszahlung nach sich. Statistisch gesehen ist dies insofern von Vorteil, als das Ausbleiben der Tilgungen keine Verringerung der ODA-Nettoauszahlungen zur Folge hat.

Berichtszeitraum

Sofern nicht anders angegeben, beziehen sich alle in dieser Veröffentlichung enthaltenen Daten auf Kalenderjahre.

DAC-LISTE DER ODA/OA-EMPFÄNGER – Stand 1. Januar 2000

| Teil I: Öffentliche EZ-Mittel an Entwicklungsländer und -gebiete | | | | | Teil II: Öffentliche Hilfe an Übergangsländer und -gebiete | | |
|--|--|---|--|--|--|--|------------------------------------|
| LLDC | Sonstige LIC (Pro-Kopf-BSP 1998: < 760 \$) | LMIC (Pro-Kopf-BSP 1998: 761 \$ - 3 030 \$) | UMIC (Pro-Kopf-BSP 1998: 3 031 \$ - 9 360 \$) | HIC (Pro-Kopf-BSP 1998: > 9 360 \$) ¹ | MOEL/NUS | Fortgeschrittene Entwicklungsländer und -gebiete | |
| Afghanistan | * Armenien | Ägypten | Namibia | Botsuana | Malta ¹ | * Belarus | • Aruba |
| Angola | * Aserbaidschan | * Albanien | Niue | Brasilien | Slowenien ¹ | * Bulgarien | Bahamas |
| Äquatorialguinea | China | Algerien | Palästinen. | Chile | | * Estland | • Bermuda |
| Äthiopien | Côte d'Ivoire | Belize | Autonomie- gebiete | Cookinseln | | * Lettland | Brunei |
| Bangladesch | Ghana | Bolivien | Papua- Neuguinea | Gabun | | * Litauen | • Kaiman- inseln |
| Benin | Honduras | Bosnien und Herzegowina | Paraguay | Grenada | | * Polen | Chinesisch Taipeh |
| Bhutan | Indien | Costa Rica | Peru | Kroatien | | * Rumänien | • Falkland- inseln |
| Burkina Faso | Indonesien | Dominica | Philippinen | Libanon | | * Russland | • Französisch- Polynesien |
| Burundi | Kamerun | Dominikanische Republik | St. Vincent und die Grenadinen | Malaysia | | * Slowakische Republik | • Gibraltar |
| Dschibuti | Kenia | Ecuador | Sri Lanka | Mauritius | | * Tschechische Republik | • Hongkong (China) |
| Eritrea | * Kirgisistan | El Salvador | Südafrika | • Mayotte | | * Ukraine | Israel |
| Gambia | Kongo Republik | Fidschi | Suriname | Mexiko | | * Ungarn | • Jungfern- inseln (UK) |
| Guinea | Korea | * Georgien | Swasiland | Nauru | | | Korea |
| Guinea-Bissau | Demokrat. Volksrepublik | Guatemala | Syrien | Palau | | | Kuwait |
| Haiti | * Moldau | Guyana | Thailand | Panama | | | Katar |
| Jemen | * Osttimor | Iran | Taiwan | • St. Helena | | | Libyen |
| Kambodscha | Pakistan | Jamaika | Tunesien | St. Lucia | | | • Macau |
| Kap Verde | Senegal ² | Jordanien | * Usbekistan | Trinidad und Tobago | | | • Neu- kaledonien |
| Kiribati | Simbabwe | Jugoslawien Bundesrep. | • Wallis und Futuna | Türkei | | | • Niederländ. Antillen |
| Komoren | * Tadschikistan | Kolumbien | | Uruguay | | | Nördliche Marianen |
| Kongo, Dem. Rep. | * Turkmenistan | Kuba | | Venezuela | | | Singapur |
| Laos | Vietnam | Marokko | | | | | Vereinigte Arabische Emirate |
| Lesotho | | Marshallinseln | | | | | Zypern |
| Liberia | | Mazedonien (ehem. jugo- slaw. Rep.) | | | | | |
| Madagaskar | | Mikronesien | | | | | |
| Malawi | | | | | | | |
| Malediven | | | | | | | |
| Mali | | | | | | | |
| Mauretanien | | | | | | | |
| Mosambik | | | | | | | |
| Myanmar | | | | | | | |
| Nepal | | | | | | | |
| Niger | | | | | | | |
| Ruanda | | | | | | | |
| Samoa | | | | | | | |
| Sambia | | | | | | | |
| São Tomé und Príncipe | | | | | | | |
| Sierra Leone | | | | | | | |
| Salomonen | | | | | | | |
| Somalia | | | | | | | |
| Sudan | | | | | | | |
| Tansania | | | | | | | |
| Togo | | | | | | | |
| Tschad | | | | | | | |
| Tuvalu | | | | | | | |
| Uganda | | | | | | | |
| Vanuatu | | | | | | | |
| Zentralafrik. Rep. | | | | | | | |

* Mittel- und osteuropäische Länder sowie Neue Unabhängige Staaten der ehemaligen Sowjetunion (MOEL/NUS).

• Gebiet.

1. Die Länder und Gebiete dieser Gruppe werden ab 1. Januar 2003 in Teil II eingestuft, soweit nicht eine Ausnahme vereinbart wird.

2. Senegal wechselte 2001 in die LLDC-Gruppe über.

Die hoch verschuldeten armen Länder (HIPC) sind: Angola, Äthiopien, Benin, Bolivien, Burkina Faso, Burundi, Côte d'Ivoire, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Guyana, Honduras, Kamerun, Kenia, Komoren, Kongo (Republik), Kongo (Demokratische Volksrepublik), Laos, Liberia, Madagaskar, Malawi, Mali, Mauretanien, Mosambik, Myanmar, Nicaragua, Niger, Ruanda, Sambia, São Tomé und Príncipe, Senegal, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Tansania, Tschad, Togo, Uganda, Vietnam und die Zentralafrikanische Republik.

Verzeichnis der Abkürzungen¹

| | |
|------------------|---|
| ADI | Ausländische Direktinvestitionen |
| AfDB | African Development Bank (Afrikanische Entwicklungsbank) |
| AfDF | African Development Fund (Afrikanischer Entwicklungsfonds) |
| AKP | Afrika, Karibik und Pazifik |
| AsDB | Asian Development Bank (Asiatische Entwicklungsbank) |
| AsDF | Asian Development Fund (Asiatischer Entwicklungsfonds) |
| ASEAN | Association of South-East Asian Nations (Verband südostasiatischer Nationen) |
| BNE | Bruttonationaleinkommen |
| BIZ | Bank für Internationalen Zahlungsausgleich |
| CCA | Common Country Assessment (Gemeinsame Länderevaluierung) |
| CDF | Comprehensive Development Framework (Umfassender Entwicklungsrahmen) |
| CMH | WHO-Kommission „Macroeconomics and Health“ |
| CRS | Creditor Reporting System (des DAC) |
| DAC | Development Assistance Committee (Entwicklungsausschuss) |
| DCD | Development Co-operation Directorate (Direktion Entwicklungszusammenarbeit) |
| DOI | Digital Opportunity Initiative (Initiative „Digitale Möglichkeiten“) |
| DOT-Force | Digital Opportunity Task Force (Arbeitsgruppe „Digitale Möglichkeiten“) |
| EBWE | Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung |
| ECOSOC | Economic and Social Council (UN) (Wirtschafts- und Sozialrat der VN) |
| EEF | Europäischer Entwicklungsfonds |
| EFA | Education for All (Bildung für Alle) |
| EG | Europäische Gemeinschaft |
| EIB | Europäische Investitionsbank |
| EU | Europäische Union |
| EZ | Entwicklungszusammenarbeit |
| FSAP | Financial Sector Assessment Programme (Evaluierungsprogramm für den Finanzsektor) (von IWF und Weltbank) |
| GOVNET | Good Governance and Development (Gute Regierungsführung und Entwicklung) |
| HIC | High-Income Countries (Länder und Gebiete der oberen Einkommensgruppe) |
| HIPC | Heavily-Indebted Poor Countries (hoch verschuldete arme Länder) |
| IAO | Internationale Arbeitsorganisation |
| IBRD | International Bank for Reconstruction and Development (Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung) |
| ICPD | International Conference on Population and Development (Internationale Konferenz über Bevölkerungs- und Entwicklungsfragen, Kairo, 1994) |
| IDA | International Development Association (Internationale Entwicklungsorganisation) |
| IDB | Inter-American Development Bank (Interamerikanische Entwicklungsbank) |
| IDG | International Development Goals (Internationale Entwicklungsziele) |
| IF | Integrated Framework for Trade-Related Technical Assistance for Least Developed Countries (Integrierter Rahmen für handelsbezogene technische Hilfe an die am wenigsten entwickelten Länder) |
| IFAD | International Fund for Agricultural Development (Internationaler Agrarentwicklungsfonds) |
| IFC | International Finance Corporation (Internationale Finanzkorporation) |

| | |
|---------------|--|
| IFI | Internationale Finanzinstitutionen |
| IKT | Informations- und Kommunikationstechnologien |
| ITC | International Trade Center (Internationales Handelszentrum) |
| IWF | Internationaler Währungsfonds |
| JBIC | Japan Bank for International Co-operation (Japanische Bank für Internationale Zusammenarbeit) |
| JITAP | Joint Integrated Technical Assistance Programme (Gemeinsames Programm für integrierte technische Hilfe) |
| LDC | Developing Countries (Entwicklungsländer) |
| LIC | Low Income Countries (Länder der unteren Einkommensgruppe) |
| LLDC | Least Developed Countries (am wenigsten entwickelte Länder) |
| LMIC | Lower Middle-Income Countries (Länder der mittleren Einkommensgruppe – unterer Bereich) |
| MADCT | More Advanced Developing Countries and Territories (Fortgeschrittenere Entwicklungsländer und -gebiete) |
| MDB | Multilateral Development Banks (Multilaterale Entwicklungsbanken) |
| MDG | Millennium Development Goals (Millenniums-Entwicklungsziele) |
| MIC | Middle-Income Countries (Länder der mittleren Einkommensgruppe) |
| MOEL | Mittel- und osteuropäische Länder |
| NEPAD | New Partnership for Africa's Development (Neue Partnerschaft für Afrikas Entwicklung) |
| NRO | Nichtregierungsorganisationen |
| NTB | Non-Tariff Barriers (Nichttarifäre Handelshemmnisse) |
| NUS | Neue Unabhängige Staaten (der ehemaligen Sowjetunion) |
| OA | Official Aid (Öffentliche Leistungen) |
| OAU | Organisation for African Unity (Organisation für Afrikanische Einheit) |
| ODA | Official Development Assistance (Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) |
| ODF | Official Development Finance (Öffentliche Entwicklungsfinanzierung) |
| OECD | Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) |
| OOF | Other Official Flows (Sonstige öffentliche Leistungen) |
| PE/GS | Partizipative Entwicklung/Gute Staatsführung |
| POVNET | DAC Informal Network on Poverty Reduction (Informelles DAC-Netzwerk zur Armutsbekämpfung) |
| PRGF | Poverty Reduction and Growth Facility, IMF (formerly ESAF) Armutsreduzierung und Wachstumsfaszilitäten des IWF (vormals ESAF) |
| PRSP | Poverty Reduction Strategy Papers (Strategiepapiere zur Verringerung der Armut) |
| SGV | Soziale Grundversorgung |
| SPA | Strategic Partnership with Africa (Strategische Partnerschaft mit Afrika – ehemals Sonderhilfeprogramm für Afrika) |
| TRIMS | Trade-Related Investment Measures (Handelsbezogene Investitionsmaßnahmen) |
| TRIPS | Trade-Related Intellectual Property Rights (Handelsbezogene Rechte an geistigem Eigentum) |
| TZ | Technische Zusammenarbeit |
| UMIC | Upper Middle-Income Countries (and Territories) (Länder und Gebiete der mittleren Einkommensgruppe – oberer Bereich) |
| UNCED | United Nations Conference on Environment and Development, Rio de Janeiro, 1992 (Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung) |
| UNCTAD | United Nations Conference on Trade and Development (Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen) |
| UNDAF | United Nations Development Assistance Framework (Entwicklungshilfe-Programmrahmen der Vereinten Nationen) |
| UNDG | United Nations Development Group (VN-Gruppe für Entwicklung) |
| UNDP | United Nations Development Programme (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen) |

| | |
|----------------|--|
| UNECA | United Nations Economic Commission for Africa (VN-Wirtschaftskommission für Afrika) |
| UNEP | United Nations Environment Programm (Umweltprogramm der Vereinten Nationen) |
| UNESCO | United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur) |
| UNFCCC | United Nations Framework Convention on Climate Change (Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen) |
| UNFPA | United Nations Fund for Population Activities (Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsprobleme) |
| UNHCR | United Nations High Commission for Refugees (Hohes Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen) |
| UNICEF | United Nations Children's Fund (Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen) |
| UNIFEM | United Nations Development Fund for Women (Entwicklungsfonds der VN für die Frau) |
| UNRWA | United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East (Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten) |
| UNTA | United Nations Technical Assistance (Technische Hilfe der Vereinten Nationen) |
| VAE | Vereinigte Arabische Emirate |
| VN | Vereinte Nationen |
| WEP | Welternährungsprogramm |
| WHO | World Health Organisation (Weltgesundheitsorganisation) |
| WID | Women in Development (Frauen im Entwicklungsprozess) |
| WP-ENV | DAC Working Party on Development Co-operation and Environment (DAC-Arbeitsgruppe Entwicklungszusammenarbeit und Umwelt) |
| WP-EV | Working Party on Aid Evaluation (Arbeitsgruppe EZ-Evaluierung) |
| WP-FA | Working Party on Financial Aspects of Development Assistance (Arbeitsgruppe für Finanzierungsfragen der Entwicklungszusammenarbeit) |
| WP-GEN | DAC Working Party on Gender Equality (DAC-Arbeitsgruppe Gleichstellung der Geschlechter) |
| WP-STAT | DAC Working Party on Statistics (DAC-Arbeitsgruppe Statistik) |
| WSSD | World Summit for Social Development (Weltgipfel für soziale Entwicklung) |
| WTO | World Trade Organisation (Welthandelsorganisation) |

1. Dieses Verzeichnis ist nicht erschöpfend. Es enthält die geläufigsten, einschließlich der in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Weitere Abkürzungen für Ministerien und EZ-Stellen finden sich in Kapitel IV.

OECD PUBLICATIONS, 2, rue André-Pascal, 75775 PARIS CEDEX 16
PRINTED IN FRANCE
(43 2002 03 5 P 1) ISBN 92-64-59187-7 – No. 52470 2002